Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

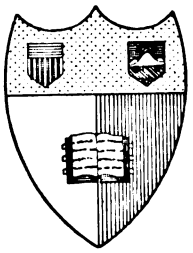
+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

HA
1233
D48+
v.11-12



Cornell University Library
Ithaca, New York

BOUGHT WITH THE INCOME OF THE

SAGE ENDOWMENT FUND

THE GIFT OF

HENRY W. SAGE

1891

Digitized by Google

The date shows when this volume was taken.
To renew this book copy the call No. and give to the librarian.

HOME USE RULES

All Books subject to recall

All borrowers must register in the library to borrow books for home use.

All books must be returned at end of college year for inspection and repairs.

Limited books must be returned within the four week limit and not renewed.

Students must return all books before leaving town. Officers should arrange for the return of books wanted during their absence from town.

Volumes of periodicals and of pamphlets are held in the library as much as possible. For special purposes they are given out for a limited time.

Borrowers should not use their library privileges for the benefit of other persons.

Books of special value and gift books, when the giver wishes it, are not allowed to circulate.

Readers are asked to report all cases of books marked or mutilated.

Do not deface books by marks and writing.

CORNELL UNIVERSITY LIBRARY
3 1924 092 276 637

Digitized by Google

Digitized by Google

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Geheimer Regierungsrat, Direktor des Sächsischen Statistischen Landesamtes in Dresden, o. Professor a. d. Universität Leipzig

Dr. Johannes Feig
Geheimer Regierungsrat und vortragender Rat im Reichsarbeitsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Elfter Jahrgang

1919

Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin

CORNELL UNIVERSITY LIBRARY
Digitized by Google

A198342

Inhaltsverzeichnis zum XI. Jahrgang.

(Ein Inhaltsverzeichnis nach Buchstabenfolge zum I. bis VIII. Jahrgang findet sich in Jahrgang VIII.)

Aufsätze.

K. Brämer, Gedanken über die Würdigung der Statistik, V. Teil 1, 49, 137, 153
C. v. Tyszka, Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik 15
W. Abelsdorff, Neuere gewerkschaftliche Lohnerhebungen in der Metallindustrie . 23
E. Würzburger, Zur Kritik der Wahlstatistik 55
H. Guradze, Wohnungsgezets und Wohnungsstatistik 59
H. Forcher, Zu dem Aufsatz „Eine Methode zur Berechnung des arithmetischen Mittels" 59
R. Meerwarth, Über die zukünftige Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik 81, 105
S. Schott, Die Unfruchtbarkeit „rein statistischer" Arbeiten 87
R. Lenz, Die Wirtschaftskarte im Dienste der Statistik 89
B. Lembke, Statistik in der Literatur . . 91
B. Lembke, Statistik als Experiment und als Industrie 109
F. Zižek, Die Bearbeitung von „eine Häufung zulassenden" Merkmalen 167
W. Winkler, Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik 171

Aus der statistischen Literatur.

I. Bevölkerungsstand.

Das Durchschnittsalter der Lebenden . . . 27
Geschlechterverhältnis nach dem Kriege . 27
Jährliche Zwischenvolkszählungen 63
Reichsdeutsche im Ausland 95
Ausländer im Deutschen Reich 111
Bevölkerungsverlust durch den Krieg . . 145
Kleinkinderstatistik 146
Die Verschiebung des Geschlechterverhältnisses 173

II. Berufsstatistik.

Herkunft der Geistlichen 63
Wohn- und Beschäftigungsart der Neuköllner Berufstätigen 176

III. Bewegung der Bevölkerung.

Das Bevölkerungsproblem 64
Aufwuchszahlen für Deutsches Reich und Österreich 65
Die Bevölkerungsbewegung in der Provinz Pommern von 1871 bis 1910 66
Die Kriegsverluste Österreichs 112
Weiteres zur Bevölkerungsbewegung während des Krieges 176

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt 66
Die Berechnung der Wohndichtigkeit . . . 67
Agglomerations- und Wohnungsstatistik. . 68
Wohnungsbedarf nach dem Kriege 97

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Die Steigerung der Lebenskosten der englischen Arbeiter 28
Der Mehlverbrauch der Bevölkerung Österreichs in der Friedenszeit 30
Drei Haushaltungsrechnungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert 31
Krieg und Lebenshaltung 97
Kriegspreise in Konstantinopel 113
Eine Schleichhandelspreisstatistik 177

VIII. Grundbesitzstatistik.

Die Grundstücksaufnahme in den kleineren sächsischen Gemeinden 178

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Landwirtschaftliche Betriebe im hamburgischen Staat 99
Landwirtschaftliches Rechnungswesen . . 99

X. Gewerbestatistik.

Die Rentabilität der deutschen Aktienbrauereien 1917/18 178

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Der Baumwollwelthandel während des Krieges 180

XIV. Arbeiterstatistik (einschl. Arbeiterversicherung).

Reduktionsziffern zur Förderung der Vergleichbarkeit 68
Die Kriegsarbeiter 180

XVI. Statistik der Verbände, Gesellschaften und Genossenschaften.

Genossenschaftsstatistik 1890—1918 181

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Das kirchliche Handbuch für das katholische Deutschland 31
Konfessionelle Militärstatistik 99

XVIII. Wahlstatistik.

Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung 111

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Geschlechtskrankheiten in deutschen Großstädten 71
Die Scharlachfälle 72

XX. Polizeistatistik.

Statistik des Fürsorgewesens 182

XXI. Armen- und Wohlfahrtsstatistik.

Eine Zählung der öffentlich versorgten Kinder 32
Kriegsfürsorge und Kriegswohlfahrtspflege in Bayern 115

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens; Presse.

Zur Statistik der Zeitungen 72, 118
Hochschulbesuch in Österreich 116

XXIV. Finanzstatistik.

Das Staatsvermögen des Deutschen Reiches und der deutschen Bundesstaaten 34
Zur Frage des Lastenausgleichs 37
Die Frage der Schullastenverteilung . . . 72

XXV. Statistische Sammelwerke.

England und Deutschland, Landerwerb und Bevölkerungszuwachs 1800—1914 37
Kriegswirtschaftsstatistik 38
Die Wirtschafts- und bevölkerungsgeographischen Verhältnisse Altvorpommerns . 39
Bayern und die Reichseinheit 73
Wirtschaftsstatistisches über die deutschsprachigen Teile des bisherigen Österreich 120
Über die Leistungen der Gemeindeverwaltung während des Krieges 183
Statistik der Stadt Wien 1914 183

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Gegenwartsaufgaben der amtlichen Statistik 74
Verfassungsleben und Statistik 100
W. C. Brinton, *Graphic Methods for Presenting Facts* 120
Zur Frage der Notwendigkeit höherer Mathematik für die medizinische Statistik . . 122
Die statistische Detailbetrachtung 124
Statistische Reihen 125
Zentralisation und Dezentralisation der deutschen Statistik 126
Deutsch-Österreichs künftige Statistik . . . 127
Statistik und Demokratie 127
Statistik der beharrenden Fälle 147
Jubiläumswerk der Amerik. Statist. Gesellschaft 148
A. L. Bowley, *The nature and purpose of measurement of social phenomena* 185

Vermischte Mitteilungen.

F. Zahn 39
Genossenschaftliche Dichtigkeitsziffern . . 39
Über die Faßbestandsaufnahme vom 15. September 1917 42
Statistikerausbildung an der Frankfurter Universität 43
Berechnung des arithmetischen Mittels . . 45
Schwedisches Statistisches Zentralamt . . . 46
Aus der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft 46
Eine deutsch-französische Hauptwirtschaftsstelle 46
Personalnachrichten 73
Meldescheine für die Warenausfuhr . . . 75
„Ersatzstatistiker" 75
Eine Austauschstelle für die praktische Statistik 101
Vereinigung von Landwirtschaftsbetriebs- und Bodenbenutzungsstatistik? 102
Musterschutz für graphische Statistik . . . 102
Die schöne Literatur und die wüste Statistik 127
Andrang zum Universitätsstudium 130
Literaturstatistik und Deutsche Bücherei . 131
Sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft 132
Aus den Statistischen Ämtern . . . 132, 147, 187
Stellenvermittlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft 137
A. N. Kiaer † 147
Aug. Joh. Hjelt † 147
Schöne Literatur und Statistik 147
Kritische Bemerkungen zu den Zählungen am 8. Oktober 1919 187
Übersichtlicher Tabellendruck 188
Nochmals das Zitieren 189
Statistische Professuren 190

Bibliographie.

Bibliographie der Kriegsstatistik 131

Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften u. Quellenwerke.

75, 149

Eingesandte Schriften

45, 189

Fragekasten.

Genossenschaftliche Dichtigkeitsziffern . . 48
Verwechslung von Benützer und Urheber einer Statistik 77
Verhältniszíffern bei entsprechenden Gruppen verschiedener Gesamtheiten 151

Digitized by Google

Nr. 1/2 | 11. Jahrgang | Januar/Februar 1919

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeigen: 1/1 Seite M. 80.—, 1/2 Seite M. 45.—, 1/4 Seite M. 30.—, zweigespaltene Zeile M. 1.30. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Dr. Johannes Feig
Geh. Regierungsrat u. vortrag. Rat im Reichsarbeitsamt in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Gedanken über die Würdigung der Statistik*, S. 1. — *Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik*, S. 15. — *Neuere gewerkschaftliche Lohnerhebungen in der Metallindustrie*, S. 23. — *Aus der statistischen Literatur:* Das Durchschnittsalter der Lebenden, S. 27. — Geschlechterverhältnis nach dem Kriege, S. 27. — Die Steigerung der Lebenskosten der englischen Arbeiter, S. 28. — Der Mehlverbrauch der Bevölkerung Österreichs in der Friedenszeit, S. 30. — Drei Haushaltungsrechnungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert, S. 31. — Das kirchliche Handbuch für das katholische Deutschland, S. 31. — Eine Zählung der öffentlich versorgten Kinder, S. 32. — Das Staatsvermögen des Deutschen Reichs und der deutschen Bundesstaaten, S. 34. — Zur Frage des Lastenausgleichs, S. 37. — England und Deutschland, Landerwerb und Bevölkerungszuwachs 1800—1914, S. 37. — Kriegswirtschaftsstatistik, S. 38. — Die wirtschafts- und bevölkerungsgeographischen Verhältnisse Altvorpommerns, S. 39. — *Vermischte Mitteilungen:* Der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, S. 39. — Genossenschaftliche Dichtigkeitsziffern, S. 39. — Über die Faßbestandsaufnahme, S. 42. — Statistikerausbildung an der Frankfurter Universität, S. 43. — Berechnung des arithmetischen Mittels, S. 45. — Schwedisches Statistisches Zentralamt S. 46. — Aus der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft, S. 46. — Eine deutsch-französische Hauptwirtschaftsstelle, S. 46. — *Eingesandte Schriften*, S. 45.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Hefte. Preis jährlich 10 Mark.

Gedanken über die Würdigung der Statistik.[1])

Von Geh. Regierungsrat **K. Brämer** in Wernigerode.

V. Eine Bittschrift an die Häupter der deutschen Statistik.

Als der mitteleuropäische Bund von bösartigen Feinden scharf umlagert, J. H. von Thünen's isolierter Staat großenteils verwirklicht, die im Handel und Wandel herrschende Lehre vom freien Spiel der Kräfte in ihren Urgründen erschüttert und umgeworfen wurde, haben sich die maßgebenden Herren zur Abkehr von der festgewurzelten Theorie entschlossen. Sie zögerten lange, und wie die Erfahrung bewies, irrten sie bald hier, bald dort. Daß die Fehlgriffe durch das Vertrauen auf eine mangelhafte Statistik entschuldigt wurden, hat damals der deutschen Statistik in der Volksmeinung viel geschadet, und obgleich nachher eine unerhörte Menge von Verbrauchs- und Erzeugungsziffern aufgesammelt ward, worein die Befragten sich willig oder unwillig ergaben, hat die amtliche Statistik ihr ehemaliges Ansehen nicht wiedergewonnen. Zwar reden schon manche Stimmen einer andauernden Vermehrung öffentlicher Zahlen das Wort, verschweigen aber die ordnende, zusammenfassende Arbeit der eigentlichen statistischen Ämter auf der einen, die schwächliche Ausnutzung der Ergebnisse auf der anderen Seite. Vom Standpunkte unserer Wissenschaft aus gesehen, ist der jetzige Zustand noch immer bedauerlich.

Daß der ungeheuerliche Weltkrieg wohl ein Fünftel des gesamten Vermögens der Menschheit teils vernichtet, teils in die Hände einer kleinen Minderheit verschoben, ja, daß er ein Zehntel der Mannhaftigkeit Europas niedergestreckt hat, ist nicht die einzige fluchwürdige Folge des Völkereides gegen das Deutschtum, plutokratischer Herrschsucht und der Bestechlichkeit von Rednern und Schreibern. Er hat auch das Gemütsleben verbittert, Ideale zu Brei gequetscht und eine lange Reihe zu Axiomen ausgewachsener Meinungen von gutgläubigen Freunden der fortschreitenden Gesittung als Irrtümer bloßgestellt. Freilich ist die Internationalität, wie das Gebaren der sich als alleinige Sieger wähnenden Sozialdemokraten zeigt, nicht erstorben; freilich werden einst die gegen uns feindseligen Mächte unter ihren falschen Voraussetzungen wie unter dem Bündnisse mit dem Lügenteufel schlimmer leiden als unser ehrliches Volk unter der mit allen Mitteln betriebenen Verhetzung. Indessen bleibt darum doch die Not, welche über das Deutsche Reich auf geraume Zeit verhängt ist, eine Wirklichkeit und die Anspannung aller Kräfte zur Überwindung der traurigen Kriegsfolgen eine Notwendigkeit.

Der einstige Geschichtschreiber des Weltkrieges wird, die Ursachen mehrjähriger Überwindung der Feindesmassen aufreihend, nicht versäumen, die gehobene Bildung der Deutschen und die Höhe ihrer Wissenschaften anzuführen. Dennoch vernimmt man aus einem Gelehrtenkreise nach dem anderen, daß auch diese wissenschaftlichen Kräfte zu höheren Leistungen befähigt, bisher vorzugsweise beschrittene Wege verlassen, kaum begangene gründlich ausgebaut und zu Hauptstrecken gestaltet werden sollen. Wohlan, auch wir Statistiker haben den Forderungen der neuen Zeit Rechnung zu tragen und ernstlich zu erwägen, ob unsere Wissenschaft auf dem draußen nicht hinlänglich gewürdigten Wege der Belehrung verharren darf oder in Richtungen der zielbewußten Tat einlenken müßte.

1. Der Statistiker als Schriftsteller.

§ 1. In den statistischen Werken tritt eine scharf umschriebene, von jedermann als eigenartig erkannte Gattung der Schriftstellerei vor Augen. Öffentliche Dinge beschreibend, entbehren sie auf dem Wege in die Öffentlichkeit der gewöhnlichen Reizmittel für diese. Das über den Ereignissen schwebende Dunkel, dessen Entschleierung den Roman in alten und jungen Händen festhält, weisen sie grundsätzlich ab und künden ihm, wo es sich widersetzt, den Waffenstillstand sobald wie möglich. Keinerlei Schmuck hält die Belehrung auf, der auch das Beiwerk dient, und wenn ein stilfreudiger Verfasser zur Schilderung greift, verlassen seine Um- und Ausblicke den eigentlichen Boden der Darstellung. Zwar sind die Vertreter anderer Wissenschaften ebenfalls auf einen trocknen Ton gestimmt; aber Mathe-

[1]) Vgl. D. St. Z. 1915 S. 195, 245 ff., 1916 S. 62 ff., 1917 S. 3 ff.

Digitized by Google

matiker, Physiker, Bauverständige, Versicherer usw. schreiben nicht für eine schnell ablaufende Gegenwart, sondern rechnen auf lehrbedürftigen Nachwuchs, der von unseren Erzeugnissen mit geringen Ausnahmen immer neueste Nachrichten verlangt und die älteren beiseite schiebt.

Nun bemühen sich einige Meister der Statistik redlich um Verfeinerung des Textes, damit, weil dem Tabellengerüste schlechterdings keine Anmut beizubringen ist, das Satzgefüge die Anteilnahme der Leser fessele und der Aufklärung eine stärkere Wirksamkeit verschaffe. Ich heiße ihr Verfahren willkommen und billige, wenn die nüchterne Beschreibung bisweilen von Abschweifungen nach verwandten Dingen oder Ansichten durchbrochen wird, auch dem Statistiker ein so großes Maß persönlicher Freiheit zu, wie sich mit dem Zwecke der Belehrung irgend verträgt. Obschon jedoch meiner Erinnerung Weltweise wie Plato, Geschichtsschreiber wie Buckle, Naturforscher wie Darwin als Geburtshelfer von Gedanken in Quellenwerken vorschweben, entsinne ich mich nicht, daß damit viel gewonnen worden sei.

Den Absatz schönwissenschaftlicher wie gelehrter Bücher heben lobende Beurteiler, selten den vom Markte abseits liegender, und dazu gehört die Statistik, außer wenn sie — einem besonderen großen Zwecke dienend — der beweisenden Tabelle wenig Raum gewährt oder sich überhaupt der Kürze befleißigt. Den Quellenwerken ist die eine wie die andere Gunst versagt. Wir mögen vermuten, was den Abnehmern frommt oder gefällt, wissen's aber nicht; keiner von den Gutachtern und Rednern der Deutschen Statistischen Gesellschaft, die sich über die Einleitungen und Erläuterungen ausgesprochen haben, beruft sich auf ein Zeugnis der Abnehmer. Deshalb würde die Stellung der Statistik im Schrifttume, zusammengehalten mit unserer Unkenntnis von den Verbrauchern, ein eigenartiges Mittel der Erkundung rechtfertigen. Die Leiter der amtlichen Statistik — abgesehen von den städtischen, die sich über die Wünsche der Leser einfacher unterrichten können — vergeben ihrer Würde nichts, wenn sie die Empfänger des nächsten Quellenwerkes derjenigen Reihe, die den weitesten Leserkreis hat, unmittelbar befragen. Ein beigelegter Zettel möge die Bitte enthalten und begründen: daß jeder Käufer oder unentgeltliche Empfänger sich freimütig äußere über Inhalt und Umfang sowohl des Textes wie des Tabellenwerkes. Je nach der Bildungsstufe gegenüber der Statistik wird das Urteil der Bezugsberechtigten vielleicht verschieden ausfallen, und irgendeinem Folge zu leisten, ist das Amt ja nicht verpflichtet; doch wer in Finsternis tappt, wird von jedem Lichtfunken erfreut. Bleibt eine Antwort aus, darf man meistens annehmen, daß mit der Einstellung des Buches in die Bibliothek und seines Titels in den Katalog die daran gewandte Mühe erschöpft ist; allein auch diese schmerzliche Erfahrung würde heilsam sein.

Weil über die Quellenwerke so viele Urteile von den Fachgenossen gefällt sind, schien mir eben deren Ergänzung seitens der vorausgesetzten Leser erwünscht. Anderweitige Veröffentlichungen scheiden entweder — wie bloße Zusammenstellung verschiedener Nachweise oder Anleitungen zu den Einträgen in Urformulare — aus der eigentlichen Schriftstellerei gänzlich aus, oder sie gehören trotz der beigebrachten Zahlen umgekehrt gerade hinein. Da mag der Witz und die in unseren Tagen mit überraschendem Erfolge geübte Redekunst an vollfreien, auf einen vorbedachten Zweck gerichteten Privatschriften neben der Belehrung wirken; aber auch halbamtlichen Aufsätzen, denen Zurückhaltung des kritischen Vermögens wohl ansteht, käme eine wärmere Tönung zugute. In leidenschaftlich bewegten Zeiten nehmen sich die Menschen nur dann eine nüchterne Darstellung zu Herzen, wenn sie im Gegensatze zu inhaltslosen Aufbauschungen eine wichtige neue Wahrheit verkündet; sie empfinden dagegen eine geschmückte oder im Zorn vorgetragene Schilderung nicht als Verstoß wider die Sitten der Gelehrsamkeit.

Gehört nicht hierher noch eine Herzenssache des Deutschtums, die Würde der deutschen Sprache? Den jüngeren, in der Strömung nach deren Reinheit groß gewordenen Herren fällt es spielend leicht, passende Ausdrücke für die Menge von Fremdwörtern zu gebrauchen, die ehemals in der Statistik gang und gäbe waren. Wir Alten geraten beinahe in Gefahr, als rückständig zu gelten, und brauchten doch eine gute Verdeutschung nicht übertrieben lange zu suchen. Der verstorbene Präsident Blenck wirkte in diesem Stücke verdienstlich. Er wollte auch aus den Ortsnamen, die ja stärkere Wandlungen als die Personennamen durchgemacht haben, die fremdsprachigen Buchstaben (namentlich das mit Einschluß slawischer Gegenden vielfältig lautende *c*) entfernen, ist hieran aber freilich gescheitert.

Obige Mahnungen werden sich, weil aus Äußerungen des Zeitgeistes geschöpft, von selbst verwirklichen; nur eine Beschleunigung kommt da, wo das trockene Verfahren beibehalten ward, in Rede. Wenn die Veröffentlichungen trotz aller Mühe um die Gunst der gebildeten Lesewelt das Ziel, vorgefaßte Meinungen in ein richtiges Urteil umzusetzen und neuen Wahrheiten die Bahn zu brechen, in ungenügendem Maße erreichen, so sind die amtlichen Statistiker außer Schuld. In einem gedankenvollen Aufsatze [1]) führt Feld die Ursachen auf, aus denen jene so selten zum völligen Abschluß ihrer Forschungen gelangen, und entblößt am Ende die Wurzel des Übels: „Der Reiz der Statistik ist dem Laien nur schwer beizubringen. Nicht etwa, weil die Ergebnisse der statistischen Forschung uninteressant oder schwer verständlich wären; das gerade Gegenteil ist der Fall. Nur die Scheu vor den Zahlen hält das Publikum ab, aus einer gewissen geistigen Trägheit heraus, die fließende Lektüre geschriebenen Wortes durch das ungewohnte Anschauen einiger Zahlen zu unterbrechen." Wohlgemerkt, mit Zahlen in der eigenen Wirtschaft, im eigenen Berufe umzugehen, ist jedermann gewohnt und verdaut überdies solche, die zu drastischer Verdeutlichung von Gegensätzen, Steigerungen oder Erwartungen herangeholt werden; ja, der „statistische Beweis" macht in der Regel den Gegner stumm. Sobald jedoch ein Beweis wissenschaftlich geführt, jeder wahrscheinliche Einwand auf dem Wege echter Statistik widerlegt, eine zweckmäßige Verknüpfung nach der anderen unternommen wird, versagt meistens die Empfänglichkeit gebildeter Leute, deren Geist in einer von statistischen Gesetzen freien Sphäre atmet. Unsere Bescheidung mit einer unzulänglichen Wirkung ließe sich gar auf die umkehrende Formel bringen: je ferner der Theorie und Technik, desto mehr weitet sich die Wirksamkeit einer statistischen Veröffentlichung aus. Rechnet man mit dieser Erfahrung, so öffnet sich uns — neben dem steten eifrigen Streben nach Vollendung eines wahrhaft wissenschaftlichen Werkes, wie es den genannten Gelehrten ungeachtet seiner Resignation beseelt, — auch zum praktischen Vorgehen ein Weg.

2. Quellenwerke und tabellarische Zusammenstellungen.

§ 2. In die schöngeistige Literatur hat sich mit dem auf beständige Spannung der Leser abzielenden Kriminalroman ein Unfug eingeschlichen, indem möglichst kurze Sätze, einfache Fragen und Antworten je einen Absatz bilden, den „Druckerspeck" ausdehnen und den echten Genuß des Buches zugunsten einer schädlichen Nervenerregung verkümmern. Einige dreiste Lyriker schaffen sogar aus zwei oder drei Wörtern ohne Sinn eine Verszeile und verderben so den Geschmack an Gedichten. Ähnlicher Auswüchse, die im Texte statistischer Veröffentlichungen vorkommen könnten, enthalten sich ja die Textverfasser wohl allgemein. Aber gehen auch

[1]) Resignation, Betrachtungen eines amtlichen Statistikers, von Dr. Wilhelm Feld in Zürich. D. St. Z. 1916. Nr. 7, Spalten 198—204.

Digitized by Google

alle Statistiker mit den Tabellen so sparsam um, wie finanzielle Rücksichten gebieten? Und denken alle daran, daß eine in Zellstoff aufgelöste Holzmasse sich nützlicher verwerten ließe? Die Vermeidung unzähliger Bindewörter (und, sowie, ferner, jedoch, außerdem) vermittelst der Tabellenform wird besonders von Dilettanten mit leerem Papier wieder ausgeglichen. Als Beispiel führe ich den ersten Sanitätsbericht über die preußische Armee an, dessen Manuskript die Druckerei weder in Höhe noch in Breite der Tabellen zu setzen vermochte; nachdem der zu Hilfe gerufene statistische Beamte vor dem säuberlichen Lesen der Korrektur die umfängliche Vorlage auf halben Raum gekürzt hatte, ohne irgendwelche Zahl zu unterdrücken oder die kleinste Änderung seitens des Verfassers hervorzurufen, blieb dieser — wohl über die Kürzung ergrimmt — jedweden Dank für das Opfer einer mehrwöchigen Mühe schuldig. Es ist wahrscheinlich, daß unser technisches Verfahren draußen überhaupt als handwerksmäßig geringgeschätzt wird und deshalb auch bei Studierenden nicht die ihm gebührende Beachtung findet; das darf uns aber nicht beirren.

Auf Ersparnis von Stoff und Kosten bedacht sein zu sollen, hält mancher Geistesarbeiter anscheinend überhaupt für eine kleinlich philiströse Forderung. Sie ist auch weniger bedeutsam als die Überschwemmung der Büchereien mit Tabellenwerken, welche dem Bibliothekar schwere Seufzer entlockt und dem Forscher nach für ihn brauchbaren Ergebnissen der Statistik ein solches Grauen vor der Unmenge von Bogen einflößt, daß er sie lieber in Ruhe läßt. Besteht eine Gesamtveröffentlichung gar aus mehreren Bänden, so hilft nicht einmal die klarste Übersicht von dem Unvermögen ab, vorweg zu beurteilen, welcher Band die zweckdienlichste Auskunft gibt; der Professor nimmt die ganze Sammlung in Beschlag und entzieht sie jedem anderen, der sie vielleicht dringender einzusehen begehrt, so viele Monate, daß dem anderen die Lust vergeht, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Selbst wenn der Preis auf die Papier- und Buchbinderkosten herabgesetzt würde, steckt in der Dickleibigkeit der Bände eine Hauptursache der allzu schwachen Neigung, von der mühseligen Tätigkeit der Statistiker Nutzen zu ziehen. Mit der Bogenzahl steigt das Ansehen eines neueren Schriftstellers gewiß nicht, und ob des tüchtigen Korrekturlesers Honorar im Einheitssatze erhöht oder durch Beibehaltung überflüssiger Seiten auf dem gewohnten Fuße belassen werden soll, ist doch eine Nebenfrage. Daß aber da, wo der Argwohn noch ein veraltetes Prunken mit dicken Büchern vermutet, eine angemessene Wirtschaftlichkeit einkehren kann, habe ich rein technisch, d. h. mit Vermeidung jedes Abstrichs an den Tatsachen zu erweisen, deren Mitteilung beabsichtigt wird; ein paar sonstige Wünsche für gleichmäßige Praxis beziehen sich auf Schmälerung nicht.

Hier und da hat sich die Gewohnheit eingenistet, sämtliche Abteilungen eines Landes selbst bei solchen Abschnitten anzuführen, in denen mehrere gar nicht vertreten sind, und die Zahlenreihen für diese durchzustricheln. Was des Kalkulators Pflicht, des Schriftsetzers Freude, ist dem veröffentlichenden Amte eine Vergeudung. Daß einschlägige Nachrichten mangeln, weil der Gegenstand entweder im Bezirke nicht vorkommt oder die Ermittlung unterblieb, gehört in den einleitenden Text und mag außerdem ober- oder unterhalb der Tabelle angemerkt werden.

Bei dieser Gelegenheit empfehle ich die den Forscher empfindlich störende Ungleichmäßigkeit der Bezeichnung für das Nichts einer Beratung der Deutschen Statistischen Gesellschaft. Wird zeitweise eine feste Regel befolgt, so dringt mit jedem neuen Einfluß in die amtlichen Veröffentlichungen die alte, unbedachte Verwischung der Zeichen ein[1]); hier ein beständiges Gesetz für Wissenschaftler aufzurichten, ist allein die Vereinigung mächtig genug. Man hat zu unterscheiden: ob ein Ding bekanntermaßen gar nicht vorhanden ist (wofür ich den wagerechten Strich — vorschlage), ob es zwar vorhanden, seine Größe aber unbekannt ist (Punkt.), ob sein Vorhandensein im Zweifel steht (Fragezeichen? oder, weil dieses für angezweifelte Zahlen bewahrt werden möchte, gleichfalls Punkt), ob es vorhanden, jedoch kleiner als die abgerundete Einheit ist (Null 0). Wird ein und dasselbe Zeichen beliebig angewandt, so bleibt der Leser im Dunkel und wird zu oft schlimmem Irrtum verführt, besonders wo selbst der Dezernent in seinem Verfahren wechselt.

Auf das Bestreben, eine Mehrzahl von Reihen behufs der Größenvergleichungen nebeneinander zu stellen, gründet sich die Schmalhaltung der Vorspalte und die Befreiung des Tabellenkopfes von Zusätzen, die für einzelne Spalten besonders gelten, aber den ganzen Kopf herabdrücken. In dieser Hinsicht kommen bei Privatschriften erstaunliche Mißgriffe vor; so drücken 5 Zeilen für eine zu beschreibende Körperschaft oder 10 Zeilen Kopf für 3 Zahlenreihen dem Verfasser den Stempel der Unreife in Sachen der Statistik auf und machen uns auch gegen seine Schlüsse mißtrauisch. Derartiger Sünden ist die amtliche Statistik m. W. unschuldig, geht aber mit dem Raume nicht so sparsam um, wie sie könnte und zum Nutzen der Vergleichung sollte.

Man findet nämlich hier und da ganze Spalten leer oder so spärlich besetzt, daß ein unbefangener Leser zu der Meinung gerät, der Statistiker lasse sich vom Formular beherrschen. Wenn gewisse Möglichkeiten eines Zustandes, z. B. der Gewerbsamkeit, oder einer Bewegung, z. B. im Handel, trotz ihrer Seltenheit eine Nummer in der vollständigen Liste erhalten mußten, bedeutet ihr Durchlauf durch das Tabellenwerk doch eine Verkennung des Wesens der Tabelle, die sich mit bloßer Möglichkeit nicht zu befassen hat. Derartige Verneinungen oder ganz seltene Fälle geziemen sich für den Text, dagegen ins Tabellenwerk nur dann, wenn sie die Seiten nicht vermehren.

Die vorgeschlagene allgemeine Verkleinerung der statistischen Werke verdrießt vielleicht einen oder den anderen Statistiker, weil ihm eine ungeschmälerte Gleichförmigkeit der Tabellen notwendig scheint, damit die Leser jede Fachstelle sofort auffinden. Diese Herren mögen indessen überzeugt sein, daß die ein Quellenwerk tatsächlich benutzenden Leser sich binnen einer Viertelstunde zurechtfinden, falls die ausgedruckten Spalten ihre allgemeine Nummer behalten.

Eine verringerte Breite, die auf anderem Wege zu erzielen ist, kommt nach dieser Richtung kaum in Anschlag, hat jedoch eine methodische Bedeutung. Im Unterschiede von den Kassenbeamten arbeiten wir mit zweckmäßig gewählten Einheiten. Muß des Buchhalters Rechnung auf Heller und Pfennig stimmen, so darf der Statistiker in Zahlen von Tausenden Mark die Pfennige auf Mark abrunden, unbekümmert über eine etwaige Abweichung der Summe vom scheinbaren Ergebnis der Addition um ein paar Einer. Ebenso dürfen niedrige Durchschnittszahlen in Pfennigen angegeben werden, auch wenn mehrere Durchschnitte über 10 M. hinausgehen; so trifft man neuerdings in englischen Ausweisen oft die Schillingseinheit an, z. B. 34 1/3 sh. statt 1 £ 14 sh. 4 d.

Die Tabellen wenden sich an erwachsene Leute, denen mindestens so viel Zahlenverständnis zugetraut werden muß, daß sie die Summe zweier Größen im Kopfe ausrechnen. Es heißt also Raum verschwenden, wenn beispielsweise jeder Altersstufe ebenso drei Spalten gewidmet sind, wie den 9 oder 10 Jahrgänge umfassenden Altersklassen. Da die Statistik doppelgeschlechtliche Wesen nicht duldet, reicht der in Hundertteilen ausgedrückte Anteil eines Geschlechtes allemal hin, dem Leser die Ergänzung auf 100 für das andere Geschlecht zu überlassen. Statt so unnötiger Spalten könnte manche Tabellenseite mehr Vergleichsstücke bringen, die beim eiligen Umschlagen des Blattes öfters an falscher Stelle aufgesucht werden.

[1]) Vgl. D. St. Z. 1918 S. 191.

Digitized by Google

Bei den Beratungen der Statistischen Gesellschaft von 1913 kam doppelte Veröffentlichung derselben Nachrichten seitens zweier Ämter zur Sprache. Ließe sie sich ebensowenig vermeiden, wie einzelne gelegentliche Ermittlungen zweier Behörden desselben Staates, so finde ich doch keinen stichhaltigen Grund für doppelte Veröffentlichung langer Zahlenreihen in demselben Werke. Preußen beschreibt drei Landesteile[1]) einmal unter den Provinzen und dann unter den Regierungsbezirken, abweichend vom früheren Verfahren, das die Provinzen mit fetter Schrift zwischen den Regierungsbezirken kenntlich machte und so zugleich den Durchschuß ersetzte, der zur Innehaltung der Zeilen fürs Auge so nützlich ist. Das jetzige, gewiß dem Schriftsetzer willkommene Verfahren bedingt ein höheres als das an sich nötige Format und könnte eine vielleicht gewünschte Einigung der Landesämter verhindern. Diese Rücksicht auf freie Entschließung mag entschuldigen, daß ich eine scheinbar winzige Sache hier vortrage.

Nach oberflächlicher Schätzung veranschlage ich die mögliche Ersparnis am Umfang aller deutschen Tabellenwerke (verschwenderische und sparsame zusammengerechnet) auf ein gutes Dritteil, wenn den Empfängern keine einzige positive Nachricht vorenthalten werden soll. Das würde einem stillen Gelehrten, der sich mit vergleichenden Untersuchungen aus Quellenschriften verschiedener Länder oder Städte befaßt, den Vorteil verschaffen, ungefähr 9 statt 6 Jahre lang mit dem dafür im Zimmer bestimmten Büchergestell auszukommen, d. h. eine längere Reihe von Werken beisammen zu haben.

§ 3. Das Verfahren, Tabellenwerke ohne Weglassung einer Zahl handlicher herzustellen, fordert vom Statistiker etwas mehr technische Arbeit, jedoch nicht so viel, daß der Druck verzögert zu werden braucht. Werden aber die Gründe anerkannt, die eine beträchtliche Kürzung wünschen lassen, dann ist die Menge des verarbeiteten Stoffes für den Druck zu beschneiden. Im Gefühle der Pflicht, jedermann das amtliche Material zugänglich zu machen, dessen er bedürfen könnte, geht oftmals die Erwägung unter, wie viele oder wenige Menschen überhaupt geneigt sein mögen, das Material bis zu einem gewissen Grade zu benutzen. Was ich selbst geglaubt hatte, fand keine Bestätigung: daß die vollständige Veröffentlichung ermittelter Tatsachen irgendwen reizen werde, sich in Einzelheiten zu vertiefen. Die Darbietung eines Haufens niedriger und bei der nächsten Aufnahme leicht auf den Kopf gestellter Zahlen leistet sogar dem einreißenden Unsinn Vorschub, daß Glieder wie 6 + 2 + 17 in Hundertteilen 24 + 8 + 68 ausgedrückt werden. Da sich die möglichen Nutznießer in zwei ganz verschiedene Gruppen sondern, amtliche und private, behandle ich jede besonders, die letztgenannte zuerst.

Die amtliche Statistik soll und will auf wissenschaftliche Anforderungen und auf den in der Gegenwart nicht eben sehr bemerkbaren, jedoch durch die Art der Veröffentlichung steigerungsfähigen Wunsch, sich zu unterrichten, gebührend Rücksicht nehmen. Prüfen wir, bis zu welchem Grade, so haben wir davon auszugehen, daß unsere Wissenschaft aus zwar veränderlichen, aber dauernd ähnlichen Größen bestimmte Ursachen und Folgen abzuleiten sucht. Es steht ihr schlecht an, sprunghaften Zufälligkeiten denselben Wert wie jenen Größen beizulegen. Tatsachen, die für Bezirke von $^1/_2$, $^1/_5$ oder doch $^1/_{10}$ Million Menschen einige Bedeutung haben, können ganz unerheblich sein und sogar mißverständlich gedeutet werden, wenn man sie über jeden kleinen Bezirk veröffentlicht. Beispielsweise reicht eine Zusammenfassung von 5 oder 10 Jahrgängen der im Alter von über 10 Jahren Gestorbenen in Kreisen mit weniger als 100 000 Ortsanwesenden hin, um feine Verschiedenheiten zwischen ihnen aufzudecken.

Das Ideal eines Quellenwerkes erblicken viele treffliche Statistiker in Einleitungen, die sich an alle denkbaren Benutzer wenden — vom Professor der Statistik herab bis zum Mann aus dem Volke. Während sie sich mithin alle Leserstände auch als Benutzer des Tabellenwerkes vorstellen, haben sie wohl das „*cui bono*" im Fragenschema für jedes vorher überlegte Unternehmen nicht genug in Betracht gezogen. Manche Berufe, die aus der Statistik praktischen Gewinn ziehen könnten, legen anscheinend auf sie geringen Wert. Vermutlich sind wir z. B. alle der Meinung gewesen, daß kaum ein Beruf so sehr der Statistik bedürfe wie die Versicherung; denn im Gegensatze zum Umlegeverfahren beruht das der Wissenschaft huldigende Versicherungswesen auf der Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen. Es wird von der Überzeugung beherrscht, daß unter ähnlichen Umständen sich gleichartige Tatsachen, die man eine Reihe von Jahren hindurch inmitten großer Massen beobachtet hat, auch während der Folgejahre wiederholen.

Je kleiner die Masse, desto schärfer greifen Zufälle hinein und machen sie für die Ableitung von Entwicklungsgesetzen unbrauchbar. Die mathematische Ausgleichung von ein- und ausspringenden Winkeln in der Absterbeordnung ist darum schon ein Gegenstand der Fehde geworden, weil ihre Formel bei mittelmäßig hohen Grundzahlen Anlaß zu merklichen Verschiedenheiten gibt. In der Tat reichen die allgemeinen Statistiken für Fachleute der Versicherung mehr als nötig hin, wenn sie die Jahrgänge der Geschlechter in ganz großen Gebieten beschreiben. So konnte jüngst, ohne nähere Aufschlüsse zu begehren, der Wiener Mathematiker L. Vermeeren die wichtige Erkenntnis berechnen, daß bei der Aufstellung von Selekttafeln der Einfluß der Selektion nicht weit über die ersten fünf Versicherungsjahre hinaus berücksichtigt zu werden braucht. Über die Verwendung der Quellenwerke für das Versicherungswesen schreibt ein Fachblatt[1]):

„Vertieft und in der Erhebungsweise verbessert, ist die Statistik der mit dem Menschengeschlechte am nächsten verknüpften Massenerscheinungen so mächtig angewachsen, daß der Raum für ihre Unterbringung knapp wird. Man darf es den Gesellschaften kaum verdenken, wenn sie — des Glaubens, daß keine wesentlichen Verschiebungen mehr stattfinden — mit älteren Veröffentlichungen fürlieb nehmen oder Durchschnitte aus bald mehr, bald weniger Jahresergebnissen ziehen. Weil außerdem die dicken Quellenbände gewöhnlich nur über eine Seite der beobachteten Erscheinungen berichten, die zweite oder dritte also anderswo aufgesucht werden müßte, begnügen sich die Gesellschaften in der Regel mit abgekürzt vergleichenden Tabellen, falls sie überhaupt — statt andere Anstalten nachzuahmen — die allgemeine Statistik für beachtenswert halten. Fast durchweg wird übersehen, daß die Versicherungsgebiete nicht übereinstimmen, und bei der eigenen Anstaltsstatistik, daß ihr Gebiet Veränderungen erlitten hat."

Wer eine beträchtliche Verbreitung umfangreicher Quellenwerke in bestimmten Berufskreisen erwartet und den Text daraufhin zustutzt, dürfte sich meistenteils täuschen; Sehnsucht nach möglichst ausgedehnten Nachweisungen ist selten anzutreffen. Vorbehaltlich der im § 1 erörterten Umfrage und ihres Erfolges empfehle ich als ein Maß des darzubietenden Umfanges den Gebrauch, welchen das Landesamt oder seine Mitglieder, falls sie Zeit und Neigung dafür hätten, von gleichartigen Erzeugnissen anderer statistischer Ämter zum Zweck vergleichender Untersuchungen machen würden. Geht das wirkliche, durch Nachdenken geläuterte Bedürfnis der Verwaltung oder gemeinsinniger Körperschaften weiter, so gibt dieses natürlich den Maßstab an, wogegen er nicht in der Theorie einer möglichen Verwertung seitens bloß geahnter Leser zu suchen wäre.

Ginge es nicht an, einige bislang alljährlich veröffentlichte Ausweise in einen mehrere Jahrgänge

[1]) Berlin, Schleswig-Holstein, Hohenzollern.

[1]) Österreichische Revue, Organ für Assekuranz und Volkswirtschaft (39 Jahrg.), vom 16. Nov. 1914.

Digitized by Google

treffenden Band zu vereinigen und so die textlichen Erläuterungen von den Zufälligkeiten eines Einzeljahres zu befreien? Mit Betrachtungen, die sich an das bedeutendste Unternehmen der Statistik knüpfen, hat man sich beinahe 5 Jahre lang bis zur nächsten Volkszählung zu gedulden und vermöchte das z. B. ebenso betreffs der Todesursachen in den einzelnen Kreisen. Ich führe letztere absichtlich im Widerspruche zu der Erscheinung an, daß gerade Ärzte die Ergebnisse der allgemeinen Statistik am eifrigsten ausnützen; an erster Stelle ihnen würde also durch häufige Veröffentlichung, falls darin ein Vorzug liegt, Dank abzustatten sein. Aber dem Fleiße entspricht die richtige Auffassung der Zahlen nicht immer, und aus vorübergehenden Zuständen werden Folgerungen gezogen, die anders lauten könnten, wenn 5 Jahresreihen vereinigt werden. Die hoher Anerkennung würdigen preußischen „Medizinalstatistischen Nachrichten", welche mir hierbei vorschweben, bringen in besonderen Abschnitten ohnehin alles für kürzere Zeiträume Wichtige so klar und reichhaltig, daß jene Einzelheiten entbehrlich erscheinen; dagegen ließe sich der Hauptteil des so ersparten Raumes zu Höchst- und Niedrigstzahlen — mit Jahresangabe in wirksamer Vergleichung — für die bedeutsamsten Todesursachen verwenden.

Wohlgemerkt, es handelt sich hier nicht um Bedürfnisse der Verwaltung, sondern um anderslautende der Wissenschaft, die von rasch einander ablösenden Veröffentlichungen eher beunruhigt, als nachhaltig angeregt wird. Man darf voraussetzen, daß ein besinnlicher und vielerlei Stoffe heranziehender Forscher in der Zwischenzeit den Gegenstand nicht bewältigt und in die verdrießliche Lage gerät, beträchtliche Stücke seiner Beweismittel veraltet zu sehen, wenn er die Ergebnisse seines Nachdenkens an die Druckerei überliefert. Ob er in solcher Voraussicht doch nicht manchmal die Forschung unterläßt?

Auf die gerade dem die Umstände ernstlich beachtenden Manne der Wissenschaft recht ersprießlichen Zugaben, die bei allgemeinen Erhebungen nebenher gewonnen und dem Text einverleibt werden, bezieht sich die erstrebte Kürzung von Tabellenwerken nicht, während sie für die Verwaltung schwerlich in Betracht kommen.

§ 4. Indem die Verwendung von Quellenwerken zu Privatzwecken, einerlei ob wissenschaftlich oder geschäftlich, keine Überschreitung des amtlichen Gebrauches bedingt, das in seltenen Fällen doch mögliche Bedürfnis nach breiterem Stoffe vielmehr durch Einsicht in die Akten oder durch Abschrift befriedigt werden kann, hängt die Ausdehnung der Druckschriften allein von den Forderungen der einschlägigen Behörden ab. Vielleicht wird eingewendet, daß selbständige Einrichtungen öffentlichen Nutzens den Anspruch auf weitergehende Veröffentlichung der ermittelten Tatsachen stellen, z. B. damit ihre Zweiganstalten gewisse Einzelheiten unmittelbar erfahren oder den Kritikern Gelegenheit zu Verbesserungsvorschlägen geboten werde. Meines Wissens läuft das in Wirklichkeit mit jenen uferlosen Wünschen um Nachrichten zusammen, die gar nicht oder bei steter Gefahr des Mißbrauchs vergleichbar sind, während große Vereine ihren zahlreichen Zweigstellen die benötigten winzigen Auszüge in Verflechtung mit eigenen Nachweisungen zu übermitteln pflegen. Darum genügt es, daß der Vorstand einer solchen Einrichtung sich das ihm erwünschte Material am Orte der Aufbereitung einhole.

Die Verwalter gemeinnütziger und wohltätiger Einrichtungen kannten ehedem nur teilweise die Anforderungen, denen statistische Ausweise entsprechen sollten, um ihren Zwecken behilflich zu sein. Nach und nach haben die Landesämter teils Schemata der Aufnahmen, teils fertige Veröffentlichungen vorgeführt, aus denen jeder einzelne Verwalter den Umfang der Darbietungen ersehen konnte, und heute darf man füglich voraussetzen, daß über das Maß der wirklich wünschenswerten Nachrichten kaum noch ein Zweifel besteht. Neu auftauchende Bestrebungen finden sich im vorhandenen Rahmen zurecht oder stehen, fast immer innerhalb großer Städte wurzelnd, statistischen Ämtern so nahe, daß jeder vernünftige Wunsch auf Erfüllung rechnen darf. Durch den Druck brauchen die von der allgemeinen Statistik gesammelten Tatsachen indes höchstens dann ausführlicher bekannt gemacht zu werden, wenn Abschriften den Bedarf nicht decken, und so schrumpft der gemeinsame, dem Druck vorzubehaltende Bedarf aller jener Einrichtungen beträchtlich ein.

Worin besteht nun das entscheidende amtliche Verlangen nach statistischen Unterlagen für amtliche Tätigkeit? Die Antwort lautet verschieden je nach dem Umfange und der Einwohnerzahl des Bezirkes, der von einem statistischen Amte regelmäßig beobachtet wird. Allenthalben muß behufs zeitlicher und räumlicher Vergleichbarkeit die Gesamtheit der ermittelten Zahlen lückenlos veröffentlicht, auch die Summe aller Einzelglieder mitgeteilt werden, die auf der nächsten Stufe innerhalb einer Gruppe verschwinden. Das letzterwähnte Verfahren setzt sich in allen folgenden Stufen bis zur untersten fort, von welcher zwar jeweils der schriftliche Aufbau des Ganzen ausgeht, die Öffentlichkeit aber nur ein mehr oder weniger bekleidetes Gerippe zu sehen braucht. Daß — nebenbei bemerkt — die Aufbereitungstabellen wenigstens bis zur Wiederholung der gleichartigen oder doch demselben Hauptgegenstande gewidmeten Aufnahme im Archiv des Amtes niederzulegen sind, versteht sich eigentlich von selbst, und wo ihre Unterlassung eine Verlegenheit herbeiführt, leidet die Würde des Amtes. Außerdem ist jedoch, um auch die Veränderungen zwischen zwei Perioden vergleichen zu können, die Aufbewahrung der vorletzten Einzeltabellen sehr zu empfehlen. Nachher büßen sie ihre Bedeutung für das statistische Verfahren ein und würden einem anderweitigen Archive (etwa des Staates, der Provinz, des Kreises), das hieran ein geschichtliches Interesse bekundet, zu überlassen sein — und zwar (was in früheren Zeiten oft versäumt worden ist) mit Berichtigung von nachträglich erkannten Irrtümern.

Ein statistisches Gemeindeamt geht am meisten in die Breite, weil es am vielseitigsten arbeitet und aus solchen Gliedern, die für zwei oder mehr Verwaltungszweige wichtig sind, Brücken zu schlagen hat. So besteht eine Verwandtschaft zwischen Tiefbauamt und Feuerwehr, zwischen Grundkataster und Gebäudeversicherung, zwischen Wohnungsaufsicht und Beleuchtungsamt, zwischen Armenverwaltung und Waisenamt, zwischen Kinderschutz und Schulpflege, zwischen Einwohnermeldeamt und Postanstalten, zwischen Handelskammer und Bahnverkehr, zwischen Gewerbekammer und Löhnung der städtischen Arbeiter usw., — freilich zurzeit nicht durchweg beachtet, jedoch schon zur Vermeidung doppelter Nachforschungen der Beachtung wert. Andere Verknüpfungen liegen ja dem statistischen Amte näher und beschäftigen es stark genug; dennoch scheint die Zahlentechnik in einer Großstadt mehr als jetzt zentralisiert werden zu können, ohne daß Überbürdung des Amtes die sichere Folge wäre, und ohne daß dem Ansehen des Statistikers dort, wo allerlei Techniker eine große Rolle im Verwaltungsleben spielen, Abbruch geschähe. Unzählige Fragen, die seinem jetzigen Wirkungskreise fern liegen und ihn recht unangenehm stören, werden ohnehin durch die glückliche neuere Einsetzung einer städtischen, an das statistische Amt angelehnten Auskunftstelle von jenem abgelenkt.

Das meistens mit dem Standesamte sich nahe berührende Einwohnermeldeamt sorgt an kleineren Orten gewöhnlich für die Statistik mit, obgleich die Beschaffung eines einseitigen Urmaterials keine gute Schule der Zahlentechnik ist. Dagegen eignet sich die Auskunftstelle, deren Beamte in alle Fächer schnell einzuschauen lernen, trefflich zur Einschränkung des Tabellendruckes, während ihr Personal zu statistischen

Digitized by Google

Arbeiten herangezogen werden kann, sobald eine Stockung in den Anfragen eintritt. Geht aus den unmittelbaren Beziehungen der Ortsinsassen und der vielerlei Vereine zu den Stadtbehörden die Notwendigkeit hervor, daß ein breit ausgelegter Zahlenstoff vorhanden sei, aus dem bald hier, bald dort Antworten geschöpft werden, so ist doch dessen Vervielfältigung in Voraussicht einer gelegentlichen Frage nicht geboten. Allgemein interessierende, passend ausgesuchte Teile der Ermittlungen reichen für die unterste Stufe — Vertreterwahl-, Armen-, Schulkommissions-, Polizeireviere u. dgl. — aus. Wird das städtische Jahrbuch oder ein Sonderbericht knapper gefaßt, so erwerben das wohlfeilere und für jedermann lesbare Druckerzeugnis weit mehr Leute, die nun über den Phrasenwust hinaus ein wahrhaft inniges Verhältnis zur Gemeinde gewinnen. Damit diesem die Möglichkeit von Vergleichungen zwischen örtlich sichtbaren Verschiedenheiten zu Hilfe komme, ist allerdings die obere Stufe der historischen Stadtviertel oder topographischen Ortsteile — noch etwa zerlegt in Bau-, Geschäftsquartiere u. dgl. — mit ausführlichen Angaben zu versehen.

In Kleinstaaten, denen die mit einem eigenen statistischen Amte ausgerüsteten Verwaltungsgebiete großer Staaten ungefähr gleichzustellen sind, nimmt die Bevölkerung am Gemeinwohl zwar nicht durchweg denselben Anteil wie in der Großstadt, steht jedoch der Landesverwaltung schon örtlich viel näher als in umfangreichen Ländern und verlangt Auskünfte bis zur Einzelgemeinde herab in ausgedehnterem Maße; das Hilfsmittel einer besonderen Auskunftstelle paßt auch für ganze Länder nicht. Sogar hier aber, wo außerdem manche Einzelheiten zum Nutzen von Spezialforschern eine gute Stätte finden, kann ein Unterschied zwischen volkreicheren und kleinen, Fabrik- und landwirtschaftlichen Gemeinden zum Ausdruck in der Spaltenzahl kommen. Übrigens empfiehlt sich zumal in Thüringen eine oft vermißte geographische statt der alphabetischen Anordnung; denn Exklaven haben oft für ihre Umgebung eine höhere wirtschaftliche Bedeutung als für den Staat ihrer Zugehörigkeit.[1])

Tabellarische Erzeugnisse kleiner Länder sind es freilich nicht, die den öffentlichen oder privaten Büchereien beschwerlich fallen. Aber auch die mittleren Bundesstaaten, von denen Mecklenburg sogar manchen Ausweis vermissen läßt, halten ihre Veröffentlichungen in angemessenen Schranken, und selbst Bayern, Sachsen, Württemberg stehen hinsichtlich der Massen hinter gleich großen nichtdeutschen Staaten mit selbständigen Zöllen zurück. Ihre statistischen Ämter halten eine gute Stufenordnung wissenswerter Nachrichten inne, und die Landtage drängen nicht auf Verlängerung des Stoffes hin. Wo Beschränkungen wohl angebracht wären, hat man Wünsche nicht statistischer Natur zu befriedigen gesucht.

§ 5. Dagegen läßt das trotz möglichst leichten Papiers gewaltige Gewicht der preußischen Quellenwerke an sich die Vermutung zu, daß Überflüssiges an den Markt gebracht werde. Als ich persönlich daran mitzuarbeiten hatte, gehörte zu den Triebfedern der Ehrgeiz, die deutsche Wissenschaftlichkeit hinter die fremde nicht zurücktreten zu lassen und über den eigenen Großstaat, wenn es anging, mindestens so viel auszusagen, wie von anderen Großstaaten vorlag, die ganz vorzugsweise zu Vergleichungen herangezogen wurden. Vielleicht hat sich diese Neigung fortgepflanzt, da die Stoffmenge keine Verminderung zeigt. Auch trat eine Reihe neuer Aufgaben hinzu, und die Behörden haben sich vermehrt, daher ist das Bedürfnis nach Zahlen tatsächlich erweitert. Dennoch ist der Zweifel berechtigt, ob nicht des Guten allzuviel geschah; dem vergrößerten Angebot von Druckschriften begegnet, selbst wenn ihr Gehalt gestiegen ist, leicht eine verringerte Schätzung ihres Einzelwertes.

Weil der Großstaat Preußen kein eigenes Wirtschaftsgebiet, ja nicht einmal die greifbare Summe einzelner Wirtschaftsgebiete darstellt, dürften gewisse Zweige der Statistik dem Deutschen Reiche überlassen werden, insoweit sie die Staatsfinanzen nicht betreffen. Dem löblichen Streben nach Vollständigkeit steht jetzt die Beschwerung mit Ausweisen im Wege, die zugleich an anderer Stelle veröffentlicht und von dorther wirklich erwartet werden. Welchen Sinn hat beispielsweise noch eine gesamtpreußische Sterbetafel oder ein Abriß des Verkehrs in preußischen Häfen? An der Berufs- und Betriebsstatistik ließen sich ganze Bände ersparen. Als Quelle vaterländischer Kraft lobe und hege ich einen altpreußischen Patriotismus ebenso wie der Bayer, der Sachse, der Braunschweiger usw. den seinigen; aber was erst im ganzen Vaterlande zur Geltung kommt, ist im Einzelstaate ein nutzloser Torso.

Nach unten hin gehen eigentlich Summen von jeder Provinz keinen Beamten etwas an, wo diese kein Organ für die Sache besitzt; anderseits sind bloße Rechnungszahlen über Regierungsbezirke da entbehrlich, wo die Bezirksregierung gar nicht mitzusprechen hat. Fallen damit insgesamt ziemlich viele Zeilen aus, so wäre doch die Veröffentlichung sämtlicher für die oberste Landeseinteilung je nachdem brauchbaren Ergebnisse in gleicher Ausdehnung wie über den ganzen Staat beizubehalten. Ja, die Bedeutsamkeit und die soziale Verschiedenheit von Ortschaftsgruppen macht bei mehreren Tabellen eine Zerlegung wünschenswert, durch welche man eine richtigere Anschauung von den Zuständen im Lande erhält. Unterschiede zu verwaschen, widerspricht dem statistischen Verfahren, und das preußische Landesamt verfährt auch vielfach demgemäß. Es könnte eine Zeile gewidmet werden: jeder Stadt bis auf 200 000 Ortsanwesende herab, den anderen Stadtkreisen zusammen, ebenso den landrätlichen Kreisen; die Bezirkssumme braucht erst bei mindestens 4 Gliedern gedruckt zu werden, weil jedermann 3 Zahlen leicht im Kopfe zusammenrechnet. Wider eine weitere Scheidung — vielleicht in abgekürzter Breite — wäre nichts einzuwenden: etwa in Stadtgemeinden mit über 5000 Bewohnern (nicht Ortschaften, die sich in manchen Gegenden auf einen großen Raum verteilen), städtisch eingerichtete Vororte von Stadtkreisen, sonstige Landgemeinden, Gutsbezirke; denn immer noch walten belangreiche Verschiedenheiten zwischen den Gemeindegruppen ob.

An solcher Gliederung der obersten Stufe haben hinlänglich viele Behörden ein lebhaftes Interesse, um die Unbequemlichkeit einer über ihr Einzelbedürfnis hinausgehenden Veröffentlichung in Kauf zu nehmen, so daß allein die Preisermäßigung noch in Betracht kommt. Die Zweckmäßigkeit einer Einschränkung macht sich aber desto mehr auf der folgenden Stufe geltend. Diese besetzen — abgesehen von Synodalkreisen, Berginspektionen u. dgl. — die nicht schon namentlich aufgeführten Stadtkreise und die landrätlichen Kreise, also Hunderte von Einheiten, deren genauere Beleuchtung allein der zuständigen Provinzialbehörde wichtig ist. Einige ausgewählte Tatsachen sind für eine größere Zahl höherer Beamten auch außerhalb der eigenen Provinz zu Vergleichungen unentbehrlich und deshalb im gedruckten Quellenwerke aufzureihen. Der ganze umfangreiche Überschuß wäre natürlich den Provinzialverwaltungen und ihren Unterstufen nicht vorzuenthalten, sondern in Abschrift zu übermitteln. Dann mag die Provinz für den

[1]) Die in Paragraphen geformten Sätze passen sich zwar den eben vergangenen Zuständen, nicht aber in jeder Einzelheit der Gegenwart an, die beispielsweise keine monarchische Verfassung in Deutschland mehr kennen will, Unterschiede zwischen kleinen und umfangreichen Volksstaaten jedoch vermutlich bestehen lassen sowie allen ein mehr oder minder großes Maß von Selbständigkeit gewähren wird. Im Zweifel über die Lösung der schwebenden Fragen bleibt jedenfalls die ursprüngliche Fassung für die Vergangenheit noch berechtigt.

Digitized by Google

Druck in eigenen Heften sorgen, die vollbreit angelegt oder auf Auszüge beschränkt sind, wie jene es gerade als zweckmäßig erachtet.

Bei der untersten Stufe — den Gemeinden (mit ein paar Notizen über die Wohnplätze), Standesamtsbezirken usw. — ist neben der gleichartigen Behandlung die Einzelveröffentlichung in Provinzialheften längst durchgesetzt und hat sich bewährt. Vielleicht kann den Provinzialverwaltungen auch diese, die bisher vom Mittelpunkte der preußischen Statistik aus bewirkt ist, anheimgegeben und dadurch die Möglichkeit geschaffen werden, daß einzelne Spalten fortfallen und andere Auskünfte hinzutreten. Auf Gleichmäßigkeit kommt es innerhalb des Staatsganzen doch weniger an als auf die Nützlichkeit von Nachrichten, die in verschiedenartigen Landesabschnitten ungleich und anders als in Berlin aufgefaßt werden kann.

Ich besitze keine nähere Kenntnis von der ausländischen Veröffentlichung abgekürzter Tabellen über die unteren Stufen der einzelnen Landesteile erster Ordnung und erinnere mich zwar, daß niederländische Provinzen und französische Departements vorzüglich beschrieben waren, aber nicht, ob an jede Volkszählung geknüpft. Der Statistik österreichischer Kronländer nehmen sich neuerdings eigene Landesbehörden an, denen solche der gleichfalls ständischen, nur meistens jüngeren Provinzen Preußens nachgebildet werden könnten.

Der deutschen Reichsstatistik hatte der alte Zollverein die Unterlagen nicht so dicht gebaut, wie die neue Willfährigkeit gegen jedermann wünschte, und immer neue Stoffmengen grub die Wißbegier der Gesetzgeber aus, die sich dann einzuwurzeln und viele Blätter zu entfalten strebte. Des üppigen Wachstums froh, erhoben auch solche Leute, die im Garten fleißig arbeiteten, keinen Widerspruch gegen ein Übermaß, das ihnen den Einblick erschwerte; doch würde die Mehrzahl der Erntenden eine Beschränkung als Wohltat empfinden. Den Mitgliedern des Reichstages beläßt ihre parlamentarische Pflicht keine Muße für Kleinarbeit, und macht ein hoher Beamter sich zur Erledigung von Anfragen an diesen oder jenen Gegenstand eifrig heran, bleiben sehr viel andere unberührt. Dem tatsächlichen Bedarf von ermittelten Größen würde also vermutlich entsprochen werden, wenn ganze Reihen von Einzelheiten mittels Umdrucks in wenigen Exemplaren zur Vervielfältigung kommen.

Außerdem scheint keine andere Weltmacht ihrer obersten statistischen Behörde so große Freiheit der Veröffentlichung wie das Deutsche Reich zu gewähren. Finden sich unter den Deutschen stets nur einige sachverständige Forscher bereit, ein bestimmtes Gebiet der dargebotenen Statistik von Grund auf zu studieren, so sind den ausländischen Wettbewerbern die mit deutscher Wahrheitsliebe verzeichneten und veröffentlichten Angaben gerade über unscheinbare Umstände Wasser auf die eigene Mühle. Weiß man doch, daß namentlich die hochbesoldeten amerikanischen Konsuln ein um so größeres Lob ihrer Regierung erzielen, je mehr brauchbare Kenntnisse vom Betriebe der deutschen Gewerbsamkeit sie einziehen! Gestützt auf die gewissenhafte Behandlung in den für jeden Käufer erreichbaren Druckwerken, heischen sie von Fabrikanten und Händlern, die eine Ware in den Vereinigten Staaten zu verbreiten trachten, unerbittlich jede etwa noch fehlende Auskunft und verstehen, ihre Richtigkeit an den durchsichtigen amtlichen Zahlen zu messen. Die begrenzte Räumlichkeit des von ihnen bewachten Bezirks erlaubt ihnen, alles benötigte Material mit leichter Mühe aus den umfangreichen Veröffentlichungen abzuscheiden. So drängt sich die Frage heran: geschieht des Guten nicht allzu viel? (Vgl. § 11.)

§ 6. Die Gutachten und Reden in der Statistischen Gesellschaft über den Text der Quellenwerke schweigen von einer Verkürzung der tabellarischen Zusammenstellungen, weshalb ich breiter darauf eingehen zu sollen glaubte, als sonst geschehen wäre. In den Berliner Verhandlungen von 1912 ist jedoch dieser Ton unter den damals über Verwaltung und Statistik (S. 2—6) zur Äußerung gelangten wenigstens angeschlagen worden.

In seiner langen und vielseitig anregenden Rede bemerkte der Oberbürgermeister Dr. Wilms von Posen, eine Schuld an der unzureichenden Beachtung der Statistik trage nicht allein die Vorbildung der Verwaltungsbeamten, sondern der häufig auch recht trockene Betrieb. Die Statistiker in leitender Stellung sollten außer volkswirtschaftlicher Begabung eine gewisse schriftstellerische Veranlagung haben. Hier berührt sich der Vortrag mit § 1; im Verlangen nach gemeinverständlichem Texte kommt er mit der herrschenden Ansicht von den Texterläuterungen überein, und in dem Satze, daß man zu viel Tabellenmaterial vermeiden möge, stimmt er dem Grundgedanken der §§ 3—5 zu. So allgemein gehalten, erregte letzterer Satz keinen Widerspruch, hingegen der folgende, daß für die Aufbereitung zu viele Zeit benötigt sei, wie denn von der Berufszählung 1907 erst das Tabellenmaterial vorliege. Das Arbeitsprogramm wird übrigens, was der Redner zu bezweifeln schien, wohl ohne Ausnahme schon beim Beginne der Aufbereitung festgelegt.

Schneller als jetzt, warf Ministerialrat Dr. F. Zahn-München ein, sei die Statistik kaum herauszubringen, werde vielleicht sogar überhastet. Ebenso fand Präsident G. Evert-Berlin die Dauer der Bearbeitung — namentlich der Saatenstands- und Agrarstatistik — kurz genug, während es auf Schnelligkeitsrekorde in erster Linie überhaupt nicht ankomme. Oberregierungsrat Dr. G. Lange-Karlsruhe erblickte eine häufige Ursache verspäteter Veröffentlichung in der Mangelhaftigkeit des Materials, das unberichtigt nicht verwendbar sei; intensive Mitwirkung gebildeter Leute (Lehrer, Beamte usw.) müsse die statistischen Ämter hierbei unterstützen. Insbesondere erklärte Geh. Regierungsrat Dr. E. Würzburger-Dresden die lange Dauer der Betriebsstatistik aus dem unzweckmäßigen Erhebungsverfahren, „das ein mangelhaftes Material liefere und daher langwierige Nachprüfungen notwendig macht".

Wilms beharrte im Schlußwort darauf, daß es bei vielen statistischen Ergebnissen auf schnelle Kenntnisnahme ankomme. Um ein korrektes Urmaterial zu erzielen, solle man ernstlich prüfen, wie die belehrenden Kundgebungen über den Gebrauch der Fragebogen zu vereinfachen und dem allgemeinen Verständnis anzupassen wären. Als Vorsitzender der Versammlung äußerte zuletzt Unterstaatssekretär z. D. Dr. v. Mayr-München: vielleicht könnte, wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, „eine gesetzliche Pression auf den Termin der Vollendung nicht nur der Ausbeutungs- und Zusammenstellungsarbeiten, sondern auch der gesamten Veröffentlichungen — einschließlich der textlichen Bearbeitung — ausgeübt werden".

Obige Bemerkungen von Häuptern der deutschen Statistik schlagen mittelbar in die dringlich empfohlene Abkürzung der Tabellenwerke ein. Diese werden doch eher zur Veröffentlichung reif, wenn sie einen geringeren Umfang erhalten, da in einer Woche höchstens zwei Druckbogen gesetzt und auf ihre Richtigkeit geprüft werden können. Betreffs der streng innezuhaltenden Termine machte ich persönlich die traurige Erfahrung, daß der erste Überreichungstag aus der Volkszählung von 1871 pünktlich nicht anders innegehalten werden konnte, als durch Ersatz einer späteren Berichtigung fertiger Abschnitte mittels erzwungener Interpolation in den geplanten Tabellen der noch ausständigen Abschnitte; denn keine einzige Abweichung vom Ergebnis der ersten Auszählung ward erlaubt.

Eine einfachere Methode der Erhebung für die Betriebsstatistik von 1875 strebte ich vergebens an, und so hat das Engelsche Muster mangels einer scharfen nachträglichen Kritik fortgewirkt. Bei der künftigen Wiederholung so schwieriger Aufgaben würde es dem Zwecke besser entsprechen, wenn vorerst der allgemeine

Digitized by Google

Fragebogen ausgegeben und dann diejenigen Betriebe ermittelt werden, denen nachträglich die Ausfüllung besonderer Formulare anzusinnen ist. Unsere Volkswirtschaft trifft kein Verlust, wenn gewisse Einzelheiten über Betriebe geringen Umfangs nur für Stichkreise erforscht und nähere Ausweise über Großbetriebe abgesondert zur Kenntnis gebracht werden. Ein gleichmäßig durchforsteter Wald sieht gewiß sauber aus; aber muß da Astwerk eines gefällten Baumes notwendig neben den Stamm gelegt werden? *(Forts. folgt.)*

Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik.

Von Prof. Dr. **Carl v. Tyszka** in Hamburg.

Das Interesse für statistische Erhebungen über die Lebenshaltung weiterer Volkskreise ist erst in den letzten Jahrzehnten im Zusammenhang mit dem Aufsteigen der Industriearbeiterschaft zum Lichte der Kultur und Zivilisation ein regeres geworden, und dank einer Reihe von Untersuchungen amtlichen und privaten Charakters über Haushaltrechnungen, Wirtschaftsrechnungen, Einnahmen und Ausgaben minderbemittelter Familien haben wir auch, wenn freilich in vorerst bescheidenem Maße, Kenntnis von der Lebenshaltung weiterer Kreise unseres Volkes gewonnen. Denn allerdings ist die Kenntnis, die uns solcherart Untersuchungen vermittelt haben, noch eine recht mäßige. Das liegt im Wesen der Sache selbst. Die Lebenshaltungsstatistik ist beispielsweise gegenüber der Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik eine weniger vollkommene.[1]) Die Bevölkerungsstatistik erfaßt die gesamte Bevölkerung; bei der Volkszählung wird eine jede Person ermittelt. Alter und Familienstand, Staatsangehörigkeit und Religionsbekenntnis und was man sonst noch zu wissen wünscht, ist ohne Schwierigkeit einwandfrei zu erlangen. Die wenigen Personen, die sich der Erfassung ihrer persönlichen Verhältnisse entziehen, spielen gegenüber der Masse, die erhoben werden kann, gar keine Rolle. Das gilt in gleicher Weise vom Bevölkerungswechsel. Die Eheschließungen, die Geburten und Sterbefälle, im allgemeinen auch die Zu- und Abwanderungen sind einwandfrei feststellbar. Man hat hier gleichsam einen festen, sicheren Boden unter den Füßen. An einem Volkszählungsergebnis von soundsoviel Einwohnern, von denen soundsoviel ledig, verheiratet, verwitwet oder geschieden sind usw.. ist nicht zu rütteln; es steht bis auf wenige einzelne Fälle, denen aber gar keine Bedeutung zukommt, wissenschaftlich fest. Das kann man beispielsweise auch von der Wohnungsstatistik sagen; auch hier schafft die Statistik eine feste und sichere Grundlage, man kann einwandfrei feststellen, wieviel Wohnungen in der Stadt vorhanden sind, wie diese Wohnungen ausgestattet, wie hoch die Mietpreise sind, wieviel Personen in den Wohnungen leben, welche Wohnungen somit als überfüllt zu gelten haben usw. Hierüber schafft uns die Statistik sichere, klare Ergebnisse und Erkenntnisse.

Wie aber steht es mit einer Statistik über die Lebenshaltung? — Zunächst: welches ist ihr Zweck? — Sie soll uns Aufschluß geben über die Lebenshaltung unseres Volkes. Aber was heißt das, Lebenshaltung eines Volkes? — Gibt es überhaupt eine solche als einen einheitlichen Begriff? Ist nicht vielmehr die Lebenshaltung, die Lebensführung etwas durchaus Subjektives, bei einem jeden einzelnen verschieden, ist sie nicht fast so vielgestaltig als es Wirtschaftseinheiten überhaupt gibt? — In der Tat hat streng genommen jede einzelne Wirtschaftseinheit eine von anderen abweichende Lebenshaltung. So müßte man, um ein getreues Bild von der Lebenshaltung eines Volkes zu gewinnen, die Gesamtheit aller Wirtschaftseinheiten erfassen; eine Unmöglichkeit! Und wäre es selbst durchführbar, so würden sich auch hier Fehlerquellen ergeben, da Besonderheiten einzelner selbst dann noch u. U. die typischen Allgemeinheiten beeinflussen könnten. So ergeben sich hier große Schwierigkeiten, die nur durch peinlichste Sorgfalt bei der Auswahl der zu untersuchenden Personen, der Stellung der Fragen usw. überwunden werden können.

Auf welche Weise können wir uns aber überhaupt über die Lebenshaltung weiterer Volkskreise Kenntnis verschaffen? — Da ist vor allem als die weitaus beste Quelle die Erhebung von Haushaltsrechnungen, Wirtschaftsrechnungen durch Führung von Haushaltsbüchern und dgl. zu nennen. Denn einem Schöpfen von Kenntnissen dieser Art aus der Preisstatistik kommt, da sie stark einseitig ist und den Verbrauch außer acht läßt, nur eine recht untergeordnete Rolle zu. Gerade auf die Ermittlung des Verbrauchs kommt es uns aber im besonderen an. Eine Erhebung der Preise besagt uns zwar (angenommen eine solche Erhebung wäre einwandfrei möglich), wie teuer eine Ware zu einer Zeit ist, und ob sich ihr Preis gegen früher erhöht oder ermäßigt hat; aber in welchem Maße der Preis als Belastung für das Budget der Familie in Frage kommt, davon erfahren wir nichts. Diese subjektive Seite jedoch ist es, die uns interessiert. Mit der objektiven Feststellung der Höhe des Preises ist uns wenig gedient; wir wollen wissen, wie groß die Ausgaben sind, die eine Familie notwendigerweise machen muß, um zu einer gewissen Zeit ihr Dasein fristen zu können, und wie hoch der Verbrauch an den Waren und Lebensmitteln ist, die sie benötigt.

Hierin liegt aber die Schwierigkeit: in der Ermittlung des Verbrauchs wie der Ausgaben, da sie in hervorragendem Maße, wie schon gesagt, subjektiver Natur sind und nicht nur in einzelnen Volksschichten, sondern, man kann sagen, fast in jeder einzelnen Familie verschieden sind. Dieser subjektive Charakter der Lebenshaltungsstatistik bedingt in gewisser Weise ihre Unvollkommenheit gegenüber, wie oben erwähnt, beispielsweise der Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik. Das kann nicht genug betont werden, um irrtümlichen Auffassungen über den Wert einer Lebenshaltungsstatistik entgegenzutreten. Sie ist und bleibt etwas Fragmentarisches ihrem Wesen nach. Deshalb soll die Bedeutung von Untersuchungen über Lebenshaltung weiterer Volksschichten nicht geschmälert werden. Im Gegenteil, gerade dies Fragmentarische macht es notwendig, daß einmal diese Untersuchungen in einer möglichst großen Zahl angestellt werden, damit sie sich gegenseitig ergänzen, denn durch eine einzelne Untersuchung wäre es niemals möglich, die Wirklichkeit auch nur annähernd zu erfassen; wohl aber kann sie sich aus einer solchen Vielheit von Untersuchungen ergeben. Zum anderen müssen sich die einzelnen Untersuchungen auf einen möglichst weiten Kreis von Personen erstrecken und mit der allergrößten Genauigkeit durchgeführt werden. Denn der Fehlerquellen sind der Natur der Sache nach genügend vorhanden. So muß das Augenmerk des Statistikers hier ganz besonders darauf gerichtet sein, Zweideutigkeiten, die sich irgendwie vermeiden lassen,

[1]) Vgl. darüber Feig, „Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung" in „Die Statistik in Deutschland". Es wird hier (S 813) die Frage aufgeworfen, ob es sich bei der Haushaltungsstatistik überhaupt um Statistik im strengen Sinne handelt, was von v. Mayr bestritten wird, da hier keine „erschöpfende Massenbeobachtung" vorliege Diese v. Mayrsche Auffassung ist doch aber nur recht bedingt zutreffend; denn einmal gestattet, wie Feig hervorhebt, die vollständige Aufzeichnung aller Einnahmen und Ausgaben bezüglich der beobachteten Haushaltung zweifellos eine erschöpfende Massenbeobachtung, sodann ergibt sich eine Beziehung zu Massenerscheinungen auch insofern und insoweit, als die behandelten Haushalte für eine ganze Kategorie von Haushalten als typisch angesehen werden.

Digitized by Google

durch peinlichste Genauigkeit auch wirklich zu vermeiden.

Da die Lebenshaltungsstatistik nicht wie eine Bevölkerungsstatistik die gesamten Volksmassen erfassen kann, nicht auf sämtliche Personen einer Stadt oder gar eines Staates sich ausdehnen läßt, so ist hier die Auswahl des Beobachtungsmaterials von größter Wichtigkeit.

I. Die Auswahl des Beobachtungsmaterials.

Hier wird es vor allem darauf ankommen, diejenigen Familien herauszugreifen, die gewissermaßen als typisch angesehen werden können, deren Einnahmen und Ausgaben auch wirklich ein Bild von der Lebenshaltung weiterer Volkskreise gewähren.[1]) Dazu ist notwendig, daß bei der Auswahl des zu beobachtenden Materials auf folgende Punkte Rücksicht genommen wird:

1. Auf die Höhe des Einkommens der Familie. Hier werden zunächst die Volkskreise auszuscheiden haben, deren Einkommen so hoch ist, daß eine Veränderung in der Preislage ihre Lebenshaltung nicht im geringsten berührt: die Reichen, Wohlhabenden. In jenen Kreisen wird zumeist (freilich nicht immer) nicht derartig mit dem Pfennig gerechnet, daß sich aus ihren Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse ein Bild von der Lebenshaltung, und vor allem von den Schwankungen in der Lebensführung, von der Anpassung an wechselnde wirtschaftliche Verhältnisse, an die Preislage, gewinnen ließe. Der Überschuß der Einnahmen über die zur Fristung des Lebensbedarfs notwendigen Ausgaben ist hier zu groß; eine Veränderung der Preislage der notwendigen Lebensmittel führt hier nur zur Einschränkung von Ausgaben für Luxus und des mehr oder weniger Überflüssigen, was für uns volkswirtschaftlich von weniger großem Interesse ist. Sodann bilden auch jene Kreise einen immerhin nur verschwindend geringen Teil unseres Volkes, und wir wollen ja (das wäre das freilich nie zu erreichende Ideal) die Lebenshaltung des Volkes in seiner Gesamtheit erforschen. Wir werden deshalb die Einkommenshöhe nach oben begrenzen müssen, und nur diejenigen Familien in den Kreis unserer Untersuchungen ziehen können, deren Einnahmen nicht viel größer sind, als zur Fristung des Lebens, freilich eines Lebens auf der jeweiligen Kulturstufe, notwendig ist. Der mittelbürgerliche Haushalt, der Haushalt des Beamten, des besseren, gehobenen Arbeiters dürfte hier als Typus anzusehen und bei Auswahl der zu beobachtenden Familien zu bevorzugen sein.

Doch auch nach unten ist die Einkommenshöhe abzugrenzen. Die Ausgaben des vollständig Unbemittelten können uns wiederum kein zutreffendes Bild von der Lebenshaltung unseres Volkes geben. Da in diesen Bevölkerungsschichten im wahrsten Sinne des Wortes von der Hand in den Mund gelebt wird, sind die Ausgaben zu schwankend, richten sich zu sehr nach den augenblicklichen Einnahmen, als daß wir sie für unsere Zwecke gebrauchen könnten. Es ist notwendig, dies zu betonen, denn noch vielfach wird geglaubt, durch eine Erhebung von Haushaltrechnungen ganz besonders Unbemittelter die besten Erkenntnisse von der Lebenshaltung des Volkes zu gewinnen. Das trifft, wie gesagt, nicht zu. Will man hier einwandfreie Ergebnisse erhalten, so wird man schon in jene Schichten hinaufsteigen müssen, die — wenn auch nur ein wenig — mehr einnehmen, als zur Bestreitung der allerdringendsten Notdurft erforderlich ist. Zudem kommt dazu, daß jene allerärmsten Schichten schwerlich in der Lage sein werden, Haushaltbücher zu führen, und dies ist die unbedingte Grundlage einer Erhebung über die Lebenshaltung. Eine gewisse Kulturhöhe, ein gewisses Bildungsniveau ist schon notwendig, um die Einnahmen, Ausgaben und den Verbrauch leidlich zuverlässig notieren zu können.

Freilich kann es auch Zweck einer Untersuchung sein, Aufschluß über die Lebenshaltung nicht der Gesamtheit, sondern einzelner bestimmter Bevölkerungskreise zu gewinnen. Dann wird man dazu schreiten, je nach dem Zweck, der verfolgt wird, Haushaltungsrechnungen aus gutsituierten Bevölkerungsschichten oder aus weniger bemittelten oder aus gänzlich unbemittelten zu gewinnen. Der Wert, der diesen Haushaltungsrechnungen zukommt, dürfte aber dann ein recht verschiedener sein, und dies wäre bei solchen Untersuchungen stets zu betonen.

2. Auf die Unterscheidung von Stadt und Land; denn die Lebensweise ist hier eine durchaus unterschiedliche. Das hat sich ganz besonders im Kriege gezeigt, in dem die Landbewohner als Selbstversorger den Städtern als sog. versorgungsberechtigter Bevölkerung vielfach scharf gegenübertraten. Eine Erhebung der Lebenshaltung auf dem Lande wird besondere Schwierigkeiten bereiten, insofern hier der Produzent vom Konsumenten gar nicht zu trennen ist. Uns interessiert bei Erhebungen über Lebenshaltung aber ausschließlich der Konsument; wir werden daher das Land bei derartigen Untersuchungen auszuschließen haben oder doch, wenn es in die Untersuchungen einbezogen werden soll, getrennt behandeln müssen. Es wäre ein großer Fehler, eine Untersuchung auf Stadt- und Landbewohner gemischt zu erstrecken und würde das Bild, das wir von der Lebenshaltung durch Erhebung städtischer Haushaltrechnungen gewinnen könnten, ganz außerordentlich trüben, wenn nicht überhaupt fälschen. Die Erhebung der Lebenshaltung wird sich also in der Hauptsache auf die Stadtbewohner zu erstrecken haben, und auch hier werden wiederum Unterschiede zu machen sein. Es ist durchaus nicht gleichgültig für unsere Zwecke, ob die zu untersuchende Familie in der Großstadt, in einer Mittelstadt oder in einer Kleinstadt wohnt. Der Kleinstädter ist (um den kriegswirtschaftlichen Ausdruck zu gebrauchen) zu einem großen Teil immer noch Selbstversorger; er kauft ähnlich wie der Landbewohner nur einen Teil seiner Lebensmittel ein, ein anderer wächst ihm von selbst zu. Somit ist er gar nicht in der Lage, genau seine Ausgaben für den Lebensmittelbedarf anzugeben. Das ist in der Mittelstadt und ganz besonders in der Großstadt völlig anders. Die Großstadt ist die eigentliche Domäne für eine Erhebung über die Lebenshaltuug. Hier ist der Konsument, auf den es uns besonders ankommt, zu Hause. Und doch werden auch in der Großstadt in dieser Richtung wieder Unterschiede zu machen sein, womit wir zum dritten Punkt kommen.

3. Auf die besondere Berücksichtigung des reinen Konsumenten.[1]) Nun ist eine Scheidung zwischen Konsument und Produzent nicht einwandfrei durchzuführen. Denn jeder Konsument ist ja doch zugleich auch Produzent: seine Einnahmen, durch die er seinen Lebensunterhalt bestreitet, stammen doch (sofern er nicht Almosenempfänger ist) aus irgendeiner produktiven Tätigkeit, sei es als Lohnarbeiter, Angestellter, Beamter, Arzt, Rechtsanwalt usw. Und doch wird man hier Unterschiede machen können und müssen, die freilich zunächst nur graduelle sind, sich aber an den Extremen zu solchen grundsätzlicher Natur zuspitzen. Denn man wird Wirtschaftskreise, bei denen das Produzenteninteresse stark überwiegt, solchen, bei denen das Konsumenteninteresse in erster Linie steht, gegenüberstellen und somit Produzenten- und Konsumentenkreise abgrenzen können. Zu den ersteren gehört vor allen Dingen der selbständige Gewerbetreibende; namentlich sofern er dem Lebensmittelgewerbe angehört, wird er für unsere Zwecke völlig ausscheiden. Aber überhaupt

[1]) Vgl. über die Auswahl und Gewinnung der Familien W. Schiff, „Zur Methode und Technik der Haushaltungsstatistik", Annalen für Soz. Politik u. Gesetzgebung 1913, III. Bd., 1. u. 2. Heft S. 54 ff. Siehe auch D. St. Z. 1914 S. 65.

[1]) Vgl. über den Begriff der Konsumenten meine Schrift: „Der Konsument in der Kriegswirtschaft", Tübingen 1916.

Digitized by Google

werden sich selbständige Produzentenkreise für unsere Untersuchungen weniger eignen; für sie ist das Interesse, billige Lebensmittel im weiteren Sinne des Wortes zu erhalten, gering gegenüber ihrem Produzenteninteresse, möglichst hohe Preise für ihre Produkte zu erlangen. Sie werden sich deshalb schwerer bereit finden lassen, Haushaltbücher zu führen, und wenn sie es tun, wird man im allgemeinen nicht das Interesse erwarten dürfen, das derjenige hat, der in erster Linie Konsument ist, und der als Produzent auf feste Bezüge, Lohn oder Gehalt angewiesen ist. Sein Einkommen ist nur verhältnismäßig geringen Schwankungen unterworfen, vor allem richtet es sich fast gar nicht nach der jeweiligen Wirtschaftslage. Seine Ausgaben sind jedoch durchaus davon abhängig. Er hat in erster Linie Interesse an billigen Lebensmitteln, niederen Preisen für die notwendigen Gebrauchsgegenstände; erst weit an zweiter Stelle steht sein Interesse an der Erhöhung der Preise der Güter oder Leistungen des Unternehmens, Betriebes usw., dem er angehört.

Dies gilt in erster Linie für den festangestellten Beamten, öffentlichen wie privaten; die geringe Teuerungszulage, die bei dauernder und scharfer Preissteigerung ihm gewährt wird, ist nicht im entferntesten ein Äquivalent für die Erhöhung seiner Ausgaben für den notwendigen Lebensbedarf. Aber auch für die Arbeiter trifft dies zu, wenn auch in minderem Maße. Auch sie haben von einer Erhöhung der Rentabilität des sie beschäftigenden Unternehmens nicht unmittelbaren Nutzen; denn die wenigsten Betriebe verstehen sich dazu, die Löhne ihrer Arbeiter bei besserem Geschäftsgang von selbst zu erhöhen. Das ist kein Übelwollen der Leitung, keine Handlungsweise, die eine ethische Verurteilung erforderte, sondern das liegt im Wesen der kapitalistischen Unternehmung, die kein anderes Gesetz kennt, als die Erhöhung der Profitrate. Von niederen Lebensmittel- usw. preisen hat aber die Arbeiterschaft den direkten Vorteil, daß ihr Leben verbilligt wird, ihr Reallohn steigt, auch wenn der Nominallohn der gleiche bleibt.

Man wird also bei der Auswahl der zu beobachtenden Personen und Familien am zweckmäßigsten Beamte, Angestellte und Arbeiter herausgreifen und auf selbständige Gewerbetreibende besser Verzicht leisten, falls nicht, was immer betont werden soll, der Zweck der Untersuchung wäre, ein Bild von der Lebenshaltung ganz bestimmter Volksschichten, wie z. B. der gewerbetreibenden Unternehmer zu geben.[1])

4. Auf die Größe der Familie. Daß Einzelhaushalte, also Junggesellen-, Witwen- usw. Haushaltungen weniger in Frage kommen, dürfte von selbst erhellen. Aber auch Familien mit allzugroßer Kinderzahl dürften wiederum nicht zweckmäßig sein, denn selbst wenn bei der Bearbeitung auf den Minderverbrauch von Kindern Rücksicht genommen wird durch Anwendung des Engelschen Quetverfahrens oder auch nur durch Gleichsetzung zweier Kinder mit einem Erwachsenen, so werden trotzdem stark kinderreiche Familien infolge des veränderten Familienverbrauches das typische Bild trüben. Am zweckmäßigsten ist daher die Erfassung von Familien mit zwei bis vier, höchstens fünf Kindern, vorausgesetzt natürlich, daß man überhaupt in der Lage ist, eine solche Auswahl treffen zu können.

5. Schließlich hat man darauf Rücksicht zu nehmen, wer geeignet und bereit ist, Haushaltbücher zu führen. Den ersteren Punkt habe ich im vorstehenden schon öfters berührt. Geeignet zur Führung von Haushaltbüchern, Wirtschaftsrechnungen und dgl. dürfte am ehesten der großstädtische Konsument, der Beamte, der Angestellte, der bessere, gehobene Arbeiter sein. Hier ist das Interesse vorhanden und der Bildungsgrad ist ein solcher, daß man annehmen kann, zuverlässige Angaben zu erhalten. Sie werden auch am ehesten zur Aufzeichnung ihrer Einnahmen und Ausgaben bereit sein. Dies ist aber eine Frage, die stets von Fall zu Fall entschieden werden muß.

II. Die Art der Erhebung.

Am zweckmäßigsten ist die Aufstellung eines „Haushaltbuches", in dem für jeden Tag eingehende Rubriken vorgedruckt sind, in die die Einnahmen und Ausgaben eingetragen werden. Ein solches Haushaltbuch ist bei der großen Erhebung des Kaiserl. Stat. Amtes im Jahre 1907[1]) ausgearbeitet und den Haushaltungsvorständen, die sich bereit erklärt hatten, an der Erhebung mitzuwirken, ausgehändigt worden. Auch die in mancher Hinsicht neue Gesichtspunkte bietende Erhebung über „Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien", die vom Arbeitsstatistischen Amt des K. K. Handelsministeriums im Jahre 1916 herausgegeben ist, fußt für ihre 119 ganzjährigen Haushaltsrechnungen auf einem Haushaltsbuche.[2]) Aber Haushalte zu gewinnen, die nicht nur gewillt sind, während eines ganzen Jahres Anschreibungen über ihre Einnahmen und Ausgaben zu machen, sondern von denen man auch annehmen kann, daß die Eintragungen zuverlässig und einwandfrei sind, ist nicht leicht. Es war seinerzeit eine große Aufgabe für das Kaiserl. Stat. Amt, in Verbindung mit den städtischen statistischen Ämtern solche Haushaltungen ausfindig zu machen.[3]) Man wird sich vielfach mit Erhebungen begnügen müssen, die nur für einen kürzeren Zeitraum, für ein Vierteljahr, für einen Monat oder gar nur für eine Woche durchgeführt werden können. In letzterem Falle wird bei der Bearbeitung eine gewisse Vorsicht zu üben sein. Man wird nicht ohne weiteres aus monatlichen oder gar wöchentlichen Einnahmen und Ausgaben auf jährliche schließen dürfen, da hier Zufälligkeiten eine große Rolle spielen. Das „Gesetz der großen Zahl" gilt auch hier.

Für die Ausarbeitung eines „Jahrhaushaltungsbuches" kann das vom Kaiserl. Stat. Amt aufgestellte als mustergültig angesehen werden.[4]) Hier ist auf das eingehendste einmal die Spezialisierung der Einnahmen (Unterscheidung von Arbeitsverdienst, Einkommen und Einnahmen) wie der Ausgaben und zum Teil des Verbrauchs vorgesehen. Wie aber ist zu verfahren, wenn nur ein kürzerer Zeitraum zur Verfügung steht? Dann wird sich weniger die Aufstellung eines Haushaltungsbuches als vielmehr die eines Haushaltungsbogens, eines Fragebogens empfehlen.[5]) Um einen solchen sachgemäß aufzustellen, ist

[1]) Bei Aufstellung seiner Forderungen zu 2 und 3 scheint Verf. gar zu ausschließlich den Einfluß der Lebensmittelpreise auf die Lebenshaltung als Zweck der Haushaltsuntersuchungen zu betrachten. Dieser Einfluß ist aber überhaupt nur erkennbar bei Gegenüberstellung von Haushaltsrechnungen aus verschiedenen Zeiten, in welchen auch die Lebensmittelmengen verzeichnet sind. Schon daß man zahlreiche einmalige Untersuchungen und solche ohne Mengenermittlung vorgenommen hat, beweist aber, daß damit auch noch andere Ziele verfolgt werden. *Schriftleitung.*

[1]) 2. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt, Berlin 1909.

[2]) Über die Methode der Erhebung der österreichischen Wirtschaftsrechnungen vgl. insbesondere Schiff: „Die österreichische Erhebung über Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien, Methode und Ergebnisse im „Allgemeinen Statistischen Archiv", 10. Band 1916/17, Heft 3/4.

[3]) Über den bei der österreichischen Erhebung eingeschlagenen Weg vgl. Schiff a. a. O.

[4]) Das Haushaltungsbuch der österreichischen Erhebung (vgl. DStZ. 1917 S 191) hat gegenüber dem oben erwähnten wichtige Neuerungen gebracht, wie denn überhaupt jede Stelle, die neue Haushaltserhebungen veranstalten will, den sehr verfeinerten Erhebungs- und Bearbeitungsmethoden der österreichischen Erhebung größte Beachtung schenken sollte. *Schriftleitung.*

[5]) Über den Unterschied zwischen Rechnungen (Buchführung) und Budgets (Anschläge) vgl. Feig a. a. O. S. 813 ff. Eine Erhebung über Lebenshaltung auf Grund

Digitized by Google

nötig, daß man sich gewissermaßen in die Psyche des Befragten, der haushaltführenden Person, hineindenkt, sich Rechenschaft darüber gibt, was man wissen will, welche Antwort man zu erhalten wünscht, und danach alle Fragen, und zwar so klar, knapp und prägnant wie möglich stellt, trotzdem aber nichts Wichtiges zu fragen versäumt. Das gilt für die Aufstellung eines jeden Fragebogens, ganz besonders aber eines solchen über Lebenshaltung.

Was ist für uns wichtig, ja notwendig zu erfahren? — 1. Die Zusammensetzung des Haushalts der Familie. Zahl, Geschlecht und Alter der Familienmitglieder und sonstigen Haushaltangehörigen, Beruf oder Beschäftigung des Haushaltvorstandes (Ehemanns), dessen Stellung im Beruf, Zahl der außerdem regelmäßig berufstätigen Haushaltangehörigen. Angaben hierüber erscheinen unerläßlich; nur die genaue Kenntnis der Zusammensetzung des Haushaltes läßt uns aus der Anschreibung der Einnahmen und Ausgaben ein Bild von der Lebenshaltung gewinnen. Denn vor allem die Ausgaben und der Verbrauch können ja nur gemeinsam für den ganzen Haushalt und nicht für die einzelnen Personen aufgezeichnet werden. Deshalb ist es notwendig, die Zusammensetzung des Haushaltes, die Zahl der männlichen und weiblichen erwachsenen Personen, die Zahl der Kinder und deren Alter zu erfahren.

2. Die Einnahmen. Hier ist einmal zu scheiden der Arbeitsverdienst von dem sonstigen Einkommen und den übrigen Einnahmen überhaupt. Zweitens sind die Einnahmen nach den Personen, von denen sie stammen, zu trennen. Man wird also zu erfragen haben:

a) Den Arbeitsverdienst des Haushaltvorstandes (Ehemanns) — den wöchentlichen oder monatlichen, je nach der Beschäftigung. — Hier kann wieder unterschieden werden zwischen den regelmäßig laufenden Lohn- oder Gehaltsbezügen, und dem Verdienst aus Überstunden oder Nebenarbeit. b) Den Arbeitsverdienst der Ehefrau. c) Den Arbeitsverdienst der Kinder und anderer Haushaltsangehörigen und im Zusammenhang hiermit (was wichtig ist) die Höhe der Beiträge dieser zur Bestreitung der gemeinsamen Wirtschaftsführung. d) Einkommen aus Untervermietung oder sonst gewinnbringender Beschäftigung.[1]) e) Einnahmen aus werbend angelegten Kapitalien (Zinsen, Renten). f) Zuschüsse aus Ersparnissen oder Vermögen. g) Sonstige Einnahmen, Zuschüsse, Unterstützungen. Wird nur ein kürzerer Zeitraum erhoben, so ist besonders zu beachten, daß auch die Einnahmen aus d bis g nur für diese Zeit angeschrieben werden.

3. Die Ausgaben. Hier sind zunächst zu scheiden die Ausgaben für Lebensmittel im engeren Sinne von allen übrigen Ausgaben des täglichen Lebensbedarfs; beides ist getrennt zu behandeln. Für die ersteren Ausgaben sind unter allen Umständen tägliche Anschreibungen vorzusehen; es muß gefordert werden, daß die Anschreibungen sofort nach dem Einkauf gemacht werden, denn nur dann ist ein leidlich einwandfreies Ergebnis zu erwarten. Von besonderer Wichtigkeit wird hierbei die Aufstellung eines Verzeichnisses der Lebensmittel sein. Es kann nicht detailliert genug vorgenommen werden. Sammelrubriken wie z. B. Brotwaren, Fleischwaren, Molkereiprodukte sind zu vermeiden; es sind vielmehr die einzelnen Lebensmittel streng getrennt aufzuführen, und zwar aus doppelten Gründen: einmal zur Erzielung einwandfreier Angaben, zum anderen zur besseren Beurteilung der Lebensführung. Denn es ist oft durchaus nicht gleichgültig, ob in dem Haushalt mehr Schwarzbrot oder Semmeln und Weißbrot, ob mehr frisches Fleisch oder Wurstwaren konsumiert werden. Getränke sind mindestens zu scheiden in alkoholfreie und alkoholhaltige. Überhaupt muß man sich bei Aufstellung des Lebensmittelverzeichnisses in die Praxis der Haushaltungsführung hineindenken, und für jede Ware, die gesondert eingekauft wird, auch eine gesonderte Rubrik vorsehen.[1])

Bei den übrigen Ausgaben für den täglichen Lebensbedarf: Heizung, Beleuchtung, Hausgerät, Wäsche, Kleidung und Schuhwerk, Bücher, Zeitungen, Ausgaben für Arzt, Apotheke und Körperpflege, Vergnügen und Sport, Wohnungsmiete, Steuern usw. wird man je nach der Art, der Größe und dem Umfang der Erhebung tägliche Eintragungen der Ausgaben oder solche für den ganzen zu untersuchenden Zeitraum insgesamt zu fordern haben. Ersteres dürfte sich empfehlen bei Erhebung von Jahresrechnungen, letzteres bei nur kürzerem Zeitraum. In diesem Falle ist aber streng zu beachten, daß auch nur der wirklich ausgegebene Betrag für diese Zeit in Rechnung gestellt, nicht etwa die für ein Vierteljahr bezahlte Miete für den Monat angeschrieben wird, in dem sie gerade verausgabt ist, oder gar die auf ein halbes Jahr berechneten Ausgaben für Bekleidung für die Woche in Berechnung gestellt werden, in der die Zahlung erfolgt ist. Hier ist größte Vorsicht geboten.

4. Der Verbrauch an Nahrungsmitteln. Der Erhebung des Verbrauchs stellen sich die größten Schwierigkeiten entgegen. Ist es schon nicht leicht, einwandfreie Angaben über Geldbeträge, die für Nahrungsmittel verausgabt sind, zu erlangen, und ist schon hierbei eine genaue Prüfung der Richtigkeit, zum mindesten der Wahrscheinlichkeit der gemachten Angaben erforderlich, so gilt dies in erhöhtem Maße für Verbrauchsangaben, denn es wird für die einzelnen Familien sehr schwer sein, genau dem Gewicht nach anzugeben, wieviel an Nahrungsmitteln jeweils eingekauft wurde. Vielfach ist die Hausfrau dazu gar nicht in der Lage. Sie weiß wohl stets, daß sie für soundsoviel Pfennige bzw. Mark die und die Nahrungsmittel eingekauft hat, was sie aber an Gewicht und Mengen erhalten hat, ist ihr häufig unbekannt (wie z. B. bei Brot, Semmeln, Backwerk, zum Teil bei Fleisch, Aufschnitt, Käse). Und doch wäre diese Kenntnis für uns von besonderem Wert, denn sie würde uns erlauben, noch ganz anders tief in die Art der Lebensführung und -haltung der Bevölkerung einzudringen, indem die Höhe des Verbrauchs an den einzelnen Nahrungsmitteln in den verschiedenen Bevölkerungsschichten, in den verschiedenen Gegenden unseres Vaterlandes klargelegt werden könnte, was nicht nur in volkswirtschaftlicher, sondern auch in physiologischer Hinsicht von Bedeutung wäre. Der Volkswirt würde erkennen, wie sich der Verbrauch an den einzelnen Nahrungsmitteln auf die verschiedenen Einkommensstufen, Berufsschichten, auf Großstadt, Kleinstadt und Land, ferner in geographischer Beziehung auf Nord und Süd, Ost und West verteilt. Der Physiologe aber würde wertvolles Material für seine in dem Dienst der Volksgesundheit stehenden Untersuchungen erhalten.

In den Friedenserhebungen sind die Verbrauchsangaben aus den oben angeführten Gründen meist sehr stiefmütterlich behandelt worden. Die große Arbeit des Kaiserl. Stat. Amtes widmet dem Verbrauch nur wenige Seiten, wir erhalten in ihr nur Angaben über den Verbrauch an Fleisch, Wurst, Butter, Fett, Käse, Eiern,

---

von Budgets mag den Vorteil haben, eine größere Anzahl von Haushaltungen gewinnen zu können, da es weit leichter ist, Anschläge als Rechnungen zu erhalten. Bezüglich der Genauigkeit und somit des wissenschaftlichen Wertes stehen sie aber den Wirtschaftsrechnungen, namentlich wenn diese sich auf ein volles Jahr erstrecken, sehr nach.

[1]) Bei der Untervermietung hat die österreichische Erhebung nicht wie bisher den ganzen Betrag als Einnahme gebucht, sondern von diesem Betrag die Selbstkosten des Untervermieters abzuziehen versucht.

[1]) Das Verfahren der Reichs- wie der österreichischen Erhebung, im Haushaltungsbuch überhaupt keine Warenspalten vorzusehen, dürfte, wenn tägliche Anschreibung der Ausgaben vorgesehen wird, vorzuziehen sein.

Schriftleitung.

Digitized by Google

Kartoffeln, Kaffee, Milch; der von Brot und Backwaren, Fisch und vielen anderen Nahrungsmitteln fehlt. Einen größeren Raum nimmt die Verbrauchsermittlung in der oben schon erwähnten österreichischen Erhebung über Wiener Familien ein. Hier konnte für die wichtigsten Nahrungsmittel die Quantität des Verbrauchs festgestellt werden; und zwar wurden hier die Nahrungsmittel nach ihrem physiologischen Wert geschieden in Eiweißträger, Fettträger und Träger von Kohlenhydraten. Im Kriege, in dem eine große Anzahl Nahrungsmittel rationiert ist, in dem ferner infolge der großen Knappheit an Lebensmitteln beim Einkauf viel genauer auf das Gewicht gesehen wurde, ließ sich eine Verbrauchserhebung viel besser durchführen. Infolgedessen wurde in den vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen im Jahre 1916 und 1917 angestellten und im Reichs-Arbeitsblatt veröffentlichten Erhebungen über die Lebenshaltung im Kriege[1]) auf die Ermittlung des Verbrauchs großes Gewicht gelegt. In späteren Erhebungen sollte stets versucht werden, Verbrauchsangaben zu erlangen.

III. Die Bearbeitung. Das erste grundlegende Erfordernis nach Eingang der ausgefüllten Fragebogen ist genaueste Prüfung der Eintragungen. Die Prüfung ist in der Weise vorzunehmen, daß die einzelnen Eintragungen, Einnahmen mit Ausgaben, Ausgaben mit Verbrauch, miteinander verglichen werden, um Unwahrscheinlichkeiten oder gar Unmöglichkeiten der Anschreibungen herauszufinden. Wo solche vorkommen, ist möglichst durch Nachforschung an Ort und Stelle Aufklärung zu schaffen, wenn jene nicht auf offensichtlichen Schreibfehlern oder Rechenfehlern beruhen. Auf die Notwendigkeit genauester Nachprüfung kann nicht eindringlich genug hingewiesen werden, denn das Stehenlassen auch nur einiger grober Fehler kann den Wert der sonst durchaus brauchbaren Arbeit illusorisch machen.

Sodann wird man die Haushaltungen in bezug auf ihre Einnahmen, Ausgaben und den Verbrauch nach bestimmten Gesichtspunkten zu gliedern haben. Das Einkommen kann z. B. unterschieden werden nach Berufsgruppen, nach Großstadt, Stadt und Land, d. h. also den örtlichen Schwankungen, ferner, sofern sich die Erhebung über einen längeren Zeitraum erstreckt, nach zeitlichen Schwankungen. Die Einnahmen wären den Ausgaben insgesamt gegenüber zu stellen, um die Überschüsse bzw. Fehlbeträge darzulegen.

Bei der Bearbeitung der Ausgaben der Haushaltungen macht der Unterschied im Geschlecht und Alter der einzelnen Familienmitglieder bzw. Haushaltangehörigen gewisse Schwierigkeiten. Es dürfte nicht zulässig sein, die durchschnittlichen Ausgaben auf den Kopf der Personen, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, zu berechnen. Man würde hierdurch ein falsches Bild gewinnen, und die Familien mit zahlreichen Kindern würden bezüglich ihrer Ausgaben zu günstig dastehen. Das eben Gesagte gilt in gleicher Weise für den Verbrauch. Am besten wäre natürlich die Durchführung des Engelschen Quetverfahrens, das das Geschlecht sowie jedes Alter eingehend berücksichtigt. Aber das ist nicht immer möglich. Zum Teil liegt das Alter der Kinder nicht einzeln vor, es ist summarisch erhoben, beispielsweise 0 bis 5, 5 bis 10, 10 bis 14, 14 bis 18 Jahre oder in noch größeren Gruppen. In diesem Falle ist die Anwendung des Quetverfahrens überhaupt unmöglich. Zum Teil wird man hierbei auf andere Schwierigkeiten stoßen. So wird man sich oft damit begnügen müssen, Kinder im minderen Alter, vielleicht bis 10 Jahre, als nur halbkonsumierend, mit anderen Worten, zwei Kinder als eine vollkonsumierende Person zu rechnen. Oder man wendet irgendeinen anderen Modus an, um dem geringeren Verbrauch und damit auch den geringeren Ausgaben für Kinder Rechnung zu tragen. Auch der Verbrauch des Mannes ist im allgemeinen größer als der der Frau, und man wird, wenn möglich, auch hierauf Rücksicht nehmen müssen. Fehlerquellen lassen sich natürlich nie ganz vermeiden. Aber das wirkliche Leben ist ja so vielgestaltig und reich, daß es sich in den paar toten Zahlen, die die Wissenschaft zu geben vermag, niemals restlos einfangen läßt. Das, was man nur versuchen kann, ist: der Wirklichkeit möglichst nahe zu kommen, und das wird von Fall zu Fall je nach der Erhebung verschieden sein. Immer aber muß sich der Bearbeiter bewußt sein, daß Ausgaben wie Verbrauch nach Geschlecht und Alter verschieden sind.

Von besonderer Wichtigkeit wird die Gruppierung der Ausgaben und des Verbrauchs der Haushaltungen nach Einkommensstufen sein. Eine solche Trennung ist wohl bei jeder Erhebung unerläßlich, denn das gerade ist für uns besonders wichtig, zu sehen, wie sich Ausgaben und Verbrauch innerhalb der einzelnen Wohlhabenheitsstufen verhalten: wie sich in diesen Stufen der Prozentsatz der Ausgaben für die notwendigen Lebensbedürfnisse für Nahrung, Kleidung, Wohnung zu den Gesamtausgaben und zu den Einnahmen verhält; wie Ausgaben und Verbrauch für einzelne Nahrungsmittel sich mit zunehmendem Wohlstande verschieben u. a. m. (Engelsches und Schwabesches Gesetz). Eine interessante Aufschlüsse gewährende neuartige Kombination bietet die österreichische Erhebung, die die Haushaltungen nach der Wohlhabenheit nicht auf Grund der Höhe des Einkommens oder der Gesamtausgaben der Familie, sondern auf Grund des Einkommens der Konsumeinheit darstellt. Eine zweite wichtige Gruppierung wäre die nach der Kopfstärke der einzelnen Familien, eine dritte nach Berufsständen, eine vierte nach Stadt und Land, oder Großstadt, Mittelstadt, Kleinstadt. Je nach der Erhebung muß hier der Bearbeiter sehen, durch welche Gruppierungen er die besten Kenntnisse über die Lebenshaltung der von ihm erhobenen Familien gewinnt.

1) Reichs-Arbeitsblatt 1917, Nr. 2 S. 154, Nr. 3 S. 238 und 17. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt 1918, vgl. auch DStZ. 1917, S. 185, 1918 S. 83.

Neuere gewerkschaftliche Lohnerhebungen in der Metallindustrie.[1])

Von Dr. **Walter Abelsdorff** in Charlottenburg.

Gewerkschaftliche Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse hatten seit 1914 in dem Maße zugenommen, wie der Krieg an Ausdehnung gewann und die Lohnfrage mit dem starken Steigen aller Lebensmittelpreise gebieterisch mehr denn je in den Vordergrund aller Erörterungen, nicht nur der Industriearbeiterverhältnisse, gedrängt wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft der Metallarbeiterverbände in Rheinland und Westfalen veranstaltete bereits Juli 1915 Erhebungen über Arbeitsverhältnisse und Frauenarbeit in der Metallindustrie in den genannten Provinzen.[2])

Auf einen engeren Personenkreis erstreckten sich dann die im Sommer 1915 und 1916 vom christlichen Metallarbeiterverband veranstalteten Erhebungen über Kriegslöhne, Verdiensterhöhungen und Kriegsgewinne in der Siegerländer Metallindustrie.[1]) Ferner wurde 1916 eine Erhebung des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins durchgeführt, die sich auf das engere Siegerland bezog und 1917 wiederholt wurde.[2])

Weitere Mitteilungen über Kriegslöhne in der Metall-

[1]) Vgl. hierzu auch den Aufsatz von Dr. Joh. Schellwien im D. St. Z. 1918 Sp. 169. *Schriftleitung.*

[2]) Vgl. „Der Deutsche Metallarbeiter" vom 4. März 1916 sowie R.-A.-Bl. Jahrg. XV Nr. 1, S. 67.

[1]) Vgl. „Der Deutsche Metallarbeiter" vom 2. u. 9. Dez. 1916 sowie R.-A.-Bl. ebenda.

[2]) Vgl. „Kriegslöhne und Kriegsgewinne in der Siegerländer Metallindustrie im Jahre 1917". Erhebungen vom Gewerkverein deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) zusammengestellt von P. Ziegler, Siegen 1918.

Digitized by Google

industrie bringt das Fachorgan auf Grund fortlaufender Erhebungen des christlichen Metallarbeiterverbandes im Siegenerlande[1]) sowie an Hand der Durchschnittslöhne von 12 Berufsgenossenschaften des deutschen Metallgewerbes.[2])

Keine der erwähnten Erhebungen hat m. W. jedoch eine so anhaltende und heftige Fehde in der Presse hervorgerufen, wie eine Veröffentlichung des Deutschen Metallarbeiterverbands in seinem Fachblatt über „die Riesenverdienste der Rüstungsarbeiter". Dieser Artikel[3]) — das sei gleich unterstrichen — fußt mit seinem gesamten Zahlenmaterial lediglich auf den „Angaben in den Schlußberichten der vom Deutschen Metallarbeiterverband 1917 durchgeführten Lohnbewegungen". Soweit ich die Literatur verfolgte, hat niemand zu erforschen versucht, was es mit den „Schlußberichten" für eine Bewandtnis hat. Das Wort führt auch irre; denn es handelt sich um zwei Fragebogen, welche sich auf 22 bzw. 20 Fragen erstrecken, die über einen Angriffs- oder Abwehrstreik oder eine Aussperrung, sowie ferner über eine „ohne Arbeitseinstellung verlaufende Lohnbewegung" der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands statistische Angaben verschaffen sollen. Als Unterfrage 8 (Was wurde durch die Bewegung erreicht?) findet sich unter 8b bei einem der „Schlußberichte" die Frage nach dem durchschnittlichen Verdienst der Arbeiter und Arbeiterinnen. Auf Grund dieses Schlußberichts dürften die Stunden- und Wochenverdienste der 769006 Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall- und Rüstungsindustrie zusammengestellt worden sein. Sie sind also aus den Umfragen über den günstigen oder ungünstigen Verlauf der 1917 stattgehabten Lohnstreitigkeiten — gleichsam als Nebenprodukt — gewonnen worden, stellen m. E. daher im wesentlichen eine Auslese besonders wenig günstig entlohnter Arbeiterschichten dar. Die ausreichend entlohnten Arbeiter beiderlei Geschlechts nämlich hatten keine Veranlassung, sich an einer Lohnbewegung zu beteiligen, wurden also auch nicht durch die Umfrage, bzw. den „Schlußbericht" erfaßt.

Zu ähnlichem Ergebnis kommt auch Calwer in seiner „Wirtschaftlichen Korrespondenz' vom 14. August 1918[4]); er nimmt gleichfalls an, daß aus den oben zitierten Wendungen hervorzugehen scheint, „daß an der Statistik nur die Arbeiter beteiligt sind, die im Jahre 1917 an Lohnbewegungen teilgenommen haben. Es käme also der Kreis von Arbeitern, die von keiner Lohnbewegung berührt wurden, für die Lohnerhebung überhaupt nicht in Betracht". Wenn diese Annahme zutrifft, meint Calwer, so wäre daraus selbstverständlich mancherlei zu schließen, so vor allem, daß bei der Lohnerhebung nur die Arbeiterschichten berücksichtigt werden, für die eine Lohnaufbesserung sich im Laufe des Jahres 1917 als besonders notwendig erwies, daß dagegen die Schichten, die auskömmliche und hohe Löhne verdienten, in die Lohnerhebung gar nicht einbezogen wären. Das wäre aber für die Beurteilung der Ergebnisse der Lohnerhebung schon von entscheidendem Werte. — Weiter kommt in Betracht, daß sich die Angaben offenbar nicht auf einen einheitlichen Zeitpunkt, sondern auf die verschiedenen Zeiten der Lohnbewegungen des Jahres 1917 beziehen. Daß es sich dabei um eine Auslese vorwiegend ungünstig entlohnter Arbeiter handeln dürfte, geht schon aus dem Zahlenmaterial selbst hervor.

Die Zusammenstellung der Stunden- und Wochenverdienste erfolgte nach 11 Bezirken für die verschiedenen Landesteile Deutschlands, und die Stundenverdienste der 509945 männlichen Arbeiter wurden in 12 Lohnklassen beginnend mit „bis 40 Pf." und endend mit „275 bis 300 Pf.", meist um je 25 Pf. steigend, gegliedert.

„Ein Stundenverdienst von 175 Pf. und darüber", heißt es, „ist nur für den 3. Bezirk (Provinz Brandenburg) und den 11. Bezirk (Berlin) ermittelt worden, und zwar für 21226 Arbeiter. Von diesen sind nur 170 aus dem 3. Bezirk. Alle übrigen sind in Betrieben Berlins beschäftigt. Die große Masse der an dieser Statistik beteiligten Rüstungsarbeiter, 290710 = über 57 v. H., erreicht Stundenverdienste von 75 bis 125 Pf. und 93097 = 18,3 v. H. der Beteiligten verdienten sogar nur 40 bis 75 Pf. die Stunde."

Es muß sehr auffallen, daß in ganz Rheinland-Westfalen mit Industriezentren wie Köln, Essen, Düsseldorf, Aachen usw. nicht ein Arbeiter vorhanden gewesen sein sollte, der „175 Pf. und darüber" verdiente, ebensowenig im 6. Bezirk in Schleswig-Holstein, Oldenburg, Friesland und den Hansastädten. In der Provinz Brandenburg mit Spandau, Brandenburg a. H. — um nur zwei Städte herauszugreifen — sind nur 170 Arbeiter mit Stundenlöhnen von 175 Pf. und darüber anzutreffen, im ganzen 5. Bezirk (Mitteldeutschland), 8. und 9. Bezirk (Südwestdeutschland) ist wieder nicht ein solcher Arbeiter aufzutreiben. —

Herr v. Borsig, der sich in der Vossischen Zeitung[1]) vom 17. August 1918 mit diesen Erhebungen der Metallarbeiter beschäftigt, betont auch, daß „die große Mehrzahl der hohe Verdienste aufweisenden Metallarbeiter nicht erfaßt worden ist. Denn allein bei den im Verband Berliner Metallindustrieller zusammengeschlossenen Firmen befinden sich nicht weniger als 4530 Arbeiter, die einen Durchschnittsstundenverdienst von 2,80 M. und darüber haben", während nach den Erhebungen des Metallarbeiterverbands nur 11 Arbeiter mit Stundenverdiensten von durchschnittlich 275 bis 300 Pf. zu finden sind. Da kann man den Gedanken nicht von der Hand weisen, daß unsere Behauptungen sich bestätigen, und daß dank der besonderen Erhebungsart andere Ergebnisse nicht möglich waren. Handelt es sich so also um eine Auslese ungünstiger Fälle, so scheint doch auch bei ihnen die Lohnermittlung nicht einwandfrei erfolgt. Denn, so wird mitgeteilt, es wurden die Durchschnittsverdienste der 769006 Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall- und Rüstungsindustrie „von den betreffenden Ortsverwaltungen geschätzt"! Leider wird nichts über die Art dieser Schätzung mitgeteilt. Schätzungen des Durchschnittsverdienstes sind aber ein ziemlich gewagtes Unternehmen, zumal bei vorherrschenden Stücklöhnen[2]), und ohne daß eine Sonderung nach Berufs- und Betriebsgruppen und eine Scheidung in gelernte, an- und ungelernte Arbeiter bzw., Hilfskräfte vorgenommen wurde. Der Wert solcher methodologisch höchst anfechtbaren Zusammenstellungen wird nicht wesentlich dadurch erhöht, daß für einzelne Bezirke die Ergebnisse zutreffen mögen. So zeigt eine Erhebung des Arbeitgeberverbands für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (Düsseldorf)[3]) über die Löhne im März 1918, also wesentlich später, auch für Düsseldorf nur Akkordverdienste für Dreher und Schlosser von etwa 1,70 M. für die Stunde und 100 M.

---

[1]) Vgl. „Der Deutsche Metallarbeiter" Nr. 38 vom 22 Sept. 1917 u. Nr. 43 vom 28. Okt. 1918.

[2]) Vgl. „Der Deutsche Metallarbeiter" Nr. 4 vom 27. Jan 1917.

[3]) Vgl. die Metallarbeiter-Ztg. Nr. 31 vom 3. Aug. 1918 sowie „Stunden- und Wochenverdienste von Metall- und Rüstungsarbeitern nach Angaben in den Schlußberichten unserer Lohnbewegungen und Streiks" im Jahr- und Handbuch des Deutschen Metallarbeiterverbands für 1917 S. 77 ff. Selbstverlag des Verbands, Stuttgart 1918.

[4]) Vgl. „Die Lohnstatistik des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes" im Jahrg. XVII Nr. 18 der „Wirtschaftlichen Korrespondenz".

[1]) Vgl. auch Deutsche Arbeitgeber-Ztg. Nr. 34 vom 25. Aug. 1918: Die Löhne der Rüstungsarbeiter, sowie Soziale Praxis Nr. 48 vom 29. Aug. 1918.

[2]) Vgl. die Arbeitslöhne in der Rüstungsindustrie im Jahrg. 28 Nr. 32 des Korrespondenzblatts der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 10. Aug. 1918.

[3]) Vgl. Dr. Hoff „Die Löhne der Rüstungsarbeiter" in Nr. 33 der Deutschen Arbeitgeber-Ztg. vom 18. Aug. 1918 sowie Reichs-Arbeitsblatt XVI. Jahrg. Nr. 11 S. 801.

Digitized by Google

für die Woche. — Dagegen lassen sich auch Beispiele, für 1918 wenigstens, anführen, aus denen sich ergibt, daß ein bedeutender Teil der Qualitätsarbeiter mehr als 1,75 M. in der Stunde verdient.

So geht aus den Erhebungen über die Löhne und Verdienste der Metallarbeiter im Jahre 1918, welche die örtliche Leitung des Metallarbeiterverbands zu Frankfurt a M. veranstaltete, hervor, daß von 2878 an der persönlichen Umfrage [1]) beteiligten Männern einen Stundenverdienst von über 2,00 M. . . . 288 = 7 v. H. und über 1,75 bis 2,00 M. . . . 455 = 15 v. H. hatten In Frankfurt a M. verdiente also ein erheblicher Teil der Metallarbeiter, nämlich 22 v. H., im Jahre 1918 mehr als 1,75 M. in der Stunde, und ähnliche Ergebnisse zeitigte eine Erhebung der Verwaltungsstelle Leipzig des Metallarbeiterverbands vom August 1918 [2]); von den 4000 gelernten Arbeitern verdienten im Akkordlohn: 1,81 bis 2,00 M. = 9,16 v. H., 2,01 bis 2,50 M. = 6,50 v. H., 2,51 bis 3,00 M = 0,70 v. H., d. h mehr als 16 v. H. der gelernten Arbeiter verdienten über 1,80 M. in der Stunde; bei den 2600 ungelernten Arbeitern ist die entsprechende Zahl 5,6 v. H., so daß insgesamt 21,6 v H., also über 1380 Arbeiter bei zehnstündiger Arbeitszeit täglich 18 M. und darüber verdienen würden.

Die große Erhebung des Metallarbeiterverbands für 1917 ist also leider keine solche, die unsere Kenntnisse von den Kriegslöhnen einwandfrei bereichert. was um so bedauerlicher ist, als der Deutsche Metallarbeiterverband die Wissenschaft bereits früher mit wertvolleren Beiträgen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Industriearbeiter beschenkt hat.

[1]) Vgl. „Löhne und Unternehmergewinne in der Frankfurter Metallindustrie" in Nr. 43 der Metallarbeiterzeitung vom 26. Okt. 1918.

[2]) Vgl. Metallarbeiterzeitung Nr. 42 vom 19. Okt. 1918.

[1]) Vgl. ferner: Höpker „Das Lohnproblem im Kriege" in „Der Arbeitgeber", Zeitschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Jahrg. 1918 Nr. 21 vom 1. Nov. 1918.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Das Durchschnittsalter der Lebenden ist für Preußen in den einzelnen Volkszählungsjahren von 1875 bis 1910 in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts (Jahrg. 1917, S. 17*) mitgeteilt. Es hat im Laufe dieser Zeit nur eine geringe Änderung erfahren; im Jahre 1875 belief es sich auf 26,18 für das männliche und auf 26,88 für das weibliche Geschlecht, hielt sich ziemlich auf dem gleichen Stande bis 1905 und stieg erst 1910 auf 26,38 beim männlichen und auf 27,52 beim weiblichen Geschlecht. Das durchschnittliche Lebensalter der Männer hat sich also innerhalb dieser 35 Jahre nur um 0,20 Jahre, das der Frauen um 0,64 Jahre erhöht. Dies könnte angesichts des Rückganges der Sterblichkeit und der Zunahme der mittleren Lebensdauer überraschen, erklärt sich aber leicht dadurch, daß infolge des anhaltenden Geburtenüberschusses eine stets wachsende Zahl jugendlicher Personen das Durchschnittsalter aller Lebenden herabdrückte. Erst in der neuesten Zeit macht sich der Einfluß des verringerten Geburtenüberschusses einerseits und der Lebensverlängerung andererseits geltend. *O. Kürten* (Neukölln).

Geschlechterverhältnis nach dem Kriege. Über die Frage, wie sich dieses im jetzigen Deutschen Reich gestalten wird [1]), sucht sich F. Prinzing in einem Aufsatz in der Deutschen Mediz. Wochenschrift (1918, S. 1360) „der Frauenüberschuß nach dem Kriege" eine ungefähre Vorstellung zu machen. Die großen direkten Kriegsverluste beschränken sich auf das männliche Geschlecht; der große Geburtenausfall seit 1915 übertrifft die Zahl der direkten Opfer des Krieges, er kommt im Altersgefüge der Bevölkerung etwas abgeschwächt zur Wirkung, da ein großer Teil der Kinder im ersten Lebensjahr wieder abstirbt. Die Sterblichkeit der über 60 Jahre alten Personen hat im Laufe des Krieges stark zugenommen, so daß auch mit einem Rückgang der absoluten Zahl dieser Altersklasse zu rechnen ist. Außerdem hat sich die Sterblichkeit aller Lebensalter durch die Zunahme der Tuberkulose erhöht; die Größe dieses Bevölkerungsverlustes läßt sich vorerst nur ganz unsicher schätzen (hierzu kommen noch die zahlreichen Todesfälle der Grippeepidemie im Oktober und November 1918). Unter Berücksichtigung aller dieser die Bevölkerungsentwicklung hemmenden Momente schätzt der Verf. die Bevölkerung Deutschlands zu Beginn des Jahres 1919 auf etwa 64 Millionen. Hierbei würden unter 10000 Einwohnern auf das männliche Geschlecht 4790 (0—18 J. 1981, 18—45 J. 1822. 45—60 J. 633, über 60 J. 354) und auf das weibliche 5210 (0—18 J. 1965, 18—45 J. 2113, 45—60 J. 689, über 60 J. 443) Personen kommen; während auf 1000 männliche Personen vor dem Kriege 1026 (0—18 J. 991, 18—45 J. 1004, über 45 J. 1146) weibliche Personen kamen, wären es nach dem Kriege 1088 (0—18 J. 992, 18—45 J. 1166, über 45 J. 1147). Prinzing wendet sich dann gegen einige Arbeiten von Mathies Vaerting, der ganz unbegründet eine weitere Verschlimmerung des Geschlechtsverhältnisses annimmt, indem er eine weitgehende Entartung des männlichen Geschlechts nach dem Kriege voraussetzt und einige ältere Autoren anführt, nach denen in degenerierten Familien die Knabengeburten selten seien. Es wäre nicht der Mühe wert, auf die grundlosen Behauptungen Vaertings einzugehen, wenn diese nicht von anderen ungeprüft nachgesprochen würden, was sich nur aus dem weitverbreiteten Mangel statistischer Kenntnisse in der deutschen Ärztewelt erklären läßt. Prinzing geht noch kurz auf die großen wirtschaftlichen Umwälzungen ein, die der große Frauenüberschuß mit sich bringen wird, und auf die Beeinträchtigung der Volksvermehrung durch den Ausfall Tausender junger Männer; erst in 27 Jahren wird in der Altersklasse von 18—45 Jahren die frühere annähernde Gleichheit der Geschlechter wieder erreicht sein. *F. Prinzing* (Ulm).

[1]) Siehe auch D. St. Z. 1916, Sp. 127. Die zu erwartenden Veränderungen in der Bevölkerungszusammensetzung überhaupt hat E. Würzburger in Conrads Jahrbüchern 1917, 2. Band, unter der Überschrift „Ausblick auf unsere künftige Bevölkerungsentwicklung" in Kürze erörtert, wobei er Fingerzeige zu geben sucht, inwiefern eine vorsorgende Bevölkerungspolitik der statistisch festgestellten künftigen Entwicklung Rechnung tragen kann. *Schriftl.*

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Die Steigerung der Lebenskosten der englischen Arbeiter seit Juni 1914 festzustellen, hat der englische Schatzkanzler im März 1918 einem Ausschuß aufgetragen, dem unter Vorsitz von Lord Sumner auch der Statistiker Bowley und der Nationalökonom Ashley angehören, und der Mitte November einen Bericht veröffentlicht hat. Einem Auszuge der „Times" (16. 11. 1918) ist zu entnehmen, daß man den Haushalt städtischer Industriearbeiter in England (ohne Irland) zugrunde gelegt und rein persönliche Ausgaben einzelner Haushaltungsmitglieder, insbesondere die für Bier, Tabak und Erholung ausgeschieden, sich also auf die Ausgaben für Essen, Wohnung, Kleidung, Heizung und Beleuchtung, Versicherung, Haushaltsgegenstände und Fahrgeld beschränkt hat. Bei der Ernährung war zu beachten, daß es 1918 nicht möglich war, die gleichen Waren in gleicher Menge zu erhalten wie 1914. (Es scheint hiernach, daß für 1918 geringere Sorten und Mengen in die Rechnung eingesetzt worden sind als für 1914.) Für die Ausgaben, außer der für Kleidung, hat man eine

Digitized by Google

„große Anzahl" Arbeiterhaushaltsrechnungen benutzt. Da die durchschnittliche Zusammensetzung der Familien nach Geschlecht und Alter wegen der Einberufung zahlreicher Männer stark gewechselt hat, sind die Angaben für 1914 auf eine nach Alters- und Geschlechtszusammensetzung der von 1918 entsprechende Familie umgerechnet worden. Die Berechnung ergibt als Lebenskosten, anscheinend Wochenausgaben einer Familie, im Gesamtdurchschnitt für Juni 1914 44 s. 4 d. und für Juni 1918 75 s. 5 d., also eine Steigerung von 70 %. Die entsprechenden Zahlen betragen für gelernte Arbeiter 49 s. 3 d., 82 s. 4 d. und 67 %, für halbgelernte 41 s. 8 d., 73 s. 0 d. und 75 %, für ungelernte 36 s. 4 d., 65 s. 10 d. und 81 %. Insbesondere für Ernährung wurden ausgegeben im Gesamtdurchschnitt 24 s. 11 d. und 47 s. 3 d. Bei den Ungelernten war die Steigerung besonders groß, nämlich von 20 s. 7 d. auf 42 s. 9 d., also auf mehr als das Doppelte. Mehr als verdoppelt haben sich auch im Gesamtdurchschnitt die Ausgaben für Haushaltsgegenstände, nahezu verdoppelt die für Heizung und Beleuchtung und für Kleidung. Wenig gestiegen sind die Ausgaben für Wohnung und Fahrgeld, gar nicht die für Versicherung. — Da im Gesamtdurchschnitt die ungelernten Arbeiter wahrscheinlich zu schwach vertreten sind, schätzt der Ausschuß die wirkliche Gesamtsteigerung der Ausgaben auf 74 (statt 70) % oder mit Rücksicht auf die Ungenauigkeit der Schätzungen zwischen 80 und 68 %. Eine Wiederholung der Schätzung für den September 1918 hat als Steigerung gegenüber Juni 1914 nahezu 80 % ergeben. Im Oktober war eine weitere Erhöhung eingetreten. — Der Ausschuß hatte auch die Aufgabe, die die Preissteigerung ausgleichenden Einflüsse, abgesehen von der Lohnsteigerung, zu ermitteln. Dabei handelt es sich im wesentlichen nicht um zahlenmäßige Feststellungen, sondern um erfahrungsmäßige Annahmen (z. B. Vermehrung der erwerbstätigen Familienmitglieder, Verringerung der Arbeitslosigkeit u. dergl.). Der Ausschuß will gefunden haben, daß die Familien der Ungelernten im Juni 1918 ein wenig besser ernährt waren als im Juni 1914. Die Teilnahme an Schulspeisungen sei 1917 im ganzen Lande um etwa $^1/_5$ geringer gewesen als 1914. Die Unterstützung von Kindern mit Kleidungsstücken habe aufgehört, die Zahl der Armen sei geringer geworden als je zuvor. — Auf anderer Methode wie die Feststellungen des Sumner-Ausschusses beruhen solche des Ernährungsministeriums über Preissteigerungen (nach „Times" v. 25. 11. 1918), weil letztere Ermittlungen die Änderungen der Waren nach Menge und Art nicht berücksichtigen. Hiernach sind gestiegen von Juli 1914 bis Oktober 1918 die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel um 129 %, darunter die Waren mit Preisfestsetzungen um 116 %, die von Webwaren, Leder usw. um 213 %, Kohlen 77 %, Seife 133 %, Kerzen 248 %, Haushaltsölen 219 %. Die durchschnittliche monatliche Preissteigerung war bei den Waren mit Preisfestsetzungen, die seit Juli 1917 erfolgten, in der Zeit von 1914 bis dahin größer als seitdem, während sie bei allen anderen Waren im zweiten Zeitraum ganz erheblich größer war. Für die wichtigsten Nahrungsmittel: Rindfleisch, Brot, Butter und Milch in gewogenem Durchschnitt wird ein internationaler Vergleich gegeben. Danach betrug die Preissteigerung in England 95 %, Frankreich 120 %, Italien 164 %, Vereinigten Staaten 61 %, Deutschland 128 %, Österreich 522 %, Schweden 205 %, Schweiz 115 %. Mit Ausnahme von England war überall die durchschnittliche monatliche Preissteigerung seit Juli 1917 größer als im vorhergehenden Zeitraum (in Deutschland: 3,13 gegen 2,25, in England 0,67 gegen 2,36 %). Das Methodische dieser Feststellungen läßt sich nach den wiedergegebenen Zahlen nicht nachprüfen. Sollten für Waren mit Preisfestsetzungen die Höchstpreise als wirklich gezahlte Preise eingesetzt worden sein, so wäre das Ergebnis nach deutschen Erfahrungen zum mindesten zweifelhaft. *J. Feig.*

Der Mehlverbrauch der Bevölkerung Österreichs in der Friedenszeit ist Gegenstand einer Abhandlung von Karl Přibram in der Statistischen Monatsschrift (21 Jahrg. 1916 S. 679—700), die anzuzeigen mir eine ganz besondere Freude ist. Sie gehört mit den klassischen Arbeiten Schotts zu den leider so sehr seltenen statistischen Untersuchungen, die einen ungetrübten Genuß gewähren und wieder Zutrauen fassen lassen, daß die statistische Exegese selbst in unsrer Zeit hie und da doch noch ernsthafte Pflege erfährt trotz des Überwucherns jener Vielschreiberei, die aus mangelnder Einsicht oder aus Skrupellosigkeit sich und andere glauben machen will, die „Wissenschaftlichkeit" oder die praktische Bedeutung der Statistik bestehe in einigen nichtssagenden Redensarten, mit denen man um die zahlenmäßigen Ergebnisse herumschwatzt, die methodisch recht oft auf schwachen Füßen stehen.

Mit erfrischender Klarheit geht Přibram der Frage nach, wie sich der Verbrauch einer Bevölkerung an Getreide, Mehl und Brot zu Nahrungszwecken berechnen lasse, wenn man von der Verbrauchsmenge pro Kopf ausgeht. Jeder solche Versuch, den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Verbrauch an Lebensmitteln zur Grundlage der Berechnung ihres Gesamtverbrauchs zu nehmen, muß den Altersaufbau und die Geschlechtsverteilung der Bevölkerung berücksichtigen, da Alter und Geschlecht entscheidend den Bedarf beeinflussen. Unter den mannigfachen Methoden zur Bestimmung des richtigen Verhältnisses zwischen dem Verbrauche der einzelnen Altersklassen und der beiden Geschlechter findet Přibram kein für seine besonderen Zwecke geeignetes Verfahren. Er stellt deshalb einen eignen Schlüssel auf, den er knapp und klar begründet. Sein Schema umfaßt acht Maßeinheiten von den Säuglingen mit 0,0 Konsumeinheiten ansteigend bis zu den erwachsenen Männern von 20—60 Jahren mit 3,5 Konsumeinheiten und wieder absteigend bis zu den Männern bzw. Frauen über 60 Jahren mit 3,0 bzw. 2,2 Konsumeinheiten. Daneben berücksichtigt er die Lebensweise und die Gewohnheiten der Bevölkerung, indem er vier Verbrauchsgruppen nach sozialen Klassen unterscheidet: 1. Wohlhabende; 2. Handwerker, Gewerbtreibende und Industriearbeiter (städtische Bevölkerung); 3. Schwerarbeiter; 4 Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter (ländliche Bevölkerung). Deren Jahresverbrauch an Brot beträgt etwa 160 kg bzw. 230, 310 und 350 kg.

Die Anwendung dieser Grundsätze ergibt dann für die österreichische Bevölkerung 93 Millionen Konsumeinheiten für den gesamten Mehlverbrauch oder unter Abzug des in einigen südlichen Gebieten stark verbreiteten Genusses von Mais einen Verbrauch an Roggen- und Weizenmehl von etwa 89 Millionen Konsumeinheiten.

In einem dritten Abschnitt bestimmt Přibram jenen Schlüssel, der die Umrechnung dieser Zahlen in die Menge des Mehlverbrauchs ermöglicht. Seine scharfsinnigen Erwägungen ergeben, daß sich der auf eine „Konsumeinheit" entfallende Jahresverbrauch an Mehl auf rund 34 kg beziffert. Das bedeutet für die österreichische Bevölkerung des Jahres 1900 einen Gesamtverbrauch an Mehl von 31,62 Millionen Doppelzentner oder einen Verbrauch an Roggen- und Weizenmehl von 30,5 Millionen Doppelzentner.

Schließlich macht Přibram noch die Gegenprobe, indem er die der Bevölkerung insgesamt zur Verfügung gestandene Verbrauchsmenge berechnet auf Grund der eigenen Ernte des Landes und der Einfuhr abzüglich der Ausfuhr, des Futter-, Saatgut- und Industrieverbrauchs. Dabei gelangt er zu einer Menge von etwa 34 Millionen Doppelzentner Roggen- und Weizenmehl, das der österreichischen Bevölkerung für den menschlichen Genuß unmittelbar zur Verfügung gestanden hätte. Diese Zahl überragt den vorher im Wege der subjektiven Methode ermittelten Jahresverbrauch von 30,5 Millionen Doppelzentner so wenig, daß damit m. E. die Zuverlässigkeit der subjektiven Methode auch rein empirisch erwiesen ist.

Aber unabhängig von dieser Richtigkeit des Einzel-

Digitized by Google

falles und weit über ihn hinaus hat das von Přibram in Vorschlag gebrachte Verfahren eine grundsätzliche Bedeutung. Es kann zweifellos in manchen anderen Zweigen des Lebensmittelverbrauchs mit Vorteil angewandt werden und ist ein wichtiger Fortschritt in der Methodik der Konsumstatistik, die trotz ihres großen wissenschaftlichen und praktischen Wertes bisher leider noch sehr vernachlässigt ist, besonders in der theoretischen Durchgeistigung ihrer Methodik.

Die Bedeutung von Přibrams Abhandlung geht aber selbst hierüber noch hinaus: sie ist ein Musterbeispiel methodisch durchdachter Verwertung statistischer Ergebnisse überhaupt. Möge es wenigstens einigen empfänglichen unter den jüngeren Statistikern endlich die Augen öffnen und sie zur Einkehr mahnen. *W. Feld.*

Drei Haushaltungsrechnungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert hat Dr. Karl Bräuer in Ausführung einer von G. Schnapper-Arndt geplanten und begonnenen Arbeit in mustergültiger Weise verarbeitet und mit weitschichtigem sonstigen Material z. B. an Nachlaßinventaren zu einem wirtschafts- und kulturgeschichtlich wertvollen Gesamtbild gestaltet (Studien zur Geschichte der Lebenshaltung in Frankfurt a. M. während des 17. und 18. Jahrhunderts, Frankfurt a. M. 1915). Die eigentliche haushaltungsstatistische Ausbeute ist allerdings, wie sich aus der Natur des durch keine Rückfragen mehr zu ergänzenden historischen Materials ergibt, nicht sehr groß. Sie wird aber ergänzt durch wichtige preis-, lohn- und wohnungsstatistische Angaben für die behandelten Zeiten. Wegen der Einzelheiten darf ich auf meine ausführlichere Besprechung in Schmollers Jahrbuch 1918 H. 3 Bezug nehmen. *J. Feig.*

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Das kirchliche Handbuch für das katholische Deutschland (nebst Mitteilungen der amtlichen Zentralstelle für kirchliche Statistik), dessen erster Band im ersten Jahrgang (1909) des D. St. Z. (S. 117) besprochen wurde[1]), kann jetzt auf ein Jahrzehnt des Bestehens zurückblicken. (In Verbindung mit Domvikar P. Weber, Prof. Dr. N. Hilling, Generalvikar Prof. Dr. J. Selbst, A. Vaeth. S. J. Dr. jun. R. Brüning, Generalsekretär I. Weydmann und Direktor Dr. H. O. Eitner herausgegeben von H. A. Krose S. J. Siebenter Band 1917—1918. Freiburg i. B. 1918. 8° 454 S. Preis geb. M. 10.) Es wurde in diesem Zeitraum erheblich umgestaltet und hat an Bedeutung namentlich dadurch gewonnen, daß es von der amtlichen Zentralstelle für kirchliche Statistik zu Köln als Organ zur Veröffentlichung der Ergebnisse der alljährlich in sämtlichen katholischen Diözesen Deutschlands nach einem gleichlautenden Schema veranstalteten statistischen Erhebungen benutzt wird. Dieser amtliche Teil des seit 1916 jährlich erscheinenden Handbuches gibt in einer 31 Spalten umfassenden Tabelle für sämtliche deutschen Diözesen und innerhalb der Diözesen für sämtliche Dekanate die Zahl der Seelsorgsbezirke, der Seelsorgsgeistlichen und sonstigen Weltgeistlichen, der Katholiken und Nichtkatholiken, der Eheschließungen (rein katholische und gemischte) und kirchlichen Trauungen, der Lebendgeborenen aus rein katholischen oder gemischten Ehen und von ledigen katholischen Müttern und die katholischen Taufen, die Sterbefälle von Katholiken und kirchlichen Beerdigungen und die Zahl der Kommunionen (Gesamtzahl, Erstkommunionen und Osterkommunionen) an. Eine zweite Tabelle enthält eine Zusammenstellung der Ergebnisse nach kirchlichen Jurisdiktionsbezirken und eine dritte Tabelle nach Bundesstaaten. Verhältnisberechnungen und textliche Bearbeitungen bietet der amtliche Teil nicht. Diese finden sich in der vom Herausgeber bearbeiteten 8. Abteilung des Handbuches (Konfessionsstatistik und kirchliche Statistik Deutschlands). Außerdem bietet die letztere Abteilung regelmäßig Bearbeitungen des staatlichen konfessionsstatistischen Materials, sowie anderweitiger kirchlich-statistischer und privatstatistischer Veröffentlichungen, bei denen der konfessionelle Faktor in Frage kommt. So enthält der vorliegende Band z. B. acht Tabellen über die katholische Diaspora in den kleineren Verwaltungsbezirken sämtlicher Bundesstaaten mit Ausnahme Preußens (das schon im vorhergehenden Bande behandelt wurde); eine Übersicht über die Übertritte zur katholischen Kirche seit 1910 auf Grund der kirchlichen Erhebungen; zwei Tabellen über die Konfession der höheren staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten in der Rheinprovinz und in Westfalen; zwei Tabellen über das Verhältnis der Seelsorgsgeistlichkeit zur Seelenzahl; zwei Tabellen über die Zahl der Ordensniederlassungen und Ordensmitglieder in den Diözesen und in den deutschen Bundesstaaten und preußischen Provinzen usw. Auch der amtliche Statistiker findet hier also Material, das ihm anderswo nicht oder nur schwer zugänglich ist, übersichtlich zusammengestellt.

Aus den Ergebnissen verdient hervorgehoben zu werden, daß der in den Mehrheits- und Mischungsverhältnissen der Konfessionen begründete Vorsprung der evangelischen Kirche beim Konfessionswechsel bei weitem nicht so groß ist, als man nach den bisher allein veröffentlichten Zusammenstellungen der evangelischen Kirchenbehörden annehmen sollte. Nach letzteren sind z. B in den Jahren 1910—1914 im Deutschen Reich insgesamt 41536 Katholiken zur evangelischen Kirche übergegangen, aber nur 4451 Evangelische zur katholischen. Nach den katholischen kirchlich-statistischen Zusammenstellungen beläuft sich die Gesamtzahl der Übertritte zur katholischen Kirche im gleichen Zeitraum auf 30090. Feststellungen über die bisherige Konfession der Übertretenden haben leider nicht in allen Fällen stattgefunden. Bei 25215 Fällen aber wurde festgestellt, daß die Übertretenden dem evangelischen Bekenntnis angehörten, und auch von den übrigen waren zweifellos weitaus die meisten evangelisch, da Übertritte von Juden zur katholischen Kirche in Deutschland selten sind. — Die Gesamtzahl der aktiven katholischen Weltgeistlichen belief sich im Deutschen Reich im Jahre 1914 auf 21651, von denen 18466 in der Seelsorge, die übrigen im Schuldienst, in der Verwaltung oder im Anstaltsdienst tätig waren; inaktive Weltgeistliche wurden 1181, Ordensgeistliche 2211 gezählt. Auf je einen katholischen Seelsorgsgeistlichen kommen in Deutschland gegenwärtig im Durchschnitt 1312 Seelen. Niederlassungen männlicher Ordensgenossenschaften gab es zu Anfang 1918 in Deutschland 338 mit 7183 Ordensmitgliedern und 409 Novizen, Niederlassungen weiblicher Genossenschaften 6655 mit 65898 Ordensschwestern und 5763 Novizinnen.

XXI. Armen- und Wohlfahrtsstatistik.

Eine Zählung der öffentlich versorgten Kinder. Der bekannte Vorkämpfer für eine in modernem Geiste sozialpolitisch orientierte Armenpflege und Jugendfürsorge, Chr. J. Klumker, der großenteils deshalb so erfolgreich ist, weil er seine praktischen Maßnahmen und Forderungen auf der Grundlage sorgfältigen sozialwissenschaftlichen Einzelstudiums der zu behandelnden Verhältnisse aufbaut, hatte bereits vor einiger Zeit als Leiter des Archivs deutscher Berufsvormünder in einer Eingabe an den Reichskanzler eine Zählung der öffentlich versorgten Kinder angeregt. Es bedürfe dringend einer Übersicht über diese Kinder, ehe die vielfach geforderte Neuordnung der gesetzlichen Kinderfürsorge in die Wege geleitet werden könne. Der Reichstag hatte auf Anregung seines bevölkerungspolitischen Ausschusses dem Reichskanzler eine Reihe von Maßnahmen vorgeschlagen, durch die Reich und Einzelstaaten den öffentlichen Schutz für Kinder, insbesondere für uneheliche, ausgestalten sollen. Dadurch würden wesentliche Änderungen in der Armenpflege, dem Vormundschaftswesen, der Fürsorgeerziehung und vielleicht auch der Reichsversicherung nötig werden. Ähnliche Forderungen sind von Fachleuten, bes. vom Deutschen Verein für Armenpflege, schon lange verfochten worden. Im preußischen

[1]) Vgl. ferner IX. Jahrg. 1917 S. 268. — *Schriftleitung.*

Digitized by Google

Abgeordnetenhaus stand unlängst die Regierungsvorlage über Errichtung von Jugendämtern zur Behandlung, welche die wichtigsten Zweige des öffentlichen Jugend- und Kinderschutzes zentralisieren und ausbauen sollen. Ein gesetzliches Eingreifen des Reiches in diese Dinge ist im letzten September auf einer großen Tagung der Fürsorgekreise in Berlin erörtert worden. — Für solche Pläne hält Klumker mit Recht eine genaue Kenntnis der Mengen und Art von Kindern, um die es sich handelt, der Kosten, die aus einer solchen Fürsorge erwachsen, für unentbehrlich, da wir bisher nur ganz ungefähre summarische Schätzungen haben, nach denen etwa zwei Millionen Kinder in öffentlicher Fürsorge stehen [1])

Verfasser stellt nun im Allgem. Statistischen Archiv, Bd. 11 (1918) eine Reihe von wohl erwogenen Forderungen auf, welchen die Zählung genügen muß, wenn sie praktisch und wissenschaftlich brauchbare Ergebnisse liefern soll. Klumker will die Kinder mittelbar durch Befragung der Behörden erfassen, denen die Fürsorge an dem Stichtage der Erhebung obliegt. Man braucht sich also nur an eine beschränkte Zahl von Behörden zu wenden, welche die Zählkarten auszufüllen haben. Und zwar eine Karte für jeden Fürsorgefall. Da nun aber manche Kinder von mehreren Amtsstellen gleichzeitig betreut werden und auf der anderen Seite das einzelne Kind (und nicht der Fürsorgefall) die Zähleinheit bilden soll, so müssen zur Vermeidung von Doppelzählungen alle Zählkarten für das gleiche Kind zusammengelegt werden. Das ermöglicht gleichzeitig, die praktisch sehr wichtige Überschneidung der verschiedenen Arten von öffentlicher Fürsorge zu erfassen.

Neben dieser Befragung der Behörde und zu ihrer Ergänzung wünscht Klumker im Anschlusse an eine allgemeine Volkszählung eine weniger ausführliche unmittelbare Zählung aller Kinder, die in Anstalten und fremden Familien untergebracht sind.

Das dringende Bedürfnis der Fürsorgepraxis, durch eine einheitliche Reichserhebung (ja sogar durch regelmäßig wiederkehrende Reichsstatistik) der öffentlich versorgten Kinder einen Überblick über die Masse und Gliederung dieser Kinder und die Art der Fürsorge zu gewinnen, ist offenbar; darüber ist kein Wort zu verlieren. Auf die Einzelheiten der Klumkerschen Vorschläge, namentlich auch über den Umfang der Erhebung, der Erhebungsmerkmale usw. kann ich jetzt nicht eingehen. Diese methodischen Erörterungen sind aber ganz besonders wertvoll; kommen sie doch von einem Manne, der die Bedürfnisse der Praxis und der wissenschaftlichen Forschung aus jahrelanger Arbeit gründlich kennt. Wer immer mit der Vorbereitung einer solchen Statistik sich wird zu beschäftigen haben, muß sich aufs ernsthafteste mit der Abhandlung auseinandersetzen, und es ist sehr zu wünschen, daß sie auch einen literarischen Gedankenaustausch über die einschlägige Methodik veranlaßt.

Uns allen aber bietet sie insofern einen Reiz, als sie wieder einmal schlagend die seltsamerweise von manchen Verwaltungsstatistikern verachtete Wahrheit bekräftigt, daß die statistische Methodik keine abstrakt schematische Technik ist, sondern daß vielmehr die befriedigende Vorbereitung einer Erhebung und ebenso die Aufbereitung des Zählgutes ein sehr gründliches sachliches Eindringen in das darzustellende Beobachtungsgebiet erfordert. Nur wer den gesamten Fragenkomplex materiell beherrscht, vermag zu beurteilen, was und wie erhoben und verarbeitet werden muß, damit die zahlenmäßigen Ergebnisse der Statistik unser Wissen von den Dingen wirksam fördern. Für den Verwaltungsstatistiker aber, der heute über Geburtenrückgang oder die Viehbestände, morgen über Wohnungsverhältnisse oder Todesursachen und dann wieder über Lebensmittelvorräte, Schulbesuch oder Dampfkesselexplosionen zu arbeiten hat, dessen Tätigkeit sich auf die heterogensten Stoffgebiete erstreckt und in der Hauptsache nur durch das rein Technische der zahlenmäßigen Erfassung seine Einheit erhält — für den so hin und her schwankenden Verwaltungsstatistiker ist es meist unmöglich, sich auf allen den Stoffgebieten, mit denen er sich zu befassen hat, gründliche materielle Kenntnisse anzueignen. Hier ist er auf die Mitarbeit der praktischen und wissenschaftlichen Sachkenner jener Gebiete angewiesen. Und gerade von dieser Erwägung aus glaube ich den Aufsatz Klumkers mit ganz besonderer Freude begrüßen zu dürfen. Hier greift ein Nichtstatistiker vom Standpunkte des sachlich interessierten Praktikers in die Erörterung statistisch-methodischer Fragen ein in einer Weise, die positiv fördert und in wohltuendem Gegensatz zu der Art steht, wie sonst die amtliche Statistik zum Gegenstand fachwissenschaftlicher Erörterungen gemacht zu werden pflegt. Beschränkt man sich doch in der Regel leider darauf, die Unzulänglichkeit der bestehenden Erhebungen und Verarbeitungen zu kritisieren, wenn nicht gar der amtlichen Statistik aus leichtsinniger Unkenntnis ihrer tatsächlichen Leistungen „Lücken" vorzuwerfen, die öfter von weitblickenden Statistikern längst ausgefüllt waren, ehe jenen Fachwissenschaftlern das Bedürfnis nach jenen Erkenntnissen überhaupt dämmerte. Es soll nach dem Urteile eines gründlichen Kenners statistische Professoren geben, die aus dem Umstand, daß ihnen eine Statistik wünschenswert scheint und nicht zu Händen ist, schließen, daß sie überhaupt nicht existiert und nun alsbald die Notwendigkeit, diese vermeintliche Lücke auszufüllen, scharfsinnig nachweisen oder in einer eigens gefertigten Doktorarbeit nachweisen lassen.

Über die Erweiterungsbedürftigkeit der amtlichen Statistik zu schreiben, ist bekanntlich um so leichter, je weniger man sich die Mühe gegeben hat, die vorhandenen Quellenwerke zu studieren und in die statistisch-technischen Schwierigkeiten einzudringen, die zahlreiche, an sich gewiß wünschenswerte Erhebungen oft fast unmöglich machen. Der Verwaltungsstatistiker weiß mitunter fast ebenso gut wie der soziologisch orientierte Gelehrte, daß die Erforschung gewisser Verhältnisse durch zahlenmäßige Feststellungen sehr wohl gefördert werden würde; er sieht aber zugleich über jenen hinaus die methodischen Bedenken und — schweigt resigniert. In der Öffentlichkeit gegenüber dem soziologischen Professor oder dem alles wissenden Tagesschriftsteller erscheint er dann als der unwissende Bürokrat, womit ich nicht geleugnet haben will, daß es auch solche unter uns gibt. *W. Feld.*

XXIV. Finanzstatistik.

Das Staatsvermögen des Deutschen Reichs und der deutschen Bundesstaaten ist Gegenstand einer Schrift von Dr. F. W. R. Zimmermann, Kammerpräsident zu Braunschweig (Heft 51 der Finanz- und Volkswirtschaftlichen Zeitfragen, herausgeg. von Dr. G. von Schanz und Dr. Julius Wolf. Verlag Ferdinand Enke, Stuttgart 1918. Lex. 8°. 120 S.), die sich inhaltlich enger an eine Veröffentlichung des gleichen Verfassers aus dem Jahre 1916 „Die Finanzwirtschaft des Deutschen Reichs und der deutschen Bundesstaaten zu Kriegsausbruch 1914" (G. J. Göschenscher Verlag, Berlin und Leipzig) anschließt und, wenn auch in sich selbständig, doch gewissermaßen eine Ergänzung zu derselben bildet. Während die zuerst erschienene Arbeit eine zusammenfassende Darstellung der deutschen staatlichen Finanzwirtschaften überhaupt gibt, greift die jetzige ein einzelnes Moment dieser Finanzwirtschaft, das Staatsvermögen, heraus und sucht die Eigenheiten desselben in eingehenderer Weise nach allen den mannigfachen, maßgebenden Richtungen hin klarzulegen.

Auch in der Art und Gliederung der Darstellung zeigt sich zwischen beiden Schriften eine Übereinstimmung, wie sie für einen voraussichtlich häufiger Platz greifenden gemeinsamen praktischen Gebrauch nur förderlich sein kann. Jedesmal werden zunächst die allgemeinen Grundlagen, hier des Staatsvermögens, dort der staatlichen Finanzwirtschaft, nach ihren Einzelbeziehungen geschildert, und darauf baut sich sodann tunlichst in

[1]) Vgl. Klumker im Zentralblatt für Vormundschaftswesen, 8. Jahrg. 1916, S 99.

Digitized by Google

einer gleichen Einordnung der bezüglichen Momente eine Spezialdarlegung für das Deutsche Reich als solches und jeden der deutschen Bundesstaaten auf, welche zum Schluß betreffs wesentlicher Hauptpunkte durch zahlenmäßige Nachweisungen in tabellarischer Form ergänzt wird. Der ganze Aufbau gewinnt so von vornherein eine einfache und klare Übersichtlichkeit, die dadurch noch erhöht wird, daß auch die einzelnen Momente überall wieder in möglichster Übereinstimmung aneinander gereiht sind. Wer sich die allgemeine Anordnung einmal vergegenwärtigt hat, wird ohne Schwierigkeit jede Einzelerscheinung nach ihrer grundlegenden Bedeutung und ihrem verschiedenen Stand bei den einzelnen Bundesstaaten aus dem Ganzen herausgreifen und gesondert verfolgen können.

Das Staatsvermögen als solches wird nach seinen beiden großen Gattungen geschieden, dem Verwaltungsvermögen oder dem Inventar des Staates, welches dieser zur Erfüllung seiner Zwecke benötigt, und dem Finanzvermögen oder dem Erwerbsvermögen, das im wesentlichen als Einnahmequelle zu dienen hat. Auf dem letzteren ruht unbedingt die vorragendere Bedeutung und das größere aktuelle Interesse; folgerichtig ist ihm auch überwiegende Beachtung geschenkt. Wir sehen namentlich die Sonderverhältnisse des staatlichen Finanzvermögens, wie sie sich in artlicher Verschiedenheit und bunter Mannigfaltigkeit bei den einzelnen Staaten gegeneinander abheben, näher gekennzeichnet und können danach die eigenartigen Ausgestaltungen für jeden Bundesstaat verfolgen. Erkennbar ist in erster Linie Gewicht darauf gelegt, den vorhandenen Stoff in seinen Einzelheiten tunlichst umfassend zur Verfügung zu stellen; demgegenüber treten rein schildernde Ausführungen zurück. Für den praktischen Gebrauch dürfte solches nur förderlich sein.

Die verschiedenen Posten des staatlichen Finanzvermögens sind, soweit angängig, durchweg mit Zahlenangaben nach dem neuesten Stand belegt. Als alleinige innerlich geschlossene und übereinstimmende Quelle, die zu gebrauchen war, stand dafür die Veröffentlichung aus der Statistik des Deutschen Reichs „Die Finanzen des Reichs und der deutschen Bundesstaaten" zur Verfügung, welche gerade durch die zahlenmäßige Stützung einer derartigen Schrift eine Hauptprobe für ihre praktische Verwendbarkeit abgeben konnte. Leider hat die Reichsfinanzstatistik dieser Probe nicht stichgehalten, sondern häufiger und nicht unerheblich versagt. Nicht nur Lücken, sondern auch zweifellose Unrichtigkeiten dieser Statistik sind durch die vorliegende Arbeit aufgedeckt, wenngleich solche zum Teil nur nebenher zur Erscheinung kommen, ohne daß auf dieselben besonders hingewiesen wäre. Wir glauben diesen Umstand mit besonderer Betonung hier herausheben zu sollen in der wohl berechtigten Hoffnung, daß nunmehr der in ihrer hohen Bedeutung nicht zu verkennenden Reichsfinanzstatistik eine dementsprechende größere Beachtung geschenkt werde, daß ein weiterer Ausbau, zum mindesten aber eine Beseitigung der unleugbaren Fehler derselben sich ins Werk setze.

Die Reichsfinanzstatistik ist seit dem Jahre 1902 vierzehnmal in einer der Hauptsache nach vollkommen gleichmäßigen Form veröffentlicht worden. Wenn die Daten nicht in manchen wichtigen Beziehungen Lücken aufwiesen, wenn sie überall auf unbedingte Richtigkeit Anspruch erheben könnten, so würde die längere Zahlenreihe gewiß einen nicht zu unterschätzenden Vorteil bedeuten. Da jene Mängel bestehen, wird der Vorteil zu einem guten Teil hinfällig. Im Hinblick auf die große Verschiedenheit in der Etatisierung der einzelnen Bundesstaaten und auf die zudem noch in denselben bestehenden Sonderfinanzverhältnisse sollen die erheblichen Schwierigkeiten nicht verkannt werden, welche der Aufmachung einer brauchbaren Statistik über die Gestaltung der deutschen Staatsfinanzen entgegenstehen. Die vorhandene Reichsfinanzstatistik mußte unter diesem Gesichtspunkt von vornherein als ein Versuch aufgefaßt werden, dessen weiterer Ausbau aber keineswegs außer dem Bereich des Möglichen lag. Bislang wurde jedoch auf einen solchen Weiterbau nicht zurückgegriffen. Dieses nachzuholen dürfte der jetzige Augenblick besonders angebracht sein. Einerseits liegen zurzeit jahrelange Erfahrungen vor, welche erfolgreich genutzt werden könnten. Anderseits ist durch den Krieg schon sowieso eine Unterbrechung der früheren regelmäßigen Verhältnisse eingetreten, welche die bisherige Statistik mit ihrer längeren gleichmäßigen Zahlenreihe gewissermaßen zu einem Abschluß bringt. Unter der voraussichtlich sich für die Folge wesentlich anders gestaltenden Finanzlage der deutschen Staaten wird die Statistik ohne weiteres in ein neues Stadium treten, in dem die alte Zahlenreihe sich nicht fortsetzen kann; folgeweise ist auch eine bezügliche Abänderung einzelner Grundlagen im jetzigen Augenblick nicht als eine Schädigung der Zahlenreihe aufzufassen. Es steht deshalb dringend zu wünschen, daß man an maßgebender Stelle eine weiterführende Durchbildung und Verbesserung der Reichsfinanzstatistik nunmehr baldigst ins Auge faßt. Unter allen Umständen müßten aber offenbare Fehler in der derzeitigen Statistik umgehend beseitigt werden. Wir konnten diese Gelegenheit, hierauf entschieden hinzuweisen, nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Die Einzelheiten zu erörtern würde hier zu weit führen; wir behalten uns dieses gegebenenfalls für später vor.

Ein weitergehendes Interesse wird die vorliegende Schrift speziell dadurch bieten, daß sie bezüglich des Finanzvermögens den letzten regelmäßigen Stand, d. h. den Stand unmittelbar vor dem Kriege für jeden einzelnen Bundesstaat gesondert zur Darstellung bringt. Man gewinnt dadurch auf der einen Seite unmittelbar einen zusammenhängenden Überblick über die bezügliche Sonderlage des einzelnen Bundesstaats. Auf der anderen Seite ist ebenmäßig dank der Gleichmäßigkeit in Gliederung und Aufbau der Schilderung leicht die Möglichkeit einer Vergleichung der maßgebenden Einzelheiten unter den verschiedenen Bundesstaaten gegeben.

Schließlich ist der Wert des staatlichen Finanzvermögens, getrennt für jeden einzelnen der Bundesstaaten und des weiteren gegliedert nach den Hauptarten des staatlichen Erwerbsbesitzes, in einer tabellarischen Nachweisung und einer textlichen Erläuterung der darin zutage tretenden Ergebnisse berücksichtigt. Für die Vergleichung der Bundesstaaten unter sich nach ihren einschlagenden Verhältnissen ist hiermit eine weitere wertvolle Handhabe geboten, der im großen und ganzen schon jetzt eine gewisse gesicherte Brauchbarkeit nicht abzusprechen sein dürfte. Die nachgewiesenen Wertdaten sind aus den Erträgnissen der einzelnen Teile des staatlichen Finanzvermögens, wie sie die Reichsfinanzstatistik amtlich übereinstimmend nachweist, in einer eigenen Weise festgestellt worden. Lediglich das Tatsächliche des dabei beobachteten Verfahrens ist in der vorliegenden Schrift kurz angegeben. Eine nähere Erörterung und Rechtfertigung des Grundsätzlichen ist einer besonderen Arbeit vorbehalten, welche in dem nächsten Bande des Schanzschen Finanzarchivs erscheinen wird. Zweckmäßig wird eine Kritik des hier durchgeführten Wertaufbaus auf das Erträgnis bis nach Erscheinen jener grundsätzlichen Darlegung ausgesetzt bleiben müssen.

In der ganzen Art ihrer zusammenfassenden Darstellung bietet die Schrift etwas Neues und kommt damit einem vorhandenen Bedürfnis entgegen. Bislang hatte es immerhin eine gewisse Schwierigkeit, sich über die Einzelheiten des staatlichen Vermögens in Deutschland Kenntnis zu verschaffen, obwohl gerade in der neueren Zeit eine derartige Kenntnis für weitere Kreise von Wert sein mußte. Dadurch, daß die Darlegung sich vollständig auf die Verhältnisse unmittelbar vor Ausbruch des Krieges zuspitzt, also einen voraussichtlich wichtigen Wendepunkt in der geschichtlichen Entwicklung trifft, wird ihr für die Folge noch eine besondere Bedeutung beizumessen sein.

Digitized by Google

Zur Frage des Lastenausgleichs, der seit langem für das Verhältnis zwischen den Großstädten und den benachbarten Gemeinden, vor allem auch für Groß-Berlin, Gegenstand lebhaftester Erörterungen ist, liefert Prof. Dr. O. Tetzlaff in der Zeitschrift des Preuß. Statist. Landesamts (Jahrg. 1917 S. 1—11) einen wertvollen Beitrag („Statistische Grundlagen für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden Groß-Berlins"). T. setzt sich zunächst die Aufgabe, von rein rechnerischem Standpunkt aus einen brauchbaren Maßstab für die Aufbringung und Verteilung einer Ausgleichssumme zu finden. Für die Aufbringung geht er von der durchschnittlichen Steuerkraft (Steuerstärke) der Gemeinden aus, deren Maßstab für Preußen das auf 1 Einwohner entfallende Soll der Staatseinkommensteuer und der staatlich veranlagten Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer bildet. Die Ausgleichssumme würde von den beteiligten Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre Größe mit einem gleichen Prozentsatz ihrer Steuerstärke aufzubringen und dieser Prozentsatz von dem Staatssteuersoll der Gemeinden zu erheben sein. Oder mit anderen Worten: weder die absolute Höhe des Staatssteuersolls noch der durchschnittliche Kopfbetrag dieses Steuersolls bilden für sich allein einen geeigneten Maßstab, sondern erst das Produkt aus beiden. Es hat also jede Gemeinde denjenigen Teil der Ausgleichssumme aufzubringen, der ihrem Anteil an der Summe der Produkte aus dem Staatssteuersoll und dem durchschnittlichen Kopfbetrag dieses Steuersolls in sämtlichen Gemeinden entspricht. Daß dieser zunächst etwas willkürlich erscheinende Aufbringungsmaßstab den tatsächlichen Verhältnissen, nämlich der steuerlichen Leistungsfähigkeit der Gemeinden, gerecht wird, zeigen die vom Verfasser durchgeführten Berechnungen für die Gemeinden Groß-Berlins. Für die Verteilung der Ausgleichssumme legt T. die Einwohnerzahl der Gemeinden zugrunde, so daß jede Gemeinde so viel erhält, als dem Anteil ihrer Einwohnerzahl an der Gesamtsumme der Einwohner aller beteiligten Gemeinden entspricht – Im Anschluß daran sucht Verfasser allgemein gültige Regeln für die Maßstabsanwendung für die Verteilung von Dotationen usw. zwischen kommunalen Verbänden aufzustellen, und zwar für den Fall, daß mehrere Verteilungsmaßstäbe in Verbindung miteinander benutzt werden sollen. Hierfür wählt er den gleichen Grundsatz, nach dem die Aufbringung einer Ausgleichssumme nach verschiedenen Maßstäben zu bewirken sein würde, indem er nämlich als Grundlage für die Verteilung das Produkt aus den einzelnen Maßstäben empfiehlt. Auch hier zeigt er durch Gegenüberstellung verschiedener Berechnungsarten, daß die von ihm gewählte in ihrem Ergebnis den Besonderheiten der einzelnen Gemeinden am nächsten kommt. Wenn sich auch eine derartige Vereinigung mehrerer ihrem Wesen nach grundverschiedener Maßstäbe begrifflich nicht definieren läßt (mehr darüber unten, Sp. 42), so dürfte sie doch im vorliegenden Fall praktisch wohl zu rechtfertigen sein.

O. Kürten (Neukölln).

XXV. Statistische Sammelwerke.

England und Deutschland, Landerwerb und Bevölkerungszuwachs 1800—1914, nennt sich eine bei der Geographischen Verlagshandlung Dietrich Reimer (Ernst Vohsen) erschienene Wandkarte (70 × 96 cm; 1,20 M.), die zwar auch nicht ganz einwandfrei ist, sich aber vor manchen anderen Kriegskarten durch Einfachheit und schlagende Beweiskraft auszeichnet. Auf drei übereinander befindlichen Weltkarten ist in gelber und roter Farbe der deutsche und der englische Landbesitz angelegt, und zwar auf der ersten Karte für 1800, auf der zweiten für 1871, auf der dritten für 1900. Je rechts daneben ist in dreimal zwei Rechtecken der Landbesitz in Quadratmetern, links daneben in zwei Soldatenfiguren die Bevölkerung dargestellt. Die Weltkarten sind im übrigen alle drei gleich und enthalten nur die Bezeichnungen und Grenzen von 1914. Als deutscher Landbesitz um 1800 ist weder der damalige geographische Begriff Deutschland, der doch mindestens Deutsch-Österreich, noch das damalige Reich, das auch ganz Böhmen und Mähren, nicht dagegen ganz Preußen umfaßt, sondern der Bestand von 1871, also einschließlich Elsaß Lothringen, jedoch auch einschließlich Südpreußen zugrunde gelegt. Das Einsetzen des Großdeutschland von 1800 würde die Ungunst der deutschen Entwicklung noch verschärft zeigen. Sie würde ferner noch deutlicher geworden sein, wenn neben der Gesamtbevölkerung des britischen Reiches auch die weiße Bevölkerung für sich angegeben wäre. Nachdem das Bild der Entwicklung im Jahre 1919 sich völlig zuungunsten Deutschlands verschoben haben wird, ist es unsere Aufgabe, in einem künftigen Völkerbund dem Gedanken einer gerechten Beziehung von Bevölkerung und Fläche Ausbreitung zu verschaffen. *J. Feig.*

Kriegswirtschaftsstatistik. Wenn es zutreffend ist, daß die volkswirtschaftlichen Vorgänge während des Krieges eine bestimmte, freilich in fortgesetzter Entwicklung begriffene Einheit darstellen, so hatte der Gedanke, sie in einer Art fortschreibender Statistik zu erfassen, Berechtigung in wissenschaftlicher und unmittelbaren Vorteil in praktischer Hinsicht. Dieser Gedanke fand innerhalb des Stellv. Generalstabs zu Berlin, Sektion J, eine über das Behelfsmäßige der Kriegsstatistik hinausragende Verwirklichung. Auf eine Anregung des Herrn Dr. v. Gleichen-Rußwurm hin wurde an dieser Stelle, die im übrigen mit regelmäßiger kriegswirtschaftlicher Berichterstattung für Zwecke des Generalstabs betraut war, eine Kriegswirtschaftskartothek geschaffen, die in Abweichung von den Gesichtspunkten, die sonst für derartige Arbeiten maßgebend sind, nicht Roh- oder Halbfabrikate, sondern abgerundete und für bestimmte Zeitabschnitte auch abgeschlossene Darstellungen kriegswirtschaftlich wichtiger Einzelprobleme lieferte. Eine Reihe von Herren haben haupt- und nebenamtlich an dieser Kartothek mitgearbeitet, es seien genannt: Hauptmann d. L. Dr. Wiedemann, Hauptmann Dr. Brandt, Dr. M. Wagner, Prof. Behrend, Dr. Kuczynski; die Anfang 1916 begründeten Arbeiten lagen von Mitte 1917 bis unmittelbar vor Kriegsende in der Hand des Unterzeichneten, als militärischen Leiters einer zu diesem Behufe geschaffenen Gruppe; während dieser Zeit erfuhr die Kartothek eine erhebliche Erweiterung, vor allem aber wurde der Inhalt wesentlich zu vertiefen und wissenschaftlich zu gestalten versucht. Ein ausgezeichneter technischer Apparat stand, unter Leitung des Architekten Stadlinger, zur Verfügung, der Chef des Stellv. Generalstabs General v. Freytag-Loringhoven, und der Leiter der Sektion J, Hauptmann Graf Dohna, waren auf das angelegentlichste auf Förderung des Unternehmens bedacht, das angesichts der Zurückhaltung der amtlichen Statistik auf diesem Gebiete, einem bestimmten Bedarfe genügte und wohl auch für die Übergangszeit und darüber hinaus genügen könnte.

In etwa 800, zumeist graphischen Karten, unter denen sich zahlreiche doppel- und mehrblättrige befinden, sind zur Darstellung gelangt: Verbindende und zusammenfassende Überblicke über die Kriegsfinanzfragen, die wichtigsten Daten der Erzeugung, des Verbrauchs, des Handels und Verkehrs, von Beständen aller Art, der Gesetzgebung und Organisation; 250 Karten behandeln diese Gegenstände unter sachlichen, 550 unter geographischen Gesichtspunkten, wobei 16 europäische und 12 außereuropäische Länder berücksichtigt wurden (die Kolonien erscheinen unter den Mutterländern); mit der Dauer des Krieges entstanden ansehnliche Zahlenreihen, langgezogene Kurven und da, wo andere graphische Bilder bevorzugt wurden, umfangreiche Schemata. Stets wurde der Anschluß an die Friedensstatistik gesucht und zu diesem Zwecke, wo es notwendig war, weit zurückgegriffen. Genaue Quellenverzeichnisse ermöglichen Kontrolle und Ergänzung. Die Ordnung der Kartothek folgt bekannten systematischen Grundsätzen, dem Brüsseler Dezimalsystem, das sich indes für die besonderen Zwecke nicht in jeder Hinsicht bewährte.

Digitized by Google

Selbstverständlich war das Material ungleich; besondere Schwierigkeiten bot die Produktions- und Konsumstatistik, die häufig durch Angaben aus der Handels- und Verschiffungsstatistik ergänzt werden mußte. Größere finanzielle Übersichten wurden für Italien, Frankreich, Österreich, Ungarn, England, die Türkei, Bulgarien und das Deutsche Reich herausgebracht, ferner konnte die Entwicklung von Schiffahrt und Schiffbau verfolgt werden. Besonderer Nachdruck lag seit Übernahme der Leitung durch Unterzeichneten auf der Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft, für die Produktion, Verteilung und Verbrauch eingehend ermittelt wurden. Lebensmittelerzeugung und -Verbrauch, Wechselkurse, Löhne und Preise, sowie Lebenskosten fanden liebevolle Pflege, nicht selten konnte hierfür handschriftliches Material herangezogen werden.

In dem oben festgestellten Sinne stellt die Kartothek eine in sich abgeschlossene Einheit dar. Das schließt indes nicht aus, daß sie, möglichst unter erweiterten Gesichtspunkten, mindestens für die nächsten Jahre der Übergangswirtschaft fortgesetzt werden kann. Der Grundgedanke, in losen, jederzeit ersetzbaren und der Ergänzung fähigen Kartenblättern eine möglichste Evidenz des statistischen Materials, gleichzeitig eine auch für den statistischen Laien leicht verständliche Anschauung von den wichtigsten Vorgängen zu vermitteln, ist gewiß nicht neu, hier aber in einer methodisch durchdachten Form verwirklicht. Die statistische Praxis und auch der statistische Unterricht können hieraus manche Förderung erfahren.

Den Bearbeitern drängte sich oft der Gedanke auf, wie notwendig eine praktische und populäre Darstellung statistischer Ergebnisse ist, mit wie wenig Mitteln im Verhältnis zum gewohnten Aufwande unserer amtlichen Statistik eine größere Lesbarkeit des statistischen Materials herbeigeführt werden kann. Wenn unter den besonderen Verhältnissen, denen die Kartothek unterlag, nicht immer streng wissenschaftliche Maßstäbe befolgt werden konnten und zur Abrundung des statistischen Bildes auch Interpolationen notwendig wurden, so waren das Fehler, die in der Friedensstatistik um so mehr darin verschwinden würden, wenn die längst erwünschte internationale Verständigung über statistische Methoden zur Tatsache würde. Auch in dieser Richtung gab die Kartothek wertvolle Fingerzeige, die von denen, die die Friedensstatistik auszubauen haben, zweckmäßig aufgenommen würden. (Näheres über die Möglichkeiten der Einsichtnahme und Benutzung ist vom Unterzeichneten [Bln.-Wilmersdorf, Badensche Str. 34] zu erfahren)

A. Günther (Berlin).

Die wirtschafts- und bevölkerungsgeographischen Verhältnisse Altvorpommerns werden in einer Greifswalder Dissertation von Max Stolt (Frankfurt a. O. 1918) behandelt. Unter Altvorpommern sind von den 14 Kreisen des Regierungsbezirks Stettin die 6 links der Oder gelegenen verstanden. Der Verfasser geht in seinen mit vieljährigem Zeitaufwand unternommenen Untersuchungen durchweg auf die Gemeinden zurück. Eine Fülle von Beispielen zeigt, wie verschieden doch schon die Verhältnisse innerhalb eines einzigen Kreises gestaltet sein können, und welche Bedeutung hierbei immer wieder den natürlichen und rechtlichen Bodenverhältnissen zukommt. Die bevölkerungsgeographische Seite der Arbeit umfaßt die Frage nach der Volksdichte; Untersuchungen über Geburtlichkeit, Sterblichkeit, Heiraten usw. dürfen also nicht erwartet werden. Leider sind nun in der mit dem Jahresaufdruck 1918 herausgebrachten Arbeit die Ergebnisse der Zählung von 1905 verwertet worden; die von 1910 konnten nicht berücksichtigt werden, weil die Arbeit schon vor Kriegsausbruch abgeschlossen vorlag; auch meint der Verfasser, daß in bezug auf die Volksdichte beide Zählungen keine erheblichen Unterschiede erkennen ließen.

Mit den betreffenden statistisch-methodischen Fragen hat sich Verfasser auf das gründlichste auseinandergesetzt. Seine Ausführungen münden in selbständige Vorschläge. Um einen einwandfreien Stufenaufbau der Volksdichte zu ermöglichen, der nicht einfach Fläche und Bewohner dividiert, sondern auch die Wirtschaftsklassen berücksichtigt, sind unterschieden die Stufen der Forstgutsbezirke (bis 1), Gutsbezirke (2—5), der bäuerlichen Gemeinden (6—30) und der in sich gestaffelten städtischen Gemeinden (31—60, 61—100, 101—150, 151—250, 250—500, über 500). Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Volksdichte für ein Quadratkilometer; allerdings kommen auch einige Ausnahmen vor, z. B. Forstgutsbezirke mit über 1. Ganz Altvorpommern hat eine Dichte von 115, gegenüber 71 für den Regierungsbezirk, 56 für die Provinz, 107 für den Staat und 112 für das Reich. Beinahe zwei Drittel der Fläche, 63 %, sind schwach besiedelt mit 0—40, und gerade der fünfte Teil bringt es zu einer Dichte von über 76. Diese Gestaltung wird durch eine Fülle von Tabellen — die wichtigsten leider im Anhang — und durch eine große übersichtliche Karte belegt; als Umstände, die mit der Bevölkerungsdichte in Zusammenhang stehen, sind hervorgehoben und behandelt: Industrie und Gewerbe, Verkehrsverhältnisse, Ortsgröße, Gemarkungsgröße, Bodengüte, Waldbestand, Wiesenfläche, Grundbesitzverteilung, Viehbestand, Klima, Wasser, Zufallseinflüsse. Bei der Grundbesitzverteilung sind die Fideikomisse unerörtert geblieben; ob sie — *totum pro parte* — durch den Großgrundbesitz an sich genügend vertreten werden, mag dahingestellt bleiben. Der Waldbestand, auf dessen Bedeutung Verfasser eingegangen ist, dürfte bei gebundenem Besitz nicht nur größer (das ist erwiesen), sondern auch gesicherter sein. Auch könnte vermutet werden, daß auf Majoraten den Arbeitern zu der ihrer Seßhaftigkeit so förderlichen Eigenwirtschaft eher Gelegenheit gegeben wird, als auf ungebundenem, traditionsloserem Besitz. Die Bedenken, die gegen die Legung des Volkszählungstermins auf Anfang Dezember vorgebracht werden, kann man nur als begründet anerkennen; die abwandernden Schnitter usw. verschlechtern entschieden das Bild. Ob freilich irgendein anderer Termin günstiger wirken würde, muß bezweifelt werden, solange eben nicht die Wohn-, sondern die Aufenthaltsbevölkerung ermittelt wird.

Zum Schluß sei hervorgehoben, daß in der behandelten Schrift über die Unzugänglichkeit der statistischen Veröffentlichungen geklagt wird. Die Stimmen also, die für eine statistische Zentralbücherei (womöglich mit Auskunftserteilung) eintreten, hätten einen Zeugen mehr aufzuweisen.

B. Lembke (Stettin).

Vermischte Mitteilungen.

Der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Universitätsprofessor Dr. Friedrich Zahn, hat am 8. Januar 1919 sein fünfzigstes Lebensjahr vollendet.

Genossenschaftliche Dichtigkeitsziffern. Auf die Anfrage des Herrn Dr. G. in B. im Fragekasten voriger Nummer (1918, Sp. 205) übersendet uns der zuständige Referent des Preußischen Statistischen Landesamts, Herr Regierungs- und Volkswirtschaftsrat Dr. O. Tetzlaff folgende Erwiderung:

„Gegenüber den Bedenken, die Herr Dr. G. gegen die in der Statistischen Korrespondenz vom 21. September 1918 abgedruckten genossenschaftlichen Dichtigkeitsziffern geltend macht, ist folgendes zu bemerken: Er handelte sich darum, einen einfachen, vergleichbaren Ausdruck für die größere oder geringere Beteiligung der Zivilbevölkerung am Genossenschaftsleben in den einzelnen preußischen Landesteilen zu gewinnen, unter Berücksichtigung des Unterschiedes zwischen den dicht bevölkerten, also den Landesteilen mit vorwiegend in dustrieller Bevölkerung und den dünn bevölkerten, d. h. solchen mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung. Zu diesem Zwecke war es erforderlich, die Zahl der Genossenschafter sowohl zur Zivilbevölkerung als auch zur Fläche der betreffenden Landesteile in Be-

Digitized by Google

ziehung zu setzen. Dies geschah, um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu ermöglichen, in der Weise, daß die Zahl der Genossenschafter in sämtlichen Landesteilen erstens auf 100000 der Zivilbevölkerung und zweitens auf 100 qkm Fläche berechnet und aus dem Produkt beider Verhältniszahlen die $\sqrt{}$ gezogen wurde. Der sich ergebende Wert, das geometrische Mittel aus den beiden Verhältniszahlen, stellte die zu berechnende Dichtigkeit der Genossenschafter für eine ideale Fläche gleicher Bewohnerdichtigkeit dar. Da es sich um Zahlen ungleicher Art und Größenordnung handelte, konnte die Verbindung der beiden Verhältniszahlen nur durch das geometrische, nicht durch das arithmetische Mittel erfolgen, da letzteres nur zur Verbindung zweier Zahlen von gleicher Art und Größenordnung verwendet werden kann, also z. B. zur Bestimmung eines mittleren Preises. Während die Beziehung der Zahl der Genossenschafter auf die Zivilbevölkerung eine Verhältniszahl ergibt, die auch für sich allein statistisch von Bedeutung ist, läßt sich dies von einer entsprechenden Beziehung lediglich auf die Fläche nicht behaupten, und es entbehren die dagegen von Dr. G. angeführten Bedenken nicht der Berechtigung. Ist aber die durch Beziehung der Zahl der Genossenschafter auf die Fläche gewonnene Verhältniszahl nicht Selbstzweck, sondern stellt sie, wie im vorliegenden Falle, nur einen Faktor dar, der zur Gewinnung einer anderen Verhältniszahl, nämlich der genossenschaftlichen Dichtigkeitsziffer, notwendig ist, so läßt sich gegen ihre Benutzung nichts einwenden. Genossenschaftliche Dichtigkeitsziffern, die nach derselben Methode, wie sie den in der „Statistischen Korrespondenz" veröffentlichten Zahlen zugrunde liegt, berechnet sind, finden sich übrigens auch schon in älteren Veröffentlichungen der Genossenschaftsstatistik (vgl. „Die Entwickelung der eingetragenen Genossenschaften in Preußen während des letzten Jahrzehnts" im XXIV. Ergänzungsheft zur Zeitschrift des Königl. Preuß. Statistischen Landesamts 1906)." —

Ferner schreibt uns hierzu Herr Prof. Dr. F. Zizek in Frankfurt a. M. folgendes: „Es handelt sich um zwei Fragen. — Zunächst darum, ob es methodisch richtig ist zu berechnen, wieviel Mitglieder eingetragener Genossenschaften auf 100 qkm Bodenfläche (z. B. in den verschiedenen Bezirken) entfallen („Dichtigkeit" der Genossenschaftsmitglieder). Eine innere Beziehung zur Bodenfläche, wie sie Dr. G. als Erfordernis einer derartigen Berechnung bezeichnet, liegt kaum vor. Allein auch bei der Berechnung der allgemeinen Bevölkerungsdichte stellt die Bodenfläche nicht etwa einen Maßstab z. B. für die Ernährungsmöglichkeiten der Bevölkerung dar, ebensowenig bei der Viehdichtigkeit (auch wenn man den Viehstand nicht auf die Gesamtfläche, sondern auf die produktive oder nur auf die landwirtschaftlich benutzte Fläche oder gar nur auf das Grab- und Grasland reduziert); denn Lebens- und Futtermittel werden in Mengen aus dem Ausland bezogen. Die Bevölkerungsdichte sagt daher auch über den Nahrungsspielraum der Bevölkerung nichts aus; dünn besiedelte (wirtschaftlich tiefstehende) Gebiete sind häufiger übervölkert als (wirtschaftlich hochentwickelte) Länder mit dichter Bevölkerung. Trotzdem werden wir gewiß auf die Berechnung der allgemeinen Bevölkerungsdichte niemals verzichten und m. E. kann es unter Umständen auch zweckmäßig sein, in analoger Weise die „Dichtigkeit" gewisser charakteristischer Teilgruppen der Bevölkerung — z. B. der Genossenschaftsmitglieder — zu untersuchen. Diese Dichtigkeit bietet dann einen Vergleichsmaßstab, der jenen des prozentuellen Anteils an der Gesamtbevölkerung in dankenswerter, eigenartiger Weise ergänzt. In der St. Korr. vom 21. September 1918 sind z. B. in der Tafel 1 nebeneinander Posen und Schlesien aufgeführt; in der ersteren Provinz ist der Prozentsatz der Genossenschaftsmitglieder von der Gesamtbevölkerung wesentlich höher, in der letzteren Provinz dagegen leben die Genossenschaftsmitglieder — als besondere soziale Gruppe aufgefaßt — viel dichter beieinander; die Erklärung besteht darin, daß Schlesien eine wesentlich dichtere Gesamtbevölkerung hat, wodurch, bei der Reduktion der Genossenschaftsmitglieder auf die Flächeneinheit, die geringere subjektive Beteiligung am Genossenschaftsleben überkompensiert wird. Besondere Dichtigkeitsberechnungen für Teilmassen der Bevölkerung können vielleicht manchmal auch praktische Bedeutung, z. B. für die Schaffung gewisser Einrichtungen, haben.

Die zweite Frage betrifft die Berechnung eines Mittelwertes aus den beiden Verhältniszahlen: Prozentsatz der Genossenschaftsmitglieder von der Gesamtbevölkerung (multipliziert mit Tausend) und Dichtigkeit derselben (pro 100 qkm). Aus zwei begrifflich ganz verschiedenartigen Werten einen Mittelwert zu berechnen, scheint mir nicht zulässig zu sein. Die so errechnete Ziffer läßt sich begrifflich überhaupt nicht definieren (außer nach der Art ihrer Entstehung). Nur Mittelwerte aus begrifflich übereinstimmenden Einzelwerten (z. B. aus Einzeldaten über den Wochenlohn oder aus solchen über das Heiratsalter von so und so vielen Individuen) haben einen eindeutigen Inhalt; ihre Bedeutung besteht namentlich darin, daß der Mittelwert (der Durchschnitts- bzw. häufigste Lohn, das mittlere Heiratsalter) jene Größe zum Ausdruck bringen soll, die dem allgemein herrschenden Ursachenkomplex entspricht, während die Einzelwerte infolge individueller, störender Ursachen von dieser Größe abweichen. Dem dargelegten Einwand gegenüber ist es ziemlich gleichgültig, ob aus den verschiedenartigen Werten das arithmetische oder aber das geometrische Mittel berechnet wird, zu dessen Gunsten immerhin angeführt werden könnte, daß es weniger als das arithmetische Mittel von exzeptionell starken Abweichungen beeinflußt wird. An dieser Sachlage kann auch die Autorität, auf die sich das in Rede stehende Verfahren berufen könnte, nichts ändern; Engel berechnete nämlich in analoger Weise eine „Eisenbahnausstattungsziffer" als geometrisches Mittel der einerseits auf die Bevölkerung, anderseits auf die Fläche des Landes bezogenen Kilometerzahl der Eisenbahnen.

Nun könnte vielleicht eingewendet werden, es handle sich nicht um die Gewinnung einer logisch klaren, selbständigen statistischen Aussage, sondern lediglich um einen einfachen Vergleichsmaßstab für die verschiedenen geographischen Gebiete. Dies ist ja zweifellos die Absicht der Berechnung bei Engel und in der Genossenschaftsstatistik der Stat. Korr. Wenn verschiedene Vergleichsmaßstäbe eine verschiedene Reihenfolge der verglichenen Länder oder Landesteile ergeben, so kompliziert dies ja das Ergebnis, das Bild wird eventuell geradezu verworren; da entsteht leicht das Bestreben, ich möchte fast sagen: die Versuchung, eine einzige einheitliche Reihung durch eine Mittelwertsberechnung aus den Verhältniszahlen, welche die einzelnen Vergleichsmaßstäbe ergeben, herbeizuführen. Daß verschiedene Vergleichsmaßstäbe im Ergebnis nicht übereinstimmen, wiederholt sich aber auf den verschiedensten Gebieten der Statistik; wenn wir z. B. Gewerbezweige vergleichen, so kann nach der Zahl der Betriebe der eine, nach der Zahl der beschäftigten Personen ein anderer an erster Stelle stehen; nach den motorischen Kräften oder nach der Produktion ergibt sich vielleicht wieder eine andere Reihenfolge. In allen derartigen Fällen ist es aber gerade interessant, die Ergebnisse der einzelnen Vergleichsmaßstäbe nebeneinander betrachten zu können. Die einzelnen Vergleichsmaßstäbe mögen sich widersprechen, aber jeder besagt etwas; durch einen Gewaltakt eine einzige Reihenfolge herzustellen, die aber nichts besagt, scheint mir sehr bedenklich zu sein."

Über die Faßbestandsaufnahme vom 15. September 1917 berichtet in einem ausführlichen behördlichen Rundschreiben vom 8. August 1918 der Reichskommissar für Faßbewirtschaftung, mit dessen Genehmigung auch die nachfolgenden Mitteilungen erscheinen. Die hergestellten 1892000 Anmeldevordrucke wurden bis auf wenige Tausend im Laufe der Erhebung ausgegeben. Wieder eingegangen sind rund 500000 Meldungen, von denen über 300000

Digitized by Google

durch Mahnungen und Rückfragen hereingeholt werden mußten. Es wurden über 160000 Mahnkarten und rund 250000 Rückfragen zur Versendung gebracht, so daß auf je 5 Meldungen etwa 4 Mahnungen oder Rückfragen entfielen. Auf besondere Schwierigkeiten stieß auch die Aufstellung der erforderlichen Verzeichnisse der meldepflichtigen Personen und Betriebe. Anspruch auf Vollständigkeit können die Ergebnisse, wie der Bericht zugibt, mithin nicht machen, zumal die Ergänzungsarbeiten im Mai 1918 abgebrochen werden mußten. — Ermittelt wurden bei der Bestandsaufnahme rund 19 Millionen Fässer, davon 9288069 als der Beschlagnahme unterliegend und 9656830 beschlagnahmefreie. Von den der Beschlagnahme unterliegenden Fässern entfielen auf Fässer für Spirituosen und Essig rund 1940000, für Wein, Obst- und Beerenwein 1800000, auf Packfässer 1423000, auf Versandfässer für Teer, Lacke, Farben usw. 1000000, auf Versandfässer für Öle 850000, auf Fässer für Kohl, Gurken, Sauerkraut und Gemüse 802000, auf Heringstonnen und andere Fischfässer 650000. Die Zahl der eisernen Fässer belief sich auf rund 562000, von denen annähernd ein Viertel für Öle, je ein Fünftel für Petroleum- und Terpentinfässer und als Packfässer und 100000 als Firnis- Lack- und Farbfässer verwendet wurden. Denkmalswert ist für 735 Fässer in Anspruch genommen worden. Darunter befanden sich 527 Weinfässer, und zwar 394 mit über 300 Liter Inhalt. Von den der Beschlagnahme unterliegenden Fässern wurden über 41 v. H. zur Betriebseinrichtung benötigt, davon etwa zwei Drittel für Wein, Obst- und Beerenwein. 11 v. H. der der Beschlagnahme unterliegenden Fässer befanden sich im Eigentum oder Gewahrsam von Kriegsstellen oder Kriegsgesellschaften. Von den gezählten beschlagnahmefreien Fässern entfallen über 7 Millionen auf Gebinde für die Bierbrauerei und zwar waren darunter annähernd zwei Drittel Bierversandfässer (6621000), 491000 Bierlagerfässer und 88500 Bierbottiche. An Marmeladefässern und -kübeln wurden 743000 gezählt, an Butter- und Margarinefässern und -kübeln 721000, an Senffässern und -kübeln 95000 und an Fässern für sonstige Zwecke 1256000. — Es wäre sehr zu wünschen, wenn auch die Ergebnisse anderer ähnlicher kriegswirtschaftlicher Erhebungen in gleicher Weise bekannt gegeben würden, da sie trotz mancher Mängel doch nicht ohne praktischen und wirtschaftswissenschaftlichen Wert sein dürften.

Statistiker-Ausbildung an der Frankfurter Universität. Schon an der Frankfurter Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften wurde Statistik von Prof. Bleicher und von G. Schnapper-Arndt, der inzwischen leider verstorben ist, eifrig gepflegt. Als im Jahre 1914 aus der genannten Akademie die Frankfurter Universität mit besonderer Wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Fakultät entstand, ergaben sich neue Aufgaben des statistischen Unterrichts, die sich insbesondere dadurch vervielfältigten, daß die erwähnte Fakultät in Nachfolge der Akademie gleichzeitig Trägerin einer Handelshochschule ist und außerdem den ebenfalls schon gepflegten versicherungswissenschaftlichen Unterricht neu organisierte sowie neuerdings auch noch die Ausbildung von Verwaltungs- und Sozialbeamten in Angriff nahm. Welche Rolle spielt nunmehr die Statistik bei den verschiedenen, an der jüngsten deutschen Universität gebotenen Bildungsgängen als Studien- und Prüfungsfach?

Zur Erlangung des Dr. der Staatswissenschaften ist nach der Promotionsordnung die Einreichung einer Dissertation und eine mündliche Prüfung vorgeschrieben, bei der Statistik eines der vier obligaten Hauptfächer — die drei anderen sind Volkswirtschaftslehre, Privatwirtschaftslehre und Finanzwissenschaft — bildet; überdies kommen gewisse Nebenfächer in Betracht. Die „Ratschläge für die zweckmäßige Einrichtung des Studiums zur Vorbereitung auf die staatswissenschaftliche Doktorprüfung" erklären, daß der Besuch der beiden Hauptvorlesungen über Statistik (je ein Semester Theorie der Statistik und Bevölkerungsstatistik sowie Wirtschafts- und Sozialstatistik) geboten sei. Der Besuch des statistischen Seminars ist selbstredend empfohlen. Die Dissertation kann dem Gebiete der Statistik entnommen sein. Dies war auch bereits mehrmals der Fall; in der Regel handelte es sich um Arbeiten, welche wirtschaftliche Fragen mit besonderer Berücksichtigung der statistischen Seite behandelten, wie z. B. die Lage der Bauarbeiter, die Frauenarbeit in der Kriegszeit, die Haushaltskosten in der Kriegszeit und ähnliche Themen; eine Dissertation behandelte das Landstreichertum auf kriminalstatistischer Grundlage.

Als Handelshochschule bereitet die Frankfurter Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät zur Handelslehrerprüfung und zur kaufmännischen Diplomprüfung vor. Bei der Handelslehrerprüfung kommt die Statistik nicht in Betracht; dagegen ist bei der kaufmännischen Diplomprüfung mit Rücksicht auf die Bedeutung statistischer Kenntnisse für den Kaufmann „Statistik mit besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsstatistik" als Nebenfach für die mündliche Prüfung, eventuell auch für Klausurarbeit, wählbar. Es entscheiden sich auch immer häufiger Kandidaten für Statistik als Prüfungsgegenstand. Diese Wahl ist namentlich für jene Kandidaten vorteilhaft, die später das Doktorexamen machen wollen, bei dem Statistik ja obligates Prüfungsfach ist.

Bei der Versicherungswissenschaftlichen Diplomprüfung an der Frankfurter Universität umfaßt die Prüfung in der mathematischen Klasse u. a. auch Versicherungsmathematik einschließlich Wahrscheinlichkeitsrechnung und mathematische Statistik.

Ganz neue Studienmöglichkeiten bietet die erst kürzlich vom preußischen Kultusministerium bestätigte „Ordnung der Diplomprüfung für Verwaltungs- und Sozialbeamte an der Universität Frankfurt a. M." Diese Prüfung bildet ein Gegenstück zu den Diplomprüfungen für Kaufleute, Handelslehrer und Versicherungsverständige. Die neue Einrichtung, auf welche hiermit besonders aufmerksam gemacht werden soll, wird namentlich den Bedürfnissen vieler Kriegsteilnehmer, die eine Beamtenlaufbahn in der staatlichen oder städtischen Verwaltung, in der sozialen Fürsorge öffentlicher Körperschaften oder privater Unternehmungen, im Genossenschaftswesen, in Wohnungsämtern usw. einzuschlagen wünschen, entsprechen, soll aber auch Beamte für statistische Ämter heranbilden. Für die Zulassung zu dieser Prüfung ist das Abiturientenexamen nicht unbedingt erforderlich, es genügt die sog. kleine Matrikel der Frankfurter Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät, die unter Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst eine zweijährige praktische Tätigkeit, auf die weiterer Schulbesuch angerechnet werden kann, voraussetzt. Das Studium umfaßt vier Semester, von denen in der Regel mindestens zwei an der Frankfurter Universität absolviert werden sollen. Bei der Diplomprüfung für Verwaltungs- und Sozialbeamte befindet sich Statistik unter den sechs Hauptfächern, von denen jeder Kandidat fünf für die mündliche Prüfung wählen muß. Auch als Klausurfach kann Statistik gewählt werden. Zur Vorbereitung für die Prüfung wird neben der Teilnahme an den Seminarübungen der Besuch sowohl der allgemeinen methodologischen Vorlesung als auch jener über Bevölkerungs- und Wirtschaftsstatistik empfohlen. In welchem Umfange Statistik tatsächlich als Studien- und Prüfungsfach gewählt werden wird, läßt sich zurzeit noch nicht absehen. Vermutlich und hoffentlich wird dies jedoch recht häufig der Fall sein, da statistische Kenntnisse zweifellos mehr oder weniger für alle Arten von Verwaltungs- und Sozialbeamten sehr wünschenswert sind.

So bietet die Frankfurter Universität mannigfache Möglichkeiten statistischer Ausbildung und des Nachweises dieser Ausbildung durch Prüfungszeugnisse. Doch handelt es sich in keinem Falle um ein ausschließliches statistisches Studium, sondern durchweg um die Verbindung statistischen Studiums mit sonstiger wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Ausbildung. Reine und ausschließliche Statistiker auszubilden wäre in der Tat wohl verfehlt. Zunächst besteht ja bei der be-

Digitized by Google

schränkten Zahl statistischer Berufsstellungen keinerlei Sicherheit, daß ein noch so gut ausgebildeter Statistiker wirklich eine Berufsstellung als Statistiker erlangen wird; reine Statistiker auszubilden würde für diese unter Umständen ein Danaergeschenk bedeuten. Ferner ist zu erfolgreicher statistischer Betätigung auch eine möglichst vielseitige wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Bildung erforderlich, wie ja andererseits statistische Kenntnisse jedem praktischen Volkswirt und Sozialpolitiker stets ungemein nützlich sein werden; denn diese kommen alle in die Lage, statistisches Material zu benutzen, weiterzuverarbeiten, oft auch selbst statistische Arbeiten durchführen zu müssen.

Die Frankfurter Universität hofft daher, daß ihre Absolventen — ihre Doktoren, Diplomkaufleute und diplomierten Verwaltungs- und Sozialbeamten, die beiden letzten Gruppen, soweit sie das statistische Studium freiwillig gepflegt haben — in allen Berufsstellungen Verständnis für statistische Fragen zeigen und auch für die spezifisch statistische Laufbahn in besonderem Maße verwendbar sein werden. Dabei kommen vor allem die statistischen Ämter in Betracht; doch ist Frankfurt auch in der Lage, spezielle Statistiker für den Fabrik- und Handelsbetrieb heranzubilden, da die besondere Anwendungsart der Statistik für privatwirtschaftliche Zwecke im Rahmen der Privatwirtschaftslehre von Prof. Calmes erläutert wird.

Die neuerdings erfolgte Gründung eines Instituts für Wirtschaftswissenschaft an der Frankfurter Universität, das auch eine statistische Abteilung umfassen soll, wird in Hinkunft der statistischen Forschungsarbeit und auch dem statistischen Unterrichtsbetriebe einen festen Rückhalt und besondere Entwicklungsmöglichkeiten bieten Die schweren Aufgaben, welche das deutsche Volk nunmehr — wirtschaftlich und bevölkerungspolitisch — zu lösen haben wird, erfordern aber auch in der Tat unbedingt eine möglichst gründliche statistische Schulung des Nachwuchses.

F. Zizek (Frankfurt a. M.).

Berechnung des arithmetischen Mittels. Zu dem Aufsatz von J. Pfitzner in Nr. 9/10 des D. St. Z. 1918, S. 183/184 [1]) gestatte ich mir die Bemerkung, daß die dort angegebene Berechnungsweise keineswegs unbekannt ist. Sie wird in der biologischen Variationsstatistik häufig angewendet. Eine ausführliche und überaus klare Erläuterung findet sich bei Johannsen, Erblichkeitslehre, Jena, 1913, II. Aufl. S. 32ff. Dort ist auch angegeben, wie die „durchschnittliche Abweichung", die Pfitzner im letzten Satz erwähnt, berechnet werden muß.

G. v. Frankenberg (Braunschweig).

Schwedisches Statistisches Zentralamt. Am 1. Januar 1919 ist eine Reorganisation dieser Behörde in Kraft getreten, wobei drei Abteilungen gebildet wurden, deren Hauptarbeitsfeld für die erste die Bevölkerungs- und Justizstatistik, für die zweite die Landwirtschafts- und für die dritte die Finanz- und Gemeindestatistik ist. Die Zahl der Beamten und Angestellten wurde auf 54 (15 m., 39 w.) festgesetzt, wozu noch eine nach dem Bedarf wechselnde Zahl außerordentlicher Hilfsarbeiter kommt.

Aus der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft. Aus der in der Zeitschrift für Schweizer. Statistik, Jahrg. 1918 S. 152, veröffentlichten Jahresrechnung der Schweizer. Statistischen Gesellschaft geht hervor, daß diese im Jahre 1917 einen Bestand von 373 Mitgliedern aufwies. Der Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf 5 Fr., bei Bezug der Zeitschrift auf 8 Fr. Die Gesamteinnahmen der Gesellschaft betrugen im Rechnungsjahr 18375 Fr. gegenüber 13996 Fr. Ausgaben. Zu den Einnahmen steuerten bei der Bund 5000 Fr., die Kantone 2380 Fr. und die Nationalbank 500 Fr. Aus freiwilligen Spenden von Mitgliedern und Gönnern flossen im Jahre 1917 der Gesellschaft 4681 Fr. zu.

Eine deutsch-französische Hauptwirtschaftsstelle ist nach Mitteilung der Dtsch. Allg. Ztg. (Nr. 30 v. 20. 1. 1919) auf Anregung der pfälzischen Regierung in Ludwigshafen in einer Besprechung von Vertretern deutscher und französischer Behörden und pfälzischer Industrieller begründet worden. Als Hauptaufgabe wird neben der Rohstoffbeschaffung und der Ausfuhr aus der Pfalz die Bearbeitung der Wirtschaftsstatistik bezeichnet.

[1]) Eine den nämlichen Aufsatz betreffende ausführlichere Mitteilung von Forcher in Wien soll in der nächsten Nummer des D. St. Z. erscheinen. *Schriftl.*

Eingesandte Schriften (siehe zuletzt D. St. Z. 1917, Nr. 9/10).

Apolant, Jenny, Das kommunale Wahlrecht der Frauen in den deutschen Bundesstaaten. (154 S.) Leipzig, B. G. Teubner.

Årsbok, Statistisk, för Sverige. 5. Årgången 1918. Utgiven av Kungl. Statist. Zentralbyrån. (343 S.) Stockholm.

Auerbach, F., Die graphische Darstellung. 2. Aufl. [Aus Natur u. Geisteswelt, Bd. 437.] (118 S.) Leipzig u. Berlin, B. G. Teubner.

Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in Neukölln 1906 bis 1917 (zum Teil auch 1918), unter besonderer Berücksichtigung der Kriegszeit. Neukölln 1918. (9 S.)

Bericht über die Tätigkeit des Zentral-Arbeitsnachweises für den Bezirk der Kreishauptmannschaft Dresden im Kriegsjahre 1917. Erstattet vom Geschäftsführer Dr. Nerschmann. (112 S.) Dresden.

— des kantonalen statistischen Bureaus über die Hauptergebnisse der schweizerischen Vieh-, Nutzgeflügel- und Bienenvölkerzählung vom 19. April 1918 im Kanton Zürich. Vom 28. Mai 1918. (4 S.) Zürich.

Bewegung der Bevölkerung Österreichs im Jahre 1913. [Österr. Statistik, Neue Folge, Bd. 14 Heft 1.] Wien 1918. (84 u. 276 S.)

Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, Heft 29. Wald- und Forstwirtschaft im Weltkriege. Drei Vorträge von Oberforstmeister Riebel, Regierungsdirektor Dr. Wappes und Prof. Dr. von Mammen. (87 S.) Dresden u. Leipzig 1916. M. 1.80.

Brentano, Lujo, Ist das „System Brentano" zusammengebrochen? (114 S.) Berlin, Erich Reiß.

Ergebnisse der Volkszählung am 31. Dez. 1910 in Österreich. Österreichische Sterbetafeln. [Österr. Statistik. Neue Folge. Bd. 1 Heft 4.] Wien 1917. (30 u. 51 S.)

Ergebnisse der Wohnungszählung am 1. Dez. 1916 in der Stadt Breslau. (S.-Abdr. aus „Breslauer Statistik". Bd. 36 Heft 2.) (41 S.)

— der außerordentlichen schweiz. Viehzählung vom 19. April 1918 im Kt. Bern. Bern 1918. (47 S.)

Ettinger, Maskus, Die Vermögensabgabe und Konjunkturgewinnsteuer im sozialen Zukunftsstaate. (295 S.) Wien u. Leipzig, Deutsch-Österr. Verlag.

Fechner, Franz, Zehn Jahre Scharlachstatistik. Berliner Inaug.-Diss. Berlin 1918. (29 S.)

Fuchs, C. J., Kriegerheimstätten u. Wohnungsfürsorge. Leipzig u. Dresden, B. G. Teubner, 1918. (34 S.)

Gelesnoff, W. Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, übersetzt aus dem Russischen von E. Altschul. B. G. Teubner, Leipzig 1918. gr. 8. XII u. 613 S.

Gesellschaft, die, für Warenkunde in Hamburg. (56 S.) Hamburg, Selbstverlag (Levantehaus).

Harms, Bernhard, Das Königliche Institut für Seeverkehr und Weltwirtschaft. (87 S.) Kiel.

Haushaltungen [Die] u. Wohnungen in Neukölln nach d. Volkszählung v. 1. Dez. 1910. Neukölln 1918. (23 S.)

Jahresbericht, 22., der Kaiser Franz Joseph I.-Jubiläumsstiftung für Volkswohnungen und Wohlfahrtseinrichtungen über das Jahr 1917. (36 S.) Wien, Selbstverlag.

Kleinsiedlung und Kriegeransiedlung, drei Gesetzentwürfe nebst Erläuterungen. [Schriften des Verbandes für deutschen Grundbesitz.] Herausgeg. vom Präsidenten a. D. Dr. R. v. d. Borght. Berlin 1918.

Krieg, Mieter und Hausbesitzer. Aufklärungsschrift über das Wohnungswesen von volkswirtschaftlichen und sozialethischen Gesichtspunkten aus. (24 S.) Dresden.

Langenbeck, W., Geschichte des deutschen Handels seit dem Ausgange des Mittelalters. 2. Aufl. [Aus

Digitized by Google

Natur und Geisteswelt, Bd. 237.] (141 S.) Leipzig u. Berlin, B. G. Teubner. Geb. M. 1.50.

Manes, A., Grundzüge des Versicherungswesens (Privatversicherung). 3. Aufl. [Aus Natur und Geisteswelt, Bd. 105.] (123 S.) Ebd. Geb. M. 1.50.

Mieten [Die] der Wohnungen und Geschäftsräume in der Stadt Hamburg im Jahre 1916. (10 S.) Desgl. im Jahre 1917/18. (10 S.)

Mitteilungen des kantonalen statistischen Bureaus, Jg. 1917, Lieferung I/II: Statistisches Handbuch für den Kanton Bern. (XXXI u. 193 S.) Bern.

—, Jg. 1916, Lfg. II: Landwirtschaftliche Statistik des Kantons Bern für 1914 und 1915. (135 S.) Bern 1917.

—, statistische, betr. den Kanton Zürich. Heft 126: Gemeindefinanzstatistik für das J. 1915. Nebst Anhang: Staatsbeiträge an die Armenausgaben der Gemeinden vom J. 1915. (221 u. 22 S.) Winterthur 1917.

—, desgl., Heft 127: Die Bewegung der Bevölkerung mit Einschluß der Wanderungen in den Jahren 1914 und 1915. — Die Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1911—1915. (195 S. u. Tab.) Winterthur 1917.

— des Statist. Amtes d. St. Stuttgart, Nr. 2—5 (1917/18), Bericht über die Ergebnisse der Wohnungszählungen vom 1. Dez. 1916 u. vom 10. März 1918.

Neurath, Otto, Großvorratswirtschaft und Notenbankpolitik. (16 S.) Berlin u. Wien, Verlag für Fachliteratur.

Rechenschaftsbericht der Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit für 1917. (24 S.)

—, 86., des Obergerichtes und des Kassationsgerichtes über das Jahr 1916. Erstattet an den Kantonsrat des Kantons Zürich. (188 S.) Winterthur 1917.

Schriften des Badischen Landeswohnungsvereins, Heft 15: Kinderreiche Familien in Mannheim und ihre Wohnungen. (50 S.) Karlsruhe i. B., Braun.

Sieger, Rob., Ungarische Gravamina. S.-Abd. (7 S.)

Sonderheft, 16., zum Reichs-Arbeitsblatt: Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1915. (33 S.) Berlin, Heymann. M. 3.60.

—, 17., desgl.: Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im dritten Kriegsjahre. (48 S.) Berlin, Ebd. M. 2.40.

Statistik der Mieten in der Stadt Hamburg 1915. S.-Abdr. aus dem „Öffentl. Anzeiger" Nr. 206 vom 2. Sept. 1916. (9 S.)

Statistische Berichte (Bulletin Statistique) der Stadt Utrecht, 2. Jahrg. 1918.

Taschen-Atlas aller Kriegsschauplätze 1917. Berlin, Schwarz u. Comp.

Fortsetzungen der Zeitschriften: Soziale Rundschau (Wien). — Zeitschrift f. schweizerische Statistik u. Volkswirtschaft (Bern). — Städte-Zeitung (Berlin). — Wirtschaftsdienst (Hamburg). — Wirtschaftszeitung der Zentralmächte (Berlin).

Fragekasten.

Dr. G. in B. Vgl. die Erwiderungen S. 39ff.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Das Problem der Valutaentwertung

Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. **L. Pohle.** (Vorträge der Gehestiftung. Bd. IX, Heft 5.) Geh. M. 1.20.

Hierzu Teuerungszuschläge des Verlags und der Buchhandlungen.

Behandelt den Zusammenhang zwischen Valutaentwertung und dem Sinken der Kaufkraft des Geldes im Inland, die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Valutaentwertung, sowie die Reformvorschläge zur Wiederherstellung der Währung nach dem Kriege.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Bekanntmachung.

1. Die **Zwischenscheine** für die **5% Schuldverschreibungen der VIII. Kriegsanleihe** können vom

2. Dezember d. Js. ab

in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **15. Juli 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

2. **Der Umtausch der Zwischenscheine** für die **4½% Schatzanweisungen der VIII. Kriegsanleihe** und für die **4½% Schatzanweisungen von 1918 Folge VIII** findet gemäß unserer Anfang d. Mts. veröffentlichten Bekanntmachung bereits seit dem

4. November d. Js.

bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** sowie bei sämtlichen Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung statt.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im November 1918.

Reichsbank-Direktorium.

Havenstein. v. Grimm.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

5341 A

Nr. 3/4 11. Jahrgang März/April 1919

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Anzeigen: 1/1 Seite M. 80.—, 1/2 Seite M. 45.— 1/4 Seite M. 30.—, zweigespaltene Zeile M. 1.30. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Dr. Johannes Feig
Geh. Regierungsrat u. vortrag. Rat im Reichsarbeitsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Gedanken über die Würdigung der Statistik*, S. 49. — *Zur Kritik der Wahlstatistik*, S. 55. — *Wohnungsgesetz und Wohnungsstatistik*, S. 59. — *Zu dem Aufsatz „Eine Methode zur Berechnung des arithmetischen Mittels"*, S. 59. — *Aus der statistischen Literatur:* Jährliche Zwischenvolkszählungen, S. 63. — Herkunft der Geistlichen, S. 63. — Das Bevölkerungsproblem, S. 64. — Aufwuchszahlen für Deutsches Reich und Österreich, S. 65. — Die Bevölkerungsbewegung in der Provinz Pommern von 1871—1910, S. 66. — Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt, S. 66. — Die Berechnung der Wohndichtigkeit, S. 67. — Agglomerations- und Wohnungsstatistik, S. 68. — Reduktionsziffern zur Förderung der Vergleichbarkeit, S. 68. — Geschlechtskrankheiten in deutschen Großstädten, S. 71. — Die Scharlachfälle, S. 72. — Zur Statistik der Zeitungen, S. 72. — Die Frage der Schullastenverteilung, S. 72. — Bayern und die Reichseinheit, S. 73. — Die Gegenwartsaufgaben der amtlichen Statistik, S. 74. — *Vermischte Mitteilungen:* Personalnachrichten, S. 73. — Meldescheine für die Warenausfuhr, S. 75. — „Ersatzstatistiker", S. 75. — *Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke*, S. 75. — *Fragekasten*, S. 77.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Hefte. Preis jährlich 10 Mark.

Gedanken über die Würdigung der Statistik[1])

Von Geh. Regierungsrat **K. Brämer** in Wernigerode.

3. Zeitschriften der Statistischen Ämter.

§ 7. Weil sich in den Quellenwerken die Hauptarbeit der Statistischen Ämter niederschlägt, lag es den Statistikern nahe, sie als Brennpunkte der Wissenschaft einer ausgiebigen Erörterung zu unterwerfen. Ihren Tabellen sieht man äußerlich nicht an, daß sie vom Geiste erfüllt sind, während doch jede zur Belehrung eingesetzte Behörde wünschen muß, ihren Beruf für das Lehramt zu erhärten. Auf jene Erörterung hat dieser natürliche Wunsch abgefärbt, zumal nachdem das Erzeugnis als ein bloß technisches zu gelten anfing. Allein textliche Erörterungen zu einem Zweige sind, auch wenn er tausend Blätter trägt, nicht sehr geeignet, einen Begriff vom ganzen Baume der Erkenntnis beizubringen. Wird von diesem, wie in den Jahrbüchern, das am Ergebnis der eigenen amtlichen Arbeit fehlende Stück aus anderweitigen Nachrichten zu einem geschlossenen Gerippe aufgebaut, so hat man freilich einen Rahmen statistisch erfaßbarer Tatsachen vor sich, empfängt aber vom Geiste der statistischen Wissenschaft keinen Eindruck. Wie dieser gleichwohl vermittelst Hand- und Lehrbücher, Abhandlungen in volkswirtschaftlichen Zeitschriften usw. offenbar wird, gehört als reine Privatleistung nicht in den Bereich meiner Ausführungen.

Dagegen kommen hier die von amtlichen Statistikern geleiteten Zeitschriften um so mehr in Betracht, als die ihnen verstattete freiere Aussprache einerseits, die Ungebundenheit gegenüber dem Inhalt und der Form anderseits erwarten lassen, daß sich in ihnen der die Statistik beherrschende Geist offenbare. Jede hat ihr besonderes Publikum, daher vom Wettbewerbe nicht die Rede sein kann. Falls einmal in zweien entgegengesetzte Auffassungen laut werden, erfahren davon allein die spärlichen, durch Sachkenntnis vor Mißdeutungen gefeiten Leser beider Blätter; deshalb ist auch wissenschaftlicher Parteizwist, in anderen Fächern gang und gebe, hier nicht zu befürchten. Unsere Zeitschriften dürfen sich, bitterer Polemik untereinander fern, ruhig den Sachen widmen.

Es wird auch nicht allein die Würde der Wissenschaft gewahrt, sondern zugleich die der Regierung bzw. des Magistrats und dadurch der ernste Ton in der Aussprache mitbestimmt. Für die Zeitschrift gilt ungeachtet ihrer Beweglichkeit ähnlich wie für das Quellenwerk, was Zahn in dem Satze ausdrückt: „die Öffentlichkeit hat ein Recht, zunächst ein objektives Gesamtbild der Ergebnisse zu bekommen; das ist die Sache der Statistischen Ämter", schließt aber die Ergänzung ein, daß die private Wissenschaft das Material subjektiv bearbeiten darf. Wie Würzburger bemerkt, muß die textliche Interpretation, für welche die Zeitschrift einen guten Platz gewährt, oft selbständigen Wissenschaftlern anheimfallen; daß keine verfehlte Bearbeitung sich einschleiche, wird des Herausgebers Sorge bleiben. Dem Leiter eines großen Amtes, sagt er weiter, komme die allein von ihm (oder, so wäre beizufügen, seinen Bevollmächtigten) lösbare Aufgabe zu: „an der Hand der Entstehungstechnik die Grenzen zu zeigen, bis zu welchen die Zahlen zu Schlüssen benutzt werden dürfen, und so mißbräuchlicher Benutzung entgegen zu wirken". Mag diese Bestimmung eigentlich auf den begleitenden Text zu Quellenwerken gemünzt sein, so trifft sie nicht minder auf eine in der Zeitschrift gewiß aufmerksamer gelesene Abhandlung zu. Daß auch dem Leiter, wenn er persönlich Vergleichungen anstellt und Folgerungen aus eigenen und fremden Ergebnissen zieht, das Recht der freien Meinungsäußerungen nicht verschränkt werden darf, versteht sich von selbst; denn der Schriftsteller ist nicht das Amt. Des Herausgebers Ehrenstellung verpflichtet ihn keineswegs, auch die schriftstellerische Hauptarbeit zu leisten, während er freilich die von ihm amtlich angeordneten laufenden oder außerordentlichen Zusammenstellungen von Tatsachen mit oder ohne textliche Folgerungen persönlich zu vertreten hat. Ihm mag sogar der Ehrgeiz des Schriftstellers ganz abgehen und die geistige Herrschaft genügen. Am einfachsten übt er diese durch Heranziehung der wissenschaftlichen Mitglieder des Amtes aus, indem er die vertrauensvolle Verbindung mit den Untergebenen auf die gemeinsame Vertretung der in seinem Amte gepflegten Wissenschaft vor der Öffentlichkeit erstreckt und jenem das Ansehen einer einheitlichen Körperschaft wahrt. Außerdem werden, allerdings seltener dargeboten, Beiträge von außenstehenden Gelehrten stets willkommen sein. Im Verhältnis

[1]) Vgl. voriges Heft S. 1—16.

Digitized by Google

des Herausgebers zu den Mitarbeitern begründet der Unterschied des Stoffes, wie einstmals vorgegeben ward, keine Abweichung von allgemeinen Gewohnheiten wissenschaftlicher Zeitschriften. Wer einer solchen seinen Stempel aufdrückt, entscheidet und mag seine Ansicht, wo sie mit der des Verfassers nicht übereinstimmt, redaktionell anmerken, aber des Vorgesetzten Macht niemals so mißbrauchen, daß er den Verfasser etwas wider dessen Willen sagen oder verschweigen läßt. Wenn keine Einigung vor der Hinausgabe in die Druckerei zustande kommt, darf der Schriftleiter dem Mitarbeiter die Abgabe an eine andere Zeitschrift nicht übelnehmen, vorausgesetzt daß amtliches Urmaterial erst nach seiner Veröffentlichung benutzt wurde.

Ist eine mit Rangordnung der Behörden verträgliche Kritik von Maßregeln der vorgesetzten Behörde erlaubt? Auf diese bedeutsame Frage wird weiter unten zurückzukommen sein. An sich geht aus der Unabhängigkeit der Wissenschaft die Bejahung hervor, wie denn bereits in Vorschlägen zur Verbesserung der vorgeschriebenen Formulare eine Kritik offenbar wird. Stützt sie sich nicht auf die engere Berufspflicht, sondern trifft sie offen oder zwischen den Zeilen Gesetze, Handlungen und Unterlassungen auf sachlichen Gebieten, so entspricht sie ebenfalls dem Berufe der Statistik, Schäden im öffentlichen Leben nachzuweisen. In Preußen haben frühere Regierungen das nicht immer zugestanden; verbat sich ein Minister scharfe oder unbegründete Anfechtungen, so war er allerdings im Recht. Der amtlichen Statistik muß das uneingeschränkte Vertrauen des Volkes in den Mut der Wahrhaftigkeit zur Seite stehen, und hat ein Staat oder eine Gemeinde den Wunsch, das eigene Interesse gegen andere Körperschaften vermittelst der Statistik zu verfechten, so darf ein derartiges Zeugnis nicht dadurch entkräftet werden, daß man die Wahrheit über den eigenen Herd unterdrückt.

§ 8. Eine so allgemeine Gärung wie die gegenwärtige hat die Menschheit zu keiner Zeit erlebt, und im nachdenklichsten Volke der Welt wirbelt sie die mannigfaltigsten Erscheinungen auf, alle mehr oder weniger einer Beobachtung wert. Zahlreiche Behörden und Vereine kümmern sich eifrig um Dinge, die sonst als bloße Privatangelegenheit beiseite gestoßen wurden, und sammeln Erfahrungen mit oder ohne Geschick. Dabei werden teils umfassende statistische Erhebungen älterer Art wie neu eingerichtete benutzt, um eine gesicherte Grundlage für die neue Tätigkeit zu erlangen, teils aus dem Sonderzwecke entsprossene Tatsachen aufgezeichnet. Im ruhelosen Fortgange der großen Begebenheiten wird hastig gearbeitet, die Quellenwerke finden noch weniger aufmerksame Leser als im Frieden, und den neuen Zahlenaufstellungen wendet sich wegen der unaufhörlichen Zustandsänderungen immer nur eine kurzwährende Aufmerksamkeit zu.

Ordnung im Wirrsal schaffen, die zerstreuten und einseitigen Nachrichten in einen Zusammenhang bringen, die unter ungleichen Umständen erzielten dauernd fruchtbar machen kann allein die berufsmäßig zum ruhigen Beobachten und Sammeln gezwungene Statistik. Die von ihr selbst hergestellten Quellenwerke und für die Öffentlichkeit gedruckten Auszüge daraus laufen fort; aber wo gemeinnützige Handlungen auf unparteiische Feststellung von Zuständen und Folgen harren, nimmt die statistische Zeitschrift den Vorrang ein. Ihre Mitarbeiter sind durch Amtspflichten so sehr in Anspruch genommen, daß sie wohl die Berichte der größten Vereine, jedoch nicht die Menge gelegentlicher Druckschriften kennen lernen, sich aus eigner Kraft im Gewirr der vorhandenen Nachrichten also nicht zurechtfinden. Darum erwerben sich die an kein Amt gebundenen, aber von amtlichen Statistikern geleiteten Zeitschriften (die Münchener, Berliner und Dresdener, dazu von Hochschulen aus die Hallesche) ein außerordentliches Verdienst, indem sie einschlägige Schriften methodisch bekanntmachen. Ohne ihre vorwirkende Achtsamkeit und Führung müßte eine unschätzbar beträchtliche Einzelarbeit in bloßer Forschung nach den möglichen Auskunftsquellen vergeudet werden. Die Gruppe liegt übrigens außerhalb des Themas. Die verehrten Leser bitte ich um Verzeihung, daß ich ihnen längst geläufige Gedanken auftische und gar in neuen Wendungen wiederhole, nur damit die m. E. überragende Stellung der fachwissenschaftlichen Zeitschriften im deutschen statistischen Schrifttum eindringlich erwiesen werde.

Wie viele staatliche oder städtische statistische Ämter auch vorhanden sind, jedes sieht eigentümliche, von Zeit zu Zeit wechselnde Aufgaben vor sich, deren gleichmäßige Erledigung nicht zu wünschen wäre, weil natürliche oder aus der Geschichte aufgewachsene Verschiedenheiten nicht mit dem Plätteisen geglättet werden können, ohne irgendein gesundes Organ schmerzhaft zu verletzen. Trotzdem gibt es der allgemein sich aufdrängenden und auch gleichartig anzubahnenden Ziele genug, über die sich eine sachverständige Aussprache lohnt; wie der landschaftliche oder örtliche Betrieb mit den Hindernissen am besten fertig wird, ist ebenso lehrreich wie die Lösung besonderer Aufgaben, die bald auch anderswo zur Sprache kommen mögen. Das Feld der vergleichenden Sozialstatistik ist unermeßlich und verschiebt sich für jede einzelne Zeitschrift. Damit nun dem Organ eines statistischen Landesamtes der Raum für solche Arbeiten nicht mangle, empfiehlt es sich, weitläufige (um eine Grenzziffer zu nennen, vielleicht über 4 Bogen starke) Darstellungen mit vorwiegenden Tabellen in die Reihe der Quellenwerke zu verweisen. Ohnehin wird eine Zeitschriftnummer häufiger gelesen, wenn sie mehrere Gegenstände behandelt und mehrere Mitarbeiter zu Worte kommen läßt. Auch daß in dieser Veröffentlichungsreihe derselbe Gegenstand aus verschiedenen Punkten beleuchtet werden kann, kommt ihr zugute.

Unwissend, wie sich die halbamtlichen Zeitschriften der einzelnen statistischen Ämter jetzt zueinander verhalten, nehme ich an, der vormalige Mangel an wechselseitiger Beachtung daure fort. Ehedem arbeitete jede Zeitschrift mit seltenen Ausnahmen, als ob die übrigen nicht vorhanden wären. So mochte freilich jedes Land stolz auf das von außen unbeeinflußte Urteil seiner statistischen Beamten sein, jedoch mit dem Nachteil, daß die Leser von der Entwicklung der behandelten Gegenstände in den übrigen Staaten nichts oder zu wenig erfuhren. Nun stehen Urteilsfähigkeit bei Zeitmangel der Leiter einerseits, Menge und Mannigfaltigkeit der Aufgaben anderseits unvermittelt nebeneinander. Angeregt von vielfacher Erörterung einer Sache, die noch statistisch näher erforscht werden müßte, greifen drei oder vier Ämter sie gleichzeitig oder bald hintereinander auf und ziehen aus ihren Unterlagen je ihre Folgerungen. Würde es nicht zu einer rascheren und von Unsicherheit freieren Entscheidung beitragen, wenn man dem Volke die Erfahrungen und Aussichten der Nachbarn unter den dort obwaltenden Umständen mitteilt? Umgekehrt behandelt den Gegenstand ein einziges Landesamt und kommt zu Schlüssen, die entweder so allgemein zutreffen, daß anderswo eine Untersuchung nicht nötig wird, oder zu solchen, die eine anderwärtige Bestätigung oder Verwerfung heischen. Helfen sich die Landesämter so oder so gegenseitig, so befruchten sie nicht allein die Wissenschaft, sondern klären auch das öffentliche Urteil. Darum wäre, wenn nicht mehr, eine regelmäßige Rubrik für die Kennzeichnung größerer Abhandlungen der anderen statistischen Landeszeitschriften unmittelbar von Nutzen und brächte mittelbar der deutschen Statistik eine erhöhte Gesamtachtung heim.

Was hier von den Landesämtern gesagt wurde, trifft die wechselseitige Berücksichtigung des von den städtischen Amtern Geleisteten nur zum Teil, da ihr straffes Bündnis der Einsamkeit entgegenwirkt. Ein Bedürfnis scheint jedoch nicht befriedigt zu sein: die wechselseitige Beachtung mancher wertvollen Abhandlung in den Länder- und Städteveröffentlichungen. Obwohl die nichtamtlichen statistischen Zeitschriften dem Übelstande großenteils abhelfen, würde das gewünschte Mehr an Rücksichtnahme nicht überflüssig sein.

Digitized by Google

Für die bemerkenswerten Leistungen der befreundeten Behörden würde eine ständige Rubrik am besten passen; sie läßt sich aber aus dem verfügbaren Raume der meisten Zeitschriften kaum herausschneiden. Immerhin wird es jeder von Zeit zu Zeit möglich werden, den erwünschten Zusammenhalt mittels geschickter Bücherbesprechung zu pflegen, für welche kein gleichmäßiges Muster aufzustellen ist. Diese bisweilen mißachtete, auch wohl allzu oberflächlich betriebene Gattung des Schriftentums kann nicht allein für die Belehrung des Nachwuchses, sondern auch für die Entwicklung der Wissenschaft großen Nutzen stiften, und freudig stößt man ja auf Anzeichen, daß in solchem knappen Aufsatze das Endergebnis tagelanger Arbeit eines geistvollen Statistikers niedergelegt ist.

Läßt sich an der Unentbehrlichkeit der Zeitschrift, die ein statistisches Amt oder dessen Direktor herausgibt, für den Amtsbezirk nicht zweifeln, so wäre es in manchen Fällen doch angängig, daß sich zwei Ämter — etwa ein staatliches und ein städtisches — zu diesem Zwecke vereinigen. Die Gesamtzahl deutscher Fachblätter würde damit allerdings sehr wenig verringert werden, und gar keinen Einfluß hätte das Verfahren auf solche Behörden oder Hochschulen, die außer mehreren deutsch geschriebenen noch eine Reihe fremdsprachiger Blätter beziehen. Ob Professor Dr. Schmid-Leipzig die beschränktere oder die Weltliteratur im Auge hatte, als er einen Schaden für das Studium der Statistik kennzeichnete[1]), ist ungewiß, — genug, daß er ihn zur Sprache gebracht hat: die Zerstreuung des statistischen Wissensstoffes in gar so viele Zeitschriften sei mißlich und schrecke die Studierenden ab. Nicht bloß die Studierenden, selbst die fertigen Statistiker leiden unter der Vielheit von Fachzeitschriften dermaßen, daß bei großen Ämtern die Anstellung eines Lektors in Frage kommen könnte, der jedem Dezernenten kurz mitzuteilen hat, welche Artikel in sein Sonderfach einschlagen, und damit tagein tagaus voll beschäftigt wäre. Allein den Praktiker in einen des beständigen Studiums beflissenen Leser zu verwandeln, heißt ihn seiner eigentlichen Aufgabe entrücken. Man darf die ausgiebige Verwendung fremdländischer Nachrichten getrost den Volkswirten oder Statistikern überlassen, die einen bestimmten Zweig der Erkenntnis pflegen.

Insonderheit die Studierenden! Aus den Antworten der Dozenten über Fragen des Hochschulunterrichtes geht hervor, wie dürftig die Ansprüche der meisten jungen Akademiker an statistische Lernmittel sind, und wie selten die gerechten Ansprüche der strebsamsten wirklich befriedigt werden. Von Zeitschriften gar wird kaum gesprochen, und falls etwa eine einzige Sammelstelle sämtliche wissenswerten Abhandlungen aufzunehmen hätte, wie würde ihr Umfang erst recht die Gemüter bedrücken. Jenem theoretisch anzuerkennenden Vorwurfe gegenüber bleibt es besser bei dem gegenwärtigen Brauche der fleißigsten, neben einer für die Landeshochschule wichtigsten und möglichst wohlfeilen Zeitschrift noch eine zweite von allgemeinerer Bedeutung zu halten, worin ja semesterweise gewechselt werden mag. Selbst dieses spärliche Geldopfer kommt offenbar nur ausnahmsweise vor; denn kein Dozent erwähnt es in seinem Berichte. Man darf indessen einen Wandel erhoffen, nachdem in die Gegenwart eine mächtige Bewegung der studierenden Jugend, auf Abschaffung zeitraubender Förmlichkeiten zielend, hineinspielt. Auf weit höherer Stufe als das flüchtige Anschauen von Text und Tabellen der im Seminar vorgelegten Drucksachen, womit mancher Akademiker vorschnell das Wesen der Statistik zu begreifen glaubt, steht doch das häusliche Lesen gerade solcher Zeitschriften. Deren vielseitige Abhandlungen gehen dem Verständnis jedes gebildeten Mannes leichter ein als die Zweckmäßigkeit dickleibiger Quellenwerke, und was daran noch fehlen sollte, kommt zustande, wenn die Zeitschrift aus dem Andenkenschatze hervorgeholt und mit inzwischen gewonnener Kenntnis vom öffentlichen Leben wiederum einmal durchgelesen wird.

§ 9. Daß meine Erfahrungen in den nüchternsten Zeitraum der Statistik zurückreichen, wo offen oder zwischen den Zeilen der Stolz auf errungene Fortschritte als einziger Wärmequell rieselte, dann durch das patriotische Trachten nach Verbesserungen in Herbigkeit und Sorge hindurchgegangen sind und in einer wissenschaftlich hochentwickelten, aber unruhigen Schaffensperiode enden, verscheucht die Furcht: das jüngere und klügere Geschlecht dürfte sich Betrachtungen verbitten, die es mit persönlicher Handhabung der Aufsätze zu tun haben. Meiner bescheidenen Amtsstellung war es zwar vergönnt, an den Grenzen unserer Wissenschaft mehr zu eigener als der Leser Erbauung einher zu wandern; die Gelegenheit zu selbständigen Ausblicken auf die Flächen rechts und links von den meistbetretenen Wegen blieb mir indessen versagt. So habe ich, in schriftstellerischer Eitelkeit nicht befangen, unparteiisch über die Wirksamkeit sehr vieler Abhandlungen nachgedacht und mich in deren Aufnahme seitens der Leser zu versetzen gesucht. Daher soll hier vom statistischen Inhalt, seinem Ursprung und den Folgerungen für die Verwaltungspolitik nicht die Rede sein, wohl aber von der Bekömmlichkeit der Artikel für die Leser, d. h. vom Geschmack des Publikums und dem Nutzen der Zeitschriften. Also handelt es sich um das Beiwerk, die Würze, welche von anderen Wissenschaften heranzuholen wäre, sei es zwecks Begründung einer statistischen Lehre oder durch Aussarbeitung von Folgen, sei es vermittelst unmittelbarer, die Aufmerksamkeit besonders fesselnder Vergleichungen.

Während die Logik im Aufbau beständig zu wahren ist, läßt sich zu Anführungen aus der Theologie und Philosophie allein die Sittenlehre gebrauchen. Mathematische Herleitungen von einigem Umfang überlasse man den Versicherungs- und methematischen Zeitschriften, weil die Empfänglichkeit für Formeln sehr spärlich verbreitet ist; die Leser vertrauen hierin dem Verfasser unbedingt. Ähnlich steht es um die Sprachforschung, wenn fremdländische Größen den deutschen angepaßt werden sollen, um Jurisprudenz und Medizin; Prozeßhandlungen und richterliche Erkenntnisse einer-, Krankheiten und Heilverfahren anderseits hat man nur kurz zu erläutern. Auch aus der Technologie in weitestem Sinne wird, insoweit nicht Physik und Chemie als Förderer der Staatskraft in Frage kommen, wenig verwendbar sein. Dagegen berührt und durchdringt sich die Statistik ohne Aufhören mit den Wurzeln, Stämmen, Zweigen und Früchten der Erdkunde sowie der Wirtschaftslehre, welche großen Wissenschaften sie eigentlich erst verbindet. Hieraus ergibt sich die unbegrenzte Mannigfaltigkeit sowohl des zu verarbeitenden Stoffes, als auch der Art seiner Behandlung; denn das Nebeneinander ähnlicher und widersprechender Tatsachen läßt sich in unendlichen Kombinationen vergleichen.

Die jüngste Phase der statistischen Wissenschaft — die vervollkommnete „Lehre von den Staatskräften", welche vor rund 100 Jahren als Statistik aufgefaßt wurde, — könnte auf dem gegenwärtigen Zustande aufgerichtet werden, und inmitten der vorhandenen Gegensätze brauchte es dabei nicht einmal an wärmeren Empfindungen zu fehlen, wie einige in den letzten Jahren erschienene Abrisse beweisen. Doch wird der Mangel am Nacheinander in solcher dem veralteten Begriffe der Statistik als stillstehende oder auf einen Ruhepunkt gebrachten Geschichte entsprechenden Leistung, welcher Ausdruck übrigens auf den natürlichen Zusammenhang der beiden Wissenschaften hinweist, sofort merkbar und eine derartige Skizze als Halbheit charakterisiert. Von Erschütterungen abgesehen, ragen in die Gegenwart unzerstörte Reste der Vergangenheit: Hundertschaften, Feldordnungen, Haubergsgenossenschaften, Holzverteilungs- und Hütungsgemeinschaften aus dem Übergange von den Horden zu den Stämmen, Vetternschaften,

[1]) Niederschrift der Verhandlungen der konstituierenden Versammlung der D. St. G. in Dresden 17. Juni 1911, Seite 12.

Digitized by Google

Familiensippen und Fideikommisse aus dem Beginn der Familiennamen, Zunfteinrichtungen, Belehnungen und vererbliche Gerechtsame aus der Frühzeit des geschriebenen Rechtes, dingliche und persönliche Verpflichtungen aus dem Übergange von der Natural- zur Geldwirtschaft, Stiftsrechte, Patronate und Baulasten aus der gutsherrschaftlichen Periode usw. Nachdem jedes Zeitalter seine Spuren in ursprünglicher oder abgeänderter Gestalt hinterlassen hat, lebt die Gegenwart weiter im jedermann sichtbaren Zeichen jenes Jahrhunderte währenden Kampfes zwischen persönlicher Freiheit und staatlicher Ordnung, dessen Phasen zu beobachten, eine der schönsten Aufgaben unserer Wissenschaft bleibt.

Es möge hier gestattet sein, aus einem älteren Werke[1]) zwei Absätze anzuführen, welche die Bedeutsamkeit historischer Betrachtung von Tatsachen hervorheben: „Die Statistik hat die Frage zu beantworten, ob die Familie — dieser Uranfang staatlicher Vereinigung — lockerer oder fester geworden. Der Zustand derselben ist von größtem Einflusse auf das Erziehungs- und Wohltätigkeitswesen und vermöchte den Staat allerdings zu rechtfertigen, wenn er wenigstens in den niederen Schichten der Gesellschaft die gesellschaftliche Erziehung der häuslichen in jenen Fällen substituierte, in welchen das Familienleben mehr als Pflanzschule des Schlechten, denn des Guten sich erwiese. Im Wechsel des unveräußerlichen oder freien Eigentums, im Lehens- oder Freigut, in der knechtischen oder freien Arbeit, in der Scholle, der Ansiedlung und der freien Arbeitsleistung prägt sich der innerste Charakter der Zeiten aus...

„Die Art und Weise, wie sich ein Volk regiert, ist der Widerschein aller wichtigsten Verhältnisse seiner Kulturstufe. Welchen Namen auch die Verfassung tragen möge, — der aufmerksame Forscher, welcher nicht bei äußeren Formen der Regierung stehen bleibt, kann unmöglich die große Zahl von Pflichten verkennen, welche die kollektive Gewalt übernommen hat, und die immer ausgedehntere Verwandtschaft der staatlichen und administrativen Einrichtungen mit den Bedingungen für die Existenz des Individuums. Neben diesem einen Prinzipe ist aber auch noch ein zweites in dem festen Ziele vorhanden, auf welches die Menschheit hinsteuert, das ist die Freiheit. Der Staat ist nicht selten der eigentliche Urheber dieses Fortschritts, indem er die Fesseln löst, welche das widerstrebende Volk umschlingen, und es durch die wohltätige Gewalt des Gesetzes — freilich mit nicht überall gleich günstigem Erfolge — nötigt, sich mit der Freiheit zu befreunden."

Vor dem ungeheuren Erlebnisse des Weltkrieges, dessen Umfang sich aus keines Volkes Geschichte begreifen läßt, weil Phrase und Lüge nirgends — zumal nicht international — ein Kapitel der historischen Wissenschaft gewesen sind, erkaltet die Neigung für letztere. Eine mächtige Partei, ihr ohnehin am lauesten zugetan, hat offene Augen nur für Klassenkämpfe und die mit diesen unmittelbar zusammenhängenden Begebenheiten, büßt aber in solcher Einseitigkeit das fruchtbare Verständnis der ganzen Entwicklung der Menschheit ein. Welches Unheil jedoch Stände und Rassen heimsucht, die im Vertrauen auf ihre Klugheit aus der Geschichte nichts zu lernen suchten oder vermochten, lehrt uns heute grausig der Osten und werden bald andere Länder bestätigen. Ist es darum nicht doppelte Pflicht der Statistiker, die Veränderungen aufzuweisen, welche sich an bedeutende Geschehnisse knüpften? Hier wäre von letzteren auszugehen, nicht umgekehrt die Ursachen von Zustandsänderungen mühsam aufzusuchen. Auf das von anderweitigen Umständen abhängige Maß kommt weniger an, als auf die regelmäßige oder auch gestörte Verknüpfung der verglichenen Tatsachen. Der einen Hälfte statistischer Arbeit, welche dem Willen besser als bloße Darstellung der Zustände die Wege weist, widerfährt dadurch ihr Recht, und zugleich breitet die Anlehnung an das bewegliche Leben einen freundlichen Schimmer über den gleichmäßig grauen Ton der Beschreibung. Die von Gustav Schmoller rühmlich geleitete historische Schule der Volkswirtschaft fußt doch wesentlich auf der Statistik.

[1]) Emilio Morpurgo, Die Statistik und die Sozialwissenschaften; aus dem Italienischen, 1877.

Zur Kritik der Wahlstatistik.

Von **Eugen Würzburger.**

Das Reichsamt des Innern hat den Wahlkommissaren für die Nationalversammlungswahlen 10 Fragen vorgelegt, deren Beantwortung beim Entwurf des neuen Wahlrechts Verwendung finden soll. Da keine von diesen Fragen sich auf die Bewährung der Wählerlisten bezieht, so ist anzunehmen, daß man es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen gedenkt, nach dem weder vom Reich, noch, soviel mir bekannt ist, von den Bundesstaaten den unteren Verwaltungsbehörden irgendeine Anleitung oder Vorschrift bezüglich der Art der Aufstellung der Wählerlisten gegeben worden ist. Doch ist gerade vom statistischen Standpunkt aus gleichmäßige Genauigkeit der Wählerlisten erforderlich; um die Wahlbeteiligung richtig berechnen zu können, dürfen in den Listen weder Personen aufgeführt sein, die nicht vorhanden oder nicht wahlberechtigt sind, noch Wahlberechtigte fehlen. Beides aber ist nicht selten, ausgenommen vielleicht in den ganz kleinen Gemeinden. Die erstgenannte Fehlerquelle entspringt zu einem Teil mangelhaften Unterlagen, und zwar insbesondere da, wo Einwohner-Melderegister benutzt werden, den notorischen Verzögerungen oder Unterlassungen der Abmeldung; zum anderen Teil den Veränderungen, die die an sich vielleicht richtigen Listen in der Zeit zwischen ihrer Aufstellung und dem Wahltag erfahren, und sie läßt sich insofern niemals vermeiden. Fälle vom Gegenteil, also das Fehlen von Wahlberechtigten in den Listen, dürften weniger häufig sein, weil sie berichtigt werden, wenn rechtzeitig Einspruch erhoben wird; dennoch könnte die Zahl der wegen Fristversäumnis erfolglosen Einsprüche unter Umständen statistisch ins Gewicht fallen.

Es fragt sich nun, wie groß die überall bestehenden Abweichungen der am Wahltag wirklich vorhandenen von den eingetragenen Wahlberechtigten sind oder zu sein pflegen. In Ermangelung anderer statistischer Nachweisungen zu dieser Frage muß ich mich auf den Hinweis auf eine Erhebung beschränken, die ich anläßlich der Reichstagswahlen von 1907 in einem Dresdner Stadtteil veranstaltet habe. Aus einer persönlichen Umfrage bei denjenigen eingetragenen Wahlberechtigten, die nicht an der Urne erschienen waren, ergab sich damals, daß nicht weniger als etwa 2½ % der eingetragenen Wähler tot, verzogen oder fälschlich eingetragen waren (siehe Conrads Jahrbücher 1907 „Die Partei der Nichtwähler"), und das bei einem lange eingebürgerten Wahlrecht und trotz sorgfältiger Vorbereitung der Unterlagen, wozu genügende Zeit übrig war.

So spricht denn schon die Wahrscheinlichkeit dafür, daß bei den diesjährigen Wahlen mit ihrem so außerordentlich — auf das weibliche Geschlecht, auf die 5 Altersklassen von 20—24 Jahren, auf das Militär und, was hier nicht in Frage kommt, fast im letzten Augenblick auf die Deutsch-Österreicher — erweiterten Wahlrecht die Zahl der in Wirklichkeit nicht vorhandenen Eingetragenen im allgemeinen größer als früher und auch, daß sie je nach den benützten Unterlagen örtlich recht verschieden gewesen ist; wurden doch z. B. verschiedentlich als Unterlagen die Verzeichnisse der Brotkartenempfänger verwendet, die nach einer früheren Angabe des Kriegsernährungsamtes etwa 15 % mehr Personen als vorhanden enthalten haben.

Die Frage soll offenbleiben, ob es sich empfiehlt, daß die Landesregierungen den Verwaltungsbehörden gewisse Richtlinien für die Listenaufstellung geben. Jedenfalls würde, wenn dies nicht geschieht, wenigstens eine nachträgliche Erfragung der Art, wie die Wahllisten aufgestellt worden sind, zur richtigen Beurteilung der Wahl-

Digitized by Google

statistik beitragen und manche Unterschiede erklären, wie sie sich in den Wahlbeteiligungsziffern, sei es örtlich, sei es nach Bevölkerungsgruppen, diesmal gezeigt haben.

Bei den Wahlen vom 19. Januar 1919 legt namentlich der, wenigstens in den mir bekannt gewordenen Angaben über die Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Alter zutage tretende Unterschied zwischen den beiden Geschlechtern in den jüngeren Altersklassen die Frage nahe, inwiefern er wirklich bestanden hat oder nur scheinbar infolge ungleicher Vollständigkeit der Listen. In den 3 sächsischen Wahlkreisen haben von zusammen 2864623 eingeschriebenen Wahlberechtigten (1301099 männlichen, 1562265 weiblichen) 84 vom Hundert ihr Wahlrecht ausgeübt (1081981 männliche, 1326042 weibliche). Das würde eine Wahlbeteiligung von 83 auf 100 bei den Männern, von 85 auf 100 bei den Frauen bedeuten, wenn man alle Altersklassen zusammenrechnet. Für die 3 in der Wahlstatistik unterschiedenen Altersgruppen (20 Jahre, über 20—25 Jahre, über 25 Jahre) aber stellten sich die ebenso berechneten Beteiligungsziffern bei den Männern auf 62—70—86,[1] bei den Frauen auf 83—83—85, also bei den letzteren in den beiden jüngeren Altersklassen, namentlich der jüngsten, bedeutend höher als bei den Männern.

Ist das nun Schein oder Wirklichkeit? Daß diese Frage gar nicht leichthin zu nehmen ist und mit der Entgegnung, es könne sich nur um bedeutungslose Fehler in den Listen handeln, nicht abgetan werden darf, ergibt sich aus folgender auf andere Unterlagen gegründeter Schätzung des Verhältnisses zwischen männlichen und weiblichen Wahlberechtigten.

Bei der Volkszählung von 1910 hatten sich in Sachsen 138967 weibliche Personen von über 20 Jahren mehr als männliche gefunden, und nichts berechtigt zu der Annahme, daß dieses Verhältnis sich inzwischen wesentlich nach der männlichen Seite verschoben hätte. Im Gegenteil kommt bei den Männern der große Ausfall infolge der Kriegsverluste hinzu. Von den insgesamt 115700 Kriegsopfern und den 64413 Vermißten treffen nach einer Schätzung, die sich auf die Kriegssterbefälle der Jahre 1914—1916 stützt, etwa 11000 auf die noch nicht 20 Jahre alten, so daß die Kriegsverminderung der über 20 Jahre alten Männer sich auf rund 169100 beläuft. Es muß also der Überschuß der über 20jährigen Frauen nach dem Kriege insgesamt rund 308000 betragen haben. Gab es 1562265 weibliche Wahlberechtigte, so konnte die Zahl der männlichen etwa 1254000 nicht überschreiten und nicht 1301358 betragen, wie die Wählerlisten angaben. Tatsächlich wäre aber auch die Zahl 1254000 nur unter der Annahme nicht zu hoch, daß zur Zeit des Abschlusses der Wählerlisten alle Kriegsteilnehmer mit alleiniger Ausnahme der Vermißten sich wieder im Lande befunden hätten, eine Annahme, die nicht zutrifft, weil viele noch nicht von den östlichen Kriegsschauplätzen und Etappen zurückgekehrt waren. Es bleibt somit eine Mindestzahl von 47000 Eintragungen rätselhaft, und diese lassen sich kaum anders als dadurch erklären, daß viele, namentlich Militärpersonen,[2] in die Listen ihres Wohnorts eingetragen waren, ohne sich dort zu befinden und das Wahlrecht ausüben zu können. Diese Eintragungen vergrößern zu Unrecht die Zahl derjenigen, die ihr Wahlrecht auszuüben in der Lage waren, und drücken auf diese Weise die Wahlbeteiligungsziffer der männlichen Personen herab. Entfallen 30000 von den Überschüssigen auf die 20- bis 25jährigen, so würde sich die jetzt 68 Proz. betragende Wahlbeteiligungsziffer der beiden jüngsten männlichen Altersklassen (gegen 83 Proz. der entsprechenden weiblichen) auf 82 Proz. erhöhen und damit der vermeintlich viel größere Wahleifer der jüngeren Frauen sich als statistischer Trugschluß erweisen.

Man könnte nun einwenden, es sei gerechtfertigt, nicht bloß bei den Männern, sondern auch bei den Frauen überschüssige Eintragungen anzunehmen; dann würde die für sie errechnete Beteiligungsziffer ebenfalls zu niedrig sein und wieder eine größere Spannung zwischen den Beteiligungsziffern beider Geschlechter sich als den Tatsachen entsprechend erweisen. Das liegt aber ganz außerhalb des Nachweisbaren. Abgesehen davon, daß die errechnete hohe Beteiligung der weiblichen Wähler an sich den Fall unwahrscheinlich macht, daß sie in Wirklichkeit noch wesentlich höher gewesen sein sollte, ergibt sich aus den Volkszählungen von 1905 und 1910 folgendes. Die über 20jähr. Personen männl. Geschlechts erfuhren zwischen beiden Zählungen eine Zunahme um 8,9 %, die weiblichen um 9,1 %. Die gleiche Zunahme hätte bis zum Januar 1919, der Zeit der Wahlen, für die Männer 1491000, für die Frauen 1661000 ergeben. Diese Normalzahlen werden nun von den eingetragenen männlichen Wahlberechtigten, zuzüglich der Kriegsopfer und Vermißten, mit 1475750 nahezu erreicht, während die weiblichen Eingetragenen mit 1562265 um fast 100000 dahinter zurückbleiben. Die gleiche Berechnung, auf Grund der Vermehrung von 1900—1910 angestellt, ergibt einen noch größeren Unterschied. Damit verliert die Annahme, als ob überschüssige Fraueneintragungen in erheblicher Anzahl vorgekommen seien, wohl jeden positiven Halt. Es muß natürlich zurzeit noch dahingestellt bleiben, inwiefern das für Sachsen Beobachtete auch anderwärts zutrifft. Allerdings werden, selbst wenn es allgemein gelten sollte, stoffbedürftige Feuilletonisten sich einen so dankbaren Gegenstand wie den angeblichen Unterschied in der Wahlfreudigkeit der jüngeren Angehörigen der beiden Geschlechter nicht entgehen lassen, unbekümmert um die nüchterne Erklärung des Zusammenhangs.

Ein weiterer „Schönheitsfehler" der neuen Wahlstatistik liegt in der Zulassung von nicht eingetragenen Personen zur Abstimmung an ihrem derzeitigen Aufenthaltsort auf Grund von Bescheinigungen; es betrifft dies die nach Abschluß der Listen aus dem Ausland zurückgekehrten Militärpersonen (an die in gleicher Lage befindlichen Zivilpersonen scheint man nicht gedacht zu haben) und die nachträglich für wahlberechtigt erklärten Deutsch-Österreicher. Bezüglich dieser Personen versagt überhaupt die Möglichkeit einer genauen Wahlbeteiligungsziffer. Sind sie in den der Statistik zugrunde liegenden Zahlen sowohl der Wahlberechtigten als der Wähler in gleicher Höhe, also mit 100 Proz. Wahlbeteiligung, enthalten, so erscheinen die errechneten Gesamt-Beteiligungsziffern etwas zu hoch. Die Zahlen der nicht eingetragenen Wähler sollten zwar angegeben werden; aber es ist den mit der Aufstellung der Statistik beauftragten Wahlkommissaren keine Anweisung gegeben worden, ob die nicht Eingetragenen den Wahlberechtigten zuzuzählen und zu dem Zweck in den Listen nachzutragen waren, noch ob sie nach den beiden Katogorien und nach Geschlecht und Alter unterschieden werden sollten. Im 30, Südwestsachsen umfassenden Wahlkreis, für den letzteres geschehen ist, haben außer 877186 eingetragenen Wahlberechtigten 9947 nicht eingetragene ihre Stimme abgegeben, wovon 5965 reichsdeutsche Militärpersonen und 3982 Deutsch-Österreicher (1813 m, 2169 w) waren. Die gesamte Wahlbeteiligungsziffer des Wahlkreises stellt sich, je nachdem man die nicht Eingetragenen gar nicht, oder auf beiden Seiten, oder nur bei den Wählern mitrechnet, auf 84,78—84,92—85,74 vom Hundert.

Mehr aber als diese nebensächlichere Schwierigkeit zeigen die oben dargelegten Mängel der Wählerlisten, daß auch die so einfach scheinende Aufbereitung der Wahlstatistik mancherlei Klippen birgt, die die Aufmerksamkeit der Statistiker beanspruchen.

[1]) Die 86 % betragende Wahlbeteiligung der Männer von über 25 Jahren kann ungefähr mit der früheren Gesamt-Beteiligungsziffer bei den Reichstagswahlen verglichen werden. Diese hat in Sachsen im Höchstfall (1907) 89, im zweithöchsten (1912) 88 betragen. Vorher war die Ziffer 86 für das Land als Ganzes niemals erreicht worden.

[2]) Zahlreiche Eintragungen abwesender Militärpersonen nimmt auch S. Schott im 6. Sonderheft seiner „Beitr. z. Stat. der Stadt Mannheim" an.

Digitized by Google

Wohnungsgesetz und Wohnungsstatistik.

Von **Dr. Hans Guradze** in Berlin.

Zwischen Gesetzgebung und Statistik besteht, allgemein gesprochen, Wechselwirkung. Gesetze können durch statistische Aufdeckung von Zuständlichkeiten aller Art veranlaßt und beeinflußt werden, anderseits erfährt die Statistik durch gesetzliche Vorschriften und Erlasse neue Anregungen und Aufgaben. Beispielsweise ist man in bayrischen Städten[1]) zur Raumausmessung von Wohnungen veranlaßt worden durch eine „Königlich Allerhöchste Verordnung, die Wohnungsaufsicht betreffend" vom 10. Februar 1901. Außer diesen bayrischen Raumausmessungen von Wohnungen haben noch in verschiedenen anderen deutschen Städten, wie Breslau, Posen, Bremen, Dresden[1]) solche Untersuchungen stattgefunden, ferner in Schöneberg[2]) sowie in Cöln[3]), Königsberg i. Pr.[4]) und Mannheim[5]). Die Stadt Basel[6]) erfreute sich bereits 1889 einer Raumausmessungsstatistik; seitdem hat sich der Kanton Basel Stadt gerade dieser Aufgabe warm angenommen. So enthält die im Juli 1918 erschienene Nr. 34 der Mitteilungen des Statistischen Amtes dieses Kantons u. a. nachstehende äußerst übersichtliche Zahlentafeln, die teilweise auf 10 Jahre zurückgehen: Ausmaße der Wohnungen in neuen Miethäusern: die Wohnungen nach der Raumhöhe, die Wohnungen nach Stockwerklage und Raumhöhe, die Zimmer nach Wohnungsgröße und Flächeninhalt, der Flächeninhalt der Zimmer, der Flächeninhalt der Zimmer nach Größenklassen, die Wohnungen nach der Gesamtfläche ihrer Zimmer, die Wohnungen nach der Gesamtfläche von Zimmern und Küche, die Wohnungen nach ihrer Gesamtfläche, mittlerer Flächeninhalt der Räume, mittlerer Flächeninhalt eines Wohnraumes in Quadratmetern die Küchen nach Wohnungsgröße und Flächenraum, die Küchen nach dem Flächenraume.

Für Berlin kommen wohl vor allem die, wenn auch etwas krassen, so doch zweifellos verdienstvollen Bearbeitungen „Unsere Wohnungsuntersuchungen" bzw. „Unsere Wohnungsenquete" der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin von A. Kohn in Betracht.

Alles in allem genommen darf man sagen, daß diese für das gesamte Wohnungs-, Miet-, Bau- und Gesundheitswesen grundlegende Frage weiteren Ausbaus und besonderer Pflege bedarf. Handhaben dazu bietet das neue Wohnungsgesetz für Preußen[1]), besonders in Artikel 4 „Baupolizeiliche Vorschriften", Artikel 5 „Benutzung der Gebäude", Artikel 6 „Wohnungsaufsicht" und der „Ausführungsanweisung zum Wohnungsgesetz". Leider finden sich in diesem neuen Gesetze von 1918, abweichend von dem Entwurf dazu des Jahres 1904, keine festen Bestimmungen über die Höchstgrenze der Belegung einer Wohnung bezw. eines Wohnungsraumes, ebensowenig über die Mindestanforderungen für die Beschaffenheit von Wohnungen. Offenbar sollen derartige Regelungen den einzelnen Wohnungsordnungen vorbehalten bleiben. Diese werden, wenn sie erst in größerer Zahl vorliegen, die künftigen Hauptunterlagen für die unbedingt notwendige Raumausmessungsstatistik abgeben. Denn ohne eine solche schweben die meisten Fragen der Wohnungs- und Raumübervölkerung sowie die der Mietpreisüberteuerungen in der Luft. Nach dem Entwurf von 1904 waren u. a. für jede über 10 Jahre alte Person in Wohn- und Schlafräumen mindestens 10 cbm Luftraum und 4 qm Bodenfläche nötig; im preußischen Abgeordnetenhause wurden 1914 und 1917 von den Sozialdemokraten u. a. als Mindestsätze vorgeschlagen: für jede in einem Raume schlafende über 10 Jahre alte Person 4 qm Bodenfläche, für jedes Kind unter 10 Jahren 2 qm Bodenfläche. Rechnet man nun mit einer Mindesthöhe von nur $2^1/_2$ m pro Wohn- oder Schlafraum, so würden 4 qm Bodenfläche 10 cbm Luftraum entsprechen, also wie in dem Entwurf von 1904. Immerhin dürfte es nicht genügen, allein für die Bodenfläche ein Mindestmaß festzusetzen, denn oft müssen in einem und demselben Schlafraume zur Trennung von Kindern und Erwachsenen sogenannte feste Abschläge hergerichtet werden, die natürlich unterhalb der Decke enden müssen, um den Luftraum nicht zu sehr zu beschränken. Bei einer Mindestraumhöhe von $2^1/_2$ m könnte für diese Abschläge eine Mindesthöhe von 2 m angesetzt werden; so war es auch im Entwurf von 1904 vorgesehen.

Genau so, wie man für die Ernährung des einzelnen Menschen gewisse Mindestsätze gefunden oder wenigstens aufgestellt hat, was im Kriege zur Rationierung der Lebensmittel — allerdings auch zum Schleichhandel — führte, so wird man auch den notwendigen Wohn- und Schlafraum bestimmen müssen, was zur Raumrationierung führen dürfte Denn der Spruch: „Raum für alle hat die Erde" scheint allgemein nicht ganz zutreffend zu sein; sonst gäbe es eben keine Wohnungsfrage.

[1]) Vgl. Franke „Grundstücks- und Wohnungsstatistik" in Zahn „Die Statistik in Deutschland (Ehrengabe für Georg v. Mayr)", II. Band S. 889f. und die Übersicht in der Ztschr. d. Bayr. Statist. Landesamts 1918, H. 1. S. 161.

[2]) Vgl. Vierteljahrsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, 3. Jahrgang 1910, Heft 3, und Reichsarbeitsblatt, IX. Jahrgang 1911 Nr. 5 S. 363f.

[3]) Vgl. Cölner Statistik, 1. Jahrgang 1913, S. 20f., 24f.

[4]) Vgl. Königsberger Statistik Nr. 14, S. 126f.

[5]) Vgl. Heft 15 der Schriften des badischen Landeswohnungsvereins „Kinderreiche Familien in Mannheim und ihre Wohnungen", bearbeitet von S. Schott.

[6]) Vgl. K. Bücher „Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Basel vom 1. bis 19. Februar 1889" (Basel 1891).

[1]) Vgl. O. Stölzel, „Wohnungsgesetzgebung für Preußen", Berlin 1918.

Zu dem Aufsatz „Eine Methode zur Berechnung des arithmetischen Mittels".[1])

Von Dr **Hugo Forcher** in Wien.

Für einfache statistische Reihen hat bereits Czuber[2]) in Ausbildung des in der Kollektivmaßlehre üblichen Summenverfahrens zur vereinfachten Berechnung der die Reihe kennzeichnenden Mittelwerte Formeln aufgestellt, die in Kürze an einem Beispiele erläutert werden mögen.

In den angeführten Jahren betrug die Zahl der wegen Verbrechen verurteilten Personen in Altösterreich: 1) 1907 32 936; 2) 1900 33 547; 3) 1899 33 663; 4) 1903 33 940; 5) 1905 34 137; 6) 1904 34 202; 7) 1906 34 608; 8) 1902 35 495; 9) 1908 35 831; 10) 1901 36 305 und 11) 1909 37 139. Zusammen 381 808.

Wie man sieht, ist die Reihe bereits der Größe nach vom kleinsten bis zum größten Gliede, also steigend geordnet Bedeuten nun n = Anzahl der Glieder = 11, x_i die einzelnen Verurteilungszahlen, $s_n = x_1 + x_2 + \cdots + x_n$, $s'_n = x_n + x_{n-1} + \cdots + x_1$, A = arithmetisches Mittel, M = Medianwert, η_A = mittlere Abweichung vom arithmetischen Mittel, η_M = mittlere Abweichung vom Medianwert und μ_A = mittlere quadratische Abweichung vom arithm. Mittel = Streuung, ist endlich $x_k < A < x_{k+1}$ oder wie im vorliegenden Falle $x_7 < 381\,808 : 11 < x_8$,

[1]) Von Priv.-Doz. Dr. Johannes Pfitzner in Berlin, im „D. St Z.", 1918, Nr. 9/10.

[2]) Vgl. insbesondere dessen „Beitrag zur Theorie statistischer Reihen", Versicherungswissenschaftliche Mitteilungen, Neue Folge, 9. Band, 2. Heft.

Digitized by Google

dann lauten die symbolischen Bezeichnungen der abgekürzten Verfahrensarten folgendermaßen:

Zunächst ist M als Positionswert der geordneten statistischen Reihe unmittelbar zu entnehmen: $M = 34\,202$.

$A = [x_i]^1) : n = s_n : n = s'_n : n = 34\,709.$

$\eta_A = \{s'_{n-k} - s_k - (n - 2k)A\} : n = \{144\,770 - 237\,033 - (11 - 14)\,34\,709\} : 11 = 1078{,}5.$

$\eta_M = \left(s'_{\frac{n-1}{2}} - s_{\frac{n-1}{2}}\right) : n = (s'_6 - s_5) : n = (179\,378 - 168\,223) : 11 = 1014$; n = gerade Z., $\eta_M = \left(s'_{\frac{n}{2}} - s_{\frac{n}{2}}\right) : n.$

$\mu^2_A = \{[xx]^1) - nA^2\} : n = 1{,}580\,018{,}82.$

Leider läßt sich die Bildung der Quadrate der einzelnen Reihenglieder nicht umgehen; doch wird die Berechnung durch Benützung von Quadrattafeln wesentlich erleichtert.

Da beispielsweise im Variabilitäts- bzw. Mutabilitätsverfahren zahllose statistische Reihen zu behandeln sind, bedeuten die angegebenen Rechnungsmethoden eine namhafte Erleichterung. Die Anwendung des Summenverfahrens bietet auch den großen Vorteil, daß durch dasselbe gleichzeitig mehrere Mittelwerte erstellt werden können, wodurch eine genauere Beschreibung der statistischen Reihe ermöglicht wird. —

Für die rechnerische Behandlung von typischen Reihen (zusammengesetzten statistischen Reihen, primären bzw. reduzierten Verteilungstafeln), welche beispielsweise bei anthropometrischen Untersuchungen eine so ungemein wichtige Rolle spielen, habe ich mir das folgende Rechnungsschema zurechtgelegt. Ich wähle zur Erläuterung desselben das gleiche Beispiel wie in dem im Titel angeführten Aufsatz.

Fortlaufende Zahl	Argumentwerte (Brustumfänge, gemessen in Zoll)	Zahl der Exemplare von dem neben angegebenen Brustumfange. Häufigkeitszahlen	Bildung der Teilsummen von oben nach unten		Bildung der Teilsummen von unten nach oben		Summe der korrespondierenden Häufigkeitszahlen	Differenz der korrespondierenden Häufigkeitszahlen	Überschußglieder	Stufenzahlen
i	x_i	z_i	s_i		s'_{n+1-i}		$z_{\alpha+2-i}+z_{1+i}$	$z_{\alpha+2-i}-z_{1+i}$	$z_{\ddot{u}}$	st
1	2	3	4		5		6	7	8	9
1	35	18	1	18	10	1000			18	5
2	36	32	2	50	9	982	$29 + 32 = 61$	$29 - 32 = -3$		4
3	37	73	3	123	8	950	$64 + 73 = 137$	$64 - 73 = -9$		3
4	38	131	4	254	7	877	$115 + 131 = 246$	$115 - 131 = -16$		2
5	39	187	5	441	6	746	$163 + 187 = 350$	$163 - 187 = -24$		1
6	M 40	188	6	629	5	559				0
7	41	165	7	792	4	371				1
8	42	115	8	907	3	208				2
9	43	64	9	971	2	93				3
10	44	29	10	1000	1	29				4
		$m = 1000$								
		$\frac{m}{2} = 500$								

Zeichenerklärung.

m = Umfang des Kollektivgegenstandes = Summe der Häufigkeitszahlen $= s_1 + s_2 + \cdots + s_i + \cdots + s_n = [z] = 1000$; n = Anzahl der Glieder = 10. — Reihe der Argumentwerte: $x_1, x_2, x_3, \ldots x_i \ldots x_{n-1}, x_n$. — Reihe der Häufigkeitszahlen: $z_1, z_2, z_3 \ldots z_i \ldots z_{n-1}, z_n$; $s_n = s_1 + s_2 + \cdots + s_n$; $s'_n = s_n + s_{n-1} + \cdots + s_1$; d = konstantes Argumentintervall = 1; M = runder Medianwert $= x_i = x_6 = 40$; $\alpha = n$ (Gesamtzahl der Glieder) — $\ddot{u}$ (Zahl der Überschußglieder) = 10 − 1 = 9; $z_{\alpha+2-i}$ u. z_{1+i} sind korrespondierende Häufigkeitszahlen; für $i = 1, 2, 3, 4$ sind also korrespondierend um M gelagert z_{10} u. z_2, z_9 u. z_3, z_8 u. z_4, z_7 u. z_5. — st = Stufenzahl = Abstand je zweier korrespondierender Häufigkeitszahlen von M; so haben z_{10} u. z_2 die Stufenzahl 4; $z_{\ddot{u}}$ = Überschußglied = 18. — M' = genauerer Medianwert. — A = gewogenes arithmetisches Mittel. — η_M u. $\eta_{M'}$ bedeuten die mittleren Abweichungen vom runden bzw. genaueren Medianwert. — η_A = mittlere Abweichung vom gewogenen arithmetischen Mittel. — μ_A = mittlere quadratische Abweichung vom gew. a. Mittel = Streuung.

Den Ausgangspunkt des abgekürzten Verfahrens bildet der runde Medianwert M. Derselbe wird bekanntlich in der Weise gefunden, daß man die Teilsummen der Häufigkeitszahlen von oben und unten bildet und damit so weit fortschreitet, bis man zu einer unter $m : 2 = 500$ liegenden Zahl kommt:

Also $441 + 188 = 629 > 500$ und $371 + 188 = 559 > 500$. Man gelangt auf diese Art zu $i = 6$, daher ist $M = x_6 = 40$. Der genauere Medianwert M' ergibt sich leicht aus der Proportion:

$188 : (500 - 441) = 1 : x$; $x = 0{,}314$; daher $M' = 40{,}314$.

$A = ?$; es ist $m A = m M + d \sum_1^{1/2(\alpha-1)} i\,(st)_{1/2(\alpha+1)-i}$ (I)

$$(z_{\alpha+2-i} - z_{1+i}) \pm d \sum (st)_{\ddot{u}}\, z_{\ddot{u}}.$$

Das Schlußglied der rechten Gleichungsseite ist zu addieren oder zu subtrahieren, je nachdem das Überschußglied bzw. die Überschußglieder am Ende oder am Anfang der Reihe liegen. Man hat also im vorliegenden Falle einfach:

$1000\,A = 1000 \times 40 + 1 \cdot [4 \times (29 - 32) + 3 \times (64 - 73) + 2 \times (115 - 131) + 1 \times (163 - 187)] - 1 \cdot 5 \cdot 18;$

$A = 39{,}815.$

$\eta_M = ?$; es ist $m\,\eta_M = d \sum_1^{1/2(\alpha-1)} i\,(st)_{1/2(\alpha+1)-i}$ (II)

$$(z_{\alpha+2-i} + z_{1+i}) + d \sum (st)_{\ddot{u}}\, z_{\ddot{u}}.$$

Eingesetzt: $1000\,\eta_M = 1\,[4(29 + 32) + 3(64 + 73) + 2(115 + 131) + 1(163 + 187)] + 1 \cdot 5 \cdot 18;$

$\eta_M = 1{,}587.$

In diesem Falle ist das Schlußglied der rechten Gleichungsseite stets zu addieren, einerlei, ob das Überschußglied bzw. die Überschußglieder am Anfang oder Ende der Reihe liegen.

$\eta_{M'} = ?$; es ist $m\,\eta_{M'} = (s_1 - s'_{n-1})(M' - M) + m\,\eta_M$; $M = x_1$ (III)

$1000\,\eta_{M'} = (629 - 371)\,(40{,}314 - 40) + 1587$; $\eta_{M'} = 1{,}668.$

$\eta_A = ?$; es ist $m\,\eta_A = (A - M)\,(s_k - s'_{n-k}) + m\,\eta_M$; (IV)

$x_k < A < x_{k+1}$,

$1000\,\eta_A = (39{,}815 - 40)\,(441 - 559) + 1587;$

$\eta_A = 1{,}609.$

$\mu^2_A = ?$; es ist $\mu^2_A = {}^1/_m\, d^2 \sum_1^{1/2(\alpha-1)} i\,(st)^2_{1/2(\alpha+1)-i}$ (V)

$$(z_{\alpha+2-i} + z_{1+i}) + {}^1/_m\, d^2 \sum (st)^2_{\ddot{u}}\, z_{\ddot{u}} - (M - A)^2$$

$\mu^2_A = (1^2 : 1000)[4^2(29 + 32) + 3^2(64 + 73) + 2^2(115 + 131) + 1^2(163 + 187)] + (1^2 : 1000)\,5^2 \cdot 18 - (40 - 39{,}815)^2;$

$\mu^2_A = 3{,}958\,775$; $\mu_A = \sqrt{3{,}958\,775} = 1{,}990.$

Wie man sieht, hat man bei diesem abgekürzten Rechnungsverfahren lediglich zu bilden: Neben dem unmittel-

[1]) Die eckige Klammer gilt als Symbol der Summe.

Digitized by Google

bar sich ergebenden *M* die gleichfalls dem Rechnungsschema zu entnehmenden Summen oder Differenzen der korrespondierenden Häufigkeitszahlen. Diese algebraischen Teilsummen hat man mit der dazugehörigen Stufenzahl bzw. mit dem Quadrate derselben zu multiplizieren und sohin die Gesamtsumme zu bestimmen. Ferner hat man die Teilsummen der aufeinander folgenden Häufigkeitszahlen von oben und unten auszuführen. Vor der rechnerischen Bearbeitung einer typischen Reihe wird man sich daher zweckmäßigerweise zunächst ein Rechnungsschema in der oben angegebenen Art aufstellen. Fehlen Überschußglieder überhaupt, dann entfallen selbstverständlich in den Formeln auch diejenigen Posten, welche solche Überschußglieder enthalten.

Die Ableitung der Formeln ist sehr einfach. Die Vorteile, welche das vorgeschlagene abgekürzte Rechnungsverfahren gewährt, wird man am einfachsten dadurch ermessen können, daß man ein Beispiel, selbst mit Benützung einer Multiplikationsmaschine, vollständig durchführt und die hiedurch gewonnenen Zahlenmassen mit den wenigen und fast durchwegs einfachen Kopfrechnungen des vorgeschlagenen Verfahrens vergleicht.

Wenn man ferner erwägt, welche ungemein wichtige Rolle typische Reihen bei Massenbeobachtungen spielen, und wie oft es notwendig wird, statistische Reihen eingehender zu beschreiben, dann ist leicht einzusehen, welche Bedeutung derlei vereinfachte Rechenoperationen gewinnen.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Jährliche Zwischenvolkszählungen. Für solche, zunächst in der Schweiz, tritt in der Zeitschrift für Schweiz. Statistik, Jahrg. 1918 S. 315, Dr. Julius Wyler-Bern ein. Ihre Notwendigkeit sieht er begründet in den starken Bevölkerungsverschiebungen in der neueren Zeit, besonders aus Anlaß des Krieges, deren möglichst rasche Erfassung im Interesse einer jeden Verwaltung liege, in dem Unvermögen der Statistik der Bevölkerungsbewegung, die Veränderungen im Einwohnerbestand zuverlässig nachzuweisen und in der langen Zeitdauer, die die Aufarbeitung der Ergebnisse der großen Volkszählungen erfordert. Die letzteren will W. in fünf- oder zehnjährigen Abständen natürlich beibehalten wissen. Für die jährlichen Zwischenvolkszählungen empfiehlt er vereinfachte Erhebungsvordrucke und teilweise Dezentralisation der Auszählung, in dem die Konzentrationstabellen, einfache Auszählungen ohne Kombinationen, bereits von jedem Zähler für seinen Bezirk zusammengestellt werden sollen. Auch stellt W. die Einführung einer Pflicht zur Übernahme der Zählgeschäfte für bestimmte Personenkreise zur Erwägung. *O. Kürten* (Neukölln).

II. Berufsstatistik.

Herkunft der Geistlichen. Die zeitliche, örtliche und soziale Herkunft der Geistlichen der Diözese Augsburg von der Säkularisation bis zur Gegenwart 1804—1917 ist Gegenstand einer Schrift von Domprediger Dr. Franz Xaver Hartmann (Beitrag zu einer Sozialstatistik des geistlichen Standes. Kommissionsverlag Literar. Institut von Dr. M. Huttler [M. Seitz] Augsburg 1918), durch welche die im D. St. Z. wiederholt besprochenen Untersuchungen über die Herkunft bestimmter Bevölkerungsklassen (I 77, IV 220, IX 107) eine wertvolle Bereicherung erfahren. Die Arbeit hat nur hinsichtlich der örtlichen Herkunft einen Vorläufer in der Schrift von Dr Harms „Die örtliche Herkunft der evangelischen und katholischen Geistlichen in Württemberg" (Tübingen 1905). Sonst ist die Sozial- und Berufsstatistik der Geistlichen beider Konfessionen ein noch fast ganz unbebautes Feld. Als Quellen dienten neben den Ordinationslisten und den Schematismen der Diözese vor allem die Ordinationslisten der beiden Klerikalseminarien zu Dillingen und München (Georgianum). Die Lücken und Mängel der Quellen wurden mit großer Sorgfalt und Sachkenntnis ergänzt. So ist es dem Verf. gelungen, ein Material zusammenzubringen, das sich auf 4708 Priesteramtskandidaten (davon 4160 Ordinierte), räumlich auf das bayerische Schwaben und zeitlich auf 113 Jahre erstreckt und in der Tat einen Einblick in die soziale Struktur der katholischen Geistlichkeit jenes Teiles von Süddeutschland gewährt. Dabei kommen wir zu dem überraschenden Ergebnis, daß aus den Städten verhältnismäßig mehr Geistliche hervorgegangen sind als vom Lande (4,21 gegen 3,96 auf je 1000 katholische Einwohner). Aus den Städten stammten 1157 (= 32,36 %) der Ordinierten, während die städtische Bevölkerung nur 30,99 % der katholischen Gesamtbevölkerung des Bistums ausmachte. Noch auffallender ist es, daß von den Eltern der Geistlichen nur 33,57 % der Berufsabteilung A (Land- und Forstwirtschaft) angehörten, dagegen 34,00 % der Berufsabteilung B (Industrie usw.), 10,14 % der Berufsabteilung C (Handel und Verkehr) und 16,56 % der Berufsabteilung E (Öffentlicher Dienst und freie Berufe). Unter der katholischen Gesamtbevölkerung des Regierungsbezirkes Schwaben kamen dagegen auf die Berufsabteilung A 50,2, B 24,5, C 7,4, E 5,0 %. Von den 802 Geistlichen aus der Berufsgruppe E waren Söhne von Lehrern 376, von höheren Beamten, Rechtsanwälten usw. 100, von Ärzten 49, von Offizieren 9. Nun kann man ja nicht von der einen Diözese Augsburg ohne weiteres auf die katholische Geistlichkeit in Deutschland überhaupt schließen. Aber es ist jedenfalls nicht richtig — wenigstens in solcher Allgemeinheit —, wenn in dem bekannten Werke von G. Hansen „Die drei Bevölkerungsstufen" (2. Aufl. S. 168) gesagt wird: „Die katholische wie die protestantische Geistlichkeit, erstere vielleicht in einem etwas höheren Grade, rekrutieren sich vorzugsweise direkt aus dem Überschuß der ländlichen Bevölkerung . . . Nach meinen ungefähren Ermittlungen kann man annehmen, daß etwa 80 % der katholischen Geistlichkeit vom Lande stammen." Ohne sichere statistische Unterlage haben derartige allgemeine Behauptungen, auch wenn sie von angesehenen Nationalökonomen oder Statistikern stammen, keinen Wert. Es ist daher zu wünschen, daß die Schrift Hartmanns den Anstoß zu weiteren Untersuchungen über die soziale Struktur der Geistlichkeit — auch der evangelischen — biete. *H. A. Krose* (Bonn).

III. Bewegung der Bevölkerung.

Das Bevölkerungsproblem behandelt Julius Wolf in zwei neuen Arbeiten: „Nahrungsspielraum und Menschenzahl. Ein Blick in die Zukunft", (Verlag von Ferd. Enke in Stuttgart, 1917, 8° L. 37 S. M. 1.60) und „Die Bevölkerungspolitik der Gegenwart" (Vorträge der Gehe-Stiftung in Dresden, 9. Band, 1918, Heft 2. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig, 1918. 39 S. M. 1.30). Auf die erstgenannte Schrift bin ich bereits an anderer Stelle zu sprechen gekommen (Archiv für Sozialwissenschaft, Band 44, Heft 3, S. 821); ich kann mich deshalb an dieser Stelle darüber kürzer fassen. Wir haben es hier mit einer sehr anregenden und lesenswerten Arbeit zu tun. Ihr Hauptwert liegt darin, daß sie von allgemeinen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus an das Bevölkerungsproblem herangeht und hier mancherlei Beachtenswertes und zum Teil Neues beibringt. Es sei nur auf die Darlegungen über die Zusammenhänge hingewiesen, die Wolf als Gesetze der technisch-ökonomischen Entwicklungsgrenze und des Kapitalentwertungswiderstandes bezeichnet hat.

Einen ganz anderen Charakter trägt die Schrift über „Die Bevölkerungspolitik der Gegenwart". Aus einem Vortrag hervorgegangen, wendet sie sich an einen großen Leserkreis, und damit hängt es wohl zusammen, daß gerade das Problematische bei der Bevölkerungs-

Digitized by Google

politik sehr zu kurz gekommen ist. Und doch gibt es auch hier wichtige Zusammenhänge, vor allem auch wirtschaftlicher Natur, die man nicht vernachlässigen darf, wenn nicht die Darstellung der Aufgaben der Bevölkerungspolitik selbst darunter leiden soll. In dieser Hinsicht weist diese Schrift doch mancherlei Lücken auf. Auch in manchen Einzelheiten ruft sie Widerspruch hervor. Wenn man von manchen Seiten auch auf den engen Zusammenhang hingewiesen hat, der zwischen Sterblichkeit und Geburtenzahl in einem Lande besteht, so ist dieser Zusammenhang doch nie so enge meines Wissens noch hingestellt worden, daß man daraus restlos, wie Wolf S. 7 anscheinend annimmt, den Geburtenrückgang hat erklären wollen. Auch darin werden ihm manche nicht folgen, wenn er die nationalen Gesichtspunkte bei der Bevölkerungspolitik als die idealen, die wirtschaftlichen und sozialen dagegen als materielle bezeichnet. Den Mitteln, die er zur Geburtenförderung vorschlägt, und die sich in recht engen Grenzen bewegen, kann man ohne weiteres zustimmen. Warum dabei der Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten oder die Mittel zur Förderung der Heiratsfrequenz, vornehmlich zur Förderung früher Heiraten, dem sittlichen Bedürfnis in uns wenig entgegenkommen sollen, vermag ich schlechterdings nicht einzusehen. Man denke doch nur daran, welch großer Teil der Bevölkerung bei uns ledig bleibt und welch große Rolle gerade der Familie und dem Familienleben in sittlicher Beziehung zukommt. Die wichtigsten Aufgaben der Bevölkerungspolitik liegen für uns sicher in der Erhaltung des einmal geborenen Kindes und in der Sorge für das flügge gewordene Kind, wie Wolf es ausdrückt. Es ist erfreulich, daß er auch gerade diese Punkte mit Nachdruck betont. Am Schlusse finden sich dann noch knappe Ausführungen über die Frage der Rassenhygiene, über die sogenannte qualitative Bevölkerungspolitik. Wenn Wolf als Tüchtigkeitsmaßstab dabei die im Felde verliehenen eisernen Kreuze benutzen und vor allem dem eisernen Kreuzritter eine „Vorschubleistung auch auf den Anwendungsgebieten der generativen Bevölkerungspolitik" gewähren will, so wird dagegen derjenige doch manche Bedenken geltend machen, der den ganzen Feldzug mitgemacht und die Gesichtspunkte kennen gelernt hat, nach denen solche Auszeichnungen vielfach verliehen worden sind.

P. Mombert (Freiburg i. Br.).

Aufwuchszahlen für Deutsches Reich u. Österreich. Die zuerst von E. Würzburger zur Aufklärung des Zusammenhangs zwischen Geburtenrückgang und Kindersterblichkeit für Sachsen berechneten Aufwuchszahlen liegen nunmehr auch für das Deutsche Reich, Preußen, Bayern und Österreich vor. Die Zahlen für das Reich, die sich in Bd. 275 der „Stat. d. D. R." S. 4 finden, gehen von 1900 bis 1914 und erstrecken sich auf die ersten 6 Lebensjahre. Das Bild einer steigenden Zahl von Überlebenden, trotz sinkender Geburtenzahl, wird nur durch den Einfluß des für die Säuglinge unheilvollen Sommers 1911 allenthalben gestört. Für Preußen sind (Zeitschrift des Preuß. Statist. Landesamts Jahrg. 1917 S. 31*) für die Jahre 1875 bis 1914 die Zahlen der das 7. Lebensjahr überlebenden Kinder jedes Geschlechts, absolut und auf je 1000 der mittleren Bevölkerung des Geburtsjahres, festgestellt, wobei allerdings für die Kalenderjahre von 1910 bis 1914 bei der Sterblichkeit des 2. bis 7. Lebensjahres für die noch nicht vollendeten Lebensjahre die durchschnittliche Altersterblichkeit im letzten vollen Jahrfünft (1906/10) eingesetzt werden mußte. Die absoluten Zahlen der Überlebenden des 7. Lebensjahres, auf die es vor allem ankommt, stiegen fast stetig und ununterbrochen von 690000 im Jahre 1875 bis auf 983000 im Jahre 1908, um dann wieder bis auf 907000 im Jahre 1914 zurückzugehen. Das Jahr 1908 bezeichnet also einen Wendepunkt; dennoch ist die Zahl der das 7. Jahr Überlebenden für das Geburtsjahr 1914 größer als für das verhältnismäßig um $^1/_3$ und auch absolut geburtenreichere Jahr 1900. — Für Österreich sind die absoluten Zahlen der Überlebenden des 5. Lebensjahres der Geburtsjahrgänge 1895 bis 1908 berechnet (Österreichische Statistik, Neue Folge, Bd. 14 Heft 1, Bewegung der Bevölkerung Österreichs im Jahre 1913 Wien 1918 S. 61*)[1]). Hier stieg die Zahl der Lebendgeborenen von 3757608 in den Jahren 1895 bis 1898 auf 3766566 in den Jahren 1905 bis 1908, d. i. um nur 8958, dagegen die Zahl der das 5. Lebensjahr überlebenden Kinder im gleichen Zeitraum von 2536892 auf 2685053 oder um 148161. *O. Kürten* (Neukölln).

Die Bevölkerungsbewegung in der Provinz Pommern von 1871—1910 ist der Gegenstand einer Doktorarbeit von Curt Simon (Greifswald 1917, 51 S.) Nach einem Vergleich der auffallend geringen Bevölkerungszunahme Pommerns — von 1871 bis 1910 hat nur eine Vermehrung der Bevölkerung um 285305 Einwohner oder 20% stattgefunden — mit der des übrigen Deutschlands und einer kurzen Darstellung der Geburten und Sterbefälle[2]) unterzieht Verf. die Wanderungen einer eingehenderen Betrachtung. Alle drei Regierungsbezirke: Stettin, Köslin und Stralsund weisen einen beträchtlichen Wanderungsverlust auf, und zwar in den Jahren 1900 bis 1910 einen solchen von 137620 Personen. Davon entfallen auf die Auswanderer über See 8573. In den früheren Jahrzehnten sind jedoch wesentlich mehr Einwohner nach überseeischen Ländern ausgewandert. Die höchsten Zahlen sind in den Jahren 1880 bis 1890 mit 182150 zu verzeichnen. Durch die Ab- und Auswanderung wurde gerade der arbeitsfähigste Teil der Bevölkerung dem Lande entzogen; denn die für die Produktion wichtigsten Altersklassen zwischen 21 und 50 Jahren blieben in der Provinz Pommern am 1. Dezember 1890 um 11‰ und am 1. Dezember 1910 um 13‰, im Regierungsbezirk Köslin sogar um 20‰ und 32‰ hinter dem Staatsdurchschnitt für Preußen zurück. Außer dem Verlust an Arbeitskräften hat die Provinz durch die Ab- und Auswanderungen auch einen geringen Teil ihres nationalen Besitzstandes durch das Vordringen der Polen verloren, deren Zunahme in dem Jahrfünft von 1905 bis 1910 2938 beträgt. Was die Binnenwanderungen betrifft, so beschränkt sich Verf. auf eine Gegenüberstellung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufstätigen in den drei Regierungsbezirken für die Berufszählungsjahre 1882, 1895 und 1907, aus der die Wirkung der Zuwanderung der Bevölkerung in den Regierungsbezirk Stettin ersichtlich ist. Hier betrug der Prozentsatz der in der Industrie Hauptberufstätigen im Jahre 1907 45% aller Hauptberufstätigen gegen 39% im Jahre 1882 und 37% im Jahre 1895. Die Ursachen für die Wanderungen aus und in der Provinz Pommern sind in der Anziehungskraft der Industriezentren sowie dem Überwiegen des Großgrundbesitzes und der Fideikommisse zu suchen. Auch die geringe Betriebsintensität, die niedrigen Löhne und die Bevorzugung der slawischen Wanderarbeiter durch die Großgrundbesitzer haben erheblichen Einfluß.

B. Winkler (Dresden).

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Nachfrage und Angebot auf dem Wohnungsmarkt, und zwar nicht in ihrer Funktion als Preisbestimmungsgründe, sondern in ihrer selbständigen Bedeutung für die Frage der Deckung des Wohnungsbedarfs hat Johannes Feig zum Gegenstand einer klaren, systematischen Untersuchung gemacht, die als Beitrag in dem von Fuchs u. A. herausgegebenen Sammelwerk „Die Wohnungs- und Sied-

[1]) Dieses Heft ist das letzte, welches die Verhältnisse der Monarchie vor dem Kriege darstellt. Da über die Bevölkerungsvorgänge während des Krieges und auch für später, wenn überhaupt, so erst in mehreren Jahren und zwar auch dann nur eine höchst mangelhafte Kenntnis zu erlangen sein wird, ist es sehr zu begrüßen, daß den Ergebnissen eine eingehende Erläuterung mit vielen Verhältnisberechnungen beigegeben ist.

[2]) Vgl. D. St. Z. 1911 Sp. 106: „Die Säuglingssterblichkeit in Pommern, ihre Ursachen und Bekämpfung" von Peiper und Pauli.

Digitized by Google

lungsfrage nach dem Kriege" (Stuttgart, Wilhelm Meyer-Jlschen, 1918, S. 37—57) abgedruckt ist.

Die Wohnungsnachfrage wird in erster Linie durch die Bevölkerungsbewegung bestimmt, und zwar, da der Wohnungsmarkt ein lokaler ist, durch die Bevölkerungsbewegung in den einzelnen Gemeinden. Dabei kommt es aber nicht, oder doch nicht so sehr auf den Überschuß der Geburten über die Sterbefälle (Einzelpersonen), als auf den Überschuß der neugegründeten Haushaltungen über die aufgelösten Haushaltungen an. Und ebenso ist auch bei der Wanderbewegung nicht die durch sie herbeigeführte Mehrung oder Minderung der Personen, sondern die Mehrung oder Minderung der Haushaltungen von Belang für die Gestaltung der Wohnungsnachfrage. Indessen vermag unsere Bevölkerungsstatistik — die noch immer viel zu ausschließlich Personen- und noch zu wenig Familienstatistik [1]) ist — nur dürftige und lückenhafte Aufschlüsse über die Entwicklung des Bestandes der Haushaltungen zu geben. Mit Hilfe des bei einzelnen Großstädten vorliegenden genaueren statistischen Materials berechnet der Verfasser für das ganze Reich den durch die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Überschuß der neugegründeten über die aufgelösten Haushaltungen) bedingten jährlichen Wohnungsmehrbedarf der Haushaltungen auf rund 200 000 Wohnungen. Dazu kommt eine weitere Nachfrage nach Wohnungen, die durch den Fortfall oder das Unbrauchbarwerden alter Wohnungen entsteht, wofür nach Feig ein Posten von jährlich etwa 50 000 als Wohnungsneubedarf einzusetzen wäre, so daß sich also ein jährlicher Neubedarf von mindestens 250 000 Wohnungen im ganzen Reich ergeben würde. Außerdem müssen aber noch die durch die Binnenwanderungen verursachten Verschiebungen in der Wohnungsnachfrage berücksichtigt werden. Sie haben für die Zuwanderungsgemeinden einen Mehrbedarf zur Folge, der auch — trotz vereinzelten Minderbedarfs in Abwanderungsgemeinden — für das Reich als Mehrbedarf voll in Erscheinung tritt. Der Verfasser kommt bei einer Schätzung dieses Mehrbedarfs auf etwa 20 000, so daß sich im ganzen als jährlicher Mehrbedarf an Wohnungen infolge natürlicher Haushaltsmehrung, Fortfalls von alten Wohnungen und Binnenwanderungen 270 000 Wohnungen ergeben, deren Herstellungskosten — durchschnittlich zu bloß 5000 M. angenommen — sich auf rund 1350 Millionen Mark jährlichen Kapitalbedarf belaufen würden.

Das Wohnungsangebot setzt sich zusammen aus bestehenden Wohnungen, die leer werden, und noch nicht bezogenen neuen Wohnungen. Soweit die Veränderungen des Angebots durch Leerwerden von Wohnungen, d. h. durch Verminderung der Nachfrage erfolgt, fehlen zumeist statistische Angaben. Soweit das Angebot durch die Bautätigkeit, die Wohnungserzeugung, verändert wird, liegen dagegen bessere, allerdings auch noch lückenhafte statistische Nachweise vor. Feig teilt im dritten Teil seiner Abhandlung, der sich mit der tatsächlichen Gestaltung des Wohnungsmarktes befaßt, eine wertvolle Auslese hier einschlägiger statistischer Ergebnisse mit. Den durch das Darniederliegen der Bautätigkeit während des Krieges verursachten Ausfall an Neubauten schätzt er auf 775 000 Wohnungen, d. i. Wohngelegenheit für 3 1/2 Millionen Menschen. *F. Burgdörfer* (München).

Die Berechnung der Wohndichtigkeit, die gewöhnlich durch die Inbeziehungsetzung der Gesamtzahl der Bewohner zur Gesamtzahl der Wohnräume geschieht, hat das Statist. Amt der Stadt Stuttgart bei der Bearbeitung der Reichswohnungszählung vom 26. Mai 1918 (Mitt. des Statist. Amts der Stadt Stuttgart, Nr. 6, Januar 1919) insofern weiter auszugestalten versucht, als Zimmermieter und Dienstboten, denen in der Regel ein eigener Raum zur alleinigen Benutzung zur Verfügung steht, nebst diesen ihren Räumen bei der Berechnung ausgeschieden wurden. Hinsichtlich der Zimmermieter ist dieses Verfahren jedenfalls berechtigt, für die Dienstboten könnte es jedoch zweifelhaft sein, da solche tagsüber die übrige Wohnung oder doch mindestens die Küche mitbenutzen. Folgerichtig ist daher die Küche auch nicht als Wohnraum gezählt. Dies erscheint jedoch wieder insofern bedenklich, als in minderbemittelten Familien die Küche durchweg als Wohnküche gleichzeitig zu Wohnzwecken dient, so wohl auch in Stuttgart. Die durchschnittliche Belegung war nach der Berechnung des Stuttgarter Amtes höher als nach der üblichen. Bei gleichem Maßstab konnten nach der genaueren Berechnungsart 2304 oder 5,6 v. H. der Wohnungen als überbelegt angesehen werden gegenüber nur 1820 oder 4,9 v. H. nach der gewöhnlichen Ermittlungsweise.

O. Kürten (Neukölln).

Agglomerations- und Wohnungsstatistik. Auf die Bedeutung derselben weist ein Nichtstatistiker, Stadtbaumeister a. D. Nicolaus, in einem besonders Dresden und Umgebung behandelnden Artikel in der „Kommunalen Praxis" vom 22. Februar 1919 hin; er nennt die Statistik ‚das Lehrbuch aller Wohnungsfragen".

XIV. Arbeiterstatistik (einschl. Arbeiterversicherung).

Reduktionsziffern zur Förderung der Vergleichbarkeit. Über die Einkommens- und Wohnverhältnisse der Arbeiter der Maschinenfabrik Gritzner A.-G. in Durlach hat schon vor mehreren Jahren ein Mitglied des badischen Gewerbeaufsichtsamtes, Dr.-Ing. Friedrich Ritzmann, bisher wenig beachtete, aber sehr wertvolle Untersuchungen geliefert, die zugleich ein Beitrag zur Frage der besten Siedlungsform von Industriearbeitern sein wollen. Wegen ihrer erheblichen methodischen und sachlichen Bedeutung dürfen sie beanspruchen, auch jetzt noch hier angezeigt zu werden, obwohl sie sich auf Erhebungen von 1908/9 beziehen und bereits im Jahre 1914 (als Beilage zum Jahresbericht des [badischen] Gewerbeaufsichtsamts für das Jahr 1913. Karlsruhe, F. Gutsch, 1914. — 97 S. einschl. zahlreicher Tabellen) erschienen.

Einen eigenen Reiz und allgemeinen methodischen Wert erhalten die Untersuchungen durch das Bestreben, die Vergleichbarkeit stark voneinander abweichender Objekte durch Einführung von Umrechnungseinheiten zu erleichtern, ähnlich dem Engelschen Einheitswerte des „Quet" für die Statistik der Haushaltsrechnungen oder der Reduktion verschiedener Viehsorten auf Schafe oder Rinder u. dgl.[1]) Gewiß hat Verfasser recht, wenn er besonders betont, durch diese rechnerische Umbildung der aus den Fragebogen entnommenen Zahlen zu „Maßzahlen" — die er in wesentlich größerem Umfange durchgeführt, als es bei ähnlichen Arbeiten bisher üblich war — einen Weg gezeigt zu haben, auf dem späterhin mit geringer Mühe Vergleiche zwischen den Ergebnissen verschiedener Erhebungen durchgeführt werden können. Aber auch unabhängig von solchen Vergleichen kommt den Maßzahlen eine große methodische Bedeutung zu. Davon dürfte die vorliegende Schrift selbst den diesem Verfahren bisher fernerstehenden Leser überzeugen. Jedenfalls erwecken R.s. erfolgreiche Untersuchungen den Wunsch nach eingehender grundsätzlicher Erörterung über solche Umrechnungseinheiten und zu einem umfassenderen Überblick über die bisherige Anwendung.[2])

[1]) Näheres über den notwendigen Ausbau der Familienstatistik in meiner Schrift „Das Bevölkerungsproblem, seine Erfassung durch Familienpolitik und Familienstatistik", München 1917.

[1]) Hieher gehört auch Conrads „Versuch für die verschiedenen Feldfrüchte einen gemeinsamen Nenner zu finden" im ersten Teil seiner Agrarstatistischen Untersuchungen. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 17 (1871) S. 225.

[2]) Das wäre so eine der Untersuchungen für das statistische Laboratorium, das ich im jüngsten Hefte der Zeitschrift für Sozialwissenschaft (Januar/Februar 1919) fordere: „Über die Zukunft der amtlichen Statistik".

Digitized by Google

Das Bedürfnis derartiger Reduktionen ist offenbar dort besonders groß, wo die zu vergleichenden Zählobjekte Individuen verschiedenen statistischen Gewichts in stark wechselnder Zusammensetzung umfassen, wie wenn z. B. die Haushaltungen aus Personen verschiedenen Alters und Geschlechts oder die Wohnungen aus Räumen sehr ungleicher Beschaffenheit bestehen.

Für die Familien gelangte Ritzmann bereits früher[1]) auf Grund geistreicher Berechnungen zu der „Normalperson" als Maßeinheit mit Bezug auf den gesamten Lebensbedarf. Dabei ergab sich, daß erwachsene Personen, Kinder zwischen 7 und 14 Jahren und Kinder bis zu 6 Jahren an den Wohnungsaufwand einer Familie etwa nach dem Verhältnis 100 : 40 : 20 beteiligt sind. Nach diesem Verhältnis reduziert nun R. jede Familie auf „Wohnpersonen", d. h. er berechnet, wieviel Erwachsene den gleichen Wohnungsaufwand beanspruchen würden wie die Familie in ihrer wirklichen Zusammensetzung. Werden dann die gesamten Wohnkosten durch die Zahl der „Wohnpersonen" dividiert, so ergibt sich der die Familiengröße berücksichtigende Ausdruck für den individuellen Wohnungsaufwand, der ein Urteil darüber zuläßt, ob eine Familie relativ viel oder wenig für ihre Wohnung ausgibt. Aus den Tabellen, in denen die Familien nach dem Einkommensanteil der „Normalperson" und dem Wohnungsaufwand für die „Wohnperson" geordnet sind, geht u. a. hervor, daß die Leute in den Bahnorten am teuersten wohnen. Nach ihnen kommen die Durlacher Mietwohner ohne Aftermieter. Die Aufnahme von Untermietern drückt die Wohnkosten für die Familien (nach Abzug des auf jene entfallenden Mietanteils) sehr stark herab.

Für den statistischen Vergleich der Wohnungen führt Verfasser besondere „Güteziffern" zur zahlenmäßigen Bewertung der Wohnungsbestandteile ein. Er setzt z. B. für 1 Zimmer = 4 Einheiten, 1 bewohnbare Speicherkammer = 2—3 Einheiten, 1 Küche = 2 Einheiten, 1 Speicheranteil = ½ Einheit, 1 Waschküchenanteil = ½ Einheit, 1 Keller = ½ Einheit, 1 eigenen Abort im Hause = 1 Einheit, 1 eigenen Abort im Hofe = ½ Einheit, dazu als Zuschlag für gerade Wände = 1 Einheit, Lichthöhe der Räume über 2,70 m = ½ Einheit, jedes zweifenstrige Zimmer = ½ Einheit, für jedes Zimmer mit 16 und mehr qm Grundfläche = ½ Einheit. Die Zahlen sollen nicht Wertmaße sein in dem Sinne, als ob z. B. der Mietpreis oder der Benutzungswert eines Zimmers durch Zugabe etwa eines Kellers genau um ein Achtel stiege. Immerhin sind sie durch Probieren so abgestimmt, daß sie für die üblichen Wohnungszusammensetzungen das Wertverhältnis wenigstens ungefähr ausdrücken, also vorsichtige Schlüsse auf die Preisverhältnisse der Wohnungen zulassen. Und ihre Eignung hiezu wird in der Tat durch die Tabellen wahrscheinlich gemacht. So steigen die Güteziffern regelmäßig mit dem Mietpreis. Für die Mietwohnungen in der Stadt Durlach z. B. betrug bei einem Mietpreise von

ℳ	141/160	161/180	181/200	201/220	221/250	251/280	insgesamt
die durchschnittliche Güteziffer der Wohnungen							
mit 2 Zimmern	12,2	12,9	13,9	14,2	14,7	15,2	12,4
mit 3 Zimmern			16,7	17,3	17,4	18,0	17,9

Im Enddurchschnitt müßten die Güteziffern bei ungefähr gleicher Ausstattung der Wohnungen mit jedem Zimmer um 4 Einheiten wachsen. In den Tabellen beträgt aber der Unterschied zwischen den Durchschnitten für die Ein- und Zweizimmerwohnungen nur 3,5, für die Zwei- und Dreizimmerwohnungen dagegen 5,5. R. meint, danach wären — und das entspräche auch den tatsächlichen Verhältnissen — Ausstattung und insbesondere Zubehör bei den Ein- und Dreizimmerwohnungen besser und reichlicher als bei den zweiräumigen. In Wirklichkeit dürfte aber der große Abstand von 5,5 Einheiten darauf zurückzuführen sein, daß unter den Dreizimmerwohnungen die höheren Mietpreisstufen mit den höheren Güteziffern erheblich stärker vertreten sind und also die Durchschnittsgüteziffer hinauftreiben. Die hierüber mitgeteilten Zahlen ergeben denn auch innerhalb der einzelnen Mietpreisstufen durchgehend kleinere Abstände, etwa um 3 Einheiten, zwischen den Zwei- und Dreizimmerwohnungen.

Die Eigenwohnungen sind durchweg, zum Teil sogar erheblich teurer als die entsprechenden Mietwohnungen, aber auch reicher an Nebenräumen, was in den höheren Güteziffern zum Ausdruck kommt. Der Preis der Güteeinheit berechnet sich für die Eigenwohnung fast überall höher als für die vergleichbare Mietwohnung. R. meint, da nicht anzunehmen sei, daß die Eigenwohnungen auch relativ teurer zu stehen kommen als Mietwohnungen, so müsse der Grund für diese Erscheinung darin gesucht werden, daß mit der Güteziffer eben doch nicht alle Wertbestandteile des eigenen Hauses richtig erfaßt werden.

Überhaupt lassen die vorliegenden Versuche kein endgültiges Urteil über das Verfahren zu. Um so mehr ist es nötig, daß die Statistiker sich mit ihm beschäftigen, es weiter zu erproben suchen. Natürlich müssen wir uns dabei hüten, es zu übertreiben, indem wir etwa die bisherigen eingehenden Ausgliederungen der Zählobjekte nach den verschiedenen Merkmalen durch jene summarischen Reduktionsziffern ganz ersetzen wollten. Beide werden nebeneinander gebraucht werden müssen.

Um nicht den falschen Eindruck zu erwecken, als habe die Ritzmannsche Schrift in der Hauptsache nur methodisches Interesse, darf ich wohl auch als Beispiel für ihre sachliche Bedeutung das folgende Ergebnis mitteilen: Wo die Wohnkosten, auf den Kopf einer „Wohnperson" berechnet, niedrig sind, wird auch allgemein schlecht gewohnt. Über 60 % der Wohnungen der untersten Wohnkostenstufe sind zu beanstanden als überfüllt oder als falsch benutzt (z. B. durch Verschwendung eines ganzen, womöglich des besten Raumes als „Möbelzimmer"). Das Gesamturteil über die Wohnweise der untersuchten Arbeiterfamilien müsse sehr absprechend lauten. Aber daran sei nicht zum wenigsten die „verdammte Bedürfnislosigkeit" schuld. Nur bei der Hälfte der Familien in den billigsten Wohnungen dürfe man annehmen, daß ihnen die Unzulänglichkeit des Einkommens den Genuß einer besseren Wohnung erheblich erschwere oder unmöglich mache. Ferner gehöre noch nicht die Hälfte der Familie, bei denen sich zwei Personen in ein Bett oder drei Personen in zwei Betten teilen, der untersten Einkommensstufe an. Ein Zeichen für die geringen Ansprüche in bezug auf das Wohnen ist es auch, daß die falsche Benutzung selbst der teuren Wohnungen insbesondere auf dem Lande eine so große Rolle spielt.

Außer den Wohnverhältnissen behandelt R. die Löhne und Einkommen der Arbeiter. Nur ungern verzichte ich darauf, den reichen Inhalt dieser Abschnitte anzudeuten. Auch sie erfreuen durch die gleiche Selbständigkeit in Methode und Analyse, durch dieselbe streng logische und phrasenfreie Prägnanz der Darstellung und durch gründliche Beherrschung des Stoffes, die aus lebendiger Kenntnis der Wirklichkeit erwachsen ist und ohne die eine Statistik fast immer eine abstrakte Zahlenspielerei bleibt. — Vor dieser wohltuend kurzen Schrift eines Außenseiters muß manche dickleibige Leistung zünftiger Statistiker beschämt zurücktreten. Arbeiten wie der Ritzmannschen zur verdienten Anerkennung zu verhelfen, ist die schönste Aufgabe fachwissenschaftlicher Kritik. Und vielleicht auch die wichtigste. Nur wenn wir endlich wieder das eingeschlafene Gefühl für schlicht sachliche Forschung erwecken, ist ein Sieg über die inhaltleere Schönrederei erfolggieriger Skribenten möglich. *W. Feld.*

Vgl. auch W. Feld, Die Statistik als akademischer Lehrgegenstand in der Zeitschrift für schweizerische Statistik 1916.

[1]) F. Ritzmann, Maßstäbe zum Vergleich der Wirtschaftsrechnungen von Familien verschiedener Kopfstärke. Archiv für soziale Hygiene, hrsg. v. Grotjahn usw. 6. Band 1910. S. 255—275.

Digitized by Google

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Geschlechtskrankheiten in deutschen Großstädten. Die methodisch wie inhaltlich gleich wertvolle Erhebung über die Geschlechtskrankheiten in deutschen Großstädten, über die bereits im Jahrg. 1914, Sp. 197, des D. St. Z. kurz berichtet wurde, kam auf eine Anregung von A. Busch zustande, der, auf frühere eigene kleineren Erhebungen über den gleichen Gegenstand gestützt, im Jahre 1913 auf der Breslauer Konferenz der Städtestatistiker eine umfassendere Untersuchung beantragte, an der sich dann 37 Großstädte beteiligten. Der Erhebung wurde ein Fragebogen zugrunde gelegt, bei dessen Aufstellung der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Geschlechtskranke, Prof. Blaschko, mitwirkte. Die Ergebnisse hat dann Busch bearbeitet und in der nunmehr vorliegenden Veröffentlichung „Geschlechtskrankheiten in deutschen Großstädten auf Grund einer Erhebung des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Bearbeitet im Auftrag einer Kommission des Verbandes" (Heft 6 der Schriften des Verbandes Deutscher Städtestatistiker. Breslau, Korn 1918) mitgeteilt. Seiner Darstellung schickt Busch einen Bericht über die Ergebnisse früherer Erhebungen einschließlich seiner eigenen voraus; unter diesen ist besonders bemerkenswert eine graphische Darstellung der in der Frankfurter Irrenanstalt während fast zweier Jahrzehnte zur Aufnahme gelangten Fälle von Paralyse; aus den hierbei hervortretenden Schwankungen zieht B. den berechtigten Schluß, daß auch auf dem Gebiete des Ganges der Geschlechtskrankheiten und deren Zusammenhang mit wirtschaftlichen Verhältnissen noch mancherlei Fragen offen stehen.

Bei der Erhebung der 37 Städte durch Anfragen an Ärzte wurde nicht wie früher ein Stichtag, sondern auf ärztliche Anregung die Zahl der in einem vierwöchentlichen Zeitraum in Behandlung gewesenen Kranken zugrunde gelegt. Es beteiligten sich 70—80 % der in Frage kommenden Ärzte. Der Fragebogen unterschied nach Krankheiten und teilte hierbei für Syphilis noch in frische, rückfällige (einschließlich Tabes und Paralyse) und Erbsyphilis. Sonst wurde noch Ort der Behandlung, Geschlecht, Familienstand und Ort der Infektion festgestellt.

Von den erhaltenen Ergebnissen, die B. mit denen der früheren Erhebungen vergleicht, sind die wesentlichsten die folgenden, wobei hervorgehoben werden muß, daß unter den hier nicht erwähnten Feststellungen viele für den Arzt und Hygieniker recht wichtig sind. In den gezählten Städten, deren Einwohnerzahl 13,3 Millionen betrug, trafen auf 1000 Einwohner 5,5 Erkrankungen, von denen 18 % in Anstalten, 82 in privater oder poliklinischer Behandlung standen. Aus diesem Verhältnis folgt eine Übertragungsgefährdung für die Gesamtbevölkerung; die wirtschaftliche Folge einer umfassenderen Anstaltsbehandlung würde aber einen Ausfall an Arbeitsbewertung im Betrage von schätzungsweise 90 Millionen M. im Jahre bedeuten. Die Zahl der Geschlechtskranken wächst mit der Einwohnerzahl von 100 000 bis 600 000 und darüber von 3,35 auf 7,18 ‰, wobei die Hauptursache die Gonorrhoe, nicht die Syphilis bildet; ein Vergleich mit den früheren Erhebungen läßt eine relative Zunahme in den letzten Jahren erschließen. Unter den Erkrankten waren 75 % Männer (bei Gonorrhoe 78 %, bei Syphilis 68 %), von denen ein etwas größerer Anteil als bei den Frauen in privater Behandlung stand; mit der Größe der Stadt nimmt der Anteil der weiblichen Erkrankten zu. 67,7 % aller Erkrankten (69,5 m., 62,52 w.) waren ledig. Auf die einzelnen Gruppen ergibt die Verteilung 50,4 % Gonorrhoe, 4,6 % Ulcus molle, 45 % Syphilis, wobei an der Anstaltsbehandlung die letzte Gruppe größeren Anteil hatte. Bei Syphilis kamen rund 5 % auf Erbsyphilis, vom Rest $^1/_3$ auf frische, $^2/_3$ auf rückfällige Form, unter denen wieder fast 25 % Fälle von Tabes oder Paralyse waren. Der Ort der Ansteckung war bei Gonorrhoe leichter als bei Syphilis festzustellen; für die erste Erkrankung konnte in 70 %, für die letztere in 51 % das Zusammenfallen von Ort der Ansteckung und Behandlung festgestellt werden. Ein während der Erhebung angeregter Versuch, die öffentlichen Dirnen besonders auszuscheiden, führte nicht zu befriedigenden Ergebnissen, hauptsächlich aus dem bekannten Grunde der Verbreitung der geheimen Prostitution. *A Gottstein* (Charlottenburg).

Die Scharlachfälle, die in der zweiten inneren Abteilung des städtischen Krankenhauses Berlin-Schöneberg seit der Eröffnung 1906 während 10 Jahren zur Aufnahme gelangten, unterzieht Franz Fechner (Zehn Jahre Scharlachstatistik, Berliner Diss., Trenkel 1918. 29 S.) einer statistischen Untersuchung. Sie erstreckt sich weniger auf hygienisch-epidemiologische, als auf klinische Fragen, wie Begleit- und Nachkrankheiten, Organbeteiligung. Einfluß der Behandlung; daher wird auch überwiegend klinische Literatur und nur spärlich medizinalstatistische herangezogen. Da in jedem Krankenhause besondere Verhältnisse vorliegen, können die gewonnenen Zahlenwerte nicht als typische gelten, sondern nur als Beiträge zum Vergleich mit anderen Anstalten; auch ein Rückschluß auf Verbreitung und Auftreten in der Gesamtbevölkerung ist nicht zulässig; daher erübrigt sich eine Wiedergabe der Zahlenwerte auch für Altersverteilung und Letalität. Wichtig ist die Mitteilung zweier Fälle bei Säuglingen von 2 und 4 Wochen, da das Auftreten der Erkrankung in so frühem Lebensalter vielfach bestritten worden ist. *A. Gottstein* (Charlottenburg).

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens; Presse.

Zur Statistik der Zeitungen. Dem vom Kriegspresseamt herausgegebenen „Handbuch Deutscher Zeitungen" 1917, über das im D. St. Z. 1917 Sp. 231 und 1918 Sp. 195 berichtet worden ist, hat die Auslandsstelle des Kriegspresseamts ein „Handbuch der Auslandspresse" 1918 folgen lassen. (Berlin 1918, Mittler und Sohn. 270 S.) Während das Handbuch Deutscher Zeitungen Anspruch auf den Namen einer Zeitungsstatistik machen konnte, handelt es sich hier, wie auch das Vorwort sagt, nur um einen ersten Versuch, „der in ruhigeren Zeiten durch die gemeinsame Arbeit aller Kenner des ausländischen Zeitungswesens verbessert und ergänzt werden müßte". Es sind 14 Länder und 587 Zeitungen erwähnt, und zwar sind vertreten: Argentinien mit 10 Zeitungen, Brasilien mit 5, Chile mit 3, Dänemark mit 25, England mit 106, Frankreich mit 94, Holland mit 30, Italien mit 54, Norwegen mit 18, Rußland mit 19, Schweden mit 33, die Schweiz mit 146, Spanien mit 20 und die Vereinigten Staaten mit 24 Zeitungen; von deutschen Zeitungen in fremdsprachigen Gebieten sind nur die Deutsche La Plata-Zeitung in Buenos Aires und die New Yorker Staatszeitung in New York genannt. Aus dieser Aufzählung ist schon ersichtlich, daß die Zusammenstellung weit davon entfernt ist, vollständig zu sein. Es sind weder alle Staaten berücksichtigt, insbesondere nicht die uns verbündeten Länder, noch sind in den genannten alle in ihnen erscheinenden Blätter behandelt. Auch wird nicht zwischen Zeitungen und Zeitschriften unterschieden. Die Angaben erstrecken sich auf Titel, Ort des Erscheinens, Gründungsjahr, Auflage, Bezugspreis, Erscheinungsweise, politische Richtung, Verlag, Schriftleitung und mitunter auch auf die Berichterstattung. Besonderer Wert ist auf eine Darstellung der von den Schriftleitungen befolgten Grundsätze gelegt, insbesondere ist regelmäßig ihre Stellungnahme gegenüber Deutschland gekennzeichnet. Dadurch, daß das Handbuch sich nicht auf Zahlenangaben beschränkt, die ja auch weder vollständig noch zuverlässig sein könnten, sondern jede einzelne Zeitung zu charakterisieren, ihren Leserkreis und ihre Wirkung abzuschätzen versucht, scheint es geeignet, die Beobachtung der ausländischen Presse wesentlich zu erleichtern. *B. Winkler* (Dresden).

XXIV. Finanzstatistik.

Die Frage der Schullastenverteilung bildet den Gegenstand einer Arbeit von Dr. Fr. Bauermeister, die als Heft 8 der Schriften des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik erschienen ist (Schullastenverteilung und Großstadtdezentralisation, Berlin, Deutscher Kommunal-Verlag G. m. b. H., 1916, 116 S.). Verf. hat sich

Digitized by Google

weniger die Aufgabe gestellt, neues Material beizubringen, als vielmehr die bisher vielfach zerstreuten Unterlagen übersichtlich zusammenzufassen, wobei er sich fast ausschließlich auf preußische Verhältnisse und auf den Zusammenhang der Frage der Schullastenverteilung mit den Bestrebungen zur Dezentralisation des Siedlungswesens beschränkt. Es wird zunächst an der Hand einer großen Anzahl von Beispielen die Tragweite der in Preußen bestehenden Ansiedlungsbeschränkungen dargelegt und gezeigt, wie die Ansiedlungsgenehmigung für neue Siedlungen oft nur mit außerordentlich großen Opfern für öffentlich-rechtliche Lasten, insbesondere Schullasten, zu erlangen ist. Im 2. Abschnitt werden, ebenfalls wieder unter Beibringung umfassenden statistischen Zahlenstoffs, die gegenwärtige Art der Lastenverteilung für das Volksschulwesen, ihre Grundlagen, Voraussetzungen und Wirkungen gekennzeichnet. Verf. glaubt behaupten zu können, daß die Schulkinderzahl im wesentlichen nicht abhängt von Industrie oder Landwirtschaft, sondern von der Größe der Gemeinden. Es will aber zweifelhaft scheinen, ob die von ihm benutzten statistischen Unterlagen zu einer solchen Verallgemeinerung berechtigen. Und wenn er weiter zu einer Ablehnung jeder Vergleichung der Schullasten mit der Leistungsfähigkeit der Gemeinden gelangt, da sich die letztere nicht zweifelsfrei feststellen lasse, so heißt dies das Kind mit dem Bade ausschütten. Es ist ein nicht dem Verf. zuzuschreibender Mangel dieses wichtigsten Abschnitts der Schrift, daß hier Zahlenangaben nur für den Durchschnitt der preußischen Regierungsbezirke sowie für einzelne großstädtische Gebiete und engumgrenzte Industriezentren beigebracht werden können, welch letztere noch dazu vielfach nach sehr verschiedenen Grundsätzen zusammengestellt worden sind. Es fehlt dagegen eine vergleichbare Darstellung der finanziellen Wirkungen der geltenden Art der Schullastenverteilung auf einzelne mittlere und kleinere Gemeinden und Schulverbände verschiedenen Charakters[1]). Im letzten Abschnitt werden die wichtigsten Vorschläge zur Neuordnung der Verteilung der Volksschullasten kurz angeführt. Man wird dem Verf. für seine fleißige Arbeit Dank wissen und bei einer künftigen Erörterung der Frage auch seinen eigenen Vorschlägen Beachtung zollen müssen. *O. Kürten* (Neukölln).

XXV. Statistische Sammelwerke.

Bayern und die Reichseinheit. Die auf bundesstaatlicher Organisation beruhende Einheit des Deutschen Reichs schien seit den Tagen unseres großen nationalen Unglücks wiederholt in ernster Gefahr zu sein. Unitarismus und Separatismus drohten in gleicher Weise das gesunde Fundament des Deutschen Reichs zu untergraben. Zur rechten Zeit ist daher (bei C. Gerber, München 1919) eine Schrift vom Präsidenten des Bayer. Statist. Landesamts, Prof. Dr. Zahn, erschienen, welche auf Grund eines umfassenden Zahlen- und Tatsachenmaterials an dem Beispiele Bayerns nachweist, welche weitverzweigten und lebenswichtigen Beziehungen sich bisher bereits zwischen den einzelnen Bundesstaaten untereinander und zwischen diesen und dem Reiche entwickelt haben und wie sehr alle Teile darunter leiden müßten, wenn die Reichseinheit in Trümmer ginge.

Wie verhältnismäßig stark sich gerade das bayerische Wirtschaftsleben im Rahmen der gesamtdeutschen Volkswirtschaft seit der Gründung des Deutschen Reichs entwickeln konnte, hat Zahn bereits vor etwa Jahresfrist in sehr eingehender Weise an anderer Stelle (Zeitschr. des Bayer. Statist. Landesamts 1918 S. 175) dargetan. Der Zusammenschluß der deutschen Bundesstaaten zu einem Reich hat sich vor allem in wirtschaftlicher Beziehung bewährt. Er hat sich aber, wie Zahn in seiner neuen Schrift des näheren begründet, auch in politischer, sozialer, finanzieller, kultureller, kurz in jeder Hinsicht bewährt. Eine Zerreißung der Reichseinheit würde nicht nur die gesamtdeutsche Sache aufs schwerste schädigen oder gar vernichten, sondern müßte auch von kaum zu überwindenden Folgen für die deutschen Einzelstaaten sein. Unser ganzes öffentliches und privates Leben in Deutschland ist seit bald einem halben Jahrhundert eingestellt auf die gesamtdeutsche Reichsgemeinschaft. Würde diese staatliche Gemeinschaft zerrissen, so müßte dies eine mehr oder weniger weitgehende Zerreißung der deutschen Wirtschafts-, Finanz-, Verwaltungs-, Rechts-, Kulturgemeinschaft und, damit der deutschen Volksgemeinschaft nach sich ziehen, was aber für die deutschen Einzelstaaten von geradezu katastrophalen Folgen sein würde, besonders in wirtschaftlicher Hinsicht. Nicht nur die weitere Zukunft der Einzelstaaten, sondern auch das Ergebnis ihrer bisherigen Entwicklung wäre durch eine solche Zerspaltung des Reichs in voneinander unabhängige Einzelstaaten (oder Gruppen von solchen Einzelstaaten) ernstlich in Frage gestellt. Die einzelnen Bundesstaaten sind aufeinander angewiesen, sie müssen auf Gedeih und Verderb beisammen bleiben. Nur wenn die in föderierter Weise aufgebaute deutsche Einheit auch künftig die Grundlage unseres staatlichen Daseins bleibt, wird Deutschland — das ganze wie seine Teile — die bevorstehenden schweren Zeiten überwinden, wird es wieder zu Stärke, Wohlstand und Ansehen in der Welt gelangen. *F. Burgdörfer* (München).

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Die Gegenwartsaufgaben der amtlichen Statistik behandelt Prof. Dr. Ad. Günther in der Deutsch. Allg. Ztg. (Nr. 15 v. 9. 1. 1919). Allgemein bezeichnet er als solche die Errichtung eines Inventars des nach dem Zusammenbruch noch Vorhandenen. Einstellung von Arbeitskräften und vermehrten Geldmitteln für die Statistik sei nicht zu vermeiden; doch seien auch Ersparnisse möglich durch zweckmäßige Organisation, vorläufigen Verzicht auf eine große Berufs- und Betriebszählung (zu ersetzen durch Berufsfragen bei der Volkszählung), Einschränkung der Außenhandelsstatistik, der Schiffahrtsstatistik u. a. Dagegen sei notwendig ein Ausbau der Statistik der Löhne, Preise, Lebenskosten, der Landwirtschafts-, Produktions- und Arbeitsmarktstatistik, ferner der Bevölkerungsstatistik nach sozialen und medizinischen Gesichtspunkten usw. In diesem Zusammenhang fordert G. auch einen Ausbau der arbeiterstatistischen Abteilung des Reichsamts, ferner „Zentralisation", indem „möglichst rasch mit vielen kleinen und kleinsten statistischen Stellen im Lande aufgeräumt wird (wobei natürlich nicht an die Kommunalstatistik gedacht wird)." Endlich bekämpft G. die Bevorzugung der Juristen bei der Stellenbesetzung in den statistischen Ämtern. *J. F.*

[1]) Eine solche Untersuchung habe ich auf Veranlassung der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge in Sachsen für eine größere Anzahl kleinerer sächsischer Gemeinden mit 3—10000 Einwohnern vorgenommen, die zu höchst aufschlußreichen Ergebnissen geführt hat. Leider hat sich infolge der Kriegsverhältnisse eine Drucklegung der Arbeit bisher nicht ermöglichen lassen.

Vermischte Mitteilungen.

Personalnachrichten. An Stelle des auf seinen Antrag in den Ruhestand versetzten Dr. Riekes ist zum Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Kassel Dr. phil. Erich Schumann gewählt worden, der bis dahin Leiter der dortigen städtischen Verteilungszentrale und vorher im Statistischen Amte der Stadt Leipzig beschäftigt gewesen war. — Zum Leiter des neu errichteten Statistischen Amtes der Stadt Bromberg ist Dr. Otto Neefe, ein Sohn des bekannten Breslauer Statistikers, ernannt worden. — Gestorben ist am 25. Februar Dr. Walter Klose, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a. Rh., im 38. Lebensjahr. — Zum Mitglied des Statistischen Reichsamts in Berlin wurde der bisherige Direktor des Statistischen Landesamtes von Elsaß-Lothringen, Dr. Platzer, berufen, zum Sektionsleiter im Reichswirtschaftsministerium Dr. Franke, früherer Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Posen. — Zum Regierungs- und Volkswirtschaftsrat und Mitglied des Preuß. Statist.

Digitized by Google

Landesamtes wurde der bisherige ständige Mitarbeiter des Statist. Reichsamtes Dr. Warnack ernannt. — Die Leitung des Statist. Amtes des Kreises Teltow ist Dr. Richard Lenz übertragen worden. — Prof. Dr v. Auer, früher am Statistischen Amt der Stadt Neukölln, hat einen Lehrauftrag für Volkswirtschaft und Statistik an der Akademie für Verwaltungswissenschaften in Detmold angenommen.

Meldescheine für die Warenausfuhr. Eine Ausgestaltung der Meldescheine, die auch die Ausfuhrstatistik berührt, ist durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 15. Januar d. J. erfolgt. Danach sind insbesondere künftighin die in eingeschriebenen Briefsendungen oder in Wertbriefen zur Versendung gelangenden Waren sowie die bisher von der Anmeldepflicht befreiten Kunstsachen, die für öffentliche Kunstanstalten oder Sammlungen ausgeführt werden, anmeldepflichtig. Ferner sind ganz allgemein der Wert der Waren und die Zahlungsbedingungen im Ausfuhrmeldeschein anzugeben, außer beim kleinen Grenzverkehr, bei dem mündliche Anmeldung zulässig ist, und beim Schiffsbedarf für ausgehende fremde Schiffe. Weiter enthält die Verordnung genaue Bestimmungen über den anzugebenden Wert der Waren und die Zahlungsbedingungen, auch sehr strenge Strafbestimmungen, die im Fall einer beabsichtigten Steuerhinterziehung auch eine Einziehung der nicht angemeldeten Vermögenswerte vorsehen. Nähere Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung durch das Reichswirtschaftsamt und das Reichsschatzamt sind in Aussicht gestellt.

„Ersatzstatistiker". Ganz mit Recht hat Feld [1]) auf das Treiben des Herrn Manschke aufmerksam gemacht, das unbedingt beseitigt werden muß. Es ist daran zu erinnern, daß eine derartige Zurückweisung bereits vor über 2 Jahren in diesem Blatte von Lommatzsch [2]) in energischer Weise geschehen ist, leider ohne den gewünschten Erfolg. Denn neuerdings sind wiederum Ausführungen jenes Herrn erschienen, die nicht gerade unbeträchtliche Zahlen- und Ziffernreproduktionen enthalten. Die eine: „Ein Beitrag aus der dänischen Statistik zur Frage der Kinderzahl der Ehen" [3]), eine Übersetzung aus dem Dänischen, enthält nicht weniger als 43 Druckseiten. Der mildernde Umstand der Übersetzung fällt fort in einem weiteren Erzeugnis des Herrn Manschke „Die bisherigen Ergebnisse der Familienstatistik der Stadt Zürich".[3]) Diese Ausführungen mit umfangreichem Tabellenabklatsch sind eine Art Neuabdruck aus dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Zürich 1910 und 1911. Man bedenke: 31 Druckseiten großen Formates bei der jetzigen Papiernot. Manschke macht diesmal dem Kritiker seiner literarischen Photographien die Aufgabe insofern nicht leicht, als er ihn die eigentliche Quelle erst suchen läßt, so das Statistische Jahrbuch der Stadt Zürich 6. und 7. Jahrgang (erschienen 1914) S. 221 f. (Text a. a. O. S. 35* f. unter dem Titel „Weitere Ergebnisse der Familienstatistik"). — Lommatzsch spricht a. a. O. Herrn Manschke gegenüber offen seine Bedenken gegen dessen Eignung zur Belehrung der Leser einer verbreiteten wissenschaftlichen Zeitschrift aus. Die Schriftleiter und Verleger derartiger Zeitschriften sollten also Herrn Manschkes Verfahren nicht weiter durch Aufnahme von solchen Arbeiten unterstützen. Sonst machen sie sich selbst mitschuldig an dem gerügten Übelstand. — Wir Fachstatistiker endlich haben allen Grund, gegen Pseudostatistiker Front zu machen und ihnen das Handwerk zu legen. Für Ersatzstatistiker haben wir keinen Platz in unseren Reihen. *H. Guradze* (Berlin).

[1]) „Tabellensucht", D. St. Z. 1918, Sp. 165 f.

[1]) „Zweikindersystem in Frankr.", D. St Z. 1916, Sp. 248 f.
[2]) Annalen des D. Reichs, 1918, Nr. 1—6, S. 211—254.
[3]) Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 1918, Sp. 87—117.

Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke.[1])

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 283 I u. II (Verkehr auf den deutschen Wasserstraßen 1915); Bd. 285 I (desgl. 1916).

Statistisches Jahrbuch f. d. D. Reich 1918 (172 S.).

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 27. Jahrg. 1918, 1: Anordnungen für die Reichsstatistik aus dem Jahre 1917. — Zur Statistik der Preise. — Erntestatistik für das Jahr 1916. — Weinmost-Ernte 1917. — Konkursstatistik im 4. Vierteljahr 1917. — Bestands- u. Kapitaländerungen der deutschen A.-G. 1917. — Desgl. der deutschen G. m. b. H. 1917. — Bodenseefischerei 1917. — Zulassung von Wertpapieren an den deutschen Börsen 1917. — 1918, 2: Zur deutschen Justizstatistik 1916. — Krankenversicherung in den Knappschaftskassen und -vereinen 1916. — Konkursstatistik I. Vierteljahr 1918. — Zur Statistik der Preise. — Kohlenversorgung einiger Städte 1917. — Bestands- und Kapitaländerungen der deutschen Aktiengesellschaften im 1. Vierteljahr 1918. — Desgl. der deutschen G. m. b. H. im 1. Vierteljahr 1918. — Produktion der bergbaulichen Betriebe Luxemburgs 1915. — Produktion der Solbäder 1915. — Produktion der bergbaulichen Betriebe 1915. — 1918, 3: Dampfkesselexplosionen 1917. — Konkursstatistik für 1917. — Desgl. für 2. Vierteljahr 1918. — Bestands- und Kapitaländerungen der deutschen Aktiengesellschaften, 2. Vierteljahr 1918. — Desgl. der deutschen G. m. b. H., 2. Vierteljahr 1918. — Zur Statistik der Preise.

—. Ergänzungsheft zu 1917, II: Die Geschäftsergebnisse der deutschen A.-G. im Jahre 1915/16.

—. Desgl. zu 1916, IV: Deutsche im Ausland.

Reichs-Arbeitsblatt 1918, 1 (und in allen folgenden Heften): Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit, Arbeitsvermittlung. — 1918, 2: Die Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse f. d. 4. Vierteljahr 1917. — Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezirken im 3. Vierteljahr 1917. — Bautätigkeit in deutschen Städten im 4. Vierteljahr 1917. — Die Heilbehandlungsmaßnahmen der Träger der Invalidenversicherung. — 1918, 3: Die Verteilung der Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin nach dem Alter und nach Lohnstufen im Jahre 1917. — Neues Material über Tarifverträge im Ausland. — Kinderfürsorge der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte im Jahre 1916. — 1918, 4: Die Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse f. d. 1. Vierteljahr 1918. — Löhne der Arbeiterschaft und Arbeitszeit während des Krieges. — Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1916. — 1918, 5: Bergarbeiterlöhne im 4. Vierteljahre 1917. — Bautätigkeit in deutschen Städen im 1. Vierteljahr 1918. — Die Krankenversicherung in den Knappschaftskassen und -vereinen 1916. — Hauptergebnisse der Invaliden- u. Hinterbliebenenversicherung 1916. — 1918, 6: Gemeindliche Wohnungsnachweise. — Sonderbeilage: Bautätigkeit und leerstehende Wohnungen in deutschen Städten im Jahre 1917 (41 S.). — 1918, 7: Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse f. d. 2. Vierteljahr 1918. — Bergarbeiterlöhne im 1. Vierteljahr 1918. — Die Massenspeisung 1917. — 1918, 8: Bautätigkeit in deutschen Städten im 2. Vierteljahr 1918. — 1918, 9: Über die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten während des Krieges. — Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezirken im 2. Vierteljahr 1918. — Neues Material über Tarifverträge im Ausland. — 1918, 10: Gewerkschaftliche Lohnerhebungen während des Krieges. II. — Die Lohnklassenverteilung der Mitglieder der Ortskrankenkasse zu Magdeburg während des 4. Kriegsjahres. — Die Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse f. d. 3. Vierteljahr 1918. — Bautätigkeit in deutschen Städten im 3. Vierteljahr 1918. — 1918, 11: Gewerkschaftliche Lohnerhebungen während des Krieges. III. — Die Wohnungsuntersuchungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse der

[1]) Siehe D. St. Z. 1918, Sp. 43, 93 u. 157.

Digitized by Google

Stadt Berlin in den Jahren 1913—1917. — Bergarbeiterlöhne in Sachsen. — 1918, 12: Wohnungsstatistik. — — Sonderbeilage: Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise in den Jahren 1916 u. 1917 (48 S.). — 1919, 1: Bergarbeiterlöhne in den Hauptbergbaubezirken, 3. Vierteljahr 1918. — Die Konsumvereine während der zweiten Hälfte des Krieges. — Die Entwicklung des russischen Genossenschaftswesens im Kriege. — Die zahlenmäßige Entwicklung der Frauenarbeit während des Krieges. — 1919, 2: Bergarbeiterlöhne in Sachsen. — Lohnklassenstatistik der Leipziger Ortskrankenkasse f. d. 4. Vierteljahr 1918. — Die Konsumvereine während der zweiten Hälfte des Krieges. — Die gewerkschaftliche Organisation der Frauen während des Krieges. — 1919, 3: Lohnklassenverteilung bei den Mitgliedern der Ortskrankenkassen Berlin und Dresden.

Zeitschrift des K. Bayerischen Statistischen Landesamtes 1918, 4: Die Bodenverschuldung in Bayern 1912 mit 1915 [Hugo Klepper]. — Die öffentlichen Sparkassen Bayerns 1914 bis 1916 [Friedr. Kestner]. — Untersuchungen über die Lebenshaltung bayerischer Familien während des Krieges. II [Franz Patschocky]. — Die Angestelltenversicherung im Kriege mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. — Der Verkehr auf den bayer. Wasserstraßen 1917 [Max Giebeler]. — Einige Ergebnisse der Reichswohnungszählung in B. vom 16. Mai 1918. — Lieferungsgenossenschaften des Handwerks in B. — Privatbanken und Kreditinstitute. — Katholische Konfessions- u. Kirchenstatistik für B. — Körung der Bullen, Eber, Ziegen- u. Schafböcke 1914 u. 1915.

Mitt. der Großh. Hessischen Zentralstelle f. d. Landesstatistik Nr. 989 (Juni, Juli 1918): Benutzung der Landesbibliotheken. — Morbidität in den Heilanstalten 1916. — Güterverkehr in den Häfen 1917. — Hagelschäden 1917. — Gensdarmerie-Anzeigen u. Verhaftungen. — Bettlerstatistik 1917. — Nr. 990 (August, September 1918): Ehe, Geburt u Tod 1916. — Säuglingssterblichkeit nach natürlichen Geburten 1916. — Anbauflächen und Ernteerträge 1916. — Besuch des Landesmuseums 1917/18.

Zeitschrift des Kgl. Preußischen Statistischen Landesamts 1916, IV. (Schluß-)Abteilung: Über Bilanzen, Rentabilitätsberechnung und Rentabilitätsstatistik (Rud. Meerwarth). — Eisenerzvorräte und Eisenerzerzeugung der Welt (Heinr. Pudor). — Die Steuern der preußischen Städte und Landgemeinden im Rechnungsjahre 1911 (Oskar Tetzlaff). — 1917, I. u. II. Abt.: Statistische Grundlagen für einen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden Groß-Berlins (Oskar Tetzlaff). — Rückblick auf die Ergebnisse der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung im fünfundzwanzigjährigen Zeitraum 1892—1916 (F. Kühnert). — Zusammensetzung der Bevölkerung des Russischen Reichs nach Nationalitäten u. Religion. Mit 8 Karten (Rudolf Claus). — Statistische Korrespondenz. 1917, 3. u. 4. Abt.: Gemeindesteuern 1911 in Pr. in ihrer Verteilung auf Stadt- u. Landkreise (O. Tetzlaff). — Über Lohnstatistik (R. Meerwarth). — Geburten, Eheschließungen u. Sterbefälle 1915. — Desgl. 1916.

Statistische Korrespondenz 1918, 27—48 (Schluß des Jahres 1918): Zuschläge der preußischen Landkreise zur staatlich veranlagten Einkommensteuer 1915 u. 1918. — Entbindungsanstalten in Preußen 1915. — Wasserstandsverhältnisse Juni 1918. — Die Steuerkraft der preußischen Landkreise 1915. — Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend am 1. Februar 1918. — Ehescheidungen in Preußen 1916. — Ziegenhaltung in Preußen 1913 bis 1916. — Wasserstandsverhältnisse Juli 1918. — Die Schulden der preußischen Landkreise am Schlusse 1915. — Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung der physischen Personen in Preußen 1917. — Todesursachen der 1915 in Preußen Gestorbenen nach Altersklassen. — Bestand und Zusammensetzung des Federviehs in Preußen während der Kriegsjahre. — Hauptergebnisse der Ergänzungssteuer-Veranlagung in Preußen 1917. — Die übertragbaren Krankheiten als Todesursache in Preußen 1915. — Die Dichtigkeitsziffern der Genossenschaftsmitglieder im preußischen Staate 1913. — Wasserstandsverhältnisse August 1918. — Die Deckung des Finanzbedarfs der Städte u. Landgemeinden in den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern u. Brandenburg sowie des Stadtkreises Berlin 1911. — Die Schulden der preußischen Landkreise 1915. — Die gesamten Gemeindesteuern der preußischen Städte und der mehr als 10000 Einwohner zählenden Landgemeinden 1914. — Die in Preußen eingeäscherten Personen nach dem Religionsbekenntnis. — Wasserstandsverhältnisse September 1918. — Die Durchschnitts-Hektarerträge der wichtigsten Feldfrüchte 1915 u. 1916. — Die indirekten Gemeindesteuern der preußischen Städte und der mehr als 10000 Einwohner zählenden Landgemeinden 1914. — Die Ernteflächen- und Erntestatistik in Preußen 1916. — Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung der physischen Personen in Preußen nach Stadt u. Land 1917. — Ehescheidungen in Preußen 1917. — Kaninchenzucht in Preußen während der Kriegszeit. — Wasserstandsverhältnisse Oktober 1918. — Die Geisteskranken in den Irrenanstalten Preußens 1915. — Die Preußischen Sterbetafeln für 1911 bis 1914. — Die Besitzverhältnisse der Anstalten für Geisteskranke usw. in Preußen 1915. — Mord und Todschlag sowie Hinrichtungen in Preußen 1911—1915. — Wasserstands- u. Eisverhältnisse der nordd. Ströme November 1918. — Vermögensgliederung in Preußen 1917. — Beilagen: Preisberichte. Witterungsberichte.

Statistische Mitteilungen aus dem Herzogtum Sachsen-Altenburg Nr. 81: Ernte-Ermittlung 1916. — Sparkassen 1916. — Durchschnittspreise der hauptsächlichsten Lebensmittel. — Genesungshaus und Martinshaus zu Roda 1917.

Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde. Jahrgang 1916. Statistik der württ. Einkommensteuer für 1915. — Bevölkerungsstatistisches aus den Gemeinden Bernloch und Meldelstetten (Wagner). — Die Teuerungs- u. Hungerjahre 1816 u. 1817 in W. (C. A. Schnerring). — Das Ergebnis der land- u. forstwirtschaftlichen Aufnahme in W. 1913 (Trüdinger). — Die landwirtschaftliche Bodenbenutzung und der Ernteertrag in W. 1913, 1914 u. 1915 (Trüdinger). — Das Universitätsstudium der Württemberger seit der Reichsgründung (Albert Rienhardt).

Mitt. d. Kgl. Württembergischen Statistischen Landesamtes 1918, 8—13. Ergebnis der Wohnungszählung am 26. 5. 1918. — Monatsberichte. — Hopfenernte 1918. — Tabakbau in W. 1917. — Beteiligung W. an den deutschen Kriegsanleihen. — Höchstpreise f. Lebens- u. Verpflegungsmittel am 1. Oktober 1918.

Fragekasten.

Dr. B. in W. Die Stelle in dem im übrigen gewiß in hohem Grade bemerkenswerten Aufsatz Ph. Zorns im „Tag“ vom 14. Februar, wo als Bürge für die Richtigkeit der Zahl 800000 (des Überschusses der Sterbefälle von Zivilpersonen in der Kriegszeit über die der vorausgegangenen ebensolangen Friedenszeit) Prof. Rubner wegen seiner Verdienste um — die Physiologie angeführt wird, ist ein neuer Beitrag zu unserer Sammlung von Belegen für die bis in die Kreise unserer höchsten Intelligenz hinein herrschende Gewohnheit, den Benützer einer Statistik mit ihrem Urheber zu verwechseln. Als ob ein wenn auch noch so hervorragender Physiologe irgendwelche Gewähr für eine Zahl zu bieten imstande wäre, deren Ermittlung einzig und allein den statistischen Stellen möglich ist. — Siehe hierzu im D. St. Z. 1918 Sp. 316 „Eine literarische Unsitte und ihr Opfer“.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Digitized by Google

Zu verkaufen:
Deutsches Statistisches Zentralblatt 1—9.
(1—5 gebunden.) Dr. Rost, Westheim bei Augsburg.

Karl Marx
Versuch einer Einführung von Prof. Dr. R. Wilbrandt
3. Auflage. (Aus Bd. 621.) Kartoniert M. 1.60, gebunden M. 1.90
Hierzu Teuerungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen
Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Ergänzungshefte
zum Deutschen Statistischen Zentralblatt

Heft 1: **Statistik der Zivilrechtspflege.** Von Dr. M. Rusch. [VIII u. 99 S.] gr. 8. 1912. M. 3.60.

Heft 2: **Handelsbetriebsstatistik** mit besonderer Berücksichtigung der Warenhandelsbetriebe. Von Dr. A. Sigerus. [IV u. 82 S.] gr. 8. 1913. M. 3.60.

Heft 3: **Statistik des Selbstmordes im Königreich Sachsen.** Von Dr. O. Kürten. Mit 2 Tafeln und 1 Karte. [VIII u. 145 S.] gr. 8. 1913. M. 5.—

Heft 4: **Die Unehelichkeit i. Königreich Sachsen.** Von Dr. G. Prenger. Mit 5 graphischen Darstellungen und 3 Kartogrammen. [IV u. 119 S.] gr. 8. 1913. M. 5.—

Heft 5: **Die Finanzen der Städte im Königreich Sachsen.** Von Dr. phil. A. Liebers. [VIII u. 176 S.] gr. 8. 1914. M. 6.—

Heft 6: **Die Methoden der deutschen Arbeitslosenstatistik.** Von Dr. R. Herbst. [VI u. 183 S.] gr. 8. 1914. M. 5.—

Heft 8: **Gewerbliche Produktionsstatistik.** Von Dr. Otto Nerschmann. [IV u. 384 S.] gr. 8. 1916. M. 14.—

Heft 9: **Die Tuberkulose.** Von Dr. Hans Seiler. [VI u. 97 S.] gr. 8. 1916. M. 3.60.

Vorzugspreise für die Abonnenten des Deutschen Statistischen Zentralblattes Heft 1 u. 2 je M. 2.40, Heft 3 u. 4 je M. 4.–, Heft 5 M. 5.–, Heft 6 M. 4.–, Heft 8 M. 12.–, Heft 9 M. 2.80.

Die erste wissenschaftliche Arbeit über den Bolschewismus

RUSSISCHES WIRTSCHAFTSLEBEN
SEIT DER HERRSCHAFT DER BOLSCHEWIKI

NACH RUSSISCHEN ZEITUNGEN · MIT EINER EINLEITUNG
HERAUSGEGEBEN VON

DR. WALD. W. KAPLUN-KOGAN
WIRTSCHAFTL. BEIRAT AM OSTEUROPA-INSTITUT IN BRESLAU

(Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts, Breslau, 1. Abteilung, 1. Heft)

Geheftet M. 5.—, gebunden M. 6.—

Eine ausgiebige Materialsammlung zur Erkenntnis des wirtschaftlichen Bolschewismus in Rußland, die ein eindrucksvolles Bild des erschreckenden Niederganges der russischen Wirtschaft bietet. Sie zeigt den Weg, der nicht betreten werden darf, wenn wir uns vor einem vollkommenen wirtschaftlichen Zusammenbruch retten wollen, und ist um so bedeutsamer für uns, als der Bolschewismus in den wirtschaftlichen Kämpfen sich in Deutschland noch viel stärker bemerkbar macht als in der Politik. Die in systematischer Anordnung zusammengestellten, in getreuer Übersetzung wiedergegebenen Presseäußerungen sind zwei bolschewistischen (Prawda und Iswestja) und zwei bürgerlichen Zeitungen (Nasch Wjek und Nasche Slowo) entnommen. Außerdem werden eine Reihe wirtschaftlicher Gesetze und Verordnungen der Bolschewiki zum ersten Male in solcher Ausführlichkeit veröffentlicht. Ein erschöpfender Literaturnachweis über die Entstehung, das Wesen und die Entwicklung des Bolschewismus ist als Anhang beigefügt.

Auf sämtl. Preise Teuerungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen

VERLAG VON B. G. TEUBNER IN LEIPZIG UND BERLIN

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

6341 A

Nr. 5 | 11. Jahrgang | Mai/Juni 1919

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeigen: 1/1 Seite M. 80.—, 1/2 Seite M. 45.— 1/4 Seite M. 30.—, zweigespaltene Zeile M. 1.30. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Dr. Johannes Feig
Geh. Regierungsrat u. vortrag. Rat im Reichsarbeitsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Über die zukünftige Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik*, S. 81. — *Die Unfruchtbarkeit „rein statistischer" Arbeiten*, S. 87. — *Die Wirtschaftskarte im Dienste der Statistik*, S. 89. — *Statistik in der Literatur*, S. 91. — *Aus der statistischen Literatur:* Reichsdeutsche im Ausland, S. 95. — Wohnungsbedarf nach dem Kriege, S. 97. — Krieg und Lebenshaltung, S. 97. — Landwirtschaftliche Betriebe im hamburgischen Staat, S. 99. — Landwirtschaftliches Rechnungswesen, S 99. — Konfessionelle Militärstatistik, S. 99. Verfassungsleben und Statistik, S. 100. — *Vermischte Mitteilungen:* Eine Austauschstelle für die praktische Statistik, S 101. — Vereinigung von Landwirtschaftsbetriebs- und Bodenbenutzungsstatistik? S. 102. — Musterschutz für graphische Statistik, S. 102

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Hefte. Preis jährlich 10 Mark.

Über die zukünftige Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik.

Von Privatdozent Dr. **Rudolf Meerwarth** in Berlin.

Es ist von vornherein hervorzuheben, daß bereits vor dem Krieg sowohl innerhalb des Statistischen Reichsamtes als auch außerhalb der die deutsche Handelsstatistik bearbeitenden Zentralstelle Pläne erwogen worden sind, die eine Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik zum Ziel hatten. Unter den handelsstatistischen Sachverständigen sei vor allem W. v. Loefen erwähnt, der in einer 1912 (im Phönix-Verlag) erschienenen Arbeit über „Handelsstatistik oder Zollstatistik?" der Öffentlichkeit sachkundige Vorschläge zur Vereinfachung und Verbesserung der Statistik des auswärtigen Handels unterbreitete.[1]) Trotzdem hier Aufbau und System der Handelsstatistik erörtert wurden, fand die Arbeit nur in einem kleinen Kreis von Fachstatistikern ein Echo.

Insbesondere zu Beginn des Krieges kam die Statistik des Außenhandels wieder zu Ehren, obwohl der Krieg dem deutschen Außenhandel nur ein geringes Tätigkeitsfeld ließ. Man veranstaltete vielerorts Untersuchungen über die Menge der Nahrungs- und Futtermittel, welche die deutsche Volkswirtschaft bisher aus dem Ausland bezogen hatte; man machte sich auch bereits Gedanken darüber, welche Waren die deutsche Volkswirtschaft in Zukunft an das Ausland abgeben kann. Damit wurde auch die Frage der Methode der Handelsstatistik wieder aktuell. Dem Problem der Methode der Handelsstatistik habe ich selbst im Band IX, Heft 4 (1915) des Allgemeinen Statistischen Archivs eine längere Abhandlung (Wege und Ziele der modernen Außenhandelsstatistik) gewidmet; im Jahre 1918 ließ der frühere Präsident des Statistischen Reichsamts, Dr. R. van der Borght, eine Abhandlung über „Die Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik" (Handelspolitische Flugschriften, herausgegeben vom Handelsvertragsverein, Heft 16) erscheinen.[2])

[1]) Vgl. D. St. Z. 1913, S. 17.

[2]) Während der Drucklegung dieser Abhandlung ist Heft 17 der handelspolitischen Flugschriften erschienen, das von Prof. Dr. von Tyszka verfaßt ist und den Titel führt: Vorschläge für die Gestaltung der deutschen Handelsstatistik nach dem Kriege. Im besondern behandelt Tyszka das Problem der Ermittlung der deutschen Erzeugungs- und Verbrauchs-Bezirke auf Grund einer von ihm veranstalteten Umfrage bei den Handelskammern. Ich werde dieses Problem in der Abhandlung selbst noch berühren.

I.

Von wesentlichem Einfluß auf die Methode der Außenhandelsstatistik ist naturgemäß das Ziel, das man mit der Außenhandelsstatistik verfolgt. Die handelsstatistischen Untersuchungen, die während des Krieges vorgenommen worden sind, und eine große Zahl von Untersuchungen, die nach dem Krieg vorgenommen werden, sind vor allem auf folgendes Ziel ausgerichtet: es sollen auf der einen Seite Menge und Wert der Waren nachgewiesen werden, die nach der Einfuhr als Verbrauchsgüter und Produktionsmittel im Inland verwendet werden; auf der andern Seite sollen Menge und Wert der im Inland hergestellten und bearbeiteten Waren, die an das Ausland abgesetzt werden, dargestellt werden. Ferner muß die Herkunft der eingeführten und die endgültige Bestimmung der ausgeführten Waren ersichtlich sein. In der Regel wird als Herkunftsland einer Ware das Land in Betracht kommen, in welchem die Ware hergestellt oder bearbeitet worden ist, als Bestimmungsland das Land, in welchem die Ware als Verbrauchsgut oder als Produktionsmittel verwendet wird. Steckt man das Ziel der Außenhandelsstatistik in dieser Weise ab, so ergibt sich ohne weiteres, daß die Bewegung einer großen Anzahl von Waren, die herkömmlich in die Handelsstatistik einbezogen wird, nicht unter die Handelsstatistik — immer mit dem eben umschriebenen Ziel — fällt: die Durchfuhrwaren. Die Warendurchfuhr gliedert sich im einzelnen in zwei scharf umrissene Teile: 1. die Durchfuhr, die für Rechnung eines Ausländers erfolgt; 2. die Durchfuhr für Rechnung eines Inländers. Die Durchfuhr für Rechnung eines Inländers hat eine besondere Bedeutung: sie ist ein Teil des deutschen Zwischenhandels. Es ist dabei von wirtschaftspolitischem Gesichtspunkt aus für beide Arten von Durchfuhr nicht wesentlich, ob die Durchfuhr derart erfolgt, daß die Ware, nachdem sie die heimische Grenze überschritten hat, ohne weiteres auf den Verkehrswegen des Inlands über die andere Grenze geführt wird, oder ob die Ware auf diesem Wege eine Zeitlang in einem inländischen Lager ruht.

Die an dem oben umschriebenen Ziel orientierte Handelsstatistik wird die Durchfuhr auf Rechnung eines Ausländers aus der Handelsstatistik überhaupt ausscheiden; sie wird die unmittelbare oder mittelbare Durchfuhr auf Rechnung eines Inländers, also den deutschen Zwischenhandel, nicht unberücksichtigt lassen;

Digitized by Google

wird ihn allerdings erst in zweiter Linie heranziehen. Man wird sich dabei allerdings von vornherein im klaren sein müssen, daß die Bearbeitung des Zwischenhandels ein neues Problem hinsichtlich der Ermittlung des Herkunfts- und Bestimmungslandes stellt. Wer über die Art und den Umfang des deutschen Zwischenhandels unterrichtet sein will, will wissen, mit welchen Ländern überhaupt ein Zwischenhandel getrieben wird. Für ihn ist als Herkunftsland einer Ware nicht das Erzeugungsland, sondern das Einkaufsland, auf der andern Seite als Bestimmungsland nicht das Land des endgültigen Verbrauchs, sondern das Verkaufsland von entscheidender Bedeutung. Fordert man also — immer von dem oben gesteckten Ziel aus — eine besondere Berücksichtigung des deutschen Zwischenhandels, so müßte zur Darstellung der Bewegung der Zwischenhandelswaren hinsichtlich des Herkunfts- und Bestimmungslandes eine grundsätzlich andere Bearbeitung als bei der Darstellung der Bewegung des übrigen Warenhandelsverkehrs erfolgen. Diese Tatsache wird gewöhnlich übersehen.

Man kann der Handelsstatistik aber auch ein anderes Ziel stecken. Man kann von ihr verlangen, daß sie einfach die Handelsbewegung darstellt, wie sie sich auf Grund der Kaufverträge ergibt. So sagt Flodström, ein Sachkenner auf dem Gebiet der Handelsstatistik, im Allgemeinen Statistischen Archiv (5. Band, II. Halbband, Seite 385 ff.): „Die erste Aufgabe der Handelsstatistik ist die, über den Handel, d. h. über den Kauf und Verkauf von Waren nicht über ihre Transportwege, auch nicht über die Orte, wo sie produziert oder konsumiert werden, Bescheid zu geben. Nachweise über diese letzteren Verhältnisse mögen freilich ihr großes Interesse haben, in der Handelsstatistik aber müssen sie erst in zweiter oder dritter Linie in Betracht kommen, also nur insofern, als die Umstände die Erweiterung der Handelsstatistik über ihr eigentliches Gebiet hinaus erlauben." Man sieht, diese Auffassung hält eng an dem Wort „Handelsstatistik" fest. Man kann von dieser Auffassung aus sogar im Zweifel sein, ob man nicht die Durchfuhr auf Rechnung eines Ausländers in die Handelsstatistik einbeziehen soll. Scheidet man sie aus, so wäre — immer von dieser Auffassung aus — ein Unterschied zwischen der Warenbewegung, die im Wege des Zwischenhandels erfolgt, und der übrigen Warenbewegung nicht zu machen: es gilt nur die Handelsbewegung auf Grund von Kauf und Verkauf darzustellen. Als Herkunftsland kommt, wie auch Flodström deutlich zum Ausdruck bringt, nur das Einkaufsland, als Bestimmungsland nur das Verkaufsland in Betracht. Gegen diese Auffassung von der Aufgabe der Handelsstatistik ist nur der eine große, aber meines Erachtens entscheidende Einwand geltend zu machen, daß eine solche Handelsstatistik zu wenig bietet. Sie gibt zur Beurteilung bedeutsamer wirtschaftspolitischer und wirtschaftswissenschaftlicher Fragen keine brauchbaren Unterlagen. Um diese Fragen möglichst einwandfrei zu klären, ist die Aufbereitung einer Handelsstatistik im ersten Sinne notwendig, einer Handelsstatistik, die den deutschen Zwischenhandel von dem übrigen wichtigen Teil des Handelsverkehrs scharf trennt und für letzteren die Waren nach dem Ursprungsland und dem Verbrauchsland darstellt.

Im Anschluß an diese Ausführungen seien einige Bemerkungen über die Grenzen der Handelsstatistik beigefügt. Es ist natürlich vom wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt aus wesentlich, ob eine ausgeführte Ware (man denke etwa an eine Werkzeugmaschine) sich auf heimischen Unterlagen aufbaut, ob also das für die Maschine benötigte Eisen nebst der Kohle und den übrigen Hilfsstoffen im Inland gewonnen und die Maschine im Inland gebaut worden ist, oder ob die ausgeführte Ware (man denke an Baumwollgewebe) als Gewebe bereits eingeführt und im Inlande nur bedruckt worden ist usw. In dem ersten Fall hat das Inland einen recht großen Anteil, in dem andern Fall einen ganz geringen Anteil an der für die Herstellung der Ware aufgewendeten Arbeit. Dieses wichtige Problem des mehr oder minder großen inländischen Anteils wird die Handelsstatistik allein niemals zu lösen vermögen; nur eine in enger Fühlung mit ihr ausgebaute Produktionsstatistik wird diesen Fragen näherkommen können. Weiter wird aus der Handelsstatistik, wie ich in meiner vorhin angeführten Arbeit näher ausgeführt habe, das Wesen und der Grund der Einfuhr und der Ausfuhr kaum entnommen werden können; mit anderen Worten, die Handelsstatistik wird die Art und die jeweilige Gestaltung der für ein Land entscheidend wichtigen Forderungsbilanz nur wenig klären können. Im Anschluß an Borgius hat in jüngster Zeit Tyszka in seiner eingangs erwähnten Abhandlung die Frage angeregt, ob die Handelsstatistik nicht auch ermitteln könne, in welche Teile des deutschen Wirtschaftsgebietes die eingeführten Waren gehen und aus welchen Teilen des deutschen Wirtschaftsgebietes die ausgeführten Waren stammen. Nach meiner Auffassung wird auch dieses Problem vor allem durch eine örtlich gegliederte Produktionsstatistik geklärt werden können, die einmal die Herkunft der zur Produktion verwendeten Rohmaterialien und Halbfabrikate, zum andern die weitere Bestimmung der Fertigfabrikate untersucht. Die neue deutsche Produktionsstatistik zeigt bereits einige Ansätze nach dieser Richtung.

Noch auf zwei allerdings weniger bedeutsame Grenzen der Statistik des Außenhandels sei hingewiesen. Es wurde oben hervorgehoben, als Bestimmungsland einer ausgeführten Ware sei das Land des endgültigen Verbrauchs anzusehen. In vielen Fällen wird es nun vollkommen unmöglich sein, dieses Verbrauchsland bereits bei der Ausfuhr mit Sicherheit zu nennen; man wird hier oft genötigt sein, sich einfach mit dem nächsten Verkaufsland zu begnügen. Man hat, um das Land des endgültigen Verbrauchs zu ermitteln, einen nachträglich vorzunehmenden internationalen Austausch der Handelsnachweise unter den handelsstatistischen Behörden vorgeschlagen; ich glaube nicht, daß dieser Vorschlag bald verwirklicht werden wird. Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß in vielen Fällen die Abgrenzung des deutschen Zwischenhandels vom übrigen Handel schwer sein wird und oft erst nachträglich erfolgen kann. Ein deutscher Händler führe beispielsweise eine Ware nach Deutschland ein, von der er zunächst nicht genau weiß, ob er sie in Deutschland absetzen oder infolge einer günstigen Preisgestaltung weiter nach dem Ausland versenden wird. Sie wird zunächst als Einfuhr angeschrieben und auf ein deutsches Lager gebracht; nach einiger Zeit wird sie ohne weitere Bearbeitung ins Ausland überführt. Beim Grenzübergang ist sie damit als Zwischenhandelsware gekennzeichnet und kann nun erst nachträglich auch bei der Einfuhr als Zwischenhandelsware abgeschrieben werden. Da zwischen Einfuhr und Ausfuhr der Zwischenhandelsware oft ein längerer Zeitraum liegt, so werden die Handelsnachweise immer erst nach längerer Zeit endgültig in Ordnung gebracht werden können.

II.

Es wird jetzt zu untersuchen sein, in welchem Maße die amtliche deutsche Handelsstatistik den im vorigen Abschnitt umschriebenen Anforderungen gerecht wird. Es ist daher zunächst Aufbau und System der deutschen Handelsstatistik kurz darzulegen. Die deutsche Außenhandelsstatistik gibt seit dem 1. März 1906 ihre handelsstatistischen Nachweise nach zwei Gesichtspunkten wieder. Die ersten Nachweise stellen den Gesamteigenhandel, die zweiten umfangreicheren den Spezialhandel dar. Der Gesamteigenhandel umfaßt in der Einfuhr alle aus dem Ausland in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingeführten Waren, in der Ausfuhr alle aus dem deutschen Wirtschaftsgebiet nach dem Ausland ausgeführten Waren. Nicht einbezogen werden die unmittelbar durchgeführten Waren. Als in das deutsche Wirtschaftsgebiet eingeführt gelten einmal solche Waren, die zollfrei oder nach Entrichtung des Zolls in den freien Verkehr gesetzt werden, zum andern

Digitized by Google

solche Waren, die zunächst auf Zollausschlüsse, Freibezirke, Niederlagen, Konten usw. zollfrei eingeführt werden. Als aus dem Wirtschaftsgebiet ausgeführt gelten diejenigen deutschen Waren, die das Wirtschaftsgebiet verlassen, ferner aber auch diejenigen fremden Waren, die, ohne von den fremden Zollausschlüssen, Freibezirken usw. nach Deutschland eingeführt worden zu sein, das Wirtschaftsgebiet wieder verlassen. Es ist also aus den Nachweisen des Gesamteigenhandels die unmittelbare Durchfuhr und damit auch ein Teil des deutschen Zwischenhandels, soweit es sich um Durchfuhr für Rechnung eines Inländers handelt, ausgeschaltet. Nicht ausgeschaltet ist die mittelbare Durchfuhr, also die Ein- und Ausfuhr der fremden Waren, die nur das deutsche Wirtschaftsgebiet berühren, um wieder ins Ausland weiter verhandelt zu werden; es ist also im Gesamteigenhandel auch auf Rechnung eines Ausländers erfolgende (mittelbare) Durchfuhr und ein Teil des deutschen Zwischenhandels ununterschieden enthalten. Die Statistik des Gesamteigenhandels kommt demnach in keinem Falle dem zuerst aufgestellten Ziel der Handelsstatistik nach: Auskunft zu geben über die von der deutschen Volkswirtschaft aus dem Ausland bezogenen Waren die in Deutschland als Verbrauchsgüter und Produktionsmittel ihre Verwendung finden, sowie Auskunft zu geben über die dem Ausland übermittelten Waren, die durch die deutsche Volkswirtschaft hergestellt und bearbeitet worden sind. Der Grund liegt in der Einbeziehung der mittelbaren Durchfuhr. Es ist auf der anderen Seite aber auch nicht möglich, aus der Statistik des Gesamteigenhandels den deutschen Zwischenhandel zu erkennen. Ein Teil dieses Zwischenhandels steckt, wie bereits erwähnt, in der nicht in die Statistik des Gesamteigenhandels aufgenommenen unmittelbaren Durchfuhr; es ist die für deutsche Rechnung erfolgende unmittelbare Durchfuhr. Ferner ist im Gesamteigenhandel auch wieder mehr als der deutsche Zwischenhandel enthalten; es findet sich darin auch diejenige mittelbare Durchfuhr, die überhaupt nicht in das Eigentum einer inländischen Firma übergegangen ist. Schließlich ist hervorzuheben, daß der deutsche Zwischenhandel, soweit er im Gesamteigenhandel enthalten ist, neben dem übrigen großen deutschen Handel ungetrennt einhergeht.

Vom Gesamteigenhandel unterscheidet die deutsche Handelsstatistik den Spezialhandel. Er umfaßt zunächst die Einfuhr der unmittelbar aus dem Ausland kommenden sowie der von Zollausschlüssen, Freibezirken, Niederlagen, Konten usw. kommenden Waren in den freien Verkehr, ferner die Einfuhr zur Veredelung (einschließlich der Be- oder Verarbeitung im Freihafen Hamburg) auf inländische Rechnung, die Einfuhr in die Zollausschlüsse zum Verbrauche, die Verbringung von Schiffsbedarf an ausländischen Waren auf ausgehende deutsche Schiffe. Der Spezialhandel umfaßt anderseits die Ausfuhr aus dem freien Verkehr nach dem Ausland einschließlich der unter amtlicher Überwachung ausgehenden, einer Verbrauchs- oder Stempelabgabe unterliegenden inländischen Waren (Bier, Branntwein, Essigsäure, Leuchtmittel, Salz, Schaumwein, Spielkarten, Tabak, Zucker, Zündwaren); ferner die Ausfuhr nach der Veredelung auf inländische Rechnung und die Ausfuhr der im Freihafen Hamburg auf inländische Rechnung hergestellten Waren.

Der Spezialhandel schaltet also einen Teil der mittelbaren Durchfuhr und damit allerdings auch einen Teil des deutschen Zwischenhandels aus; nämlich diejenigen Waren, die auf den deutschen Zollausschlüssen (Freihäfen) usw. einige Zeit lagern und dann wieder ausgeführt werden. Diese Waren werden nur dann als Einfuhr nach Deutschland angeschrieben, wenn sie von den Zollausschlüssen usw. in den sogenannten freien Verkehr Deutschlands übergehen. Nach wie vor sind aber auch im Spezialhandel die Zwischenhandelswaren enthalten, welche vom Ausland in den freien Verkehr Deutschlands eingehen und später in der gleichen Form den freien Verkehr wieder verlassen. Es ist allerdings unmöglich, den Umfang dieses Zwischenhandelsverkehrs, der im übrigen auch zu einem Teil auf ausländische Rechnung erfolgt, anzugeben. Daß er vorhanden ist, ergibt sich daraus, daß beispielsweise rohe Baumwolle in großen Mengen aus Deutschland ausgeführt wird (1913 für 56 Millionen Mark), ferner Rohseide, Kaffee, Kakao, zahlreiche Südfrüchte, Reis usw. Bei einer Reihe von Waren, die auch im Inland gewonnen werden, läßt sich bei der Ausfuhr derjenige Teil, der ursprünglich ausländischen Ursprungs ist, natürlich nicht nachweisen; man denke etwa an Wolle, zahlreiche Rohmaterialien der chemischen Industrie usw. Um die Außenhandelsstatistik vom Spezialhandel aus ihrem Ziel näherzubringen, ist bei der Ausfuhr eine Trennung der Waren nach deutschen und nach ausländischen notwendig. Nachdem die fremden mittelbar durchgeführten Zwischenhandelswaren bei der Ausfuhr und nachträglich bei der Einfuhr ausgeschieden sind, ist es möglich darzulegen, welche Waren eingeführt werden, um der deutschen Volkswirtschaft als Verbrauchsgüter oder Produktionsmittel zu dienen und welche Waren die deutsche Volkswirtschaft an das Ausland abgibt. Um dieses Ziel zu erreichen, muß bei der Ausfuhr vom Versender das Ursprungsland der Waren angegeben werden. Bei diesen ausländischen Waren sind schließlich durch eine weitere Fragestellung diejenigen Waren auszuscheiden, die nicht in das Eigentum einer inländischen Firma übergegangen sind, bei denen also das Inland keinen Zwischenhandelsgewinn erzielt hat.

Der oben umschriebene Spezialhandel zieht die Einfuhr zur Veredelung auf inländische Rechnung sowie die Ausfuhr nach der Veredelung auf inländische Rechnung ein. Es wird also mit anderen Worten die sogenannte Eigenveredelung, das ist der Teil des aktiven Veredelungsverkehrs, der sich auf inländische Rechnung vollzieht, einbezogen, die sogenannte Lohnveredelung, das ist derjenige Teil des aktiven Veredelungsverkehrs, der sich auf Rechnung eines Ausländers vollzieht, ausgeschlossen. Ich habe in meiner früher erwähnten Arbeit näher dargelegt, daß es nicht angängig ist, die Lohnveredelung auszuschließen; auch die Lohnveredelung stellt einen Teil der inländischen Produktion dar.

Es sei schließlich noch einmal zusammenfassend Grundriß und Aufbau der zukünftigen deutschen Handelsstatistik dargestellt. Von maßgebender Bedeutung ist der Spezialhandel, eine Bezeichnung, die v. Loefen mit guten Gründen durch das Wort Eigenhandel ersetzt haben will. Er umfaßt also die Wareneinfuhr zum Verbrauch und zur Bearbeitung durch die deutsche Volkswirtschaft und die durch die deutsche Volkswirtschaft gelieferte Warenausfuhr. [1]) Aus dem bisherigen Spezialhandel müßten demnach die in ihm enthaltenen Teile des deutschen Zwischenhandels und der Durchfuhr für Rechnung eines Ausländers ausgeschieden werden. Als Herkunftsland gilt wie bisher das Land der Erzeugung oder Bearbeitung, als Bestimmungsland grundsätzlich das Land des endgültigen Verbrauchs oder der weiteren Bearbeitung. Erst in zweiter Linie ist von Interesse die Kenntnis des Umfangs des deutschen Zwischenhandels. Er umfaßt also einmal die von vornherein zur Durchfuhr für die Rechnung eines Inländers angemeldeten Waren, eine Warengruppe, die bisher lediglich als Durchfuhrverkehr berücksichtigt worden ist; ferner die ohne Durchfuhranmeldung tatsächlich durch Deutschland für Rechnung eines Inländers ohne inländische Bearbeitung durchgeführten ausländischen Waren. Für eine Darstellung des deutschen Zwischenhandels, die über die Art dieses Handels nähere Auskunft geben soll, kommt als Herkunftsland zweckmäßig das Einkaufsland, als Bestimmungsland das Verkaufsland in Betracht.

Man kann nun, wenn man will, die Zahlen des deutschen Eigenhandels und des deutschen Zwischenhandels

[1]) Vergl. die näheren Ausführungen auf S. 667 ff. meiner Abhandlung.

Digitized by Google

jeweils addieren, um die Summen des deutschen Handels zu erhalten. Ich verspreche mir von dieser Summe als solcher keine neue wirtschaftspolitisch und wirtschaftswissenschaftlich bedeutsame Erkenntnis. v. Loefen schlägt vor, dieser Summe den Namen Gesamthandel anstatt wie bisher Gesamteigenhandel zu geben.[1])

[1]) Es ist unmöglich, hier im einzelnen näher darzulegen, welche Änderungen an den bisherigen Formblättern der Handelsstatistik vorgenommen werden und welche neuen „Scheine" eingeführt werden müssen, um das oben umschriebene Ziel zu erreichen. Eine Reihe beachtenswerter Vorschläge hat bereits v. Loefen gemacht.

Es ist nicht ausgeschlossen, auf jeden Fall in hohem Maße wünschenswert, daß der Neuaufbau der deutschen Handelsstatistik auf Grund internationaler Vereinbarung gleichzeitig mit dem Neuaufbau der Handelsstatistik in anderen Ländern nach einheitlichen Grundsätzen durchgeführt wird. In meiner Arbeit habe ich für die Mehrzahl der Kulturstaaten den Grundriß der Handelsstatistik näher dargelegt. Es geht aus dieser Zusammenstellung auf jeden Fall hervor, daß innerhalb der Systeme der einzelnen Staaten starke Verschiedenheiten vorliegen, die internationale Vergleiche von vornherein nur schwer möglich machen. *(Schluß folgt.)*

Die Unfruchtbarkeit „rein statistischer" Arbeiten.

Von Oberverwaltungsrat Prof. Dr. S. Schott in Mannheim.

Den großen Tongewaltigen J. S. Bach sollen seine ungezogenen Sprößlinge zuweilen dadurch in arge Bedrängnis gebracht haben, daß sie, wenn er der Mittagsruhe pflegen wollte, auf dem Spinett eine Dissonanz anschlugen und sich dann schleunigst aus dem Staube machten. Ob er wollte oder nicht — der aus dem harmonischen Gleichgewicht gebrachte Meister mußte sich erheben und die ärgerliche Dissonanz in Wohlgefallen auflösen. In Nummer 2 des 10. Jahrgangs dieser Zeitschrift hat O. Meller eine Besprechung des Buches von Feld über die Züricher Heiraten veröffentlicht, die zusammen mit einer Anzeige des Schreibers dieser Zeilen über dasselbe Werk einen gehörigen Mißklang ergibt, aber auch für sich allein manchem amtlichen Statistiker nicht sehr lieblich in den Ohren geklungen haben wird. Wir haben bisher darauf gewartet, daß ein Berufener sich vom Sofa erheben werde, um die Dissonanz aufzulösen; da dies nicht geschehen ist, bleibt uns nichts übrig, als selbst gegen das von Meller gefällte Urteil Verwahrung einzulegen. Die abweichende Ansicht über den Wert des Buches von Feld würde dazu an sich keinen Anlaß geben — dergleichen kommt oft genug vor —, wenn die Mellersche Kritik nicht gerade im D. St. Z. stünde. Die Kennzeichnung in dem mit Werturteilen so sparsamen D. St. Z., „unserem" Zentralblatt, wenn die Herausgeber die Anwendung des Possessivpronomens gestatten wollen, hat aber für die Kursfeststellung einer amtlichen statistischen Veröffentlichung im Lauf der Jahre erfahrungsgemäß eine besondere Bedeutung gewonnen. Wird darum dort einer in jahrelanger Arbeit gereiften Untersuchung das Zeugnis ausgestellt, daß „ihre praktischen Ergebnisse für die Verwaltung ebenso wie die rein wissenschaftlichen verhältnismäßig dürftig ausgefallen" seien, so wiegen zu entgegenge etztem Urteil gelangende Besprechungen in unseren wirtschaftswissenschaftlichen Zeitschriften den angerichteten Schaden durchaus nicht auf. Nun ist freilich ohne weiteres zuzugeben, daß von seinem Standpunkt aus Meller zu der erwähnten absprechenden Beurteilung kommen mußte, soweit die wissenschaftliche Seite in Frage steht, während die Leugnung der örtlichen, der Verwaltungsbedeutung der Schrift wohl eine besondere Begründung erfordert hätte. Allein gerade die kühle objektive Temperatur, in der sich nach dem Begleitwort der Herausgeber die Besprechungen im D. St. Z bewegen sollen, scheint uns die Befolgung einer Regel doppelt notwendig zu machen, die E. v. Hartmann für die Kritik aufgestellt und in seinen vielen polemischen Schriften getreulich beobachtet hat. Sie lautet „Die wahre Kritik ist zugleich immanent und positiv, d. h. sie mißt den Kritisierten nicht mit einem ihm fremden, von außen herzugebrachten Maßstab, sondern tritt auf seinen Standpunkt hinüber und scheidet von diesem aus das Haltbare vom Unhaltbaren..."

Damit aber genug von dem Sonderfall der „Züricher Heiraten"; denn wir haben hier keine Antikritik zu schreiben, müssen vielmehr zur Begründung unseres anders ausgefallenen Urteils auf die Buchbesprechung in Conrads Jahrbüchern 1918 I S. 391ff. verweisen. Allein Meller stellt das Buch von Feld als ein „prägnantes Musterbeispiel für jene ganze Art statistischer Arbeiten" hin, bei denen „herzlich wenig" herauskomme, weil solche „rein statistischen Arbeiten zu einer gewissen Unfruchtbarkeit oder, wenn man will, zu einer Zahlenspielerei führen"; denn ihnen allen liege die Idee zugrunde: „Was kann man aus einem vorhandenen Zahlenmaterial alles herauslesen?" So kräftig mit der Nase auf die Minderwertigkeit eines Stücks Lebensarbeit gestoßen zu werden, ist für uns Nur-Statistiker nicht sehr erfreulich, und wenn der Schreiber dieser Zeilen eine solche Abtakelung gerade im D. St. Z. nicht unwidersprochen lassen möchte, so tut er es in erster Linie im Gedächtnis an seine Lehrer Hasse und Kollmann, die sich nicht mehr gegen eine solche Einschätzung ihrer „rein statistischen" Arbeiten wehren können. Wir halten dafür, daß ein Unterschied gemacht werden muß zwischen den Anforderungen, die an eine selbständige statistische Schrift, einen Aufsatz im „Allg. Statistischen Archiv" usf. und jenen, die an eine amtliche statistische Veröffentlichung gestellt werden dürfen. Man darf doch nicht vergessen, daß die amtlichen Arbeiten nicht lediglich zum Ergötzen der bunten soziologischen Schmetterlinge da sind, sondern auch für die prosaischen Verwaltungsbienen blühen. Beiden Bestimmungen gleichzeitig gerecht zu werden, ist freilich nicht leicht, und der amtliche Statistiker mag sich darum wirklich manchmal vorkommen wie Hans Heiling als „ein unglückselig Doppelwesen, zu ewigem Zwiespalt erlesen". Was er mit seiner amtlichen Arbeit erzeugt, ist nur in seltenen Fällen Fertigfabrikat, zumeist aber Halbfabrikat in doppelter Beziehung: als wissenschaftliche und als Verwaltungsvorarbeit. Aber schließlich sind doch die Halbfabrikate auch etwas Nützliches und Unentbehrliches — sowohl für die Verwaltung wie für die Wissenschaft. Aus „vorhandenem Zahlenmaterial etwas herauszulesen", mag manchem als untergeordnete Tätigkeit erscheinen; aber ist denn das Zahlenmaterial von selbst „vorhanden?" Immer wieder muß auf die gröbliche Unterschätzung der geistigen Arbeit bestmöglicher Beschaffung und Zubereitung des Zählstoffs hingewiesen werden, auf die seltsame Beharrlichkeit, mit der in der Paraphrasierung der Tabellen Sinn und Krönung der Tätigkeit des Statistikers erblickt wird.

Wie entsteht denn eine amtliche statistische Veröffentlichung? Der Statistiker erhält oder ersinnt sich einen Auftrag; sagen wir, den Auftrag, nachzuweisen, ob der Spielplan des Theaters seiner Stadt billigen Anforderungen entspricht, oder wie groß die Schädigung der örtlichen Hausbesitzer durch den Krieg war u. dgl. Er wird sich nun in der Literatur umsehen, was auf diesem Gebiete schon gearbeitet worden ist, wird sein Material darauf hin prüfen, was er auch, was er nicht und was er besser machen kann; wird über die notwendige örtliche Prägung des Stoffes sich Gedanken machen. Ist weiteres Material zu beschaffen, so muß er über die zweckmäßigste und sparsamste Gewinnung nachsinnen, den Bearbeitungsplan festlegen, Experimente über die Ertragfähigkeit von Merkmals-Kombinationen anstellen, muß Ersatzmittel kosten, wenn er keine Origi-

Digitized by Google

nalfüllung beschaffen kann, Ideenassoziationen spielen lassen und hundert andere Dinge mehr. Hält er dann das reinliche fertige Druckexemplar seiner Statistik in der Hand und schiebt den handschriftlichen Wust von Notizen, Hilfstabellen und Probeberechnungen mit dem Gefühl des Touristen zur Seite, der gebadet und frisch angezogen die abgelegte Wäsche in die Ecke stößt, dann .... ja dann darf er also das erhebende Bewußtsein hegen, eine rein statistische, notwendigerweise etwas unfruchtbare und zahlenspielerische Arbeit geleistet zu haben. Hat er aber nicht vielleicht doch mit dieser seiner Arbeit sich und anderen die früheren unbestimmten Vorstellungen zurechtgerückt und wenigstens das Kampffeld für den Streit der Meinungen zahlenmäßig enger umgrenzt? Gewiß wird es so sein, wie Meller in seiner Besprechung sagt: „Viele Fragen werden aufgeworfen und kaum eine kann beantwortet werden"; aber — in welcher Wissenschaft ist dem nicht so?

In neuester Zeit ist wiederholt der schöne Gedanke ausgesprochen worden, die statistischen Ämter müßten sich zu soziologischen Forschungsinstituten entwickeln. Das wäre dann also eine Art Symbiose, eine „Genossenschaft von Lebewesen auf Grund gegenseitiger Vorteile" zwischen Soziologen und amtlichem Statistiker, wobei der letztere wie der Einsiedlerkrebs seiner ihm aufsitzenden Seerose unablässig die Nahrung zustrudeln würde. Aber die Zeiten sind hart und die amtliche Statistik, die in Zukunft mit vielleicht beschränkteren Mitteln mehr Zahlenstoff produzieren muß, darf kaum hoffen, so bald schon die Wunderblume aus ihrem Beet entsprießen zu sehen. Sie wird sich wohl noch auf lange hinaus mit ihrer bisherigen bescheidenen Beschäftigung begnügen müssen, zum Bau der Wissenschaften Sandkorn nur um Sandkorn zu reichen, eine Tätigkeit, die zwar nicht zur Überhebung, aber auch nicht zur Zerknirschung Anlaß gibt.

Die Wirtschaftskarte im Dienste der Statistik.

Von Dr. **Richard Lenz**, Leiter des Statistischen Amtes des Kreises Teltow.

Die schon oft erörterte Frage, wie sich die Leistungsfähigkeit eines landwirtschaftlichen Betriebes zu seiner Größe verhält und wieweit überhaupt die Größe eines Betriebes von Einfluß auf seine Leistungsfähigkeit ist, hat gerade während des Krieges bei der zwangsläufigen Bewirtschaftung der ländlichen Erzeugnisse besondere Bedeutung erlangt. Eine klare oder auch nur einigermaßen zuverlässige Beantwortung hat diese wichtige Frage bisher nicht gefunden. Sie wird sie auch kaum finden, bevor nicht einwandfreies statistisches Material vorliegt, das die verschiedenen Größentypen in der Gesamtheit ihrer Leistungsfähigkeit erfaßt. Dabei würde es nicht genügen, wenn man Betrieb für Betrieb auf seinen Ertrag an Bodenfrüchten, Getreide, Kartoffeln usw. erforschte; man müßte sich auch den Viehbestand des Betriebes, seine Leistungsfähigkeit in der Aufzucht von Vieh, in der Erzeugung von Milch und sonstiger Produkte ansehen. Auch sogenannte Nebenprodukte wie Heu und Stroh dürften bei ihrer Wichtigkeit für die Gesamtleistung nicht außer Acht bleiben. Und wäre dies alles sorgfältig festgestellt, dann hieße es, die gesamten Leistungen untereinander in Beziehung, möglichst auf einen Nenner, auf eine einzige Produktionsziffer zu bringen, um überhaupt eine Vergleichsmöglichkeit zwischen den einzelnen Betrieben zu schaffen. Es tut sich hier ein weites Feld mühevoller, aber für den Fall des Gelingens recht segensreicher statistischer Arbeit auf, dessen Inangriffnahme sich wohl lohnte.

Bis zu einem gewissen Grade hat der Krieg eine Grundlage für derartige Untersuchungen geschaffen, nämlich in der schon früher geforderten und jetzt verwirklichten Individualstatistik landwirtschaftlicher Betriebe, die durch die Einführung der Wirtschaftskarte im Jahre 1917 ihren weiteren Ausbau gefunden hat. Diese viel befehdete Wirtschaftskarte könnte neben dem unmittelbar praktischen Wert, den sie für die Erfassung der ländlichen Produkte in der Kriegswirtschaft zweifellos hatte, auch der wissenschaftlich-statistischen Erforschung landwirtschaftlicher Produktion und Ertragsfähigkeit außerordentliche Dienste leisten.

Als Beispiel dafür möge ein Versuch dienen, den der Kreis Teltow zur Prüfung der Leistungsfähigkeit der Betriebe unter Berücksichtigung ihrer Größe an Hand der Wirtschaftskarte für das Wirtschaftsjahr 1917/18 unternommen hat.

Unter Beschränkung auf Brotgetreide (Roggen und Weizen) wurde zunächst festgestellt, wieviel Getreide dieser Art ein jeder landwirtschaftliche Betrieb angebaut hat. Die in der Gemeinde liegenden (meist bäuerlichen) Betriebe wurden sodann gemeindeweise zusammengenommen und berechnet, wieviel Morgen Brotgetreide in jeder Gemeinde auf einen landwirtschaftlichen Betrieb im Durchschnitt entfällt. (Dabei wurden natürlich größere in der Gemeinde liegende Güter ausgeschieden und selbständig behandelt). Durch diese Durchschnitte wurde der Vergleich der über 6000 Betriebe untereinander und mit den Gütern erleichtert. Es wurden die Gemeinden mit gleichen oder ähnlichen Durchschnittsgrößen und ebenso die Güter in neun Größenklassen nach Morgen wie folgt zusammengefaßt: 0—5, über 5—10, 10—20, 20—30, 30—40, 40—50, 50—100, 100—400, über 400. Weiter wurde dann festgestellt, was diese in den einzelnen Größenklassen zusammengenommenen Betriebe insgesamt an Brotgetreide aufgebracht hatten. Die Grundlage hierfür boten einmal die gesetzlich für die Selbstversorgung und den Saatgutbedarf zugelassenen Mengen und andererseits die wirklich an die Reichsgetreidestelle zur Ablieferung gelangten und die als Saatgut verkauften Getreidemengen. Was ungesetzlich verfüttert oder auf Schleichwegen in den Handel gelangt war, konnte natürlich nicht erfaßt werden und mußte sonach außer Ansatz bleiben.

Um eine Vergleichsmöglichkeit zu schaffen, wurde dann weiter berechnet, wie viel in den einzelnen Größenklassen die Gesamtproduktion auf den Morgen der mit Brotgetreide bebauten Fläche ausmacht. Das Ergebnis zeigt eine gewisse Tendenz des Ansteigens bei wachsender Größe des Betriebes. Während der Zwergbetrieb nur 2,66 Zentner auf den Morgen erntete oder besser in Erscheinung brachte, stieg diese Zahl bei dem Großbetrieb bis auf 5,41 Zentner.[1]) Der Durchschnitt liegt bei 3,86 Zentner und wird von den Betrieben, welche 30 und mehr Morgen mit Brotgetreide angebaut haben, durchweg, wenn auch nicht ganz gleichmäßig, übertroffen. Dasselbe Bild der steigenden Skala wiederholt sich, wenn die an Saatgut verbrauchten und verkauften Mengen abgesetzt werden. Der danach rein für Ernährungszwecke freibleibende Teil beträgt in der niedrigsten Klasse 1,91 Zentner pro Morgen, in der höchsten 4,66 Zentner pro Morgen, der Durchschnitt liegt bei 3,11 Zentner.[2]) Legt man die sich im Wirtschaftsjahr 1917/18 ergebende Selbstversorgerration von insgesamt 2,12 Zentner für das Jahr zugrunde, so haben im Kreise Teltow 1917/18 100 Morgen Kleinland nur 90 Personen ernähren können, während von derselben Fläche Großgrundbesitzerland sich 220 Menschen nähren konnten.[3])

Diese im ganzen sehr niedrigen Zahlen werden zunächst überraschen. Man bedenke jedoch, daß der

[1]) In den einzelnen Größenklassen waren die Zahlen folgende: 2,66, 3,22, 3,45, 3,72, 3,75, 4,07, 3,89, 4,19, 5,41.

[2]) Die einzelnen Zahlen sind: 1,91, 2,47, 2,71, 2,97, 3,00, 3,32, 3,14, 3,45 und 4,66.

[3]) Die einzelnen Zahlen sind: 90, 117, 128, 140, 142, 157, 148, 163, 220.

Digitized by Google

Kreis Teltow, der größte Kreis in Preußen mit einer Einwohnerzahl von über 500000 meist städtischer Bevölkerung, der Millionenstadt Berlin vorgelagert ist. Alle üblen Nebenerscheinungen der zwangsmäßigen Kriegswirtschaft, insbesondere Schleichversorgung und Schleichhandel, mußten hier trotz aller Wachsamkeit der Behörden ganz besonders stark der restlosen Erfassung der Produkte entgegenwirken. Auch findet sich hier für Brotgetreide nur wenig erstklassiger Boden, im großen und ganzen muß der Landwirt hier in harter Arbeit dem märkischen Sande das Brot abringen. In anderen Kreisen wird eine gleiche Untersuchung sicherlich bessere Resultate zeitigen. Mit der Vergleichbarkeit der Zahlen untereinander hat dies allerdings nichts zu tun, oder man müßte sich von vornherein auf den Standpunkt stellen, daß der Kleinbetrieb relativ mehr verschoben hat als der Großbetrieb. Aber auch dadurch ließe sich die außerordentliche Verschiedenheit dieser Produktionsziffern nicht restlos erklären.

Keinesfalls sollen aber aus diesem Beispiel schon bindende Schlüsse auf die Verschiedenheit der Ertragsfähigkeit von Groß- und Kleinbetrieb gezogen werden. Dazu ist die Frage denn doch zu schwierig. Eine Untersuchung, die sich lediglich auf Brotgetreide erstreckt, besagt noch wenig über die Ertragsfähigkeit eines ganzen landwirtschaftlichen Betriebes. Sodann ist auch die Bildung von Durchschnittsgrößen in den einzelnen Gemeinden nicht das Ideal wissenschaftlich-statistischer Bearbeitung. Leider war es aber bei der Neueinführung der Wirtschaftskarte für das Erntejahr 1917/18 im Kreise Teltow noch nicht möglich, für jeden einzelnen Betrieb die Ablieferungen sorgfältig und einwandfrei festzustellen. Die Ablieferungsscheine der Kommissionäre boten bei der vielfach ungenügenden Angabe der Namen und Vornamen keine unbedingt zuverlässige Grundlage für die Eintragung in die Wirtschaftskarte. Für das laufende Wirtschaftsjahr kann hier aber eine eingehende Untersuchung, die sich auf die einzelnen Betriebe aufbaut, in Aussicht gestellt werden.

Soviel dürfte jedenfalls das vorliegende Beispiel zeigen, daß eine Untersuchung über die Produktionsfähigkeit landwirtschaftlicher Grundstücke hinsichtlich der Bodenerzeugnisse auf Grund der Eintragungen in die Wirtschaftskarte möglich ist. Was hier für Brotgetreide gezeigt, das läßt sich in gleicher Weise auch für Futtergetreide (Hafer, Gerste und Gemenge), Hülsenfrüchte usw. und an Hand der Kartoffelwirtschaftskarte auch für Kartoffeln durchführen. Die Beziehung auf die Gesamtgröße des einzelnen Betriebes wäre dann ohne weiteres gegeben. Auf Grund der Selbstversorgerzahlen und Viehliste ließe sich die Untersuchung sodann weiter dahin ausbauen, welche Mengen in der Wirtschaft selbst verbraucht werden und wieviel aus jeder Wirtschaft der Allgemeinheit zugeführt wird.

Wer tiefer in die Arbeit eindringt, wird allerdings merken, welche Schwierigkeiten sich bei der Feststellung der Selbstversorgerzahlen ergeben. Die Zahl der Selbstversorger für Brotgetreide deckt sich meist nicht mit der für Hafer und Gerste und gar nicht mit der für Kartoffeln. Mit letzteren werden regelmäßig sämtliche Angehörige einer Wirtschaft versorgt, was nicht immer bei der Versorgung mit Brotgetreide der Fall ist. Oft werden für einzelne oder mehrere Angehörige einer Wirtschaft Brotkarten bezogen, sei es, daß (bei kleineren Wirtschaften) der Ertrag gar nicht für alle Familienmitglieder reicht, oder daß die Brotkarte, auf die teilweise auch der Bezug von Nährmitteln usw. möglich ist, für Kinder oder ältere Leute vorgezogen wird. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich ferner dadurch, daß bei dem Futtergetreide ein Ausgleich innerhalb der einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke zugelassen ist, daß also nicht alle Mengen durch die Kommunalverbände bzw. Kommissionäre erfaßt werden und so in den Ablieferungsbescheinigungen für die Reichsgetreidestelle in Erscheinung treten. Noch schwieriger wird dies bei Kartoffeln, wo die straffe zentrale Lieferung über die Reichskartoffelstelle überhaupt entfällt. Hier müssen sich die Kommunalverbände durch besondere Meldungen der Gemeindevorsteher und Gutsvorsteher bzw. der amtlichen Kartoffelaufkäufer helfen, sonst bleiben die Eintragungen in die Wirtschaftskarte hinsichtlich Vollständigkeit der Ablieferungen, wie sie eine ordentliche Statistik erfordert, überhaupt unvollständig.

Auf diese vollständige statistische Erfassung auch der kleinsten Mengen ist bei der Einführung der Wirtschaftskarte nicht genügend Bedacht genommen worden, wie ja die Reichsgetreidestelle überhaupt nicht von vornherein an eine statistische Verwertung der Wirtschaftskarte gedacht hat. Die Kommunalverbände, die Träger dieser ganzen Statistik, sind bereits in den „Beiträgen zur Kommunalen Kriegswirtschaft“[1]) nachdrücklichst darauf hingewiesen worden, daß sie sich dieses statistischen Wertes der Wirtschaftskarte immer mehr bewußt werden möchten. Wird die Wirtschaftskarte lediglich als praktisches Hilfsmittel für die Kontrolle der Landwirte angesehen, so wird ihre Führung nicht immer so korrekt ausfallen, wie es die statistische Verwertung erfordert. Man wird sich gar zu leicht auf die genauere Kontrolle unzuverlässiger Betriebe oder Gemeinden beschränken und die übrigen nur obenhin behandeln. Bei der Fülle von Arbeit, die zu einer ordnungsmäßigen Instandhaltung von Tausenden von Wirtschaftskarten notwendig ist, ist es nur zu leicht verständlich, wenn dieser oder jener Kommunalverband die Vorschriften der Reichsgetreidestelle nur soweit durchführt, wie es ihm für die Praxis in seinem Kreise notwendig erscheint. Wer die Wirtschaftskarte kennt, der weiß, welche Menge von Kleinarbeit notwendig ist nicht nur, um die Karten dauernd auf dem Laufenden zu halten, sondern auch die vielen Unstimmigkeiten und Fehler herauszubringen, die sich bei der Ausstellung eingeschlichen haben und die nur bei der praktischen Benutzung aufgedeckt und geklärt werden können. Nur wenn diese Arbeit sorgfältig bis ins einzelne erfüllt wird, dann kann die Wirtschaftskarte wirklich eine brauchbare Unterlage wissenschaftlich-statistischer Untersuchung werden.

[1]) Bd. III Nr. 8 S. 69 ff.

Statistik in der Literatur.

Von **Bernhard Lembke** in Stettin.

„Statistik ist die Wissenschaft,
Mit der, was jedem klar ist,
Man absolut beweisen kann,
Was absolut nicht wahr ist.“

Dieses Verschen, das die Fliegenden Blätter noch im Jahre 1918 ihren Lesern zumuten konnten, ist in mehr als einer Hinsicht bemerkenswert. Gütigst wird zwar der Punkt zugestanden, der am strittigsten ist: daß die Statistik eine Wissenschaft sei. Im übrigen aber wird Mißtrauen gegen die Statistik gepredigt — und solche Predigten dürfen in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden. Tragen sie doch dazu bei, auch die praktische Statistik zu erschweren, dem Argwohn der Befragten gewisse Grundlagen zu bieten und Zählungen, wie sie die überstürzte Kriegszeit mit sich gebracht hat, durch solches Hingerede tatsächlich zu erschweren.

In ihrer Einschätzung stehen die „Fliegenden“ nicht allein da. Es ist wohl bezeichnend, daß in den folgenden zufällig gesammelten Stellen auch nicht eine einzige der Statistik gerecht wird. Im Erwerbsleben ist man es ja gewohnt, daß schlechtweg ganze Berufsstände wie die Hausbesitzer, die Agrarier, die Juristen usw.

Digitized by Google

als Freiwild der öffentlichen und oft auch amtlichen Meinung ausgeliefert werden, — in den Wissenschaften nimmt nur die Statistik eine solche ehrenvolle Stellung ein.[1])

Die Bitterkeit, die sich bei den Vertretern der Statistik regen muß nicht nur wegen der tatsächlich doch beinahe nackten Nichtbeachtung ihres Lebenswerkes, sondern vor allem auch wegen der Nichtwürdigung, — sie ist nur allzu verständlich. Schließlich aber wird Forscherarbeit überall nicht beachtet, sondern erst Forschererfolg. Forschererfolg aber wird bewertet nach seinen Dauerwirkungen; man denke an Röntgen, Koch, Ehrlich. Wer aber weiß heute etwas von Gregory King?

Nichtbeachtung und Nichtwürdigung teilt die Statistik mit ihrer sonstigen Gegnerin, der Mathematik. Diese aber genießt felsenfestes Vertrauen, die Statistik — gar keins. „Zahlen beweisen", dieses unglückliche Wort aus dem Kölner Stapelstreit[2]) hat wie kein anderes Schlagwort einen ganzen Wissenszweig in Verruf gebracht. Dazu kommt das geringe Zahlenverständnis der meisten Menschen, die teils vor jeder Ziffernreihe eine bäuerliche Ehrfurcht hegen, teils aber auf Grund eigener Beherrschung des kleinen und ausgewählter Stellen des großen Einmaleins alles, was mit Zahlen zusammenhängt, für einfach halten. Wurde Schreiber dieser Zeilen doch im Kriege von einem seiner Hauptleute dienstlich gefragt, ob Statistik nicht von jeder Dame „gekonnt" würde. Es wäre also gar nicht schwer, Privat- oder Zeitungsäußerungen über die Statistik in Hülle und Fülle zusammenzustellen. Hierauf kann aber verzichtet werden. Viel wertvoller ist das, was wirkliche Literaten als ihre Meinung niedergeschrieben haben; denn das kann ruhig als Ansicht der sogenannten Intelligenz gelten.

Da ist es nun vielleicht bemerkenswert, daß die Statistik in der Literatur erst recht spät beachtet wird, jedenfalls erst, nachdem der Begriff Statistik feste Formen gewonnen hat und zwar durch Bindung an die Tabelle. Freilich mögen schon die Wahrscheinlichkeitsrechnungen von Froumenteau (Kriegsverluste im *secret des finances*, 1581) theologisch-moralische Würdigung gefunden haben, wie später die Arbeiten von Graunt und Süßmilch; aber damals bildete sich ja erst eine Statistik im heutigen Sinne. Wenn man nun als Literatur zwar die reine Fachliteratur ausscheidet, dagegen nicht nur die schöne, sondern auch die belehrende, also die gesamte schöngeistige einbezieht, so dürfte der Spötter Karl Julius Weber der erste sein, der in seinen „Briefen eines in Deutschland reisenden Deutschen" (Stuttgart 1838) statistische Angaben nicht nur übernimmt, sondern auch beleuchtet. Aber wohlgemerkt: nur die Angaben; Statistik als solche kennt er noch nicht, sondern nur Staatsmerkwürdigkeiten.

Dagegen zeichnet Charles Dickens in seinen Sylvesterglocken schon einen trockenen Statistiker, einen Herrn Filer, ganz Tabellenmensch und beeinflußt durch den von Dickens grimmig gehaßten, aber nicht genannten Malthus. Und Honoré von Balzac, aus dessen Werken man wie bei Dickens ein ganzes sozialethisches System entwerfen könnte, läßt bezeichnenderweise in seinem Roman „Ursula Mironet" den soeben aus dem Schuldgefängnis entlassenen Junker Savinien von Portendure den Plan zu einer Moralstatistik fassen.

Hier hätten nun Statistik und Literatur zum erstenmal einen ausdrücklichen Berührungspunkt, wie sie, aneinandergelegt, bis zur Jetztzeit reichen würden; doch haben hier nur neue Stimmen Sinn. Die in exklusiven Kreisen wohlbewanderte Elisabeth Heyking beschreibt einen als lächerlich geltenden Diplomaten und hebt als Hauptzug seinen Eifer in der Anfertigung handelsstatistischer Tabellen vor. Marx Möller in seiner Gartensonate verwechselt wie so viele Statistik und Mathematik, wenn er einen sonderbaren Kauz eine statistischen Zwecken dienende Kartothek aller Kurt-Benannten führen läßt. Kurd Laßwitz im Novellenband Seifenblasen setzt in einer ironischen Auseinandersetzung die statistische Methode in Gegensatz zur historischen und zur metaphysischen Methode, freilich mehr in der Absicht, die Goethe-Philologen zu erfreuen. Auch Gleichen-Rußwurm in seiner Plauderei Sieg der Freude lehnt der Statistik eine tiefer schürfende Beweisfähigkeit ab.

Die Abneigung bei Ewers berührt schon Sinn und Wesen der Statistik. Sie ist aristokratischen Ursprungs, wie ja Schott sicher recht hat, wenn er auch Goethe als die heutige Statistik ablehnend annimmt. Ewers wirft (in dem Band „Mit meinen Augen") der Statistik hauptsächlich vor, daß sie durch das Ernst-Nehmen gewisser amerikanischer Freistaaten viel Schuld an unerfreulichen Erfahrungen trage. Auch lehnt Ewers innerlich Masse und Majorität ab. Alles das tritt aber bei der Statistik in Erscheinung; nach ihm dürften nur gleichwertige, nicht gleichartige Größen ausgezählt werden. Vielleicht liegt auch seinen Ausführungen der freilich nicht geradenwegs ausgesprochene Gedanke zugrunde, daß die suggestive Wirkung der glatten sauberen Aufmachung statistischer Tabellen auf ähnlich glatte, saubere Verhältnisse des Staates schließen läßt.

Mannigfaltig hat sich Bernhard Shaw, der bekannte Schriftsteller aus der Salon-Sozialistenschule der Fabier, über die Statistik ausgesprochen. In seinen *Essays* (Berlin 1908, S. 174 ff.) wendet er sich aber nicht gegen die Statistik, sondern gegen den Mißbrauch der Statistik. In seiner Polemik (gegen Max Nordau) muß man ihm recht geben, wenn er Verwahrung dagegen einlegt, daß Schlüsse aus der Verdoppelung der Bevölkerung und Verzehnfachung ihrer Leistungen gezogen werden, wenn die maschinelle Entwicklung dabei unerwähnt bleibt; oder wenn jemand die Zunahme der Bestrafungen verwertet ohne Beachtung des verengerten Strafnetzes. Eine grundsätzliche Stellungnahme läßt sich Shaw aber nicht abgewinnen; immerhin dürfte er der einzige sein, der nur den Mißbrauch bekämpft, ohne gleichzeitig den Gebrauch ausschließen zu wollen.

Ganz anders August Strindberg, der ja jeden seiner so wechselvollen Standpunkte mit gleicher Wucht vertreten hat. Er lehnt die Statistik gänzlich ab; so schon im ersten Band seines fesselnden Blaubuches (München 1908) an drei Stellen. Er höhnt, daß die Statistik Kurven über Verbrechen und Laster zeige, die notwendig seien, wendet sich also gegen Quetelets Prädestinationsmeinung. Aber nicht nur das Budget des Schafotts empört ihn, sondern auch die Phantasielosigkeit der Statistik (die ja gar nicht so ohne weiteres feststeht); jedenfalls spottet Strindberg über Stuart Mill, der als nüchterner Positivist nur an statistische Darstellungen glaubt. Und schließlich zieht er sein Fazit: „Die unreinste Wissenschaft von allen, die Statistik, ist auch ein Mädchen für alles geworden, das allen schlechten Zwecken dient, alle Irrtümer bestätigt, alle falschen Alibis bezeugt. Die Rechnung ist richtig ausgeführt, aber alle Posten sind falsch, erdichtete Beträge, Verwechselung von Soll und Haben, Auslassen von Schulden, mit einem Wort falsche Buchführung, aber richtige Zusammenziehung." Im Text (S. 392) steht freilich statt Statistik Mathematik, was aber keinen Sinn gibt; die

[1]) Wie im D. St. Z. bei jeder Gelegenheit betont wird, kommen alle die mehr oder weniger oberflächlichen oder falschen sogenannten Statistiken, die Anlaß zu den absprechenden Urteilen der oben geschilderten Art über „die Statistik" gegeben haben, auf das Schuldkonto des großen Heeres der statistischen Dilettanten, deren himmelweiten Unterschied von der kleinen Schar wirklicher Statistiker die Urheber jener Urteile nicht kennen, während sie gewiß niemals einen Winkeladvokaten und einen Juristen, einen Kurpfuscher mit einem Arzt gleichstellen würden. Das *ceterum censeo* demgegenüber bleibt der Ruf nach größerer Verbreitung statistischer Fachausbildung. *Schriftl.*

[2]) Näheres über dieses Wort siehe im Büchmann.

Digitized by Google

Vertauschung beider Begriffe begegnet einem ja täglich.

Ähnlich temperamentvoll spricht sich der Kunstschriftsteller Benno Rüttenauer im Autorenbuch des Münchener Verlegers Georg Müller aus (1914, S. 100). Seine Ausführungen sind so bezeichnend, daß sie hier abgedruckt werden: „Intelligente und ehrliche Statistiken sind gewiß etwas Gutes und Förderndes. Aber es gibt auch dumme, abgesehen von den unehrlichen. Stellt da einer eine Statistik auf über die Bücher, die jährlich in Europa gedruckt werden und wie sie sich prozentual verteilen auf die einzelnen Nationen; mit dem Ergebnis, daß der höchste Prozentsatz auf Deutschland fällt und daß namentlich das „literarische" Frankreich von Deutschland gewaltig übertroffen wird. Und alle Zeitungen berichten über dieses Resultat in höchsten Tönen patriotischer Befriedigung. — Hat man je, ich frage, eine größere Stupidität, eine dickere Dummheit erlebt, als ein derartiges Sich-in-die-Brust-werfen? Dabei lasse ich den Mißstand ganz außer Betracht, der aller Statistik (dieser „exaktesten Wissenschaft") immer anhaftet, daß sich wohl die Quantität in Zahlen genau ausdrücken läßt, aber nie die Qualität. — Dies mag auf sich beruhen, aber meinen sollte man, daß eine Statistik wie die besagte, nur die eine Wirkung auslösen könnte, nämlich die heftige Forderung ihrer Ergänzung. Und darin mußte diese Ergänzung bestehen, der Produktion den Konsum gegenüberzustellen, und also die Frage zu beantworten, wieviel Bücher gekauft werden; z. B. wieviel französische Bücher gekauft werden, erstens im allgemeinen und zweitens wieviel davon in Frankreich, und wieviel im Ausland. Und dann dieselbe Frage für Deutschland beantwortet. Usw. Usw."

Man darf doch wohl annehmen daß keine Bücher gedruckt werden, wenn nicht einigermaßen auf Absatz gerechnet wird; im übrigen schrieb schon Eduard Engel 1908 bei Betrachtung einer literarischen Statistik, daß mehr Bücher deutsch als in irgendeiner anderen Sprache gedruckt werden, und es folglich wohl auch mehr Leser deutscher Bücher als anderer auf Erden gebe, was ja nach Rüttenauers Darlegungen nichts besagen will. Bei dieser Gelegenheit sei übrigens auf die fesselnden Statistiken des literarischen Echos hingewiesen, über die Leihziffern und Hauptstützen der Mietsbüchereien.

Das schärfste, was gegen die Statistik überhaupt geschrieben ist, enthält ihren Namen gar nicht. Es stammt von O. A. H. Schmitz, einem unserer beachtenswertesten und nicht eindringlich genug zu empfehlenden Schriftsteller, und steht in seinem Brevier für Weltleute (München 1913, S. 359) „. . . hätte gerade so gut, wie es andere hoffnungsreiche Existenzen tun, in derselben Zeit einige tausend Ameisenhaufen mit Petroleum vernichten können, um ihre Bewohner zu zählen und dann festzustellen, wieviel Ameisen durchschnittlich einen Ameisenstaat bilden. Das Berechnen derartiger Beträchtlichkeiten halten viele für geistige Arbeit. Aus dieser dürftigen Auffassung des Geistigen geht auch die Behauptung hervor, die Frau sei ebensosehr zur Forschung geeignet, wie der Mann. Zu solcher Forschung allerdings." Vernichtender konnte freilich manche statistische Urproduktion nicht abgetan werden. Die mechanische Seite der Statistik darf eben bei ihrer üblichen Geringschätzung nicht übersehen werden; zu Laboratoriumsforschungen z. B. gehören erheblich mehr technische Fähigkeiten. Und vielleicht hat Schmitz in seinen Ausführungen nicht unrecht, wenn man die statistisch feststellbare Tatsache festhält, wieviele von den vielen Frauen, die Nationalökonomie studieren, sich statistische Doktorarbeiten geben lassen. Denn Auszüge aus der Reichs- oder Staatsstatistik gehören schließlich auch unter die — Ameisenhaufen. — —

Obige literarische Stellen ließen sich sicher beliebig vermehren; einiges ist weggelassen, vieles unbekannt geblieben. Vielleicht finden sich Leser, die die hier gegebenen Anregungen unterstützen und fortführen.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Reichsdeutsche im Ausland.[1]) Wie früher, sind auch anläßlich der deutschen Volkszählung von 1910 vom jetzigen „Statistischen Reichsamt" Angaben über die ungefähr zur nämlichen Zeit in anderen Staaten ermittelten Reichsangehörigen oder Reichsgebürtigen gesammelt worden; sie liegen in einem 1918 erschienenen Ergänzungsheft zu den „Vierteljahrsheften" von 1916 vor. Für Österreich-Ungarn, Schweden, Italien und Portugal konnten dazu Abschriften aus den dortigen Volkszählungspapieren benützt werden, für Norwegen, Holland und Spanien tabellarische Bearbeitungen derselben; für Mittelamerika und Argentinien Mitteilungen der deutschen Konsuln. Im übrigen lagen meist nur die statistischen Veröffentlichungen vor. Ganz fehlen neuere Angaben u. a. für Rußland, Rumänien, Serbien, Montenegro, China, Brasilien und 5 andere südamerik. Staaten.

Im ganzen wurden 631 650 deutsche Staatsangehörige und in den Staaten, wo nur nach dem Geburtsland gefragt wird (Verein. Staaten, Großbritannien mit Kolonien, Dänemark, Bulgarien, Niederl.-Indien), 2 635 819 Reichsgebürtige gefunden, von welch letzteren der größte Teil auf die Verein. Staaten entfällt.[2]) Ein Vergleich mit der vorausgegangenen Zählung zeigt eine beträchtliche Zunahme bei den Nachbarstaaten, bei denen der kurzzeitige, mit dem Geschäftsleben zusammenhängende Verkehr die Steigerung bewirkt haben dürfte. Die Zunahme in südamerikanischen Staaten und Mexiko ist dagegen auf das Anwachsen, die Minderung in den Verein. Staaten und Australien auf das Nachlassen der Auswanderung zurückzuführen.

Die Alterszusammensetzung der Auslandsdeutschen, die in den einzelnen Staaten große Verschiedenheit zeigt, hängt erstens davon ab, in welchem Maße sich ganze Familien unter ihnen befinden und demnach der Auslandsaufenthalt als dauernd zu betrachten ist, zweitens von der Neigung zur Annahme der fremden Staatsangehörigkeit; je mehr das erstere und je weniger das letztere zutrifft, um so mehr wird die Altersklassenverteilung der im Deutschen Reich selbst ähnlich sein. Das ist am meisten in Rußland der Fall, allerdings nach den allein vorliegenden Zahlen von 1897, am wenigsten in Großbritannien.

Der Berufsauszählung, die nur für diejenigen Staaten, für die Abschriften der Zählpapiere vorlagen, in einer mit der Reichsstatistik vergleichbaren Weise vorgenommen werden konnte, ist ohne die bis jetzt nicht durchführbare Unterscheidung nach der Aufenthaltsdauer nicht viel schlüssiges zu entnehmen.

Der Natur der Dinge nach, wie sie bisher lagen, konnte die hier besprochene Statistik sich nur auf die innerhalb der politischen Grenzen des Deutschen Reiches staatsangehörigen oder geborenen Personen erstrecken, aber keine wirkliche Darstellung des Auslandsdeutschtums im eigentlichen Sinne geben. Eine solche Statistik müßte alle diejenigen nachweisen, die ihre deutsche — also nicht bloß reichsdeutsche — Heimat verlassen haben und sich in einem fremdsprachigen Lande — also nicht bloß außerhalb der Reichsgrenzen — aufhalten. Eine besondere Aufgabe der Statistik wäre es dann weiter, die Zahl der Deutschen — wieder ohne Rücksicht auf die Reichsgrenzen — festzustellen, die das große deutsche Sprachgebiet in Mitteleuropa bewohnen. Erst dann würde ein zutreffendes Bild des Verhältnisses zwischen Heimats- und Auslandsdeutschtum gewonnen werden.

[1]) Siehe auch D. St. Z. 1918 S. 183.
[2]) Siehe D. St. Z. 1914 Sp. 91/93 und 1915 Sp. 79/80.

Digitized by Google

Die Auswanderung aus dem Reiche, die ja fortlaufend, wenn auch in einem notgedrungen sehr beschränkten Umfang statistisch beobachtet wird, hat Dr. A. Schulte im Hofe mit der Statistik der Reichsdeutschen im Ausland in Zusammenhang zu bringen gesucht in seiner Schrift „Auswanderung und Auswanderungspolitik" (Berlin 1918), die im wesentlichen die statistischen Ergebnisse der Tätigkeit der seit 1. April 1902 bestehenden, von der Deutschen Kolonialgesellschaft geleiteten, reichsseitig unterstützten „Zentralauskunftsstelle für Auswanderer" behandelt. Verf. berechnet u. a. aus den in den einzelnen Ländern bei aufeinanderfolgenden Zählungen ermittelten Personen reichsdeutschen Ursprungs unter Berücksichtigung einer angenommenen Zahl von Sterbefällen die jährlich im Lande bleibenden deutschen Einwanderer; so für die europäischen Länder ohne Rußland und den Balkan auf rd. 16500 jährlich für etwa das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts, auf 20000 für das erste Jahrzehnt des jetzigen. Weiter untersucht Verf. die Gründe der unvermeidlichen Mängel der Reichs-Auswandererstatistik, und er kommt zu dem Ergebnis, daß die amtliche Zahl 324650 der Gesamt-Auswanderung von 1902—13 auf 843936 zu erhöhen sei.

Bei diesem Anlaß sei auch eine Miniaturstatistik des Auslandsdeutschtums erwähnt, die Referent auf der Rückreise aus der Türkei um die Jahreswende 1918/19 auf dem Dampfer „Corcovado" erhoben hat und die zum Teil in den „Vierteljahrsheften des Vereins für das Deutschtum im Ausland", 1919 I, zum andern in den „Mitteilungen des Stuttgarter Auslandsinstituts" Nr. 5 1919 veröffentlicht ist. Sie umfaßt 572 Personen und unterscheidet diese außer nach Geschlecht und Alter, Familienstand und Beruf noch von einigen Gesichtspunkten, auf die sich die amtliche Statistik noch nicht erstrecken konnte. Es sind das die Dauer des Aufenthaltes im Ausland, und in bezug auf die Verheirateten der letzte Wohnsitz und die Staatsangehörigkeit der Frauen vor der Eheschließung, sowie ihre Muttersprache. Die Statistik liefert also einen Beitrag zur Frage der nationalen Mischehen.

E. Würzburger.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Wohnungsbedarf nach dem Kriege. Heft 6 der vom hamburg. Stat. Landesamt herausgegebenen „Statist. Mitteil. über den hamb. Staat" gibt eine Darstellung des Kleinwohnungsmarktes in der Stadt Hamburg im Jahre 1917/18 und seine mutmaßliche Gestaltung nach dem Kriege. Die Schrift kommt zu dem Ergebnis, daß mit einem starken Wohnungsmangel der besseren Kleinwohnungen nach dem Kriege zu rechnen sein wird, da im ersten Jahre nach Kriegsschluß auf dem Wohnungsmarkt als Wohnungsuchende neu auftreten werden: 1. die im Kriege aufgelösten Haushalte, 2. die kriegsgetrauten Ehepaare, die noch keine Wohnung während des Krieges genommen haben, 3. die Paare, die ihre Eheschließung bis nach dem Kriege aufgeschoben haben, und 4. die sicher zu erwartenden neu hinzuziehenden Haushaltungen. Das Amt schätzt die Zahl dieser Haushaltungen auf Grund der angestellten Ermittlungen auf rund 20000, von denen ungefähr $^3/_4$ oder rund 15000 eine Kleinwohnung suchen werden. Diesen 15000 Haushaltungen dürften aber schwerlich mehr als 10000 leerstehende Kleinwohnungen zur Verfügung stehen, da der Baumarkt während des Krieges vollständig darniedergelegen hat und in den letzten Jahren 1916 und 1917 so gut wie keine Wohnungen erstellt worden sind.

K. v. Tyszka (Hamburg).

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Krieg und Lebenshaltung. Der Krieg hat auf die Lebenshaltung des deutschen Volkes umwälzenden Einfluß ausgeübt. Wie die Knappheit der Lebensmittel und der Rohstoffe und die daraus entstandene Teuerung auf die Bevölkerung gewirkt hat, zeigt uns eine in der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes 1918 1./4. Heft veröffentlichte Untersuchung über die Lebenshaltung bayerischer Familien während des Krieges. Vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen erhobene Monatsbudgets von 31 Familienhaushaltungen und auf Veranlassung des Leipziger Verlages „Nach Feierabend" ganz- und mehrjährig geführte Wirtschaftsbücher geben das Material.

Hiernach schlossen etwa 76% von den 31 für den April 1917 untersuchten Haushaltungen ihr Monatshaushaltsbudget mit Fehlbeträgen von 2,57 M. bis 163,36 M. und nur 23,33% mit Überschüssen von 10,92 M. bis 53,11 M. ab. Etwas mehr als die Hälfte der durchschnittlichen Monatsausgaben — für die Gruppe der Familien der untersten Einkommensstufen allein berechnet, nahezu $^2/_3$ — treffen auf Ausgaben für die Ernährung, 12% auf Bekleidung und etwas über 10% auf Miete. Das durchschnittliche Ausgaben-Prozent für Heizung und Beleuchtung beläuft sich auf nicht ganz 7%, für Steuern auf etwas über 2%. Auf diese 5 Ausgaben-Hauptgruppen treffen über 83% der Monatsgesamtausgaben, der Ausgabenrest mit 16% entfällt nach der Größe des Anteils geordnet auf den Aufwand für Löhne, Trinkgelder, Bücher, Zeitungen, Unterricht, Wäsche, Seife, Soda, Versicherung, Fahrgelder, Arzt und Apotheke. Die geringsten Aufwendungen wurden für Vergnügungen und Sport gemacht.

Der Aufwand für die Ernährung allein verteilt sich mit $^1/_5$ der Ausgaben auf Fleisch, $^1/_{10}$ auf Milch,[1]) $^1/_{11}$ auf Brot, $^1/_{16}$ auf Butter und Fett, $^1/_{18}$ auf Käse, $^1/_{18}$ auf Gemüse und Obst, $^1/_{21}$ auf Mehl, Grütze, Graupen und Teigwaren, $^1/_{42}$ auf Kartoffel, $^1/_{49}$ auf Zucker, $^1/_{55}$ auf Kaffeeersatz. Dem Gewicht nach steht an erster Stelle der Verbrauch für Brot, an zweiter Stelle der Verbrauch für Kartoffeln, dann Mehl und erst mit dem vierten Platz in der Reihenfolge der Verbrauchsmengen frisches Fleisch, dem Zucker und Fette folgen.

Umfassenderen Aufschluß über die Lebenshaltung im Kriege als die Monatsbudgets gewähren die Aufschreibungen der ein- und mehrjährig bis zum Jahr 1916 geführten 6 Familienwirtschaftsbücher. Diese Aufschreibungen erstrecken sich über einen größeren Zeitraum, Schwankungen der Einnahmen, der Ausgaben und des Verbrauches treten nahezu zurück. Die Gegenüberstellung der Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben ergibt hier, daß Alle mit ihrem Einkommen auch ihr Auskommen finden: der Gesamtausgabenerhöhung — insbesondere durch Steigerung des Aufwandes für Ernährung — steht eine Erhöhung der Einnahmen durch Kriegsteuerungszulagen, Jugend-Verdienstmöglichkeit im Kriege, gemeindliche Kriegsbeihilfen und Nebenverdienste gegenüber. Daß sich trotz der steigenden Einnahmen die Steuerleistungen teilweise gemindert haben, erklärt sich aus der meist für eine Steuerveranlagung nicht in Betracht kommenden Art der Einkommensteigerungen durch Unterstützungen usw. Die erhöhten Aufwendungen zur Beschaffung der notwendigen Nahrungsmittel konnten, namentlich bei den Familien mit beschränkteren Einkommensverhältnissen nur auf Kosten der Befriedigung anderer Bedürfnisse wie Kleidung, Wäsche, Vergnügungen geschehen. Sie weichen bei den einzelnen Familien nach Art und Umfang beträchtlich voneinander ab, gemeinsam erscheint nur der Rückgang des Fleischverbrauches und die Steigerung des Käseverbrauches. Im allgemeinen konnte jedoch den damaligen Ernährungseinschränkungen — 1914/1916 — durch Ausgleich mit erhöhtem Verbrauch an Fischen, Kartoffeln, Brot, Mehl und Zucker noch mit Erfolg begegnet und damit in der Hauptsache eine Verschlechterung der Ernährung hintangehalten werden, was in den folgenden Kriegsjahren durch die steigende Knappheit auch der bisherigen Ausgleichslebensmittel tierischer und pflanzlicher Herkunft nicht mehr möglich war.

R. Wölzl (München).

---

[1]) Der hohe Ausgabenposten für Milch erklärt sich daraus, daß sich in den 31 untersuchten Familien mit 149 Personen 5 Säuglinge und 49 1 bis 13jährige Kinder mit Vorzugsmilch-Anteilen von $^1/_4$ bis 1 Liter Milch befinden.

Digitized by Google

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Landwirtschaftliche Betriebe im hamburgischen Staat. Bei der Bearbeitung des Materials der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik von 1907 für Hamburg zeigte es sich, daß der verhältnismäßig geringe Umfang der hamburgischen Landwirtschaft es gestattete, bei der Aufstellung der wichtigeren Tabellen neben den größeren Gebietsteilen auch die Erntebezirke und die kleineren örtlichen Einheiten namentlich aufzuführen. Diese Behandlung, deren Ergebnisse im 4. Sonderheft der „Stat. Mitteilungen über den hamb. Staat" (Hamburg 1917) erschienen sind, stellt eine Erweiterung gegenüber der Reichsstatistik dar, die wegen der Seltenheit derartiger Untersuchungen von Interesse sein dürfte.[1]) Zugleich ließ das zahlenmäßige Vorwiegen der Zwerg- und Parzellenwirtschaften (Betriebe bis zu 2 ha) es wünschenswert erscheinen, wo es angängig war, eine Gliederung der Betriebe nach Haupt- und Nebenbetrieben in die Tabellen aufzunehmen. Mit Rücksicht auf die Bedeutung des Gartenbaues für die hamburgische Landwirtschaft (Anteil des Gartenlandes an der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Hamburg 9,98 % im Reich 1,5 %), wurde eine besondere Darstellung der Anbauverhältnisse in den Vierlanden gebracht (Tab. 16, S. 301). Im übrigen lassen die in dem Hefte mitgeteilten Ergebnisse der Betriebsstatistiken den eigenartigen Charakter der hamburgischen Landwirtschaft deutlich hervortreten. So z. B. liegt der Schwerpunkt der hamburgischen Landwirtschaft bei den bäuerlichen Wirtschaften (Betriebe von 2—100 ha) die der Zahl nach zwar nur 8,91 % der Betriebe ausmachten, aber über 78,74 % der Nutzfläche verfügten. Der mittelbäuerliche Betrieb (5—20 ha) ist mit Rücksicht auf den Bodenbesitz als Typus der hamburgischen Landwirtschaft anzusehen.

Die Bodenbenutzung charakterisiert die hamburgische Landwirtschaft ebenfalls. Von der landwirtschaftlichen Nutzfläche des hamburgischen Staates nahmen Ackerland und Wiese einen weit geringeren Anteil in Anspruch als von der Nutzfläche des Deutschen Reiches (74,66 % gegen 95,45 %); dafür fielen aber auf reiche Weiden und Gartenland mehr als 25 % der Fläche, im Reiche dagegen nur etwas mehr als 4 %.

Was den Personalbestand der landwirtschaftlichen Betriebe und seine Zusammensetzung betrifft, so wurden in Hamburg bedeutend weniger weibliche Arbeitskräfte in der Landwirtschaft verwendet als im Reichsdurchschnitt.

Unterscheidet man ferner drei Hauptgruppen des landwirtschaftlichen Personals: Betriebsleiter (Eigenarbeit), mitarbeitende Familienangehörige (Familienarbeit) und andere Arbeiter (Fremdarbeit), so ergibt sich für Hamburg das günstige Bild, daß Inhaber und Familienangehörige zusammen über 81 % des Personals ausmachten. *H. v. Leesen* (Hamburg).

Landwirtschaftliches Rechnungswesen. Für dessen statistische Verwertung tritt Rentmeister Quade in der „Mecklenb. Landwirtsch. Wochenschrift" vom 1. März 1919 ein, indem er vorschlägt, die Buchführungsergebnisse der einzelnen Jahre und die verschiedenen sonstigen Vorgänge im Betrieb übersichtlich zusammenzustellen, damit sie dem Betriebsleiter als Wegweiser zur Vervollkommnung seiner Wirtschaftsführung dienen und ihm die Aufdeckung und Beseitigung von Mängeln ermöglichen. *E. W.*

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

Konfessionelle Militärstatistik. Anlaß zu dieser im Ergänzungsheft XIII zum Archiv für Sozialwissensch. und Sozialpolitik 1917 (65 S., M. 2.60) erschienenen Arbeit von R. E. May (Hamburg) haben die vom Preuß. Kriegsministerium angeordnete und eine bereits gleich nach Kriegsausbruch von jüdischer Seite beschlossene Erhebung über die Juden im Heere gegeben. Zweck der Untersuchung war zu beweisen, daß nicht nur die Frage nach dem Werte und der Bedeutung der einzelnen Konfessionen für die Vaterlandsverteidigung, sondern auch die viel einfachere Teilfrage dieser allgemeinen Frage, die das Preußische Kriegsministerium mit Hilfe einer konfessionellen Militärstatistik lösen wollte, sich auf diesem Wege allein nicht lösen lasse. Zur Beweisführung bedient sich der Verfasser der Gegenüberstellung der Ergebnisse von Berufszählung und Volkszählung, von Volkszählung und Bevölkerungsbewegung, von Schulstatistik und Volkszählung, und zwar erstreckt sich seine Untersuchung gleichmäßig auf Protestanten, Katholiken und Juden.

An der Hand dieses Materials ergeben sich, wie der Verfasser eingehend nachweist, Verschiedenheiten mannigfacher Art in den ganzen Lebensverhältnissen der drei Bekenntnisgruppen, die bewirken, daß die Ziffern der konfessionellen Militärstatistik nicht mit den rohen Bevölkerungszahlen verglichen werden dürfen. Es gilt dies vom Altersaufbau, vom Grade der Tauglichkeit und der Verwendungsfähigkeit nach erfolgter Einziehung, beides zusammenhängend mit der Gebürtigkeit in Stadt und Land und der Berufszugehörigkeit, endlich von der hauptsächlich durch letztere bestimmten tatsächlichen Verwendung. Verfasser ist der Ansicht, daß die Bekenntnisse ungefähr im gleichen Verhältnis, wie ihre Knaben höhere Schulen besucht haben und wie die Erwerbstätigen in Handel und Verkehr und unter diesen wieder die Selbständigen und Angestellten vertreten sind, Anteil an der Zahl derjenigen haben, die beim Kriegsausbruch im Ausland weilend die Heimat nicht erreichen konnten, oder die in kriegsnotwendigen Betrieben und Stellungen unabkömmlich oder als Organisatoren und Leiter in gesicherten Stellungen hinter der Front gewesen sind.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Verfassungsleben und Statistik. Zur Jahrhundertfeier der bayerischen Verfassung hat der Präsident des Bayer. Statist. Landesamts, Dr. Friedrich Zahn (in der Zeitschrift des BStLA. 1918 S. 497 flg.) eine kurze, sehr beachtenswerte Betrachtung veröffentlicht, welche an dem in der Hauptsache wohl typischen Beispiel Bayerns die engen Beziehungen darlegt, die zwischen Verfassungsleben und der statistischen Verwaltung sich im Laufe der Zeit entwickelt haben. Die Anfänge der amtlichen bayerischen Statistik gehen allerdings noch auf die „verfassungslose" Zeit, auf die Zeit des aufgeklärten Absolutismus zurück. Besonders im Ministerium Graf Montgelas (1799—1817) wurde die Statistik mit Eifer gepflegt. Man wollte — schon damals — mit ihrer Hilfe dem Staatsvolk Einblick in die Verwaltung geben, die getroffenen Verwaltungsmaßnahmen damit rechtfertigen und Grundlagen für neue Maßnahmen gewinnen. In den Regierungsblättern wurde durch Veröffentlichung zahlreicher statistischer Ergebnisse „zu jedermanns Wissenschaft und Nachdenken über die Wirkung der Gesetze" oder „zur Einsicht und Beurteilung des Publikums" Rechenschaft über die Ergebnisse der Staatstätigkeit abgelegt.

Mit dem System Montgelas verschwand (vor Einführung der Verfassung) in der Hauptsache die statistische Tätigkeit, als Opfer der „Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung". Aber gerade die Bedürfnisse des Verfassungslebens erheischten alsbald wieder die Pflege des statistischen Dienstes. Die Ständeversammlung erkannte die Bedeutung der amtlichen Statistik für Staatsregierung und Volksvertretung und verlangte deren baldige Einrichtung, sowie die Veröffentlichung von statistischen Rechenschaftsberichten. Die Staatsregierung entsprach, in der Erkenntnis, daß eine vollständige Statistik geradezu ein „verfassungsmäßiges Postulat" sei (Fürst Öttingen-Wallerstein, 1831), diesen Wünschen in weitgehendem Maße.

Seitdem ist der statistische Dienst immer ein wichtiger Zweig der bayerischen Verwaltung geblieben. Die amtliche Statistik wurde zwar wiederholt im Namen der

[1]) Gemeindeweise sind auch für Sachsen die Ergebnisse der Statistik der land- und forstwirtschaftlichen Bodenbenutzung von 1913 veröffentlicht worden. (Ztschr. des Sächs. Stat. 20. 1916/17 S. 64). *Schriftleitung.*

Digitized by Google

„Verwaltungs-Vereinfachung" eingeschränkt, aber immer wieder setzte darauf als Gegenwirkung das Verlangen der Volksvertretung nach mehr Statistik ein. Es ist ein weiteres charakteristisches Merkmal in der Geschichte der amtlichen bayerischen und wohl der amtlichen Statistik überhaupt: Je fruchtbarer und intensiver eine Regierungs- und Verwaltungsperiode war, um so größer war ihr statistisches Bedürfnis und um so größer waren auch die statistischen Leistungen in der betreffenden Zeit.

Während des letzten Jahrzehnts hat die amtliche bayerische Statistik, wiederum auf Verlangen des Landtags, eine gründliche Reorganisation durch ihren derzeitigen Leiter erfahren. Landtag und Staatsregierung haben mit Recht den Standpunkt vertreten, daß Voraussetzung für eine erfolgreiche und ersprießliche Staatsverwaltung vor allem die gründliche Kenntnis von Land und Volk, seinen Kräften, Leistungen und Bedürfnissen ist. Für diese Kenntnis ist aber eine gut geleitete amtliche Statistik unerläßlich.

In welchem Maße die Bereitstellung von statistischem Material die praktische Verwaltungstätigkeit befruchten kann, ist im gleichen Heft der Zeitschr. des BStLA 1918 in dem Aufsatz „Bayerische Industrieförderung und Statistisches Landesamt" des näheren veranschaulicht.

Die Statistik vermittelt die Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse, fördert die Erkenntnis der ursächlichen Zusammenhänge und bereitet damit ganz wesentlich den Boden vor, von dem aus die verfassungsmäßigen Instanzen instand gesetzt werden, zu erhalten, was gut ist, zu verbessern, was der Reform bedarf und neu zu schaffen, was fehlt. Die Statistik ist auch in weitgehendem Maße berufen, mitzuwirken an der politischen und staatsbürgerlichen Erziehung des Volkes, und diese Erziehung erscheint um so dringender, je größer die Rechte der breiten Massen sind. Hier liegen noch große und wichtige Aufgaben, an denen die amtliche Statistik in Zukunft mitzuwirken hat. Eine gute Verwaltungsstatistik ist im Volksstaat noch mehr wie früher eine gebieterische Notwendigkeit. *F. Burgdörfer* (München).

Vermischte Mitteilungen.

Eine Austauschstelle für die praktische Statistik. Eine gedeihliche Fortentwicklung der Statistik wird vor allem von einer Vertiefung und planmäßigen Durchbildung der Theorie der Statistik, der Lehre von der Anwendung der Zählmethode abhängen, also insbesondere von einer Vervollkommnung der Erhebungs-, Bearbeitungs- und Darstellungsmethoden. Diese Aufgabe läßt sich nur in engstem Anschluß an die Praxis lösen, die die Theorie anregen und befruchten soll. Die notwendige Voraussetzung bildet demnach eine planmäßige und möglichst lückenlose Sammlung der in der Praxis angewandten Methoden und gewonnenen Erfahrungen. Ließe sich ein solcher Plan verwirklichen, so würde dies nicht zuletzt auch für die Praxis selbst wieder von unmittelbarem Vorteil sein. Wie oft tritt an die Leiter der statistischen Ämter die Notwendigkeit heran, eine neue Erhebung vornehmen zu müssen, über die anderwärts vielleicht schon wertvolle Erfahrungen gesammelt sind, ohne daß dies bekannt geworden ist. Denn nicht jede Arbeit der statistischen Ämter pflegt veröffentlicht zu werden, und auch in den Veröffentlichungen sind die Bemerkungen über die Erhebungs- und Bearbeitungsweise oft mehr als dürftig. Hinzu kommt noch, daß es in solchen Fällen zumeist an Zeit und Lust fehlt, die vorhandene Literatur aufmerksam durchzuarbeiten oder bei anderen Ämtern durch eine Rundfrage ausführliche Erkundigungen einzuziehen. Es gilt also, die Möglichkeit eines erleichterten Austausches der von den Ämtern angewandten Methoden sowie der damit gemachten Erfahrungen zu schaffen, und zwar mittels einer zentralen Sammelstelle. An eine solche Sammelstelle würden die statistischen Ämter von den bei ihren Arbeiten benutzten Vordrucken und Anweisungen sowie von den Bearbeitungstabellen und Anleitungen zur Bearbeitung je mehrere Stücke abgeben. Die Sammelstelle würde die Eingänge nach Gegenständen in Mappen ordnen, wobei gleichlautende oder nur in unwesentlichen Punkten abweichende Stücke natürlich auszuscheiden wären. Wenn dann ein Amt eine Erhebung auf irgendeinem Gebiet plant, so läßt es sich von der Sammelstelle die betreffende Mappe kommen, in der es sämtliche in dieser Hinsicht bereits angewandten Erhebungsmethoden vereinigt findet. Der Wert einer solchen Einrichtung würde noch wesentlich erhöht werden, wenn die Ämter weiterhin je einen kurzen Bericht über die bei den einzelnen Aufnahmen in methodischer Hinsicht gesammelten Erfahrungen einsenden würden, der dann ebenfalls den Sammlungen beizufügen wäre. Es liegt auf der Hand, daß das so gesammelte Material von allergrößtem praktischen Nutzen für die einzelnen Ämter sein und darüber hinaus nicht nur einen bleibenden geschichtlichen Wert behalten, sondern auch eine vorzügliche Grundlage für statistisch-methodische Forschungen bilden würde. Von Zeit zu Zeit wären die gesammelten Unterlagen vielleicht von der Sammelstelle systematisch zusammenzustellen und zu veröffentlichen.

Die gleichen Erwägungen gaben seinerzeit den wesentlichsten Anstoß zur Begründung der D. St. Ges.[1]) Sie scheint daher auch die gegebene Stelle zu sein, den Austauschverkehr in der angegebenen Weise zu organisieren.
O. Kürten (Neukölln).

Vereinigung von Landwirtschaftsbetriebs- und Bodenbenutzungsstatistik? Da diese Frage angesichts der gewiß bald wieder eintretenden Notwendigkeit beider Aufnahmen im Deutschen Reich gerade jetzt von Bedeutung ist, so sei darauf hingewiesen, daß schon F. Mammen in seinem Buche „Die Waldungen des Kgr. Sachsen" (Dresden 1905) S. 208 jene Vereinigung unbedingt fordert, um insbesondere forstwirtschaftliche Fragen lösen zu können, die aber zum Teil ebenso für die Landwirtschaft gelten. Anderseits stehen allerdings zählungstechnische Bedenken entgegen, so der Umstand, daß die Bodenbenützungsstatistik die Ermittelung aller, auch der nicht zu einem Landwirtschaftsbetrieb gehörenden, Flächen voraussetzt und deswegen gemeindeweise aufgenommen werden muß, während die Betriebsstatistik individuelle Erhebung bedingt. Die für die Bodenbenützung unerläßlichen Fragen sind aber so umfangreich, daß sie unmöglich den einzelnen Betriebsleitern vorgelegt werden können. Über diesen Zwiespalt — Notwendigkeit der Ausfüllung der Fragebogen für die Bodenbenützung durch die Gemeindebehörden, für die Betriebe durch die Inhaber oder Leiter — dürfte kaum anders hinwegzukommen sein als durch die bisherige Trennung in zwei Erhebungen, die allerdings zeitlich unter Umständen zusammenzulegen wären. *E. W.*

Musterschutz für graphische Statistik. In dem im D. St. Z. 1918 S. 83 besprochenen Lange'schen Atlas steht auf jedem Blatt die Bemerkung „D. R. G. M."; und zwar

[1]) Vgl. Allg. Statist. Archiv 1912 Bd. 8 S. 343, wo E. Würzburger darauf hinweist, „wie sehr die statistische Praxis unter dem Mangel einer systematischen Sammlung der bei den Erhebungen gemachten Erfahrungen leidet, und wie der Verwaltungsstatistiker gezwungen ist, bei jeder neuen Aufgabe die erforderlichen Erwägungen neu anzustellen, weil es bis jetzt meist nicht möglich war, aus den Lehren der Vergangenheit Nutzen zu ziehen".

Auch für die oben empfohlene periodische Veröffentlichung des gesammelten Materials besitzen wir bereits ein Vorbild in der als Ergänzungsheft zum Allg. Statist. Archiv 1909 erschienenen Zusammenstellung über „die Bearbeitung der Statistik der Bevölkerungsbewegung durch die statistischen Ämter im Deutschen Reich" des nämlichen Verfassers.

Digitized by Google

erstreckt sich der Musterschutz, wie aus den Patentamtsakten ersichtlich, auf die graphische Darstellung „dreier zueinander in Beziehung stehender statistischer Daten in einer Figur, unter Verwendung des metrischen und Gradmaßstabes", anderseits „der Erdteile und Länder in Umrissen auf Millimeterpapier als Unterlage zur Eintragung statistischer Daten durch Diagramme aller Art". Nun steht außer Zweifel, daß die Eintragung von Diagrammen in Umrisse von Erdteilen, Ländern und kleineren Gebieten unter Verbindung von Angaben über Gesamtzahlen und Anteilzahlen schon längst in Werken, die der graphischen Veranschaulichung statistischer Ergebnisse dienen, Verwendung gefunden hat. So finden sich in dem seit 1879 jährlich vom französischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten herausgegebenen *Album de statistique graphique* zahlreiche Tafeln (1884 Nr. 4, 20, 21; 1885 Nr. 8, 9, 17, 19; 1886 Nr. 8; 1887 Nr. 13; 1889 Nr. 17; 1894 Nr. 12, 18, 19; 1900 Nr. 44), die unter Anwendung obiger Methode hergestellt worden sind. Als Maßstäbe sind überall der metrische und der Gradmaßstab benutzt.

Ein Beispiel der Anwendungsmöglichkeit der Methode ohne eine solche Eintragung in Karten bei Benutzung der gleichen Maßstäbe bietet die „Weltpoststatistik" von G. Webersik (Wien und Leipzig 1898) in Tafel 16.

Das Werk „Die deutsche Landwirtschaft" (siehe D. St. Z. 1914 S. 259) bringt in den Tafeln über den Personalbestand der Landwirtschaft eine Anwendungsform, von der sich die in dem Lange'schen Atlas benützte nur insofern unterscheidet, als die Maßstäbe vertauscht sind.

Eine weitere Anwendungsform enthält das Werk „Das Deutsche Reich in gesundheitlicher und demographischer Beziehung" (Berlin 1907) in Tafel 24.

In den Diagrammen des Lange'schen Atlas bedeutet die dritte veranschaulichte Größe keine Teilgröße der ersten, wie es in den hier aufgeführten Beispielen der Fall ist; insofern läßt sich von einer Neuerung sprechen. Die Methode selbst aber, also die graphische Darstellung dreier zueinander in Beziehung stehender statistischer Zahlengrößen in einer Figur unter Verwendung des metrischen und des Gradmaßstabes, ist bekannt und in Gebrauch gewesen. Eine Darstellung der Erdteile und Länder in Umrissen auf Millimeterpapier scheint bisher für Veröffentlichungen dieser Art noch nicht verwendet worden zu sein. Daraus folgt aber nicht etwa, daß der Gedanke neu, sondern nur, daß seine Ausführung zu kostspielig war; denn zu den Originalzeichnungen hat gewiß jeder, dem Millimeterpapier zur Verfügung stand, solches verwendet.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Kapitalismus und Sozialismus

Betrachtungen über die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sowie die Voraussetzungen und Folgen des Sozialismus

Geheftet M. 4.— Hierzu Teuerungszuschläge des Verlages u. d. Buchhandlungen

Von Dr. L. Pohle Geh. Reg.-Rat, ord. Prof. der Nationalökonomie an der Universität Leipzig

Gebunden M. 5.— Hierzu Teuerungszuschläge des Verlages u. der Buchhandlungen

Die Schrift bietet mit einer wissenschaftlich-gemeinverständlichen Behandlung des Problems dem weiteren Kreise der Gebildeten die Möglichkeit, über alle Hauptfragen, die sich an den Streit zwischen Kapitalismus und Sozialismus knüpfen, sich selbst ein sachlich begründetes Urteil zu bilden und zu den Plänen der Sozialisierung und Vollsozialisierung Stellung zu nehmen. Das Buch rechtfertigt den Kapitalismus als in den menschlichen Instinkten begründet und weist die angebliche Überlegenheit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Sozialismus zurück.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

6241 R

Nr. 6/7 11. Jahrgang Juli/August 1919

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeigen: 1/1 Seite M. 80.—, 1/2 Seite M. 45.— 1/4 Seite M. 30.—, zweigespaltene Zeile M. 1.80. Annahme nur bei B.G.Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Dr. Johannes Feig
Geh. Regierungsrat u. vortrag. Rat im Reichsarbeitsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Über die zukünftige Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik*, S. 105. — *Statistik als Experiment und als Industrie*, S. 109. — *Aus der statistischen Literatur:* Ausländer im Deutschen Reich, S. 111. — Die Kriegsverluste Österreichs, S. 112. — Kriegspreise in Konstantinopel, S. 113. — Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung, S. 114. — Kriegsfürsorge und Kriegswohlfahrtpflege in Bayern, S. 115. — Hochschulbesuch in Österreich, S. 116. — Zur Statistik der Zeitungen, S 118. — Wirtschaftsstatistisches über die deutschsprachigen Teile des bisherigen Österreich, S. 120. — Theorie und Lehrbücher der Statistik, S. 120 (C. Brinton). — Zur Frage der Notwendigkeit höherer Mathematik für die medizinische Statistik, S. 122. — Die statistische Detailbetrachtung, S. 124. — Statistische Reihen, S. 125. — Zentralisation und Dezentralisation der Deutschen Statistik, S. 126. — Deutschösterreichs künftige Statistik, S. 127. — Statistik und Demokratie, S. 127. — *Vermischte Mitteilungen:* Die schöne Literatur und die wüste Statistik, S. 127. — Andrang zum Universitätsstudium, S. 130. — Literaturstatistik und Deutsche Bücherei, S. 131. — Sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft, S. 132. — Aus den Statistischen Ämtern, S. 132. — *Bibliographie:* 25. Bibliographie der Kriegsstatistik, S. 131.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Hefte. Preis jährlich 10 Mark.

Über die zukünftige Umgestaltung der deutschen Handelsstatistik.

Von Privatdozent **Dr. Rudolf Meerwarth** in Berlin.

(Schluß zu Nr. 5.)

III.

Man hat bereits seit Jahrzehnten versucht, der internationalen Vergleichbarkeit handelsstatistischer Zahlen nach einer anderen Richtung hin näherzukommen. Bei diesen Vergleichen hatte es sich herausgestellt, daß es schwer, in vielen Fällen unmöglich war, bestimmte Waren und Warengattungen der Handelsstatistik des einen Landes den entsprechenden Waren und Warengattungen des anderen Landes gegenüberzustellen. Mit anderen Worten: die Warenschemata oder Warenverzeichnisse, in welche die Waren und Warengattungen jeweils eingegliedert sind, sind von Staat zu Staat verschieden. Die gegenwärtig vorhandenen Warenverzeichnisse der einzelnen Staaten bauen sich im wesentlichen auf den Zolltarifen auf. Die Gliederung und Systematik des Zolltarifs ist im allgemeinen für die Systematik des Warenverzeichnisses maßgebend. Man sah zunächst zwei Wege, die zu einer Vereinheitlichung der Handelsstatistik und damit zu einer internationalen Vergleichbarkeit nach dieser Richtung hin führten. Für die eine Möglichkeit trat insbesondere v. Loefen ein; er stellte die Forderung auf, die Handelsstatistik vom Zollwesen völlig loszulösen. Nach seinem Plan sollen alle Waren, die im Handelsverkehr über die Grenze des deutschen Wirtschaftsgebietes ein-, aus- oder durchgeführt werden, völlig unabhängig von der zollamtlichen Beschau durch Ein-, Aus- oder Durchfuhrpapiere den Grenzzollbehörden oder den mit der Erfassung des Verkehrs betrauten sonstigen Stellen angemeldet werden. Wie bisher ist auch nach diesem Vorschlag die Ware auf dem Anmeldepapier mit der Nummer zu versehen, die sie im statistischen Warenverzeichnis hat. Dieses statistische Warenverzeichnis ist nun nach v. Loefen wesentlich anders auszugestalten als das bisherige, an den Zolltarif angelehnte. Gegen diesen Vorschlag habe ich mich in meiner Arbeit vor allem deshalb gewandt, weil der Zolltarif und das darauf aufgebaute Warenverzeichnis bei näherem Zusehen eine im allgemeinen befriedigende Systematik aufweisen. Van der Borght hat in seiner Arbeit (vgl. S. 15 ff.) mit Recht auf die großen verwaltungstechnischen Bedenken hingewiesen, die einer Trennung der Beschaffung des handelsstatistischen Rohstoffes von den zollamtlichen Stellen entgegenstehen.

Die zweite Möglichkeit, zu einem für internationale Vergleiche geeigneten Warenverzeichnis zu gelangen, wurde darin gesehen, daß die Zolltarifschemata international vereinheitlicht werden. Die Folge davon wäre, daß auch die sich auf den Zolltarifen aufbauenden Warenverzeichnisse einen einheitlichen Charakter trügen, so daß schließlich die Waren und Warengattungen der einzelnen Handelsstatistiken ohne weiteres vergleichbar wären. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, daß der Aufbau und die Struktur der einzelnen Zolltarife auf wohldurchdachten vor allem durch den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung bedingten Grundsätzen beruht, von denen kein Staat ohne zwingende Gründe abgehen werde.

Tatsächlich wurde noch kurz vor Ausbruch des Krieges ein dritter Weg mit Erfolg beschritten. Auf der internationalen handelsstatistischen Konferenz in Brüssel, die im Jahre 1910 stattfand, wurde beschlossen, daß jedes Land nach dem bisherigen Warenverzeichnis seine Handelsstatistik weiterführen soll; neben dieser Veröffentlichung soll jedoch noch eine zweite unter Zugrundelegung einer internationalen Nomenklatur ausgearbeitet werden. Es wurden für diese zweite Veröffentlichung fünf Hauptgruppen unterschieden: I. Lebende Tiere; II. Nahrungsmittel und Getränke; III. Rohstoffe oder einfach zubereitete Waren; IV. Fabrikate; V. nicht bearbeitetes Gold und Silber; Gold- und Silbermünzen. Die fünf Gruppen waren auf 185 Nummern verteilt.[1]) Diese Vorschläge der Brüsseler Konferenz fanden bei den einzelnen Staaten eine gute Aufnahme. Im November 1913 wurde in Brüssel eine zweite Konferenz abgehalten, um über die Durchführung der Beschlüsse der ersten zu beraten. Hier wurde ein endgültiges Übereinkommen erzielt. Die Vertragsstaaten beschlossen, neben den statistischen Veröffentlichungen jedes einzelnen Staates eine besondere Handelsstatistik zusammenzustellen, in welcher alle ein- und ausgeführten Waren

[1]) Vgl. die vollständige Warenliste in den Veröffentlichungen der Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereine (zugleich Heft XIII der Veröffentlichungen des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins in Deutschland) Leipzig und Brüssel 1912, S. 216 bis 223.

Digitized by Google

auf Grund gemeinsamer Bezeichnungen in eine beschränkte Zahl von Rubriken unter Angabe des Wertes und wenn möglich auch des Gewichtes eingereiht sind. Zur Durchführung dieser Bestimmungen wird in Brüssel ein internationales Büro unter dem Namen *„Bureau international de statistique commerciale"* errichtet.[1])

Das Internationale Handelsstatistische Büro ist der belgischen Regierung unterstellt; die Kosten tragen die Vertragsstaaten. Das Büro stellt die ihm von den Vertragsstaaten übermittelten handelsstatistischen Nachweise zusammen und veröffentlicht sie im *„Bulletin du Bureau international de statistique commerciale"*. Das in dem Übereinkommen festgesetzte Warenverzeichnis gleicht im wesentlichen dem bereits für die erste Brüsseler Konferenz vom Jahre 1910 ausgearbeiteten. Es umfaßt 186 (früher 185) Nummern, welche schon auf die erwähnten fünf Hauptgruppen verteilt sind. Vielleicht ist es in Zukunft möglich, den Kreis der 186 Waren und Warengattungen durch weitere Ausgliederungen zu vergrößern.

IV.

Die beiden hier behandelten Fragen, der systematische Aufbau und Grundriß der Handelsstatistik sowie das der Handelsstatistik zugrunde gelegte Warenschema, sind zweifellos dringlich und bald zu klären. Es ist hervorzuheben, daß ein anderes Problem der Handelsstatistik, dem in den an sich wenig zahlreichen Veröffentlichungen zur Handelsstatistik immer große Bedeutung beigelegt wurde, nämlich das Problem der Wertermittlung der ein- und ausgeführten Waren, eigentlich bereits vor dem Kriege von dem Statistischen Reichsamt grundsätzlich gelöst worden ist.[2]) Es stehen sich bekanntlich zwei Systeme der Wertermittlung gegenüber: der Wert der Waren wird bei der Aus- und Einfuhr vom Empfänger und Absender „deklariert" oder der Wert der aus- und eingeführten Warenmengen wird von sachverständigen Schätzern am Anfang des nächsten Jahres geschätzt. Wie hier nicht näher ausgeführt werden soll, ist dem Deklarationsverfahren der Vorzug zu geben; tatsächlich besteht auch in den einzelnen Ländern eine Tendenz, vom Schätzungsverfahren zu diesem Verfahren überzugehen. Während früher in der deutschen Statistik die Werte aller Waren geschätzt wurden, ist nach der letzten Veröffentlichung über den auswärtigen Handel[3]) für sämtliche ausgeführte Waren, bei der Einfuhr von 60 Positionen (Tabakblätter und Tabakerzeugnisse, Kürschnerwaren, Fahrzeuge und Uhren) der Wert zu deklarieren; für die übrigen eingeführten Waren wird der Wert zunächst noch geschätzt. Es ist wohl nur eine Frage der Zeit, daß für die gesamte Einfuhr das Deklarationsverfahren angewendet wird.

Bei der Wertermittlung der Waren entsteht weiter die Frage, welcher Wert vom Empfänger oder Versender angemeldet werden soll: Grenzwert oder Fakturenwert. Der Grenzwert ist der Wert, den die Ware beim Überschreiten der Grenze hat. Der Fakturenwert ist der tatsächlich in Rechnung gestellte Betrag ausschließlich aller Spesen für Fracht, Versicherungen, Prämien, Diskontabzüge usw. Die deutsche Handelsstatistik hat nach langen Verhandlungen den Grenzwert zugrunde gelegt; sie definiert ihn als den Wert am Versendungsort einschließlich der Kosten der Beförderung, der Versicherungs- und sonstigen Kosten bis zur Grenze des deutschen Wirtschaftsgebiets.

Durch die Verordnung vom 5. Januar 1919, betreffend Ausgestaltung der Statistik der Warenausfuhr, hat das die deutsche Handelsstatistik regelnde Gesetz (Gesetz betreffend die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland vom 7. Februar 1906) eine bemerkenswerte Erweiterung erfahren.

Diese Verordnung bildet einen Teil der Maßnahmen, welche getroffen sind, um der zunehmenden sog. objektiven Steuerflucht, also dem Abschieben von Vermögensteilen nach dem Ausland, während der Verpflichtete zunächst noch im Inland bleibt, vorzubeugen. Es soll versucht werden, Verschiebungen von Vermögenswerten — man denke etwa an Edelsteine, die im eingeschriebenen Brief oder Wertbrief verschickt werden, — ohne Beeinträchtigung des eigentlichen geschäftlichen Verkehrs zur Kenntnis der Steuerbehörde zu bringen. In den Ausfuhranmeldescheinen der oben aufgeführten Wertgegenstände sind der Wert der Waren und die Zahlungsbedingungen anzugeben. Als Wert ist nach der Verordnung der Fakturenwert nach Abzug aller Skontos in der vereinbarten Währung unter Benennung des Lieferungsorts anzumelden. Liegt dieser Ort nicht an der deutschen Grenze, so sind außerdem die Fracht-, Versicherungs- und sonstigen Kosten von der Grenze bis zu ihm anzugeben. Diese Kosten sowie der ausländische Zoll sind in deutscher Währung anzumelden. Unter den Zahlungsbedingungen sind das Ziel, der etwa vereinbarte Umrechnungskurs und der Zahlungsort mitzuteilen. Kommt ein Fakturenwert nicht in Frage, so ist als Wert der Preis anzunehmen, der für Waren gleicher Art und Beschaffenheit im Bestimmungslande zuletzt erzielt worden ist, wobei die Fracht-, Versicherungs- und sonstigen Kosten von der deutschen Grenze bis zum Empfangsorte sowie die für den Verkauf anzunehmenden Kosten und der etwa entrichtete ausländische Zoll in Abzug zu bringen sind; mit anderen Worten: es ist der Grenzwert der Waren einzusetzen. Offenbar wird bei der Veröffentlichung der handelsstatistischen Zahlen auch späterhin der Grundsatz beibehalten, den Grenzwert mitzuteilen.

Schließlich sei noch auf einen organisatorischen Fortschritt hingewiesen, den die deutsche Handelsstatistik schon vor Ausbruch des Krieges erfahren hat. Die statistische Erfassung und Bearbeitung der Abmeldescheine, also des Urmaterials der Handelsstatistik, wurde beim statistischen Reichsamt zentralisiert; es wurde damit den Anmeldestellen die erste Verarbeitung des Materials aus der Hand genommen. Die Vorteile der Zentralisierung hat insbesondere Wiesinger mit Sachkenntnis hervorgehoben.[1])

Ob es in Zukunft gelingt, zwischen der Wissenschaft, also in erster Linie der politischen Ökonomie und der Politik auf der einen Seite und der Handelsstatistik auf der anderen Seite eine engere Verbindung als bisher herzustellen, bleibt eine offene Frage. Es ist möglich, daß insbesondere bei der jüngeren Generation, wenn sie auf Grund der wirtschaftlichen Vorgänge der nächsten Jahre an den Ausbau und teilweisen Neuaufbau der ökonomischen Theorie geht, wieder der Drang *ad fontes* lebendig wird. Allerdings könnte dabei auch die Handelsstatistik selbst Helferdienste leisten. Sie soll sich in Zukunft nicht damit begnügen, alljährlich in ihren Quellenwerken das Zahlenmaterial mit einem nur wenig tief dringenden und sich eng an den Zahlen haltenden Text in die Welt zu werfen. Es wären von Zeit zu Zeit Sonderbearbeitungen bestimmter Gebiete der Handelsstatistik, wie sie im übrigen bereits vor Jahren geboten wurden, etwa in den Vierteljahrsheften vorzunehmen. Hier könnte beispielsweise das auf Grund des Warenverzeichnisses zusammengestellte Material nach anderen vom Standpunkt der Wissenschaft oder Politik jeweils gebotenen Gesichtspunkten bearbeitet werden. Es ist, um nur ein Beispiel herauszugreifen, nicht möglich, die der chemischen Industrie im weiteren Sinne angehörenden Waren in der Zusammenstellung und Reihenfolge des Warenverzeichnisses für irgendwelche wissenschaftlichen Zwecke zu verwerten. Ein Versuch, neben der Bearbeitung im Quellenwerk noch

[1]) Vgl. van der Borght, Internationales statistisches Amt und internationales handelsstatistisches Büro, D. St. Z. 1918, S. 297 und Meisinger, Die internationale handelsstatistische Konferenz, D. St. Z. 1911, S. 167.

[2]) Vgl. D. St. Z. 1915 S. 14.

[3]) Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Band 270. Auswärtiger Handel im Jahre 1918. Heft II, S. 1.

[1]) Vgl. Zeitschrift für Zollwesen und Reichssteuern, Jahrgang 1914, Nr. 4, S. 106.

Digitized by Google

andere in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wissenschaft gewonnene Arbeiten zu bieten, wäre dankbar zu begrüßen. In diesen Sonderveröffentlichungen könnten unter anderem auch die Möglichkeiten internationaler Vergleiche umfangreicher und vor allem viel tiefer und gründlicher erörtert werden, als es in den „Länderheften" durch die kurzen, alljährlich in der gleichen Fassung wiederkehrenden Bemerkungen geschieht.

Statistik als Experiment und als Industrie.

Von **Bernhard Lembke** in Stettin.

Auf diese beiden Unterschiede der statistischen Praxis ist m. E. noch nicht genügend hingewiesen worden Man kann sie nicht etwa ausdrücken als Gelegenheits- und als Berufsstatistik; gerade ein Berufsstatistiker wird experimentieren.

Statistik als Experiment liegt vor, wenn ich sämtliche Sterbekarten eines Zeitraumes daraufhin auszähle, welche Vornamen am häufigsten vertreten sind. Um Statistik als Industrie handelt es sich bei der üblichen Bevölkerungsstatistik. Der Unterschied liegt im Zweck. Das eine Mal suche ich neue Ergebnisse zu gewinnen, und nach deren Ermittelung werde ich schlüssig, ob diese Auszählungen dauernd vorzunehmen sind, d. h. zur Industrie werden. Das andere Mal handelt es sich um ein Verlagssystem geistiger Arbeit, wo ich der Abnehmer gewiß bin oder zu sein glaube. Nicht mit Unrecht hat man die statistische Praxis mit einer Fabrik verglichen; Statistik als Experiment würde hier das Laboratorium, Statistik als Industrie die gewerbliche Produktion vorstellen.

Wie verteilt sich nun die statistische Wissenschaft auf diese beiden Zweckgruppen? Vielleicht kann man durch solche Betrachtungen hinter die Gründe kommen, die der Anerkennung einer statistischen Wissenschaft noch immer entgegenarbeiten Wissenschaftliches Rüstzeug ist heute für jeden Betriebsleiter unerläßlich, doch im Betriebe selber kommt es vor allem auf die praktische Tüchtigkeit an. Praktische Tüchtigkeit kann aber natürlich nicht als Wissenschaft gelten.

Die statistische Wissenschaft ist also im Experiment zu suchen. Und hier wolle man sich nun des Rümelinschen Satzes erinnern, daß in der nicht menschlichen Natur alles typisch, in der Menschenwelt alles individuell sei. Trotz vieler und oft berechtigter Einzeleinwendungen mag dieser Satz aufrechterhalten bleiben. Beweisen tut er aber nichts, da das Individuelle der Menschenwelt in sozialen oder sozialbeeinflußten Bestimmungen liegt. Richtig ist er eben insofern, als das Naturexperiment das Typische ermittelt, das Sozialexperiment aber nicht. Und da nun die Statistik sich — meinem Empfinden nach leider — immer mehr zur Sozialwissenschaft entwickelt, kommen wir zur Wurzel der für die Berufsfreudigkeit nicht unwichtigen Frage, warum die Statistik so oft das fünfte Rad am Wagen der Wissenschaft ist:

1. Statistik als Industrie ist selber keine Wissenschaft, sondern setzt sie nur voraus und liefert ihr Werkzeug.

2. Statistik als Experiment ist Wissenschaft, vermag aber nichts Typisches, Allgemein-Gültiges zu ermitteln, sondern nur Individuelles, Veränderliches.

Der Unterschied zwischen chemischem und statistischem Experiment liegt nicht nur im Objekt, sondern vor allem auch in den logischen Folgerungen. Wenn ich durch rein handwerksmäßige Versuche beim hundertsten Mal feststelle, daß die x-Bazillen durch y-Strahlen getötet werden, habe ich etwas Typisches entdeckt und damit die Wissenschaft unabänderlich bereichert. Anders beim statistischen Experiment. Wenn ich durch Auszählung von so und so viel Kärtchen ermittele, daß die Namen Werner und Gertrud am häufigsten vorkommen, habe ich nur eine soziale Kenntnis erworben, die heute wahr und morgen falsch ist. Die Dauermöglichkeit der Erfahrung gibt den Ausschlag; es ist der Gegensatz zwischen Gültigkeit und Richtigkeit!

Wer zuerst H_2O in Wasserstoff und Sauerstoff spaltete, leistete der Wissenschaft genau die gleichen Dienste, wie die Entdecker der Tatsache, daß Knabengeburten den Mädchengeburten überwiegen. Beides sind Naturgesetze. Ein solches ist auch die Erfahrung, daß Wasserstoff ein luftförmiges Metall ist, nicht aber die — vergängliche! — Erfahrung, daß sich Knaben- zu Mädchengeburten wie 105 : 100 verhalten! Diese Vergänglichkeit, die den überwiegend meisten statistischen Gesetzen innewohnt, ist der Grund ihrer so häufigen Nichtbeachtung. Ihre örtliche und zeitliche Beschränktheit entwertet sie in den Augen derer, die — wie wir doch alle! — nur den Zweck und den Erfolg anerkennen.[1]) Statistischer Erfolg ist aber heute frisch und morgen welk.

Hierzu kommt die Nichtachtung des Experiments an sich, auch des statistischen. Der Zweck heiligt die Mittel, der Erfolg die Wege; das ist keine Jesuiten-, sondern schlichte Menschenweisheit. Die Zufallserfinder werden gepriesen ohn' ihr Verdienst und Würdigkeit; fleißige Forscher, denen Erfolg versagt blieb, als Träumer verhöhnt. Selbst aber wenn der Erfolg sich einstellt, wenn ich z. B. eine große Zeitungsstatistik herausbringe, so wirkt der Umstand, daß solche Ergebnisse schon in 24 Stunden veralten, auch auf die Bewertung des Weges zurück. Da gilt die Tätigkeit des von O. A. H. Schmitz befehdeten Mannes, der Ameisenhaufen mit Petroleum übergießt, für verdienstvoller, denn die so ermittelte Bewohnerzahl dieser seltsamen Tierstaaten hat längere Richtigkeit zu erwarten als meine Zeitungsstatistik.

Eine Umwertung ist nicht wahrscheinlich, denn wie schon oben gesagt, wird die Statistik immer mehr zur Soziologie. Und wo auch könnte sie noch Naturgesetze ermitteln? Die Welt ist fortgegeben; Mathematiker, Chemiker, Botaniker entnehmen ihre methodischen Werkzeuge der Statistik, Mediziner auch ihre empirischen. Aber welcher Statistiker würde darauf kommen, daß die Aufstellung einer einheitlichen Fieberkurve etwa beim russischen Sumpffieber in sein Gebiet gehört, um so mehr als er hier vielleicht noch ein Naturgesetz entdecken könnte? Die Mediziner würden ihm ein hallendes *quem ego* entgegenrufen.

Und dann noch eins: die Kostenfrage. Statistische Industrie wird bezahlt, statistisches Experiment nur insofern, als es der Industrie Nutzen bringen kann. Wer würde aber einen Statistiker besolden, der heute eine astronomische, morgen eine botanische Statistik aufmacht und übermorgen den ganzen Tag die Brunsviga dreht, um mit arithmetischen Kuben zu experimentieren. Gewiß würde er Naturgesetze entdecken, seiner jeweiligen Industrie aber nicht viel nützen und ebensowenig am Platze sein, wie ein Chemiker in einer Zuckerindustrie, der künstliche Fette herstellen will. Was nicht Geld bringt, ist Luxus, und Luxus ist kapitalistisch und Kapitalismus Schmarotzerei. Denn wer sechs Stunden Straßen fegt, ist ein staatserhaltender Arbeiter, aber wer Verse macht, nach den Sternen guckt oder Eiweiß aus Kohle zu formen versucht, ist ein Schmarotzer — und müssen diese leben? *Necessitas non visibilis!*

[1]) Es kommt doch wohl darauf an, welchen Zweck man mit dem statistischen „Experiment" verfolgt. Liegt dieser in der historischen Erkenntnis sozialer Zusammenhänge, so ist völlige Erfolglosigkeit kaum zu befürchten, trotz örtlich und zeitlich beschränkter Gültigkeit der Ergebnisse. Letzterer Mangel mindert dagegen erheblich die Verwendbarkeit dieser Ergebnisse zu vorausschauenden Wahrscheinlichkeitsberechnungen. *Schriftl.*

Digitized by Google

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Ausländer im Deutschen Reich. Das in der vorigen Nr. Sp. 95/97 genannte Ergänzungsheft enthält auch die Statistik der bei der Volkszählung von 1910 ermittelten ausländischen Staatsangehörigen, die vor der der Auslandsdeutschen den Vorzug der Einheitlichkeit der Quellen und daher der Bearbeitung besitzt. Letztere ist in übersichtlicher Weise vierfach durchgeführt: die Gesamtzahl der Ausländer im Reich, die Zahlen der Einzelstaaten, dann die Gesamtzahl in den Großstädten und die Zahlen der einzelnen Großstädte; jedesmal mit Unterscheidungen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter, Familienstand, Religion und Beruf.

Angaben über das Geburtsland sind von Reichswegen diesmal nicht erfragt worden. Somit läßt sich nicht ermessen, inwiefern einerseits Einreise fremder Staatsangehöriger, anderseits ein Wechsel der Staatsangehörigkeit, der ja insbesondere für Frauen bei der Verheiratung eintritt, oder die Geburt von fremden Eltern in Deutschland vorliegt. Das scheint bei der Abfassung der den Tabellen vorausgehenden textlichen Darstellung nicht genügend berücksichtigt worden zu sein; denn es wird dort der Begriff der fremden Staatsangehörigkeit und der Zuwanderung aus einem fremden Heimatlande gleichgestellt (z. B. S. 13*). Übrigens würde auch die Gebürtigkeit Aufklärung über diese Dinge nur geben, wenn sie mit der Staatsangehörigkeit tabellarisch kombiniert würde, was bis jetzt m. W. noch nirgends geschehen.

Die Gesamtzahl der fremden Staatsangehörigen ist in der Zeit des Bestehens des Reichs in außerordentlichem Maße angewachsen. Von 106755 im Jahre 1871 stieg sie auf 1259880 im Jahre 1910, demnach von 6,1 auf 19,4 unter 100 Einwohnern.

An dieser Vermehrung haben die einzelnen fremden Staaten in ganz verschiedenem Maße Anteil. Die Zahl der aus den einzelnen Staaten im Deutschen Reich Anwesenden hängt ja normalerweise zusammen mit Einwohnerzahl und Lage der Staaten, die Vermehrung oder Verminderung aber, die sie im Lauf der Zeit erfährt, mit den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen. Es ist selbstverständlich, daß die Nachbarstaaten am stärksten vertreten sind, wenn nicht besondere Verhältnisse dem entgegenstehen. So traf 1910 mehr als die Hälfte auf Österreich-Ungarn allein. Dagegen ist die geringe Zahl der russischen Staatsangehörigen auffallend, die nur etwa den fünften Teil der ehemals österreichisch-ungarischen betrug, obwohl die Grenze gegen beide Reiche ungefähr gleich lang war. Die geringere Bevölkerungsdichtigkeit des nordöstlichen Nachbarreichs erklärt das nur zum kleinen Teil. Hauptsächlich ist es einesteils auf die weniger lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen, andernteils auf die größeren Schwierigkeiten des Nahverkehrs über die Grenze zurückzuführen. In der zwischen Österreich und Rußland eingeklemmten Provinz Schlesien standen den 91213 österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen nur 9509 russische gegenüber. Die Bedeutung des Nahverkehrs für die Ausländerstatistik geht übrigens auch aus einer sächsischen Sonderauszählung aus der Berufsstatistik von 1907 über die Heimat der auswärts Geborenen[1]) hervor; danach trafen auf den 20 km-Grenzstreifen Böhmens an der sächsischen Grenze, der kaum ein $^1/_{60}$ des bisherigen österreichisch-ungarischen Gebiets umfaßt, zwei Fünftel seiner in Sachsen gezählten Staatsangehörigen.

Gleichfalls nur für Sachsen ist aus der Volkszählung von 1910 die Staatsangehörigkeit in Verbindung mit der Muttersprache ermittelt worden[2]), ferner die Zahl der in Gasthäusern befindlichen Staatsfremden.[1])

Es wäre nützlich, wenn in den reichsstatistischen Veröffentlichungen solche Sonderauszählungen für einzelne Staaten (oder auch Städte) mit berücksichtigt oder doch erwähnt würden, und zwar nicht durch bloße Aufzählung der Überschriften der veröffentlichten Tabellen, wie es bei der Berufs- und Betriebszählung von 1907 geschah, sondern unter genauerer Bezeichnung der über den Rahmen der Reichstabellen sachlich hinausgehenden Feststellungen; denn aus den Tabellenüberschriften geht der Inhalt der Tabellen meist nicht mit der dazu nötigen Genauigkeit hervor, und wohl alle Leser, die eine bestimmte statistische Nachweisung suchen, die zwar nicht für das Reich, aber für ein Einzelgebiet vorliegt, schließen aus ihrer Nichterwähnung in der amtlichen Reichsstatistik ohne weiteres auf ihr Nichtvorhandensein. *E. W.*

[1]) Zeitschrift des Sächs. Statist. Landesamtes 1909, Seite 96—107.

[2]) Zeitschrift des Sächs. Statist. Landesamtes 1913, S. 198/9; siehe auch D. St. Z. Jahrgang 1916 S. 191, wo darauf hingewiesen wurde, daß die Staatsfremden zum allergrößten Teil durchaus nicht etwa auch Volksfremde, sondern Deutsch-Österreicher oder mit Staatsfremden verheiratete reichsdeutsche Frauen sind.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Die Kriegsverluste Österreichs. Der Zerfall der österreichisch-ungarischen Monarchie hat mit der Auflösung des gemeinsamen Kriegsministeriums auch die verschiedenen Zweige der dort geführten Kriegsstatistik unterbrochen. Da darüber während des Krieges nichts bekannt geworden war, ist es dankbar zu begrüßen, daß sich das deutschösterreichische Staatsamt für Heerwesen der Reste statistischen Erhebungsstoffes annimmt und sie durch den neu eingerichteten statistischen Dienst teilweise zum Druck bringt. Freilich kann dies nur den bescheidenen Mitteln entsprechend in kürzerer Form geschehen, als es der früheren Monarchie, auf die sich die Zahlenangaben meist beziehen, angemessen gewesen wäre. Bisher sind zwei Schriften dieser Art, beide bearbeitet von Dr. Wilhelm Winkler, im Verlage von L. W. Seidl und Sohn in Wien 1919 erschienen. Die erste nennt sich „Die Totenverluste der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten" und enthält auch zwei damit nicht unmittelbar zusammenhängende Aufsätze: Die Altersgliederung der Toten und Ausblicke in die Zukunft, oder in etwas näherer Umschreibung: „Bevölkerungsverluste in Kriegen und ihre Ausgleichung in der darauffolgenden Zeit". Die zweite Schrift befaßt sich mit der Berufsstatistik der Kriegstoten der österreichisch-ungarischen Monarchie. Die letztgenannte Abhandlung stellt ebenso wie die beiden ersten Abhandlungen eine kurzgefaßte Verarbeitung von Angaben aus dem größeren Teile der Kriegszeit dar, die jedoch nicht bis an das Kriegsende reichen. Ob die Ankündigung im Vorworte, daß diese vorläufigen Zahlen einst von endgültigen, den strengsten Anforderungen genügenden Zahlen abgelöst werden sollen, zutreffen wird, mag einstweilen dahingestellt bleiben. Voraussetzung dafür wäre wohl eine Vereinbarung mit anderen auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Staaten über die Beistellung der Mittel, denn das deutschösterreichische Staatsgebiet läßt sich nach der Art der zugrunde liegenden Angaben wohl kaum genau ausscheiden, weil die Heimat der Toten nur bei den Verlustlisten für die beiden ersten Arbeiten angegeben ist, in der vierten aber aus anderen Kennzeichen, nämlich Ergänzungszuständigkeit des Truppenkörpers, erschlossen werden muß.

Den zuletzt erwähnten drei Arbeiten ist gemeinsam, daß sie nur das Notwendige in knapp gefaßten Tabellen bringen, dazu eine Einleitung über die Entstehungsart der Ergebnisse, die nicht davor zurückscheut, alle Mängel aufzudecken und dadurch vor etwa zu weitgehenden

[1]) Zeitschr. d. Sächs. Statist. Landesamtes 1913 S. 195.

Digitized by Google

Schlüssen zu warnen, endlich eine außerordentlich kurz gefaßte Übersicht der Ergebnisse. Die beiden ersten Teile der ersten Schrift umfassen nicht alle Verluste in der Zeit von Kriegsbeginn bis Ende 1917, sondern nur die stichprobenweise Auswahl aus 8 Gruppen von Verlustlisten mit je 15000 Fällen, zusammen also 120000 Tote oder ungefähr den zehnten Teil der sämtlichen Toten in den ersten 3½ Kriegsjahren. Der Verfasser begründet mit Berufung auf Professor Othmar Spann seine Überzeugung, daß sein Verfahren die typischen Eigenschaften der Gesamtmasse auch aus der Teilbearbeitung erkennen lasse.

Aus den Ergebnissen ist bemerkenswert, daß die größten Kriegsopfer von den Deutschen in Österreich getragen wurden, indem auf je 1000 der Bevölkerung reindeutscher Gebiete 29 Tote entfallen, denen sich die anderen Sprachen absteigend anreihen, zunächst die Slowenen, dann die Tschechen usw., zuletzt die Polen mit nur 16 Toten. Es zeugt für die Verläßlichkeit des eingeschlagenen Weges, daß auch bei der Trennung nach einzelnen Ländern und Bezirken diese Reihenfolge aufrecht bleibt. Nach dem Alter ist der Geburtsjahrgang 1895 mit 715 von je 10000 Gefallenen im Durchschnitt der ganzen Zeit bis April 1918 am schwersten betroffen. Unter den Stellungen im Berufe sind die Arbeiter und Taglöhner mit 35,6 Toten auf je 1000 Berufstätige dieser Berufsschicht am härtesten betroffen, die Angestellten mit 29,6 und die Selbständigen nur mit 19,4, was sich durch das höhere Durchschnittsalter der Unternehmer und deren häufigere Enthebungen und Hinterlandsverwendungen erklärt. Unter den Berufsarten sind, abgesehen von Berufsoffizieren, die Fleischer und Selcher mit 61.3, die Schlosser mit 57,1 und die Maurer mit 50,9 Toten auf 1000 Berufstätige dieser Arten am meisten beteiligt.

Insgesamt schätzt Winkler die Totenverluste der österreichisch-ungarischen Monarchie während der ganzen Kriegsdauer auf mehr als 1600000, für Altösterreich allein auf 874000. Doch sind alle Schätzungen ziemlich willkürlich, weil ein beliebiger Teil der nahe an 1 Million Vermißten den Toten zugerechnet werden muß.

Die dritte Abhandlung schließt nach einem Vergleich der Bevölkerungsbewegung nach den Kriegen von 1870/71 und 1904/05, dann einer Würdigung der Geburtenentwicklung verschiedener Staaten mit sehr trüben Ausblicken auf die künftige Volkszahlentwicklung Deutschösterreichs. In einer Reihe von Zeichnungen ist der mutmaßliche Altersaufbau der Bevölkerung von Österreich Ende 1918 den Mustern der beiden Gegensätze: verschwenderische Bevölkerungsbewegung in Serbien und sparsame in Frankreich, gegenübergestellt; für die beiden letzteren sind auch weitere Berechnungen bis 1938 und 1998 ausgeführt und graphisch dargestellt.

An Winklers Schlußfolgerungen knüpft Blaschke in einer statistischen Studie über die Bevölkerungsverluste Altösterreichs im Weltkriege (in der Österreichischen Zeitschrift für öffentliche und private Versicherung, Heft 5) an, indem er zwar eine Ausgleichung der Kriegsschäden an der Volkszahl in 10 Jahren für möglich erklärt, aber gewaltige soziale Verbesserungen und bevölkerungspolitische Maßnahmen als notwendig fordert, dazu eine genaue Statistik, insbesondere eine gleichzeitige Volkszählung 1920 in den an Stelle Altösterreichs entstandenen Nationalstaaten. Diesem Verlangen des Versicherungstechnikers kann sich wohl auch der Verwaltungsstatistiker vollkommen anschließen mit der weiteren Hoffnung, daß die Heeresstatistik nicht wie in der alten Monarchie als gemeinsame Angelegenheit ein so ganz von der Staatsverwaltung Österreichs losgelöstes stilles Dasein führen möge. *W. Hecke* (Wien).

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Kriegspreise in Konstantinopel. Welche ungewöhnliche Höhe die Preise beim Fehlen jeder Zwangswirtschaft auch in Deutschland erreicht hätten, davon kann man sich ungefähr einen Begriff machen, wenn man die Preisgestaltung während des Krieges in Konstantinopel betrachtet. Dort war das Eldorado der freien Wirtschaft. Nur Brot wurde zu einem vorgeschriebenen Preise mit finanzieller Beihilfe des Staates geliefert. Es konnte aber daneben, wie alle übrigen Bedarfsgegenstände, auch im freien Handel in unbeschränkten Mengen gekauft werden. Höchstpreise bestanden zwar für verschiedene Waren eine Zeitlang, aber nur auf dem Papier.

Um vergleichbare Zahlen zu gewinnen, hat die statistische Abteilung der *Dette Publique Ottomane* ein Haushaltschema aufgestellt. Es enthält in Mengenangaben den monatlichen Durchschnittsverbrauch eines mittleren Beamten an Nahrungsmitteln, Beleuchtung, Feuerung, Bekleidung einschließlich Schuhwerk und Seife. Die Unterlagen hierzu wurden in Ermangelung von Aufzeichnungen über den tatsächlichen Verbrauch durch Umfrage bei einer Anzahl von Beamten ermittelt. Für Wohnung wurde, da die Bedürfnisse hierin je nach dem Familienstand zu verschieden sind, nichts angesetzt. Die Höhe der monatlichen Ausgaben für den notwendigsten Lebensbedarf wurde zuerst in größeren Zeitabständen, später am Ende eines jeden Monats ermittelt. Sie zeigte in Piastern (18½ Pfennig) folgende Bewegung:

Juli 1914	235	November	1917	3718
Januar	1916	620	Dezember	„	3682
Juni	„	664	Januar	1918	4099
Dezember	„	922	Februar	„	4090
Januar	1917	1186	März	„	4239
Februar	„	1349	April	„	4605
März	„	1558	Mai	„	4299
April	„	1596	Juni	„	4586
Mai	„	1653	Juli	„	4717
Juni	„	1814	August	„	4757
Juli	„	2093	September	„	4613
August	„	2117	Oktober	„	3725
September	„	2532	November	„	4175
Oktober	„	3190			

Aus diesen Nachweisungen, die zwar gedruckt, aber der weiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht wurden, erkennt man leicht, daß 1917 das Jahr der stürmischsten Preissteigerung war, bis im Dezember die Waffenniederlegung Rußlands, an die sich die Hoffnung auf Versorgung aus den Randgebieten des Schwarzen Meeres knüpfte, eine gewisse Erleichterung brachte. Diese war aber ebensowenig von Dauer wie der Preisrückgang im September-Oktober 1918, der als Folge der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen der Türkei und der Entente eintrat. Noch vorübergehender war die Ermäßigung im Mai 1918, die auf die Bildung einer mit großen Hoffnungen begrüßten parlamentarischen Ernährungskommission und auf die Wiedererhöhung der vermindert gewesenen Brotration zurückzuführen war. Immer zeigte sich dasselbe Bild, daß nämlich die Lebensmittelschieber nach einem anfänglichen Schreck, der eine allgemeine Zurückhaltung auslöste, bald wieder Mut faßten und mit dem Aufkaufen und Zurückhalten der Waren fortfuhren. So war Ende November 1918, als die Deutschen anfangen mußten, das Land zu verlassen, der Preisstand noch auf mehr als dem Siebzehnfachen der Friedenshöhe. Über Einzelpreise möge nur erwähnt werden, daß 1 Okka (1¼ kg) Zucker im Juli 1918 300 Piaster = M. 55,35 kostete, 1 Okka Kartoffeln im April 1918 36 Piaster = M. 6,64 und 1 Okka (gewässerte!) Milch im November *1918* 60 Piaster = M. 11,07.

W. Wohlrabe (vormals in Konstantinopel).

XVIII. Wahlstatistik.

Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung. Die als 1. Erg.-Heft zum 22. Jahrgang der Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches (1919) erschienene Statistik der Wahlen vom 19. Januar 1919, mit denen sich das D. St. Z. bereits in Nr. 3/4 S. 55 beschäftigt hat, enthält u. a. ein instruktive Übersicht über die Wirkungen der Listenverbindung bei dem zur Anwendung gekommenen Verteilungssystem (nach d'Hondt). Daraus ergibt sich, daß ohne Listenverbindung die sozialdemokratische Partei 11 Mandate mehr erhalten hätte, und

Digitized by Google

zwar auf Kosten der beiden rechtsstehenden Parteien, der christlichen Volkspartei und der Gruppe „sonstige Parteien".

Gegenüber einer Verteilung nach dem nämlichen System, jedoch auf das ganze Wahlgebiet ohne Wahlkreise erstreckt und ohne Listenverbindungen vorgenommen, bedeutet das Gesamtergebnis der Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung eine Verschiebung innerhalb der Parteien um 13 Einheiten. Ohne die zugelassene Listenverbindung hätte eine Verschiebung um 17 Einheiten stattgehabt. Die Verluste tragen dabei die kleinen Parteien bzw. (bei Listenverbindungen) Gruppen; den Gewinn haben im wesentlichen die sozialdemokratische Partei und die christliche Volkspartei. Darin kommt besonders deutlich die Eigentümlichkeit des d'Hondtschen Verfahrens zum Ausdruck. Die Erwartung einer summierten Begünstigung der großen Gruppen wird bestätigt. Parteien oder Gruppen, deren Stimmenzahl unterhalb des Quorum liegt, kommen für eine Mandatszuteilung nicht in Betracht. Wieweit damit das d'Hondtsche Verteilungssystem politischen Forderungen gerecht wird, ferner, welchen Einfluß es innerhalb einer Partei auf die Entscheidung über Aufstellung oder Nichtaufstellung einer Liste für einen Wahlkreis hat und welcher Zusammenhang zwischen Listenaufstellung und der bei einer Mandatszuteilung unberücksichtigt gebliebenen Stimmenzahl einer Partei besteht, das sind andere Fragen, die hier nicht näher untersucht werden. Es sei nur noch hervorgehoben, daß, wenn eine Partei (die Deutsche Volkspartei) bei Listenaufstellung in 22 Wahlkreisen mit 1 345 638 gültigen Stimmen 19 Mandate, dagegen eine andere (die unabhängige sozialdemokratische Partei) bei Listenaufstellung in 33 Wahlkreisen mit 2 317 290 gültigen Stimmen nur 22 Mandate erhielt, damit nicht etwa eine Unbilligkeit des Wahlsystems festgestellt ist, sondern nur die Tatsache, daß die letztere Partei auch in für sie ganz aussichtslosen Wahlkreisen Listen aufgestellt hat. Hätten dies alle Parteien in allen Wahlkreisen getan, so wäre die scheinbare Unbilligkeit gegen jene eine Partei sofort ausgeglichen.

Bei Anwendung des Bruchzahlverfahrens ohne Listenverbindungen auf die Wahlen vom 19. Januar würden, im Vergleich mit dem d'Hondtschen Verfahren ohne Wahlkreise und ohne Listenverbindung, Abweichungen von nur 2 Einheiten, bei dem Verfahren von Sainte-Laguë von 4 Einheiten zu verzeichnen gewesen sein. Die Übereinstimmung der Ergebnisse dieser zwei Verteilungsverfahren mit der praktisch gerechten Verteilung (nach d'Hondt ohne Wahlkreise) ist also erheblich größer als die zwischen d'Hondts Verfahren mit und dem nämlichen ohne Wahlkreiseinteilung. Eine Listenverbindung hätte bei den zwei erstgenannten Verfahren praktisch gar keinen Nutzen. Die ausgleichende Wirkung des an sich nicht gerecht verteilenden Bruchzahlverfahrens beruht darauf, daß jeder Rest für jede Gruppe mit annähernd der gleichen Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist. Gewisse Komplikationen für konstante oder gesetzmäßig variierende Gruppen kommen hier kaum in Betracht.[1]) *W. Grävell* (Dresden).

XXI. Armen- und Wohlfahrtsstatistik.

Kriegsfürsorge und Kriegswohlfahrtspflege in Bayern behandelt in ihrer Gesamtheit Ministerialrat Schweyer in der Zeitschr. des Bayr. Statist. Landesamtes (1919 Heft 1 und 2) in sechs Abschnitten über die Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Kriegshinterbliebenenfürsorge, Kapitalabfindung und Ansiedlung, gemeindliche Kriegswohlfahrtspflege und sonstige Fürsorgemaßnahmen. Danach betrug der Gesamtaufwand der Fürsorge für die Familien der Kriegsteilnehmer nach dem Ges. vom 28. 4. 1888, das aber während des Krieges recht wesentliche Änderungen und Verbesserungen erfahren hat, rund 780 Mill. M. für die ersten vier Kriegsjahre. Entsprechende Angaben für die Unterstützungsfälle sind nur für August 1914 mit 596 817 und Juli 1915 mit 1 072 437, von denen 26 % Frauen und 59 % eheliche Kinder, sowie 4 % uneheliche und 11 % sonstige Angehörige sind, gemacht. Daneben tritt noch die freiwillige Fürsorge in Ergänzung der gesetzlichen mit 7 Mill. M. in 1918. An Aufwendungen für die Kriegswochenhilfe, die sich als moderne reine Kriegsfürsorgemaßnahme darstellt, sind bis zum 1. August 1917 fast 10 Mill. M. notwendig geworden. Die Erwerbslosenfürsorge erforderte über 27 ½ Mill. M. bis zum 1. August 1918. Für die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge, welche die militärische gesetzliche Rentenversorgung und Heilfürsorge ergänzen will, sind bis Mitte 1918 über 2 Mill. M. ausgegeben worden, die wie die Aufwendungen auf den übrigen Fürsorgegebieten, insbesondere bei der Familienfürsorge der Kriegsteilnehmer, nach bestimmten Sätzen vom Reiche erstattet werden. An Spenden für Kriegsbeschädigte sind auch bis Mitte 1918 gegen 4 Mill. M. eingegangen, dazu kommt noch die Ludendorffspende, eine im Sommer 1918 in ganz Deutschland mit großem Erfolge für die Kriegsbeschädigtenfürsorge durchgeführte Sammlung, deren Ergebnis im Reiche auf rund 150 Mill. M., in Bayern auf etwa 12 Mill. M. geschätzt wird. Der Umfang der Fürsorgetätigkeit, gemessen an der Zahl der beratenen und sonst durch die pflegerische Fürsorge gegangenen Kriegsbeschädigten, ist auf rund 50 000 Köpfe bis zum 1. August 1917 festgestellt worden, bis zu welchem Zeitpunkte rund 500 000 M. Unterstützungen für Kriegsbeschädigte ausgegeben wurden. Die Kriegshinterbliebenenfürsorge, die dritte Hauptart der Kriegsfürsorge, ist im Gegensatz zur Familienfürsorge der Kriegsteilnehmer wie die Kriegsbeschädigtenfürsorge eine freie soziale Maßnahme und tritt ähnlich dieser ergänzend neben die gesetzliche Rentenversorgung. Auch in der Organisation der Mittelbeschaffung sind gewisse Zusammenhänge vorhanden. Wie bei der Kriegsbeschädigtenfürsorge die Ludendorffspende, so hat hier die allerdings bereits unmittelbar nach Ausbruch des Krieges ins Leben gerufene Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen die Aufgabe, die erforderlichen Mittel zu sammeln, wodurch etwa 130 Mill. M. im Reiche, also fast ebensoviel wie bei der Ludendorffspende, aufgebracht wurden. Für Bayern standen auf diesem Fürsorgegebiete bis Ende September 1918 707 000 M. zur Verfügung und über 3 Mill. M. gesammelte Gelder für die Zwecke der Kriegspatenschaft, welche als besondere Form der Kriegshinterbliebenenfürsorge eingerichtet ist. Nach alledem sind in Bayern auf allen Gebieten der Kriegsfürsorge, nicht nur auf den hier näher behandelten, sondern auch auf den übrigen nach der obigen Einteilung, so der Durchführung der Kapitalabfindung, die bis 1. Juli 1918 im Gesamtbetrag von 4 323 425 M. zur Ansiedlung an Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen gewährt worden ist, den erheblichen Zuschüssen der Gemeinden für die Familienfürsorge und den sonstigen Fürsorgemaßnahmen der Landesversicherungsanstalten, der Kreisgemeinden und der Bayerischen Ostpreußenhilfe, namhafte Leistungen zu verzeichnen, die zugleich Zeugnis ablegen von den hohen Anforderungen, welche in Zukunft an unsere Volkswirtschaft und soziale Fürsorge gestellt werden. *R. Herbst* (Halle).

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens; Presse.

Hochschulbesuch in Österreich. Die Hochschulstatistik liegt in Deutschland noch sehr im argen, was Statistiker wie Conrad, Lexis, Eulenburg, Harms vielfach beklagten, und der Referent in seiner Untersuchung über „Das Universitätsstudium der Württemberger seit der Reichsgründung"[1]) näher nachgewiesen hat. Die einfachste

[1]) Der in dem oben erwähnten Aufsatz im D.St.Z. erbrachte Nachweis, daß die scheinbar größere Wahlbeteiligung der jüngeren Frauen gegenüber den gleichaltrigen Männern in Wirklichkeit nicht bestanden haben dürfte, ist dem Bearbeiter der Reichsstatistik offenbar entgangen; denn er weist auf diesen Unterschied als eine bemerkenswerte Erscheinung hin, und gerade diese fragwürdige Bemerkung ist in der deutschen Tagespresse verbreitet worden. *E. W.*

[1]) J. C. B. Mohr, Tübingen, 1918.

Digitized by Google

studien- und berufsstatistische Arbeit stößt auf Schwierigkeiten, von dem fast gänzlichen Fehlen der statistischen Grundlagen für akademisch-soziale Probleme ganz zu schweigen. — Die Arbeit „Statistische Streiflichter zur österreichischen Hochschulfrequenz" von Hugo Frhr. v. Haan (Manzsche Hofbuchhandlung, Wien, 1917) zeigt zunächst, daß Österreich in der Gliederung des Hochschulbesuchs der Statistik im Deutschen Reich nicht unerheblich voraus ist; die Untersuchungen des Verfassers würden hier ohne große Vorarbeiten z. Zt. überhaupt unmöglich sein. Der Verf. geht bei seiner verdienstvollen Untersuchung von dem bekannten Problem der Überfüllung, „der hochgespannten Frequenz der österreichischen Hochschulen", aus. Er untersucht die Ursachen dieser Erscheinung in konfessioneller, territorialer und nationaler Beziehung und vergleicht, soweit möglich und angängig, die österreichischen und reichsdeutschen Verhältnisse. Diese Vergleiche müssen allerdings mit Einschränkungen und Vorbehalten aufgenommen werden, die aber weder in der Methode des Verfassers noch in der Art der Verwertung des Materials liegen. Einmal sind die beiderseitigen Ziffern insofern einander nicht gleichwertig, als die Verschiedenheit des Berechtigungswesens keine zuverlässigen Schlüsse auf die Gleichwertigkeit des Begriffs „ordentlicher" Studierender zulassen, dem eine wichtige Bedeutung zukommt. Ferner sind die ausländischen Studierenden nicht ausgeschieden, was insofern von Bedeutung sein dürfte, als unter den reichsdeutschen Zahlen wahrscheinlich verhältnismäßig mehr Ausländer enthalten sind als in den österreichischen; auch sind Hochschularten einander gegenübergestellt, von denen es bei manchen zweifelhaft ist, ob sie vergleichbar sind bzw. es sich um Hochschulen im engeren Sinn handelt. So sind deutscherseits die Handelshochschulen weggelassen, weil in Österreich keine solchen bestehen, wodurch Deutschlands Hochschülerzahl erheblich gekürzt wird; auch die reichsdeutschen Akademien für Kommunalwissenschaft, für militärärztliches Bildungswesen u. ä. sind nicht berücksichtigt.

Für den Fachmann ist es von eigenartigem Reiz, dem Verf. Schritt für Schritt zu folgen und die Zustände, Verhältnisse, Motive und Tendenzen griffsicher klarlegen zu sehen. In exakter Ausführung wird gezeigt, daß der außerordentliche Zudrang zu den höheren Studien in Österreich nicht das Bedürfnis von Staat und Gesellschaft, sondern überwiegend nationalpolitische Momente verursachen, besonders die bekannte Kampfstimmung der einzelnen Glieder des alten Nationalitätenstaats, in dem sich die einzelnen Teile im offenen Kampfe gegenüberlagen und sich insbesondere durch den Besitz der Intelligenz einen Vorsprung zu schaffen versuchten Freilich sind auch andere Kräfte fördernd wirksam, deren Stärke und Wirkung der Verfasser gewissenhaft untersucht, aber er nennt sie, zweifellos zutreffend, spezifisch österreichische (so z B. geringe Entwicklung des Handels, Fehlen kolonialer Betätigung, Fehlen der reichsdeutschen Unternehmungslust, konservatives Hinneigen zu ausgefahrenen Geleisen, überstarkes Eindrängen der Juden, geringeres Kolleggeld, Besetzung mittlerer Stellen mit höher geprüften Beamten).

Der Verf. stellt fest: Auf 100 000 Einwohner kamen 1910 in Österreich 14,74 Hochschüler, in Deutschland 13,19, auf ebensoviel männliche Einwohner 25,52 und 20,71. Im einzelnen gab es auf 10 000 Männer Studierende der Rechtswissenschaft in Österreich 8,51, in Deutschland 3,86, Techniker 7,31 und 3,42, während bei den Medizinern die Zahlen sind: 3,25 und 3,84, bei den Landwirten 0,68 und 1,03. Die Stärke des Jusstudiums in Österreich findet der Verf. im wesentlichen in dem Wettstreit der Nationalitäten, möglichst viele Angehörige in die Staatsämter und die Rechtsanwaltschaft zu bringen.

Besonderes Interesse erwecken die Untersuchungen über den Einfluß der konfessionellen, territorialen und nationalen Momente auf die starke Entwicklung des Besuchs der österreichischen Hochschulen. Von 10 000 Einwohnern des betr. Bekenntnisses entfallen auf die Katholiken 12,08, die Griechisch-Orientalen 18,09, die Evangelischen 30,37, auf die Israeliten 51,49 und auf andere Bekenntnisse 111,10 Hochschüler. Hier zeigt sich das auch in Deutschland bekannte überaus starke Eindrängen der Juden in die höhere Bildung. Der Verf. führt es in Österreich auf drei Umstände zurück: Ihre Verstädterung, den nichtagrarischen Charakter der Israeliten und ihr Streben nach kultureller Macht nach jahrhundertelanger Zurückdrängung.

Besonderes Interesse erweckt die Beteiligung der verschiedenen Nationalitäten, wobei der Verf. die Verhältnisse in Beziehung setzt zur Bevölkerungsquote und zu der Zahl der Hochschulen der einzelnen Nationalitäten, welch letzterer eine besondere Bedeutung zukommt. Die Deutschen sind bei einer Bevölkerungsquote von 35,58 Proz mit 44,49 Proz. der Studentenzahl beteiligt, bei den Tschechen sind die betr. Zahlen 23,02 und 23,11 Proz., bei den Polen 17,77 und 22,58 Proz. Diese drei Nationen verfügen über selbständige nationale Hochschulen, ihre Bevölkerung umfaßt 76,37 Proz. der gesamten Bevölkerung, während sie insgesamt 90,18 Proz. Hochschüler stellen. Die mit Hochschulen nicht versehenen Nationen stellen 23,63 Proz. der Bevölkerung, aber nur 9,82 aller Hochschüler. Daraus erhellt, daß das Hochschulstudium von dem Besitz eigener Hochschulen stark befruchtet ist, ja beim näheren Eingehen findet man, daß die starke Beteiligung der einzelnen Nationalitäten fast allein auf diesen Umstand zurückzuführen ist. In der Verteilung der Nationalitäten auf die einzelnen Studienzweige zeigt sich, daß die Deutschen Jus und Technik bevorzugen. Die Polen neigen stark zu den Universitätsstudien, während die Tschechen sehr stark der Technik sich zuwenden. Italiener, Ruthener und Serbo-Kroaten überwiegen ebenfalls an den Universitäten.

Hervorzuheben ist noch, daß der starke Hochschulbesuch Österreichs im allgemeinen vorwiegend dem Zuzug aus der israelitischen Bevölkerung zuzuschreiben ist, zurückzuführen auf ihren Bildungstrieb intensivsten Grades und ihr starkes Streben nach kultureller Macht.

Wie der Ausbau des österreichischen Hochschulwesens in den letzten 50 Jahren ganz wesentlich unter dem Gesichtspunkte nationaler Spezialisierung stand, so war auch das Studium vor dem Zusammenbruch des alten Nationalitätenstaats wesentlich von nationalen Gesichtspunkten getragen und gefördert. Der Verf. glaubte nicht an eine Entspannung dieser Verhältnisse, im Gegenteil an ihr Fortdauern und Fortwirken. Der Kriegsausgang hat indessen überraschend schnell die Lösung gebracht! *A. Rienhardt* (Tübingen).

Zur Statistik der Zeitungen. Die Zahl der Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Pressestatistik, die im D. St. Z. 1917 Sp. 155 einer Beurteilung unterzogen wurden, hat neuerdings durch zwei Arbeiten wieder eine Vermehrung erfahren, von denen die eine „Statistische Untersuchung über die Zeitungen Deutschlands 1885—1914" von Gerhard Muser (Leipzig 1918, 173 S.) als das erste Heft der von Bücher herausgegebenen Abhandlungen aus dem Institut für Zeitungskunde an der Universität Leipzig erschienen ist. Im Gegensatz zu allen anderen derartigen Arbeiten aus jüngerer Zeit beschränkt sich diese Dissertation nicht auf die Darstellung der Zeitungen eines Bundesstaates oder einer Provinz, sondern erstreckt sich auf das ganze Gebiet des Deutschen Reiches. Zur Durchführung der Untersuchung hat Prof. Bücher dem Doktoranden seine für die Jahre 1885 und 1906 ausgearbeiteten Tabellen zur Verfügung gestellt, die bis auf eine gelegentlich der 11. Sitzung des Internationalen Statistischen Instituts mitgeteilte Übersicht[1]) bisher noch nicht veröffentlicht worden sind. Nach den für diese maßgebenden Gesichtspunkten hat Verfasser für das Jahr 1914 ebensolche Übersichten angelegt. Im Sinne des von Bücher auf der Tagung des Internationalen Statistischen Instituts zu Kopenhagen gestellten Antrags werden nacheinander behandelt: die allgemeine und

[1]) *Bulletin* des Internat. Statist. Instituts XVII S. 176 ff.

Digitized by Google

lokale Dichtigkeit der Zeitungen, die Häufigkeit ihres Erscheinens, die Höhe der Auflage und die Bezugs- und Anzeigenpreise. Zur Beschaffung des Urmaterials blieb dem Verfasser kein anderer Weg, als die Benutzung der für statistische Zwecke schon allzuoft gebrauchten Zeitungskataloge und der Postzeitungsliste. Wenn deshalb die Ergebnisse von vornherein nur annähernd als richtig angesehen werden können, so hatte doch die Benutzung der Zeitungskataloge in diesem Falle das Gute, daß die gewonnenen Zahlen mit denen der Tabellen von 1885 und 1906 genau vergleichbar sind; denn Bücher hat ebenfalls die bekannten Zeitungskataloge und die Postzeitungsliste benutzt. Wie es bisher bei allen Arbeiten dieser Art der Fall war, machte dem Verfasser auch hier die Unterscheidung von „Zeitung" und „Zeitschrift" Schwierigkeiten, die noch dadurch vermehrt worden sind, daß möglicherweise in den Jahren 1885 oder 1906 ein Zeitungskatalog eine Druckschrift als Zeitschrift angegeben hat, die er 1914 als Zeitung anführte und umgekehrt. Verfasser gibt in jedem Abschnitt zunächst Büchers Übersichten von 1885 und 1906 wieder, neben die er dann seine Ergebnisse für 1914 stellt. Die Zeitungen haben sich von 3069 im Jahre 1885 auf 4183 im Jahre 1906 und auf 4221 im Jahre 1914 vermehrt; sie erschienen im Jahre 1885 in 1554, im Jahre 1906 in 2161 und 1914 in 2321 Gemeinden. Am stärksten vertreten waren im Jahre 1885 die zwei- (833), drei- (703) und sechsmal (686) in der Woche erscheinenden Blätter, im Jahre 1906 in umgekehrter Reihenfolge die sechs- (1463), drei- (1105) und zweimal (636) und im Jahre 1914 die sechs- (1785), drei- (1088) und zweimal (489) erscheinenden. Die Bezugspreise werden nach Wochennummern berechnet, wobei im Jahre 1885 der verhältnismäßig häufigste Preis 1,50—2,00 M., in den Jahren 1906 und *1914* 1,00—1,50 M. für die Wochennummer im Jahresabonnement war. In einem Nachtrag werden die in dem, nach Fertigstellung der Arbeit erschienenen, „Handbuch Deutscher Zeitungen 1917" [1]) mitgeteilten Zahlen mit den Ergebnissen des Verfassers verglichen, wobei ein Rückgang von 4221 Zeitungen im Jahre 1914 auf 2938 im Jahre 1917 festgestellt wird. Dieser gewaltige Unterschied von 1283 Zeitungen kann jedoch nicht allein durch den Ausbruch des Krieges erklärt werden, sondern beruht zu einem großen Teil auf der Verschiedenheit der bei der Zusammenstellung der Zeitungskataloge und des Handbuchs befolgten Grundsätze.

In der Hauptsache auf dem in diesem Handbuch gesammelten Material beruht die zweite, vom Unterzeichneten verfaßte und in der Zeitschrift des Sächsischen Statist. Landesamts, Jahrg. 1918/19, erschienene Arbeit „Zur Statistik der politischen Tagespresse". Die Darstellung beschränkt sich ausschließlich auf Sachsen und sucht unter Benutzung früherer amtlicher Arbeiten für die Jahre 1855 und 1866 sowie der privaten von Bücher (1885, 1906), Schacht (1897), Stoklossa (1909, 1910) und Burkhardt (1914) [2]), soweit es auf Grund dieser auf den verschiedensten Quellen beruhenden Statistiken möglich war, ein Bild von der Entwicklung der sächsischen Zeitungen bis zum Jahre 1917 zu geben. Ihre Zahl hat sich von 101 im Jahre 1855 unter mehr oder weniger großen Schwankungen auf 227 im Jahre 1917 vermehrt, die Zahl der Verlagsorte ist von 127 im Jahre 1885 auf 164 im Jahre 1917 gestiegen. Die Häufigkeit des Erscheinens zeigt eine ähnliche Entwicklung, wie oben bei der Arbeit von Muser angegeben ist. Außer der Höhe der Auflage und den Bezugs- und Anzeigepreisen wird auch die politische Richtung der Zeitungen, die Amtspresse, das Alter sowie die Technik der Betriebe einer Betrachtung unterzogen, soweit das „Handbuch Deutscher Zeitungen 1917" hierfür Unterlagen bot. In einem systematischen Verzeichnis werden die Zeitungen, nach Erscheinungsorten geordnet und unter Mitteilung aller bekannten Merkmale, namentlich aufgeführt.

B. Winkler (Dresden).

[1]) Vgl. D. St. Z. 1917, Sp. 231 u. 1918, Sp. 195.
[2]) Vgl. D. St. Z. 1916, Sp. 117 ff. u. 1917, Sp. 155 ff.

XXV. Statistische Sammelwerke.

Wirtschaftsstatistisches über die deutschsprachigen Teile des bisherigen Österreich. So, und nicht „über Deutschösterreich", wie sie tatsächlich betitelt ist, müßte leider heute nach der Verstümmelung des jungen Staates die Überschrift einer statistischen Materialiensammlung lauten, deren Herausgabe (Wien 1919) die Niederösterr. Handels- und Gewerbekammer offenbar im Vertrauen darauf unternommen hatte, daß die staatliche Abgrenzung der Bestandteile des bisherigen Österreich nach den Gesetzen der Gerechtigkeit und des Selbstbestimmungsrechts erfolgen werde. Die Schrift stellt aus der Gesamtstaats-Statistik die Zahlen für das ganze der Mehrheit nach von Deutschen bewohnte Gebiet zusammen. Obgleich nach ihrem Erscheinen nahezu $^3/_5$ aus dem Körper des deutschen Volkes in Österreich durch den feindlichen Verband staatlich herausgerissen worden sind, so ist eine derartige statistische Darstellung der wirtschaftlichen Kräfte seiner Gesamtheit doch zu begrüßen und ihre Wiederholung zu wünschen, weil sie geeignet ist, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit wachzuhalten. Mißt man doch in Italien dem statistischen Jahrbuch, das Correnti vor der Einigung für das ganze Gebiet herausgegeben hatte, das der Staat nach den Wünschen der Nationalisten umfassen sollte, einen Teil des Verdienstes um die Erreichung dieses Zieles bei.

E. W.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Theorie und Lehrbücher der Statistik.

48. Willard C. Brinton, *Graphic Methods for Presenting Facts.* New-York, *The Engineering Magazine Company* 1914, XII und 371 Seiten, mit 255 Abbildungen.

Die graphische Übersetzung statistischer Zahlen für breitere Volkskreise ist seit einem Jahrzehnt so in Mode gekommen, daß schon längst das Bedürfnis nach einer systematisch-kritischen Zusammenfassung der verschiedenen „volkstümlichen" Ausdrucksmöglichkeiten besteht. Dazu ist es aber, abgesehen von einigen skizzenhaften Andeutungen [1]) bei uns nicht gekommen. Zwar wurde die wissenschaftliche Seite der Frage z. B. von v. Mayr [2]) und Auerbach [3]) vorzüglich behandelt; für die popularisierende Graphik dagegen sind die Amerikaner den Deutschen zuvorgekommen.

Verf. will zunächst den statistischen Laien anleiten, die tabellarischen Zusammenstellungen mengenmäßiger Tatsachen in augenfällige Bildsprache zu übersetzen. Er schreibt für die Geschäftsleute, für die Praktiker des öffentlichen Lebens, Politiker, Verwaltungsbeamte usw., vermeidet deshalb alle mathematischen Erwägungen, und es gelingt ihm auch sonst, sich verständlich und nützlich zu machen für jeden, der sich mit den *complex facts of business or government* beschäftigen muß.

[1]) Vor allem S. Schott, „Graphische Darstellungen" in der Festschrift für v. Mayr; E. Würzburger, „Die Statistik auf der Internationalen Hygiene-Ausstellung in Dresden 1911; 3. Die Arten und Gegenstände der Darstellung." D. St. Z. 1911, Nr. 6 und besonders Nr. 8; Hans Schorer, „Die graphische Statistik an der schweizerischen Landesausstellung Bern 1914". Zeitschrift f. schweiz. Statistik, 50. Jg. 1914, S. 349 und die dort genannte Literatur. Daselbst auch: Heinrich Schlosser, „Ausstellungsstatistik und angewandte Kunst" S. 347. Vgl. ferner Wilhelm Feld, „Volkstümliche graphische Darstellungen" im D. St. Z. 1915, S. 70 mit einigen Literaturangaben. Und von demselben: „Volkstümliche Statistik", Zeitschrift für Sozialwissenschaft N. F. 4, 1918, S. 611; hiezu D. St. Z. 1913, S. 252 (Sigerus) und meine Erwiderung daselbst S. 318.

[2]) Georg v. Mayr, Theoretische Statistik, 2. Aufl. 1918.

[3]) Vgl. D. St. Z. 1914 S. 168, sowie auch 1914 S. 231 über die fleißigen Untersuchungen von v. Poellnitz, „Graphische Darstellung und deren Anwendung auf die Statistik der veranlagten Einkommen".

Digitized by Google

Dabei wird mit echt amerikanischer Zielsicherheit besondere Rücksicht auf den zeitknappen Leser genommen, der sich nach der wohl berechtigten Meinung des Verfassers in bloß einer Stunde mit den wesentlichsten Gedanken des ziemlich umfangreichen Buches bekannt machen kann, indem er weiter nichts zu tun braucht, als die Abbildungen und ihre Unterschriften zu betrachten. Der Haupttitel der Bilder gibt den Inhalt der Darstellung; der Untertitel bezieht sich auf ihre Methode. Natürlich gibt der Text noch mehr. Er ist so ausgestaltet, daß das Buch auch als technische Anleitung für die graphischen Zeichner dienen kann. Es bringt sogar gute Orientierungen über die Bureauorganisation zur Führung von Geschäftsstatistiken, zur Verwendung ihrer statistischen Kurven usw. durch die Betriebsleitung, über Zettelkästen zur Sammlung der fortzuschreibenden Statistiken, über Zählmaschinen usw. Bezeichnend ist etwa das Einschaltblatt Seite 259/60, zu welchem ein für Blaupausen besonders geeignetes Papier verwendet wurde. Und all dies Detail in erfreulichster Kürze und Klarheit, wie man das ja von dem amerikanischen Schrifttum gewohnt ist.

Aber die kaufmännische Einstellung ist durchaus nicht die Hauptsache. Wir haben es hier vielmehr mit einem systematischen Handbuche volkstümlicher Graphik zu tun, aus dem auch die statistischen Fachleute manches lernen können.

Da einstweilen das Buch den deutschen Kollegen nur schwer zugänglich ist, darf ich hier wohl ausnahmsweise den so oft aus Bequemlichkeit oder Zeilenschinderei mißbrauchten Auszug aus dem Inhalt geben: Gliederung zusammengesetzter Massen, einfache Vergleiche, zeitliche Vergleiche, Zeitkarten, Kurven (sechs Kapitel, darunter Vergleich von Kurven, kurvenmäßige Gliederung zusammengesetzter Massen, kumulative Kurven, Häufigkeitskurven), Landkarten. Bis hierher zusammen 250 Seiten. Dann kommen die mehr bureau-organisatorischen Kapitel; und den Schluß bilden zwei Abschnitte allgemeiner Bemerkungen, die auch den Statistiker wieder sehr angehen: wie z. B. die Ausführungen über häufige Fehler, vor denen man sich zu hüten hat bei Anlage der Diagramme; über die irreführenden Wirkungen gewisser Darstellungsarten mit lehrreichen Bildbeispielen besonders für optische Täuschungen; über die Notwendigkeit von Standardregeln für eine Grammatik der graphischen Sprache; ferner über technische Einzelheiten der Herstellung und Vervielfältigung (Photographien, Projektion, Klischees), über Methoden, einer Volksmenge die Wahlergebnisse vorzuführen und über statistische Graphik in — Straßenumzügen mit einem Bild der statistischen Wagen in einem Straßenumzug der Stadt New-York, wo besonders das Gesundheitsamt mit Riesendiagrammen den Einfluß der modernen Hygiene auf den Rückgang der Sterblichkeit zeigte.

Man merkt es dem Buche an, daß es von einem systematisch denkenden Kopfe geschrieben wurde, der wußte, was er wollte und für wen er schrieb, und der sich auch gründlich mit seinem Gegenstande beschäftigt hatte.

Leistungen wie die besprochene und Nachrichten wie die, daß in Frankreich die Statistik obligatorisches Lehrfach gewisser Mittelschulen sei und bei den Prüfungen der Staatsbeamten verlangt werde, fordern die Überlegung heraus, ob in Deutschland genug für die statistische Fachbildung geschieht. Auf die Mängel des akademischen Unterrichts in der Statistik ist in diesem Blatte schon häufig hingewiesen worden. Wir haben in Deutschland kaum die ersten Anfänge davon. Und selbst für die praktisch so dringliche Ausbildung der heranwachsenden Verwaltungsstatistiker wird bei uns nichts getan. Ja häufig findet man sogar in den nächstinteressierten Kreisen der Universitätsprofessoren nicht einmal Verständnis für die Forderung einer wohl ausgebauten statistischen Fachbildung. Seit Jahren werbe ich vergeblich für ein „Statistisches Laboratorium“ [1]), das nach dem übereinstimmenden Urteile der berufensten Verwaltungsstatistiker die einzige Lösung dieser dringlichen Aufgabe wäre, und von einer einsichtsvollen staatswissenschaftlichen Fakultät wohl ohne große Schwierigkeiten erlangt werden könnte. Seine große praktische Bedeutung für die Verwaltung und die im Verhältnis zu den naturwissenschaftlichen und technischen Instituten verschwindend geringen Kosten würden bald den Widerstaud auch des sparsamsten Finanzministers brechen. Zumal man mit größtem Rechte eine namhafte Unterstützung aus Reichsmitteln verlangen könnte: eine statistische Forschungsanstalt, welche die sachlichen und methodischen Ergebnisse der bisherigen Leistungen in Wissenschaft und Praxis systematisch sammelt und verarbeitet, würde nicht nur der statistischen Wissenschaft dienen, sondern vor allem auch der verwaltungsstatistischen Praxis endlich einmal die so lange entbehrten und doch so unerläßlichen wissenschaftlichen Voraussetzungen ihrer Arbeit liefern. Ohne welche Unterlagen, die sich die statistischen Ämter auf die Dauer nicht selbst schaffen können, eine fruchtbare Entwicklung der amtlichen Statistik nicht möglich ist.

W. Feld.

[1]) Zuletzt im Januar—Februarheft der Zeitschrift für Sozialwissenschaft und in der Kommunalen Praxis vom 17. Mai 1919, wo ich außerdem die örtliche Aufteilung der Reichsstatistik vorgeschlagen habe.

Zur Frage der Notwendigkeit höherer Mathematik für die medizinische Statistik. Prof. Geigel in Würzburg wendet sich in einem Artikel der Münchener medizinischen Wochenschrift „Die Statistik nach dem Kriege“ (1919 S. 103) gegen die bisherige unzulängliche Art und Weise, wie bei medizinischen statistischen Arbeiten verfahren werde. Man muß ihm leider rechtgeben, da das für viele — sicher nicht für alle — Arbeiten auf diesem Gebiete gilt. Es ist aber sehr fraglich, ob der von ihm vorgeschlagene Weg zum Ziele führt. Geigel wünscht durchgehends die Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung, insbesondere im Sinne des Bayesschen Theorems, mit dem die Wahrscheinlichkeit des Anteils einer Ursache an einem eingetretenen Ereignis berechnet wird. Er verurteilt die Anwendung des arithmetischen Mittels mit der Begründung, daß es nach Gauß nur der wahrscheinlichste Wert von mehreren sei. Das ist ja ganz richtig, wenn es sich z. B. um die genaue Bestimmung einer Längendistanz handelt und aus einer größeren Anzahl von Messungen das Mittel gezogen wird. In der Bevölkerungsstatistik aber wurde es von jeher gebraucht, ist notwendig und kann auch bei weitgehender Verwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht entbehrt werden. Daß aus Zahlen, die nicht gleichwertig sind, ein arithmetisches Mittel nicht gezogen werden darf, bedarf keiner besonderen Erwähnung; leider wird diese wichtige Forderung häufig von Ärzten übersehen. Wenn z. B. zwei Gruppen von Beobachtungen über ein Ereignis vorliegen, in denen die Zahl der unbekannten Fälle sehr verschieden groß ist, und aus beiden Gruppen das arithmetische Mittel berechnet wird, so kann dies zu ganz falschen Ergebnissen führen. Aber eine statistische Methode darf nicht deshalb verworfen werden, weil Unwissende einen falschen Gebrauch davon machen.

Die Forderung, daß man in allen Fällen in der medizinischen Statistik zur Wahrscheinlichkeitsrechnung greifen müsse, geht zu weit und würde zur Folge haben, daß zahlreiche wertvolle statistische Arbeiten unterblieben. Meist genügt die niedere Mathematik durchaus. Auch bei Anwendung der Wahrscheinlichkeitsrechnung lassen sich grobe Fehler nicht vermeiden, wenn das zugrunde liegende Material Falsches enthält; man denke nur an die Benachteiligung der Versicherten bei der Lebensversicherung oder an die Verluste der Rentenanstalten, wenn eine zu hohe Sterblichkeit der Prämienberechnung zugrunde gelegt wird. Viel wichtiger ist eine fehlerlose Aufbereitung des Urmaterials, eine Sichtung desselben, insbesondere auch dahin, daß gleichartige Gruppen gebildet werden, die einen Vergleich zulassen, oder daß wenigstens die Verschiedenheit der Gruppen genügend scharf hervorgehoben wird. Wenn man so häufig falsche Schlußfolgerungen aus

Digitized by Google

statistischen Angaben ziehen sieht, so ist dies gewöhnlich nicht Folge des Mangels feinerer mathematischer Berechnung, sondern es sind Fehler des logischen Denkens.

Diese Fehler machen sich insbesondere bei Bewertung einer Heilmethode geltend. Umfangreiche Sammelstatistiken sind meist unzuverlässig, da das zugrunde gelegte Krankenmaterial nirgends gleichmäßig zusammengesetzt ist und daher Vergleiche zwischen den einzelnen Gruppen verschiedenartiger Behandlung streng statistisch gedacht nicht zulässig sind. In ärztlichen Kreisen genießen daher mit Recht die Beobachtungen guter, vorurteilsfreier Kliniker viel mehr Ansehen; dies liegt aber nicht in der Größe der Zahlenangaben, sondern in dem Vertrauen, das in die Beobachtungsgabe des Betreffenden gesetzt wird. Mit der Statistik hat dies gar nichts zu tun. Für die statistische Aufbereitung des Materials für eine Heilmethode sind die Untersuchungen Liebermeisters über den Erfolg bei konsequenter Behandlung des Typhus und der Lungenentzündung mit kalten Bädern vorbildlich; daran ändert nichts, daß man heute zu andern Behandlungsmethoden übergegangen ist. Auch Liebermeister hat von der Wahrscheinlichkeitsrechnung hierbei Gebrauch gemacht, fügt aber ganz richtig bei, daß diese durchaus kein Beweis für den guten Erfolg der antipyretischen Behandlung sei, sondern nur besage, daß die Verschiedenheit der Letalität nicht auf Zufälligkeiten beruhe [1]).

Ein grober Unfug wird oft — und dies geschah leider sehr häufig während des Krieges — damit getrieben, daß aus einem kleinen Zahlenmaterial weitgehende Schlüsse gezogen werden. Es sei nur an die Arbeiten erinnert, in denen aus kleinem klinischen Material auf eine Änderung im Geschlechtsverhältnis der Neugeborenen während des Krieges geschlossen wurde oder in denen aus einigen hundert Fällen Regeln für die Häufigkeit der Knabengeburten je nach dem Abstand des Tages der Begattung von der letzten Menstruation aufgestellt wurden.

Geigel geht davon aus, daß die vielen medizinischen Erfahrungen im Kriege eine umfangreiche statistische Bearbeitung nötig machen und daß hierzu die höhere Mathematik notwendig sei. Ob eine solche Bearbeitung unter den jetzigen Verhältnissen zur Ausführung kommen wird, kann heute niemand wissen. In einzelnen Fällen werden sich Berechnungen mit Anwendung der höheren Mathematik dann nicht umgehen lassen. Es wäre aber nach meinem Ermessen unrichtig, damit die mit der Bearbeitung der Statistik betrauten Ärzte zu belasten, da dann die Gefahr vorliegt, daß sie von der sorgfältigen Durcharbeitung des Urmaterials, die nur unter ärztlicher Leitung richtig vorgenommen werden kann, abgelenkt würden. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben ist die Sichtung des vorliegenden Materials, die Ausmerzung unzuverlässiger Angaben, die Feststellung, ob nicht irgendwelche andere Ursachen auf die Häufigkeit oder den Verlauf einer Krankheit neben der Schutzimpfung oder neben der in Frage kommenden Behandlungsmethode eingewirkt haben, die Differenzierung des Materials nach allen möglichen Kombinationen und manche andere derartige Dinge. Dazu sind aber Ärzte notwendig, die mit den allgemeinen Grundsätzen der Bevölkerungs- und medizinischen Statistik sich vertraut gemacht haben. Diese Ärzte werden in den meisten Fällen gut mit der niederen Mathematik auskommen. Ist dann ein so zuverlässiges Material zusammengebracht, daß eine feinere mathematische Berechnung der Mühe lohnt, zeigt es sich, daß eine solche notwendig ist, eine Beurteilung, die einem statistisch, wenn auch nicht mathematisch-statistisch vorgebildeten Arzt nicht zu schwierig sein dürfte, so überlasse man diese Berechnungen ruhig einem zugezogenen Mathematiker.[1])

F. Prinzing (Ulm).

Die statistische Detailbetrachtung. Unter statistischer Detailbetrachtung versteht K. Marbe die empirische Untersuchung statistischer Reihen hinsichtlich der Aufeinanderfolge ihrer Elemente.

Wir wollen annehmen, es lägen eine sehr große Anzahl von Geburten in der Reihenfolge vor, wie sie auf einem Standesamt unmittelbar nacheinander registriert wurden. Die männlichen Geburten seien mit m, die weiblichen mit f bezeichnet. Es resultiere dann folgende statistische Reihe: f m m f m f f m m m m f m . . . Man kann sich nun die Frage stellen, ob die Häufigkeit eines m-Falls von den unmittelbar vorhergehenden Fällen abhängig ist oder nicht. Diese Abhängigkeit wäre z. B. erwiesen, falls sich zeigte, daß die Einzelfälle (Elemente) dann durchschnittlich häufiger m-Fälle sind, wenn ihnen eine größere Anzahl unmittelbar aufeinanderfolgender f-Fälle unmittelbar vorhergeht, als wenn sie auf eine größere Anzahl unmittelbar aufeinanderfolgender m-Fälle folgen. Wäre das Material in diesem Sinne beschaffen, so müßten offenbar große Sequenzen unmittelbar aufeinanderfolgender m-Fälle seltener sein, als auf Grund der reinen Wahrscheinlichkeitsrechnung zu erwarten ist. Würden in gleichem Sinne auch die großen Serien unmittelbar aufeinanderfolgender f-Fälle seltener sein, als *a priori* zu erwarten ist, so würde das Material (wie Marbe sich ausdrückt) ein Merkmal des statistischen Ausgleichs zeigen: Es würde einen besseren Ausgleich der m- und f-Fälle aufweisen, als rein theoretisch zu erwarten ist. Die Prüfung einer statistischen Reihe auf den statistischen Ausgleich hin fällt unter den Begriff der statistischen Detailbetrachtung.

Marbe wendet für die statistische Detailbetrachtung vier spezielle Methoden an, die er als Elementarverfahren, als Verfahren der reinen Gruppen, der Normalgruppen und der übergreifenden Gruppen bezeichnet. Seine Untersuchungen erstrecken sich auf annähernd 200 000 Geburten, auf mehr als 250 000 Fälle der biologischen Variationsstatistik sowie auf eine große Anzahl von Spielresultaten verschiedener Art. Die einschlägigen Publikationen beginnen mit der Schrift: „Naturphilosophische Untersuchungen zur Wahrscheinlichkeitslehre" (Leipzig 1899). Sie werden fortgesetzt im 1. Band des Werkes [2]) „Die Gleichförmigkeit in der Welt. Untersuchungen zur Philosophie und positiven Wissenschaft" (München 1916) und ergänzt im 2. Band desselben Werkes (München 1919) sowie in einer kleinen Schrift: Mathematische Bemerkungen (München 1916).

Im 2. Band werden die Methoden der statistischen Detailbetrachtung systematisch entwickelt (S. 19ff.). Auch sucht Marbe hier die von anderer Seite hervorgehobenen Einwände gegen seine schon früher (zuerst 1899) vertretene Lehre vom statistischen Ausgleich und gegen verwandte Darlegungen (teils durch neue Untersuchungen) ausführlich zu widerlegen. Auch die Ergebnisse des Buches von P. W. Siegel „Gewollte und

[1]) Liebermeister, „Über Wahrscheinlichkeitsrechnung in Anwendung auf therapeutische Statistik". Volkm. Samml. klin. Vortr. No. 110, Leipzig 1877, u. „Antipyretische Heilmethoden" in Ziemssen, Hdb. der allg. Ther. Bd. 2 S. 129 ff.

[1]) Gegen die im D. St. Z. öfter bekämpfte Überschätzung der Notwendigkeit der höheren Mathematik für Wahrscheinlichkeitsschlüsse aus statistischen Ergebnissen spricht es auch, wenn es in der Schrift „Wahrscheinlichkeitsrechnung II" (Band 33 der „Math.-phys. Bibliothek", B. G. Teubner) von O. Meißner S. 22 heißt: „Bei verbundenen Massenerscheinungen hat die statistische Wahrscheinlichkeit begreiflicherweise nur *formale* Bedeutung; es liegen . . . . systematische Fehlerursachen vor. Daß diese bei einer sich wesentlich auf den Menschen beziehenden Wissenschaft viel häufiger sind als bei Beobachtungen an der unbelebten Natur, ist begreiflich." Die systematischen (nicht zufälligen!) Fehlerursachen sind aber in der Wissenschaft vom Menschen, soweit sie sich auf die Statistik stützt, nicht bloß viel häufiger, sondern sie bilden die fast ausnahmlose Regel. *Schriftl.*

[2]) D. St. Z. 1916 S. 215.

Digitized by Google

ungewollte Schwankungen der weiblichen Fruchtbarkeit. Bedeutung des Kohabitationstermins für die Häufigkeit der Knabengeburten" (Berlin 1917) sucht Marbe (S. 57 ff) für die Lehre vom statistischen Ausgleich zu verwerten. Nach Siegels von dem bekannten verstorbenen Gynäkologen Krönig angeregten Untersuchungen hängt das Geschlecht des Kindes wesentlich von der Größe des Zeitraums ab, der zwischen dem Menstruationsbeginn und der Kohabitation liegt. Findet die Kohabitation am 15. bis 23. Tag nach dem Menstruationsbeginn statt, so werden fast nur Mädchen, findet sie am 27., 28. und am 1. bis 9. Tag nach dem Menstruationsbeginn statt, so werden fast nur Knaben geboren, während die Kohabitation am 10. bis 14. Tag annähernd gleichviel Knaben und Mädchen ergibt. Unter diesen Umständen kann natürlich die auf dem Boden der reinen Wahrscheinlichkeitsrechnung erwachsene Ansicht, daß in Berlin möglicherweise ein Jahr lang nur Mädchengeburten stattfinden, nicht aufrechterhalten werden. Die Siegelschen Tatsachen führen vielmehr, was M. genauer zu zeigen sucht, direkt zur Lehre vom statistischen Ausgleich im Gebiet der Geburten.

Die Bedeutung der statistischen Detailbetrachtung geht aber nach M.s Ansicht weit über den Rahmen der Lehre vom statistischen Ausgleich hinaus. So sucht er mittels der statistischen Detailbetrachtung zu zeigen, daß ein biologisches Material sehr wohl mit dem Mendelschen Gesetz übereinstimmen kann, ohne daß deshalb die einzelnen Elemente, aus denen dieses Material besteht, in der Weise voneinander unabhängig sein müssen, wie allgemein angenommen wird (S. 84 ff., insbesondere S. 118 bis 135). Wenn man gelbe und grüne Erbsen miteinander kreuzt, wenn man dann in der folgenden Generation im Sinne des Mendelschen Gesetzes ¼ grüne und ¾ gelbe Erbsen erhält, und wenn man dann die Hülsen mit vier Erbsen genauer untersucht, so ergeben sich eine Reihe den Erwartungen der Wahrscheinlichkeitsrechnung *a priori* widersprechender Sätze, von denen hier folgende übrigens einander gegenseitig einschließende hervorgehoben seien:

1. Der Fall, daß in einer Hülse mit 4 Samen lauter gleiche Samen vorkommen, ist häufiger, als *a priori* zu erwarten ist.

2. Der Fall, daß in einer Hülse mit 4 Samen gelbe und grüne Samen gemischt auftreten, ist seltener, als *a priori* zu erwarten ist.

Ein ähnliches Zusammenrücken der gleichen Ereignisse ergibt sich auch bei Geschicklichkeitsspielen (S. 61 ff.). M. weist empirisch nach, daß, wenn jemand sehr oft nacheinander das Fangbecherspiel (Bilboquetspiel, Stabkugelspiel) spielt, die Treffer einerseits und die Nieten andererseits mehr zusammenrücken, als *a priori* zu erwarten ist. Diese Tatsache wird von M. psychologisch erklärt.

Statistische Reihen. Eine statistische Reihe durch eine oder mehrere aus ihr gewonnene Zahlen zu charakterisieren, Reihen mittels solcher Zahlen vergleichbar zu machen und durch Vergleich mit in bezug auf ihre Gesetzmäßigkeit bekannten Reihen auf evtl. bestehende oder nur scheinbar zutage tretende Gesetzmäßigkeiten zu prüfen, ist seit Graunt ein eifriges Bestreben der mathematischen Statistik gewesen. Die Theorie der Kollektivgegenstände im besonderen suchte dazu geeignete Untersuchungsmethoden herauszubilden. Eine solche benutzt E. Haemig in einem Aufsatz über das bevölkerungsstatistische Grundproblem (Jahrb. f. Nat. u. Stat. 3 Folge, 57. Bd., 2. Heft, S. 154—176), indem er die hauptsächlich von G. F. Lipps behandelten, auf einen Ausgangswert bezogenen Mittelwerte n-ter Ordnung einer Verteilungstafel heranzieht, um die Frage nach der Möglichkeit einer einheitlichen und widerspruchsfreien Auffassung der sozialen Lebensvorgänge zu beantworten. In der Überzeugung, in der genannten Methode eine zur Lösung der Frage allgemein gültige gefunden zu haben, wird an Hand von vier Mittelwerten und unter diesen bestehenden Beziehungen gezeigt, daß nicht eindeutige Ursachen, sondern vielfache, durch Vergangenes und Gleichzeitiges bestimmte Bedingtheiten im tatsächlichen Geschehen Gleichartigkeiten im Verlauf der Reihen hervorrufen, ohne daß diese besondere Gesetzmäßigkeiten und Gleichförmigkeiten im mathematischen Sinne aufweisen. Diese Erkenntnis — mannigfache Möglichkeiten führen zum Geschehen, aber nicht alle Möglichkeiten können zum Sein werden — ist nicht neu. Zu ihr führen allein schon rein naturphilosophische Betrachtungen über die Voraussetzungen zur Anwendbarkeit der Wahrscheinlichkeitsrechnung auf wirkliche Vorgänge. Die angewandte Methode zur Untersuchung statistischen Materials besagt in dieser Hinsicht nicht mehr, als schon mit Hilfe des Lexis'schen Divergenzkoeffizienten gefunden werden kann. Die gesamte umfassende Charakterisierung einer Reihe glaubt Verfasser durch Angabe des arithmetischen Mittels (η_1 hat an sich mit diesem nichts zu tun, ist also auch nicht, wie behauptet, geeignet, etwas über die vorhandene Verteilung in der untersuchten Reihe auszusagen), der mittleren Abweichung, des Asymmetriemaßes und des Verteilungswertes erreicht zu haben. Inwieweit dies in Wirklichkeit möglich ist, kann nicht allgemein entschieden werden. Die der Rechnung vorausgehende Analyse des Beobachtungsmaterials wird hier mit entscheidend sein. Die allgemein gültige Grundlage jeder mit Maß und Zahl arbeitenden Entwicklungstheorie abzugeben, wird einfachen Mittelwerten nur unter Anwendung äußerster Vorsicht beschieden sein. Bei der Bearbeitung gestattet sich Verfasser einige dem Herkömmlichen nicht entsprechende Definitionen. So wird das arithmetische Mittel für eine Reihe als derjenige Ausgangswert definiert, der ganz oder nahezu gleichviel Abweichungen über sich und unter sich hat. Im Verlaufe der Darstellung wird dann aber darunter die Mitte derjenigen Größenstufe verstanden, in die das tatsächliche arithmetische Mittel fällt. Auf diese ist anch die ganze Berechnung der Mittelwerte bezogen. Dadurch erhellt, daß in den gebotenen Werten für die mittlere Abweichung, unter der im Laufe der Darstellung der auf die Einzelbeobachtungen (nicht etwa auf das arithmetische Mittel, wie aus der Bemerkung auf S. 156: „mittlere Abweichung, mit der das arithmetische Mittel behaftet ist", geschlossen werden könnte) bezogene mittlere Fehler verstanden wird, nur Nährungswerte zu sehen sind. Nur wenn wirklich auf das arithmetische Mittel bezogene Mittelwerte berechnet wären, wäre die auf das arithmetische Mittel bezogene mittlere Abweichung $M_1 = \frac{\sqrt{\eta_2^2}}{\sqrt{m}}$. Daß die mittleren Fehler der Mittelwerte höherer Ordnung nicht angegeben sind, beeinträchtigt den Wert der Beurteilung. Besonders hoch scheint der Grad der Sicherheit, der den einzelnen Mittelwerten zukommt, nicht durchgängig zu sein. So berechnet sich z. B. der mittlere Fehler der 3. Potenz des Asymmetriemaßes in der Verteilungstafel der relativen Geburtenziffer für Spalte 1—14 auf $\pm$ 5,29 bei $\eta_3^3 = -15{,}74$ ($M_\nu = \sqrt{\frac{\eta_{2\nu}^{2\nu} - \eta_\nu^{2\nu}}{m}}$, s. G. F. Lipps, Theorie der Kollektivgegenstände in Wundt's Philosophischen Studien Bd. 17, S. 149) und damit $\eta_3 = -2{,}51 \overset{+\,0{,}32}{-\,0{,}25}$. Die „allgemein gültige Methode" wird also auch schon dort versagen, wo die Unsicherheit der Rechnung zu groß ist.

W. Grävell (Dresden).

Zentralisation und Dezentralisation der Deutschen Statistik. Der Nationalversammlung ist eine Eingabe des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine zugegangen, in der vorgeschlagen wird, in der Verfassungsurkunde die gesamte Wirtschaftsstatistik und ihre Organisation zur Reichssache zu erklären. Begründet wird dies mit der Notwendigkeit, einesteils die planmäßige Entwickelung zur Gesamtwirtschaft auf eine einheitliche statistische Erfassung aller Erscheinungen des Wirtschaftslebens zu stützen, anderseits den Reichsgedanken gegenüber Sonderinteressen zu stärken.

Digitized by Google

Eine Dezentralisierung der Reichsstatistik, allerdings nur im örtlichen Sinne und unter Wahrung ihrer Einheitlichkeit, regt W. Feld in der „Kommunalen Praxis" 1919 Nr. 19 an. Die Ereignisse sind dem Vorschlag insofern vorausgeeilt, als der Versailler Friede den von F. in den Vordergrund gestellten Gedanken der Übertragung bestimmter Arbeitsfelder (z. B. der ganzen Bevölkerungsstatistik) des Statistischen Reichsamtes in Berlin auf die Statistische Zentralkommission in Wien vorläufig unausführbar gemacht hat. Außerdem empfiehlt F. die Errichtung von Zweigstellen des Statistischen Reichsamts in Leipzig für die gewerbliche Produktionsstatistik, in Nürnberg oder Stuttgart für Verkehrsstatistik, usw. Wenn er sein Ziel „Föderalisierung der Reichsstatistik" nennt, so kann das mißverstanden werden. Denn die Rümelinsche Bezeichnung „föderierte Statistik" hat sich für einen anderen Begriff eingebürgert, nämlich für die Ausführung und Bearbeitung der statistischen Erhebungen durch jede bundesstaatliche statistische Landesstelle für ihr Staatsgebiet, aber nach einheitlichen Normen für das ganze Reich. *E. W.*

Deutschösterreichs künftige Statistik. Die noch zur Zeit des Bestehens des alten Staates gehegte Absicht der Statist. Zentralkommission, die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der amtlichen Statistik darzutun, und der Entschluß der neuen Regierung zur Schaffung eines Organisationsgesetzes für die Verwaltungsstatistik haben zur Herausgabe der programmatischen Schrift „Der Aufbau der Statistik in der Staatsverwaltung Deutschösterreichs" (Wien 1919), deren Verf. der Vizesekretär Dr. Felix Klezl ist, durch die Stat. Z. geführt. Danach sollen angestrebt werden: Aufhören der Zersplitterung, bei der die anderen zentralen Verwaltungsstellen auf eigene Faust Statistik treiben, Fachvorbildung der Beamten einschließlich des Rechnungspersonals[1]), Zuziehung bewährter Vertreter der Wissenschaft zur Beratung statistischer Probleme vor Beschlußfassung über wichtige Erhebungen, Einstellung der Amtstätigkeit und der Veröffentlichungen auf das der Not der Zeit und dem Fortschritt der Zukunft Dienende, Betrauung besonderer Beamter mit den statistischen Arbeiten der unteren Verwaltungsbehörden, Einführung einer gesetzlichen statistischen Auskunftspflicht; also alles Ziele, die auch in anderen Ländern nur zu einem Teile verwirklicht sind und ins Auge gefaßt werden sollten. Mit der Ausführung der dargelegten Gedanken in bezug auf die einzelnen Zweige der Verwaltungsstatistik beschäftigt sich der zweite Abschnitt der Schrift. *E. W.*

Statistik und Demokratie. Unter dem Titel „Die bevorstehende gesellschaftliche Neugestaltung und die Aufgabe der Statistik" bringt der 54. Jahrg. der Zeitschrift für schweiz. Statistik und Volkswirtsch. S. 389 bis 410 einen bedeutsamen Aufsatz von Prof. Dr. N. Reichesberg-Bern, bekannt durch viele sozialistische Schriften soziologischen Inhaltes. Seine ausgesprochen sozialdemokratische Gesinnung kommt in fast jedem Satze deutlich zum Ausdruck.

Zunächst wird in festen Umrissen die bisherige Entwicklung der Staatsformen vor und im Weltkriege geschildert, wobei der Hauptton auf die Gesellschaftskämpfe zur Verwirklichung der verschiedenen sozialpolitischen Ideale bis zur heutigen Demokratie gelegt wird. Die Arbeiterklasse habe jetzt endlich die Möglichkeit, sich den Kapitalismus zwecks Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, die einer Veränderung dringend bedürfe, dienstbar zu machen. Dieses Ziel könne erreicht werden in einer planmäßigen Organisation der gesellschaftlichen Produktion der wirtschaftlichen Güter. Ein wichtiges Hilfsmittel dazu sei die demokratische Statistik. Den Satz von Reichesberg „Die Statistik als Hilfsmittel der Demokratie im Hinblick auf die Neugestaltung der Gesellschaft muß eigentlich erst noch geschaffen werden" wird man sich einprägen müssen. Allerdings ist seit Erscheinen der Arbeit Ende Januar 1919 seitens mancher Landesstatistiken, so der preußischen und sächsischen,[1]) eine gewisse Einstellung auf die Sozialisierung zweifellos zu bemerken, aber vieles bleibt nach dieser Richtung hin noch zu wünschen übrig. So hebt Reichesberg mit Recht hervor, daß die Statistik des auswärtigen Handels uns bisher zwar wertvolle Feststellungen über Umfang und Wert der Ein- und Ausfuhr ermöglicht, nicht aber über den Anteil, den die verschiedenen Betriebs- und Unternehmungsformen bei der Fertigstellung dieser Waren gehabt haben. Und doch könnte man diese notwendige Ergänzung der Handelsstatistik durch eine geeignete Rubrik auf den Frachtdeklarationen verhältnismäßig einfach erreichen. Ferner läßt die bisher übliche Form der Kriminalstatistik keineswegs die Zugehörigkeit der betreffenden Verfehler zu den verschiedenen Gesellschaftsklassen erkennen. Hier muß das vorhandene Aktenmaterial in passender Weise herangezogen werden; an Akten mangelt es uns doch gewiß nicht. Es handelt sich also um Auswertung der sogenannten unausgelösten statistischen Materialien. Andere schlagende Beispiele muß man in der Arbeit selbst nachlesen. Über die auch von Reichesberg angeführte Medizinalstatistik hat sich bereits Gottstein[2]) eingehend geäußert. In diesem Zusammenhange sei ergänzend bemerkt, daß auch die Wohnungsstatistik durch Raumausmessung, zunächst natürlich nur partieller Art, unbedingt gefördert werden muß; denn nur dann können die bisher völlig in der Luft schwebenden Fragen der Übervölkerung sowie der Preisverhältnisse der Wohnungen und Räume ihrer Lösung nähergebracht werden.[3])

Reichesberg betont mit Recht, daß es eine Sozialstatistik im eigentlichen Sinne des Wortes, d. h. eine Statistik, die die breiten Massen der Bevölkerung begreift, nirgends gibt.[4]) Wahrscheinlich hat man sich vor dieser Aufgabe deshalb gescheut, weil der bisherigen Staatsform manche derartigen Untersuchungen wegen der vielleicht sich ergebenden Resultate hätten unangenehm werden können. Derartige Bedenken einer — sagen wir es doch offen — Vogel-Strauß-Politik fallen jetzt ja glücklicherweise fort.

Dazu kommt noch ein wichtiger Umstand. Die großen, für ganze Provinzen und Landesteile gemeinsamen Aufgaben, wie Erwerbslosenfürsorge, Notstandsarbeiten, Wohnungsbeschaffung, Lastenausgleich, Besteuerung von Einkommen, Vermögensabgaben, schärfere Erfassung der landwirtschaftlichen Erträgnisse usw., werden zur Schaffung größerer lokaler statistischer Ämter führen. Hierbei denke ich besonders an die Großstädte, für deren Agglomeration — z. B. Großberlin — mit der Zeit sicher eigene statistische Ämter zu errichten sein werden, ferner an weitere Kreis- und Provinzialämter. Für alle diese Einrichtungen ist rechtzeitig Sorge zu tragen, *ne quid detrimenti statistica* bzw. *statisticus capiat.*

H. Guradze (Berlin).

[1]) Siehe hierzu D. St. Z. 1910 S. 153.

[1]) Siehe unten Sp. 132. *Schriftl.*

[2]) D. St. Z. 1918 Nr. 9/10.

[3]) Vgl. „Wohnungsgesetz und Wohnungsstatistik" D. St. Z. 1919 Nr. 3/4.

[4]) Gegen die Richtigkeit dieser Behauptung sowohl wie auch ihrer Begründung ließen sich doch recht gewichtige Einwendungen erheben. *Schriftl.*

Vermischte Mitteilungen.

Die schöne Literatur und die wüste Statistik. Der in Nr. 5/1919 enthaltene Aufsatz von B. Lembke über „Die Statistik in der Literatur" hat mir Vergnügen bereitet. Auf seinen Wunsch spinne ich den Faden weiter; der Gegenstand hat mich schon länger gereizt, ich mußte ihn aber — bis zu meiner Zurruhesetzung zurückschieben.

Zur allgemeinen Beruhigung der Nichtstatistiker wie der Statistiker möchte ich zunächst sagen und behaupten: es geht den Statistikern nicht besser als den Pfarrern,

Digitized by Google

Lehrern, Professoren, Schauspielern, Staatsmännern usw., aber auch nicht — schlimmer. Die einen werden langweilig usw. empfunden, die anderen aber gerne gehört. Die Masse hört immer gerne — Anderes als die — Wenigen.

Nun zur Sache. Der Bibliothekar August Strindberg lehnte die Statistik ab. Seit ich die „Beichte eines Toren" gelesen habe, verstehe ich das vollkommen. Wie kann ein psychologisch minderwertiger Mensch eine gehaltvolle Statistik von planlosen Zahlengewirren unterscheiden? Daß Strindberg auch bei den Deutschen so „berühmt" geworden ist, beweist höchstens, daß es unter diesen auch sehr viele ähnliche — Toren gab oder gibt.[1])

Der Fall der Elisabet Heyking ist peinlicher. Für einen deutschen Diplomaten der Sorte, die sie schildern wollte, wäre es typischer gewesen, wenn er die „handelsstatistischen" Tabellen von einem — ausländischen Statistiker hätte machen lassen, um sie sodann als seine eigene Arbeit einzusenden. Ich hatte es auch gelesen und mir vorgenommen, ihr das zu schreiben, damit sie in der nächsten Auflage dieses — frauenhafte Versehen einrenkt. Solche kleine Sachen passieren leicht, wenn man in Washington fortwährend nur an einen in Peking lebenden geliebten Herrn denkt und — schreibt. Die geistvolle Elisabet hat sicher nicht geahnt, daß in Europa ein Statistiker dieses Versehen übel vermerken könnte — also bei der nächsten Auflage, verehrteste Elisabet, tun Sie — ihm oder uns den Gefallen?

Daß Goethe die Statistik abgelehnt habe, ist ein Irrtum. Schon die Gespräche mit Eckermann über den Kuckuck und andere Vögel und die Art seiner Sammlungen beweisen es. Daß Goethe einen großen Teil der heutigen Statistik ablehnen würde, davon bin ich um so inniger überzeugt, als ich das — auch tue. Aus dem Goethehause in Weimar bin ich vor etlichen Jahren mit dem erhebenden Gefühle geschieden, daß dieser Mann sogar ein großer — Fachstatistiker selbst war. Nun aber verehrter Freund und Mitstatistiker Lembke, will ich nicht mehr auf andere Literaten eingehen, sondern mich noch mit Ihnen selbst unterhalten. Glauben Sie wirklich, daß „keine Bücher gedruckt werden, wenn nicht einigermaßen auf Absatz gerechnet wird"? Ich meine jetzt nicht etwa — statistische Quellenwerke, hoffnungsfreudige oder tiefbetrübte — Doktoranden, welche ihre bücherartigen Auslassungen drucken lassen müssen, und zwar auf eigene Kosten; ich meine etwas anderes. Herr B. G. Teubner in Leipzig, der Verleger des „Deutschen Statistischen Zentralblatts" würde, wenn er das lesen würde — lächeln. Die Eitelkeit mancher junger Menschen (beiderlei Geschlechts), deren Väter, Mütter, Tanten, Onkel usw. — vermöglich sind, manchmal sogar gar nicht so sehr, ist so groß, daß es Verlagsspezialgeschäfte gibt, welche daraus einen erklecklichen Nutzen ziehen. Haben Sie schon eine Statistik des Besuchs bei Kartenlegerinnen, Weissagerinnen, Schwindlerrednern usw. gemacht? Die Dummheit der Menschen ist eines der wichtigsten statistischen Gesetze; man weiß nur den — Prozentsatz nicht genau. Manche nehmen — ins Blaue hinein — an, daß der Prozentsatz bei den Großstädten größer sei als bei den — Analphabeten.

Nun komme ich noch zu den mit Petroleum abgetöteten Ameisenhaufen und der Zählung ihrer Bewohner. Dieses Beispiel hat mich förmlich entzückt. Sie halten das für vernichtend? Ich nicht; ich halte es für ein — Plagiat von Schiller. Dieser hat die Statistiker auch nicht genannt; er hat einfach gesagt, „wenn die Könige baun, haben die — Kärrner zu tun". Als amtlicher Statistiker fühle ich mich deshalb nicht getroffen, weil wir zwar im Auftrag des Königs, neuerdings des Präsidenten, die Esel, Ochsen und — Kaninchen gezählt haben, auch die Bienenstöcke, nicht aber die Ameisenhaufen oder gar die Ameisen selber. Übrigens haben naturwissenschaftliche Kärrner (vielleicht als „Kronprinzen", ehe sie Könige wurden), sogar die Fischeier gezählt, so viel ich weiß, gar die Eier der Fliegen und der Heringe, auch anderen Getiers und Gewürms, und sie haben daraus ganz schöne Sätze abgeleitet. Herr Charles Darwin hat sich für die Knaben und Mädchen unter den Hunde- und Katzengebornen interessiert, was man in seinen Werken nachlesen mag. Mich würde interessieren, wieviele Ameisen der größte bisher gezählte Ameisenhaufen hatte, ob der Ameisenstaat der größte aller überhaupt auf dieser Erde vorhandenen sogenannten „Tierstaaten" ist, oder welcher andere organisierte Tierhaufen, wie viele und wie verschiedene Eier er in einem Kalenderjahr erzeugt usw. Unter Umständen würde ich mich dann entschließen, zu glauben, daß die Ameisen ihre guten Gründe zu haben scheinen, um keine — Ameisengroßstädte anzulegen, weil sie befürchten, daß sich dann die Ameisen, oder wenigstens ein großer Teil, in dem — gewaltigen Bau nicht mehr zurechtfinden könnten.

Das alles würde ich aber nicht als amtlicher Statistiker tun, sondern als Privatperson, sozusagen aus Liebhaberei für die — Ameisen. Sie gefallen mir, weil sie so fleißig, so mutig und so besorgt für ihre Nachkommen sind, obwohl nur ein kleiner Teil von ihnen — fliegen kann und auch dieser nur, soviel mir bekannt ist, ganz kurze Zeit.

Zum Schluß noch etwas Persönliches. Es gibt wohl keinen amtlichen Statistiker, der nicht schon Anfälle von einer besonderen Abart der Schwermut, ich möchte sie die Statistikerschwermut nennen, gehabt hat. Sie überfällt einen manchmal wie ein Blitz, wenn man die Ameisenhaufen von Statistiken überblickt, die sich auftürmen. „Zahlenfriedhöfe" verehrter Kollege Schott — ein schönes Wort, aber ein resigniertes und resignierendes. Das wollte mir nicht helfen. Nach langem Kopfzerbrechen kam mir ein glücklicher, sehr einfacher Gedanke.

Geht es denn nur den Statistikern so?

Manche Literaturmenschen fallen über uns arme Statistiker her, nennen uns armselig, verachten und beleidigen uns und unser Handwerk, machen sich über uns ohnehin betrübte Lohgerber sogar noch lustig. Ja, wie steht es denn bei ihnen selbst? Im Vertrauen gesagt: Kein bischen besser!

Bescheiden, wie ich nun einmal durch die Statistik geworden bin — ein richtiger Statistiker sollte immer bescheiden sein —, habe ich keinen Literaten vorgenommen, sondern — mich selbst.

In meiner kleinen Dichtung „Mein Bildungsbankrott" habe ich die Statistiker an allen Nichtstatistikern sozusagen — gerächt. Sie hat mir dafür auch den freundlichen Brief eines bekannten Professors der Literaturgeschichte an einer — außerdeutschen — Universität eingetragen, worin er über die Literaten wacker loszog.

Seit jener Zeit bin ich als Berufsstatistiker der milden, aber felsenfesten Ansicht, daß es in jedem Beruf — Ausnahmen für den Statistikerberuf kann ich nicht bewilligen! — gescheite Leute und — Narren gibt und solche, welche — dazwischen liegen.

Die Hauptsache ist, daß die Narren nicht allzusehr überhandnehmen. Früher hat es — Hofnarren gegeben; die waren aber meines Wissens schon vor der Revolution überall abgeschafft. *H. J. Losch* (Stuttgart).

Andrang zum Universitätsstudium. Die durch Krieg und Revolution wesentlich veränderten Verhältnisse im gesamten öffentlichen Leben werden künftighin naturgemäß auch auf die Wahl des Berufs einen einschneidenden Einfluß ausüben. In manchen Berufen, die in den Friedensjahren einen starken Nachwuchs nötig hatten, ist hierin für die Zukunft eine wesentliche Änderung schon jetzt gewiß; so in der Offizierslaufbahn. Ähnlich dürfte es sich mit dem juristischen Studium verhalten, welches wahrscheinlich durch die vermehrte Besetzung von Verwaltungsstellen mit Nichtjuristen, durch gewisse Änderungen im Gerichtswesen usw. nicht mehr so vielfache Möglichkeiten für ein Fort-

[1]) Auf die Gefahr hin, auch zu den Toren gerechnet zu werden, bemerken wir, daß, wer sich selbst einen Toren nennt, es keineswegs zu sein braucht, namentlich im Falle Strindberg. *Schriftl.*

Digitized by Google

kommen und für die Erlangung einer Lebensstellung bieten wird wie ehedem. Wenn trotzdem nachweislich die Zahl der Jura-Studierenden an allen deutschen Universitäten seit einigen Jahren wieder im Zunehmen begriffen ist und aus diesem Grunde in den Tageszeitungen jetzt Warnungsrufe vor dem Ergreifen dieses Studiums laut werden, so erscheinen diese an sich ganz berechtigt. Nur entsteht durch eine solche nur auf ein Fach bezügliche Warnung leicht die Auffassung, bei anderen, nicht erwähnten Berufen lägen die Verhältnisse günstiger, während von ihnen in Wirklichkeit das vom juristischen Studium Gesagte in demselben, vielleicht in noch viel stärkerem Maße gilt. Zu dieser Befürchtung führen z. B. die Aussichten des medizinischen Studiums.

Vor dem Kriege, in den Jahren 1906 bis 1914, hat im allgemeinen eine Abnahme der absoluten Zahl der Jura-Studierenden auf den deutschen Universitäten stattgefunden; ihre Gesamtzahl sank in dem genannten Zeitraum von rund 12100 auf 10300. Weiter ermäßigte sich ihre Zahl infolge des Kriegsausbruchs auf 8561, um dann nach 1915 wieder bis zum Sommersemester 1918 auf etwa 13900 anzuwachsen (einschließlich der im Heeresdienst befindlichen Studierenden); also gab es etwa 1800 Studenten der Rechtswissenschaften mehr als 1906. — Vergleicht man aber ihre Zahl mit der aller überhaupt auf den deutschen Universitäten immatrikulierten Studenten, dann ergibt sich, daß der prozentuale Anteil der Juristen an dieser Gesamtzahl von 27,1% (im Winter 1906) auf 19,5% (im Sommer 1918) gesunken ist und im letztgenannten Jahre nur wenig höher war als unmittelbar vor dem Kriege (17,1% im Winter 1913/14).

Bei den Medizinern dagegen hat bereits zwischen 1906 (mit 8200 Studierenden) und 1914 eine Steigerung um nicht weniger als 9150 oder um 115,3% stattgefunden; dann, nach einer Abnahme im Kriegsjahre 1914, eine erneute Zunahme bis auf 19900 im Sommer 1918. Im ganzen ist also die Zahl aller Mediziner seit 1906 um etwa 11650 gestiegen, und der prozentuale Anteil der Mediziner an der Gesamtzahl aller Studierenden, im starken Gegensatz zu den Juristen, von 1906 bis 1918 von 18,4% auf 28,0% angewachsen.

Aus diesen allgemeinen Angaben geht hervor, daß beide Studienfächer zurzeit als überfüllt anzusehen sind, daß aber vor dem Ergreifen des medizinischen Studiums mit noch viel mehr Berechtigung als vor dem juristischen gewarnt werden muß. Obwohl noch nicht bekannt ist, wie die Zahlenverhältnisse sich bis zum Sommer 1919 gestaltet haben, und es sich bis jetzt jeder Beurteilung entzieht, wie sie sich in den beiden genannten und den anderen Fächern noch weiter entwickeln werden, so muß doch schon heute eine weitere bedenkliche Verschlimmerung als sicher betrachtet werden, der gegenüber ein rasches Handeln geboten erscheint. Um Gegenmaßregeln treffen zu können, ist zunächst die beschleunigte Sammlung und Veröffentlichung von statistischen Nachrichten über den Besuch der Hochschulen aller Art angezeigt. *E. W.*

Literaturstatistik und Deutsche Bücherei. Bemerkenswerte Aufgaben auf dem Gebiete der Literaturstatistik weist die Redaktion des „Börsenblatts für den deutschen Buchhandel" in Nr. 85 dieses Blattes vom 30. April 1919 der Deutschen Bücherei in Leipzig zu.[1]) Sie soll die als mangelhaft und unzulänglich bezeichnete bisherige Bücherstatistik übernehmen, den wissenschaftlichen und literarischen Vereinen die statistischen Unterlagen für ihr Arbeitsgebiet zur Verfügung stellen und ihnen anheimstellen, die statistischen Ergebnisse von berufenen Vertretern der verschiedenen Wissensgebiete bearbeiten zu lassen. Es müßten die Nutzanwendungen aus dem Material gezogen, die toten Zahlen lebendig gemacht werden. Die Statistik werde das beste Hilfsmittel zur Beseitigung der Lücken in der Bibliographie darstellen insofern, als durch Aufschließung des Büchermarkts, Trennung der Produktion nach Ländern, Städten und Verlegern, Originalwerken und Übersetzungen leicht erkennbar werde, was noch nicht von der Bibliographie erfaßt wird. Es werde ein Überblick über Umfang, Preis und Art unserer Bücherproduktion sowie über das Verhältnis zur ausländischen Literatur gewonnen werden, was besonders beim Abschluß von Literarverträgen von Bedeutung sei. *J. F.*

Sächsische Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Diese am 1. Juli ins Leben tretende Stelle hat nach der erlassenen Regierungsverordnung die Aufgabe, „die Volkswirtschaft zu erforschen, zu diesem Zweck Erhebungen und Feststellungen aller Art vorzunehmen und diese statistisch zu bearbeiten. Das Statistische Landesamt ist hierbei zur Mitarbeit heranzuziehen". In der Begründung heißt es, man werde sich bei der erforschenden Tätigkeit der Landesstelle der statistischen Erhebungen und Feststellungen als Hilfsmittel in großem Umfang bedienen müssen und dabei selbstverständlich die geschulten und wissenschaftlich gebildeten Statistiker des Statistischen Landesamtes zur Mitarbeit heranzuziehen.

Aus den Statistischen Ämtern. Der Magistrat zu Insterburg hat noch während des Krieges, im Frühherbst 1918, ein Statistisches Amt errichtet und dessen Leitung dem besoldeten Stadtrat Dr. Galle (früher im Statistischen Amt zu Halle) übertragen. Das Amt wird zunächst Vierteljahrsberichte herausgeben. — Auch die schweizerische Bundeshauptstadt hat im Jahre 1916 ein eigenes Statistisches Amt errichtet, dessen Leitung Dr. H. Freudiger übertragen wurde. Das Amt gibt Halbjahrsberichte sowie „Beiträge zur Statistik der Stadt Bern" heraus. — Die Begründung städtischer Statistischer Ämter ist vom Magistrat zu Erfurt und vom Stadtrat zu Gera beschlossen worden. — Als Nachfolger des verstorbenen Dr. Klose (s. D. St. Z. 1919 S. 74) ist Dr. Zwick zum Vorstand des Statistischen Amtes zu Ludwigshafen a. Rh. ernannt worden.

[1]) Siehe hierzu die Aufsätze von F. Schmid „Die Deutsche Bücherei als Grundlage einer deutschen Literaturstatistik" (D. St. Z. 1914 Nr. 6) und „Ausblick auf eine deutsche Bildungsstatistik" (D. St. Z. 1914 Nr. 4), sowie die Niederschrift der Verhandlungen der 3. Mitgliederversammlung (1913) der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Bibliographie.

25. Bibliographie der Kriegsstatistik.[1])

Von Bibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden:

Aereboe, Deutschlands landwirtschaftliche Produktion während des Krieges und nach dem Kriege. (Ldw. Wochenbl. f. Schleswig-Holstein 1918, 33 u. Hessische Landw. Ztschr. 1918, 34—37.)

Aktien-Papierfabriken, die, im Kriege. (Kölnische Ztg., Nr. 40 v. 15. Januar 1919, Abend-Ausgabe.)

Angestelltenversicherung, die, im Kriege mit besonderer Berücksichtigung Bayerns. (Ztschr. des Bayr. Statist. L.-A. 1918 4.)

Anton, G. K., Der Einfluß d. Weltkrieges auf d. Seefischerei d. Niederlande u. seine Folgen f. Deutschland. Auf Veranlassung d. Zentral-Einkaufsgesellschaft bearb. (VIII, 76 S.) Jena, Fischer 1918. M. 2,40.

Archelander, A., Kohlen-, Koks- und Eisenpreise in den Vereinigten Staaten während des Weltkrieges. (Stahl u. Eisen, 38. Jg., 33.)

(Arnhold), Die Heimarbeit im Kriege und ihre zukünftige Entwicklungsmöglichkeit. [Wirtschaftsleben, IV, 40] (4 S.) Dresden.

Barthelme, G., Die Vereinigten Staaten von Amerika im Weltkriege. (D. Wirtschaftsztg. 1919, 15.)

Baumann, R., Das schweizerische Hotelpersonal in der Kriegszeit. (Ztschr. f. schweizerische Statistik u. Volkswirtschaft 1918, 2/3.)

1) Vgl. D. St. Z. 1915, Nr. 7/8 u. 9; 1916, Nr. 8/9 u. 10; 1917, Nr. 1/2, 4 u. 6; 1918, Nr. 1, 5/6 u. 9/10.

Digitized by Google

Baumwollfrage, die, in Rußland während des Krieges. (Weltwirtschaftliches Archiv, 13. Bd., 4.)
Bautätigkeit und Wohnungsmarkt in Neukölln. 1906 bis 1917 unter besonderer Berücksichtigung der Kriegszeit. (9 S.) Neukölln, Statistisches Amt.
Beteiligung, die, der Träger der reichsgesetzlichen Sozialversicherung an der neunten Kriegsanleihe. (Monatsschrift f. Arbeiter- u. Angestellten-Versicherung 1918, 11.)
— Württembergs an den deutschen Kriegsanleihen. (Mitt. Kgl. Statist. L.-A. 1918, 11.)
Bevölkerungsveränderungen durch den Krieg. (Ztschr. d. Sächs. Statist. Landesamtes 1918/19.)
Borchert, G., Die Entwicklung der amerikanischen Baumwollindustrie im Kriege. (Ztschr. f. d. ges. Textilindustrie, 21. Jg., 29.)
Dividenden, die, der Brauerei- und Mälzereiaktiengesellschaften in den Jahren 1914 bis 1918. (Mitt. d. D. Brauer-Bundes 1919, 1.)
Döring, C., Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. I. Deutschland. (Bulletin der Studiengesellsch. für soziale Folgen des Krieges. Nr. 4.) Kopenhagen, März 1919.
Einfluß des Krieges auf die Finanzgebarung der Stadt Mannheim. (Verwaltung u. Statistik 1918, 11/12.)
Entwicklung; Über die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten im Kriege. (Reichs-Arbeitsblatt 1918, 9.)
Ergebnis der 5. Umfrage des Allg. Hausbesitzervereins über die Mietverluste Dresdner Hausbesitzer i. Jahre 1917. (Dresdner Bürgerzeitung 1918, 15.)
—, das, der 9. Kriegsanleihe. (Bl. f. Genossenschaftswesen 1918, 51.)
— der Zählung der Kriegshinterbliebenen in Wien. (Blätter für das Wohlfahrts- u. Armenwesen der Stadt Wien Nr. 204.)
—, das, des deutschen Postscheckverkehrs im Jahre 1917. (Archiv für Post und Telegraphie 1918, 11.)
Erwerbslosen, die, in den einzelnen Landesbezirken Deutschlands, soweit sie Erwerbslosenunterstützung erhalten. (Die wirtschaftliche Demobilmachung 1918/19, 49.)
Fehlinger, H., Die Gewerkschaften Deutschlands u. Österreichs in der Kriegszeit. (Zeitschr. f. Volksw., Sozialpol. u. Verw., Bd. 26, 1/2.)
Frauenarbeit, Die zahlenmäßige Entwicklung der — während des Krieges. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 1.)
Geldanlagen, die, der deutschen Lebensversicherungsanstalten und der Krieg. (Zeitschr. f. Versicherungswesen 1919, 2.)
Geldmarkt, Wechsel- und Effektenkurse im Weltkriege. Internationalvergleichende Statistik. (32 S.) [Beilage zum Weltwirtschaftlichen Archiv, 14. Bd.] Jena, Fischer.
Genossenschaften, die russischen, während des Krieges, (Int. Agrarökonomische Rundschau, Juli/August 1917.)
Genossenschaftswesen, Die Entwicklung des russischen, im Kriege. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 1.)
Geschäftsbericht der Kriegskreditbank f. Ostpreußen zu Königsberg in Pr. 1917/18 (8 S.)
Gregor, A., Einfluß des Krieges auf Entwicklung und Gestaltung der Verwahrlosung. (Anhang zum Bericht des Fürsorgeverbandes Leipzig über 1916.)
Guradze, H., Die Brotpreise in Berlin in der ersten Hälfte des Kriegsjahres 1918. (Jahrbücher f. Nat.-Ök. u. Statistik, Oktober 1918.)
Hamburgs Handel und Schiffahrt im Weltkriege. Ein Rückblick und Ausblick. (Handelsstand im Auslande, 7. Jg., 10—12.)
Handelsflotte, die schwedische, während des Krieges (Weltwirtsch. Archiv, 14. Bd., 2.)
Hausmann, S., Das Frauenstudium im Kriege. (Die Frau, 1917/18, 1.)
Hellwig, A., Die Kriminalität der Jugendlichen in Hamburg unter dem Einfluß des Krieges. (Ztschr. f. Sozialwiss. 1918, 11/12.)
Hildebrandt, H., Die Einwirkung des Krieges auf die Konsumvereine. (Konsumgenoss. Rdsch. 1919, 7.)
Hoffmann, A., Englands Finanzpolitik während des Krieges. (Ztschr. f. Sozialwiss. 1918, 9—10.)
Horlacher, M., Unsere Nahrungsmittelbilanz im Lichte des Auslandes. (Ztschr. d. Ldw. Rats 1918, 10.)
Industrie, die spanische, im Krieg. (Mitt. d. Kriegsausschusses d. deutschen Industrie Nr. 228 v. 9. XI. 18.)
Kaliindustrie, die, während des Krieges unter Beifügung statistischen Materials. (Kali 1918, 16 u. 17.)
Kaninchenzucht in Preußen während der Kriegszeit. (Statist. Korr. 1918, 44.)
Kaplun-Kogan, W., Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. (Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, 1. Abt., 1. Heft). Leipzig, Teubner.
Keller, „Freiwillige Leistungen" der Landes-Versicherungs-Anstalten während des Krieges auf dem Gebiete der Kinderfürsorge. (Monatsschrift f. d. Kinderhortwesen 1919, 7.)
Konsumvereine, die, während der zweiten Hälfte des Krieges. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 1.)
Krakauer, V., Das österreichische Verkehrswesen im Kriege. (Weltwirtschaftliches Archiv, 13. Bd., 4.)
Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Ostpreußen. (Verhandlungen des 43. Provinziallandtages Ostpreußen, Königsberg i. Pr. 1918, Drucks. I, S. 56 - 58.)
Kriegsbilanz, die. (Der Deutsche Ökonomist, Nr. 1886.)
Kriegseinwirkungen auf die Finanzen der neutralen Staaten Europas. (Wirtschaftsdienst 1918, 49 u. 1919 1 u. 3.)
Kriegsgewinne, die, der niederländischen Landwirtschaft. (Weltwirtsch. Archiv, Bd. 14, 2.)
Kriegskosten und Anleihen in den kriegführenden Staaten. (Wirtschaftsdienst 1918, 41.)
Kruse, P., Die deutschen Trinkerheilstätten im Kriege. (Die Alkoholfrage 1918, 3.)
Kühnert, F., Vermögensentwicklung in der Kriegszeit. (Der rote Tag 252, v. 26 X. 1918.)
Landau, F., Deutsche Schiffsbauanstalten während des Krieges. (Jahrb. für Nat.-Ök. u. Statistik, III F., Bd. 56, 3.)
Lemke, K. H., Die deutschen Großbanken in den Jahren 1915, 1916 u. 1917. (Soziale Kultur 1919, 1.)
Lewinski, J. St., Die Baumwollfrage in den Vereinigten Staaten während des Krieges. (Weltwirtsch. Archiv, Bd. 14, 2.)
Lindner, O., Die Wirkung der Kriegswirtschaft auf den konsumgenossenschaftlichen Großeinkauf in Deutschland. (Die Neue Zeit 1918, 7.)
Lobsien, Kriegs-Landaufenthalt 1917 und geistige Leistungsfähigkeit der Großstadtschüler. (Ztschr. f. Schulgesundheitspflege 1917, 5—8.)
Lohnerhebungen, gewerkschaftliche, während des Krieges. (Reichs-Arbeitsbl. 1918, 10 u. 11.)
Lohnklasseneinteilung, die, der Mitglieder def Ortskrankenkasse zu Magdeburg während des 4. Kriegsjahres. (Reichs-Arbeitsblatt 1918, 10.)
Luebeck, J., Die Entwicklung der feindlichen chemischen Industrie im Kriege. (Die Hilfe 1918, 44.)
Maier, H. U., Die Binnenfischerei im Kriege. (Allg. Fischerei-Ztg., 43. Jg., 14—19.)
Neuhaus, G., Einfluß der Hungerblockade auf Leben und Gesundheit der Kölner Bevölkerung. (Köln. Ztg. Nr. 1123 v. 6. XII. 1918, Morgen-Ausg.)
Oberst, Die Entwicklung unserer Zahlungsmittel im Kriege. (Blätter f. Genossenschaftswesen 1918, 52).
Ostwald, P., Der Einfluß des Krieges auf die japanische Industrie. (Weltwirtschaft 1918, 11/12.)
Patschowsky, F., Untersuchungeu über die Lebenshaltung bayrischer Familien während des Krieges II. (Ztschr. d. Bayr. Statist. L.-A. 1918, 4.)
Perrucker, Kriegswirtschaftliches aus der Statistik der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen Deutschlands. (Verwaltung u. Statistik 1918, 10.)
Plaut, Th., Der Außenhandel Englands im Kriege. (Wirtschaftsdienst 1919, 5.)
— Kriegsfinanzen und Geldtheorie. (Schanz, Finanz-Archiv, 35. Bd. II, S. 133—238.)
Prinzing, Fr., Die Bevölkerungsbewegung in den neutralen europäischen Staaten seit Kriegsausbruch. (Ztschr. f. Sozialwiss. 1919 1/2.)
Rauchberg, H., Kriegsstatistik. (Statist. Monatsschrift 1918, 8.)

Digitized by Google

Reichert, J., Der Eisen- und Stahlverbrauch im Kriege. (Die Woche 1918, 29.)
Riemer, R., Die Leistungen der amtlichen Statistik in der Kriegszeit. (Statistische Monatsschrift 1918, X—XI).
Rochholz, J., Die Tuberkulosefürsorge der Landesversicheungsanstalt Berlin in den beiden Kriegsjahren 1915—1916. (Tuberkulose-Fürsorge-Blatt 1917, 6.)
Sander, M., Die wirtschaftliche Lage in Italien vor u. während d. Kriegszeit (Ber. über Handel u. Industrie 1918, 5.)
Schmidt, A., Deutschlands Eisen- und Stahlerzeugung im Kriege. (Wirtschaftsdienst 1919, 8.)
Schmidt, Fr., Die Wechselkurse und ihre Beherrschung während des Weltkriegs und der Übergangszeit. (Weltwirtsch. Archiv 14. Bd., 2.)
Schreiber, A. W., Zahlenmäßige Übersicht über die Wirkungen des Weltkrieges auf die deutsche evangelische Mission bis zum Herbst 1917. (Allg. Missions-Ztschr. 1918, 5.)
Schwab, K., Bayerns Viehstand und die Maßnahmen der Fleischversorgung seit Kriegsbeginn bis Ende 1917. (Ldw. Jahrbuch f. Bayern 1918, 4 u. 5.)
Schwabach, A., Die Einwirkungen des Weltkrieges auf die deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen. (Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 14, 2.)
Schweisheimer, Über den Einfluß des Krieges auf das Zahlenverhältnis der Geschlechter. (Öff. Gesundheitspflege 1918, 9.)
Steigerung der Lebensmittelpreise in Paris 1914—1918. (Die wirtschaftliche Demobilmachung 1918/19, 49.)
Stratz, R., Die deutsche Landwirtschaft im Kriege (20 S.) Berlin, Kriegspresseamt 1917.
Syrup, F., Die Arbeiterverschiebungen in der Industrie während des Krieges und ihre Bedeutung für die Demobilmachung. (Jahrbücher für Nat.-Ök. und Stat., III F, 56. Bd. 6.)
Tätigkeit, die, der Rettungsgesellschaft zu Leipzig im Kriege, (Zeitschrift für Samariter- u. Rettungswesen 1917, 15.)
Tyszka, C., Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege, (Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Stat., III F., 56. Bd., 6.)
Ulrich, L., Indiens Geldwesen vor Kriegsbeginn und während des Krieges. (Weltwirtschaftliches Archiv, 13. Bd. 4.)
Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer in Leipzig von August 1914 bis Juli 1918. (16 S.) Leipzig.
Wieber, F., Der Stand der Lohnfrage im Kriege. Köln, Christlicher Gewerkschaftsverlag.
Wohltmann, Der deutsche Ackerbau in der Übergangszeit und in der Zukunft. (Kühnarchiv, Bd. 7, S. 25—40.)
Wohnungsuntersuchungen, die, der Allg. Ortskrankenkasse der Stadt Berlin in den Jahren 1913—1917. (Reichs-Arbeitsblatt 1918, 11.)
Wolff, E., Rentabilität der deutschen Aktienbrauerei im dritten Kriegsjahre 1916/17. (4. Kriegs-Nummer des D. Brauer-Bunds.)
Zizek, Fr., Der Krieg und die Statistik. (Frkf. Ztg. Nr. 303 v. 1. Novbr. 1918, Erstes Morgenblatt.)
Zunahme, über die, der Sterblichkeit während des Krieges. (Blätter für Vertrauensärzte der Lebensversicherung 1918, 4/5.)
Zwei weitere Jahre deutscher Post in Polen. (Archiv für Post und Telegraphie 1919, 1.)

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Wechsel u. Scheck Methodische Anleit. zu ihrer Behandlung im Unterricht. Von **Bruno Pfeifer**, Prof. d. Handelswissensch. an d. Handelshochschule Königsberg i. Pr. [IV u. 68 S.] gr. 8. 1919. Kart. M. 2.40. Hierzu Teuerungszuschläge d. Verl. u. d. Buchhandl.

Eine aus dem praktischen Unterricht entstandene, für Lehrer und Autodidakten bestimmte methodische Anleitung, die den umfangreichen Stoff in 27 in Frage und Antwort gegliederten Abschriften behandelt.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Bekanntmachung.

Die **Zwischenscheine** der **IX. Kriegsanleihe**
für die **4½% Schatzanweisungen** können vom **4. Juni ab,**
für die **5% Schuldverschreibungen** vom **23. Juni d. Js. ab**
in die endgültigen Stücke mit Zinsscheinen umgetauscht werden.

Der Umtausch findet bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** statt. Außerdem übernehmen sämtliche Reichsbankanstalten mit Kasseneinrichtung bis zum **5. Dezember 1919** die kostenfreie Vermittlung des Umtausches. Nach diesem Zeitpunkt können die Zwischenscheine nur noch unmittelbar bei der „Umtauschstelle für die Kriegsanleihen" in Berlin umgetauscht werden.

Die Zwischenscheine sind mit Verzeichnissen, in die sie nach den Beträgen und innerhalb dieser nach der Nummernfolge geordnet einzutragen sind, während der Vormittagsdienststunden bei den genannten Stellen einzureichen; Formulare zu den Verzeichnissen sind bei allen Reichsbankanstalten erhältlich.

Firmen und Kassen haben die von ihnen eingereichten Zwischenscheine rechts **oberhalb** der Stücknummer mit ihrem Firmenstempel zu versehen.

Von den Zwischenscheinen **der früheren Kriegsanleihen** ist eine größere Anzahl noch immer nicht in die endgültigen Stücke umgetauscht worden. Die Inhaber werden aufgefordert, diese Zwischenscheine in ihrem eigenen Interesse möglichst bald bei der **„Umtauschstelle für die Kriegsanleihen", Berlin W 8, Behrenstraße 22,** zum Umtausch einzureichen.

Berlin, im Juni 1919.

Reichsbank-Direktorium.
Havenstein. **v. Grimm.**

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

Nr. 8 11. Jahrgang September/Oktober 1919

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeiger: 1/1 Seite M. 80.—, 1/2 Seite M. 45.— 1/4 Seite M. 30.—, zweigespaltene Zeile M. 1.30. Annahme nur bei B.G.Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Dr. Johannes Feig
Geh. Regierungsrat u. vortrag. Rat im Reichsarbeitsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Mitteilung der Deutschen Statistischen Gesellschaft*, S. 137. — *Gedanken über die Würdigung der Statistik*, S. 137. — *Aus der statistischen Literatur:* Bevölkerungsverlust durch den Krieg, S. 145. — Kleinkinderstatistik, S. 146. — Jubiläumswerk der Amerik. Statist. Gesellschaft, S. 147. — Statistik der beharrenden Fälle, S. 147. — *Vermischte Mitteilungen:* A. N. Kiaer, S. 147. — Aug. Joh. Hjelt, S. 147. — Aus den Statistischen Ämtern, S. 147. — Schöne Literatur und Statistik, S. 147. — *Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke*, S. 149. — *Fragekasten*, S. 151.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Hefte. Preis jährlich 10 Mark.

Mitteilung der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Der durch die Verwendung von Statistikern in zahlreichen Kriegsorganisationen usw. ungewöhnlich gesteigerte Bedarf an solchen wird voraussichtlich die Kriegszeit überdauern, wenn auch nicht in gleichem Maße wie während des Kriegs, so doch in stärkerem als vor demselben. Im Hinblick hierauf sind Vorkehrungen für vermehrte theoretische Ausbildung für den Statistikerberuf getroffen worden. Um die nicht minder notwendige Vermittelung zwischen angebotenen und verlangten Statistikerstellen zu schaffen, hat sich die D. St. G. an die Statistischen Ämter und andere Anstalten, die statistisch gebildete Kräfte verwenden, mit dem Ersuchen gewandt, ihr in künftigen Bedarfsfällen eine Mitteilung zugehen zu lassen. Zu diesem Behuf wurde im Juli d. J. ein vom Vorsitzenden und vom Schriftführer unterzeichnetes Rundschreiben folgenden Wortlauts versandt:

„Der Bedarf an wissenschaftlich und praktisch ausgebildeten Statistikern ist in Statistischen Ämtern und bei anderen Behörden und Instituten gegenwärtig und wohl auch in Zukunft recht bedeutend. Gibt es auch eine hinreichende Zahl geeigneter Kräfte, so wird doch die Gewinnung des richtigen Mannes für die richtige Stelle vielfach dadurch erschwert, daß Nachfrage und Angebot auf dem Statistiker-Markte sich nicht leicht finden in Ermangelung eines Zentralorganes. Da eine in ihrer Wirksamkeit auf die Mitglieder eines Vereins beschränkte Stellenvermittlung dem Bedürfnis nicht im wünschenswerten Maße entsprechen kann, so beabsichtigt die Deutsche Statistische Gesellschaft, die Gesuche und Angebote von Statistikerstellen zu sammeln und in der „Sozialen Praxis" wöchentlich zusammengestellt zu veröffentlichen, und zwar in einer Fassung, die die notwendigen Angaben möglichst vollständig gibt. Die Veröffentlichung erfolgt für beide Teile gebührenfrei auf Kosten der D. St. G.

Die Deutsche Statistische Gesellschaft stellt daher ergebenst anheim, ihr in allen einschlägigen Fällen eine Mitteilung zu machen (bis auf weiteres an die Adresse des Regierungsrats Dr. Rusch in Dresden, Ministerium des Innern). Weiter bittet sie für zukünftig eintretende Fälle um eine Vormerkung in den Akten und endlich um gefällige Namhaftmachung derjenigen dortigen Behörden und Institute, von denen Sie glauben, daß sie ebenfalls in die Lage kommen können, statistisch gebildete Kräfte zu benötigen oder unterzubringen."

Das nämliche Ersuchen wird hiermit an alle Behörden und Institute, denen es noch nicht zugegangen ist, für den Fall des Eintritts eines solchen Bedarfs gerichtet. Zugleich wird auch den fachlich ausgebildeten Statistikern, die Stellungen suchen, anheimgegeben, sich unter Beifügung von Angaben über ihren Bildungsgang an die D. St. G. zu wenden. Es wird hierzu ausdrücklich bemerkt, daß auch Gesuche und Angebote von Nichtmitgliedern in die beabsichtigten Zusammenstellungen aufgenommen werden können.

Gedanken über die Würdigung der Statistik.[1])

Von Geh. Regierungsrat **K. Brämer** in Wernigerode.

4. Zur Praxis der Veröffentlichungen.

§ 10. Die öffentlichen Pflichten eifrig erfüllend, haben wir alljährlich Belehrung in verschiedenen Formen einem Publikum aufgedrängt, das viel weniger, als wir voraussetzen durften, nach solcher Belehrung sich umsah. Nicht Eitelkeit, sondern patriotische Sorge vor falschen Volksmeinungen und fehlerhaften Anordnungen ließ uns eine ausgiebige Beachtung der amtlichen Arbeiten durch das die Schriften empfangende Publikum in deren Stoffmenge suchen. Nachdem das bisher im ganzen mißlungen ist (vgl. § 1), haben wir zu prüfen, ob der Übelstand nicht großenteils in der Erzeugung und Darbietung der Drucksachen steckt, und zwar außer einem Überangebot und der natürlichen Sprödigkeit in gewissen Äußerlichkeiten, unabhängig vom Wesen der Wissenschaft.

Nehmen die Statistiker nicht länger an, daß die Leser selbst aus der Fülle ihnen vorgelegter Tatsachen die ihren Zwecken dienlichen herausfinden werden, so vergeben sie ihrem Ansehen nichts, wenn sie auf allgemeine Belehrung verzichten und ihrerseits bestimmte Zwecke ins Auge fassen, diese offen aussprechen und allerdings hinzufügen, daß damit der Gebrauchswert keineswegs begrenzt sei. Der Zeiten Wandel hat die Forderung einer starren Objektivität gemildert, wie das jetzige ungestüme Verlangen nach parlamentarischer, d. h. dem Einflusse von Parteien unterworfener Regierung beweist. Es entgeht mir nicht, daß gerade hieraus eine unwandelbare Farblosigkeit der Statistik folge, was für Tabellen- und Quellenwerke ja zutrifft. Freie Abhand-

[1]) Siehe zuletzt Heft 3/4 dieses Jahrgangs.

Digitized by Google

lungen aber büßen an Wirksamkeit ein durch die Ausschaltung des subjektiven Urteils, das der Verfasser fällen darf, ohne in der Erwägung des Für und Wider das Bewußtsein der Unparteilichkeit zu verlieren; zur bloßen Belehrung reichen kurze Artikel hin. Wenn ruhige Zeiten wiederkehren, mag das einfache Unterrichten über heimische und fremdländische Zustände wieder aufgenommen werden. Heute liegen so schwierige Fragen wie die Teilnahme der Arbeiter an der Fabrikleitung, die Versorgung der Invaliden, die Hebung der Sittlichkeit, die Verdichtung des Landvolkes, die Förderung des Einvernehmens aller Stände, die Erhaltung der Wehrkraft usw. — sämtlich von Einfluß auf soziale Einrichtungen — vor uns, daß die Leser an Tabellen ohne Hinweis auf ihre praktische Benutzung schwerlich Gefallen finden. Und die Zeitschriften im Volke wirken zu sehen, ist doch unser natürlichster Wunsch.

Indem der objektiv belehrende Berichterstatter sich mit der Begründung seines persönlichen Urteils und mit der Hergabe an bestimmte Ziele in einen subjektiv wirkenden Tatanreger umwandelt, verläßt er die Bahn auf sich selbst gestellter reiner Wissenschaft und nähert sich dem praktischen Staatsmann. Geht er so nicht als Volkswirt, Pädagog usw., sondern eben als Statistiker zu Werke, wäre er aus vordem gültigen Grundsätzen heraus der Ketzerei anzuklagen. Dann müßte man jedoch z. B. gemeinschaftliche Lehrstühle für mathematische Statistik und Versicherungswesen aus dem Verzeichnisse der Unterrichtsanstalten für unsere Wissenschaft streichen. Wo tausend Titanenarme die Welt umkehren, empfindet man in anderen Gelehrtenkreisen, daß voraussetzungslose Wissenschaft veraltet sei und an Stelle des immerhin zugelassenen Dienstes für die Menschheit der Dienst für das Vaterland als eine Voraussetzung des Lehrbetriebes angenommen werden solle. Ist doch unsere herkömmliche Floskel „unter sonst gleichen Umständen" eigentlich schon eine Voraussetzung, ohne welche die Wahrheit in einem dichten Sparrwerke von vielerlei Tatsachen stäke!

Da nun die Nöte der gewaltigen Gegenwart uns täglich zuraunen, daß vorbedachte Heldentat über gepredigter Erkenntnis steht, handeln die Kundigen folgerichtig, wenn sie mit ihren Kenntnissen die tüchtige Tat vorzubereiten und zu veredeln trachten. Hierher gehört, daß die nutzbaren und verderblichen Kräfte in größerem Umfange als vor dem Kriege statistisch behandelt werden. Man könnte sogar etwa sagen: unter Statistik versteht man die wissenschaftliche Beobachtung der menschlichen Gemeinschaften nebst Bemessung der zum Tragen ihrer Lasten verfügbaren Kräfte. Mit solcher Begriffserweiterung fällt eine gesteigerte Verantwortlichkeit der Statistik und demgemäß eine höhere Bedeutung der Persönlichkeit, die sich ihr widmet, zusammen. Von der Reinheit der Wissenschaft bleibt allerdings die Bedingung übrig, daß die Wahrheiten der Statistik ohne Rücksicht auf den Vorteil des Lehrers und der Schüler verkündet werden sollen.

Der persönliche Anstrich wird den statistischen Abhandlungen erkennbarer als jetzt eine gewisse Färbung und allgemeiner eine Form der Darstellung verleihen, wie sie dem Leser beispielsweise aus geschichtlichen und erdkundlichen Werken angenehm entgegentritt und die Redaktionen von Tageszeitungen veranlaßt, längere Auszüge abzudrucken. Hiermit könnte einer Volkstümlichkeit der Statistik die Bahn gebrochen werden, ohne daß die Absicht des Tageblattes, seine Leser zu unterhalten, den Ruf des gelehrten Schriftstellers verkleinert. Nicht aus Geringschätzung statistischer Ergebnisse, sondern wegen der stofflichen Trockenheit des Vortrags haben sich die Zeitungen allzu wenig um die Statistik bekümmert. Sie verschmähten sogar gelegentlich — trotz des Raumverbrauches für Tabellen im Handelsteil — auch Zahlenreihen im politischen und lokalen Teile nicht, wenn der Text nachdrücklich darauf hinweist. Unter dieser Bedingung reißen sie sogar aus unseren Tabellen geeignete Stücke heraus. Weil die Herren jedoch ihre eigene Tageslast zu tragen haben, wäre ein Entgegenkommen der Statistiker, das deren Würde ja nicht beeinträchtigt, ratsam; so könnte der Herausgeber einer statistischen Zeitschrift durch das Anstreichen von Stellen, die sich auf eine Tagesfrage beziehen, jenen eine Freundlichkeit und der Sache einen Dienst erzeigen. Wer im Ansturm vielartiger Bestrebungen von lauter einseitigen Ansichten umworben wird und doch nicht in Widerstreit mit sich selbst geraten möchte, nimmt heute eine ruhige Aufklärung dankbar entgegen, für die der zähe Verfechter einer in sich geschlossenen Parteimeinung taube Ohren gehabt hätte.

Einmal im Zuge von Vorschlägen, die auf größere Würdigung der deutschen Statistik gerichtet sind, erwähne ich noch eine für den Vertrieb der Zeitschriften und auch der Quellenwerke bedeutsame Äußerlichkeit. Beruht nicht die verhältnismäßig gute Aufnahme der Jahrbücher im Publikum außer ihrer stofflichen Zusammenfassung teilweise auf ihrer Handlichkeit? Gewohnt und begehrend, viele Reihen von Zahlen und anderweitigen Angaben nebeneinander zu stellen und zu überschauen, setzen wir leicht ein gleiches Vermögen und eine gleiche Neigung bei den Verbrauchern voraus. Mitschuldig an der Wahl des großen Quartformats der preußischen Quellenwerke, in welche recht viele Dinge gestopft werden sollten, ohne sie übermäßig dick zu machen, bin ich von der Erfahrung bekehrt worden. Nur vereinzelte Buchhändler, welche insonderheit Staatswissenschaft pflegen, legen amtliche statistische Werke aus. In zahlreichen Städten sucht man danach bei allen Sortimentern vergebens, obgleich eine jetzt seltene Nachfrage durch den Anblick solcher Bücher hervorgerufen werden könnte.

Das ungewöhnliche Format, nur eingebürgert bei den zunehmend beliebten Zeitschriften mit bildlichen Darstellungen, schreckt mehr noch als der tabellarische Inhalt den Buchhändler von der Offenlegung ab. Daß schon die Verpackung im herkömmlichen Verkehr und das schwierige Aufstapeln in den Gestellen das Personal verdrießen, kommt hinzu. Weil nun diese Äußerlichkeiten der wünschenswerten Verbreitung im Volke hinderlich sind, sollte da eine Abkehr von den Gewohnheiten der Erzeuger nicht ratsam sein? Was helfen die tiefsinnigsten Erwägungen, auf welche Weise dem Volke die Statistik mundgerecht zu gestalten sei, wenn des Volkes Augen sie niemals erblicken!

Es heischt ohne Zweifel ein empfindliches Opfer, wenn die Statistiker vom Quartbande zum vielleicht etwas breiter anzulegenden Lexikonoktav, das Hunderttausende willig nehmen, übergehen sollen; indessen läßt es sich, weil kein Opfer an Überzeugung, ertragen. Nicht allein daß Beamte, denen zunächst die Aufschlüsse dargeboten werden, einen handlichen Band lieber greifen und bequemer wegstellen, also ihn öfters gebrauchen als einen unhandlichen, — auch die Statistiker sehen sich zu schärferer Abwägung der beizubehaltendin und entbehrlichen Spalten gezwungen. Vor allem gelingt es auf diesem Wege sicher, der Statistik neue Freunde und häufigere Benutzung zu gewinnen.

5. Vom statistischen Personal.

§ 11. Die lange Reihe der bis hieher vorgetragenen Ansichten und Wünsche betrifft allein die Veröffentlichungen, sind sie doch — entgegen der ursprünglichen Aufgabe statistischer Beamten — unwillkürlich das hauptsächlichste Ziel der statistischen Ämter geworden. Besonders unter den heutigen Umständen ist jedoch damit und mit der selbstverständlichen Verwaltungstätigkeit die Aufgabe der Amtsleiter durchaus nicht erschöpft, und eine Besprechung dessen, was ihnen außerdem zugemutet werden möchte, scheint wohl angebracht zu sein. Der Einfachheit halber fasse ich die Beziehungen des Leiters eines Landesamtes zu seinem vorgesetzten Minister ins Auge; welcher das sein mag, kommt weiter unten (§ 12) in Frage. Der Minister empfängt, an diesen Weg der Kenntnisnahme gewöhnt, den ersten fertigen Abdruck mit einem die allerwichtigsten Tatsachen an-

Digitized by Google

deutenden Begleitschreiben oder, falls die Aufbereitung sich lange hinzieht, vorweg einen Bericht über jene Tatsachen, selten mehr als das Publikum einschließlich der nachgeordneten Behörden. Auch wenn eine Ermittlung zu besonderen Zwecken gefordert war und das Ergebnis nicht in die allgemein zugänglichen Veröffentlichungsreihen gelangt, pflegt es in den Drucksachen der Landtage zu erscheinen. Aus der ehemaligen Verheimlichung bedeutsamer Nachweise darf den jetzigen deutschen Regierungen kein Vorwurf erwachsen.

Anders ist es um Gutachten bestellt, die ein Verwaltungshaupt für nötig hält, um sich über die Angemessenheit einer ihm vorgeschlagenen Maßregel selbst zu unterrichten. Beispielsweise ließ Fürst Bismarck die bimetallistischen Bestrebungen fallen, nachdem ihm statistisch nachgewiesen war, daß Delbrück die Goldwährung ohne die geringste Erschütterung der Preise und Umlaufsmittel eingeführt hatte. Solche Vorbefragungen werden wohl meistens vertraulich behandelt und, weil ihre öffentliche Bekundung ohne Not einen leidenschaftlichen Streit entfachen würde, dem Volke nicht mitgeteilt. Besonders den städtischen Statistikern beut sich bei dem naheliegenden mündlichen Verkehr mit dem Oberbürgermeister die Gelegenheit, einem anscheinend fruchtbaren Gedanken des vielseitigen Stadthauptes die genauere Kenntnis der Dinge so entgegenzustellen, daß eine Beratung in den Gemeindekörperschaften gar nicht erst angebahnt wird.

Soll nun der Statistiker immer warten, bis er gefragt wird, und eignen sich ausnahmslos alle Folgerungen, die er in ungestörtem Nachdenken aus seinem Zahlenstoffe gezogen hat, in der Tat zur Mitteilung an jedermann? Gewinnt anderseits der Minister in seinen unzähligen Personalentscheidungen, Abwägungen des Nützlichen und Erreichbaren, Reden und Empfängen wohl die Muße, jene Folgerungen selber zu ziehen? Kaum weniger wahrscheinlich wird der zuständige vortragende Rat, für dessen Ernennung die Fähigkeit statistischen Denkens schwerlich den Ausschlag gegeben hat, den Krummzapfen zu Übertragungen aus der Zahlen- in die Gedankenwelt richtig handhaben. Deshalb empfiehlt es sich, daß die Leiter der amtlichen Statistik aus freien Stücken vorgehen, einen auf ihrem eigentümlichen Wege erkannten Übelstand vielleicht zunächst mündlich und je nach dem Ausfall der Zwiesprache schriftlich erörtern. „Zweierlei Arten gibt es, die treffende Wahrheit zu sagen: öffentlich immer dem Volk, immer dem Fürsten geheim." Es ist möglich, daß Goethes Distichon dem heikel klingt, dessen Arbeit in der Herausgabe von Drucksachen gipfelt, und daß Übermaß von Feinfühligkeit lieber die Fortdauer von Schäden duldet, als das Ärgernis auf sich nimmt, eine Untersuchung über Nachlässigkeit oder Ungeschick zu veranlassen. Wie sich der Minister in Anerkennung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit des Direktors der Statistik scheut, ihn mit der Bitte um unmittelbare Vorträge zu behelligen, so scheut dieser sich vor Aufdringlichkeit. Darf indessen einer auf die Spitze getriebenen Taktfrage die Verbesserung von Zuständen geopfert werden? Immerdar objektiv urteilend, wird ja auch der Statistiker verstehen, seinen Mitteilungen jede Spur von Gehässigkeit fern zu halten.

Man hat übertreibend die Statistik zum Gewissen des Staates ausgerufen und ihr Pflichten des Beichtvaters oder Moralpredigers zugewiesen. Die Dienerin ist jedoch kein Mitglied der Priesterschaft, und so mag es der staatsmännisch empfindenden Persönlichkeit des Direktors überlassen sein, in welchem Grade er jenseit der Belehrung beratend wirken will. Eine allgemeine Verpflichtung liegt m. E. aber jedem ob: daß er Kraftvergeudung in einem Zeitraum zu verhindern strebe, der die Anspannung aller Kräfte für das Gesamtwohl erheischt. Die Menge gutgemeinter Pläne und ins Leben getretener Einrichtungen ist zu einer Landplage geworden, weil sie durcheinander laufen und im Wettstreit um des Volkes Geldbeutel ähnlich verfahren wie konkurrierende Gewerbtreibende zur Zeit des ungebundenen Wettbewerbs. Hier winkt der Statistik eine neue Aufgabe vergleichender Forschung, deren Ergebnis wohl am besten der Regierung und nicht dem Volke vorzulegen wäre, damit die Empfindlichkeit der Begründer und Teilnehmer nicht verletzt und die Möglichkeit zur Einigung in der Stille geschaffen werde.

Es verträgt sich mit der Würde der Wissenschaft, daß der öffentlichen Verkündung in Kriegs- und bedrohlichen Zeiten ganze Abschnitte vorenthalten werden, aus denen der Feind über unsere Kräfte und ihre Verwendung Aufschlüsse zu unserem Nachteil schöpfen kann. Bis solche Aufschlüsse ihre Schädlichkeit verloren haben, genügt die Mitteilung der Ergebnisse an die Staatsregierung, welche das Maß der einstweiligen Veröffentlichung vorschreiben wird; vielleicht könnte es hier und da nützlich erweitert werden, wo die Auskunft Entschlüsse des Feindes zu lähmen und die Freudigkeit des eigenen Volkes zu erhöhen verspricht. Lehrreiche Beispiele aus der Vorgeschichte sind: als der preußische Generalstab 1866 Erkundigungen über die böhmischen Grenzwälder einzog, leistete ein bis dahin unbeachtetes Werk über böhmische Fideikommisse gute Dienste; die Registrande der vom Generalstab benutzten Drucksachen statistischen Inhalts entfiel der ferneren Veröffentlichung infolge der Besorgnis, daß draußen bekannt würde, welche Nachrichten man in Berlin benutze und welche nicht; als Freiherr von Fircks später die deutschen Heereskräfte auf Grund amtlich verlautbarter Angaben zusammenstellte, erfuhr er scharfen Tadel wegen der den übrigen Mächten so erleichterten Übersicht. Dreifache Vorsicht gebeut der zur Zerreißung unserer Lebensnerven angefachte Weltkrieg; denn die Grundirrtümer, aus denen unsere Feinde Deutschlands Zustände in verkehrtem Lichte schauten, dauern nicht an.

Als Landesstatistiker in ein verantwortliches Amt gesetzt, sieht sich überhaupt der zu umfassenden Veröffentlichungen geneigte Demograph verpflichtet, wohl zu erwägen, ob eine Sache zur Veröffentlichung geeignet ist oder nicht. Und wenn die Tabellen selbst in Anbetracht, daß sie unerläutert nur von Freunden des Staates ganz verstanden werden, keinen Anstoß erregen, vermögen doch einzelne unzweifelhaft richtige Schlüsse dem Gegner Waffen zu liefern. Nicht darf der Parteihaß geschürt, Öl ins Feuer gegossen, die besonnene Ausgleichung von Gegensätzen gestört und so des Staates Kraft verringert werden. Vom Grundsatze *quieta non movere* des alten Polizeistaates ist die Welt ja glücklich losgekommen und gerade die Statistik berufen, Verbesserungen anzubahnen; aber sie soll unbeschadet subjektiven Antriebs objektiv arbeiten und am allermeisten vor Leidenschaftlichkeit sich hüten. Zwei Fälle aus Engels entschiedener Parteinahme gegen die Regierung schweben mir vor. Auf sein Betreiben schrieb K. Hilse einen die Todesstrafe verwerfenden Artikel, der diesem guten Statistiker die Anwartschaft auf Staatsanstellung kostete, der Sache nicht frommte und starken Zweifel an der Unparteilichkeit des amtlichen Statistikers hervorrief. Im zweiten Falle, als ich einen bedenklichen Niedergang preußischer Knappschaftskassen beobachtet hatte, empfahl ich dem Direktor, meinen Nachweis der Unterbilanz dem Minister für öffentliche Arbeiten zu überreichen. Aber froh, dem Minister einen Mangel an Vorsorge anzuhängen, nahm Engel die erste Hälfte in seine Zeitschrift auf; unter heftigem Tadel ward der Druck der fertigen zweiten Hälfte über die Abhilfemittel verboten. Beidemal hätte die Würde der Statistik durch Unterlassen der Veröffentlichung keinen Schaden erlitten, und ebensowenig wäre des Direktors politische Unabhängigkeit gefährdet worden, wenn er sich vor dem Druck persönlich an die zuständigen Minister gewendet hätte. Auch das Vertrauen in die ehrlichen Absichten eines Parteigegners gehört zu den Staatskräften, die man nicht eigensinnig schwächen sollte.

In letztgenannter Beziehung sei schon hier angemerkt, daß der Amtsleiter manche Gelegenheit finden wird, den besonders jetzt nachteiligen politischen Partei-

Digitized by Google

gegensätzen versöhnlich den Stachel zu nehmen, damit sie das wechselseitige Zutrauen der Angestellten in die Arbeiten der Amtsgenossen nicht stören. Seiner vornehmen Höflichkeit gelingt das ohne Zweifel ebenso wie das Plätten der Unebenheiten, die mit der verschiedenen Herkunft und Vorbildung seiner Untergebenen naturgemäß verknüpft sind.

§ 12. In seinem Schreiben vom 2. August 1818 an den Finanzminister von Klewitz hatte der Staatsrat Hoffmann auf die Nützlichkeit statistischer Veröffentlichungen für das Königreich Preußen hingewiesen: „... Kommt hierzu noch, wie beabsichtigt wird, die Bekanntmachung andrer zweckmäßiger statistischer Notizen, so wird hierdurch hoffentlich diejenige Verbreitung richtiger Ansichten über die Staatskräfte und für die Regierung disponibele Mittel hervorgehn, welche in einem Staate unentbehrlich ist, dessen Kraft auf der öffentlichen Meinung, auf der regen Teilnahme seiner Einwohner an der gemeinschaftlichen Wohlfahrt und auf der allgemeinen Überzeugung von der Einsicht und dem guten Willen der Regierung hauptsächlich beruht." Der beschränkte Untertanenverstand hätte aber (was man billigerweise nicht vergessen darf) aus vergleichsfähigen Nachweisungen höheren Grades keine freudige Zustimmung der Millionen von Neu- und Mußpreußen, die sich dem Altpreußentum überlegen dünkten, zur Verschmelzung gesogen, sondern Gift der Abwehr. Auch wären die Sondervereinigungen mit Nachbarstaaten durch rückhaltslose Nachrichten vielleicht auf hindernde Abwägung, die sich ohnehin breit genug machte, gestoßen. Endlich gebot eine Zeitlang der Staatskredit, gewisse Tatsachen zu verheimlichen, und das wurde dann — nicht bloß in Preußen — zu bureaukratischer Gewohnheit. Erklärte doch der Vorsitzende von Mayr am Schlusse der Beratungen, die im Jahre 1912 die Deutsche Statistische Gesellschaft über Verwaltung und Statistik pflog: „Gegen früher haben wir einen großen Fortschritt zu verzeichnen. In meiner Jugend war der praktische Mann der Verwaltung ein geborener Feind der Statistik", wie uns Alten ja mannigfach bekannt geworden ist. Widerstand floß bald aus diesem, bald aus jenem Ressort, und es ist überhaupt nicht gleichgültig, zu welchem die allgemeine Statistik gehört.

Nachdem der Referent Wilms (siehe § 8) in der D. St. G. für die Unterstellung des Landesamtes unter das Staatsministerium angeführt hatte, daß sie die Einheitlichkeit und das Ansehen der Statistik fördere, erwähnte Evert, jene sei in Preußen aufgehoben, weil sie die Arbeiten ohne Not verzögert habe. Als ehemaliger Leiter der amtlichen bayerischen Statistik war von Mayr unter das Ministerium des Innern gekommen und bezeugte nun auch seinerseits, daß mit dessen Machtfülle bekleidet der beste und erfolgreichste Eindruck auf die beteiligten Behörden erreicht wird. Ohne Zweifel gestaltet sich die ausgedehntere persönliche Fühlung des Direktors mit dem einen, ihn gegen die übrigen Verwaltungshäupter vertretenden Minister einfacher und fruchtbarer, als der umständliche und zeitraubende Verkehr mit dem Ministerrat oder einer von ihm eingesetzten Instanz, — und der Leiter des Landesamtes verdient wahrlich, in seinem Pflichtenkreise erleichtert zu werden.

Sehr bedeutenden Anforderungen soll der leitende Statistiker genügen. Repräsentationspflichten brauchen ihn zwar nicht zu belästigen; nach oben und unten liegen ihm jedoch gesellschaftliche Aufgaben ob, an denen gar viele Personen scheitern würden, wie z. B. der Schreiber dieser Abhandlung kein Geschick zu solcher Stellung besessen hat. Bereits in der dreifachen Tätigkeit des Direktors als Gelehrter, Verwalter und Herausgeber liegt ein Grund, ihn aus der Zahl tüchtiger Statistiker besonnen auszuwählen; denn die dreierlei Tätigkeiten können in inneren Zwist geraten. Erquicklich ist es, wenn die Amtsgeschäfte dem Statistiker eine bedeutende wissenschaftliche Selbsttätigkeit gestatten. Wo jene aber so umständlich wie beim Reichsamte und in der preußischen Landesstatistik geworden sind, schwindet die der wissenschaftlichen Eigenbetätigung des Präsidenten vergönnte Muße dahin, so daß seine absichtliche Enthaltsamkeit vielleicht die beste Bürgschaft für die Einheitlichkeit und Kraft des Strebens abgeben würde. Dagegen finden die Abteilungsvorsteher des Statistischen Reichsamtes, entlastet von den gemeinsamen Angelegenheiten und der Vertretung nach außen, Zeit und Sammlung genug, sich um die Einzelheiten des Stoffes zu bekümmern und in die Ausarbeitung der Ergebnisse zu vertiefen. Ähnlich könnte Preußen zwei Abteilungen einrichten: die erste für Bearbeitung der zweckmäßig allein am Mittelpunkte zu erfassenden Gegenstände, die zweite für provinzenweise am wirksamsten zu erfüllende Aufgaben.

Während eine feststehende Dienstpragmatik und eingewohnte Formen den persönlichen Verkehr zwischen den Leitern der staatlichen Statistik und den Häuptern der Landesverwaltung teils erleichtern, teils beschränken, zieht die Gemeindeverfassung eine enge, häufige und weit persönlichere Fühlung des Gemeindestatistikers mit den Verwaltungsämtern, besonders dem Stadthaupte, nach sich. Hier lösen die jeweiligen Aufgaben einander in buntem Wechsel ab, da die meisten Maßregeln entweder vor ihrer endgültigen Anordnung oder behufs ihrer Verwirklichung eine besondere statistische Arbeit bedingen. Mit deren Schlußsätzen muß der Leiter des statistischen Amtes so vertraut sein, daß er Rede und Antwort stehen kann, ohne erst seine Akten nachzuschlagen. Die Verdienstlichkeit seiner Leistungen wird gebührend anerkannt, wie denn der Berichterstatter Wilms ausführte:

„Dank der verständnisvollen Arbeit der Leiter der größeren städtestatistischen Ämter und der Anpassung ihrer Arbeit an die Praxis des Verwaltungslebens sind diese Ämter mehr und mehr ein notwendiger und unentbehrlicher Faktor jeder großstädtischen Verwaltung geworden ... Die wohl meist vorhandene selbständige Stellung der Leiter der Ämter hat diese sicherlich bedeutend in ihrer Arbeitsleistung und Arbeitsfreudigkeit gestärkt und sie zu schätzenstüchtigen Mitarbeitern an der Lösung der großen kommunalen Aufgaben unserer Städte werden lassen ... Im kommunalen Leben, das an die strengen Normen des Reichs und Staats nicht in gleichem Maße gebunden, sondern beweglicher und freier ist, werden (etwa noch bestehende) Unebenheiten von Jahr zu Jahr sich mehr und mehr ausgleichen und verschwinden."

Hierzu machte freilich Dr. Rudolf Dreydorff, Direktor des Statist. Amtes der Stadt Wilmersdorf, auf eine Überspannung der Pflichten aufmerksam. Es führen nämlich der vorwiegend juristische Charakter der Magistrate und die Neigung der Verwaltungsbeamten zu einem einseitig utilitaristischen Standpunkt „leicht zu einer Belastung der kommunalstatist. Ämter mit Aufgaben nichtstatistischer Natur". Daran tragen teilweise die statist. Ämter selbst Schuld, „indem sie aus einem falschen Ehrgeiz sich mit fernliegenden Materien befassen. Eine entsprechend schärfere Arbeitsteilung wäre gleichermaßen im Interesse der Verwaltung und der Statistik". Diesen Einwand ließ indessen Wilms nicht gelten, indem er auf eine Reihe von Fragen hinwies, bei denen der Stadtstatistiker sehr wohl als Verwaltungsbeamter mitarbeiten könne, und wiederholt dessen Tätigkeit würdigte: „Wir kommunalen Politiker haben ein besonderes Interesse daran, daß die Statistik möglichst selbständig und möglichst Hand in Hand mit der Verwaltung ihre großen Aufgaben erledigt."

Nun entsteht allerdings aus der zeitweiligen, auf Wahlen beruhenden Besetzung des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung mit wechselnden Persönlichkeiten für den Leiter der Statistik die Mißlichkeit, daß er jährlich irgendwo auf falsche Auffassungen oder Parteigegensätze stößt und vieler Geduld bedarf, um — trotz besten Willens auf allen Seiten — sein Schifflein durch die Wogen zu steuern. Allein gerade, weil er dauernd über die genaueren Kenntnisse verfügt,

Digitized by Google

gewinnt er ein steigendes Ansehen, und da er als Statistiker der Unparteilichkeit beflissen ist, überwindet er Angriffe gemeinhin leichter als andere Gemeindebeamte gleichen Ranges.

Wie öfters ein Mitglied oder wissenschaftlicher Hilfsarbeiter vom Landesamte weg zum städtischen Statistiker ernannt wurde, so fehlt es keineswegs an Beispielen der Auszeichnung dadurch, daß der Direktor eines städtischen statistischen Amtes zur Leitung eines statistischen Landesamtes berufen oder unter die besoldeten Mitglieder des Magistrats aufgenommen worden ist. Hier wie dort findet er Gelegenheit genug, seine im früheren Amte bewährten und hinzu erworbenen Fähigkeiten eigentümlicher Art mit gleichem oder höherem Nutzen für das Gemeinwohl zu verwenden. Anderseits dient die Aussicht auf solches Aufrücken als Trost und Sporn, wenn der Vertreter der Statistik vor der Öffentlichkeit zu kämpfen hat und im Verdruß ermattet.

(Forts. folgt.)

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Bevölkerungsverlust durch den Krieg. Zur Zeit des Erscheinens meines Aufsatzes „Ausblick auf unsere künftige Bevölkerungsentwicklung" (Conrads Jahrbücher 1917/II S. 544) war die Veröffentlichung von Ergebnissen der Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich noch nicht zulässig, so daß nur der allgemeine Rahmen für die erforderlichen Feststellungen gegeben und einige Schlüsse aus den damals zugelassenen beschränkten Mitteilungen über die Kriegstodesfälle, die vermehrte Sterblichkeit der Zivilbevölkerung, den Ausfall an Geburten einerseits während des Kriegs und unmittelbar danach, anderseits über den auf die Lebensdauer der durch den Krieg dezimierten Generation von Männern zu gewärtigenden, gezogen werden konnten. Nach der nunmehrigen Freigabe erscheinen nacheinander amtliche Statistiken und außeramtliche Bearbeitungen von solchen.[1]) Zu letzterer Gruppe gehört das in zweiter Ausgabe (März 1919) vorliegende 1. Heft „Deutschland" des Sammelwerks „Die Bevölkerungsbewegung im Kriege" der Kopenhagener „Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges", bearbeitet von C. Döring. Darin wird an der Hand der Veröffentlichungen des reichsstatistischen Amts für 1914, des Reichsgesundheitsamts über die Städte mit über 15000 Einwohnern, dann einzelstaatlicher und städtischer Stellen sowie der Gewerkschaften die Bevölkerungsbewegung der jüngsten Vergangenheit und der nächsten Zukunft entsprechend den in jenem „Ausblick" aufgestellten Gesichtspunkten berechnet und untersucht mit dem Ergebnis, daß das Mehr der Sterblichkeit sich im ganzen Krieg auf 1800000 Kriegsgefallene und 700000 Zivilisten, zusammen 2,5 Mill., der Geburtenausfall[2]) auf 3,5 Mill. belaufen habe. Die Bevölkerung des bisherigen Reichsgebietes berechnet der Verfasser für die Gegenwart auf 65,1 Mill., während eine in der „Zeitschr. des Sächs. Statist. Landesamtes" 1918/19 S. 351 enthaltene Berechnung auf Grund der für Sachsen vierteljahrsweise bis März 1919 zusammengestellten Zahlen und nach Maßgabe der Einwohnerzahlen zu einem etwas höheren Ergebnis, nämlich etwa 66 Mill., gelangt. Wenn die Fruchtbarkeitsziffer nach einer Berechnung in den Hamburgischen „Statist. Mitteil." Nr. 5 dort von 77,1 auf 1000 gebärfähige Frauen im Jahre 1914 auf 33,5 im Jahre 1917 zurückgegangen ist, so ist der Geburtenausfall dort weniger bedeutend gewesen als in Sachsen, wo die Ziffer[3]) im gleichen Zeitraum von 91,6 auf 39,6 herabsank. Nach einer vom Statist. Amt herrührenden Mitteilung in den „Lübeckischen Blättern" 1919 Nr. 21 stellt sich der Geburtenausfall dieses Gebietes ebenfalls erheblich niedriger als für Sachsen und beträgt der Gesamtverlust durch Kriegstodesfälle, Geburtenausfall und Mehrsterblichkeit der Zivilbevölkerung 7,2 % der Bevölkerung von 1910 (allerdings wohl ohne die Nachträge bis Ende März 1919) gegenüber 8,7 % in Sachsen. Sollte es sich herausstellen, daß das Verhältnis der sächsischen Verluste zu denen anderer Teile Deutschlands ähnlich ungünstig ist wie gegenüber den beiden Hansastädten, so würden die auf die gesamtdeutschen Zahlen gezogenen Schlüsse ebenfalls zu ungünstig ausgefallen und auch die errechnete Zahl von 66 Mill. Einwohnern des bisherigen Reichsgebiets als Schlußbestand zu niedrig sein. Erst die auf den 8. Oktober 1919 anberaumte Volkszählung wird die Frage wenigstens bezüglich der noch beim Reich verbliebenen Gebiete klären. *E. Würzburger.*

Kleinkinderstatistik. Bei dem Mangel an Literatur, betreffend die Statistik der Kleinkinder — im Gegensatz zu der der Säuglinge, der Schulkinder und der weiteren Altersklassen —, hat die 1916 erschienene Broschüre von H. Guradze „Statistik des Kleinkinderalters" (Enke, Stuttgart) trotz ihres geringen Umfanges Beachtung gefunden. Namentlich hat sie Mombert[1]) zu einer über den Rahmen einer gewöhnlichen Besprechung hinausgehenden Würdigung veranlaßt, besonders wegen des Nachweises, daß der Rückgang des Säuglings- und Kleinkinderanteiles an der Gesamtbevölkerung Deutschlands im wesentlichen erst im letzten Beobachtungsjahrzehnt (von 1900—1910) erfolgt ist, während das vorhergehende (von 1890—1900) fast durchweg eine Zunahme bei beiden Arten von Kindern zeigt. Mombert wünschte damals eine Prüfung seiner Vermutung, daß wahrscheinlich wenigstens der Rückgang des Säuglingsanteiles, wohl auch der des Kleinkinderanteiles an der Gesamtbevölkerung auf anderen Ursachen als dem Geburtenrückgange beruhen müsse, nämlich darauf, daß in den noch höheren Altersklassen als dem Kleinkinderalter die Sterblichkeit selbst ganz erheblich abgenommen habe. Dieser Nachweis wird vom Verfasser in einer weiteren Arbeit „Statistik der Kleinkinder" (aus Tugendreich „Die Kleinkinderfürsorge", Enke, Stuttgart 1919) S. 37f. auf Grund der deutschen Sterbetafeln der beiden in Betracht kommenden Jahrzehnte verhältnismäßig einfach geführt. Die Differenzen der Überlebenden jeweils nach dem Alter in beiden Jahrzehnten zeigen nämlich bei den männlichen bis zum 45., bei den weiblichen sogar bis zum 55. Lebensjahre steigende Progression. Gleichzeitig bemerkt man, daß bis zum 55. Altersjahre die Differenz bei den männlichen Überlebenden größer ist als die bei den weiblichen, was für eine größere Besserung der weiblichen Sterblichkeit spricht.

Beachtenswert ist auch das Ergebnis (S. 54—58), daß, bezogen auf alle Gestorbenen, zwar die Säuglingssterblichkeit des heißen Jahres 1911 in einer großen Reihe von Städten gegenüber 1910 höher war, dies aber nicht von der Sterblichkeit der 1—5jährigen gilt. Diese hat vielmehr in mehr als der Hälfte der 89 betrachteten Städte 1911 gegenüber 1910 abgenommen.

---

[1]) Wegen Österreichs siehe D. St. Z. 1919 Nr. 5 Sp. 112. Auch wird das ehemalige Österreich-Ungarn im 2. Heft (Juni 1919) des obengenannten Kopenhagener Werkes behandelt.

[2]) Der in meinem obengenannten Aufsatz gemachte Vorschlag, den irreführenden Ausdruck „Geburtenrückgang" für den infolge zeitweiliger Trennung vieler Ehepaare während des Kriegs eingetretenen Geburtenausfall zu vermeiden, ist dem Verfasser wohl entgangen.

[3]) Berechnet auf die Altersklassen bis zu 45 Jahren, wie in Hamburg, statt, wie es in der sächsischen Statistik üblich, bis zu 50 Jahren.

[1]) Archiv f. Sozialwiss. u. Sozialpolitik, 42. Bd. 2. Heft S. 627f.

Digitized by Google

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Statistik der beharrenden Fälle nennt Professor Schott in einem „Beitrage", der auch jenen Titel führt (Nr. 35 der Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim, 1918, 25 S.), solche zeitlich getrennte Bestandsstatistiken gleicher Art, bei denen die wiederkehrenden oder „beharrenden" Einzelerhebungsobjekte individuell verglichen werden, um die Veränderlichkeit oder Stetigkeit ihrer Eigenschaften — unter gruppenweiser Zusammenfassung — festzustellen. Diese Methode ist in der Privatstatistik, besonders in der sogen. Verbandsstatistik, viel verbreiteter, als im allgemeinen angenommen wird; in der amtlichen Verwaltungsstatistik ist sie dagegen völlig vernachlässigt, obwohl sie hier auf manchen Gebieten sehr wohl anwendbar wäre. Es ist darum ein besonderes Verdienst des Verfassers, daß er an einem Beispiele, das sich nur auf die durch die Volkszählungen von 1916 und 1917 ermittelten Haushaltungen in Mannheim bezieht, den eigenartigen Erkenntniswert dieser statistischen Methode ins rechte Licht gerückt hat. Demgegenüber kann der sachliche Ertrag der kleinen Untersuchung als solcher nur weniger ins Gewicht fallen. Als Hauptergebnis der Aufbereitung stellt der Verfasser selbst die doppelte Regel auf: „Je größer die Kopfzahl, desto standhafter die Haushaltung, desto geringer aber auch die Wahrscheinlichkeit ihres Unverändertbleibens." Es zeigt sich z. B., daß von 100 im Jahre 1916 gezählten Haushaltungen mit zwei Personen bei der folgenden Erhebung 80 wiedergefunden wurden, und zwar 55 mit gleicher Personenzahl sowie 51 mit denselben Personen, während von 100 im ersten Erhebungsjahre erfaßten siebenköpfigen Haushaltungsgemeinschaften im folgenden Jahre 90 wiedererschienen, aber nur 33 gleicher Größe und 23 mit denselben Angehörigen.

Bei diesen individualvergleichenden Bearbeitungen wiederkehrender Bestandsaufnahmen (oder auch fortlaufend geführter Kataster) werden somit auch wichtige Feststellungen über die von einer Zählung zur anderen neuerscheinenden oder verschwindenden Erhebungsgegenstände, also über die nichtbeharrenden Fälle, gemacht. Da aber für diese nur bei einer Bestandsaufnahme auftretenden Einzelobjekte natürlich nicht die Veränderlichkeit oder Beständigkeit ihrer Merkmale ermittelt werden kann, so ist auch der von Schott geprägte Fachausdruck „Statistik der beharrenden Fälle" insoweit berechtigt. Erwirbt er sich im Reiche der Statistik Bürgerrecht, so hat er vor anderen noch den Vorzug großer Kürze. *A. Pfütze* (Dresden).

Jubiläumswerk der Amerik. Statist. Gesellschaft. Als solche ist anläßlich des 75jährigen Bestehens der Gesellschaft ein *Memorial Volume* erschienen (New-York 1918, XII u. 773 S.), der in einzelnen Aufsätzen die Geschichte der Statistik in 15 Staaten (Australien, Belgien, Canada, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Indien, Norwegen, Österreich, Rußland, Schweden, Ungarn, Vereinigte Staaten), von Statistikern derselben bearbeitet, enthält; ein nachträglich eingegangener Beitrag über Japan findet sich in den *Quarterly Publications* derselben Gesellschaft, Juni 1919. In eigener Sache bemerke ich zu dem von mir in deutscher Sprache gelieferten Abschnitt über das Deutsche Reich, daß sich der schwierigen und immer undankbaren Aufgabe der Übersetzung der Herausgeber J. Koren unterzogen hat. Infolge des nach Absendung des Manuskripts eingetretenen Abbruchs des Verkehrs konnte ich die Übersetzung nicht prüfen. Trotz aller Sorgfalt des Übersetzers war es unter diesen Umständen unvermeidlich, daß einiges stehen geblieben ist, das nur durch Zusammenarbeiten von Verfasser und Übersetzer ganz richtig wiederzugeben gewesen wäre. *E. Würzburger.*

Vermischte Mitteilungen.

A. N. Kiaer. Der Nestor der skandinavischen Statistiker, Anders Nicolai Kiaer, ist im Alter von 80 Jahren am 15. April in Christiania gestorben. Er war von 1867 bis 1913 Leiter der norwegischen Statistik.

Aug. Joh. Hjelt, früherer Direktor des finnländischen Statistischen Zentralamtes, ist am 12. Juli in Helsingfors gestorben. Unter den jetzigen Verhältnissen ist es erwähnenswert, daß die Familie eine Todesanzeige in deutscher Sprache ins Ausland versandt hat.

Aus den statistischen Ämtern. Zum Leiter des neuen Statistischen Amtes der Stadt Erfurt (siehe Nr. 6/7 S. 132) wurde Dr. Richard Herbst, desjenigen der Stadt Gera Dr. Erwin Moll berufen. Die Dienstanweisung des letzteren Amtes, soweit sie dessen Aufgaben und Zuständigkeit umschreibt, entspricht im ganzen denjenigen, die für eine Anzahl anderer städtischer Statistischer Ämter gelten und sich im wesentlichen an die im Jahre 1894 von der Stadt Dresden erlassene anschließen. — Zum Regierungs- und Volkswirtschaftsrat im Preußischen Statist. Landesamte wurde Dr. Max Warnack ernannt, vorher ständ. Mitarbeiter des Statist. Reichsamts.

Schöne Literatur und Statistik. Den Faden, den Lembke angesponnen und Losch[1]) aufgenommen hat, darf ich ihn um eines kurzen Schriftsätzchens Länge weiterspinnen? Die Leserwelt des „D. St. Z." scheint das schlechte Verhältnis zwischen Statistik und Dichtung, das schon Scheffel in Reime gebracht hat, neuerdings wieder zu beunruhigen: man fühlt sich verkannt und hält es für nötig, der schönen Literatur wegen ihres mangelhaften Verständnisses für unsere Arbeit den Text zu lesen. Mir will indessen scheinen, die Fremdheit beider Göttinnen habe ihren guten Grund. Unsre Aufgabe ist es doch, Gesamtheiten zu bilden und, alles Persönliche, Einmalige, Einzigartige aufopfernd, Erkenntnisse einer neuen, besonderen Art — Massenerkenntnis kurz gesagt durch diese Abstraktion zu gewinnen. Wir sehen also bewußt von all dem ab, was das Material der Pflicht, das Lebenselement des Dichters, des Romanschriftstellers ausmacht. Wie dürfen wir da auf seine Teilnahme, sein Wohlwollen für unser Tun rechnen? Er wird kaum jemals Anlaß haben, als Dichter sich mit uns zu beschäftigen; nimmt er sich aber dennoch diese Mühe, so kann nur Ablehnung in irgendwelcher Form das Ergebnis sein. Als bescheidene Leuchte seiner Kunst wird er an einem der abgedroschenen Witzworte über die Statistik Gefallen finden, dem besseren Kopfe fällt vielleicht auch ein neuer Spott ein. So läßt — um ein Beispiel zu geben — Anzengruber in seinem „Sternsteinhof" den Kaplan Sederl in der heißen Pfarrstube beim Lesen der Kirchenbücher mechanisch die auf seinem Haupt sich tummelnden Fliegen erschlagen und fährt dann fort: „Einem Statistiker würde es nicht schwer gefallen sein, durch Ermittelung der Ziffer des Prozentsatzes der Getöteten einem Gesetze auf die Spur zu kommen, das, im Hinblick darauf, daß meist nur die verbuhlten Individuen der Gattung diesem Verderben sich aussetzten und ihm anheimfielen, einer sittlichen Basis nicht ermangelt hätte; aber der Kaplan hielt wenig von den Wissenschaften und von der Statistik das allerwenigste."

Sollte wirklich einer von uns Statistikern allen Humors so bar sein, daß er diese Verulkung übel nähme? Sollten wir aber nicht auch, einen Schritt weitergehend, es durchaus begreiflich finden, daß schon dem kleinen Hanno Buddenbrook, dem Dichter im Puppenzustand, die Einwohnerzahl seiner Vaterstadt „unendlich gleichgültig" war? Daß, wenn wir ihm später das Thema stellen „Der Tod in Venedig", er uns ein Künstlerschicksal schildern, aber nicht aus den Quellenwerken der italienischen Statistik eine Tabelle über den Verlauf der Sterblichkeit in Venedig zusammenstellen wird, wie wir es vermutlich getan hätten? Wozu denn immer das Gerede

[1]) Siehe Nr. 5 (Sp. 91) und 6/7 (Sp. 127) dieses Jahrg. *Schriftl.*

Digitized by Google

über Goethes Stellung zur Statistik? Busch und Tal hätte er sicher nicht mit Statistik gefüllt, über die herzogliche Forstverwaltung aber jedenfalls auch nicht in einem lyrischen Gedicht berichtet. Warum sollen wir als Statistiker uns darüber grämen, wenn der Romanschriftsteller seinen berechtigten, aber für den Wert unserer Arbeit höchst unmaßgeblichen Widerwillen gegen die Statistik zum Ausdruck bringt? Es ist doch wohl für uns viel wichtiger, daß wir uns in seine Welt einfühlen können, als daß er die unsrige verstünde.

Die liebenswürdigste Form der Ablehnung hat — fast hätte ich gesagt: selbstverständlich — Mörike gefunden. In einem Brief aus Schwäbisch-Hall schreibt er 1844 an Agnes Hartlaub: „Es werden — wenn Du mir noch diese kleine statistische Anmerkung vergönnen willst — hier alljährlich ich weiß nicht wie viele Zentner Salzes ausgegraben." Ich weiß nicht wie viele als statistische Angabe des Dichters! — Braucht es da noch großer Worte, um die Fremdheit von Dichtung und Statistik zu begründen? *S. Schott* (Mannheim).

Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke.[1])

Statistische Korrespondenz 1919, 1—12: Die direkten Gemeindesteuern der pr. Städte u. der mehr als 10000 Einwohner zählenden Landgemeinden 1914. — Die Schulden der Städte und großen Landgem. Pr. 1914. — Einkommen u. Vermögen in einer Hand in Pr. 1897—1917. — Anzahl der landw. Maschinen in Pr. u. in Deutschland. — Die pr. Statistik des niederen Schulwesens als Kampfmittel polnischer Annexionisten. — Die Wohnungszählung vom Mai 1918. — Hauptergebnisse der Einkommensteuer-Veranlagung der phys. Zensiten in Pr. nach Provinzen 1917. — Die Selbstmorde nach Häufigkeit und Geschlecht 1915. — Art, Gründe und Zeit der Selbstmorde sowie Alter und Religionsbekenntnis der Selbstmörder 1915. — Der Viehstand Pr. nach Abbruch des Weltkrieges. — Die Kommunalsteuern und langfristigen Schulden der mehr als 30000 Einw. zählenden Städte der Vereinigten Staaten sowie der Städte und Landgemeinden Pr. 1912. — Saatenstand Anfang April 1919. — Witterungs- und Wasserstandsbericht. — Beilage: Amtliche Preisberichte.

Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes. 64. u. 65. Jahrgang 1918 und 1919: Die Bewegung der Bevölkerung und die Todesursachen 1911—1915 (Georg Lommatzsch). — Vergleichendes zur Geburtenstatistik der Jahre 1901—02 und 1911—12 (Eugen Würzburger). — Die Gebrechlichen und ihre Versorgung (Kurt Weißbach). — Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in den Jahren 1913—1917 (Arno Pfütze). — Zur Statistik der politischen Tagespresse (Bruno Winkler). — Die Einschätzungen zur Einkommensteuer und zur Ergänzungssteuer auf das Jahr 1916. — Die Sparkassen von 1911—1915. — Die Wohnungszählung vom 12. Oktober 1916. Zweiter Teil (O. Kürten). — Die Grundstücks- und Wohnungszählung vom 1. Dezember 1916 (O. Kürten). — Literaturbesprechungen. — Kleinere Mitteilungen.

Beiträge zur Statistik Hessens, 65. Bd., 3: Statistik der ord. streitigen u. der freiwill. Gerichtsbarkeit 1917.

Mitteilungen der Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik Nr. 991: Unterrichtswesen 1918. — Fideikommißbesitz. — Anbaufläche und Ernteerträge 1917. — Brückengeld 1917. — Gebäudebrandversicherung 1917. — Stempelabgaben 1917. — Sparkassen Ende 1917. — Zwangserziehung 1916. — Nr. 992: Ehe, Geburt und Tod 1917. — Chemische Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln. — Todesfälle nebst den Todesursachen. — Wasserstände 1917. — Hundezahl 1917.

Mitteilungen des Württemberg. Statist. Landesamts 1919, 1—4: Die Fürsorgeerziehung Minderjähriger 1914. — Die Weinernte 1918. — Ertrag der w. Bodenseefischerei 1918. — Ergebnis der Gewerbestatistik für W. vom 15. August und 10. Septbr. 1917. — Monatsbericht. — Die Mietpreise nach der Wohnungszählung vom 26. Mai 1918. — Die Bewegung der Bevölkerung 1914 und 1917. — Obstbau und Obsternte 1918. — Einfuhr von Weintrauben und Verschnittwein 1918. — Ersatzmittelregelung und Ersatzmittelverkehr in W. 1918. — Statistik der Straffälle wegen übermäßiger Preisforderungen vom 1.11.1917 bis 31.10.1918. — Witterungsübersicht 1918. — Die Statistik des landwirtsch. Anbaues in den Kriegsjahren. — Vorläufiges Ergebnis der Viehzählung vom 1. März 1919. — Wahlberechtigte und Wahlbeteiligte bei der Wahl zur deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919. — Aus den Ergebnissen der Volkszählungen vom 1. Dez. 1916 u. 5. Dez. 1917. — Die Reichsausländer in W. am 1. Dez. 1910. — Die Deutschen im Auslande.

Sachsen-Meiningische Landesstatistik, Bd. 13, Nr. 6: Gemeinderechnungswesen 1913. — Viehzählung am 1. Dezbr. 1915. — Feuerversicherungswesen 1915. — Brandschäden 1916. — Beobachtungen an der meteorologischen Station 1916. — Rechnungswesen der Kreiskassen 1914. — Post- und Telegraphenverkehr 1916. — Wirtschaftsergebnisse der Waldungen 1912 und 1913. — Heilanstalts-Statistik 1915. — Tätigkeit der Schiedsmänner 1913—1915.

Zeitschrift für schweizerische Statistik. 54. Jg. 1918, Heft 1: Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1916 (Hermann Schneebeli). — *Le mouvement de la population en Suisse, avant et pendant la guerre* (Ney). — Die nominelle und die effektive Teuerung (O. H. Jenny). — Die bisherigen Ergebnisse der Familienstatistik der Stadt Zürich (Rudolf Manschke). — *Les guerres et la nuptialité des neutres* (L. Hersch). — Die Buchung der Spezialfonds in den kantonalen Staatsrechnungen. — Fremdenindustrie und Bevölkerungsbewegung (Julius Wyler). — Preise der wichtigsten Lebensmittel usw. in 30 schweizerischen Gemeinden. — Konjunkturstatistik. — Dr. F. Schmid † (F. Ganguillet). — Eine Neuorientierung in Staatsbetrieben (L. Zehnder).

—. Desgl. Heft 2 u. 3: Die Steuerverteilung u. Steuerbelastung in der Schweiz vor Ausbruch des Weltkrieges (Cornelius Holzach). — *Les sociétés de secours mutuel en Suisse* (R. Julliard). — Der Verbrauch geistiger Getränke in der Schweiz 1903—1912 (E. M. Milliet). — *L'industrie horlogère suisse depuis la guerre* (F. Scheurer). — Die Rechnungsabschlüsse von acht größeren schweizerischen Handelsbanken 1917 (Hans Escher). — Der schweizerische Arbeitsmarkt 1916 u. 1917 (J. Lorenz). — (XI 63) Zwischenvolkszählungen (J. Wyler). — Das schweizerische Hotelpersonal in der Kriegszeit (R. Baumann). — Konjunkturstatistik (W. Furlan).

— Desgl. Heft 4: Über die Verteilungssysteme der Proportionalwahl (Georg Polya). — Die bevorstehende gesellschaftliche Neugestaltung und die Aufgabe der Statistik (N. Reichesberg) — Die Bewegung der schweizerischen Aktiengesellschaften 1917. — Bemerkungen zur beabsichtigten Schaffung eines schweizerischen Pfandbriefes (Alfred Sarasin). — Die Innenkolonisation der Schweiz (Hans Bernhard). — Fremdenverkehr und Bevölkerungsbewegung (Julius Wyler). — Das schweizerische Bankwesen 1917. — Konjunkturstatistik. — Preisfrage (Geldumlauf betr.). — Prof. Dr. Oskar Wys (Paul Fleissig).

— Desgl. 55. Jg. 1919, Heft 1: *Quelques considérations concernant la statistique officielle* (Ney). — Die schw. Volksernährung vor und während dem Kriege (Salome Schneider). — Betreibungs- u. Konkursstatistik (Julius

[1]) Siehe zuletzt D. St. Z. 1919, Nr. 3/4.

Digitized by Google

Wyler). — Die Sterblichkeit an Lungentuberkulose in der S. (G. Jchok). — Zur Bestimmung des Standortes der s. Schokoladenindustrie (H. Hartmann). — Die Messung von Wehrkraft und Volkskraft durch die Rekrutierungsstatistik (H. Schorer). — Konjunkturstatistik. — Verteilungssystem der Proportionalwahl. — Steuerverteilung u. Steuerbelastung in der S. vor Ausbruch des Weltkrieges (E. W. Milliet).

Aufsätze in nichtstatistischen Zeitschriften; (XI 122) Geigel, Die Statistik nach dem Kriege (Münch. Med. Wochenschrift 1919, 4).

Günther, Ad., Neuere statistische Graphik und ihre Anwendbarkeit (Ann. f. soz Pol. u. Gesetzg., VI. Bd., 3/4).

Rech, Statistik — Reichssache (Der rote Tag, Nr. 119 vom 4. 6. 1919).

Papiernot und Statistik (Städte-Zeitung 1919, 15).

Fragekasten.

Dr. F. in D. Im Fragekasten Jahrg. 1914 S. 239/240 ist die Möglichkeit erwähnt, daß die durchschnittliche Häufigkeit einer Erscheinung, auf die Volkszahl bezogen, während eines bestimmten Zeitraums in einem Lande eine stärkere oder schwächere Bewegung zeigt als in irgendeinem Teile. Ebenso ist es aber auch denkbar, daß die einzelnen Gruppen einer Gesamtheit in einer Stadt oder einem Lande zu den entsprechenden Gruppen einer anderen Gesamtheit in irgendeinem Durchschnittsverhältnis sämtlich höhere oder niedrigere Ziffern aufweisen als die beiden Gesamtheiten als solche. In einem Falle z. B. bewegt sich der Durchschnittsmietpreis der Wohnungen der einzelnen Größenklassen einer Stadt zwischen 88 und 94 % der Durchschnittspreise einer anderen Stadt; für den Gesamtdurchschnitt aller Wohnungen aber beträgt der Preis 99 % desjenigen der zweiten Stadt. Das ist natürlich die Folge der stärkeren Vertretung der teureren Wohnungsklassen in der ersten.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

GRUNDZÜGE
DER
VOLKSWIRTSCHAFTSLEHRE
VON

PROF. W. GELESNOFF

NACH EINER VOM VERFASSER FÜR DIE DEUTSCHE AUSGABE VORGENOMMENEN NEUBEARBEITUNG DES RUSSISCHEN ORIGINALS

ÜBERSETZT VON DR. E. ALTSCHUL

[XII u. 613 S.] gr. 8. 1918. Geheftet M. 10.—, gebunden M. 14.—

Hierzu Teuerungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen

Das vorliegende Werk, mehr ein Lese- als Lehrbuch darstellend, will mit den wichtigsten Problemen der Nationalökonomie und ihren Lösungen vertraut machen, zu einer selbständigen Stellungnahme ihnen gegenüber anleiten, zum nationalökonomischen Denken erziehen.

Dem sich durch den Weltkrieg türmenden Tatsachenmaterial gegenüber, namentlich dem wichtigsten und durch die neuesten Ereignisse aktuell gewordenen Problem der Kriegswirtschaft, ob die getroffenen Maßnahmen einen sozialistischen Charakter tragen, bzw. auf eine grundsätzliche Umgestaltung der gesamten Wirtschaftsverfassung hinwirken, läßt sich die richtige Einsicht nur von einem konsequent sozialökonomischen Standpunkt ausgewinnen, wie ihn das Gelesnoffsche Werk einnimmt, das die Marxschen Lehren eingehend berücksichtigt.

14

VERLAG VON B. G. TEUBNER IN LEIPZIG UND BERLIN

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

6 3491

Nr. 9/10 11. Jahrgang November/Dezember 1919

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Anzeigen: 1/1 Seite M. 80.—, 1/2 Seite M. 45.— 1/4 Seite M. 30.—, zweigespaltene Zeile M. 1.80. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Professor, Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

Dr. Johannes Feig
Geh. Regierungsrat u. vortrag. Rat im Reichsarbeitsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Gedanken über die Würdigung der Statistik*, S. 153. — *Die Bearbeitung von „eine Häufung zulassenden" Merkmalen*, S. 167. — *Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik*, S. 171. — *Aus der statistischen Literatur:* Die Verschiebung des Geschlechtsverhältnisses, S. 173. — Wohn- und Beschäftigungsort der Neuköllner Berufstätigen, S. 176. — Weiteres zur Bevölkerungsbewegung während des Krieges, S. 176. — Eine Schleichhandelspreisstatistik, S. 177. — Die Grundstücksaufnahme in den kleineren sächsischen Gemeinden, S. 178. — Die Rentabilität der deutschen Aktienbrauereien 1917/18, S. 178. — Der Baumwollwelthandel während des Krieges, S. 180. — Die Kriegsarbeiter, S. 180. — Genossenschaftsstatistik 1890—1918, S. 181. — Statistik des Fürsorgewesens, S. 182. — Über die Leistungen der Gemeindeverwaltung während des Krieges, S. 183. — Statistik der Stadt Wien 1914, S. 183. — Theorie und Lehrbücher der Statistik, S. 185 (A. L. Bowley). — *Vermischte Mitteilungen:* Aus den Statistischen Ämtern, S. 187. — Kritische Bemerkungen zu den Zählungen am 8. Oktober 1919, S. 187. — Übersichtlicher Tabellendruck, S. 188. — Nochmals das Zitieren, S. 189. — Statistische Professuren, S. 190. — *Eingesandte Schriften*, S. 189.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Hefte. Preis jährlich 10 Mark.

Gedanken über die Würdigung der Statistik.[1])

Von Geh. Regierungsrat **K. Brämer** in Wernigerode. *(Schluß.)*

4. Zur Praxis der Veröffentlichungen.

§ 13. Von der Tätigkeit wissenschaftlicher Beamten (Mitglieder) und einer festen Anstellung gewärtiger Hilfsarbeiter ist in vorliegender Abhandlung schon gesprochen; für außenstehende Leser dürften jedoch einige Bemerkungen am Platze sein. Das Amt stellt kein beschließendes Richterkollegium vor. Die besser nach Bedarf als an vorbestimmten Terminen anzuberaumenden Sitzungen dienen zum Austausch von Erfahrungen im innern Dienste, zu Mitteilungen über fremde Schriften, zur Äußerung persönlicher oder sachlicher Wünsche u. dgl. — lauter Gegenstände und Meinungen teils vertraulicher Natur, teils von zu loser Beschaffenheit, um in Akten niedergelegt zu werden. Insoweit es auf Einheitlichkeit ankommt, entscheidet die Spitze des Amtes; keine Mehrheit steuert einer ungleichartigen Erledigung der einzelnen Aufgaben.

Ob die Dezernate beständig in denselben eingeübten Händen belassen oder gelegentlich, um einer Verknöcherung zu wehren, wechseln sollen, hängt von den Umständen ab und wird meistens beim Wechsel im Personalbestande zu ordnen sein. Wo sich der Vorzug einer besonderen Fachbildung geltend macht, z. B. für Medizinalstatistik, wird man dem Fachgelehrten möglichst wenig andere Geschäftskreise aufbürden. Eine Ablösung wäre in den technisch ermüdenden allgemeinen Erhebungen zweckdienlich, damit sie nicht unwillkürlich zum Handwerk ausarten. In solchen Fällen mag das abgelöste Mitglied einstweilen, bis das ablösende sich völlig eingearbeitet hat, mitzeichnen und ebenso ein älteres Mitglied dem noch unsicheren Hilfsarbeiter als Korreferent zur Seite stehn. Diese Ausnahmen bestätigen aber die Regel, daß keiner Abteilung zwei Mitglieder, um dem Direktor die Durchsicht zu erleichtern, überwiesen werden.

Falls im Amte nicht Bearbeiter genug vorhanden sind, verlangt Wilms, für die nationalökonomische Bearbeitung Außenstehende zu gewinnen. „Es genügt nicht, daß die eine oder andre Frage von Privatdozenten oder Doktoranden zu Dissertationen oder Privatarbeiten herausgegriffen und bearbeitet wird." Vor der Vermischung von Statistik und Volkswirtschaft warne ich indessen die Zügel der Wissenschaft würden am Boden schleifen und Streitigkeiten mit dem Nationalökonomen kaum zu verhüten sein. Reichen die wissenschaftlichen Kräfte des Amtes für seine eigentlichen Arbeiten nicht aus, und ertragen sie eine stärkere Anspannung nicht, so ist eben die Notwendigkeit der Gewährung größerer Geldmittel bezeugt, wie sparsam auch gewirtschaftet werden muß.

Hier habe ich an einen etwas heiklen Punkt, die zu steigernde Leistungsfähigkeit der Beamten, zu tasten. Jeder von uns hat sicherlich gut unterrichtete und eifrig arbeitende sowie tappend ans Werk gehende und ihr Pensum bedächtig erledigende Kalkulatoren kennen gelernt, ohne an letzteren mit Belehrungen und Mahnungen viel auszurichten. Sogar einschmeichelnde Sätze aus der Philosophie des Unbewußten und der Herrenmoral, die während der langen Friedenszeit der Bildungsdrang stärker aufgenommen hat, als man meistens glaubt, wurden vertraulich geltend gemacht: von Hartmann die Lehre, daß die persönliche Freude an der größeren eignen Leistung deren höheren ethischen Wert auslösche, von Nietzsche, daß Anstrengung für andere Ziele die gebotene Tätigkeit für das eigne Emporkommen abschwäche. Haben die Erfahrungen des Krieges Kant und Fichte neuerdings zu Ehren gebracht, so glaube ich doch, daß neben dem Willen, außer im Gehalt auch in der Leistung die besten Kameraden zu erreichen, eine regelrechte Unterweisung der Anwärter und schwächeren Beamten in der Praxis wohl angebracht wäre. Dafür paßt freilich durchaus nicht jeder Statistiker, und zuweilen wird man pädagogische Talente unter den zu selbständigen Abhandlungen unbefähigten Beamten aufsuchen müssen.[1]) Den Widerstand des trägen Herkommens und der starren Form wird unser Zeitalter der Kraft besiegen. Wie viele Stunden eignen Rechnens, das natürlich nebenher immer notwendig bleibt, könnten die Statistiker auf ihren Text verwenden, wenn langsame Kalkulatoren schneller fertig würden! Richard Böckh, den ich einst in Haufen von

[1]) Siehe zuletzt Heft 8 dieses Jahrgangs.

[1]) So erwies sich bei der preußischen Volkszählung von 1871 ein ehemaliger Student der Theologie (Th. Feuerstake) als unübertrefflicher Vorbereiter der übrigen Auszähler.

Digitized by Google

Tabellen versenkt, Fehler berichtigend und eifrig rechnend antraf, sagte mir: „soll man jede Nachlässigkeit aufmutzen, und arbeitet unsereiner nicht mindestens doppelt so rasch wie ein uns aufgedrängter Kalkulator mittlerer Güte?“

In der Berliner Tagung [1]) empfahl Ferd. Schmid (Niederschrift, S. 10—11 und 60) „die Einführung einer praktischen statistischen Fachprüfung (wie seit 1906 in Österreich)[2]) für die mittleren Kanzlei- und Rechnungsbeamten des statistischen Dienstes und in Verbindung damit die Errichtung von statistischen Fachkursen für diese Beamten“. Er bemerkte, daß sich die österreichische Vorschrift im handelsstatistischen Dienste und im arbeitsstatistischen Amte des Handelsministeriums recht bewährt haben solle. „Sind die niederen und mittleren Beamten eines statistischen Amtes gut geschult, so können sie wesentlich zur Entlastung der wissenschaftlichen Dezernenten in diesen Ämtern beitragen, und die Zahl dieser Dezernenten kann dann auch eine geringere sein, wodurch Personalkosten erspart werden.“ Schmid geht übrigens in der Empfehlung praktischer Kurse noch weiter auf andere Verwaltungsbeamte, damit diese „in die Lage versetzt werden, ihre Agenden, soweit sie etwas mit der Statistik zu tun haben, mit besserem theoretischem Verständnisse zu führen“. Auch Tönnies-Kiel, unter dessen Hospitanten Polizeibeamte, Oberpostpraktikanten, Oberlehrer usw. vertreten sind, sowie Hesse stimmen damit überein. Mombert meint, derartige Kurse würden am besten von Praktikern durchgeführt. Die Mehrheit der D. St. Ges. hat jedoch das Verlangen abgelehnt.

Aus Abschnitt IX des Berichtes über den Hochschulunterricht wäre noch anzuführen, daß Magistrats-, Intendantursekretäre u. dgl. das Kolleg von Thieß in Danzig über Statistik ebenso besuchen wie die volkswirtschaftlichen Vorlesungen und Übungen. Die theoretischen Kurse im österreichischen Handelsministerium werden nach Mitteilung von Schiff-Wien nicht regelmäßig, sondern von Zeit zu Zeit abgehalten; den mittleren Beamten mit Mittelschulbildung wird, wie Zižek-Wien berichtet, Theorie und Technik der Statistik sowie die Organisation des einschlägigen Dienstzweiges vorgetragen, dann geprüft, Mischler-Wien hält eine Verallgemeinerung für erwünscht. In Prag und Brünn erwägt man die Einrichtung, verbunden mit der Ausbildung für den Verwaltungsdienst, während Gürtler-Graz ihr, falls ohne Prüfung, geringen Wert beimißt. Von den Schweizern ist Kozak-Basel der Ansicht, daß vorerst in Bern viel zu wirken sei, und stellt allgemein den Satz auf: „Die richtig verstandene Demokratie steht diesen modernen Forderungen sehr sympathisch gegenüber.“

Ein andres Gesicht erhält die Sache, wenn die wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges für die verwundeten und invalid erklärten Offiziere und Unteroffiziere in Betracht gezogen werden. Unzählige tapfere Krieger haben an Kraft und Geschicklichkeit zu ihren bürgerlichen Hantierungen — auch im Handelsgewerbe — Einbuße erlitten oder den Geschmack daran verloren und sehnen sich, ob mit oder ohne Ruhegehalt, nach einer behaglichen Amtsstellung. Die rühmliche deutsche Schulbildung, noch gesteigert durch vielfältige Fachausbildung, befähigt sie nach ihrer eignen und der Vorgesetzten Meinung zu Bureauposten, welche außerdem eine vom Fleiße unabhängige Aussicht auf Gehaltserhöhung bieten. Eine Überschwemmung von Kandidaten für Staats- und Gemeindeämter wird unvermeidlich, und obwohl die riesigen öffentlichen Ausgaben auf Sparsamkeit hindrängen, gibt schuldiger Dank für die Retter des Vaterlandes oft den Ausschlag, entbehrliche Posten beizubehalten oder noch zu vermehren. Ja, die wünschenswerte Unterbringung vieler Tausende von Leuten als Schreiber und Rechner, nur nebenbei als Amtsdiener und Aufseher, kann die für die Mannhaftigkeit des Volkes nachteilige Wirkung haben, das Deutsche Reich allzutief in den Sozialismus zu versenken.

An die Statistik tritt ohne Zweifel das Begehren nach Anstellung um so mächtiger heran, als die Menge neuer und bald unnötiger Rohstoff- und Lebensmittelämter ihre freiwerdenden Rechnungsgehilfen am liebsten in die verwandte Laufbahn abgeben möchte. Einerseits glaubt ziemlich jedermann, schnell genug zu zählen und etwa sonst notwendige Rechenarbeiten leicht zu erlernen; anderseits reizt die vermutete Abwechslung in den Geschäften der verschiedenen Erhebungen auf trotzdem ruhigem Platze mehr als die Wahrscheinlichkeit, anderswo stets eine gleichbleibende Tätigkeit ausüben zu müssen. Allgemeine Abmahnungen, wie sie von jeder Behörde und ganzen großen Dienstzweigen ausgehen werden, helfen den übermäßigen Meldungen nicht ab, und so trägt der Direktor jedes statistischen Amtes die peinliche Gewissenslast stets wiederholter Reibungen zwischen Pflicht und Hilfsbereitschaft. Den m. E. allein gangbaren Weg zeigt die Prüfung der Bewerber in Gruppen mit vorläufigen Zensurklassen, bis die Schlußzeit der erlaubten Anmeldungen gekommen ist und aus der ersten Klasse aller zeitlichen Gruppen die Liste wirklicher Anwärter hervorgeht. Ob letztere einen besonderen Fachunterricht mit Schlußprüfung genießen, und wie die Reihenfolge der Anwärter zu ordnen ist, wird voraussichtlich der ministeriellen Entscheidung vorbehalten sein.

Der folgende Paragraph befaßt sich mit den oben erörterten Fragen näher, insoweit die Ausbildung betroffen wird.

§ 14. Leiter und Mitglieder von statistischen Ämtern haben ein natürliches Interesse am wissenschaftlichen Nachwuchs und betätigen es kollegialisch durch gelegentliche Winke nicht weniger als durch ordnungsmäßige Beihilfe zur Selbstbelehrung der Anwärter auf feste Anstellung, welche nach einem förmlichen Hochschulunterricht würdig befunden sind, als Hilfsarbeiter ins Amt aufgenommen zu werden. Denn die allgemeine und in den Seminaren erweiterte Vorbildung reicht selten aus, für die besonderen Aufgaben des staatlichen oder städtischen statistischen Amtes unmittelbar zu schulen. Außerdem pflegen angehende Statistiker, ohne daß sie gerade eine Anstellung im Amte selbst erzielen, sich dort in den Beruf als Lehrer oder Praktiker einzuarbeiten. Je nach den mitgebrachten Kenntnissen und Fähigkeiten wird solche Fortsetzung des Studiums schmaler oder breiter angelegt werden, und bestimmte Vorschläge dazu würden das Ziel verfehlen. Ich habe ganz fleißige Gelehrte gekannt, deren Anstellung im Amte trotz jahrelangem Verweilen ohne Entgelt nimmer ernstlich erwogen und immer noch gehofft wurde, weil des Direktors gutes Herz ihnen das kränkende Urteil über ihre Unvollkommenheit ersparen wollte.

Stark bemüht hat man sich um eine statistische Fortbildung höherer Verwaltungsbeamten, deren Tätigkeit in ihrer Behörde sie mit der Statistik in nahe Berührung bringt. Sie kann sowohl an die Hochschulen wie an die statistischen Ämter angelehnt sein. In jener Gestalt sind sie Gegenstand des X. Abschnitts der großen Umfrage, welche die D. St. G. bei den Hochschuldozenten unternommen hat. Was die Herren darauf antworteten, fasse ich hier zusammen.

Besondere staatswissenschaftliche Kurse veranstaltet Direktor Dr. Wolff aus Rücksicht auf Berlin und Jena nicht; einige Hilfskräfte des statistischen Amtes der Stadt Halle, die das Staatsexamen als Assessor und Regierungsbaumeister bestanden haben, nehmen jedoch gleich den Doktoranden teil an den Vorlesungen und Übungen. Unter den Hörern von Thieß-Danzig pflegen sich Referendare zu befinden, wie denn ebenfalls Most-Düsseldorf erwähnt, daß unter den ordentlichen Hörern der Akademie einerseits Assessoren und Referendare, anderseits bereits in der Praxis stehende Kommunalbeamte zahlreich vertreten sind. Im Anschluß an die Frage bemerkt

[1]) Deutsche Statistische Gesellschaft, Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie: Niederschrift der Verhandlungen der zweiten Mitgliederversammlung vom 22. bis 23. Oktober 1912 in Berlin.

[2]) Siehe D. St. Z. 1910 S. 158. *Schriftl.*

Digitized by Google

Bleicher-Frankfurt, daß einzelne Teilnehmer Spezialarbeiten aus der Bevölkerungsstatistik von Hessen-Nassau verfaßt haben.

Abgesonderte Fortbildungskurse halten Mombert-Freiburg i. Br. und Schiff-Wien für sehr wünschenswert, Neuburg-Erlangen insonderheit zum Nutzen solcher Beamten, die mit statistischen Erhebungen viel zu tun haben, und sie könnten auch als Ersatz von Pflichtkollegien in Frage kommen. Mischler bedauert, daß an den Wiener Kursen mit wechselndem Programm die Statistik nicht beteiligt ist; es müsse dafür gesorgt werden, daß immer ein gewisser Prozentsatz aller Beamten — in Österreich zumal der politischen, Finanz- und Selbstverwaltungs-Beamten — eine gründliche statistische Ausbildung erfährt.

Über eine schon erfolgte Einbeziehung der Statistik in solche Kurse, wie die vierstündige der Süddeutschen Gesellschaft für staatswissenschaftliche Fortbildung, äußert Schott-Heidelberg: „sie bieten die einzige Gelegenheit, weiteren Kreisen, insbesondere der höheren Beamtenschaft, den Star zu stechen". Dagegen tadelt Schmid, daß beispielsweise in Berlin 1911/12 die Elemente der statistischen Wissenschaft vorgetragen wurden; höhere (in Österreich sogenannte Konzepts-) Beamte seien vielmehr mit ganz neuen technischen Hilfsmitteln, wie einer neuen Zählmaschine, oder mit neuen interessanten Ergebnissen der Forschung bekannt zu machen. Ward immerhin die Statistik bei derartigen, äußerst nützlichen Veranstaltungen berücksichtigt, so könnte noch mehr dargeboten werden, z. B. bevölkerungs- und wirtschaftsstatistische Übersichten für die Gebiete einer Studienreise nach Einvernehmen der Leitungen mit der D. St. G.

In seinen Nöten um Deckung und Streckung des Nährmittel- und Rohstoffbedarfes hat das Deutsche Reich schrittweise neue große Ämter geschaffen, aus denen eine Menge von Bestandserhebungen und Verbrauchsvorschriften über das Volk geflossen ist und teils bald, teils nach manchen Wirrungen eine den Umständen angemessene Ordnung hergestellt hat. Hier war vollauf Gelegenheit für tüchtige Statistiker, ihre Kenntnisse mit geringem Aufwand an Geld, Zeit und Beunruhigung zu verwerten, und am einfachsten wäre der statistische Teil der Aufgabe durch Verlegung jeder zeitweiligen neuen Behörde an den Sitz eines wohlausgerüsteten statistischen Amtes erledigt worden. Immerhin wurden einige Statistiker als Berater dieser oder jener Oberleitung herangezogen; was sie getan und vielleicht auch gelitten haben, wird vermutlich dereinst, wenn die Geschichte des bürgerlichen Kriegsdienstes geschrieben werden darf, an den Tag kommen. Jedenfalls durfte man erwarten, daß an die Spitze jedes mit wirtschaftlichen Zahlen arbeitenden Verbrauchsamtes und in die Stellen seiner vornehmsten Mitglieder möglichst solche Verwaltungsbeamte berufen wurden, die einen ordentlichen Fortbildungsgang der oben besprochenen Art mit Erfolg beschritten hatten; denn welchen Nutzen sollen diese Kurse bringen, wenn ihre Teilnehmer nicht einmal in dringender Notlage vor Bönhasen ausgezeichnet werden? Daran zweifle ich auch begreiflicherweise durchaus nicht, möchte aber einen anderen Punkt zur Sprache bringen.

Ein kleines Heer von Vorgesetzten und Untergebenen ist abseits der eigentlichen statistischen Behörden viele Monate lang mit Facharbeiten beschäftigt worden. Angenommen, daß eine ziemlich bedeutende Anzahl dieser Leute nach Beendigung ihrer zeitweiligen Tätigkeit trachten wird, ein dauerndes Verhältnis zur amtlichen Statistik einzugehen, so müßte doch eine Vorbedingung erfüllt werden: Schulung zum Reifwerden für die allgemeineren Ziele der Statistik, da jene ganz überwiegend zur Arbeit auf einem engen Einzelgebiete tauglich gemacht sind. Aber innerhalb des Einzelgebietes blickten sie in den Zusammenhang der Verwaltungsbehörden hinein, sahen sie Erzeugung und Verbrauch, Preise und Verkehr abhängig voneinander, bemerkten sie Mängel des freien wie des erzwungenen Verkehrs usw. vielfach klarer als die Lehrer, deren Unterricht sie zu empfangen haben. So mochte es leicht geschehen, daß ihnen nicht nur ein die Eigentätigkeit schädlich unterbindender Sozialismus eingefleischt ward, sondern auch Skepsis gegen die aus anderweitigen Erfahrungen abgeleiteten Lehren und eine Überhebung über die alten, nicht mit praktischer Verwaltung vertrauten Beamten der Statistik. Solcher Mitgift, die einen grundsätzlichen Zwiespalt in die fachmännischen Arbeiten trägt, würde der Amtsleiter schwerlich die Spitze abzubrechen vermögen.

Die oben erwähnte zweite Form der statistischen Fortbildung von höheren Verwaltungsbeamten, der Betrieb eines Seminars bei statistischen Ämtern, ruht m. W. gegenwärtig ganz. Das seinerzeit von Engel als erste derartige Einrichtung geschaffene Berliner wurde nach längerer Pause auf Adolf Wagners Anregung vom Minister auf eine andere Grundlage gestellt. Es sollte von dem im nächsten Winter zu errichtenden staatswirtschaftlich-statist. Seminar der Universität unabhängig bestehen. In der Beratung am 24. August 1886 handelte sich's hauptsächlich um das Verhältnis der 4—8 Assessoren zu den Mitgliedern. Jene sollten lediglich dem Direktor unterworfen und als Kollegen der Mitglieder angesehen sein, jeweils 6 Wochen sämtliche Geschäfte eines Dezernats führen und der ordentliche Inhaber des letzteren als Korreferent fungieren. Ein Jahr mit eingeschalteten Ferien würde genügen. Die Einrichtung hat sich im ganzen bewährt und lief ohne ernstliche Streitigkeiten ab; indes mangelte es bald an Teilnehmern, weil neue Verwaltungsorgane den ganzen Bestand an Assessoren aufsogen, und so ging das Seminar wieder ein. Wie der theoretische Unterricht bestellt war, mag unerörtert bleiben, denn jetzt würden ihm andere Aufgaben winken.

Seitdem die Provinzialbehörden von der Zusammenstellung der hergebrachten Tabellen befreit und unbesoldete Zählungsausschüsse mit der Erhebung des Urmaterials vertraut geworden sind, ist im Grunde die Dringlichkeit fortgefallen, daß gerade Regierungsassessoren oder vor dem Übertritt in die Verwaltung stehende Juristen einen ergänzenden Unterricht im statistischen Verfahren erhalten. In ihrem kameralistischen Studium hatten sie Gelegenheit, Ergebnisse unserer Wissenschaft benutzen zu lernen, und wie wir in den Dozentenberichten gelesen haben, liefern sie den Hauptstock derjenigen Studierenden, die sich um Statistik am ernstlichsten bemühen; das dürfte genügen. Was den allgemeinen Verwaltungsbehörden neuerdings als Ausführungsorganen der Verbrauchseinrichtungen aufgebürdet wurde, gehört in die Wirtschaftsstatistik und ergreift seiner Eigenheit nach andere Kreise öffentlichen Wirkens mehr. Letzten Endes sind es nicht die höheren, sondern mittlere Beamte — namentlich Kreis- und Magistratssekretäre —, deren Eifer und Verständnis für gute Erhebungen bürgen. Immer einige von ihnen könnten auf etwa 6 Wochen behufs Ausrüstung mit passenden Kenntnissen an die statistischen Ämter einberufen werden. Falls sich anfangs einige Unsicherheit in der Methode des Unterrichts ergäbe, würden die Statistiker deren bald Herr werden, zugleich aber in die Auffassung ihrer Lehren innerhalb des gehobenen Gemeindedienstes einen klaren Einblick gewinnen. Warum soll nicht außerdem der Baumeister, der Arzt, der Lehrer usw., selbst der Geograph oder Handelskammersekretär in den Werkstattbetrieb der Statistik eingeweiht werden? Von den Klagen über mangelnde Würdigung unserer Wissenschaft würden dann viele verstummen.

Statt einer Pflichtenbeschränkung wage ich also eine neue Verpflichtung der statistischen Ämter zu empfehlen. Ja, wäre angesichts der Schwierigkeiten, die nach dem Friedensschlusse sich einer Wiederaufnahme deutscher Arbeit im Auslande entgegenstemmen, der Wunsch ungebührlich, daß jene Behörden wiederum oder erstmals ausreisenden Kaufleuten und Technikern ihre Unterstützung leihen? Die Handelsgeographie aus ihrer Verbindung mit der Erdkunde zu lösen, würde heißen, daß der statistische Hochschulunterricht eine unwillkommene Ausdehnung erleide. Diese neuere geographische Disziplin ist jedoch als ein Stück der Wirtschaftsstatistik längst an-

Digitized by Google

gebaut und braucht nur um die an Wichtigkeit stets zunehmende Lehre von den natürlichen und sozialen Kräften der Völker bereichert zu werden. Und da wir gehört haben, mit wie schwachen statistischen Lehrmitteln die meisten Hochschulen versorgt sind, so vermögen an ihrer Stelle unsere Ämter diesen besonderen Teil der Belehrung auf sich zu laden. Solche, die in jener Hinsicht eine ansehnliche Ausstattung besitzen, würden vermittelst zeitweiligen Unterrichts der Heger und Pfleger des Deutschtums im Auslande eine sehr verdienstvolle Tätigkeit entfalten.

6. Die statistischen Amtsstellen.

§ 15. Aus dem Begehren der Landes- und Stadtregenten nach Übersichten der öffentlichen Einnahmen, Ausgaben und Verpflichtungen, die bald der eine, bald der andere Ministeriale anzufertigen hatte, entwickelte sich allmählich eine feste Einrichtung amtlicher Stellen, oft mit einer einzigen ständigen Kraft besetzt, welche regelmäßige Nachweisungen von Zuständen und Veränderungen in den verschiedenen Verwaltungszweigen beibrachten. Wenig lag an der Form, und der Ausdruck Statistik ward den meisten Übersichten erst spät beigelegt. Ein hochverdienstliches Werk[1]) beschreibt diese Entwicklung im größten deutschen Staate; begreiflich sind Ergänzungen, zumal nachträgliche Verbesserungen archivalischer Schreibfehler, die ja auch in alten Akten statistischer Ämter vorkommen, nicht ausgeschlossen. Eine Festschrift[2]) über die Folgezeit geht auf die Beteiligung der einzelnen Ministerien an der Statistik nicht näher ein. Sie haben teils — namentlich vor Veröffentlichungen — von Berufsstatistikern Rat eingezogen, teils ihre Listen und Tabellen nach und nach ohne solche Mitwirkung erweitert und vervollkommt.

An Unabhängigkeit von der allgemeinen Landes- und Reichsstatistik scheint den eben erwähnten Sammel- und Berichtsstellen, z. B. der Post, der Bergverwaltung u. a., besonders deshalb viel zu liegen, weil sie ihre Nachweisungen auch ohne Zuspruch von dorther für technisch vollendet, ein Dreinreden in ihren Verkehr mit den nachgeordneten Verwaltungsämtern für schädlich halten und die zum Vortrag reifen Ergebnisse nur in beschränktem Umfange aus dem Rahmen der Sonderverwaltung herauslassen wollen. Welchen Einfluß darauf die statistischen Zentralkommissionen oder ähnliche Ausschüsse der Gesamtregierung nehmen, ist ebenso unbekannt wie Organisation und Kosten solcher Statistik, welche zu erfahren doch wohl von Bedeutung für die Wissenschaft wäre. Es leuchtet indessen ein, daß hier ein enger persönlicher Verkehr mit dem Verwaltungshaupte, wie er sich teilweise auch für die allgemeine Statistik empfiehlt, gepflegt wird.

Erwägt man die Menge der den allgemeinen statistischen Landesämtern schon obliegenden Arbeiten, so wird man ihnen schwerlich zumuten dürfen, daß sie aus freien Stücken die Angliederung von selbständig schaffenden Sonderämtern verlangen. Der Mangel eines organischen Zusammenhanges hindert jedoch nicht, daß die Erzeugnisse von hüben und drüben gegenseitig verwertet werden, und wenn das in der Regel ausschließlich den veröffentlichten Nachweisungen widerfährt, läßt sich erwarten, daß noch manche handschriftliche Ausweise auf Wunsch hergeliehen würden. Ein freundschaftlicher Verkehr dieser Art vermochte außerdem eine hin und wieder bemerkbare Störung fernzuhalten, die aus der Benutzung der gleichen Erhebungsquelle für die Nachweisungen entsteht und in den Berliner Beratungen der Deutschen Statistischen Gesellschaft zur Sprache kam.

Der Berichterstatter Wilms bedauerte in jener Versammlung, daß verschiedentlich eine Statistik neben der landesamtlichen in die Wege geleitet und durchgeführt werde, so vom Finanzministerium betreffs der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, vom Justizministerium betreffs der Zwangsversteigerungen; auch Kultusministerium, Reichs-Gesundheitsamt und Preußisches statistisches Landesamt haben vielfach gleiche Gebiete bearbeitet. Während der Statistik „oft die Fühlung mit der Verwaltung abgeht, leiden die Aufnahmen, welche die Verwaltungen selbst veranlassen, oft an grundlegenden statistischen Mängeln". Zu weit geht jedoch das hierauf gestützte Verlangen, daß spezialstatistisches Material im allgemeinen nicht vom Verwaltungsressort, sondern vom statistischen Amte aufbereitet und bearbeitet werden sollte; denn manche Folgerung würde als Übergriff getadelt, für unverschuldete wirkliche Mangelhaftigkeit des Ergebnisses das Verfahren angeschuldigt werden.

Damit Publikum und Behörden nicht dreifach belästigt werden, forderte Lange, man solle dem statistischen Amte so zeitig Kenntnis von beabsichtigten Ermittelungen geben, daß sie sachgemäß geleitet und vielleicht mit schon im Gange befindlichen Zählungen verbunden werden können. In Bayern fehlte eine sämtliche Ministerien einschließende Zentrale; doch war Zahn zufolge hier erreicht, daß Fragen der Statistik tunlichst im Benehmen mit dem Statistischen Amte behandelt werden, wie denn auch die Bezirksamtmänner wünschen, daß die Notwendigkeit an sie herantretender Fragen in jenem Amte kontrolliert werde. Für Preußen war Evert der Meinung, Doppelerhebungen kommen weniger durch parallele amtliche Statistiken als dadurch zustande, daß Handelskammern und andere Interessenvertretungen auf eigene Hand Erhebungen machen.

Ob mittels Aufnahme von Ergebnissen der Sonderstatistik, ob in eigener Forschung, arbeiten die allgemeinen statistischen Ämter auf den Sondergebieten mit. Gegenständlich findet also eine fortwährende Berührung statt, während die beiderlei Organe in der Regel kühl aneinander vorbei gehen. Liegt darin nicht eine Schädigung der gemeinsamen Sache? In den Landesämtern gibt es Statistiker, die anfangs oder in späterer Bescheidung nur wenige Abschnitte behandeln, ähnlich den im praktischen Verwaltungsdienste stehenden Oberbeamten. Jahraus jahrein liefern diese statistische Übersichten und zuweilen sehr gediegene Abhandlungen; auch war wiederholt von ihrer akademischen Ausbildung die Rede. Sollten die Herren kein Interesse an persönlicher Fühlung mit der allgemeinen Statistik haben, oder befürchten sie gar eine Überhebung der in letzterer beschäftigten höheren Beamten? Mich bedünkt, daß die D. St. G. zur Belebung der Wissenschaft erheblich beitragen würde, wenn sie die außenstehenden Genossen heranzöge. Mit einer derartigen Verstärkung ihres Einflusses müßte die Statistik im Volke wahrscheinlich besser als bisher gewürdigt werden.

Doch nicht bloß die öffentliche Verwaltung, sondern außerdem eine erkleckliche Zahl privater Unternehmungen ist mit statistischen Stellen ausgestattet, von deren — zunächst für den inneren Betrieb eingerichteten — Archiven gelegentlich bedeutsame Stücke in die Öffentlichkeit gelangen. Was die Statistiker von Großbanken, Versicherungsanstalten, genossenschaftlichen Verbänden, gewerblichen Syndikaten usw. darbieten, ist ungemein wichtig und noch einer Steigerung fähig, sobald anerkannte Größen der Landesstatistik ihre Wünsche den stillen Bearbeitern aussprechen und es an Aufmunterung nicht fehlen lassen. Das Vaterland bedarf des einträchtigen Zusammenwirkens aller Kräfte auch in der Unterstützung, welche ihm eine zweckmäßig verteilte und gut geordnete Gesamtstatistik bieten kann. Ein Aufruf zu solchem gemeinnützigen Handeln wird, davon bin ich überzeugt, schon in der Kriegszeit eine Menge williger Ohren finden.

§ 16. Welchen Nutzen auch ein Bündnis zwischen allgemeinen und besonderen Einrichtungen stiften könnte, wichtiger und eher zu erreichen ist der Zusammenhalt

[1]) Geschichte der Statistik in Brandenburg-Preußen bis zur Gründung des Königlichen Statistischen Bureaus, von Otto Behre; Berlin (Carl Heymann) 1905.

[2]) Das Königliche Statistische Bureau im ersten Jahrhundert seines Bestehens 1805 bis 1905, herausgegeben von E. Blenck; Berlin 1905.

Digitized by Google

unter jenen. Ihn ausschließlich hat die D. St. G. in der Berliner Tagung erstrebt, um vorerst eine sichere Grundlage zu gewinnen, auf der sich weiter bauen läßt (vgl. § 19). Nachdem der Berichterstatter Wilms erwähnt hatte, daß vom damaligen Kaiserlichen Statistischen Amte die staats- und kommunalstatistischen Ämter für große allgemeine Fragen und besonders für sozialstatistische Untersuchungen zur Mitarbeit herangezogen werden, ging er auf die Notwendigkeit ein, daß auch enge und gute Beziehungen der Landesämter zu denen der Gemeinden bestehen. Eine Berücksichtigung der Wünsche und Anregungen letzterer würde das Fragematerial der Zählungen vereinfachen, vielleicht außerdem dazu verhelfen, daß die Erläuterungen einwandfrei gemeinverständlich abgefaßt werden. Diese engere Fühlung fand indessen Zahn, obgleich nicht organisatorisch, bereits praktisch im Schwange; der Staat müsse sich zur Befriedigung gewisser Bedürfnisse an alle Gemeinden wenden und könne nicht die ein eigenes statistisches Amt besitzenden stärker als die übrigen in Anspruch nehmen. Durch die erwünschte Annäherung der bestehenden Organisationen läßt sich aber — wie Busch-Frankfurt a. M. hinzusetzte — auch verhüten, daß Staatsbehörden Anfragen, die besser dem Landesamte zugingen, an die städtischen Ämter richten.

Ferner forderte der Berichterstatter, daß die großen statistischen Landesämter nicht in Abhängigkeit von einem Dezernat gebracht werden, sondern ausreichende Bewegungsfreiheit besitzen müssen. Diese findet jedoch Schutz an der Verantwortlichkeit, welche der mit innerer Politik sattsam beschäftigte Verwaltungsmann in statistischen Dingen gern dem Fachmann überläßt. Wenn letzterer etwaige freundschaftliche Bedenken allzu schroff abweist, laufen mit der persönlichen Entfremdung die Ergebnisse seiner Statistik Gefahr, von der Verwaltung nicht gebührend beachtet zu werden. In Übertreibung der Unabhängigkeit ging am weitesten Jäckel, der Statistiker des Kreises Teltow, und weil er die Machtfrage stellt, sind einige Worte darüber am Platze.

Verwaltung sei keine Wissenschaft, sondern eine Kunst wie die Justiz, sagt Jäckel, und deshalb könne die Statistik als Wissenschaft keine Funktion der ersteren bilden, müsse vielmehr koordiniert neben ihr stehen. Die Tragweite des Satzes durchaus nicht verkennend, fügt er hinzu, daß er „fast eine Revolution der Staatsgrundlagen bedeutet". Sein Ideal „wäre eine Einteilung des Reiches und der Bundesstaaten in statistische Bezirke, die nach ethischen, Bevölkerungs-, territorialen (geographischen), wirtschaftlichen Gesichtspunkten usw., jedenfalls nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten abzugrenzen wären". Als Ausbau der Reichsstatistik gedacht, der sämtliche der Beobachtung bedürftige Subjekte beherbergt, entspricht der Plan einem wohl überhaupt von den Statistikern gehegten Wunsche (vgl. § 4); aber der Redner begnügte sich nicht damit, sondern verlangte außerdem für jeden Bezirk einen eigenen Beobachter, indem er fortfuhr: „An der Spitze dieser Bezirke hätten selbständige Ämter zu stehen, die hinsichtlich der Aufbereitung und wissenschaftlichen Bearbeitung in staatlichen Angelegenheiten der statistischen Zentralstelle unterstehen würden. In bezug auf die lokale und kommunale Bearbeitung sind natürlich diese Ämter, wie die städtestatistischen Ämter, völlig unabhängig." Allein, abgesehen von den Hindernissen einer nicht bloß räumlichen, sondern auch sachlichen Abgrenzung der Amtsbereiche, würde nicht aus der unsicheren Kompetenz eine Brutstätte des Zwiespaltes erbaut, trotz der schönen Worte die Wissenschaft aus ihren freien Bahnen gedrängt und, was am wichtigsten, den drei konstitutionellen Gewalten (für Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege) eine vierte als berichtende tatsächlich an die Seite gestellt werden? Nicht im Stolze einer selbständigen Organisation liegt das Heil der Statistik, sondern gerade in enger Fühlung mit den Verwaltungsbehörden, die von anderen Mitgliedern der D. St. G. so dringend befürwortet wird.

§ 17. Wenn auch weder ein gleichmaschiges Netz, noch eins von gleichen Fäden über das Deutsche Reich zu spannen ist, muß doch die Ausstattung großer Landesteile mit eigenen statistischen Ämtern als Bedürfnis anerkannt werden. Im § 5 waren abgesonderte Quellenwerke und Zusammenstellungen über jede Provinz des preußischen Staates empfohlen, die Frage nach ihrem Hersteller jedoch offen gelassen. Diese nun fand in der mehrerwähnten Berliner Versammlung der D. St. G. eine Beantwortung durch den Berichterstatter Wilms, und zwar nicht allein für den größten, sondern für alle größeren Bundesstaaten. Es handelt sich demnach um 13 preußische Provinzen, 8 bayrische Regierungsbezirke, 5 sächsische Kreishauptmannschaften, 4 württembergische Kreise (ohne Selbstverwaltung), 4 badische Landeskommissariats-Bezirke (ebenso), 3 hessische Provinzen und 3 elsaß-lothringische Bezirke, zu deren Gunsten eine Dezentralisation die weite Lücke zwischen Landes- und Kommunalstatistik auszufüllen hätte.

Rechnet man die ohnehin bestens versorgten Stadtgemeinden mit der zahlreichsten Bevölkerung ab, so behalten die nichtpreußischen Staatsteile eine geringere Einwohnerschaft als ein mittlerer preußischer Regierungsbezirk, dem Wilms keine Vertretung durch eine besondere statistische Behörde zubilligt. Bevor die weise abgestufte Selbstverwaltung der landschaftlichen Körper ins Leben trat, lagen die Dinge anders wie heute. Damals rangen Provinz und Regierungsbezirk um ihre Wichtigkeit für die Verwaltung, und in Hinsicht auf Statistik war letzterer der ersteren schon bevorzugt worden, als eine ministerielle Verordnung von 1862 einige gute Bezirksbeschreibungen (so die klassische von Richard Böckh für Potsdam) neben mehreren ausgezeichneten und einer Vielzahl von oberflächlichen Kreisbeschreibungen hervorrief. Begehr nach regelmäßig fortlaufender Statistik der Regierungsbezirke ist, weil sie mit einem Ausschnitt von Selbstverwaltung abgefunden wurden, nicht laut geworden, während er allerdings für sehr wenige Kreise entstand, die sich allzu schwer teilen ließen. Hieran gemessen, ist ein eigenes statistisches Amt für oberste Landesbezirke außerhalb Preußens kein Bedürfnis. Sogar der zweitgrößte Bundesstaat, dessen Landesamt vielleicht schon als überlastet gelten könnte, steht an Bevölkerung der preußischen Rheinprovinz nach, die keine besondere Behörde für Statistik besitzt.

Entscheidende Gründe sprechen dagegen für die Errichtung eines statistischen Amtes in jeder preußischen Provinz. Den wirksamsten, die zwischen je zwei Provinzen herrschende Verschiedenheit in Land und Leuten, trug Wilms vor, indem er einige derartige Abweichungen bedeutender Art herausstellte: „Sind die gewonnenen Durchschnittsziffern für das ganze Land als einheitliche anzusehen? Haben die Ziffern im Osten und Westen nicht ihr eigenes lokales Kolorit? Bedeutet ein Bauerngut von 100 Morgen im Westen nicht mehr als ein Bauerngut von 100 Morgen im Osten? Liegen nicht auf industriellem und gewerblichem Gebiete, auf dem des Handels und Verkehrs, auch bei gleichem ziffernmäßigen Ausbau die Zahlen in ihrer Bedeutung für Land und Leute verschieden in den einzelnen Teilen Preußens? Diese Eigenart der Zahlen herauszuarbeiten, müßte Sache besonderer provinzieller Ämter sein, die sich auch den Bedürfnissen der provinziellen Verwaltungsbehörden in sachgemäßer Form anschließen könnten."

Von einer nebenamtlichen Lösung statistischer Fragen will der Berichterstatter nichts wissen, sondern erwartet sie befriedigend nur von richtigen Ämtern, die am besten dem Oberpräsidium zu unterstellen seien, wo sich alle Fäden der provinziellen Verwaltung schneiden. Der kommunalen Provinzialverwaltung fehlen dagegen die statistischen Unterlagen für bedeutende Stücke ihres Ressorts: z. B. die Säuglingssterblichkeit, „den in seiner Beziehung auf kleine Gebietsteile zu klärenden Geburtenrückgang, die Binnenwanderung, Wohnungsstatistik, die Art der Nahrungsmittelversorgung in Stadt und Land. Eine enge Fühlung mit dem landesstatistischen Amt er-

Digitized by Google

gibt sich dabei von selbst, ohne daß die selbständige Arbeit der provinzialstatistischen Ämter beeinträchtigt wird, und die der letzteren mit den kommunalstatistischen liegt auf der Hand."

Übereinstimmung ward in der Aussprache nicht erzielt. Nach dem Vorschlage von Busch-Frankfurt würden provinzialstatistische Ämter, die nicht den Zwecken einer einzelnen Verwaltungsstelle zu dienen haben, am passendsten dem Landeshauptmann beigegeben. Sie sollten aber Tatsachen weder als mitwirkende Instanz, noch von sich aus erheben, sondern wirtschaftsstatistische Beschreibungen liefern und dazu die verschiedensten Statistiken benutzen, während Wilms ihre Aufgabe anders stellte; ihm zufolge sollten sie das Material für die einzelnen Bezirke weiter durcharbeiten und die örtlich bedeutsamen Fragen herausholen. Jäckel [1]) forderte selbständige Veröffentlichung der Zahlenergebnisse von den unteren Verwaltungseinheiten mit begleitendem Texte durch die den Verwaltungsbehörden nebengeordneten Ämter, verzweifelte aber an einer Regelung in diesem Sinne „bei dem schleppenden Gange der preußischen Verwaltungsreform und der gerade in Preußen übermächtigen Herrschaft des Gewohnten, Altüberkommenen". Nun, so arg ist der Widerstand nicht.

Als der am nächsten betroffene Herr führte Evert bloß praktische Bedenken vor: Sollen die statistischen Provinzialämter „schon bei der Zusammensetzung der Ergebnisse mitwirken, dann stören sie die Einheitlichkeit der Bearbeitung; wenn sie aber erst später provinzielle Monographien herzustellen haben, so kommen sie zu spät und verzögern die Arbeit". Der Meinung bin ich nicht, empfehle sogar eine ungleichartige Verständigung des Landesamtes mit den Provinzialämtern je nach deren wechselnden Bedürfnissen. Es braucht nicht jedermann über denselben Kamm geschoren zu werden. Beispielsweise mag einer Provinz in diesem Jahre ortsweise ausführliche, vielleicht über den allgemeinen Fragebogen hinausgehende Kenntnis von der Viehhaltung, im folgenden Jahre vom Anbau der Früchte erwünscht sein, während sie andere Erhebungen gern dem Landesamte überläßt. In jenen Fällen könnte das letztere auch auf Zeit einen geschulten Beamten zur Einrichtung des Verfahrens abgeben. Es kommt schon wenig auf Einheitlichkeit der Auszählung an, wie ja den Vorgesetzten der Auszähler praktische Abweichungen von der Vorschrift (z. B. höchstens 6 Häufchen statt der 10 für jeden Jahrgang eines Jahrzehntes) gestattet sind, um ihre Freudigkeit nicht zu gefährden. Noch weniger Nutzen aber stiftet die einheitlich geschnürte Bearbeitung der Ergebnisse; nur darf das Landesamt in der seinigen, auf allgemeine Züge gerichteten keinen Aufenthalt erleiden. Je mannigfacher die Folgerungen gezogen werden, desto mehr Geist belebt das Gesamtwerk, und sollten etwa Grundirrtümer sich breit machen, so erfrischt der Kampf dawider die Wissenschaft.

Vor 50 Jahren gelang es mühevoller Vertiefung in die Eigentümlichkeiten der eben einverleibten Gebiete noch, deren Kenntnis an die durch beständiges Studium gewonnene der alten Landesteile völlig anzuschließen. Seitdem hat ein bald langsamer, bald beschleunigter Fortschritt der Gesamtheit wohl einzelne Gegensätze ausgeglichen, andere jedoch erweitert oder neu ans Licht gebracht, die amtliche Statistik überdies mit Eifer Wissensgebiete ergriffen, die man ehemals kaum gelegentlich anschnitt. Soll der Stab von Statistikern im preußischen Landesamte die Summe der alten und zugewachsenen Aufgaben allein bewältigen? Ich verneine die Frage entschieden. Erkenne ich auch die Fähigkeit der Mitglieder an, jeden einzelnen Gegenstand gründlich zu untersuchen und ein gediegenes Urteil zu fällen, so breiten sich doch zu viele dringliche Forderungen nebeneinander aus, als daß man hoffen dürfte, sie einigermaßen rechtzeitig zu erfüllen. Anders, wenn der Präsident des Landesamtes einige „korrespondierende Mitglieder" aus der Reihe verdienter Provinzialstatistiker heranzieht, denen die Vertrautheit mit dem eigenen Geschäftskreise den Blick über Aufgaben des ganzen Staates nicht getrübt, sondern im Gegenteil das Auge geschärft hat. Hiervon wäre ja mancherlei zu sagen; mir liegt es aber hauptsächlich daran, den auftauchenden Verdacht zu bestreiten, daß mit der wachsenden Selbständigkeit der Provinz in ihren eigenen Angelegenheiten die Auflösung des größten deutschen Bundesstaates angebahnt werde. Der Staat Preußen behält als solcher wahrlich Ziele genug und vermag sie schneller zu erreichen, wenn eine kraftvoll entwickelte Provinz mit ihren Erfahrungen einer schwächeren zu Hilfe kommt.

§ 18. Je entschiedener die amtliche Statistik sich von dem Willen einfacher Belehrung ab- und dem Willen zuwendet, die nützliche Tat zu rufen und zu unterstützen, desto zweckmäßiger wird eine erweiterte Verbreitung ihrer Schriften. Den Widerspruch gegen die bekämpfte Füllung öffentlicher und privater Bücherbörde mit statistischen Druckwerken löst die Verkürzung der letzteren, und im umgekehrten Verhältnis zur Bogenzahl entwickeln sich anziehende Gedanken.

In erster Reihe steht immer schon die unentgeltliche Hergabe der Quellenschriften und Tabellenwerke an oberste und mittlere Verwaltungsbehörden, Hochschulen, befreundete Ämter und die Mitglieder des eigenen Amtes. Eine ansehnliche Menge von Beamten und Gelehrten vermochte daraus Nutzen zu ziehen, verträgt indes noch ein Mehr, ohne daß dem Amtsleiter oder dem genehmigenden Vorgesetzten nachgesagt werden darf, er verschleudere öffentliches Eigentum. Einzelne Oberbehörden könnten noch mit geeigneten Werken bedacht werden, und wenn so mehrere von ihren Beamten sich vom Nutzen der Statistik für ihre Geschäfte überzeugen, wird mancher zur Anschaffung anderer Veröffentlichungen angeregt, die ihm kein Buchhändler jemals vorgelegt hat; das käme insonderheit den statistischen Zeitschriften zugute. Hierher gehören auch als gemeinnützig anerkannte Verbände, die keinerlei Geld-, Partei- oder Berufsinteresse leitet, aber Schmalheit des für Bücher ausgesetzten Betrages abhält, ein der Sache dienendes zu kaufen. Selbst ein nur die Herstellungskosten deckender Preis erweckt hier Bedenken, ob der daraus zu erreichende Vorteil nicht anderweit umsonst zu gewinnen ist, — freilich ein fehlerhaftes, jedoch bestehendes und auch der Würdigung unserer Wissenschaft abträgliches Vorurteil. Es wird ja kein statistisches Amt als fiskalische Anstalt betrachtet, und doch wirkt Formalismus oft wie fiskalische Hemmung.

Auf der Stufe nachgeordneter Behörden — in Preußen vornehmlich bei den Kreisämtern — heischt die mündliche Erledigung zahlreicher Geschäfte eine so überwiegende Aufmerksamkeit, daß für Vertiefung in die Statistik geringe Neigung bleibt, und die in der Verwaltungspraxis notwendigen eigenen Listen schwächen den Begehr nach allgemeinen Auskünften noch weiter. Dennoch besteht er namentlich zum Zwecke der Vergleichung mit anderen Kreisen in gewissen, unmittelbar Einfluß übenden, der Zergliederung nicht bedürftigen Tatsachen. Dahin gehören besonders die Ergebnisse der Volkszählung als Grundlage von Anordnungen, die den ganzen Regierungsbezirk oder die Provinz betreffen und eine baldige Kenntnis von Hauptzahlen wünschen lassen. Als Dank für die Mühen, die den Kreisbehörden um die Gewinnung der Ergebnisse obliegen, ist es ihnen willkommen, die terminweise ausgedruckten Abschnitte sofort zu erhalten, nicht erst das gesamte Werk nach seinem Abschlusse. Die Kosten eines solchen Liebesdienstes, im Falle des Zerschneidens höchstens für ein Fünftel des Teiles, der die Kreistabellen bringt, sind ja unbedeutend ihrem Nutzen gegenüber. Noch

[1]) Auch Verfasser von „Statistik und Verwaltung mit besonderer Berücksichtigung der preußischen Verwaltungsreform"; Jena (bei Gustav Fischer) 1912. Diese Schrift war mir leider unbekannt, als in „Wirtschaft und Recht der Versicherung" (1914, Nr. 6) mein Vorschlag statistischer Provinzialämter gedruckt wurde.

Digitized by Google

wichtiger wäre die unentgeltliche Lieferung jeweiliger Wohnplatzübersichten, des Gemeinde-, Viehstands-, Standesamts-Lexikons vom Bundesstaate oder in Preußen von der einschlägigen Provinz.

Die dritte Art der Verwertung statistischer Druckschriften besteht in ihrer entgeltlichen Abgabe, der Regel nach im Wege des Buchhandels. Auch sie umsonst an Einzelpersonen oder Vereine zu liefern, etwa weil man ihre gemeinnützige Verwendung voraussetzt, empfiehlt sich keineswegs; denn ein erkauftes Buch wird höher geschätzt und eifriger gelesen als ein unbezahltes. Anderseits schreckt ein hoher Preis z. B. schwach bemittelte Studierende von der Anschaffung ab, und da die Selbstkosten eines verkäuflichen Stücks (Exemplars) sich der Vorwegberechnung entziehen, ist die Feststellung eines Einheitssatzes ratsam. Nun ist freilich die Herstellung durchweg teurer geworden, wird sich im Frieden jedoch wieder verbilligen. Würde nicht ganz allgemein der Preis eines Druckbogens (Umschlag und graphisches Tafelblatt als 1 Bogen angesehen) auf 25 Pfennig anzusetzen sein? Für die im Privatverlage herausgegebenen Zeitschriften gilt indessen kein Einheitssatz, sondern muß dem Buchhändler die passende Berechnung überlassen werden.

Welches Verfahren hinsichtlich der vom Drucke ausgeschlossenen, zur Erzielung von Hauptergebnissen benutzten Tabellen und Aufbereitungsvermerken einzuschlagen ist, bedarf einer abgesonderten Erörterung (vgl. auch § 5). Bisher war es üblich, diese Unterlagen entweder sofort nach Vollendung des statistischen Unternehmens einstampfen zu lassen oder nur bis zur folgenden Aufnahme gleicher Art zu verwahren. Wenn aber die Überzeugung, daß die amtliche Statistik der Lesewelt einen viel zu reichlichen Stoff aufgedrängt hat, sich durchsetzt und beträchtliche Teile der Veröffentlichung entzogen werden, können diese immer noch für gewisse Ämter und Personen einen Wert behalten, der Berücksichtigung verdient. In jedem Falle sind ihrer so wenige, daß ihnen auf andere Weise zu helfen ist, als durch eine Überladung des Publikums mit unbegehrt vielen Druckbogen. Erfahrungen hierüber stehen mir allerdings nicht zur Seite, mögen aber an anderer Stelle gemacht sein und meine Voraussetzungen berichtigen.

Mittlerweile läßt sich vermuten, daß dem statistischen Amte selbst daran liegt, eine Reinschrift von den im Laufe der Aufbereitung beschädigten und mehrfach verbesserten Tabellen zu besitzen, damit es nicht allein Anfragen von außen her zuverlässig beantworten kann, sondern auch — ungewiß über künftige Weiterbearbeitung von Einzelheiten — imstande bleibt, in einen Schatz von Ausweisen mancherlei Art zu greifen. Ferner wird anzunehmen sein, daß in zahlreichen Kreisen irgendwelche Behörde oder irgendein vom Landrat empfohlener Forscher sich um die ungedruckten Nachrichten bemüht und ihnen eine nutzbare Besonderheit zu entlocken weiß, — ging man doch bei der Veröffentlichung weitläufiger Werke von der Voraussetzung aus, daß ein Bedürfnis danach bestehe. Das gibt eine zweite Reihe derselben Reinschriften, welche stückweise auch denjenigen Landräten eingehändigt werden sollte, die von ihrer Nützlichkeit erst nach dem Empfange sich unterrichten. Um für die Verleihung an statistische Seminarien behufs Übung der Akademiker, an Topographen, Volkswirte und sonstige Gelehrte gerüstet zu sein, empfiehlt sich für das statistische Amt die Herstellung einer dritten Reihe, ebenso aus öffentlichen Mitteln wie die der beiden vorerwähnten. Außerdem kommen Abschriften gegen Kostenersatz auf Vorherbestellung einzelner Gemeinden usw. in Betracht. Da Einzelabschriften zu viele Hände und eine drei- oder mehrmalige Vergleichung der Richtigkeit (Kollationierung) bedingen, tritt metallographischer Umdruck auf den Plan. Durch die Benutzung der reichlich vorgedruckten Formulare wird der Umdruck von der schwierigen Einschaltung der Kopf- und Spaltenlinien befreit, so daß es nur erforderlich ist, die Vorspalten und Zahlenstellen auszufüllen.

Dem gleichen Zwecke will Jäckel durch ein vom obigen abweichendes Verfahren dienen. Im Hinblick einerseits auf die seltene Benutzung der Ergebnisse für die unteren Verwaltungseinheiten, anderseits auf die durch ihre Aufnahme in die großen Tabellenwerke erhöhten Druckkosten schlägt er vor: diese Tabellen auf Pergamentpapier oder einen sonstigen Stoff dauerhafter Beschaffenheit in wenigen Exemplaren zu übertragen. „An Stelle von Papier können auch dünne Aluminiumtafeln oder -platten verwandt werden, in die die Zahlen durch einen Apparat mittels Hervorpressung kenntlich gemacht werden könnten." Ob dieses Mittel der Vervielfältigung und langjährigen Lagerung geeigneter sein würde, als einfacher Umdruck geschriebener Zahlen auf Schreibpapier und die Aufbewahrung für kürzere Zeit, steht dahin. Hauptsache ist die Entlastung der allzu umfangreichen, kostspieligen und die Veröffentlichung hinausschiebenden Tabellenwerke.

Zentralisierte Landesaufnahmen engen zeitweise die Räumlichkeiten des Amtes tatsächlich ein, und weil sie wiederkehren, muß in der Zwischenzeit regelmäßiger Beschäftigung Bedacht darauf genommen werden. Auch die fortwährende Vermehrung der Bücherei und die Ausdehnung der Geschäfte auf neue Untersuchungen wirken in derselben Richtung, die eine überlange Aufstapelung höchst selten eingesehener Urkunden in der Registratur verbeut. Zumal im großen preußischen Staate macht sich dieser Übelstand geltend, solange eine angemessene Abgabe statistischer Arbeiten an die Provinzen unterbleibt. Hier können die Provinzialarchive abhelfen, wenn ihrer Verwaltung von Zeit zu Zeit mitgeteilt wird, welcher Tabellen und sonstigen Schriftstücke das Landesamt nicht mehr bedarf, so daß sie in Gefahr vorzeitigen Einstampfens geraten (vgl. § 4). Die Ansicht vom urkundlichen Werte der unveröffentlichten statistischen Ergebnisse wechselt, ohne daß dem jeweiligen, mit geringem Personal ausgestatteten Archivar bekannt ist, wo solche Sachen liegen. Man braucht Schlözers Erklärung der Statistik als „stillstehende Geschichte" ja keineswegs zu huldigen und darf doch die Verwandtschaft der beiden Wissenschaften zugestehen, wie denn auch umgekehrt die Statistik aus der Benutzung von Archivbeständen manchen Gewinn zu ziehen vermag.

§ 19. Die Behandlung von Privatleuten im innern Dienste ward an mehreren Stellen dieses Vortrages gestreift, läßt aber noch eine zusammenfassende Erörterung wünschen. Entgegen dem Schelten auf unzuverlässige Statistik, die im Ungemach des Weltkrieges harten Prüfungen ausgesetzt war und durchaus nicht alle unzerzaust überstanden hat, ist die Statistik (als Überwinder von zufälligen Schroffen und Senken) in der öffentlichen Meinung ein vom Schwall der Überredung freier Offenbarer der Wirklichkeit und ein guter Anwalt für vielfältige Bestrebungen geblieben. Sie wird um so dringlicher angerufen, je heftiger nach dem Friedensschlusse der private Wettbewerb und der Parteienzwist sich gebärden. Insoweit über den Gegenstand der Anfrage schon ausreichend durch den Druck berichtet war oder der Bericht in Aussicht steht, genügt ein Hinweis darauf, und gegen ein Überlaufen des Amtes wäre es angezeigt, die Antwort als „portopflichtige Dienstsache" zu verschicken.

Wie aber nun, wenn jemand um eine unveröffentlichte Nachweisung bittet? Da regen sich Bedenken. Die Beweggründe spielen vom Austrag einer Wette, von der Absicht auf Pacht einer Fährstelle oder auf Gewinn aus Grunderwerb u. dgl. hinauf bis zur Anlage eines Kanals, einer Bahnstrecke oder Kraftzentrale, sind mithin äußerst verschiedenen Wertes. Über die Angemessenheit der gebührenpflichtigen Abschriftgewährung entscheidet die Verwaltung wohl meistens mit Wohlwollen. Zuweilen aber artet die Anfrage in den offenen oder versteckten Wunsch auf Empfehlung eines fragwürdigen Unternehmens oder in mittelbare Unterstützung von Beutegelüsten aus; daher ist Vorsicht geboten. Im Versicherungswesen kommt vorgeschobene Gemeinnützigkeit

Digitized by Google

bei ersichtlichem Eigennutz nicht allzu selten vor. Einmal bewies ich dem an mein Urteil verwiesenen Sondergesandten einer amerikanischen Weltbahn, daß sie mit dem Plane, den deutschen Weizenmarkt vollzustopfen, in ein ihre Finanzen erschütterndes Wagnis taumele; so verheimlichte ich den Schrecken vor einem gewaltsamen Stoße wider unsere blühende Landwirtschaft. Den Direktoren begegnen scheinbar harmlose Zumutungen natürlich viel häufiger als den einfachen Mitgliedern, und ob allemal ein gerechtes Mißtrauen die Bewilligung einschränkt, ist nicht ausgemacht. So ward ich scharf getadelt, als ich dem langjährigen Handelsattaché der russischen Botschaft die mir bekannten Abmessungen der Kaiserrinne im pommerschen Haffe vorenthielt, die er anderswo schon vergebens erfragt hatte.

Die Zuspitzung der Handelseifersucht, aus welcher vor dem Kriege die britische Einkreisung des Deutschen Reiches entstand, wird dem Weltverkehr fortan sein Gepräge verleihen, die zuvor durch Konsulate und Zollstätten offen betriebene Schnüffelei der Nordamerikaner in Angelegenheiten des deutschen Gewerbfleißes jetzt auf geheimen Wegen fortgesetzt werden. Ohnehin geht eine rührige, mehr international als vaterländisch fühlende Richtung auf Gefälligkeiten gegen die Fremden aus, und doppelt leichtsinnig wird es, jedem Gesuche um Auskunft zu willfahren.

Noch größere Gefahr droht der deutschen Arbeit und friedlichen Entwicklung aus der Gewährung des umständlichen Bearbeitens handschriftlicher Vorlagen, einerlei ob diese im Leszimmer oder nach auswärts verborgt werden. Dem Takte des Amtsleiters muß man zutrauen, daß er in jedem Falle die richtige Wahl zwischen dem Verfahren von Dieterici, der m. W. keinen dort nicht angestellten, obschon persönlich bekannten Mann in den Räumen des preußischen Landesamtes arbeiten ließ, und dem von Engel, den solche Ansprüche immer erfreuten, zu treffen weiß. Neben älteren und neuesten Schriftstücken, die besser sogar unzweifelhaften Anhängern des Reiches verhehlt werden, weil ein Auszug in falsche Hände gelangen kann, gibt es eine weit überwiegende Menge solcher, die man unbedenklich auslegen darf, — und indem das geschieht, meidet der Direktor den unangenehmen Vorwurf ängstlicher Geheimniskrämerei.

War eben die Rede von Einblicken, die für die Beschäftigung und Löhnung der deutschen Arbeiter oder gar für die Sicherheit des Reiches schädlich werden können, so hängt einer zweiten Gruppe von Bewilligungen statistischer Ausweise ein andersartiges Bedenken an. Die Statistiker bilden ganz gewiß keine Zunft, und den angestellten reiht sich eine Menge privater Schriftsteller mit ungleichwertigen Veröffentlichungen an. Da tauchen Bönhasen auf, denen das rechte Zahlenverständnis und die Fähigkeit abgeht, Ursache und Wirkung im richtigen Geleise zu halten, oder die vonvornherein beabsichtigen, mittels oberflächlicher und zuweilen sogar bewußter Trugschlüsse aus dem amtlichen Quellenstoffe Belege für bestimmte Behauptungen zu schaffen. Man kann sich ihrer schlecht erwehren, einer nachteiligen Folge — der Übertragung von Fehlern auf die Schultern der amtlichen Statistik — jedoch vorbeugen: indem der Amtsleiter ihm fremden oder als Irrgänger bekannten Leuten eine Nachweisung überläßt, darf er ausbedingen, daß im Abdruck keine Spur von Billigung der Schlüsse aus dem amtlichen Stoffe zu finden sei.

Unter der notwendigen Abwehr von Bönhasen und Kampfhähnen sollen selbstverständlich die redlichen Verkünder der Wahrheit nicht leiden, sei es, daß sie die Entwicklung und den Zustand einzelner Landschaften oder einzelner Gewerbszweige schildern, je nachdem rühmend oder ob der Verkümmerung trauernd. Man denke z. B. an Wolffs Wirtschaftsleben im Spessart, Rauschs Sonneberger Spielwarenindustrie oder daran, wie Schnapper-Arndt monatelang bei den Gebirgsdörflern hauste, ähnlich den Reisenden unter fremden Völkern! Derartigen heimatkundigen Forschern nach Kräften beizustehen, scheint eine Pflicht der Landesämter zu sein. Legt ein wohlmeinender Schriftsteller etwa handschriftliche Nachweisungen, die wegen ihrer Unwichtigkeit nicht veröffentlicht wurden, trotzdem in Verbindung mit anderen Auskünften Bedeutung bei, so könnte man ihm getrost den Druck amtlicher Tabellen erlauben; der Leserkreis von Monographien steht ja auch abseits des allgemeinen.

Nicht genug mit der Unterstützung freier wissenschaftlichen Bestrebungen, scheint auch in der Statistik für genossenschaftliches Zusammenhalten der selbständigen Ämter die Pforte offen zu stehen. Wie von den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften jedes Mitglied, statt abhängiger zu werden, einen Rückhalt an Kredit, die Sicherheit des Empfanges und eine Kostenersparnis an Rohstoffen und Werkzeugen, zuletzt noch eine lichtere Aussicht auf Absatz gewann, so deuten die Zeichen der Zeit auf entsprechende Stärkung der sich verbindenden Landesämter hin. Im Verbande der Städtestatistiker ist sie lange erreicht, während jene — vornehmlich wohl infolge ihrer Geschäftsüberhäufung — erst in der Deutschen Statistischen Gesellschaft den Anhalt zu einem Arbeitsbündnis erhielten. Die Vermehrung der zu bewältigenden Stoffe, die Notwendigkeit des Eindringens in die Tiefe der vielfach verschwisterten Erscheinungen und nicht am wenigsten die Erkenntnis, daß alle natürlichen und geistigen Kräfte abgewogen und der öffentlichen Wohlfahrt vorgespannt werden müssen, machen sich in jedem Amte mehr oder weniger geltend. Hier lernte der, dort jener einen bestimmten Zweig der Tätigkeit am vollkommensten beherrschen und würde, wenn zeitweise anderen Ämtern zugewiesen, mit seiner größeren Erfahrung ohne vorheriges Tappen die dienstliche Aufgabe schneller lösen als der ständige, auf anderen Sätteln fester sitzende Referent.

Nur diese eine von mehreren mir vorschwebenden Möglichkeiten eines gemeinsamen Vorgehens deute ich an und vermeine, daß bald durch das eine, bald durch das andere Mittel kostbare Zeit erspart und auf raschere Lösung sonst vordringender Fragen verwandt werden wird. Haben wir nicht verwundert eine Menge von Kriegsgesellschaften entstehen und einzeln auf den gemeinschaftlichen Acker losstürzen sehen — mit dem umgekehrten Erfolge des Wucherns von Unkraut! Ähnlichen Schaden stiftet freilich die Vereinzelung alteingesessener Behörden nicht an, aber ein Mehr an öffentlichem Nutzen könnte ihre Verbindung schaffen. Hilfe darf man außerdem von solchen Statistikern erhoffen, die zwar an kein Amt gefesselt, doch gewiß bereit sind, Monate oder selbst Jahre einem Lieblingsgebiete in zeitweiliger Bei- und Unterordnung zu widmen. Ursprüngliche Begabung und aus ihr entsprungene Liebe zum Fache, das allerwichtigste Erfordernis neben der selbstverständlichen Liebe zum gemeinen Wesen, findet man ja bei den angestellten Statistikern nicht allein.

Die Bearbeitung von „eine Häufung zulassenden" Merkmalen.

Von Univ.-Prof. Dr. **Franz Žižek** in Frankfurt a. M.

In seiner Theoretischen Statistik (2. Aufl. S. 52) teilt G. v. Mayr die Erhebungsmerkmale u. a. auch danach ein, ob sie eine „Häufung der Merkmale gleicher Gattung ausschließen oder zulassen; Alter, Geschlecht, Familienstand der Personen sind Beispiele der ersten Art, die Berufszugehörigkeit ist das wichtigste Beispiel der zweiten Art. Hat man es mit sozialen Massen der letzteren Art zu tun, so bietet die statistische Erfassung derselben erhöhte Schwierigkeiten". G. v. Mayr ist auf diese „eine Häufung zulassenden Merkmale" unseres Wissens nicht mehr zurückgekommen. Wir möchten die Frage nochmals anschneiden und die Lösungen, die möglich sind, andeuten.

Vor allem sei hervorgehoben, daß der Kreis der in

Digitized by Google

Betracht kommenden Fälle ein sehr weiter ist; auf den verschiedensten Gebieten hat die Statistik mit solchen „eine Häufung zulassenden" Erhebungsmerkmalen, d. h. Merkmalen zu tun, die in mehreren verschiedenen Erscheinungsformen (Unterarten) gleichzeitig nebeneinander auftreten können So kann, wie v. Mayr erwähnt, dasselbe Individuum gleichzeitig nebeneinander mehreren Berufen angehören, aber es kann ferner auch gleichzeitig an mehreren Krankheiten leiden, ein gewerblicher Betrieb kann mehrere Gewerbe vereinigen, kann Motoren verschiedener Energieerzeugungsarten (Dampf, Wasser usw.) nebeneinander verwenden, eine Versicherungsunternehmung kann mehrere Versicherungszweige gleichzeitig pflegen (was sogar meist der Fall ist), ein Streik kann die Durchsetzung mehrerer gleichzeitiger Forderungen (Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung usf.) bezwecken, eine Haushaltung kann gleichzeitig familienfremde Elemente verschiedener Art (häusliche Dienstboten, gewerbliches Gesinde, Untermieter und Schlafgänger usf.) umfassen.

Solch „eine Häufung zulassende" Merkmale bieten grundsätzlich bei der Erhebung keine besonderen Schwierigkeiten; diese treten erst bei der Bearbeitung auf; um die Bearbeitung zu erleichtern werden allerdings manchmal besondere Maßnahmen schon im Erhebungsstadium getroffen. Der Bearbeitung bieten sich drei Möglichkeiten: die Methode der Gruppierung (Zusammenfassung, Zählung) der Fälle nach der wichtigeren bzw. wichtigsten Erscheinungsform des Merkmals, die Methode der „Doppelzählungen" und die Methode der Berücksichtigung aller tatsächlichen Kombinationen.

Die Methode der Gruppierung der Fälle nach der wichtigeren (wichtigsten) Erscheinungsform des Erhebungsmerkmals ist die einfachste; auf sie ist z. B. die Bearbeitung der Berufsstatistik ganz überwiegend aufgebaut. Natürlich muß aus dem Erhebungsmaterial ersichtlich sein, welche Erscheinungsform die wichtigste ist; zu diesem Zwecke ist z. B. bei der Berufszählung der Hauptberuf ausdrücklich als solcher zu bezeichnen. In der Kriminalstatistik werden Personen, welche mehrere Verbrechen begangen haben, bei der mit der schwersten Strafe bedrohten Handlung gezählt. Ist die wichtigste Erscheinungsform des Merkmals nicht zu erkennen, so muß bei der Bearbeitung mehr weniger willkürlich vorgegangen werden; in Österreich wurden z. B. bei der Volkszählung von nicht wenigen Personen mehrere Umgangssprachen angegeben; die Bearbeitung erfolgte nach der vom einzelnen zuerst genannten Sprache als der für ihn vermutlich wichtigsten.

Die Methode der Gruppierung der Fälle nur nach der wichtigsten Erscheinungsform des Merkmals ist offenbar mit erheblichen Mängeln behaftet. Die „weniger wichtige" Seite der Erhebungseinheiten wird ganz vernachlässigt, obwohl die Summierung der ideellen Bruchteile, zu denen die Erhebungseinheiten die weniger wichtigen Erscheinungsformen aufweisen, oft gewiß beträchtliche Größen ergeben würde. Es wird daher als unzulänglich empfunden, wenn die Berufsgliederung lediglich nach Maßgabe des Hauptberufs des einzelnen dargestellt wird, wenn die Versicherungsunternehmungen lediglich nach dem wichtigeren Versicherungszweig gruppiert werden, wobei Versicherungszweige, die von keiner Gesellschaft in erster, aber vielleicht von vielen in zweiter oder dritter Linie betrieben werden, überhaupt nicht in Erscheinung treten, scheinbar gar nicht vorkommen.

So kommt es denn manchmal zur Anwendung einer zweiten Methode, wobei festgestellt wird, wie oft die einzelnen Erscheinungsformen des Merkmals „überhaupt", „insgesamt" vorgekommen sind; bei dieser Methode wird jede Einheit so oft gezählt, als sie Erscheinungsformen des Merkmals aufweist, daher „Methode der Doppelzählungen". In einem gewissen Umfange geschieht derartiges in der Berufsstatistik, wenn diese — neben der hauptsächlich vorgenommenen Bearbeitung nach dem Hauptberufe — doch auch die Nebenberufsfälle auszählt und die Zusammenzählung der Haupt- und Nebenberufsfälle gleicher Berufsart ermöglicht. In der Statistik der privaten Versicherungsunternehmungen wird nachgewiesen, wie viele Unternehmungen überhaupt die einzelnen Versicherungszweige (Lebens-, Feuerversicherung usf.) betreiben. Es kann interessieren, wie viele Streiks insgesamt Lohnforderungen, wie viele Arbeitszeiteinschränkungen usf. zum Gegenstande hatten. Bei der Methode der Doppelzählungen ist natürlich die Summe der einzelnen Gruppen größer als die Gesamtzahl: im Jahre 1907 gab es in Deutschland z. B. 270 975 Motorenbetriebe; die Summe der Betriebe mit Windmotoren, mit Dampfmotoren mit Wassermotoren usf. betrug 316 254 — aber dies waren eigentlich nicht Betriebe sondern Betriebsfälle. Bei der Methode der Doppelzählungen werden nicht reale Einheiten gruppiert, sondern es werden die Fälle des Zutreffens einer bestimmten Erscheinungsform eines Merkmals gezählt. Wenn dabei menschliche Individuen in Frage kommen, so handelt es sich um „Fälle", nicht um „Personen".[1])

Die nach der Methode der Doppelzählungen gewonnenen Zahlen leiden darunter, daß die Einzelfälle den betreffenden Gruppen nicht vollständig, ja zum Teil nicht einmal überwiegend (wie immerhin bei der Einreihung der Fälle nach der wichtigsten Erscheinungsform des Merkmals), sondern nur mit einem von Einheit zu Einheit schwankenden, bei manchen Einheiten vielleicht ganz geringfügigen ideellen Bruchteil angehören. Daraus folgt auch, daß die Aufteilung gewisser anderer Erhebungsmomente auf die einzelnen Gruppen eigentlich nicht zulässig ist. Man kann z. B. die Kapitalien der Versicherungsgesellschaften kaum mit den „doppeltgezählten" Gesellschaften mehreren Versicherungszweigen nacheinander zuweisen; tut man dies doch, so erscheint die Ausrüstung der einzelnen Versicherungszweige mit Kapitalien viel zu groß.

Die dritte Methode, die „Auszählung aller überhaupt vorkommenden Kombinationen" (von Erscheinungsformen des Merkmals), ist in mancher Hinsicht die höchstwertige, weil sie sich der Wirklichkeit am meisten anschmiegt; es wird keine Erscheinungsform des Merkmals vernachlässigt (wie bei der Einreihung der Fälle nach dem wichtigeren Merkmale) und es wird auch nicht (wie bei der Methode der Doppelzählungen) der Anschein erweckt, als ob Einheiten ganz einer Art angehörten, bei denen dies nicht der Fall ist. Allerdings: in welchem Grade die auf die kombinierten Gruppen entfallenden Einheiten jede Unterart des Merkmals realisieren, wird nicht ersichtlich. Doch ist diese Art der Bearbeitung die seltenste, weil in der Regel sehr viele Gruppen — von denen manche nur sehr schwach vertreten sind — entstehen.

Gibt es mehrere Methoden, so ist das Ideal, sie alle anzuwenden und so alle eventuellen Interessen und Informationsbedürfnisse zu befriedigen. Dies gestatten jedoch die begrenzten Mittel der Statistik nur selten. Immerhin werden z. B. in der Statistik der privaten Versicherungsunternehmungen nebeneinander die Gruppierung nach dem wichtigsten Versicherungszweige und die Methode der „Doppelzählungen" angewandt. Bei der österreichischen Erhebung über die Kinderarbeit von 1908[2]) wurden die Arbeitsverhältnisse getrennt für die Kinder, die bestimmten einzelnen Beschäftigungszweigen angehören, und jene, welche mehrere Beschäftigungszweige — in bestimmten Kombinationen — ver-

[1]) Die „eine Häufung zulassenden" Merkmale sind aber keineswegs die einzige Entstehungsursache von Zahlen, die sich auf „Fälle" und nicht auf „Personen" (allgemeiner: nicht auf reale Einheiten) beziehen; eine Anzahl weiterer methodologischer Kategorien, die zur gleichen Unterscheidung führen, sollen in einem besonderen Aufsatz vorgeführt werden.

[2]) Siehe D. St. Z. 1910 S. 15.

Digitized by Google

binden; außerdem wurde auch errechnet, wie viele Kinder insgesamt Arbeiten bestimmter Art, sei es ausschließlich, sei es in Verbindung mit anderweitigen Arbeiten, verrichten. Von einer Gruppierung nach dem wichtigeren Arbeitszweig wurde dagegen grundsätzlich Abstand genommen. Am weitesten ging Schiff bei der Bearbeitung der österreichischen gewerblichen Betriebszählung; er hat die Betriebe — die infolge der österreichischen Betriebsdefinition vielfach technisch nicht homogen waren — vor allem nach der wichtigsten Gewerbeart des Betriebs bearbeitet, dann aber auch alle überhaupt vorgekommenen „Betriebsstätten" der einzelnen Gewerbearten festgestellt; schließlich wurden die verschiedenen Gewerbekombinationen in den zusammengesetzten Betrieben aufgearbeitet und analog auch die zu einer Unternehmung verbundenen oder in einer Hand vereinigten Betriebe hinsichtlich ihrer Zusammensetzung aus verschiedenen Gewerben analysiert.

So geben „eine Häufung zulassende" Merkmale Anlaß zu besonderen Fragen, und nur selten lassen sich die Schwierigkeiten der Bearbeitung solcher Merkmale ganz befriedigend lösen. Gelegentlich scheint es allerdings möglich zu sein, den Schwierigkeiten durch ein bestimmtes Vorgehen im Erhebungsstadium von vornherein aus dem Wege zu gehen, nämlich dann, wenn sich die Erhebungseinheit nach Maßgabe der mehreren vertretenen Erscheinungsformen des Merkmals zerlegen läßt. So wurden bei den deutschen gewerblichen Betriebszählungen technisch ganz homogene Betriebseinheiten zugrunde gelegt, die grundsätzlich nur je einer Gewerbeart angehören durften; im Begriffe der Erhebungseinheit liegt hier schon, daß eine Häufung des Erhebungsmerkmals „Gewerbeart" nicht vorliegen kann. Da können ganz eindeutige Gruppen gebildet werden und auch Arbeiter und Maschinen ohne weiteres den einzelnen Gewerbegruppen zugewiesen werden — sofern sie sich bei der Erhebung auf die Betriebseinheiten, soweit diese Teilbetriebe sind — haben aufteilen lassen. Die statistische Gewissenhaftigkeit konnte sich aber damit doch nicht zufrieden geben. Es wurden bei der Bearbeitung die wirtschaftlich — durch Leitung und Buchhaltung — zusammenhängenden Betriebseinheiten (die Teilbetriebe) zu „Gesamtbetrieben" vereinigt, für die sich dann doch das Problem des „gehäuften Merkmals" stellte. Um die „Gesamtbetriebe" nach der wichtigeren Gewerbeart gruppieren zu können, war schon bei der Erhebung der hauptsächlichste von mehreren wirtschaftlich zusammenhängenden Betrieben hervorzuheben. Die österreichische Betriebsstatistik war nicht auf technisch homogene Betriebseinheiten aufgebaut und hatte sich daher schon bei den Betriebseinheiten mit dem in Rede stehenden Problem auseinanderzusetzen.

Manchmal wird eine und dieselbe Erhebung von verschiedenen Stellen hinsichtlich der „eine Häufung zulassenden" Merkmale in verschiedener Weise bearbeitet. Für die Haushaltungen bilden z. B. die verschiedenen Arten von familienfremden Elementen ein „Häufung zulassendes" Merkmal; es können gleichzeitig häusliche Dienstboten und landwirtschaftliches oder gewerbliches Gesinde, Untermieter und Schlafgänger, Gäste usw. einer Haushaltung angehören. Die deutsche Reichsstatistik bearbeitet die Zusammensetzung der Haushaltungen nach der Methode der Doppelzählungen (z. B. wieviel Haushaltungen gibt es insgesamt mit häuslichen Dienstboten, wie viele insgesamt mit Schlafgängern usf.), die Statistik mancher Städte (z. B. Berlin, Leipzig) bringt auch die einzelnen Kombinationen von Fremdelementen, die festgestellt wurden, zur Darstellung.

Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik.[1]

Eine Entgegnung von Min.-Sekr. Dr. **Wilhelm Winkler** in Wien.

Wenn ein Verfasser einen Titel wählt, der mehr Hoffnungen erweckt als seine Arbeit zu erfüllen vermag, dann muß er sichs zuschreiben, wenn der Leser statt der ihm jedenfalls zugedachten Befriedigung Enttäuschung empfindet. Der Titel „Zur Methodik usw." ist wohl nur dort üblich, wo man auf einem Gebiete etwas Neues, Erweiterung oder Vertiefung, zu bieten hat. Das ist beim Tyszkaschen Artikel nicht der Fall; sondern so ziemlich alles, was er zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik vorbringt, ist Gemeinbesitz derer, die sich jemals mit diesem Zweige der Statistik abgegeben haben.

Immerhin! Es wäre unrecht, einem so formellen Umstand, wie Nichtübereinstimmung von Titel und Inhalt, eine besondere Bedeutung beizulegen. Bringt ein Artikel nichts Neues zur Theorie eines Gebietes, so kann er sich doch als besinnlicher Rückblick, als Darstellung des letzten Standes einen gewissen Wert sichern. Leider trifft auch dieses beim Tyszka'schen Aufsatz nicht zu. Alle die wichtigen Probleme, die Walter Schiff vor der 14. Tagung des Internationalen statistischen Institutes in Wien aufrollte[2]), und in der von ihm bearbeiteten Wiener Haushaltungsstatistik[3]) zur Darstellung brachte und die der Schreiber dieser Zeilen in einer Abhandlung „Einnahmen und Ausgaben in Haushaltungsmographie und -statistik"[4]) mit weiter zu fördern versuchte, die methodische Behandlung der familienfremden Personen, der erwerbstätigen Familienmitglieder, der Naturalbezüge, der Untervermietungen, der Anschaffung von Dauergütern, der Scheidung von Geld- und Vermögenswirtschaft und anderen — schwierige und umstrittene Probleme, deren Lösung unbedingte Voraussetzung der Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der Haushaltsstatistik ist — von ihnen allen hat der Verfasser in dem fernstehenden Leser kaum eine Ahnung erweckt. Er hat sich auf die Angabe einer Reihe von praktischen Rezepten beschränkt, deren Befolgung der Willkür in den erwähnten wichtigen Fragen noch so viel Spielraum läßt, daß der bisherige trostlose Zustand der Ungleichartigkeit und Unvergleichbarkeit haushaltungsstatistischer Erhebungen dadurch kaum gebessert werden dürfte.

Wir können somit dem Tyszkaschen Artikel auch nicht den Charakter eines Überblickes über den heutigen Stand der Methodik der Haushaltungsstatistik zubilligen. Ja, wir müssen uns überdies noch gegen einige Anschauungen erklären, die er darin äußert.

Zuerst seine grundsätzliche Gegenüberstellung von Bevölkerungs- und Wohnungsstatistik einerseits und Haushaltungsstatistik anderseits. Tyszka sieht die allgemeine einwandfreie Erfassungsmöglichkeit der Gegenstände der ersteren beiden Statistiken bei der Haushaltungsstatistik getrübt durch die vorwiegend subjektive Bestimmung des Gegenstandes, daß nämlich streng genommen jede einzelne Haushaltung ein anderes Bild gebe. Durch diese Subjektivität erhalte die Haushaltungsstatistik notwendigerweise den Charakter von etwas Unvollkommenem, Fragmentarischem. Dieser Vorwurf gegen die Haushaltungsstatistik scheint mir in dieser Begründung nicht zutreffend zu sein. Daß ein Gegenstand statistischer Erfassung einen großen Schwankungsspielraum besitzt, kann doch nicht als ernstlicher Hinderungsgrund seiner Erfassung angegeben werden. Ist doch schon bei anthropologisch bestimmten Gegen-

[1]) Vgl. den Artikel von Prof. Dr. Karl von Tyszka (Hamburg) in Nr. 1—2 (1919) des D. St. Z.

[2]) Walter Schiff „Zur Methode und Technik der Haushaltungsstatistik" in den Ann. für soz. Politik und Gesetzgebung 1913, III. Bd., 1. und 2. Heft, und D. St. Z. 1914 Sp. 65.

[3]) Wirtschafterechnungen und Lebensverhältnisse von Wiener Arbeiterfamilien in den Jahren 1912 bis 1914, Wien, Alfred Hölder 1916; vgl. auch meine Besprechung hierüber in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik 110. Bd. III. F. 55. Bd. 1916 S. 481 u. flg.

[4]) Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung, 1914.

Digitized by Google

ständen, die der menschlichen Willkür [1]) ganz entzogen sind, wie zum Beispiel der Körpergröße, eine Fülle von Möglichkeiten gegeben, um so mehr bei allen gewillkürten Tatsachen. Ob der Schwankungsspielraum eng oder weit ist, ob sich die betrachtete Tatsache nach typischen Gesetzen oder regellos abspielt, das kann höchstens die Fragestellung bei der Erfassung beeinflussen und die Aufarbeitung erschweren, kann aber sicher nicht an sich ein Hemmnis der Allgemeinheit und eine Ursache der Unvollkommenheit der Statistik sein. Es ist im Wesen das Gleiche, ob ich bei der Volkszählung die Alter von 0 bis x Jahren oder bei der Haushaltungsstatistik die Mietzinse einer bestimmten Einkommensstufe von y bis z Mark erhebe. Daß sich übrigens diese Mietzinsausgaben nicht willkürlich abspielen, beweist das Vorhandensein des Schwabeschen Gesetzes. Jedenfalls dürfte der Schwankungsspielraum der Behausungsdichte bei der Wohnungsstatistik nicht kleiner sein, als der Schwankungsspielraum des Mietzinses bei der Haushaltungsstatistik.

Was die Haushaltungsstatistik wirklich zu einem schwierigen Gebiete macht und die Allgemeinheit ihrer Erhebungen ausschließt, ist etwas ganz anderes. Ihr Gegenstand, der Haushalt, ist nicht eine einfache Tatsache, wie Lebensalter oder Körpergröße, sondern ein verzweigter Komplex von komplementären Tatsachen, die noch dazu nicht auf einmal vorhanden sind und an einem Stichtage erfaßt werden können wie etwa die statistisch erheblichen Eigenschaften eines Menschen, sondern die in regelloser zeitlicher Reihe aufeinander folgen, so daß die Erhebung bei jedem einzelnen Haushalte mindestens ein Jahr laufen muß, wenn ein annäherndes Bild desselben zustande kommen soll. Diese Erhebung stellt an die Intelligenz, den guten Willen und die Ausdauer des Befragten Anforderungen wie keine andere. Berücksichtigt man hierzu noch die zahlreichen methodischen Schwierigkeiten und die Scheu der Menschen, Fremden in ihre Privatangelegenheiten Einblick zu gewähren, so dürfte man die Gründe beisammen haben, warum die Haushaltungsstatistik niemals allgemein werden kann, sondern sich immer wird auf das repräsentative Verfahren stützen müssen. Diese Schwierigkeiten ruhen auf einer durchaus objektiven Basis, der Natur des Gegenstandes „Haushalt"; soweit sie subjektiven Einschlag haben, ist ihre Subjektivität eine durchaus andere als die von Tyszka gemeinte.

Nicht zustimmen kann ich ferner der vorgeschlagenen Beschränkung des Beobachtungskreises der Haushaltungsstatistik auf mittelbürgerliche Haushalte, auf Großstädte, auf reine Konsumenten und auf Familien mit mäßiger Kinderzahl. Die junge Praxis der Haushaltungsstatistik hat sich große Einschränkungen gefallen lassen müssen. Sie hat sich notgedrungen im wesentlichen bisher auf städtische, gut proletarische oder mittelbürgerliche, rein konsumtive Familienhaushalte bezogen, also den von Tyszka aufgestellten einschränkenden Forderungen entsprochen. Daran trugen teils die Eigenschaften der zu befragenden Kreise, teils ungelöste methodische Schwierigkeiten (Einrechnung der Naturalwirtschaft, Trennung von Produktions- und Konsumwirtschaft) die Schuld. Waren solche Einschränkungen bisher praktisch unvermeidlich, so halte ich es für durchaus unrichtig, sie in einem theoretischen Artikel als Forderung aufzustellen. Zum Teil mag das mit dem schon von der Schriftleitung des D. St. Z. in einer Anmerkung [1]) abgelehnten Standpunkt des Verfassers zusammenhängen, daß er die Haushaltungsstatistik nur als Mittel der Lebenshaltungsforschung betrachte.[2]) Die viel weitergehenden Aufgaben aber, welche die Haushaltungsstatistik als Erforschungsmittel des volkswirtschaftlichen Konsums in den letzten Zellen der Volkswirtschaft zu erfüllen hat, berücksichtigt er nicht. Es ist nicht einzusehen, warum die Haushalte der wohlhabendsten und der ärmsten Bevölkerung, kleinstädtische und ländliche Haushalte, Haushalte in denen Konsum- und Produktionswirtschaft vermischt sind, kinderreiche oder kinderarme, ja Junggesellenhaushalte von der statistischen Erforschung grundsätzlich ausgeschlossen sein sollen, wenn man ihrer habhaft werden und die teilweise entgegenstehenden methodischen Schwierigkeiten überwinden kann. Nur die weiteste, heute vielleicht noch phantastisch scheinende Umgrenzung des Gebietes der Haushaltungsstatistik verbürgt uns denjenigen theoretischen Fortschritt, dessen wir noch zur Bewältigung der ungelösten Probleme benötigen, — nicht die selbstgenügsame Beschränkung auf den kargen heutigen Zustand.

Neben diesen Haupteinwendungen, die sich bei den Kapiteln und Abschnitten der Tyszka'schen Arbeit weiter zergliedern und abwandeln, wären noch eine ganze Reihe von Einzelheiten vorzubringen, auf die einzugehen ich mir aber hier versagen muß. Wenn ich zusammenfassend zurückblicke, so drängt sich von neuem die Frage auf, welchen Zweck der Verfasser mit seiner Arbeit verfolgte, da er weder Neues behandelte, noch das Alte vollständig zur Darstellung brachte. Wollte er nicht mehr, als denjenigen, die sich von Ferne über den Gegenstand unterrichten wollen, eine Vorstellung von den praktischen Schwierigkeiten auf diesem Gebiete zu vermitteln, dann mag man seine Arbeit gelten lassen. Wollte er dagegen denjenigen, die an die Haushaltungsstatistik ernstlich herantreten wollen, Führer sein, dann hat er seine Absicht nicht erreicht. Es werden die Belehrung Suchenden ihr Wissen wohl von weiter herholen müssen.

[1]) Im landläufigen, nicht philosophischen Sinne.

[1]) Vgl. Fußnote 1) zu Spalte 19.

[2]) Daher auch seine Bezeichnung „Lebenshaltungsstatistik", gegenüber der bisher üblichen „Haushaltungsstatistik".

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Die Verschiebung des Geschlechtsverhältnisses. In einem Aufsatz: „Die Verschiebung des Zahlenverhältnisses der Geschlechter durch den Krieg" (Zeitschrift für Sozialwissenschaft, N.F. 10. Jahrg. Heft 3 u. 4, S. 206—213) wendet sich neuerdings W. Schweisheimer gegen die bekannte Auffassung, das Zahlenverhältnis der Geschlechter bei der Geburt werde durch den Krieg beeinflußt. Er bemerkt, daß bisher keine einwandfreie Statistik besteht, die die Annahme gestatten könnte, daß das Geschlechtsverhältnis bei der Geburt nicht völlig unberührt durch den Krieg geblieben sei. Die für das Deutsche Reich zurzeit vorliegenden Zahlen lassen ebenfalls keine irgendwelche bemerkenswerte Änderung erkennen. Lediglich die Totgeburten machen eine Ausnahme. Für sie sank das Geschlechtsverhältnis von 126,9 1914 auf 123,9 1915.[1]) Dieser Rückgang spricht aber gerade gegen die gewünschte Beeinflussung, da gleichzeitig das Geschlechtsverhältnis bei den Lebendgeborenen zuungunsten der männlichen

[1]) In der Zeitschr. d. Sächs. Stat. Ld. 1916/17 S. 28 habe ich auf die Wahrscheinlichkeit, daß das Geschlechtsverhältnis der Geborenen durch die vorgeburtliche Sterblichkeit wesentlich bestimmt wird (wofür die Größe der Knabenzahl unter den Totgeborenen spricht) hingewiesen und demzufolge die Ansicht vertreten, daß das Geschlechtsverhältnis im Augenblick der Geburt ein Zufallsergebnis ist, dessen Bedeutung für die Frage der Geschlechtsentstehung in der Fachliteratur überschätzt zu werden pflegt. *E. Würzburger.*

Digitized by Google

Geborenen, wenn auch an sich, wie oben gesagt, ohne Belang, abänderte; die Zahlen sind 105,6 bezw. 105,5.

Doch ganz abgesehen davon, daß bisher die Tatsachen dem gehegten Wunsche nicht entsprechen, ist dieser Wunsch nach Abänderung des Geschlechtsverhältnisses der Geborenen rücksichtlich der genannten Tatsache nicht recht verständlich. Denn es ist nicht einzusehen, warum ein heutiger Männerausfall und ein dadurch bedingter Frauenüberschuß im heiratsfähigen Alter durch eine Knabenüberproduktion ausgeglichen werden soll, die lediglich zur Folge haben würde, daß wir in 25 Jahren an einem Männerüberschuß in den heiratsfähigen Altersklassen leiden werden, der in bevölkerungspolitischer Hinsicht, in rassen- und sozialhygienischer Beziehung vielleicht noch verhängnisvoller als ein solcher Frauenüberschuß wirkt. Das gleiche gilt für den noch öfter laut werdenden Wunsch nach einer Verschiebung des Geschlechtsverhältnisses nach der Geburt durch Mittel der Fürsorge und der Erziehung. Er ist unter denselben Gesichtspunkten wie der erstere zu betrachten und daher zu verwerfen. Es muß befremden, daß auch der Verf., trotzdem er sich voll bewußt ist, daß die Folgen solcher Maßnahmen zur Verschiebung des Geschlechtsverhältnisses erst in späteren Zeiten fühlbar werden können, in der Fürsorge für Kleinkinder, besonders der unehelichen, ferner in der Verminderung der Fehl- und Totgeburten ein Mittel zu sehen vermag, das zur Ausgleichung der durch den Krieg verursachten Männerverluste dienen könnte. Das mutet um so merkwürdiger an, als ja vor dem Kriege gerade in den heiratsfähigsten Altersklassen — wie im D. St Z. mehrfach hervorgehoben — gar kein auszugleichender Frauenüberschuß vorhanden war, und niemand in der annähernden Anteilsgleichheit beider Geschlechter in den für die eheliche Verbindung in Betracht kommenden Altersklassen eine anormale Geschlechtsverteilung gesehen hat und wohl auch jetzt nicht sieht. Der durch den Krieg erzeugte Männerausfall ist auf organischem Wege gar nicht zu ersetzen. Nach der Feststellung, daß das Geschlechtsverhältnis der Geborenen infolge des Krieges sich nicht geändert hat, und in der Überzeugung, daß das bei der Geburt herrschende Verhältnis (von der Kriegszeit abgesehen) genügte, jedem Mädchen die Heiratsmöglichkeit zu geben, muß jede Beeinflussung dieses Geschlechtsverhältnisses zugunsten der einen oder anderen Seite, insbesondere der männlichen — vor und nach der Geburt — eine Verteilung der Geschlechter im heiratsfähigen Alter (bei sonstigen gleichbleibenden Verhältnissen) bewirken, die sicherlich nicht erwünscht ist.

Es verdient dies deshalb besonders hervorgehoben zu werden, weil sich in jüngster Zeit bestimmte Resultate der nach den Ursachen der Geschlechtsbestimmung suchenden Forschungen mehren[1]), die bei weiteren erhaltenden Bestätigungen geeignet werden können, die feste Grundlage einer bevölkerungspolitischen Propaganda abzugeben. Eine solche wird um so eher Erfolg haben, je größeren Umfang die Scheidung der Betätigung des Fortpflanzungstriebes in Geschlechtsgenuß ohne und in solchen mit Zeugung angenommen hat, je weniger also die zur Geschlechtsbestimmung erforderliche Regelung des Geschlechtslebens Platz greifen muß. Ob die Auffassung, eine solche Regelung des Geschlechtslebens sei nicht möglich, richtig ist oder nicht, tritt damit gar nicht in Erscheinung. Ebenso wie schon jetzt der menschliche Wille für die Kinderzeugung an sich in hohem Maße ausschlaggebend ist, ohne daß dadurch das Geschlechtsleben des Menschen irgendwie beeinflußt wird, ebenso würde lediglich dieser Wille für das Geschlecht der Kinder bestimmend werden. Wie sich aber bei einer möglichen Wahl des Geschlechts der Nachkommenschaft das Geschlechtsverhältnis der Geborenen gestalten würde, läßt sich nicht voraussagen.

Jedenfalls ist es sehr fraglich, ob auch unter solchen Einflüssen das Geschlechtsverhältnis der Geborenen sich so verhalten würde, daß es weiter als eine massenphysiologische Konstante anzusehen ist. *W. Grävell* (Dresden).

[1]) Siehe D. St. Z. 1919 Sp. 124/125.

II. Berufsstatistik.

Wohn- und Beschäftigungsort der Neuköllner Berufstätigen hat das Statistische Amt der Stadt Neukölln an der Hand der Volkszählungsergebnisse von 1910 zum Gegenstand einer eingehenden Untersuchung gemacht, deren wichtigste Ergebnisse in dem Verwaltungsbericht der Stadt für die Jahre 1912/13 (Sonderabdruck) veröffentlicht sind. Die außerhalb der Stadt berufstätigen Einwohner sind dabei, unterschieden nach dem Geschlecht, einmal nach ihrem auswärtigen Beschäftigungsort in Verbindung mit ihrem Wohnort in den einzelnen Neuköllner Stadtteilen und sodann nach einzelnen Berufsarten in Verbindung sowohl mit ihrem Wohnviertel in Neukölln als auch mit ihrem Beschäftigungsort außerhalb ausgegliedert, wobei die einzelnen Berliner Stadtteile besonders nachgewiesen werden. Von den rund 109 000 Selbsttätigen gingen 49,7 v. H. täglich außerhalb der Stadt ihrem Beruf nach. Beim männlichen Geschlecht stellt sich der Anteil der auswärts Selbsttätigen auf 55,4 v. H. und bei den Frauen auf 35,0 v. H. Auf die Stadt Berlin entfällt naturgemäß der Hauptteil der auswärts Tätigen, nämlich 75,4 v H. Unter den übrigen Groß-Berliner Vororten beschäftigen nur die unmittelbar an Neukölln angrenzenden eine nennenswerte Zahl von Neuköllner Einwohnern Außer durch die Entfernung von Neukölln wird die Zahl der in den einzelnen Vororten und Berliner Stadtteilen Arbeitenden durch die ihnen dort gebotenen Beschäftigungsmöglichkeiten, besonders in Großbetrieben, beeinflußt. Deutlich prägt sich im ganzen auch das Bestreben aus, den Wohnort in Neukölln möglichst nahe der Arbeitsstätte zu wählen, wenngleich diese Regel vielfach durch die vorhandenen Verkehrsmöglichkeiten durchbrochen wird. Ein tieferes Eindringen in diese Beziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsort, wie es insbesondere für die künftige Verkehrspolitik von Wichtigkeit sein wird, ist durch zwei der Arbeit beigefügte Kartogramme erleichtert. Die Ergebnisse der Untersuchung bilden einen weiteren Beweis dafür, daß es sich bei dem Verhältnis zwischen Berlin als Arbeitsort und seinen Vororten als Wohnort nicht um einen Zuzug von Arbeitskräften aus den Vororten in die Reichshauptstadt, sondern umgekehrt um einen Zuzug der Wohnbevölkerung in die Vororte handelt.

O. Kürten (Neukölln).

III. Bewegung der Bevölkerung.

Weiteres zur Bevölkerungsbewegung während des Krieges.[1]) Das Statistische Amt der Stadt Mannheim hat als 7. Sondernummer seiner „Beiträge" eine „vorläufige Übersicht" über Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle während der Kriegszeit herausgegeben (1919; 67 S.). Gegen einzelstädtische Darstellungen der Bevölkerungsbewegung während der Kriegszeit wie die hier angezeigte lassen sich zwei Einwände erheben. Man kann sie einmal verfrüht nennen, da sie abschließende Zahlen noch nicht zu bieten vermögen, und man kann eine vielfache Darstellung des gemeinsamen nationalen Unglücks als eine überflüssige, wenn nicht im Hinblick auf die Finanzlage unserer Städte gar verwerfliche Wiederholung betrachten. Beiden Einwänden ist indessen das lebhafte örtliche Interesse an einer baldigen, wenn auch summarischen Berichterstattung entgegenzuhalten; der zweite geht überdies fehl, da die Bevölkerungsbewegung unserer Großstädte während der Kriegszeit schon in den Hauptzahlen bedeutungsvolle Verschiedenheiten aufweisen dürfte, erst recht aber in der Verteilung der blutigen Verluste auf die einzelnen Kriegsjahre und -Monate. Für Mannheim erwies es sich als zweckmäßig, eine Heidelberger Dissertation von Vischer[2]) über die örtliche Bevölkerungsbewegung aus dem Jahre 1913 fortzuführen und auszubauen, da die Auszählung der Bevölkerung nach dem Stand vom 1. Dezember 1916 einerseits die Berechnung von Fruchtbarkeitsziffern, anderseits von Sterblichkeitsziffern für die einzelnen

[1]) Vgl. voriges Heft S. 145.

[2]) Vgl. D. St. Z. 1914, S. 152.

Digitized by Google

Altersklassen im ganzen und für die wichtigsten Todesursachen ermöglichte. Freilich konnte nur die Bevölkerungsbewegung der Jahre 1916 und 1917 — besonders Geburtenrückgang und Sterblichkeit nach Todesursachen — auf diese Grundzahlen bezogen werden, während man für die anderen Jahre, namentlich für die Beurteilung der 1918 eingetretenen Verschlechterung, auf die Berechnung von Meßziffern gegenüber 1913 angewiesen war. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das Säuglingsalter die ganze Kriegszeit über gut standgehalten hat[1]), das Kindes- und anderseits das Greisenalter die Wirkungen des Krieges früher zu spüren bekam als die jugendlichen und mittleren Altersklassen, die dann freilich durch die beiden letzten Kriegsjahre am schwersten geschädigt worden sind. Bei den Männern im heerespflichtigen Alter macht sich die Auslesewirkung der Einberufung der körperlich Tüchtigen geltend. Die angezeigte Schrift zerfällt in vier Abschnitte. Der erste zeichnet den Gang der Bevölkerungsbewegung im ganzen chronologisch unter Bezugnahme auf die für die Mannheimer Truppenteile wichtigsten Kriegsgeschehnisse nach und zieht darauf die einzelnen Erscheinungen kalendermonatweise für die ganze Kriegszeit zusammen, als einheitliches Grundmaß der Anschaulichkeit zuliebe die siebentägige Woche wählend. Der zweite Abschnitt gilt den Eheschließungen und Geburten. Jene sind insbesondere nach dem Alter der neuen Ehegatten unter Benutzung von Zentralwerten eingehender dargestellt worden; für Männer und Frauen ergab sich ein Absinken dieser Werte bis 1915, danach ein regelmäßiger Wiederanstieg bis 1918. Dieselbe Erscheinung wiederholt sich dann bei den Zentralwerten des Alters der Eltern der Lebendgeborenen; gleichzeitig ist die allgemeine Fruchtbarkeitsziffer zwischen 1910 und 1916 auf weniger als die Hälfte herabgesunken. Der dritte Abschnitt behandelt die Gestorbenen der Zivilbevölkerung unter Nachweisung von Sterbeziffern für die wichtigsten Altersklassen und Todesursachen; der letzte Abschnitt ist den Sterbefällen der Militärbevölkerung vorbehalten, die nach Altersjahr, Todesjahr und Todesursache — gefallen, an Wunden gestorben, an Krankheiten gestorben, sonstige Todesursache — kombiniert werden. Der Anteil der in den zwanziger Jahren Stehenden ist zwischen 1914 und 1918 von fast drei Viertel aller Todesfälle auf die Hälfte zurückgegangen der Prozentanteil der Krankheiten Erlegenen hat sich gleichzeitig bei dieser Altersklasse von 2,4 auf 13,5, bei den über 40 Jahre Alten noch viel stärker gehoben. Unser Schicksal war besiegelt, meint die Schrift, „der Tod auf der Walstatt tritt als Würgeengel hinter Siechtum und Krankheit zurück." Auch Zivilstand und Konfession der Gefallenen werden einzeln und in Kombination berücksichtigt; während bei den übrigen Konfessionen durchweg rund ein Drittel der Gefallenen verheiratet war, sinkt bei den Israeliten deren Anteil auf ein Siebentel herab. *S. Schott* (Mannheim).

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Eine Schleichhandelspreisstatistik hat seit dem 4. 7. 19. die Vossische Zeitung, deren Beispiel viele andere Zeitungen gefolgt sind, unter der Überschrift „Was zahlt man heute?" eingerichtet. Unter dem 13. Juli brachte sie aus der Feder von Prof. Dr. Jastrow einen Aufsatz mit tabellarischer Darstellung des bis zu diesem Tage erfolgten Preissturzes der wichtigsten rationierten und freien Lebensmittel, insbesondere Butter, Schmalz und Speck, in einigen deutschen Städten. Danach wurden in Deutschland vor Friedensschluß z. B. für ein Pfund Butter 24 bis 32 M., für Schmalz 20 bis 30 M. im Schleichhandel bezahlt, während am 13. Juli für Butter nur noch 18 bis 25 M. und für Schmalz 12 bis 21 M. gefordert wurden. Inzwischen sind die Preise weiter gefallen. Am 28. Juli war ein Pfund Butter in manchen Orten, z. B. Fulda, für 10 M. zu haben. Ende August ist ein allgemeiner Stillstand in der Preissenkung eingetreten, der Anfang September infolge der Entwertung der Mark im Auslande wieder von einem Anziehen der Preise im Schleich- sowie im freien Handel abgelöst worden ist. — Genauere Zahlen als diese durch die Presse veröffentlichten wird man vielleicht später auf Grund einer vom Reichsernährungsministerium seit 1. Januar 1919 monatlich durchgeführten Erhebung über die Schleichhandelspreise erfahren. *B. Winkler* (Dresden).

VIII. Grundbesitzstatistik.

Die Grundstücksaufnahme in den kleineren sächsischen Gemeinden vom Jahre 1916, die in Verbindung mit der Wohnungszählung vom 1. Dezember gleichen Jahres[1]) in 633 Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern vorgenommen worden ist, dürfte die erste dieser Art in Deutschland sein, während von den außerdeutschen Ländern nur Schweden eine ähnlich eingehende Grundstückserhebung aufzuweisen hat.[2]) Die Aufnahme in Sachsen erstreckte sich auf alle bewohnten Grundstücke und erfaßte Name, Stand und Wohnung des Eigentümers sowie die Zahl der Gebäude nach ihrer hauptsächlichen Benutzungsart, das Jahr der Erbauung und die Zahl der in ihnen enthaltenen Wohnungen. Die tabellarische Bearbeitung erfolgte im Anschluß an diejenige der gleichzeitigen Wohnungsaufnahme, indem insbesondere die Gemeinden nach ihrem vorherrschenden wirtschaftlichen Charakter zu verschiedenen Gruppen vereinigt wurden. Aus den in der Ztschr. des Sächs. Statist. Landesamtes 1918/19 S. 283 mitgeteilten Ergebnissen sei hier angeführt, daß von den gezählten rd. 57000 Grundstücken 7,53 v. H. im Eigentum von nichtphysischen Personen standen. Diese Anteilsziffer erniedrigt sich jedoch in den noch vorwiegend ländlichen Gemeinden auf 4,91 v. H., während sie anderseits in den vorwiegend industriellen Gemeinden auf 16,29 v. H. steigt. Unter diesen nichtphysischen Grundstückseigentümern nehmen die gemeinnützigen Bauvereinigungen einen breiten Raum ein; in den Arbeiterwohngemeinden gehören ihnen über die Hälfte dieser Grundstücke. Unter den physischen Eigentümern stehen Handwerker und kleine Gewerbetreibende, Arbeiter sowie Landwirte und Gutsbesitzer, je nach dem Charakter der Gemeinden, an erster Stelle. Die Zahl der hausbesitzenden Arbeiter ist insbesondere nicht unbedeutend in den Gemeinden mit Großindustrie und den Arbeiterwohngemeinden. Sie wie auch die Angehörigen des Mittelstandes wohnen zumeist selbst in ihrem Hause (die Arbeiter z. B. in 97,3 v. H. der Fälle), während andere Berufsgruppen, wie Fabrikanten, Unternehmer, höhere Beamte, nur in etwa der Hälfte der Fälle ihr Grundstück selbst bewohnen. Wie nicht anders zu erwarten, herrscht in diesen kleinen Gemeinden im ganzen das Ein- und Zweifamilienhaus noch durchaus vor; 45,9 v. H. der Gebäude enthalten nur eine und 25,9 v. H. zwei Wohnungen. Doch ergeben sich auch in dieser Hinsicht bemerkenswerte Unterschiede für die einzelnen Gemeindegruppen, wegen der auf die von Dr. O. Kürten bearbeitete textliche Erläuterung verwiesen sei. Nur vorübergehend hatte gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts auch in diesen kleinen Gemeinden das Mittel- und Großhaus Fuß zu fassen begonnen. So enthielten in den Arbeiterwohngemeinden von den 1890—1899 erbauten Häusern 49 v. H. 5 und mehr Wohnungen gegenüber nur 18 v. H. unter den seit 1910 erbauten. Man wird diese Entwicklung als einen erfreulichen Erfolg der Wohnungsfürsorgebestrebungen buchen dürfen.

X. Gewerbestatistik.

Die Rentabilität der deutschen Aktienbrauereien 1917/18 ist Gegenstand einer Darstellung in der 5. Kriegsnummer des Deutschen Brauer-Bundes. Die Methode entspricht der für die erstmalige Bearbeitung im D. St. Z. 1917 S. 32 geschilderten. Die Rentabilität wird von vier Gesichtspunkten untersucht, nämlich Rente des Aktien-

[1]) Die Säuglingssterblichkeit ist nach dem Vorschlag von *Rahts* (D. St. Z. 1916, S. 185) berechnet worden.

[1]) Siehe D. St. Z. 1919, Sp. 58.

[2]) Siehe D. St. Z. 1915, Sp. 41.

Digitized by Google

kapitals, des Unternehmerkapitals, des Kurskapitals und des werbenden Kapitals. Der Berechnung der Rentabilität des Kurskapitals sind die auf den 31. Dez. 1918 festgesetzten Steuerkurse zugrunde gelegt. Die Bearbeitung ist erweitert um eine Zusammenstellung der während der Kriegsjahre und infolge der Kriegsereignisse eingestellten bzw. mit anderen Betrieben fusionierten Brauereien; ferner ist erstmals eine Bearbeitung der Aktienmälzereien erfolgt. Bei den letzteren wurde die gleiche Methode wie bei den Aktienbrauereien zur Anwendung gebracht, bei Rechnung des werbenden Kapitals wurde jedoch der Verschiedenheit in der Behandlung von Hypotheken und Obligationen Rechnung getragen. Die gesamte statistische Bearbeitung, die bekanntlich die einzelnen Betriebe und ihre finanzielle Lage zur Darstellung bringt, dient ferner als Grundlage einer Besprechung der Entwicklung der gesamten Brauindustrie während der vierjährigen Kriegsdauer. Die Brauindustrie hat im allgemeinen nicht gelitten, soweit die finanziellen Ergebnisse in Betracht kommen. Während das Aktienkapital 1915 eine Durchschnittsdividende von 6,2 % erzielte, stieg die Durchschnittsdividende in den folgenden Jahren auf 6,6 bzw. 7,2 bzw. 7,5 %. Die Zahl der Betriebe sank von 473 mit einem Aktienkapital von 595 Mill. M. auf 415 Betriebe mit 543 Mill. M., abgesehen von 15 in Wegfall kommenden Betrieben in Elsaß-Lothringen. Die Erzielung dieser Ergebnisse muß an sich befriedigend erscheinen, wenn man bedenkt, daß der Industrie im letzten Kriegsjahre nur 5 % der im Frieden verarbeiteten Rohstoffe zugewiesen wurden. Während man annehmen sollte, daß unter solchen Umständen eine Industrie zum Erliegen kommen müßte, war es bei der Brauindustrie möglich, durch Herabsetzung des Stammwürzegehalts des Bieres von 12 % auf 2 % jenes Resultat zu erzielen, wenn auch zum Schaden der Qualität des Produktes. Bei den scheinbar günstigen finanziellen Ergebnissen ist jedoch zu berücksichtigen, daß dieselben verbunden waren mit dem Eingehen oder der Stillegung von nicht weniger als 69 Betrieben mit einem Aktienkapital von 83 Mill. M. Beachtenswert hierbei ist, daß damit ein großer Teil derjenigen Betriebe zur Stillegung gekommen ist, die in den letzten Jahren nicht in der Lage waren, noch eine Dividende zu bezahlen. Aber es wird auch festgestellt, daß nicht wenige Betriebe zur Einstellung gelangten, bzw. Fusionen mit anderen Betrieben eingingen, die in der Lage waren, eine ausreichende Dividende zu zahlen. Diese Entwicklung ist im allgemeinen insofern zu bedauern, als das Bier damit immer mehr zu einem Produkt einer Großindustrie wird, die nicht mehr wie früher in enger Verbindung mit weiten Kreisen der Bevölkerung und mit der Landwirtschaft steht. Anderseits ist es auch begreiflich, daß das Braugewerbe bestrebt ist, sich die Vorteile zu sichern, die der Großbetrieb mit sich bringt, ferner auch, daß viele Brauereien in den schwierigen Betriebsverhältnissen und insbesondere der Entwicklung der Arbeiterverhältnisse einen Beweggrund finden, um sich den mit dem industriellen Betrieb verbundenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu entziehen. Wie bedeutungsvoll die Entwicklung der Lohnverhältnisse auf den Betrieb wirkt, geht beispielsweise daraus hervor, daß 1913/14 im Durchschnitt auf 1 hl Bier ein Arbeitslohn von nur 2,36 M. entfiel, was rd. 11 % des Bierpreises betrug. Dagegen betrug bereits Anfang 1919 bei verringerter Arbeitsleistung der Arbeitslohn je hl bis zu 13 M, was etwa 32 % des um 100 % erhöhten Bierpreises ausmacht.

Was die Rentabilität der deutschen Aktienmälzereien betrifft, so kamen 32 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 28 Mill. M. und einem werbenden Kapital von 41,6 Mill. M. zur Bearbeitung. Auf eine Mälzerei entfällt ein werbendes Kapital von rd. 1,3 Mill. M. Die Durchschnittsdividende betrug 6,82 %. Zu beachten ist, daß derzeit die Brauereien verpflichtet sind, 50 % der ihnen zugewiesenen Gerstenmengen zur Vermälzung an die Mälzereien zu überlassen und daß diese unter sich eine freiwillige Kontingentierung der Betriebe eingeführt haben.

Zum Schluß sei noch eine allgemeine Bemerkung gemacht: Die im August 1919 erschienene Bearbeitung umfaßt die aus den Jahresberichten der Gesellschaften im Kalenderjahre 1918 zu entnehmenden Ergebnisse. Fast zur gleichen Zeit erschien die Bearbeitung des Statistischen Reichsamtes über die Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften, die jedoch lediglich die Ergebnisse bis zum Juli 1917 umfaßt. So wertvoll die amtlichen Bearbeitungen sind, so ist doch zu bedauern, daß es nicht möglich ist, sie gleichfalls in kürzerer Zeit nach dem Abschluß der Geschäftsjahre erscheinen zu lassen, so daß sie nicht mehr um ein ganzes Jahr zurück sind. Dadurch verlieren die Bearbeitungen wesentlich an Gegenwartswert. Man sollte meinen, daß es möglich sei, auch bis zum August jeden Jahres die Bearbeitung des letzten Jahres zur Durchführung zu bringen und nicht erst des vorletzten Jahres.

E. Wolff (Charlottenburg).

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

Der Baumwollwelthandel während des Krieges bildet den Gegenstand einer als besonders starkes Heft 3 der vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Sammlung „Tagesfragen der Auslandswirtschaft" erschienenen Arbeit von Dr. Paul König „Der Baumwollweltmarkt in seiner Entwicklung während des Krieges bis zum Friedensschluß" (Berlin 1919, Auswärtiges Amt, 160 S.). An Hand einer Fülle statistischen Materials entwirft Verfasser ein eindringliches Bild von der weltwirtschaftlichen Lage des Baumwollhandels. Seine Quellen sind amtliche und private Berichte, inländische und ausländische Zeitungen und Fachzeitschriften sowie das deutsche, englische und amerikanische Baumwollhandbuch. In einigen Fällen werden die voneinander abweichenden Angaben der verschiedenen Quellen nebeneinander aufgeführt. Das erste Baumwollland der Erde, die Vereinigten Staaten von Amerika, deren Ernte im Jahre 1913/14 14 884 801 Ballen Baumwolle bei einer Welternte von 28 Millionen Ballen betrug, führt gegen die übrige Welt, insbesondere gegen Großbritannien und Japan mit China, einen erbitterten Kampf um die Beherrschung des Baumwollmarktes. Die Weltbaumwollvorräte sanken von 7 519 000 Ballen am 31. Juli 1914 auf 3 825 000 am 31. Juli 1918. Zur Zeit der Friedensunterzeichnung betrugen sie rund 6 Millionen Ballen. Die Weltspindelzahl dagegen ist von 144,7 Millionen vor dem Kriege auf 150 Millionen im Jahre 1918 gestiegen. Die Zunahme entfällt in der Hauptsache auf die Vereinigten Staaten, die zurzeit fast 35 Millionen Spindeln zählen, und auf Japan, das im Jahre 1917 3,2 Millionen Spindeln gegen 2,4 Millionen im Jahre 1914 besaß, während England mit 60 Millionen auf gleicher Höhe geblieben ist. Die Spindelzahl Deutschlands belief sich im Jahre 1914 auf 12,4 Millionen. Durch den Verlust Elsaß-Lothringens vermindert sie sich auf 10,6 Millionen. Da die Arbeit dieser Spindeln auf die Dauer von der Weltwirtschaft nicht entbehrt werden kann, besteht die Hoffnung, daß auch Deutschlands Baumwollindustrie und -Handel wieder zum Leben erwachen werden.

B. Winkler (Dresden).

XIV. Arbeiterstatistik (einschl. Arbeiterversicherung).

Die Kriegsarbeiter ist der Titel einer Berliner Dissertation von Lucian Wiernik (1919, 80 S.), die als Teildruck einer noch unvollendeten Darstellung der Arbeiterfrage im Kriege erschienen ist. Verf. hat gelegentlich der gewerblichen Betriebszählung vom 15. August 1917 von den 21 000 Arbeitern einer Berliner Munitionsfabrik einen Fragebogen ausfüllen lassen, der über die bei der Betriebszählung gestellten Fragen hinausgehend auch Auskunft über die örtlichen Herkunfts- und die Berufsverhältnisse verlangte. Aus den rund 21 000 eingegangenen Fragebogen wurde der sechste Teil entnommen, so daß nach Ausscheidung der unvollständig ausgefüllten Karten für die Bearbeitung 3179

Digitized by Google

Zählkarten verblieben. Bei der Bedeutung, die die Auslese von Stichproben auf das Ergebnis einer auf der repräsentativen Methode beruhenden Untersuchung hat, wären genauere zahlenmäßige Angaben, als sie über die Auswahl der Karten aus den einzelnen Gruppen der gelernten, angelernten und ungelernten Arbeiter gegeben werden, zu wünschen gewesen. Verf. behandelt eingehend die örtliche und berufliche Umschichtung der Arbeiter und stellt fest, daß von den während des Krieges eingestellten Männern 66 % vorher am Standort des Werkes beschäftigt waren, während 34 % zugewandert sind. Von diesen kamen 11 % aus Großstädten, 42 % vom Lande und 47 % aus Klein- und Mittelstädten. Ähnlich verhalten sich die Prozentziffern für die Frauen. Unter den im Kriege eingetretenen Männern waren vor Kriegsausbruch 1,2 % nicht erwerbstätig, 7 % selbständig, 40,7 % gehörten andereren Erwerbs- oder Industriezweigen an und nur die Hälfte (51 %) war bereits in der gleichen oder einer verwandten Industriegruppe tätig. Auch über den Anteil der Gelernten, Angelernten und Ungelernten sowie über die Zusammenhänge zwischen örtlicher und beruflicher Wanderung enthält die Untersuchung zahlreiche Berechnungen. Störend wirkt, daß die 33 Übersichten, auf die der Text häufig hinweist, nicht mit abgedruckt sind; auch gehen die Summen der Prozentziffern, wie das zuletzt angeführte Beispiel beweist, nicht immer restlos auf (99,9 statt 100). Ein abschließendes Urteil wird sich erst fällen lassen, wenn die Arbeit in ihrer endgültigen Form vorliegt.

B. Winkler (Dresden).

XVI. Statistik der Verbände, Gesellschaften und Genossenschaften.

Genossenschaftsstatistik 1890—1918. Unter dem Titel „Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens seit Erl. d. Gen. Ges. v. 1. Mai 1889. Ein statistischer Überblick" wird in den Jahrb. f. Nationalök. u. Statistik (Bd. 57. 1919 S. 306 ff., 445 ff., 556 ff., 624 ff.) von Dr. W. Krebs, einem langjährigen Genossenschaftspraktiker, eine Gesamtübersicht über die zahlenmäßige Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens im letzten Vierteljahrhundert gegeben, soweit eine solche Darstellung aus den Genossenschaftsstatistiken der verschiedenen Organisationen überhaupt möglich ist. Die Arbeit besteht in einer gedrängten Auswahl der statistischen Ergebnisse und ihrer übersichtlichen Zusammenfassung aus dem in zahllosen Bänden verstreuten ungeheuren Zahlenstoff der Genossenschaftsstatistiken der Staaten und verschiedenen Verbände. In einer Vorbemerkung werden die Quellen und der gegenwärtige Stand der deutschen Genossenschaftsstatistik, sowie die geringen Aussichten für einen weiteren Ausbau kurz angedeutet, während ein Nachwort noch einmal die Grenzen der vorliegenden Statistik zieht und mit Vorschlägen zur Besserung auf verschiedene Unvollkommenheiten hinweist. Der eigentliche Teil besteht nur aus statistischen Tabellen ohne jeden Text; er zerfällt in vier Hauptabschnitte. Der erste bringt allgemeine Ergebnisse der deutschen Genossenschaftsstatistik über Bestand, Mitgliedschaft, Haftpflichtart, Gegenstand des Unternehmens, örtliche Verbreitung, Gründungen, Auflösungen, Alter, Verbandszugehörigkeit der Genossenschaften und Zentralgenossenschaften. Der zweite größere Abschnitt enthält die Statistik der Geschäftsergebnisse der den fünf großen genossenschaftlichen Zentralverbänden angeschlossenen Genossenschaften, genossenschaftlichen Zentralkassen und Zentralwarenanstalten, für jeden Zentralverband die wichtigsten Genossenschaftsarten und Zentralgeschäftsanstalten gesondert dargestellt. Die Zusammenstellung und Auswahl der Spalten ist so getroffen, daß für gleichartige Genossenschaften und Anstalten auch die gleichen Angaben vorliegen, daß also Zusammenlegungen gleicher Genossenschaftsarten aus verschiedenen Verbänden ohne Schwierigkeiten gemacht werden können. Im allgemeinen werden — soweit Statistiken darüber vorlagen — die Angaben für jedes fünfte Jahr seit 1890 gebracht (also 1890, 1895, 1900, 1905, 1910), dann von 1913 ab für jedes Jahr, um auch die Entwicklung vom letzten Friedensjahr bis in den Krieg hinein verfolgen zu können. Der dritte Abschnitt bringt die Geschäftsergebnisse der Preußischen Zentral-Genossenschaftskasse. Der letzte Abschnitt faßt einige wichtige Genossenschaftsarten zusammen ohne Rücksicht auf die Verbandszugehörigkeit; aus ihm ergibt sich, wie unvollkommen trotz aller erstaunlichen Leistungen der Genossenschaftsverbände auf statistischem Gebiete dennoch die Statistik im Hinblick auf lückenlose Erfassung aller Genossenschaften ist.

XX. Polizeistatistik.

Statistik des Fürsorgewesens. Unter der Überschrift „Verpaßte Gelegenheiten" gibt W. Feld in den Sozialistischen Monatsheften (23/24) seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die wissenschaftliche Verarbeitung des Materials über die soziale Fürsorge nicht von Anfang an durch entsprechende Aktenführung ermöglicht wurde, und bemerkt dazu sehr richtig, daß in der Kriegszeit die praktischen Fragen derart im Vordergrunde gestanden haben, daß für wissenschaftliche Bedürfnisse keine Zeit übrig geblieben ist. Die Forderung nach einer statistischen Verarbeitung der Ergebnisse der Jugendfürsorge ist nicht neu. Vor etwa 9 Jahren trat das Archiv deutscher Berufsvormünder in Frankfurt a. M. mit der Absicht hervor, eine gemeinsame Mündelstatistik zu schaffen. Diese Statistik sollte zunächst den einzelnen Verwaltungen ein eingehenderes Zahlenbild der Tätigkeit über die Berufsvormundschaft gewähren, als es bisher möglich war. Außerdem sollte die gemeinsame Bearbeitung der Zählkarten Material für größere Untersuchungen über die Wirksamkeit der Berufsvormundschaft bieten. In Leipzig wurde daraufhin im Jahre 1911 eine Mündelstatistik angelegt, über deren Ergebnisse in Nr. 1/2 (1917) des Statistischen Zentralblattes Spalte 36/37 berichtet worden ist. W. Feld geht über diese Forderungen insofern hinaus, als er vorschlägt, die an der Universität Frankfurt a. M. zu errichtende Forschungsanstalt für Fürsorgewesen in eine Verbindung mit der Reichsstatistik zu bringen, indem man eine Zweigstelle des reichsstatistischen Amtes für den besonderen Zweck fürsorgestatistischer Reichserhebungen errichtet. U. a. sollen die in den Zahlenfriedhöfen liegenden statistischen Ergebnisse zum Leben erweckt werden. Dies vermögen, wie W. Feld ausführt, nur gereifte Forscher zu leisten, die außer der statistischen Schulung einen gründlichen Einblick in die sachlichen Probleme haben, die das Fürsorgewesen bewegen. An eine Mitwirkung der städtestatistischen Ämter scheint dabei nicht gedacht zu sein. Daß gerade sie bei einem Ausbau der statistischen Methode und der Verarbeitung der statistischen Ergebnisse nicht übergangen werden sollten, habe ich verschiedentlich betont (vgl. D. St. Z. 1917, Nr. 7/8. Die Städtestatistik nach dem Kriege, und Jahrb. für Nat. und Stat. Bd. 56, S. 257 flg.: Die Statistik als Grundlage der empirischen Soziologie). Zu welch verkehrten Schlüssen ein durchaus ernstzunehmender Statistiker kommen kann, wenn er lokale Besonderheiten außer Betracht läßt, habe ich in der Besprechung einer in der Zeitschr. des Preuß. Stat. Landesamtes erschienenen Untersuchung über die Milchversorgung von 41 deutschen Großstädten gezeigt (D. St. Z. 1915 Nr. 5, S. 140 flg.). Es ist also notwendig, daß gerade von den städtestatistischen Ämtern eine gesellschaftswissenschaftliche Vertiefung der statistischen Produktion ausgeht, die allein eine ausreichende praktische Verwertung und Konsumtion der statistischen Ergebnisse ermöglicht. Wie wenig mit kommunalstatistischen Ergebnissen heute in der Regel anzufangen ist, habe ich erst kürzlich wieder erfahren gelegentlich der Bearbeitung einer vom Senat der Universität Leipzig angestellten Erhebung über Studentenwohnungen, über die an anderer Stelle berichtet werden soll. Wenn W. Feld anscheinend den statistischen Ämtern auf diesem Gebiete nur die Aufgabe zubilligt, nach vorgeschriebenen Mustern Erhebun-

Digitized by Google

gen zu veranstalten, so wird das zwar nicht zu billigen, aber immerhin zu verstehen sein; denn er ist in der amtlichen Statistik recht still geworden. Auch das dürftige Ergebnis der Umfrage der Deutschen Statistischen Gesellschaft über die Ausgestaltung der amtlichen Statistik spricht dafür, daß ein Tiefstand eingetreten ist, der auch in anderer Hinsicht unverkennbar ist.

W. Schöne (Leipzig).

XXV. Statistische Sammelwerke.

Über die Leistungen der Gemeindeverwaltung während des Krieges will ein Kriegsband des Kommunalen Jahrbuchs (herausgeg. von Lindemann, Schwander und Südekum) orientieren. Die gewaltige Arbeit, die in dem Buche steckt, macht es erklärlich, daß ein Teil der Beiträge nur den Stand von Mitte 1917 schildert, d. h. bis zu der Zeit, für die die Ausgabe ursprünglich geplant war, während es bei andern Kapiteln doch gelungen ist, die Darstellung bis in die neueste Zeit zu führen. Statistiken im eigentlichen Sinne, Zahlen und insbesondere tabellierte Zahlen, finden sich in dem Buche verhältnismäßig nur wenig; hat doch auch die städtevergleichende Statistik ihre Arbeit während des Krieges größtenteils ruhen lassen müssen. Um so wertvoller ist es, hier wenigstens in allgemein gehaltenen Schilderungen einen Ersatz zu finden. Es ist beinahe undankbar zu sagen, daß es immerhin kein voller Ersatz ist. Und doch ist das hier unsere Aufgabe, denn wir müssen uns darüber klar sein, inwiefern das Statistische Jahrbuch deutscher Städte und das Kommunale Jahrbuch sich gegenseitig zu ergänzen haben. Mit der Statistik fehlt uns die anschauliche Übersicht, wie sie das Wort, das nie so anschaulich ist wie die Zahl, nicht liefern kann. Und darum wird uns der Weg vom Allgemeinen ins Einzelne so schwer. Ein Kapitel, bei dem man diese Lücke besonders spürt, ist das über den Preisschutz, natürlich kein Vorwurf für den Verfasser, der eben nicht mehr geben konnte, als vorhanden war. Nur in einem kurzen Abschnitt gelingt es ihm, auf die eigne Arbeit der Gemeinden einzugehen, sonst muß er sich darauf beschränken, die Anordnungen des Reichs zu schildern. Das geschieht übrigens, wie sich versteht, auch sonst vielfach in dem Werke, und insofern kann man wohl sagen, daß es bedeutend mehr ist, als ein kommunales Jahrbuch; gibt es doch einen Überblick über die ganze deutsche Versorgungspolitik. Aber, wenn die Statistik zurückgedrängt wird, geschieht das nicht nur unter dem Zwange der Gegenwart, es liegt auch in der Natur der Sache. Sein Hauptinteresse findet das Buch in den Fragen der gemeindlichen Verwaltungsordnung und des Gefüges ihrer Maßnahmen. Das sind aber Dinge, die sich der statistischen Bearbeitung eigentlich schlechtweg entziehen. Hier legt der Praktiker meist auch weniger Gewicht auf allgemeine Übersichten, als auf ausführlichere Einzeldarstellungen, insofern er weniger nach einem Gesamtbild als nach einem Vorbild sucht. So kann z. B. Schwander bei der Darstellung der Lebensmittelverteilung sich darauf beschränken, die grundsätzlichen Fragen zu erörtern und dann die Ordnung der Verteilung in einer einzelnen Stadt (Straßburg) zu schildern. Kann der Statistiker in diesen Fragen mit seinen Mitteln wenig leisten, so hat er doch ein lebhaftes Interesse daran, wenn andere es mit den ihren tun. Wir erinnern an den Vortrag von Seutemann-Hannover auf der Tagung der Städtestatistiker 1913. So muß es ganz besonders auch im Deutschen Statistischen Zentralblatt mit lebhaftem Dank begrüßt werden, daß das Kommunale Jahrbuch seine Arbeit in so umfassender Weise wieder aufnimmt.

E. Kieseritzky (Breslau).

Statistik der Stadt Wien 1914. Durch die Auflösung Österreichs sind die meisten statistischen Ämter der Städte und Länder anderen Nationalstaaten zugefallen; in dem deutschösterreichischen Reste ist neben der Statistischen Zentralkommission nur ein städtisches statistisches Amt (Wien) verblieben, daneben zwei Landesämter in Niederösterreich und Steiermark. Im Verhältnis zum neuen Staate hat die Stadt Wien an Bedeutung gewonnen; denn sie umfaßt mehr als den dritten Teil seiner Einwohnerzahl, wenn der Zuwachs von Westungarn noch nicht gerechnet wird. Um so mehr lenken sich die Blicke auf die statistischen Leistungen der Stadt Wien, deren Magistratsabteilung für Statistik schon seit längerer Zeit, insbesondere aber während des Krieges, ganz in den Hintergrund gedrängt war. Ihre Werke, die durch den Druck öffentlich bekannt geworden sind, beschränken sich — außer auf Wochenberichte über Bevölkerungsbewegung und Lebensmittelversorgung, dann Vierteljahrsberichte, die an die Stelle der Monatsberichte getreten sind — auf das Statistische Jahrbuch, welches allen Zwecken der Städtestatistik dienen muß, da Einzelwerke schon lange nicht erschienen sind. Die Vielseitigkeit seines Inhaltes ist ihm durch die Not aufgedrängt; denn für ein Handbuch ist es längst zu dick und schwer geworden, weniger durch die erläuternden Texte zu den Tabellen, die vielmehr einen besonderen Vorzug bilden, als durch breit ausgedehnte Tabellen, die in ein Quellenwerk, nicht aber in ein Handbuch gehören. Das ist natürlich nicht so sehr ein Fehler der arbeitenden Statistiker als der Eingliederung in den Behördenkreis der Stadt Wien, die den Leiter der städtischen Statistik in seiner Bewegungsfreiheit hemmen mag.

Wenn keine andere Stelle der Veröffentlichung zu Gebote steht, dann mag ja schließlich nichts anderes übrigbleiben, als umfangreichere Tabellen, wie zum Beispiel über die einzelnen gewerblichen Genossenschaften und Krankenkassen, die Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde, Wohnungspreise, die einzelnen städtischen Volksschulen, in das Jahrbuch aufzunehmen; als erstrebenswertes Ziel aber sollte doch die Herausgabe sachlich gesonderter Berichte, wenn auch nicht alljährlich, gelten, dafür sollten dem Jahrbuche mehr die Eigenschaften eines übersichtlichen Handbuches zukommen. Mindestens sollte das Jahrbuch, welches doch mit einem Sachregister und einer Inhaltsübersicht anderer Druckwerke der Magistratsabteilung für Statistik ausgestattet ist, dazu dienen können, die Quellen der Wiener städtischen Statistik aufzusuchen und das, was nicht in dem Bande selbst steht, nachzuschlagen. Aber gerade dazu ist der neueste Band des Jahrbuches nicht geeignet; denn er führt die Inhaltsübersicht nicht bis in die neueste Zeit fort und läßt insbesondere irgendeine Auskunft darüber vermissen, wo die in verschiedenen Jahrgängen verstreuten Ergebnisse der Volkszählung 1910 zu finden sind.

Da das Jahrbuch sich streng an das Berichtsjahr hält, bietet der vorliegende Jahrgang 1914 nur wenige Beobachtungen über die Wirkungen der Kriegszeit. Eine solche ist zum Beispiel in der Schülerzahl der städtischen Volksschulen zu finden. Im allgemeinen drückt sich der seit der Jahrhundertwende anhaltende Geburtenrückgang in einer abnehmenden Schülerzahl aus, von 1913 auf 1914 um nicht weniger als 2572, das ist 1,08 vom Hundert. Der Rückgang wäre aber weit größer, wenn er nicht teilweise durch die Vermehrung der nach Kriegsbeginn zuströmenden Flüchtlingskinder aufgehoben worden wäre. Während die Schulkinder aller anderen Bekenntnisse abgenommen haben, vermehrten sich die mosaischen um 1510, unter den Sprachen die „sonstigen", wohl meist Polen, um 1485, die aus Galizien gebürtigen um 2104. Der Einfluß dieser Zuwanderung ist daran zu erkennen, daß an den öffentlichen Volksschulen die Zahlen der während des Schuljahres ausgeschiedenen, der zum Aufsteigen in die höhere Klasse nicht reif befundenen Schüler, dann der anders als durch Krankheit oder gar nicht entschuldigten Schulversäumnisse auffallend zugenommen haben.

Ganz im Gegensatz zu der gegenwärtig beklagten Wohnungsnot steht die Vermehrung der Leerstehungen Ende Oktober 1914 gegenüber den Vorjahren. Die mit Kriegsbeginn aufgetretene Arbeitslosigkeit zeigt sich in der vermehrten Zahl von Stellengesuchen im städtischen Arbeitsvermittlungsamte. In den Lebensmittelpreisen sind noch wenig Änderungen zu bemerken. Derartige

Digitized by Google

Vergleiche werden sehr erleichtert durch die allgemeine Beisetzung von 4 Vergleichsjahren zu dem Berichtsjahre, zwar auf Kosten des Umfanges, aber durch den Nutzen wohl gerechtfertigt. Um so mehr ist es zu bedauern, daß ein so reichhaltiges Werk durch seine späte Erscheinungszeit nicht mehr für die Stadtverwaltung so wertvoll ist wie ein Handbuch neben rascher möglichen Einzelwerken, die sich dem Augenblicksbedürfnisse besser anpassen könnten und durch unmittelbaren Nutzen auch die Schätzung der Statistik heben würden.[1])

W. Hecke (Wien).

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Theorie und Lehrbücher der Statistik.

49. Bowley, A. L., „The nature and purpose of measurement of social phenomena." London 1915. P. S. King. 241 S.

Von dem durch seine *„Elements of statistics"*[2]) und das *„Elementary Manual of Statistics"* bekannten Verfasser ist im Jahre 1915 ein Vorlesungszyklus unter obigem Titel erschienen. Das Buch ist infolge des Krieges in Deutschland unbekannt oder unbeachtet geblieben. Von seinem Inhalt soll hier eine kurze Analyse unter eingehender Inhaltsangabe des 1., 4. und 5. Kapitels gegeben werden.

In der Einleitung (1. Kapitel) betont Bowley, daß es an der Zeit sei, sich Rechenschaft zu geben von den mannigfachen Untersuchungen über die wirtschaftliche Lage der verschiedenen Klassen der Gesellschaft, die darauf ausgingen, die Erwerbs- und Lebensverhältnisse dieser Klassen zu messen und zu beschreiben; es gilt, diese Untersuchungen in den organischen Bau der Wissenschaften einzuordnen, die allgemeinen Ziele und Methoden der sozialen Forschung zu betrachten, und festzustellen, wie weit diese Ziele bisher erreicht sind. Dieses Forschungsgebiet bezeichnet Bowley als statistische Soziologie oder soziologische Statistik.

Die Statistik an sich ist nach seiner Auffassung mehr eine Methode als eine selbständige Wissenschaft. Nach den Hauptgebieten ihrer Anwendung ist sie zu gliedern in Verwaltungsstatistik und in wissenschaftliche Statistik; die letztere wird nach der Verschiedenheit der Probleme zweckmäßig eingeteilt in soziologische und in biologische Statistik, deren Hauptgegenstand das Studium der Erblichkeitsverhältnisse bildet. Das allgemeine Problem der soziologischen Statistik, die auch die Wirtschaftsstatistik in sich schließt, besteht nach Bowley darin, die sozialen Klassen zu zählen und gegeneinander abzugrenzen, die Eigenschaften oder Merkmale der Angehörigen jeder Klasse genau zu bezeichnen, diese Eigenschaften zu messen, ihre Veränderungen zu beschreiben und schließlich Beziehungen und kausale Verknüpfungen aufzufinden. Es handelt sich also darum, eine quantitative Beschreibung aller Teile der Gesellschaft zu geben.

Das Material zur Erreichung dieses weitgesteckten Zieles ist, wie der Verfasser hervorhebt, noch äußerst unvollkommen und lückenhaft. Die amtliche Statistik zeigt erhebliche Mängel: künstliche Abgrenzung der Gebiete, mangelnde Genauigkeit und unzureichender Umfang der Erhebungen, Zusammenhanglosigkeit der einzelnen Ermittlungen untereinander

Dennoch sind die zu überwindenden Schwierigkeiten nicht größer als sie von der Wissenschaft auf andern Arbeitsgebieten angetroffen und überwunden worden sind. Die offizielle Statistik genügt oft für bescheidenere Zwecke und kann für weitergehende Forschungen wenigstens Größe, Wesen und Ort eines Problems bezeichnen. Die halbe Lösung eines Problems ist schon gewonnen, wenn wir die Aufgabe der soziologischen Messung, die wesentlich wissenswerten Tatsachen und die Mittel zu ihrer Bestimmung anzugeben vermögen.

Ausgangspunkt jeder Messung bildet auch für die Statistik die Festsetzung von Maßeinheiten. Auch in Fällen, wo diese Forderung unerfüllbar ist, braucht man nach Bowleys Darlegungen wenigstens auf eine exakte Beschreibung nicht zu verzichten, indem man die Objekte in einer Reihe graduell abgestufter Eigenschaften anordnet. So kann man die Sterne nach ihrer Größe oder die Schüler einer Klasse nach ihrer Intelligenz in eine geordnete Reihe bringen. Daran hätte sich dann eine Klassifizierung — sei es eine natürliche, sei es eine künstliche —, eine Beschreibung der Merkmale jeder Klasse und eine Zuweisung der einzelnen Zählobjekte an diese Klassen anzuschließen. Eine andere Möglichkeit der Gliederung besteht in der Anwendung der Galton'schen Methode der perzentilen Grade.

Das 2. Kapitel erörtert unter der Überschrift „Volk (*nation*) oder Gesellschaft" die Schwierigkeiten, den Begriff Volk im Einklang mit dem Sprachgebrauch so zu definieren, daß von jedem Individuum feststeht, ob es dem Volk zuzurechnen ist oder nicht. Für statistische Zwecke kommt nur eine Definition in Frage, die das Volk der Gesamtheit der Personen gleichsetzt, die sich zu gegebener Zeit innerhalb ihres Staatsgebietes aufhalten.

Das 3. Kapitel ist den „Beziehungen zwischen Personen und Bodenfläche" gewidmet. Mit fortschreitender Industrialisierung, dem Anwachsen der Städte und der Ausbildung des Verkehrsnetzes werden die Beziehungen zwischen dem Land und seinen Bewohnern immer verwickelter und mannigfaltiger. Nach diesem Gesichtspunkt lassen sich die wirtschaftlich Selbständigen in folgende 6 Klassen sondern: 1) ansässige Arbeiter, 2) nichtansässige Arbeiter, 3) ansässige Arbeiter mit auswärtiger Arbeitsstelle, 4) ansässige Besitzer, 5) nichtansässige Besitzer, 6) ansässige Besitzer mit auswärtigem Eigentum.

Das 4. Kapitel behandelt die „Klassifikation der Angehörigen eines Volkes". Die Klassifikation einer Bevölkerung muß von der Bestimmung solcher Merkmale der Individuen ausgehen, die zu einer Zerlegung der Bevölkerung in deutlich unterschiedene Gruppen oder Klassen führen. Die Einteilung kann nach mannigfachen Gesichtspunkten vorgenommen werden: nach dem Geschlecht, nach dem Alter, nach dem Zivilstand, nach der wirtschaftlichen Selbständigkeit, nach dem Beruf, nach Rang und sozialer Stellung, nach dem Einkommen usw.

Von diesen Einteilungsarten werden zunächst die nach dem Beruf, nach dem Grad der ökonomischen Abhängigkeit und nach der sozialen Stellung von dem Verfasser einer genaueren Betrachtung unterzogen

Bei der Klassifikation der Individuen nach ihren wirtschaftlichen Funktionen ergeben sich zunächst die beiden Hauptgruppen der berufstätigen und der unbeschäftigten Personen. Zwischen beiden ist keine deutliche Trennung möglich: der Übergang wird vermittelt durch die verschiedenen Gradabstufungen der teilweisen Beschäftigung. In die Gruppe der Unbeschäftigten gehören sowohl Unselbständige als auch Kapitalisten und Gutsbesitzer, die ohne eigene Tätigkeit von ihrem Gelde leben. Die Berufstätigen können eingeteilt werden in Arbeitgeber, Angestellte und Arbeiter auf eigene Rechnung. Als Angestellter i. w. S. ist nach Bowley jeder anzusehen, der die Anweisungen eines anderen gegen Entgelt ausführt. Die englische Volkszählung — und das gleiche gilt im übrigen auch für die deutsche Berufszählung — geht bei der Einteilung der Berufe nicht nach einem einheitlichen Grundgedanken vor, sondern gliedert die Berufe teils nach dem Zweck der Tätigkeit, teils nach dem zur Verarbeitung kommenden Material. Die Gliede-

[1]) Zur Statistik der Stadt Wien liefert W. Winkler in „Die Tschechen in Wien" (Flugblätter für Deutschösterreichs Recht Nr. 39, Wien 1919) einen sprachenstatistischen polemischen Beitrag, in dem er auf Grund der Volkszählung von 1910 sowie schul- und wahlstatistische Unterlagen übertriebene Angaben über die Bedeutung des tschechischen Elements auf das richtige Maß zurückführt. *Schriftl.*

[2]) D. St. Z. 1915 S. 227. *Schriftl.*

Digitized by Google

rung ist aufgebaut nach Gruppen gemeinsamer Beschäftigung, anstatt nach Gruppen ähnlicher Berufe. Eine klare Unterscheidung zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern erweist sich nach Bowley als undurchführbar; als einziger Maßstab bleibe die Höhe des Verdienstes

Eine soziale Klasse definiert Bowley als eine Gruppe von Personen, die miteinander als gleichberechtigt verkehren, soweit Geschlecht und Alter es zulassen. Mit dieser Definition ist allerdings statistisch nicht viel anzufangen. Als Unterscheidungsmerkmale der sozialen Klassen sind brauchbar: Beruf, Einkommen und Lebensgewohnheiten. Bei dem Versuch, den Beruf als klassenbildendes Merkmal heranzuziehen, wird man sich darauf beschränken müssen, gewisse Typen herauszuschälen, um die sich die einzelnen Individuen mehr oder weniger dicht gruppieren, etwa folgende: obere Klasse, freie Berufe, Angestellte in leitender Stellung, sonstige Angestellte, handarbeitende Klasse. Von diesen sozialen Klassen ist die letzte am besten gegen die übrigen abgegrenzt, sie zeigt aber in sich selbst wieder eine starke Differenzierung, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß sich die Höherstehenden von den übrigen in Umgang und Lebensgewohnheiten abzusondern streben. Geht man der Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse weiter nach, so gelangt man etwa zu folgenden Typen: Werkführer oder hochgelernter Arbeiter, gewöhnlicher Geselle, halbgelernter Fabrikarbeiter, Ungelernter mit ständiger Beschäftigung, ungelernter Gelegenheitsarbeiter. Die Schwankungen und die gegenseitigen Übergänge zwischen diesen Klassen sind dabei aber nicht zu übersehen, so daß es schwer halten dürfte, die gesamte Bevölkerung zahlenmäßig auf diese Gruppen aufzuteilen.

Das 5. Kapitel „Klassifikation durch Reihenbildung" stellt den Versuch dar, das Familieneinkommen nach der Größe in eine Reihe von 7 Gruppen zu ordnen. Eine zweite Möglichkeit besteht darin, daß man die Gesamtheit der Familien nach der Methode der perzentilen Grade hinsichtlich ihres Einkommens ordnet und die Reihe etwa in 100 gleiche Teile zerlegt, so daß jedes Hundertstel eine gleiche Zahl von Familien umfaßt. Wir bestimmen dann die Einkommen an den Trennungspunkten zwischen den Stufen und ermitteln so vielleicht z. B., daß ein Familieneinkommen von 50 £ auf die 90. Stufe entfällt usw. Die unteren Einkommenstufen werden am stärksten besetzt sein. Innerhalb gewisser Stufen werden sich bestimmte Typen nach Beruf und Lebensgewohnheiten ergeben, deren ökonomische Stellung innerhalb des Ganzen auf diese Weise festgelegt ist. In Verbindung mit der Einteilung des vorigen Kapitels verspricht also die gegenwärtige Gliederung wertvolle Aufschlüsse. Innerhalb gewisser Stufen ist auch eine Überlagerung einzelner sozialer Klassen zu erwarten, wie der Landarbeiter und der städtischen Arbeiter, die in weitem Umfange derselben Einkommenskala angehören. Daraus folgt, daß diese Methode leichter anwendbar ist auf eine homogene Bevölkerungsmasse als auf ein ganzes Volk. Richtet man sein Augenmerk auf die Verteilung der Familien auf die einzelnen Stufen nach ihrer Häufigkeit, so wird sich ergeben, daß diese Zahlen in der Nähe bestimmter typischer Einkommen sich häufen, während andere Strecken schwächer besetzt sind. Die Häufigkeitskurve wird ein mehrfaches Steigen und Fallen aufweisen, und in der Umgebung der Maxima haben wir es mit typischen sozialen Klassen zu tun.

Die letzten Kapitel behandeln das „Wesen des Familieneinkommens", „Produktion und Konsumtion", „die Lebenshaltung" und den „wirtschaftlichen Fortschritt".

Bowleys Werk vermag durch die Art des Verfassers, die Probleme zu sehen und neben den Schwierigkeiten zugleich die Wege zu ihrer Lösung anzudeuten, dem Sozialstatistiker wertvolle Anregungen zu bieten.

H. Zurkuhlen (Berlin).

Vermischte Mitteilungen.

Aus den Statistischen Ämtern. Die Errichtung eines Statistischen Amtes für die Stadt Gelsenkirchen steht für 1. Januar 1920 bevor; ein solches soll auch in Buer i.W. eingerichtet werden. — Zum Nachfolger Hjelt's (siehe vor. Nr. S. 147) in der Leitung des Statist. Zentralamtes der Republik Finnland ist Dr. Martti Kovero ernannt worden.

Kritische Bemerkungen zu den Zählungen am 8. Oktober 1919. Zu solchen gibt Herrn Dr. Krziza, Direktor des Statist. Amtes der Stadt Kiel, insbesondere der den Volkszählungslisten für Preußen (und andere Länder) beigegebene „Besondere Fragebogen" Anlaß, welcher eine Adressensammlung der in den Abstimmungsgebieten geborenen, abstimmungsberechtigten Personen bezweckt. Dr. Krziza bemerkt u. a.: „Der für die Aufnahme bestimmte „Besondere Fragebogen" besagt:

> Falls der Haushaltung Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts angehören, die in den Abstimmungsgebieten von Schlesien, Ost- und Westpreußen oder Schleswig-Holstein geboren sind und das 20. Lebensjahr vollendet haben, sind nachstehende Fragen . . . zu beantworten.

Diesem Wortlaute entsprechend muß doch angenommen werden, da die Aufnahme in Verbindung mit der Volkszählung am 8. 10. 1919 vorgenommen wird, daß dies der Stichtag sei, also alle vor 8. Okt. 1899 in den Abstimmungsgebieten von Schlesien, Ost- und Westpreußen oder Schleswig-Holstein geborenen Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts einzutragen seien. Aber nein — durch eine Mitteilung des Herrn Präsidenten des Preuß. Stat. Landesamts vom 10. 9. 19 als „Anweisung für die Zähler der Abstimmungsgebiete" wird, gewissermaßen als Anhang, bekanntgegeben, daß in den „Besonderen Fragebogen" alle Personen männlichen oder weiblichen Geschlechts einzutragen sind, die in den Abstimmungsgebieten von Schlesien, Ost- und Westpreußen oder Schleswig-Holstein vor dem 1. Januar 1901 geboren sind. Also — der „Besondere Fragebogen" enthält keinen Stichtag; maßgebend soll der anderweitig festgesetzte auf dem Fragebogen mit keinem Worte erwähnte 1. Januar 1901 sein."

Auch befürchtet Kr. eine große Unvollständigkeit der Adressensammlung, weil infolge des Fehlens einer Frage nach dem Geburtsort in der Haushaltungsliste selbst es keine Möglichkeit einer Kontrolle gibt.

Übersichtlicher Tabellendruck. Schon mancher wird öfter die Erfahrung gemacht haben, daß es gar nicht schaden kann, mitunter in verstaubten Statistiken früherer Generationen zu schmökern. So war auch ich dem Zufall dankbar, der mich zu den älteren Jahrgängen der sächsischen Eisenbahnstatistik führte. Ich fand da nicht nur u. a. eine Reihe origineller Kartogramme zur Verkehrsstatistik, auf die ich demnächst in Elsters Jahrbüchern für Nationalökonomie kurz zu sprechen komme, sondern auch eine Eigenart des Tabellendrucks, die wohl nicht nur mir bisher unbekannt gewesen sein dürfte. In den umfangreichen Tabellen über Verkehrsverbindungen zwischen den Stationen im Personenverkehr sind gewisse wage- und senkrechte Zahlenreihen dadurch hervorgehoben, daß man sie streifenförmig mit hellgrüner Farbe überdruckte. Die Lesbarkeit wird durch die leicht durchsichtige Tönung in keiner Weise geschädigt, die Übersicht aber aufs wohltuendste erhöht. Wer sich davon überzeugen will, schlage etwa den Statistischen Bericht über den Betrieb der unter sächsischer Staatsverwaltung stehenden Staats- und Privateisenbahnen im Jahre 1872 im IV. Abschnitt auf. Daselbst ist außerdem ein zweites, heute kaum übliches Verfahren angewendet: gewisse Zahlen selbst in abstechender Farbe (blau) zu drucken. Offenbar sind die beiden Anwendungsarten mehrerer Druck-

Digitized by Google

farben erheblich deutlicher als der Gebrauch von zweierlei Schrifttypen. Freilich verlangen sie sehr viel umständlicheren Druck und sind deshalb in den meisten Fällen nicht anwendbar. Immerhin möchten sie vielleicht doch hier und da wohl berechtigt sein. *W. Feld.*

Nochmals das Zitieren. Mit Recht ist wiederholt in diesen Blättern auf die seltsamen Gepflogenheiten hingewiesen worden, die mitunter im Zitieren amtlicher Statistiken beliebt werden.[1]) Leider nicht vereinzelt ist die Art, die ich unlängst in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft bei Besprechung der Burgdörferschen Familienstatistik erwähnte. Den Reiz der Neuheit dagegen scheint mir ein anderes Verfahren zu besitzen, das ich soeben in der Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge- und Krankenhauswesen finde. Seite 69 dieses seit Juli 1919 erscheinenden Blattes erwähnt Prinzing einige Berechnungen aus einem ohne Verfassernamen in der Zeitschrift des Bayer. Stat. Bureaus 1908 veröffentlichten Aufsatz über die Heilanstalten Bayerns mit den Worten: „Nach Zahn kamen in Bayern ....“ — Zahn zeichnet als Herausgeber der Bayer. Stat. Zeitschrift. Aber berechtigt das, ihn nun auch als Urheber aller ohne besondere Namensnennung in seiner Zeitschrift enthaltenen Beiträge zu zitieren? Mancher Herausgeber dürfte durchaus nicht erbaut sein, wenn man ihn für alle anonymen Artikel seines Blattes verantwortlich machen wollte. Zufällig weiß ich übrigens bestimmt, daß Zahn an jenem von Prinzing genannten Aufsatze ganz unschuldig ist; er stammt nämlich von mir.

W. Feld.

[1]) Siehe D.St.Z. 1913 S. 316 „Eine literarische Unsitte und ihr Opfer“.

Statistische Professuren. Der Mitherausgeber des D. St. Z. Dr. Würzburger hat unter vorläufiger Beibehaltung seines bisherigen Staatsamtes mit Beginn des W.-S. die ord. Professur für Statistik an der Universität Leipzig übernommen. — Prof. Dr. Ad. Günther, bisher Privatdozent an der Berliner Universität, hat daselbst eine a. o. Professur für Nationalökonomie mit Lehrauftrag für soziale Statistik erhalten. — Die neugegründete Akademie in Åbo (Finnland) mit schwedischer Lehrsprache wird einen Lehrstuhl für Statistik erhalten, dank einer Stiftung im Betrag von 500000 FM, die Professor Pontus Fahlbeck in Stockholm und seine Gattin errichtet haben. Die Stiftungsurkunde enthält in Kürze Fahlbecks Glaubensbekenntnis in der Frage der Statistik als Wissenschaft, wie er es auch im D. St. Z. 1916 Nr. 4/5 niedergelegt hat.

Eingesandte Schriften (siehe zuletzt D. St. Z. 1919, Nr. 1/2).

Årsbok, Statistisk, för Finland 1915. (669 S. u. Karte) Helsingfors 1916.
— desgl. — 1916 (703 S.) Helsingfors 1917.
— desgl. — 1917 (686 S.) Helsingfors 1918.

Bauermeister, Fr., Die Wohnweise in Groß-Berlin [Heft VI des „Handbuch Groß Berliner Wohnungspolitik“] (40 S) Berlin, Heymann 1918.

Befolkningsstatistik (Finlands off. Statistik VI. 47 II—51) (99, 68, 209, 106, 216 u. 489 S.) Helsingfors 1916—1918.

Bericht des Kaiserin Auguste Victoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche und des Organisationsamtes für Säuglingsschutz f. 1917/18 (42 S.). Charlottenburg 5.

Berichten, Statistische, Gemeente Utrecht, 2. Jg., Jan.-Dec. 1918. (93 S.)
— desgl. — 3. Jg., Jan.-Juni 1919. (80 S.)

Biedermann, E., Das Eisenbahnwesen. 3. Aufl. [Aus Natur u. Geisteswelt, Nr. 144.] (119 S.) Leipzig, Teubner. Kart. M. 2 15.

v. Bortkiewicz, L., Bevölkerungswesen. [Aus Natur u. Geisteswelt, Nr. 670.] (112 S.) Ebd. Kart. M. 2.15.

Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dez. 1910 in Österreich: Haushaltungsstatistik. [Österr. Statistik, N. F. IV. Bd., 3 H.] (33 u. 112 S.) Wien 1918.

Fehlinger, H., Die Kinderehe in Indien und ihr eugenetischer Einfluß S. Abdr. (8 S.)
—, Die Religionen in Britisch-Indien. S. Abdr. (5 S.)

Geschäftsbericht, 52., der „Nordstern“-Lebens-Versicherungs-A.-G. f. 1918 (23 S.) Berlin-Schöneberg.
—, 38., der „Nordstern“-Unfall- u. Haftpflicht-Versicherungs-A.-G. f. 1918 (15 S) Berlin-Schöneberg.

Günther, E., Wie steht es um die deutsche Volkswirtschaft? (28 S.) Leipzig, Teubner. M. —.50.

Gürtler, A., Verlorenes Bauernland (52 S.) Graz u. Leipzig, Leuschner u. Lubensky 1917.

Junk, E., Der gerichtlich Vorbestrafte im Felde (13 S.) Wien, Seidel u. Sohn.

Kaplun-Kogan, W., Russisches Wirtschaftsleben seit der Herrschaft der Bolschewiki. [Quellen und Studien des Osteuropa-Institut in Breslau. I. Abt. 1. H.] (266 S.) Leipzig, Teubner 1919.

Klezl, F., Der Aufbau der Statistik in der Staatsverwaltung Deutsch-Österreichs (65 S.) Wien, Manz u. Komp. 1919. 3 Kr.

Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt. Ihr Aufbau und ihr Wirken. Ein Bericht erstattet vom Präsidium. (169 S. u. Tafeln.) Wien, Deuticke, Herbst 1918. M. 8.—.

Krose, H. A., Kirchliches Handbuch für das katholische Deutschland. Achter Band 1918—1919. (478 S.) Freiburg, Herder.

Liefmann, R., Grundsätze der Volkswirtschaftslehre. II. Bd.: Grundlage des Tauschverkehrs. (858 S.) Stuttgart u. Berlin, D. Verlagsanstalt M. 39.—. (Besprechung des I. Bandes s. DStZ. Jahrg. 1918, Sp. 15 ff.)

Lünnemann, L., Der Geburtenrückgang im deutschen Volke, seine Entstehung und seine Bekämpfung. (24 S.) Hamm, Breer u. Thiemann 1918.

Marbe, K., Die Gleichförmigkeit in der Welt. 2. Band. (211 S.) München, Beck. M. 12.—.

Meißner, O., Wahrscheinlichkeitsrechnung. I. Grundlehren. [Mathematisch-physikalische Bibliothek, Bd. 4.] (56 S.) Leipzig, Teubner 1919. M. 1.—.
—, Wahrscheinlichkeitsrechnung. II. Anwendungen. [desgl. Bd. 33] (52 S.) Ebd., M. 1.—.

Mitteilungen, Statistische, betr. den Kanton Zürich. Heft 130: Beiträge zur Wirtschafts-Statistik [Weinernte und Milchwirtschaft 1916 u. 1917] (74 S.) Winterthur.

Mombert, P., Die Gefahr einer Übervölkerung für Deutschland (76 S.) Tübingen, Mohr.

Pohle, L., Kapitalismus und Sozialismus (168 S.) Leipzig, Teubner 1919. M. 4.—.

Rechenschaftsbericht, 87., des Obergerichtes und des Kassationsgerichtes des Kanton Zürich f. 1917. (190 S.) Winterthur 1918.

Reichs-Arbeitsblatt, Sonderheft 18: Ausländische Gesetzgebung über Berufsvereine, Einigungs-, Schieds- und Tarifwesen. (468 S.) Berlin, C. Heymann. M 20.—.
—, Sonderheft 19: Die Verbände der Arbeitgeber, Angestellten und Arbeiter im Jahre 1916 und im Jahre 1917. (65 S.) Ebd. M. 8.40.
—, Sonderheft 20: Neuere Erhebungen von Wirtschaftsrechnungen im In- und Auslande. (41 S) Ebd. M. 4.—.
—, Sonderheft 21: Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im 4. Kriegsjahr. (76 S.) Ebd. M. 7.—.

Riekes, H., Sozialismus ist gemeinwirtschaftlicher Kapitalismus. (116 S.) Leipzig, Otto Wigand 1919.

Digitized by Google

Rienhardt, A., Die Tübinger Studienstipendien und ihre Verwaltungs- u Verleihungsvorschriften. (64 S.) Tübingen, Mohr.

Rommel, Fr., Besoldungspolitik und Familienstand (48 S.) Leipzig, Quelle u. Meyer, 1918. M. 1.50.

Saitzew, M., Die Motorenstatistik, ihre Methode und ihre Ergebnisse. (275 S.) Zürich, Rascher u. Cie 1918. M. 28.—.

Schmitt, F. A., Deutschlands Stickstoffbeschaffung. (103 S.) München, A. Buchholz 1918. M. 2.40.

Schott, S., Statistische Bemerkungen zum Ergebnis der Nationalwahlen in Mannheim [Beiträge zur Statistik, 6. Sondernummer] (38 S.) Mannheimer Vereinsdruckerei 1919.

Schumacher, H., Die Nordseehäfen. (23 S.) Leipzig, Teubner. M. 1,20.

Skalweit, B., Die Landwirtschaft in den litauischen Gouvernements, ihre Grundlagen und Leistungen. (219 S. u. 2 Karten.) Jena, Fischer 1918.

Voranschlag über Einnahmen und Ausgaben der Stadt Worms f. 1919. (227 u. 150 S.)

Waffenstillstand, der. Sonderheft 12/13 der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung. (96 S.) Berlin 1919. M. 3.—.

Winkler, W., Die Totenverluste der öst.-ung. Monarchie nach Nationalitäten. (84 S. u. 15 Tafeln.) Wien, Seidel u. Sohn 1919.

Winkler, W., Berufsstatistik der Kriegstoten der öst.-ung. Monarchie. (20 S.) Wien, Ebd., 1919.

Wohnungen, die leerstehenden, in Breslau, am 13. November 1918. (4 S.) S. Abd. Breslau, Stat. Amt.

Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge und Krankenhauswesen. Herausgeber Dr. Chajes u. Geh. San.-R. Dr. Rabnow. Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. I. Jg., H. 1.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt als Mitglied unserer Direktion äußerst befähigten

Mathematiker und Volkswirtschaftler.

Verwaltungspraxis erwünscht, doch nicht Bedingung. Gutes Dispositionstalent und Fähigkeit zur durchaus selbständigen Leitung größeren Betriebes unerläßlich. Die Position ist dauernd und sehr entwicklungsfähig.

Gefl. nur ganz ausführliche Angebote mit dem Vermerk „vertraulich" an die

Direktion der Anhaltischen Spar- und Darlehns-G. m. b. H.

Leipzig, Frankfurterstraße 6.

Bevölkerungswesen

Von L. v. Bortkiewicz

a. o. Professor an der Universität Berlin

(Aus Natur und Geisteswelt Bd. 670.) Kart. M. 1.75, geb. M. 2.15

Eine klare und übersichtliche, keine statistischen und nationalökonomischen Kenntnisse voraussetzende Darstellung der Bevölkerungsstatistik, verbunden mit einer geschichtlichen Darstellung der Bevölkerungslehre, vom Zeitalter des Merkantilismus bis zur Gegenwart, unter besonderer Berücksichtigung der neuesten Reformprojekte zur Bekämpfung der künstlichen Beschränkung der Kinderzahl sowie zur Ausgleichung der durch den Krieg verursachten Menschenverluste.

18

Individuum und Gemeinschaft

Grundfragen der sozialen Theorie und Ethik

Von Professor Dr. Th. Litt

Geheftet M. 7.-, gebunden M. 9.-

Von den Erfahrungen und Bedürfnissen des praktischen Lebens ausgehend, sucht der Verfasser das überreiche soziologische Erfahrungsmaterial der Gegenwart, insbesondere der jüngsten gesamteuropäischen Krisis, mit Hilfe der Erkenntnismittel, die die fortschreitende Entwicklung des sozial- und kulturphilosophischen Denkens geschaffen hat, zu ordnen und zu deuten und für die soziale Selbsterfassung und Selbstleitung nutzbar zu machen.

14 Auf sämtliche Preise Teuerungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Herausgegeben von

Dr. **Eugen Würzburger**
Geheimer Regierungsrat, Direktor des Sächsischen Statistischen Landesamtes in Dresden,
o. Professor a. d. Universität Leipzig

in Verbindung mit

Dr. **Hans Platzer**
Regierungsrat, Mitglied des Statistischen Reichsamtes
in Berlin

Dr. **Wilhelm Morgenroth**
Professor, Direktor des städtischen Statistischen
Amtes in München

Zwölfter Jahrgang

1920

Verlag von B. G. Teubner, Leipzig und Berlin

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis zum XII. Jahrgang.

(Ein Inhaltsverzeichnis nach Buchstabenfolge zum I. bis VIII. Jahrgang findet sich in Jahrgang VIII.)

Aufsätze.

Seite

W. Feld, Die Statistik als Wissenschaft . 1
W. Grävell, Methodisches zum Geburtenrückgangsproblem 3
v. Tyszka, Nochmals: Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik 7
Ph. Schwartz, Das Statistische Amt der Stadt Riga und der Krieg 7
O. Kürten, Die Organisation des statistischen Quellennachweises 41
Fr. Zizek, „Personen" und „Fälle" . . 49
W. Feld, Nochmals: „Methodisches zum Geburtenrückgangsproblem" 51
A. Agthe, Amtliche Lohnstatistik 73
W. Winkler, An der Wiege der tschechoslowakischen Statistik 77
G. v. Mayr, Zu P. E. Fahlbecks 70. Geburtstag 105
R. Meerwarth, Über Teuerungsstatistik und Indexziffern 107
Ph. Schwartz, Geldentwertung und Wirtschaftsstatistik 121
W. Grävell, Die Behandlung der Nebenberufe in den Berufszählungen 133
P. Riebesell, Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung 139
Fr. Burgdörfer, Die Personalausgaben im Bayerischen Staatshaushalt 153

Aus der statistischen Literatur.

I. Bevölkerungsstand.

Außerordentliche Volkszählung in Österreich 15
Bevölkerungsverteilung in Schweden . . . 15
Familienstatistik 53
Die Zunahme der Körpergröße 137

II. Berufsstatistik.

Deutsche und österreichische Berufsstatistik 16
Zur statistischen Erfassung der Frauenarbeit 85, 139

III. Bewegung der Bevölkerung.

Zur Bevölkerungspolitik 16
Verhältniszahl der Unehelichen bei der Geburt und später 55
Korrelation der Heiraten mit den Geburten und den Roggenpreisen 56
Heiratstafeln 57
Die Ermittelung der Säuglingssterblichkeit in Kriegszeiten 59
Vermißte Heeresangehörige 87
Kindersterblichkeit im Kriege 87
Zur Berechnung der Säuglingssterblichkeit in und nach Kriegen 88
Das Geschlecht bei Zwillingsgeburten . . 89
Nachholung von Eheschließungen 111
Änderungen im Geschlechtsverhältnis der Geborenen? 140

IV. Todesursachenstatistik.

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Kriegswohnungszählungen in Sachsen . 17
Bebauungs- und Wohnungsverhältnisse in Frankfurt a. M 59
Die Reichswohnungszählung im Mai 1918 . 141
Zur schweizerischen Grundbesitz- und Wohnungsstatistik 144

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Indexziffern — eine demokratische Forderung 18
Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im 4. Kriegsjahre 61
Ein Beitrag zur Konjunkturkunde . . . 62

VII. Vermögen und Einkommen.

Seite

Einkommensentwicklung in Breslau in den letzten 30 Friedensjahren 145
Die Besoldungsverhältnisse der österreichischen Beamten 1914—1920 146

VIII. Grundbesitzstatistik.

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik . 19
Landwirtschaftliche Gesamtstatistik für Preußen 112
Die kriegswirtschaftlichen Erhebungen über Ernteflächen und Ernteertrag 147

X. Gewerbestatistik.

Die Motorenstatistik 20
Die Zähleinheit der gewerblichen Betriebsstatistik 62
Die Entwicklung des Buchdruckgewerbes . 148

XI. Statistik der öffentlichen Gewerbebetriebe.

XII. Handels- und Verkehrsstatistik.

XIII. Statistik des Bank-, Geld- und Kreditwesens.

XIV. Arbeiterstatistik

(einschl. Arbeiterversicherung).

Arbeitslosenzählung in Deutschösterreich . 22
Zur einheitlichen Gestaltung der Lohnstatistik der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden 91

XV. Versicherungsstatistik.

XVI. Statistik der Verbände, Gesellschaften und Genossenschaften.

Genossenschafts-Verbandsstatistik 23

XVII. Kirchen- und Konfessionsstatistik.

XVIII. Wahlstatistik.

Die Verteilungssysteme der Verhältniswahl 25

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Statistische Gesundheitsämter 26
Bemerkungen zur Reform der deutschen Bevölkerungs- und Gesundheitsstatistik . . 93
Zur Gesundheitsstatistik 112
Statistik der Geschlechtskranken 149

XX. Polizeistatistik.

Statistik des Fürsorgewesens 27

XXI. Armen- und Wohltätigkeitsstatistik.

XXII. Statistik des Unterrichts- und Bildungswesens; Presse.

XXIII. Justizstatistik.

XXIV. Finanzstatistik.

Badische Steuerstatistik 28

XXV. Statistische Sammelwerke.

Seite

Arbeiten des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg 30
Über den wirtschaftlichen Aufstieg Elsaß-Lothringens in den letzten 40 Jahren . . 151

XXVI. Sonstige statistische Quellenveröffentlichungen.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Kiskalt, Karl, Einführung in die Medizinalstatistik in praktischen Übungen zur Benutzung in Kursen und zum Selbstunterricht 31
Deutsche und ausländische Lehrbücher der Statistik 63
Meerwarth, Rudolf, Einleitung in die Wirtschaftsstatistik 94
Ein Amtsjubiläum 95
Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien 113
Deutsche Statistische Gesellschaft 152

Vermischte Mitteilungen.

Aus der Schriftleitung 31
Aus den Statistischen Ämtern 31
Statistische Lehrstühle 31, 65, 100
Die Deutsche Statistische Gesellschaft als Vorbild 32
Spalte oder Zeile 32
Berufsausbildung der Statistiker 65
Heinrich Schwiening † 65
Die Logarithmenpapiere 66
Ein Reichsbund der Studierenden der Staats- und Wirtschaftswissenschaften 67
Veränderungen bei den Statistischen Ämtern 95, 115, 153
Ausgelöste Versicherungsstatistik 101
Die Unterscheidung nach der Religion in der Statistik der Bevölkerungsbewegung 101
Veröffentlichungs-Ersatz 102
Schweizerische Fachliteratur 102
Deutsche Statistische Gesellschaft . . 73, 115
Ein neues Organ für Statistik 115
Die Steinachsche Verjüngungsmethode und die Statistik 116
Ein Statistisches Bezirksamt 153
Ausländische Statistische Ämter 153
Die Organisation der Reichsstatistik in Sowjet-Rußland 153
Luigi Bodio 153
Zuverlässigkeit der Alters-Selbstangaben? . 153
Weitere Vorschläge zur Druckersparnis . 154

Bibliographie.

Bibliographie der Kriegsstatistik . . 33, 155

Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften u. Quellenwerke.

67, 101

Eingesandte Schriften.

117

Fragekasten.

Uneheliche Geburtsziffer 89
Haushaltungsbücher für Beamte 71
Stellenvermittlung der D. St. G. 119
Ermittlung von Durchschnittslöhnen . . 159

Digitized by Google

6349R

Nr. 1/2 12. Jahrgang Januar/Februar 1920

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeigen: 1/1 Seite M. 275.—, 1/2 Seite M. 150.— 1/4 Seite M 85.—, zweigespaltene Zeile M. 2.30. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger

Professor, Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

In Verbindung mit

Dr. Hans Platzer

Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth

Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Die Statistik als Wissenschaft*, S. 1. — *Methodisches zum Geburtenrückgangsproblem*, S. 3. — *Nochmals zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik*, S. 7. — *Das Statistische Amt der Stadt Riga und der Krieg*, S. 7. — *Aus der statistischen Literatur:* Außerordentliche Volkszählung in Österreich, S. 15. — Bevölkerungsverteilung in Schweden, S. 15. — Deutsche und österreichische Berufsstatistik, S. 16. — Zur Bevölkerungspolitik, S. 16. — Die Kriegswohnungszählungen in Sachsen, S. 17. — Indexziffern — eine demokratische Forderung, S. 18. — Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik, S. 19. — Die Motorenstatistik, S. 20. — Arbeitslosenzählung in Deutschösterreich, S. 22. — Genossenschafts-Verbandsstatistik, S. 23 — Die Verteilungssysteme der Verhältniswahl, S. 25. — Statistische Gesundheitsämter, S. 26 — Statistik des Fürsorgewesens, S. 27. — Badische Steuerstatistik, S. 28. — Arbeiten des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg, S. 30. — Theorie und Lehrbücher der Statistik (K. Kiaer), S. 31. — *Vermischte Mitteilungen:* Aus der Schriftleitung, S. 31. — Aus den Statistischen Ämtern, S. 31. — Statistische Lehrstühle, S. 31. — Die Deutsche Statistische Gesellschaft als Vorbild, S. 32. — Spalte oder Zeile, S. 32. — *Bibliographie:* 25. Bibliographie der Kriegsstatistik, S. 33. — *Fragekasten*, S. 39.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Nummern in 6 Heften. Um für die außergewöhnliche Steigerung der Herstellungs- und allgemeinen Unkosten, die aller Voraussicht nach auch weiterhin anhalten wird, wenigstens zum Teil einen Ausgleich zu schaffen, hat sich die Erhöhung des Bezugspreises nicht länger vermeiden lassen. Er beträgt vom 1. Januar 1920 ab halbjährlich M. 10.—.

Die Statistik als Wissenschaft.

Von Dr. Wilhelm Feld.

Zu dieser alten Streitfrage nimmt neuerdings Ferd. Tönnies im „Weltwirtschaftlichen Archiv" (Juli 1919) Stellung gegen Georg v. Mayr. Wie sich's bei einem Forscher vom Range des Meisters von Eutin von selbst versteht, darf sein Aufsatz die Beachtung aller Statistiker beanspruchen, die überhaupt noch wissenschaftliches Leben haben. Da er aber leider in einem uns sonst wenig interessierenden Blatte erschienen ist — die Frage schärferer „Arbeitsteilung" zwischen den gelehrten Zeitschriften verdiente wohl ernste Erörterung — mag ein kurzer Hinweis hier sich rechtfertigen, der aber keineswegs das Lesen des Aufsatzes selbst ersetzen will.

„Seit 70 Jahren wird gestritten, ob es eine Wissenschaft gebe, die der Name Statistik decke; wird mit allem Nachdruck behauptet, sie sei lediglich eine Forschungsmethode. Und ohne Zweifel ist im Sprachgebrauch sogar die im Wort anklingende Erinnerung an den Staat verschwunden, dagegen die geschichtlich spätere Verbindung mit der Zahl allein herrschend und anscheinend unüberwindlich geworden, so daß dann wieder aus der Methode eine besondere Wissenschaft als Zweig der Mathematik hervorsprießen will. Im Ausland ist diese Auffassung herrschend geworden, und man beunruhigt sich nicht weiter darüber. Dagegen ist in Deutschland gerade in den letzten Jahren der Streit wieder aufgelebt und wird mit großem Eifer gepflegt." — Leider geht T. auf die Ausgestaltung der statistischen Methodik zu einer eigenen Wissenschaft nicht näher ein; vielleicht hätte er sonst zugegeben, daß es sich dabei längst nicht nur um mathematische Fragen handelt (die freilich auch erheblich mehr als bisher — wenigstens in Deutschland — behandelt werden müssen). In welcher Richtung die statistische Methodenlehre vertieft werden muß, habe ich in meinen wiederholten Ausführungen über die Aufgaben statistischer Laboratorien angedeutet.

Auch zu dem Gegensatz zwischen statistischen „Produzenten" und „Konsumenten" nimmt Tönnies keine Stellung. Hinsichtlich der ersteren begnügt er sich mit der Bemerkung, den Statistiker, wie er heute verstanden wird (als Vertreter der statistischen Methode) interessiere die Zahl der von ihm zu ermittelnden Begebenheiten oder Zustände als solche, ganz gleich in welchem Lande, in welcher Stadt, gleichgültig für welche verschiedenen Wissenschaften die Ergebnisse Bedeutung haben mögen. (S. 20 des Sonderabdrucks). Mayr dagegen brauche die Daten für seine „exakte Gesellschaftslehre"; nur um diese sei es ihm zu tun. Jenes bloße Umgehen mit Zahlen werde bei Mayr dadurch zu einer besonderen Wissenschaft, daß es auf „soziale" Massen eingeschränkt wird.

Gegen diese Auffassung von der Statistik als der Wissenschaft von den sozialen Massen wendet Tönnies ein, daß sie fälschlicherweise ihren Begriff der Statistik einem durchaus oberflächlichen Sprachgebrauch zuliebe an die unechte Vorstellung einer Statistik benannten „Methode" angeknüpft habe. Man dürfe nicht aus einer Methode durch eingeschränkte Anwendung eine Wissenschaft machen; eine Wissenschaft von den sozialen Massen, als Anwendung einer Methode, die für alle Arten von Massen gelten soll, auf eine bestimmte Art von Massen sei ein logisches Monstrum. (S. 23) Man dürfe aber auch nicht eine Wissenschaft von Tatsachen grundsätzlich auf Verwertung von Zahlen beschränken. Zahlen seien immer nur Erkenntnismittel und bedürften der Kontrolle durch andere Erkenntnismittel, welche überhaupt zur Erfüllung des zumeist lückenhaften Bildes gehören, das sonst die Zahlen gewähren. Wenn Statistik eine Wissenschaft sein will, so darf sie sich nicht gegen irgendein Mittel der Erkenntnis ihres Gegenstandes versperren; sie kann m. a. W. keine Wissenschaft von bloß zählbaren Massen sein. (S. 21.) — G. v. Mayr's Werk selbst — dem übrigens T. mit Recht Worte höchsten Lobes und aufrichtiger Bewunderung zollt — sei denn auch fast ausschließlich eine international vergleichende Darstellung und Analyse der Ermittlungen amtlicher Statistiken. Eine allgemeine, auf Erfahrung begründete Wissenschaft vom sozialen Leben oder gar von den sozialen Massen (also von den Massenerscheinungen der Eheschließung, der Ehescheidung, des Selbstmordes, des Verbrechens) werde nicht erreicht. Sie sei auch höchstens für einzelne Oberflächen dieser Erscheinungen erreichbar.

Digitized by Google

Tönnies selbst will wieder „die echte alte Statistik" im Sinne der „Staatenbeschreibung" als beschreibende Staats- und Gesellschaftswissenschaft. Er zeigt an dem Beispiele von Wappaeus und Maurice Block — er hätte auch auf die wertvollen Abschnitte in Ratzels Anthropogeographie hinweisen können, wie überhaupt in dieser Beziehung viel von der Geographie zu erhoffen ist[1]) — daß der Sinn der echten alten Statistik niemals völlig verloschen sei. Vor allem aber dürfe man nicht vergessen, daß aus deren Sinn und Geist die statistischen Ämter und die amtliche Statistik hervorgegangen sind, die ihn noch heute verkörpern, wenn sie auch aufgehört haben, sich anderer Darstellungsmittel als der Zahlen zu bedienen.[2]) Im Gegensatz zu Mayr habe den richtigen Weg Wappaeus gewiesen, wenn er die statistische Wissenschaft in zwei Teile schied als Statistik des wirklich bestehenden Staates und als allgemeine vergleichende Statistik. Tönnies würde lieber sagen: die eigentliche Statistik als Beschreibung der sozialen Zustände eines Landes (und ihrer Veränderungen) gehe über in den Versuch einer Erklärung dieser Zustände mittels Vergleichung. An diese Vergleichungen und Zusammenstellungen könne die Idee einer allgemein menschlichen „Statistik" anknüpfen, welche versuchen würde, diejenigen Beobachtungen über das menschliche Zusammenleben, die sich überall bewähren, als allgemeine, induktiv gewonnene Wahrheiten festzustellen. Das wären dann Lehrsätze der empirischen Soziologie, zumal wenn ihre allgemeine Geltung aus inneren und äußeren Gründen wahrscheinlich wäre. In dieser Richtung lägen auch Mayrs Ergebnisse (S. 21).

So sehr diese Beweisführung mir einleuchtet und auch meinen eigenen Erwägungen zum Teil entgegenkommt, so empfinde ich dadurch doch nicht die Vorliebe widerlegt, die ich stets für die Bemerkung unseres Altmeisters v. Mayr gehabt habe: es bestehe ein primäres wissenschaftliches Bedürfnis der Konzentration des gesamten statistisch gewonnenen neuen Wissens von der Gesellschaft in einer Disziplin, d. i. in der Wissenschaft der Statistik.[3]) Und vielleicht empfinden auch andere nur praktische Statistiker den Wunsch, der sich mir als erkenntnistheoretischem Laien aufdrängte: daß Tönnies gerade diesen Satz Mayrs mehr in die Mitte seiner Erörterungen gerückt hätte. Weniger etwa vom allgemein logischen Standpunkt und von einem idealen Zustand wissenschaftlicher Forschung aus ihn beurteilend, als vielmehr die praktischen Grenzen und Möglichkeiten berücksichtigend, welche der wissenschaftlichen Arbeit auf absehbare Zeit hinaus hier noch gezogen sind. Ich meine, auch wenn wir durchaus anerkennen, daß das bloß statistische, d. h. durch Zahlen gewonnene Wissen nicht genügt, vielmehr auf Schritt und Tritt der aus anderen Erkenntnismitteln zu holenden soziologischen Vertiefung bedarf, selbst dann müßten wir herzlich froh sein, zunächst einmal die bloß statistischen Ergebnisse systematisch gesammelt und auf ihre statistisch-methodische Zuverlässigkeit kritisch gewürdigt zu sehen. Das ist zum mindesten eine sehr wertvolle Vorarbeit, der man weder ihren praktischen Nutzen noch ihre Wissenschaftlichkeit absprechen darf, wenn man sie auch nicht als eigene Wissenschaft gelten zu lassen braucht. Selbst wenn man persönlich den anderen Weg zur wissenschaftlichen Ausbeutung vorzieht, welcher von der allgemein soziologischen Problemstellung ausgehend die für die Sonderfrage benötigten Zahlen *ad hoc* aussucht. Ich würde beide Wege für berechtigt halten und bei dem letzteren nicht die Gefahr übersehen mögen, daß die soziologischen Benutzer der Statistik nach der bisherigen Erfahrung leider nur zu oft nicht genügend statistisch geschult sind, sei es, daß sie die vorhandenen Leistungen der amtlichen und privaten Statistik nur unzulänglich kennen, sei es, daß sie die Zahlen zu wenig kritisch verwenden oder nicht hinreichend auf ihre Zuverlässigkeit (Methodik der Aufbereitung des Zählgutes, Erhebungstechnik) prüfen. Dies sind nun einmal Fragen, die langjährige Schulung und sogar besondere Veranlagung verlangen, die manchem Soziologen sicherlich abgehen. Tönnies freilich besitzt diese Eigenschaften, und deshalb vielleicht unterschätzt er die Schwierigkeit des Problems.

Vielleicht wäre dieses auch gefördert worden, wenn Tönnies auf die interessanten Ausführungen von O. Spann über die methodologische Bedeutung der Statistik (in seinem „Fundament der Volkswirtschaftslehre") eingegangen wäre.[1])

Gern hätte ich ferner erfahren, wie Tönnies zu den Einwänden steht, die ich anfangs vorigen Jahres in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" gegen die von ihm erwähnten Anregungen Schöne's für die Verwaltungsstatistik und den statistischen Universitätsunterricht gemacht habe.

Doch ich möchte nicht den Anschein erwecken, als wollte ich einem Forscher wie Tönnies etwa Lücken nachweisen oder gar an ihm nörgeln. Deshalb nur noch einen schönen Satz zum Schluß, der uns in unserer statistischen Handwerksarbeit als Ermunterung dienen kann:

„Überall wird das streng wissenschaftliche, rationale Denken dadurch bezeichnet, daß es, um zu sicheren Induktionen zu gelangen, von qualitativen Vergleichungen zu quantitativen fortschreitet, daß es also zum Messen und Zählen übergeht, wo immer und sofern die Erscheinungen solchem Verfahren zugänglich sind."

[1]) Es erscheint mir schon lange bezeichnend, daß ein so hervorragender Statistiker wie Wappaeus zugleich ein bedeutender Geograph war. (Vgl. DStZ. 1916 S. 261 Vorbereitung zum Statistikerberuf. *Schriftl.*)

[2]) Die offiziellen Begleittexte zu den amtlichen Quellenwerken erstreben übrigens mitunter auch heute noch eine bewußte Ergänzung der Zahlen. (Hierzu „Verhandlungen der dritten Mitgliederversammlung der Deutschen Statist. Ges." S. 11. *Schriftl.*)

[3]) Vgl. auch die Ausführungen von Fahlbeck DStZ. 1916 Nr. 4/5, die ungefähr zu demselben Ergebnis kommen.

[1]) [Zusatz während des Druckes.] Obgleich ein Denker vom Range Spanns längst nicht mehr nötig hat, daß man für ihn eintritt, so drängt es mich doch, bei dieser Gelegenheit die vor einigen Tagen mir zufällig bekannt gewordenen Schimpfereien zu verurteilen, mit denen ein Dr. Nickel in der Zeitschrift für die gesamten Staatswissenschaften die Spannsche Leistung glaubt abtun zu können. Eine Erwiderung verdienen sie nicht. Sie sind — jenseits aller Kritik.

Methodisches zum Geburtenrückgangsproblem.

Von Dr. W. Grävell in Berlin.

„Das volle Bild der Fruchtbarkeit wird erst dann gefunden, wenn sie in ihrer Abstufung nach den Altersverhältnissen der Eltern, kombiniert mit der Ehedauer klargelegt wird". So ist von Georg v. Mayr[1]) der Gipfel vorgezeichnet, den die Bevölkerungsstatistik erklimmen soll, um Einblick in den verwickelten Reproduktionsvorgang einer Bevölkerung zu gewähren. Allein, täuschen wir uns nicht über den Weitblick und Tiefblick, der von dort aus möglich ist! Mit der Aufstellung einer Fruchtbarkeitstafel — denn eine solche ergibt sich bei Nachgehung der angeführten v. Mayrschen Forderungen — ist noch nichts zur Erkenntnis des wirklichen Reproduktionsprozesses einer Bevölkerung, weder der Menge noch der Zeit nach, geschehen, ja nicht einmal die tatsächliche Reproduktion eines Ehepaares bestimmten Heiratsalters und bestimmter Ehedauer kann daraus erkannt werden. Dies alles wird erst in den Bereich der Erfahrung gebracht mit Hilfe einer Fruchtbarkeitstafel unter Einbeziehung der Sterblichkeit des Nachwuchses bis zur Erreichung des zeugungs- bzw. gebär-

[1]) Stat. u. Gesellschaftslehre, 2. Bd. 1897, S. 185.

Digitized by Google

fähigen Alters und in Verbindung mit Aufstellungen über die Ehehäufigkeit, über das Tempo der Reproduktionstätigkeit einer Ehe (wobei die Änderungen des Tempos von besonderem Interesse sind), über die Verschiebung der mittleren Ehedauer (diese hier nicht in dem bisher bekannten Sinne, sondern unter Berücksichtigung der mit einer Verlängerung oder Verkürzung der Dauer einer Ehe verbundenen Verschiebung in der Kinderbelastung der Gesamtzahl derjenigen Ehefrauen, die für den Reproduktionsprozeß jeweils in Betracht kommen) und über die Ledigenquote.[1]) Aus der Berücksichtigung aller der aufgeführten Momente ergibt sich der statistische Begriff der Fruchtbarkeit, und zwar ist zu unterscheiden zwischen Fruchtbarkeit einer Ehe und Fruchtbarkeit eines Volkes. „Fruchtbarkeit einer Ehe" als statistische Kategorie ist das durchschnittliche Reproduktionsresultat einer Ehe bestimmten Heiratsjahres, bestimmten Heiratsalters und bestimmter Ehedauer, bei besonderer Berücksichtigung der einzelnen Reproduktionszeiten aller Ehen dieser Art. „Fruchtbarkeit eines Volkes" als statistische Kategorie ist die jährlich das zeugungs- bzw. gebärfähige Alter erreichende Zahl der Knaben und Mädchen. (Es ist zu beachten, daß dabei die jährliche Geburtenzahl insofern von Bedeutung ist, als sie unter anderem mit von Ausschlag ist für das Ausmaß der Fruchtbarkeit [im zweiten Sinne] eines späteren Jahres.)

Es ist sofort ersichtlich, daß diese streng formulierten Fruchtbarkeitsverhältnisse durch keine der bisher üblichen Maßzahlen und keine der bisherigen Darstellungen mit absoluten Zahlen vor Augen geführt werden. Die Fruchtbarkeitstafel berücksichtigt nicht das Tempo und die Sterblichkeit. Die allgemeine Geburtenziffer verwischt alles; ihr Sinken und Steigen läßt auf nichts schließen. Ähnliches gilt von der allgemeinen und ehelichen Fruchtbarkeitsziffer; und nicht viel mehr bietet die korrigierte Fruchtbarkeitsziffer. Verwertbar werden diese Maßzahlen nur und z. T. in brauchbarster Weise bei bestimmten Annahmen. Z. B. genügt die Annahme, daß das Tempo, die Ehefrequenz und Ledigenquote konstant sind, der Altersaufbau durch Wanderungen nicht gestört wird und die voraussichtliche Gestaltung der Sterblichkeitsverhältnisse bekannt ist, um die eheliche Fruchtbarkeitsziffer zu einer ausreichenden und vergleichbaren Charakterisierung nicht bloß der „Fruchtbarkeit eines Volkes", sondern auch der einer Ehe benutzen zu können, ohne weiter auf die „Fruchtbarkeit einer Ehe" zurückgreifen zu müssen. Treffen indessen solche vorauszusetzenden Annahmen nicht zu, so liegt die Möglichkeit der Trugschlüsse auf der Hand. Und mit diesen ist leider die Geburtenrückgangsliteratur reichlich beglückt. Erst die allerneueste Zeit hat es mit sich gebracht, den beobachteten Geburtenrückgang in seine drei Hauptbestandteile aufzulösen: Geburtenersatz, Geburtenaufschub und Geburtenausfall[2]). Der Geburtenersatz resultiert aus der Einbeziehung der Sterblichkeit, der Geburtenaufschub aus der der Tempoveränderungen. Der Nachweis im einzelnen ist schwierig. Auf den Einfluß der Tempoveränderungen wird zuerst von Würzburger[3]) 1919 aufmerksam gemacht. An sächsischen Zahlen wird eine stattgehabte Pausenverlängerung nachgewiesen. Merkwürdigerweise ficht W. Feld[4]) die Folgerung daraus, daß in vielen Fällen aufgeschoben nicht aufgehoben bedeutet, an, einen Satz, dessen Inhalt nach dem Nachweis der Pausenverlängerung, den Feld anerkennt, selbstverständlich ist, und der nur insofern interessant wird, als es tatsächlich überdies noch möglich war, ein Zahlenmaterial beizubringen, das die Wirkung der Pausenverlängerung deutlich erkennen läßt. Allerdings setzt dazu das Zahlenmaterial eine Prüfung voraus. Das zur Verfügung stehende Material, obwohl eingehender als alles früher benützte, entspricht ja immer noch nicht den oben aufgestellten Forderungen. Es sind daher alle unberücksichtigt gebliebenen Momente auf ihren möglichen Einfluß auf die Gestaltung der Zahlen zu prüfen, bevor daraus Schlüsse gezogen werden können. Und es ist in der Tat arithmetisch denkbar, daß die betreffenden Zahlen der Übersicht 2 der Würzburgerschen Arbeit ihre Gestaltung durch ein anderes Moment als das der Pausenverlängerung erhalten haben können, so daß in ihnen keine Bestätigung dieser gesehen werden dürfte. Gemeint ist hier die Verlängerung der Ehedauer. Möglicherweise hat diese auch Feld bei seiner Besprechung einmal im Auge gehabt; allein er verliert sie sofort wieder. Denn sein ganzer Gegenbeweis — bei der unrichtigen Annahme, daß es in diesem Zusammenhang wesentlich auf das Verhalten der Geburten mit höheren Ordnungsnummern ankomme — gipfelt in den Worten: „In vielen Fällen (bedeutet) aufgeschoben eben doch aufgehoben". Als ob nicht Geburtenaufschub und Geburtenausfall nebeneinander existieren könnten. Der oben gemachte Einwand läßt sich indessen nicht sonderlich schwierig mit Hilfe der a. a. O. mitgeteilten Zahlen und unter Heranziehung der wahrscheinlichen Verlängerung der Ehedauer, der Ehelösungsstatistik und der ehelichen Fruchtbarkeitsziffer beseitigen. Man stößt dabei auf ein Zahlenmißverhältnis, das nur aufgelöst werden kann, wenn die Annahme, die Pausenverlängerung sei nicht im Spiel, aufgegeben wird[1]). Das aber bedeutet die Rechtfertigung der oben gemachten Anführungen.

Dem Ziele näher heißt jedoch noch nicht das Ziel erreicht. Denn hier beginnt eigentlich erst das Problem. Es kommt darauf an, zu untersuchen, zu welchen bestimmten Teilen der sogenannte Geburtenrückgang aus Geburtenersatz, aus Geburtenaufschub und aus Geburtenausfall besteht. Das Ergebnis wäre von eminenter Bedeutung. Es muß dabei zur Feststellung unbedingt auf die „Fruchtbarkeit einer Ehe" zurückgegriffen werden.

[1]) Äußere Einflüsse, also die von Wanderbewegungen sollen hier unberücksichtigt bleiben.

[2]) Hier nicht in dem Sinne, in dem Würzburger das Wort in Conrads Jahrb. 1917/II S. 544, braucht.

[3]) Zeitschrift des Sächs. Stat. Landesamtes, 1918/19, S. 90 flg.

[4]) Archiv f. soz. Hyg. u. Demogr., 13. Bd., 3. Heft, S. 311.

[1]) Der Nachweis läßt sich wie folgt führen: An 2. Geburten fanden in Sachsen mit einem Abstand von der Eheschließung von 10 bis 18 Monaten in dem Jahrpaare 1901/02 20 693, in dem Jahrpaare 1911/12 nur 14 379, also 32,77 % weniger statt; mit einem Abstand von 2 bis 20 Jahren waren die Zahlen 20 570 bzw. 22 100. Hätte für letztere Geburten das gleiche Absinken stattgefunden wie für die Geburten mit kürzeren Abständen, so hätten nur 13 829 Geburten stattfinden dürfen. In der Annahme, daß die Herabminderung der Fruchtbarkeit sich bei allen Altersklassen gleichmäßig bemerkbar gemacht hat (sicherlich ist diese bei den höheren Altersklassen sogar stärker gewesen) und daß sich die Pausenverlängerung in den aufgeführten Zahlen nicht ausdrücken könne, müßten demnach 8271 (= 22 100 weniger 13 829) 2. Geburten auf das Konto Verlängerung der Ehedauer gesetzt werden. Diese Zahl stellt ein Minimum dar, da ja die Verlängerung der Ehedauer auch bei den Geburten mit kürzerem Abstand wirksam gewesen sein muß, das Absinken durch verminderte Fruchtbarkeit (im Sinne von Erniedrigung der korrigierten Fruchtbarkeitsziffer) also sogar größer als 32,77 % gewesen sein wird. Bei der Annahme, daß die mittlere Ehedauer 1902 bis 1911 um zwei Jahre zugenommen hat (tatsächlich ist die Zunahme nicht so groß), hätten zufolge dieser Verlängerung im Jahre 1911 ca. 30 000 Ehen, bei denen der Mann bzw. die Frau als lösender Teil noch nicht über 60 Jahre alt waren (siehe Sächs. St. L. A. Z. 1912, S. 215) mehr bestanden als 1902. Diese aber hätten bei einer ehelichen Fruchtbarkeitsziffer von 15,22 % (siehe Sächs. Stat. Jahrb. 1914/15, S. 50) etwas über 4500 Geburten hervorgebracht. Nach obigem entfiel aber auf das Jahr 1911 allein an 2. Geburten ein Mehr von $^1/_2 \cdot 8271$, d h. von ungefähr 4000. Trotz überall für den vorliegenden Fall ungünstiger Annahmen also noch ein Mißverhältnis.

Digitized by Google

Eine Einschätzung des Wertes eines Geburtenrückganges ist nur nach dieser Feststellung möglich. Ist doch Geburtenersatz vom populationistischen Standpunkte aus gleichbedeutend mit tatsächlichen Geburten, vom ökonomischen mit Gewinn; Geburtenaufschub mit Geburtenausfall von lediglich vorübergehendem Ausmaß, während allein der Geburtenausfall bedenklichen Charakter trägt.

Vorläufig schwebt über der in der Würzburgerschen Arbeit aufgeworfenen Frage noch völliges Dunkel. Das Problem des Geburtenrückgangs war leider bisher fast durchgängig ein Arbeitsfeld, das nur an der Oberfläche umgepflügt und durchwühlt wurde. Methodisch ungenügende Durchdringung gestattete kein tieferes Furchen. Dazu auch hier wieder wie so oft in der Statistik das Obwalten nicht ausreichender Abgrenzungen statistischer Begriffe. Es sollte mehr, als bisher geschehen, versucht werden, alle für die Statistik wesentlichen Begriffe, wie z. B Fruchtbarkeit, Familie, Haushalt, Wohnung usw. als statistische Kategorien festzulegen. Was damit gewonnen würde, wird jedem Statistiker sofort bewußt sein.

Nochmals: Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik.[1])

Ein „Schuldbekenntnis" von Prof. Dr. v. Tyszka.

Leider muß ich nochmals diesen verfehmten Titel wählen, auf die Gefahr hin, neue Enttäuschungen zu bereiten. Es tut mir ja aufrichtig leid, daß Herr Min.-Sekr. Dr Winkler an meinem kleinen Artikel so wenig Freude und so viel Verdruß gefunden hat. Ich bekenne meine Schuld auch unumwunden und kann höchstens auf „mildernde Umstände" plädieren. Denn, um zum ersten Monitum zu kommen: Ich habe mich des Vergehens des Gebrauches eines irreführenden Titels schuldig gemacht. Ich überschrieb meinen kleinen Aufsatz: „Zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik", mein gestrenger Herr Kritiker las aber zwischen den Zeilen, mich sehr überschätzend: „Neues zur Methodik der Lebenshaltungsstatistik." In aller Bescheidenheit: das habe ich wirklich nicht gemeint, so pretentiös wollte ich nicht auftreten. Nur einige mir wichtig scheinende allgemeine Fragen wollte ich behandeln; aber selbst das ist mir nach der Meinung des Herrn Dr. Winkler nicht geglückt. Denn gleich folgt ein zweites scharfes Monitum: Ich habe wichtige Probleme, die unter anderem W. Schiff mehrfach behandelt, mit denen sich auch mein Herr Kritiker im besonderen beschäftigt hat, nur ganz flüchtig gestreift, „so daß ich davon in dem fernstehenden Leser kaum eine Ahnung erweckt hätte" Stimmt. Aber meine Arbeit war auch nur ein Zeitschriftenartikel, der schon die stattliche Länge von fast 10 Seiten hatte. Hätte ich mich auch noch in diese Probleme vertieft, ohne die von mir berührten zu vernachlässigen, so wäre meine Arbeit weit über den zulässigen Raum eines Zeitschriftenaufsatzes herausgewachsen, und die freundlichen Leser des „Deutschen Statistischen Zentralblattes" wären wohl kaum sehr erbaut gewesen, in der betreffenden Nummer fast ausschließlich „Lebenshaltungsstatistik" vorgesetzt zu erhalten. Es ist eben schwer, es jedermann recht zu tun Im übrigen habe ich die von Schiff und Winkler erörterten Probleme nicht als die allerwichtigsten, oder gar die Universal-Probleme der Lebenshaltungsstatistik angesehen. Mir schienen die von mir in den Vordergrund gestellten Fragen mindestens in gleicher Weise wichtig, wenn nicht bedeutungsvoller, da sie meines Erachtens allgemeiner und grundlegender Natur sind, insofern ihre Erörterung an die erste Stelle zu treten hat. Darüber mag man verschiedener Ansicht sein. Nun — jetzt habe ich mich eines besseren belehren lassen.

Betreffs des dritten Monitums muß ich aber ernstlich um Berücksichtigung „mildernder Umstände" bitten: denn hier liegt weiter nichts vor als ein offenbares Mißverständnis — natürlich nur von meiner Seite. Wir — wenn ich mir erlauben darf, meine Wenigkeit mit der Person meines gestrengen Herrn Kritikers in einem Atem zu nennen — sind beide der Meinung, daß die Haushaltungsstatistik — ich werde nicht mehr Lebenshaltungsstatistik sagen, trotzdem bisher meines Erachtens die Erfassung der Lebenshaltung doch das Endziel ist —, ein schwieriges Gebiet ist, das die Allgemeinheit ihrer Erhebungen ausschließt. Ich bemerkte dazu nur bescheiden, daß eben gerade dies die Haushaltungsstatistik von der Bevölkerungsstatistik und Wohnstatistik unterscheidet. Herr Dr. Winkler hat das gleiche nur mit anderen Worten ausgedrückt. Hätte ich den fraglichen Passus in meiner beanstandeten Arbeit in einer für meinen Kritiker etwas verständlicheren Weise abgefaßt, so hätte ich mir wohl dieses Monitum ersparen können.

Nun aber zum vierten, letzten und schwersten Monitum. Herr Dr. Winkler fragt, welchen Zweck ich eigentlich mit meiner Arbeit verfolgte, wenn ich doch nichts neues brächte! Ganz recht, warum überhaupt Sachen schreiben, die nicht epochemachende, neue, bahnbrechende, geniale Gedanken enthalten! Bei den hohen Papierpreisen und den gestiegenen Löhnen für Satz und Druck kann dies wirklich verlangt werden. Man wird dieser wohl zeitgemäßen Forderung durchaus beistimmen müssen; sie würde aber nur — wirklich objektiv durchgeführt — ein mächtiges Zusammenschrumpfen der stolzen Zahl der wissenschaftlichen Publikationen zur Folge haben. Aus unseren vielbändigen wissenschaftlichen Zeitschriften würden dünne Heftchen werden, und auch das „Deutsche Statistische Zentralblatt" würde nach Erfüllung des Wunsches von Herrn Dr. Winkler allerhöchstens 1—2 mal im Jahre als ein einfaches Blättchen — vielleicht nur mit einem Artikel meines gestrengen Herrn Kritikers erscheinen können. Nichts für ungut; die Genialität ist nicht so dicht gesät, daß sie in jedem Zeitschriftenartikel ihren Niederschlag finden kann. Und wenn mein Herr Kritiker durch den verführerisch schönen Titel meiner kleinen Arbeit sich getäuscht sah und keinen hoch genialen Gedanken in meiner Arbeit fand, so ist das zwar sehr betrüblich, aber nicht zu ändern. Ich habe auch keine geistigen „Leckerbissen" aus der Küche eines ersten Chefs, sondern nur „gutbürgerliche Hausmannskost", so wie ich es eben verstand, vorsetzen wollen. Und vielleicht hat doch der eine oder der andere, der nicht mit solch hochfliegenden Ansprüchen an meine Arbeit herantrat, in ihr einige Anregungen zum Nachdenken über die Probleme — oder „praktische Rezepte", wie Herr Dr. Winkler es nennt, — gefunden. Dann hätte meine Arbeit trotz aller Beanstandung ihren Zweck erfüllt. Bahnbrechend auf diesem Gebiet vorzugehen war nicht meine Absicht.

[1]) Vgl. meine Artikel in Nr. 1/2, 1919 und die Entgegnung von Dr. W. Winkler in Nr. 9/10, 1919 des „D. St. Z."

Das Statistische Amt der Stadt Riga und der Krieg.

Von Dr. **Ph. Schwartz**, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Riga.

1. Die zaristische Zeit.

Das Statistische Amt der Stadt Riga war kurz vor Kriegsbeginn nach jahrzehntelanger Ruhe in eine neue Periode statistischer Hochproduktion eingetreten. Seine letzten Massenerhebungen hatten um die Wende der siebziger und achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts unter der Leitung des hochverdienten Statistikers Fr. von Jung-Stilling stattgefunden. Es handelte sich neben der baltischen Volkszählung von 1881 noch um eine Schulenquete, eine Gewerbezählung und zwei Grundstücks- und Wohnungszählungen. Seitdem waren dem Amte bis zum Jahre 1913 keine Massenerhebungen mehr über-

Digitized by Google

tragen worden. Auch die gesamtrussische Volkszählung von 1897 nahm seine Kräfte nur wenig in Anspruch, da entsprechend dem damaligen Charakter der russischen Verwaltung die Erhebung in engster Fühlungnahme mit der Petersburger Statistischen Zentralbehörde ausgeführt und namentlich die Verarbeitung unter völligem Ausschluß der örtlichen Organe vorgenommen wurde. Dagegen waren in dieser stillen Zeit andere, nicht minder wertvolle, Früchte zur Reife gelangt. Weit über die Grenzen Rigas und der Baltischen Lande hinaus sind die mit liebevoller Sorgfalt und strenger wissenschaftlicher Vertiefung ausgearbeiteten Veröffentlichungen B. von Schrencks bekannt geworden, vor allem sein großes Werk über die Bevölkerungsbewegung Rigas 1881—1911. Als dieses Buch im Jahre 1913 erschien, war auch für die so lange stillgelegte Statistik des Bevölkerungsstandes eine erfreuliche Wendung eingetreten. Die Stadtverwaltung hatte sich endlich zur Durchführung einer städtischen Volkszählung entschlossen, da die Aussichten auf die von Jahr zu Jahr verschobene Reichsvolkszählung immer unsicherer wurden. Die Leitung erhielt der Direktorgehilfe Dr. E. Stieda, da B. von Schrenck sie aus Gesundheitsrücksichten ablehnen mußte und bald darauf auch den Direktorposten Stieda überließ. Als dessen Gehilfen wurden Dr. M Praetorius und der Verfasser dieser Zeilen neu eingestellt. Die Volkszählung, mit welcher eine Grundstücks- und Wohnungszählung verbunden war, fand am 5/18. Dezember 1913 statt Eine erschöpfende Aufarbeitung war vorgesehen. Neue Erhebungen über Gewerbe-, Wohnungs- und Schulverhältnisse sollten folgen. Der Krieg hat dieses Programm nicht zur Ausführung kommen lassen. Seine erste Einwirkung bestand in einer Unterbrechung der laufenden Arbeiten — Übertragung des Inhalts der Zähllisten auf Zählblättchen, da vom Stadtamt eine schnellere Veröffentlichung der wichtigsten Bevölkerungsnachweise verlangt wurde, als sie nach dem ursprünglichen Arbeitsplane vorgesehen war Deswegen wurden ab September 1914 einige Bevölkerungseigenschaften mit Hilfe des Strichelverfahrens ausgezählt und die Ergebnisse mit kurzem, begleitendem Texte am Schlusse des Jahres in einer kleinen Broschüre in deutscher und russischer Sprache veröffentlicht. Danach nahmen die ordnungsgemäßen Arbeiten ihren Fortgang und endeten mit der Herstellung der letzten Ausdruckstabellen zu Beginn des Jahres 1917. Im Hinblick auf die wachsenden Kosten und den von Jahr zu Jahr sinkenden praktischen Wert der Volkszählungsergebnisse war auf eine Verarbeitung der Haushaltungs- und Familienstatistik, welche sorgfältig vorbereitet worden war, gänzlich verzichtet worden. Dagegen konnte eine äußerst spezialisierte kombinationsreiche Berufsstatistik bereitgestellt werden. Leider hat eine Drucklegung bisher nicht erfolgen können, obwohl das Tabellenmaterial fertig vorliegt und die aus ihm gewonnenen bevölkerungswissenschaftlichen Erkenntnisse, die namentlich auf dem Gebiete der Nationalitäten- und Sprachenstatistik einen hohen allgemeinen Wert besitzen, in einer ausführlichen textlichen Besprechung und in graphischen Darstellungen niedergelegt sind.

Während dieses Zeitraumes sind, abgesehen von leicht zu erledigenden Auskunfterteilungen, keine Kriegsaufgaben größeren Umfanges dem Statistischen Amte gestellt worden, um so bedeutendere aber dem Direktor Dr. Stieda. Sogleich nach Kriegsbeginn wurde ihm die Leitung der Versorgungsstelle für Kriegerfamilien übertragen, und am Schlusse des Jahres 1915 erhielt er den ehrenvollen Auftrag, eine städtische Kartenstelle zu schaffen. Obgleich von Deutschland, wo das Kartensystem bereits erfolgreich eingeführt war, hermetisch abgeschlossen, gelang es Stieda doch den rechten Weg zu finden. Sein System wird durch die Schlagworte: Familien- bzw. Haushaltungskarte, Bindung der Verbraucher an die Verkaufsstellen, Kombinationskarte bezeichnet. Im Februar 1916 eröffnete die Kartenstelle unter Dr. Stiedas Leitung ihre Tätigkeit. Währenddessen besorgte Verfasser die Büroleitung des Statistischen Amtes, namentlich die schwierige Anfertigung der Berufsstatistik und die wissenschaftliche Durchdringung des Zahlenstoffes. Ihm zur Seite trat im Sommer 1915 stud. rer. merc. A. Eglit, der seine Tätigkeit vor allem der Grundstücksstatistik zuwandte. Auch die umfangreiche Bibliothek des Amtes erfuhr in dieser Zeit durch den Verfasser eine grundlegende Neuordnung. Der andere Direktorgehilfe Dr. M. Praetorius war im Anfang des Krieges als Reserveoffizier in den Militärdienst einberufen worden. Er fiel im Frühling 1915 an der litauisch-preußischen Grenze, von einer deutschen Kugel tödlich getroffen.

2. Die russische bürgerliche Revolution. (März bis September 1917.)

Die neue Zeit, welche nach dem Sturze des Zarismus für Rußland anbrach, stellte die „Zeitweilige Regierung" vor eine Fülle neuer organisatorischer Aufgaben, die sie unter Heranziehung aller im Lande, namentlich in der Selbstverwaltung, vorhandenen Kräfte zu lösen suchte. Damit begann auch für das Statistische Amt der Stadt Riga und seine Beamten eine Zeit intensiver Tätigkeit. Zunächst erhielt das Amt von der neugebildeten Stadtvertretung den Auftrag, für die von der „Zeitweiligen Regierung" angeordneten Stadtverordnetenwahlen die nötigen Vorarbeiten auszuführen. Diese bestanden in einer summarischen Bevölkerungs- und Wohnungszählung im Mai und einer Registrierung der Wahlberechtigten, d. h. aller zurzeit in Riga anwesenden überzwanzigjährigen Personen beiderlei Geschlechts, im Juni. Noch vor Abschluß dieser Arbeiten wurde dem Statistischen Amte die Durchführung einer Volks-, Grundstücks-, Wohnungs- und Landwirtschaftszählung durch das Landwirtschaftsministerium übertragen, welche Anfang August stattfinden sollte. Unter Anspannung aller Kräfte gelang es in der kurzen Frist von fünf Wochen, die Vorarbeiten für die Zählung, zu denen auch eine völlige Umgestaltung der nur auf innerrussische Verhältnisse zugeschnittenen ministeriellen Erhebungsformulare gehörte, so weit zu fördern, daß ihre Durchführung zum festgesetzten Termin hinreichend ordnungsgemäß erfolgen konnte. Eine ausführliche Würdigung aller Schwierigkeiten, welche der Zählung entgegenstanden, kann hier natürlich nicht gegeben werden. Erinnert sei nur an die durch den Krieg bewirkte Abwesenheit fast aller für die Zählarbeit geeigneten Kräfte, an deren Stelle Angehörige sämtlicher politischer Parteien ohne Prüfung ihrer Verwendbarkeit berücksichtigt werden mußten, denn die Zähler wurden besoldet, ferner an die Durchsetzung der Bevölkerung mit kulturell niedrig stehenden Flüchtlingsmassen, die Schwierigkeiten, die sich beim Betreten von Wohnstätten ergaben, in welchen militärische Stellen, geheime Branntweinbrennereien, Animierkneipen, Wohngemeinschaften von Deserteuren usw. sich befanden. Die Nähe des Kriegsschauplatzes behinderte die Bewegungsfreiheit, und das Versagen der Miliz machte jedes schärfere Auftreten unmöglich. In gefährliche Konkurrenz mit der Volkszählung traten die Wahlarbeiten, die Sonderzählungen und die Agitationsarbeit der politischen Parteien und die Erhebung der von der zarischen Regierung übernommenen Einkommensteuer, deren Betrag zur Hälfte zum 1. August a. St. eingezahlt werden mußte. Dazu gesellten sich eine Ruhrepidemie — die Zahl der Todesopfer betrug im Juli gegen 500, im August gegen 700 — und ein Ausstand der Telephonangestellten, wodurch zugleich mit dem erneuten Verbote des Gebrauchs der deutschen Sprache und der ohnehin stark verminderten Zahl der Anschlüsse die Benutzung dieses für die Volkszählung ganz unentbehrlichen Verkehrsmittels so gut als unmöglich gemacht wurde.

Trotz dieser Arbeitsfülle hatte sich der außerstatistische Pflichtenkreis Dr. Stiedas inzwischen noch erweitert. Stieda befand sich unter den zur neuen provisorischen Stadtverordnetenversammlung zugelassenen acht deutschen Vertretern und war zum Mitgliede des neugebildeten Rigaer Verpflegungskomitees, welches im April das bisherige Verpflegungsamt ablöste, und zum Leiter

Digitized by Google

der Stadtverordnetenwahlen ernannt worden. Da auch stud. A. Eglit als Sekretär bei den Wahlarbeiten beschäftigt wurde, wurden die statistischen Arbeiten allein durch den Verfasser besorgt, dem nur fachunkundige Hilfskräfte zugewiesen werden konnten. Hierbei sei der Mitarbeit des Oberlehrers R. Walter dankbar gedacht.

3. Die deutsche Verwaltung.

Als am 3. September 1917 die siegreichen deutschen Truppen in Riga einrückten, waren die Materialien der Volkszählung bereits eingeliefert und die Kontrollarbeiten in Gang gebracht worden. Eine Stillegung der Arbeiten wurde glücklicherweise verhindert, da es Dr. Stieda gelang, die für eine summarische Aufbereitung erforderlichen Mittel beim Stadthauptmann Hopf, welcher im allgemeinen der wissenschaftlichen Statistik sehr ablehnend gegenüberstand, zu erwirken. Bei der sofort mit Übergehung der sachlichen Kontrolle beginnenden Aufbereitung fand natürlich die rasche, wenn auch wenig zuverlässige, Strichelmethode Anwendung. Ausgezählt wurden nur die Altersjahre und die Nationalitäten mit der üblichen Geschlechtertrennung. Weit größere Sorgfalt ward dagegen der Grundstücks- und Wohnungszählung zugewandt. Eigens dazu angestellte Kontrolleure untersuchten alle zweifelhaften Fälle, so daß die Ergebnisse der Grundstücks- und Wohnungszählung als durchaus zuverlässig bezeichnet werden können. Alle diese Arbeiten fanden zu Beginn des Jahres 1918 mit Anfertigung der Ausdruckstabellen ihren Abschluß. Eine Veröffentlichung hat bisher nicht stattgefunden. Geringe Unterbrechungen der Aufbereitungsarbeiten wurden im September und Oktober 1917 durch die vom Gouvernement Riga angeordneten Zählungen der Pferde- und Viehbestände veranlaßt, bei denen aber das Statistische Amt nur zur Anfertigung der Erbebungsformulare und zur Auszählung herangezogen wurde, während die Polizei die eigentliche Erhebung besorgte. Außerdem mußten, wie leicht verständlich, in den ersten Monaten nach der Einnahme Rigas eine große Menge von Anfragen seitens militärischer Stellen und anderer Interessenten durch das Statistische Amt beantwortet werden.

Im November ging dem Amte die Mitteilung zu, daß im Februar 1918 im Gebiete des Oberbefehlshabers Ost eine Volkszählung stattfinden werde. Sofort wurde mit den Vorarbeiten — Anfertigung neuen Planmaterials und Ausschreiben von Grundstücksverzeichnissen — begonnen, wobei die Ergebnisse der letzten Grundstücks- und Wohnungszählung äußerst wertvolle Dienste leisteten. Erhebungsformulare wurden entworfen und an die Kownoer Zentralstelle eingereicht. Indessen wurde die Zählung im Januar 1918 wieder abgesagt. Seitdem sind in diesem Zeitabschnitt dem Statistischen Amte keine größeren Aufgaben übertragen worden, so daß in den folgenden Monaten mit Hilfe der 1913er und 1917er Zählung ein Ersatz für die seinerzeit ausgefallene Haushaltungsstatistik geschaffen werden konnte.

Durch die Neuordnung des ganzen öffentlichen Lebens war Dr. Stieda eines Teiles seiner außerstatistischen Obliegenheiten enthoben worden; die Versorgungsstelle für die Kriegerfamilien wurde geschlossen, das Verpflegungswesen militärischer Leitung unterstellt und die provisorische Stadtverordnetenversammlung aufgelöst. Dagegen wurde nunmehr Dr. Stieda die stellvertretende Leitung der Zentralabteilung der Abteilung Stadt des Gouvernements Riga übertragen, auch behielt er bis zum Sommer 1918 die Leitung der Kartenstelle, so daß die statistischen Arbeiten nach wie vor durch den Verfasser mit Hilfe von stud. Eglit besorgt wurden.

Dazu wurde seit dem Dezember 1917 das leitende Personal des Amtes durch die Livland-Estland-Ausstellung in Anspruch genommen. Dr. Stieda war Glied der Ausstellungsleitung und Vorsteher der Abteilung für „Städtekunde und Bevölkerungswesen". Die Sektion „Bevölkerungs-, Grundstücks- und Wohnungsstatistik" wurde vom Verfasser bearbeitet. Als die Ausstellung im Sommer 1918 in Berlin, Hamburg und Lübeck gezeigt wurde, hielt sich Stieda mehrere Wochen in diesen Städten auf, während stud. Eglit die stellvertretende Geschäftsführung in Riga besorgte. Endlich wurde dem Verfasser im September 1918 durch den Stadthauptmann der Auftrag erteilt, eine „kurze Übersicht über die Tätigkeit der Rigaer Stadtverwaltung in den Jahren 1916 und 1917" auszuarbeiten. Derartige Veröffentlichungen waren bisher unmittelbar von der Zentralabteilung (Stadtamt) und nur in russischer Sprache ausgegangen. Der Verfasser unterzog die ihm von den verschiedenen Abteilungen eingesandten Berichte einer einheitlichen Redaktion und fertigte einen Bericht über die Tätigkeit des Statistischen Amtes für diesen Zeitraum an. Am Schlusse des Jahres waren die Arbeiten nahezu vollendet. Ihren Abschluß verhinderte der völlige Umschwung aller Verhältnisse, welcher mit der Errichtung der sozialistischen Räterepublik Lettland nach der Einnahme Rigas durch die rote Armee am 3. Januar 1919 eintrat.

4. Die sozialistische Räteregierung Lettlands.

So entsetzlich die Rätemacht während der fünfmonatigen Dauer ihrer Herrschaft auf Riga gelastet hat, für die örtliche Statistik bedeutete sie, äußerlich betrachtet, die fast restlose Erreichung eines Idealzustandes. Mit der Liquidation der ganzen Selbstverwaltung und der Schaffung eines zentralen Regierungsorganes: des Arbeiterdeputiertenrates, wurden die statistischen Stellen aus der oft recht drückenden Abhängigkeit von den verschiedenen Körperschaften — Stadtverwaltung, Ritterschaft, Börsenkomitee —, an welche sie bisher gebunden waren, gelöst und im unverzüglich errichteten Kommissariat (Ministerium) für Statistik konzentriert. Die bisherige Raumknappheit, unter welcher besonders das städtische Statistische Amt stets zu leiden gehabt hatte, machte einem Raumüberflusse Platz, da die geradezu unabsehbaren Gelasse des Rigaer Schlosses, in welchem das Kommissariat seinen Sitz nahm, ihre Tore öffnen mußten. Geldmittel, die namentlich während der Kriegszeit nur für die allernotwendigsten Zwecke bewilligt worden waren, standen plötzlich dank der Tätigkeit der russischen und lettländischen Notenpresse in unbegrenzter Fülle zur Verfügung. Der Beamtenetat wuchs ins Ungemessene. Während früher das Amt in Zeiten höchster Anspannung nie mehr als 40 Angestellte beschäftigt hatte, arbeiteten nunmehr deren 90, im ganzen Kommissariat 300, wobei das Mindestgehalt erst 400, dann 600 Rubel betrug. Und was das wichtigste war: die statistische Wißbegier brauchte nicht mehr vor den persönlichen Interessen der Zensiten haltzumachen, denn der ganze unheimliche Machtapparat der Räteregierung gab ihren Wünschen Nachdruck und zwang zu unbedingter Bekenntnispflicht. Wer sich nicht fügte, dem wurde Bestrafung nach der „ganzen Strenge der Revolutionsgesetze" angedroht. Die Fragestellung drang oft inquisitorisch in allerlei intime Einzelheiten ein, so beispielsweise auf dem Gebiete der Industrie- und Wohnungsstatistik. Man suchte nicht mehr allein den statistischen Massenausdruck; wo es für gut befunden wurde, durchbrach man die Schranken, welche bisher das Individuum vor staatlichen Nachforschungen verborgen hatten.

Diese grundlegende Umgestaltung des statistischen Dienstes steht im engsten Zusammenhange mit der stattgehabten Umwälzung des ganzen öffentlichen Lebens. Während bisher trotz aller staatssozialistischen Maßnahmen der Kriegswirtschaft die Unantastbarkeit des Individuums doch immer noch in Geltung geblieben war, verschwand sie nunmehr völlig zugunsten des Gemeinschaftszweckes, in diesem Falle der Diktatur des Proletariats. Die öffentliche Gewalt erlangte eine Bedeutung, wie sie sie wohl zum letzten Male im absoluten Staate des 18. Jahrhunderts besessen hatte. Damit bekam denn auch die Statistik denselben inquisitorischen und herrischen Charakter wieder, den sie damals besessen, in der Epoche des bürgerlichen Staates aber verloren hatte, nur mit dem Unterschiede, daß jetzt die inzwischen fein ausgebildeten Methoden der Massenerfassung zur Anwendung gelangten. Neben diesem soziologischen spielte noch ein psycho-

Digitized by Google

logisches Moment eine bedeutsame Rolle. Als noch im zaristischen Rußland die Verkünder der Revolution ihre geheime Wühlarbeit betrieben, bildeten alle Druckschriften, die sich mit dem Studium der „politischen Ökonomie", der „politischen Arithmetik" und der „Statistik" beschäftigten, Gegenstände scharfer Verfolgung seitens der Organe der politischen Polizei. Auf diese Art erlangten in den Köpfen der damaligen Revolutionäre und nunmehrigen Machthaber die Gesellschaftswissenschaften die Glorie des Märtyrertums, ihre Pflege erschien als eine Ehrenpflicht der siegreichen Revolution. So erzeugte Ressentimentstimmung einen Drang zu statistischer Produktion.

Der statistische Eifer ging tatsächlich so weit, daß auch Ergebnisse, welche das Rätesystem wirksam ad absurdum führten, keineswegs unterschlagen wurden. Interessant ist die Naivität, mit welcher in gut ausgeführten graphischen Darstellungen die reißende Zunahme der in den öffentlichen Speisehäusern verabfolgten Suppenportionen — das deutlichste Merkmal herrschenden Nahrungsmangels — und der sinkende Kaloriengehalt der seitens des Verpflegungsamtes in den Verkehr gebrachten Nahrungsmittelmengen dargetan wurde.

Entsprechend dem von Lenin verkündeten Grundsatze, daß der Kulturapparat der Bourgeoisie in die Einrichtungen der Rätemacht übernommen werden müßte, wurde bereits am 10. Januar 1919 das Statistische Amt der Stadt Riga mit allen zur Stelle befindlichen Beamten, denen bei Todesstrafe das Verlassen ihrer Posten verboten wurde, und dem ganzen Inventar als Grundstock des örtlichen Rigaer Statistischen Büros — bei jedem Kreisrate sollte ein statistisches Büro gegründet werden — in das Kommissariat für Statistik eingegliedert. Die Verteilung des Arbeitsstoffes vollzog sich in der Weise, daß vom Rigaer Büro die Bevölkerungs-, Bildungs-, Medizinal-, Arbeits-, Grundstücks- und Wohnungsstatistik bearbeitet werden sollte, während die Landwirtschafts-, Industrie-, Verkehrs-, Verpflegungs-, Gerichts- und Gefängnis- und Finanzstatistik beim Kommissariat konzentriert wurden.

Unverzüglich begannen grundlegende Arbeiten. Dem Rigaer Büro wurde die Durchführung einer Volkszählung übertragen, die bereits nach Ablauf zweier Wochen vor sich gehen sollte. Bei der Einfachheit der Vorarbeiten war die Einhaltung dieser Frist möglich. Es brauchten nämlich nur die für die geplante Volkszählung von 1918 angefertigten Grundverzeichnisse in das Lettische übertragen zu werden. Die Erhebungstechnik unterschied sich nicht wesentlich von der anderer Volkszählungen. Dagegen wies das Erhebungsprogramm beträchtliche Abweichungen von der Norm auf. Zugrunde gelegt war an Stelle der Haushaltungsliste die Familienkarte. Damit war eine schärfere Erfassung des Untermietwesens bezweckt, denn die Familie des Haushaltungsvorstandes, einschließlich der Dienstboten, und die Untermieter bzw. Gewerbegehilfen sollten auf getrennten Karten eingetragen werden. Auch auf der Kontrolliste wurden beide Arten von Karten getrennt geführt. Die Fragen bezogen sich auf die Stellung im Haushalt, das Geschlecht, das Alter, die Nationalität, die Kenntnis des Lesens und Schreibens, die Schulbildung, die berufliche Vorbildung, den tatsächlich ausgeübten Beruf, die Arbeitsstelle, die Höhe des monatlichen Arbeitslohnes, die Verwendung fremder Arbeitskraft, die Arbeitslosigkeit und deren Dauer, die Dauer der Ansässigkeit, das Vorhandensein von Gebrechen und deren Ursachen. Da bei der in Riga herrschenden Arbeitslosigkeit, unter der besonders die geistigen Arbeiter zu leiden hatten, eine genügende Anzahl von Zählern sich gewinnen ließ, zumal die Vergütung 40 Rbl. betrug, konnte die Zählung am festgesetzten Termin, dem 2. Februar 1919, stattfinden. Sie verlief im allgemeinen befriedigend. Nach Erledigung der formalen Kontrolle — auf eine sachliche wurde wie im Jahre 1917 verzichtet — begann bereits am 10. Februar die Aufbereitung. Zur Anwendung gelangte wiederum das Strichelverfahren, indessen erschwert durch die vom Kommissar geforderten Kombinationstabellen. Folgende Materialtabellen sind aufgearbeitet worden:

Altersjahre und -gruppen, Kenntnis des Lesens und Schreibens und Geschlecht; tatsächlich ausgeübter Beruf (in Anlehnung an das im Deutschen Reiche und auch in Riga 1913 zur Anwendung gelangte Berufsschema), berufliche Vorbildung, drei Altersgruppen und Geschlecht; Nationalität, Schulbildung und Geschlecht. Die Fertigstellung mehrerer anderer Tabellen ist durch den am 22. Mai erfolgten Sturz der Kommunistenherrschaft verhindert worden, ebenso die Durchführung einer für Ende Mai geplanten Grundstücks- und Wohnungszählung, für welche bereits Formulare gedruckt und Zähler angeworben waren. Ihr Programm sah unter anderem auch ein spezialisiertes Vermessungsverfahren vor.

So hat die Kommunistenzeit die Rigaer Statistik immerhin um einige wertvolle Bevölkerungsnachweise bereichert, wenn auch deren Bedeutung durch die Mangelhaftigkeit des unkontrollierten Urmaterials und die ungenügende Qualität der großen Masse der Angestellten, welche dem komplizierten Strichelsystem keineswegs gewachsen waren, stark beeinträchtigt wird.

Auch der Statistik der Bevölkerungsbewegung erwies die Räteregierung durch die Begründung eines längst erstrebten Standesamtes einen großen Dienst, eine Einrichtung, die auch nach dem Sturze ihrer Herrschaft beibehalten wurde.

Den amtlichen Statistikern erging es in dieser Zeit wie folgt: Dr. Stieda verließ am 3. Januar mit dem letzten aus Riga auslaufenden Schiffe, das bereits von den örtlichen Kommunisten beschossen wurde, die Stadt, nachdem er dem Verfasser die Leitung des Amtes übergeben hatte, welche dieser bis zum 10. Januar behielt. Dann erfolgte die Eingliederung des Amtes in das Kommissariat, wobei dem Verfasser als „erstklassigem Spezialisten für Statistik" die Leitung der Sektion für Bevölkerungswesen übertragen wurde. Diese „Leitung" bestand allerdings nur in der Erteilung fachwissenschaftlicher Gutachten und dem Entwurf der nach Rücksprache mit dem Kommissar anzufertigenden Formulare. Dagegen waren mit dieser Stellung keinerlei Machtbefugnisse verbunden, wie Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften, Verkehr mit anderen Behörden, Ausstellung von Bescheinigungen irgendwelcher Art usw. A. Eglit wurde als „zweitklassiger Statistiker" mit der Arbeitsregistratur und der Ausrechnung der Formulare betraut. Da er sich hierbei manche Feindschaft zuzog, wurde er am 10. Mai auf Beschluß der kommunistischen Partei entlassen und erhielt als Nachfolger ein Individuum, dessen Befähigungsnachweis für statistische Arbeiten ausschließlich durch seine Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei erbracht wurde.

5. Die Zeit nach dem Sturze der Räteregierung.

Am 22. Mai 1919 wurde Riga durch schneidigen Handstreich der Baltischen Landeswehr mit Unterstützung reichsdeutscher Truppen genommen und an Stelle der geflüchteten Räteregierung eine zeitweilige Militärverwaltung errichtet, zu deren wichtigsten Aufgaben die Liquidation der meisten von den Kommunisten geschaffenen Einrichtungen und die Wiederherstellung alles seit dem 3. Januar Zerstörten gehörte. Damit verflog auch der statistische Rausch. Die Räume des Schlosses — sein alter Heiliggeistturm hatte einen Granatentreffer erhalten — wurden militärischen Zwecken dienstbar gemacht, die nach Hunderten zählenden Angestellten zerstreuten sich, und das Statistische Amt, nun wieder ein Unterorgan der Stadtverwaltung, siedelte in seinem vorkommunistischen Beamtenbestande und mit seinem Inventar in sein ehemaliges Lokal über.

Der Verfasser erhielt nunmehr die Leitung des Amtes, da Dr. Stieda, welcher mit der Landeswehr zurückgekehrt war, das Verpflegungswesen für Stadtbevölkerung und Landeswehr übernommen hatte. A. Eglit trat in die Landeswehr ein und zu seinem Vertreter wurde cand. oec. publ. H. Pärn bestellt, welcher bereits an den Volkszählungsarbeiten während der Kommunistenzeit teilgenommen hatte.

Digitized by Google

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Außerordentliche Volkszählung in Österreich. Seit dem Zerfalle des alten Österreich müssen sich die neuen Teilstaaten mit den Zahlen der letzten Volkszählung vom 31. Dezember 1910 behelfen, so daß, abgesehen von den Kriegsverlusten, eine Übersicht der mit dem Umsturz verbundenen Wanderungen (Flüchtlinge aus dem Osten, Stauung der Heimkehrer in den Städten u. a.) mangelt. Dem soll nun die außerordentliche Volkszählung vom 31. Jänner 1920 abhelfen. Ihr Zweck besteht in erster Linie in der raschen Beschaffung der kurz gefaßten Ergebnisse. Sie wird durch Zählblätter ausgeführt, die in Wohnungsbogen und Hausbogen gesammelt werden. Im ganzen sind außer dem Geburtstag nur 5 Fragen allgemein gestellt: Geschlecht, Familienstand, Staatsbürgerschaft, Heimatberechtigung (von der Staatsbürgerschaft getrennt wegen der durch verworrene Gesetzgebung zweifelhaften Fälle doppelter Staatsbürgerschaft), Beruf. Diese 5 Fragen sind an Stelle des Wortes „ja" durch Beisetzung eines Zeichens (×) am rechten Rand in der zutreffenden Zeile zu beantworten. Auch der Beruf ist somit durch Selbsteinreihung in die Berufseinteilung zu bezeichnen. Nur für Unsichere oder Ängstliche, die sich nicht getrauen, ihren Beruf einzureihen, ist ein Raum zur wörtlichen Angabe des Berufes vorgesehen. Die Zählblätter sind in größeren Gemeinden durch die Wohnungsinhaber, in kleineren durch Zähler auszufüllen. Die Zählung erstreckt sich nur auf die anwesende Bevölkerung; außerdem enthält der Wohnungs- und Hausbogen 2 Fragen nach den Angehörigen der Haushaltung, die Kriegsgefangene oder infolge des Krieges verschollen oder vermißt sind. Sonst dienen alle Sammelbogen nur zur Weiterführung der männlichen und weiblichen Bevölkerungszahl neben der Häuser- und Wohnungszahl.

Auf Grund der Bezirksbogen, die nur Gemeindesummen zusammenfassen, sollen vorläufige Ergebnisse in Form eines Gemeindeverzeichnisses herausgegeben werden; die Legung und Auszählung der Zählblätter folgt nach, sie wird im Laufe des Jahres 1920 einheitlich durch die Statistische Zentralkommission vorgenommen. Sie wird auch eine örtliche Gliederung in Stadt und Land eher ermöglichen als die sonst in Österreich übliche Listenzählung mit Maschinenarbeit. *W. Hecke* (Wien).

Bevölkerungsverteilung in Schweden. Ein eigenartiges, groß angelegtes statistisches Kartenwerk aus dem Staate, der zuerst ein geordnetes Volkszählungswesen bei sich eingerichtet hat, ist die *„Karta över befolkningens fördeling"* (Stockholm, Wahlström & Widstrand; Preis mit Erläuterungsband zusammen 75 Kr.), die auf 12 Blatt in 1 : 500 000 die Volksdichtigkeit nach dem Stande vom 1. Januar 1917 darstellt; ihr Urheber ist der Geograph Sten de Geer. Die Karte ist nach der „absoluten Punktmethode" gezeichnet, wobei die Punkte, die als Kugeln von 1 cbmm gedacht sind und demgemäß 0,57 mm Radius haben, je 100 Personen entsprechen. Für die Bevölkerung der rein landwirtschaftlichen Dörfer und für die ganz zerstreut Wohnenden finden sich die Punkte da, wo es der Wirklichkeit am besten entspricht. Für andere Ortschaften mit einigen 100 bis etwa 5000 Einwohnern sind die Punkte zu regelmäßigen Netzen geordnet; bei dem Maßstab der Karte bedeutet z.B. 1 qcm mit 25 Punkten 25 qkm mit einer Bevölkerung von 100 auf den qkm. Handelt es sich aber um Handels- und Industrieorte mit größerer Einwohnerzahl, so wird die Einwohnerzahl nicht mehr durch die Zahl der Punkte oder Kugeln, sondern lediglich durch deren gedachten Rauminhalt ausgedrückt; auf diese Weise wird eine erhebliche Raumersparnis an den betreffenden Stellen der Karte erzielt, ohne daß der falsche Maßstab angewendet zu werden brauchte, der der neuerdings mit fraglichem Recht so beliebt gewordenen vergleichenden Darstellung statistischer Größen durch menschliche Figuren usw. anhaftet. Denn diese, soweit sie mir wenigstens auf Ausstellungen oder als Zeitungsillustrationen vor Augen gekommen sind, deuten die Größenunterschiede nur durch die Höhe der einzelnen Figuren an, statt durch ihr Volumen, und kennzeichnen sich dadurch als irreführender statistischer Dilettantismus. *E. Würzburger.*

II. Berufsstatistik.

Deutsche und österreichische Berufsstatistik. Für die Vorbereitung einer neuen deutschen Berufszählung kann vielleicht eine Arbeit von Dr. E. Goldberg von Nutzen sein, die zunächst in der „Statist. Monatsschrift" der Statistischen Zentralkommission und sodann auch als besonderes Heft unter dem Titel „Versuch eines Vergleichs der neueren Berufszählungen des Deutschen Reiches und Österreichs" (Brünn 1917, Friedr. Irrgang, 150 S.) erschienen ist. Die Untersuchung, die nur unter besonders schwierigen Umständen während des Kriegs, dem der Verfasser zum Opfer gefallen ist, durchgeführt werden konnte, und die nach dessen Ableben von Wilh. Hecke in einigen Punkten ergänzt worden ist, gibt nach einer vergleichenden Darstellung der Methode der drei neueren deutschen und österreichischen Berufszählungen eine genaue Gegenüberstellung der Berufssystematik der Zählungen beider Reiche und bringt auch nach einem für beide Länder aufgestellten einheitlichen Klassifikationsschema, das sich in der Hauptsache an das deutsche von 1907 anlehnt, die wichtigsten Zählungsergebnisse für die „Berufsgruppen", wobei noch die Zahlen für gleiche Termine (1890 und 1907) durch eine näher beschriebene Interpolation umgerechnet sind. Da sich der Inhalt der untersten Berufseinheiten, der Berufsarten, die häufig eine Zusammenfassung mehrerer Einzelberufe sind, in beiden Staaten begrifflich nicht immer deckt, so bleiben auch einige, im großen ganzen aber unwesentliche Inkongruenzen bestehen, die natürlich auch der Verfasser nicht ohne Zwang hat beseitigen können. Im ganzen bedeutet die Untersuchung einen wertvollen Beitrag zur Methode der Berufsstatistik sowie zu einer vergleichenden Betrachtung der beruflichen Gliederung der Bevölkerung beider — inzwischen freilich zerstückelten — Reiche, und sie ist vielleicht eine nicht vergebliche Vorarbeit und eine Anregung zu einer Vereinigung beider Länder deutscher Zunge — wenigstens hinsichtlich der Berufsstatistik. *A. Pfütze* (Dresden).

III. Bewegung der Bevölkerung.

Zur Bevölkerungspolitik. Daß die Erörterungen über Bevölkerungspolitik, insbesondere über das Problem des Geburtenrückganges, mit Ausbruch des Krieges eine erlösende Unterbrechung erfahren haben, ist bereits mit Genugtuung begrüßt worden. Doch die literarische Flut, die „belehrend" und „aufklärend" über Deutschland und die ganze Welt gebraust war, zeigte sich bald als nur eingedämmt, und die ersten amtlichen Ausweise über die bevölkerungspolitischen Wirkungen des Krieges genügten, um sie von neuem losbrechen zu lassen. Schauten allerdings die Leser etwas näher zu, so wurden nur allzu oft die neuen Wahrheiten zu nicht besonders wertvollen Nacherzählungen und Aufzählungen alter Weisheiten, die unter Benutzung fragwürdiger Quellen und nicht kompetenter Gewährsmänner und nicht selten mit unmöglichen Fortsetzungen statistischer Tabellen und unter Hinzufügung neuer Nachweise ohne ausreichende Kenntnis statistischer Methoden als leicht bekömmliche Speise, zuweilen auch in wissenschaftlicher Aufmachung dem Volke vorgesetzt wurden.

So gibt z. B. eine Arbeit „Deutschlands Volksvermehrung und Bevölkerungspolitik vom nationalökonomisch-medizinischen Standpunkt" von Dr. der Medizin und Dr. der Nationalökonomie Friedrich Lönne (Wiesbaden 1917) einen Beitrag zur Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, der geeignet sein soll, das Verständnis für unsere Bevölkerungsbewegung in breiten Massen zu wecken, und zwar dadurch, daß Verf. die Gründe

Digitized by Google

des allgemeinen Geburtenrückganges, insbesondere des deutschen, zum so und so vielten Male darzulegen bestrebt ist, sogar sprachlich in weitgehender Anlehnung an Vorhandenes. An Neuem ist dabei bei weitem nicht so viel zu entdecken als an Unrichtigem. Davon werden den Leser sofort z. B. Tabelle 6, in der für Frankreich die Geburtenzahlen von 1915 solchen von 1913 entgegengestellt werden, um die ganze Tragik eines Landes zu zeigen, oder die sich auf den S. 42—44 findende Art der Benutzung der Sterblichkeitstafeln des statistischen Reichsamtes für die Jahre 1910—1911 überzeugen. Sie ist von Anfang bis Ende falsch. Selbstverständlichkeiten werden besonders betont. Der unvermeidliche Hinweis, daß die Sterbeziffer ihre natürliche Begrenzung habe, findet sich naturgemäß auch bei Lönne. Dagegen lesen wir nichts davon, daß es bei Beurteilung der Bevölkerungsvermehrung gar nicht so sehr auf den Unterschied zwischen Geburtenziffer und Sterbeziffer ankommt, und wir erfahren infolgedessen auch nichts von der im produktiven Alter verlebten Zeit einer Bevölkerung. Dagegen wird uns des längeren von der tiefen Erkenntnis berichtet, daß das Wachstum eines Volkes durch seinen Nahrungsspielraum bedingt werde. Die wirtschaftliche Natur des Bevölkerungsproblems, das Problem des Geburtenrückgangs als soziales und wirtschaftliches (schafft hinreichend Raum für eine gesunde Entwicklung!) ist nicht so herausgearbeitet, daß das Büchlein das, was es in der Einleitung verspricht, erfüllen könnte: einen Beitrag dazu zu liefern, „späteren schweren Zeiten ein starkes und gesundes Geschlecht zu erhalten". *W. Grävell* (Berlin).

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Kriegswohnungszählungen in Sachsen vom 12. Oktober und vom 1. Dezember 1916 haben zu umfangreichen Ergebnissen geführt, die nunmehr vollständig im Jahrgang 1918/19 der Sächs. Stat. L.-A. Zeitschrift (S. 265—349) vorliegen (s. a. D. St. Z. 1918 Sp. 61). Beide Erhebungen, von denen die erste sich auf die 161 größeren Gemeinden des Landes, die zweite, in Verbindung mit der Volkszählung vorgenommene, auf 633 kleinere Gemeinden mit unter 5000 Einwohnern erstreckte, haben zusammen über 952 000 Wohnungen oder rd. drei Viertel der schätzungsweise im Staate vorhandenen der statistischen Erfassung unterworfen und sie nach Größe, Wohnrechtsform, Mietpreis und anderen Merkmalen festgestellt. Der Wert dieser Nachweisungen wird noch dadurch wesentlich erhöht, daß die an den Aufnahmen beteiligten Gemeinden den verschiedensten Teilen des Landes, den verschiedensten Größenklassen von den Großstädten bis hinab zu den kleinsten Landgemeinden angehören und den verschiedensten wirtschaftlichen Charakter tragen, sowie ferner dadurch, daß die Ergebnisse für jede der beteiligten Gemeinden im einzelnen veröffentlicht worden sind. In der von Dr O. Kürten gefertigten textlichen und tabellarischen Bearbeitung ist besonderes Gewicht darauf gelegt, die durch die geographische Lage oder durch den wirtschaftlichen Charakter der Gemeinden bedingten Verschiedenheiten der Siedlungsweise zum Ausdruck zu bringen. So wurden die kleinen Gemeinden innerhalb einer jeden Amtshauptmannschaft nach ihrem vorherrschenden Gepräge in ländliche, industrielle, Mischgemeinden, Arbeiterwohngemeinden und Villenorte eingeteilt. Für den Größenaufbau der Wohnungen ist weniger die Art des wirtschaftlichen Gepräges als vielmehr die geographische Lage der Orte bestimmend. So zeigt sich, daß im Nordwesten Sachsens, in der Leipziger Tieflandsbucht, ein Wohnen in größeren Wohnungen üblich ist, daß die vorherrschende Wohnungsgröße sich dann in den Gebieten der Elbniederung südlich bis über Dresden hinaus vermindert und in dem gebirgigen Osten und Westen des Landes auf das geringste Maß hinabsinkt. In den zuletzt genannten Gebieten steigt der Anteil der 1—2 räumigen Wohnungen bis auf über 50 v. H. und der Anteil der 1—3 räumigen Wohnungen bis auf über 80 v. H. der Gesamtzahl. Dagegen ist der wirtschaftliche Charakter der Gemeinden z. B. in erster Linie ausschlaggebend für die Verdrängung der Eigenwohnung durch die Mietwohnung. Während in den noch vorwiegend ländlichen Gemeinden nur wenig über ein Drittel der Wohnungen vermietet sind, steigt der Anteil der Mietwohnungen in den kleinen industriellen Gemeinden bis auf 70 v. H. und in den größeren Städten bekanntlich bis auf über 80 und 90 v. H. Ähnlich bezeichnende Verschiedenheiten ließen sich hinsichtlich der Ausstattung und Lage der Wohnungen erkennen. Solche Feststellungen sind für die staatliche Wohnungspolitik von großem Wert, da sie eine Grundlage bieten, die Regelung des Wohnungswesens den örtlichen Besonderheiten anzupassen.

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Indexziffern — eine demokratische Forderung. Unter diesem Titel hat Dipl.-Ing. zur Nedden im Januarheft der Zeitschrift „Die Deutsche Nation" eine auch als Sonderabdruck (Verlag der Deutschen Nation 1919, 11 S.) erschienene Abhandlung veröffentlicht, in der er aus dem demokratischen Prinzip der Beteiligung aller Volksgenossen an der Gestaltung des öffentlichen Lebens als Korrelat auch die Ausbildung der Statistik zu einem Mittel der Unterrichtung der breiten Volksschichten ableitet. Gegenüber der verwirrenden Fülle statistischen Materiales müsse insbesondere in den Zeiten raschen Wechsels der ökonomischen Verhältnisse ein für jeden Mitbürger verwendbares einfaches Meßinstrument der Wirtschaftslage geschaffen werden, eine Art Wirtschaftsbarometer, als welches vor allem eine allgemeine Preis-Indexziffer zu gelten habe, die unter anderem die Einführung einer Indexklausel in alle Gebührensätze, Dienst- und Lieferungsverträge, besonders in die Lohntarife, ermögliche. Die Ausführungen gipfeln somit in der Forderung, daß — neben der Fortsetzung der durch Bereitstellung größerer Mittel zu fördernden Teuerungs- und Lohnstatistik und neben einer genauen Produktionsstatistik — von amtlicher Seite unter Mitwirkung der Interessentenverbände eine deutsche allgemeine Indexziffer, etwa nach dem Vorbilde der bekannten Indexnummern des englischen *„Economist"*, regelmäßig ermittelt und veröffentlicht werde.

Die kleine Schrift, die sich durch knappe und meisterliche Form auszeichnet, erhebt nicht den Anspruch, dem Fachstatistiker etwas methodologisch Neues bringen zu wollen. Ihre Bedeutung liegt vielmehr darin, daß sie vom Standpunkte des statistischen Konsumenten aus die Notwendigkeit einer volkstümlichen Gestaltung der Statistik als eines staatsbürgerlichen Aufklärungsmittels ins rechte Licht zu rücken weiß und im besonderen auch auf einige tatsächlich in der deutschen Statistik bestehende Lücken hinweist, auf deren Beseitigung indessen schon an sich seit längerem mit Erfolg hingewirkt worden ist. Denn abgesehen von den — dem Verfasser wohl nicht genügend bekannten — gewerblichen Produktionserhebungen (vgl. D. St. Z. 1907 Sp. 68 u. 1912 Sp. 144), die seit 1907 als dauernde Einrichtung geplant waren und deren weiterer Ausbau sich von selbst ergeben hätte, hat namentlich seit etwa 10 Jahren eine sorgfältigere Pflege der vorher teilweise vernachlässigten Preisstatistik stattgefunden, so daß in Deutschland tatsächlich auch genügend sichere Unterlagen für die verhältnismäßig leichte Berechnung von — ja auch schon früher (Conrad, Soetbeer) ermittelten — Indexzahlen bereits vorlagen.

Bei Gewinnung der Preis-Indexziffern werden bekanntlich die Zahlenglieder einer Reihe fortlaufend ermittelter Preise derselben Güter auf die Basis der gleich 100 gesetzten Anfangs- oder auch Endpreise der Beobachtungsperiode eingestellt, und zwar werden dabei in der Regel nicht die Preise einzelner Güterarten, sondern die Summen der gleichzeitig ermittelten Preise für eine ganze Gattung verwandter Gegenstände (Gruppen-Indizes) oder für sämtliche wichtigeren Waren (General-Indizes) — sei es mit gleichen Mengenanteilen oder in

Digitized by Google

einem ihrer Bedeutung entsprechenden Mengenverhältnis (gewogene Indizes) — in Rechnung gesetzt. Wenn die deutschen allgemeinen Indexzahlen gegenüber den englischen eine geringere Beachtung und Verwertung gefunden haben, so liegt das wohl, von der verschiedenen „Aufmachung" zu schweigen, hauptsächlich daran, daß sie tatsächlich doch nur einen sehr groben, für praktische Zwecke nur beschränkt brauchbaren Maßstab darstellen, der aber natürlich als Resultante der sich bei den einzelnen Waren in ganz verschiedener Richtung bewegenden Kräfte der Preisbildung auch eine gewisse Bedeutung hat. Dem Streben nach Findung eines wirtschaftlich angemessenen und richtigen Arbeitslohnes wird jedoch sicherlich besser Rechnung getragen durch die schon von privater Seite (z. B. Calwer) vorgenommenen Feststellungen der Lebensunterhaltskosten und so auch durch die im Dezember 1919 erstmalig durchgeführte amtliche Teuerungsstatistik, bei der für die Einzelmengen (Wertigkeitszahlen) der hauptsächlichen Bedarfsgegenstände einer als typisch angenommenen Haushaltung die Preise und deren Summe (Teuerungszahl) ermittelt werden. Aber man kann das eine tun und braucht das andere nicht zu lassen. Und so verdient auch die von zur Nedden befürwortete amtliche Feststellung einer allgemeinen deutschen Indexzahl ernstlich erwogen zu werden. *A. Pfütze* (Dresden).

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik. Bereits in Nr. 7/8 (1918) S. 146 ist auf die Notwendigkeit der Verbesserung der früheren Erntestatistik hingewiesen worden. Für die Lösung dieser Frage ist eine Veröffentlichung von F. Zahn über die „Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik" von Bedeutung, die zuerst in dem Sammelwerk von v. Braun und Dade „Arbeitsziele der Deutschen Landwirtschaft im Kriege" (Paul Parey, Berlin 1918) S. 82 ff. erschienen, dann von der D. Stat. Ges. als Sonderabdruck zusammen mit anderen Gutachten über die Fortbildung der Statistik (siehe D. St. Z. 1918 Nr. 8/9) an ihre Mitglieder versandt und in einer Neubearbeitung auch im Statistischen Archiv Band 10 S. 604 ff. nochmals abgedruckt worden ist.

Zahn schildert hier die bisherige Landwirtschaftsstatistik, ihre Wandlung und teilweise Besserung im Kriege und knüpft daran Vorschläge für ihren künftigen Ausbau. Es genügt seiner Meinung nach die Kenntnis der absoluten Anbauflächen überhaupt nicht mehr. Anbau- und Produktionsstatistik müßten sich auf die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebsgrößen erstrecken. Die gleichen Mängel der überschlägigen Schätzung zeigten auch die seit 1892 jährlichen Anbauermittlungen. Auch hier sei das Gemeindeschätzungsverfahren zu beseitigen, und es seien dafür Individualerhebungen, die sich an den einzelnen Landwirt wenden, einzuführen. Im Kriege ist diese Erhebungsart bereits in den Ernteflächenerhebungen kurz vor der Ernte verwirklicht.

Auch für die Ernte selbst fordert Z. solche individuellen Feststellungen. Nach seiner Meinung taugt auch die bisherige Ernteertragsstatistik wenig. Nicht gerade geeignet erscheinen ihm allerdings die Erntevorschätzungen während des Krieges, weil ihnen besondere Fehlerquellen durch den verfrühten Termin anhaften. Zu einigermaßen einwandfreien Ernteergebnissen würde man nur dann gelangen, wenn man die Erhebung durch individuelle Befragung nach dem Ausdrusch vornähme. Die höheren Kosten dieses Verfahrens dürften seine Durchführung angesichts des Wertes, der auf eine gute Erntestatistik zu legen ist, nicht hindern.

Leider scheint aber das Reich diesen im Kriege begonnenen Weg zur Erlangung einer zuverlässigen Erntestatistik nicht gehen zu wollen. Die Anbau- und Ernteflächenerhebung ist zwar für das laufende Wirtschaftsjahr 1919/20 noch betriebsweise durchgeführt worden. Es steht aber zu erwarten, daß mit Aufhören der Zwangsbewirtschaftung der Feldfrüchte auch ihre individuelle statistische Erfassung ein Ende haben wird.

Mit der Individualstatistik in engem Zusammenhang stehen auch die Wirtschaftskarten, die für jeden einzelnen Betrieb eingerichtet worden sind und mannigfache Auskunft über die Verhältnisse eines jeden Betriebes, besonders bezüglich des Anbaues, des Ertrages, aber auch des Verbrauchs (Selbstversorgerbedarf, Saatgut) und der Viehzucht geben. Auf die Wichtigkeit dieses Materials für die statistische Verwertung weist Zahn im Zusammenhang mit dem Ausbau der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik besonders hin.[1])

Die Vorratsstatistik war in Friedensjahren gänzlich den privaten Interessentengruppen überlassen. Die Erfahrungen mit der amtlichen Statistik während des Krieges dürften nach Zahn einen Fingerzeig bieten, welchen Weg man künftig einzuschlagen hat, um zu einer wirksamen Vorratsstatistik zu kommen. Den von Calwer vorgeschlagenen Weg, die ganze Erhebung von vornherein in die Hände amtlicher bezahlter Schätzer für jede Gemeinde zu legen, hält er für den besten. Schwierigkeiten sieht er mehr in der Personal- als in der Kostenfrage. Für die Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die gerade im Kriege eine hervorragende Rolle spielte, ist eine einwandfreie Feststellung der Bevölkerungszahl notwendig. Die Volkszählung allein reicht hierzu nicht aus, sie bedarf wirksamer Unterstützung durch eine Fortschreibung der Bevölkerung. Diese aber stößt gerade auf außerordentliche Schwierigkeiten, so daß Zahn an ihrer Stelle besondere Personenstandsaufnahmen in Vorschlag bringt, die in kürzeren Zeiträumen wiederholt werden und sich auf das Allernotwendigste beschränken. Auch die bisherige statistische Erfassung des Verbrauchs von landwirtschaftlichen Produkten hält Zahn für außerordentlich mangelhaft. Er fordert für diese bedarfsstatistischen Erhebungen eine gesetzliche Grundlage. Hand in Hand damit sollten aber auch versorgungsstatistische Erhebungen gehen, um erkennen zu lassen, woher die hauptsächlichsten Lebensmittel stammen, und so die Versorgungsgebiete der einzelnen Landesteile und Bevölkerungszentren darzutun. Die vorliegenden Untersuchungen einzelner Städte erforderten hier einen wesentlichen Ausbau, wie ihn auch Bleicher schon in Vorschlag gebracht hat.

Aufgabe der statistischen Ämter sei es ferner, eine brauchbare Preisstatistik bereitzustellen. Diese Preisstatistik müßte nach einheitlichen Grundsätzen für das ganze Reich, für die Zwecke der Zivil- und Heeresverwaltung und für die Bedürfnisse der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher durchgeführt werden, sie müßte jeweils möglichst rasch zusammengestellt und veröffentlicht werden.

Alle solche Reformen der Statistik hält Zahn aber nur für möglich, wenn die statistische Moral, die im Kriege so tief gesunken, wieder gehoben wird. Hierzu gäbe es kein besseres Mittel, als daß die Einsicht in die Bedeutung der Statistik bei der Bevölkerung und vor allem bei den Verwaltungsbehörden immer mehr gefördert würde. Andererseits müßte aber auch eine bessere statistische Schulung der Beamten in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, sowie in den Regierungen erreicht werden. Er stimmt Calwer darin bei, daß nur durch ein Netz von gut geleiteten örtlichen und provinziellen statistischen Stellen eine befriedigende Gewinnung von statistischem Urmaterial erreicht werden kann. Die Einleitung und Führung darf nur in Händen der dazu berufenen statistischen Zentralstellen, des Statistischen Reichsamts und der Statistischen Landesämter liegen. Nur so sei eine Vereinheitlichung und Verbesserung der Wirtschafts-, insbesondere der Landwirtschaftsstatistik zu erzielen. *R. Lenz* (Berlin).

X. Gewerbestatistik.

Die Motorenstatistik, ihre Methode und ihre Ergebnisse hat der Privatdozent für Nationalökonomie und Statistik an der Universität Zürich Dr. Manuel Saitzew auf internationaler Grundlage darzustellen unternommen

[1]) Siehe auch D. St. Z. Nr. 5 (1918) S. 897.

Digitized by Google

(Verlag Rascher & Cie, Zürich, 1918, 275 Seiten, 20 M.). Das Werk entspricht ohne Zweifel einem in der wirtschaftsstatistischen Literatur längst empfundenen Bedürfnis. Trotz der vom Internationalen Statistischen Institut schon wiederholt unternommenen Versuche zur Angleichung der Methoden der Motorenstatistik, sind dieselben von Land zu Land immer noch sehr verschiedenartig, in vielen Kulturstaaten ist die Motorenstatistik sogar noch außerordentlich mangelhaft entwickelt.

Saitzew hat nun das vorhandene motorenstatistische Material nicht nur zusammengetragen, sondern auch sehr sorgsam gesichtet und sowohl nach Methoden wie Ergebnissen kritisch gewürdigt.

Namentlich dem methodischen Teil kommt besondere Bedeutung zu. Denn nur durch kritisch-vergleichende Darstellung der Erhebungs- und Bearbeitungsmethoden ist es möglich, die internationale Vergleichbarkeit und den einzelstaatlichen Ausbau der Motorenstatistik planmäßig zu fördern. Zum Teil macht auch Saitzew auf Grund seiner methodischen Studien selbst bereits beachtenswerte Reformvorschläge. Sie zielen vor allem darauf ab, die in der Motorenstatistik aller Länder in mehr oder weniger ausgedehntem Maße vorkommenden Doppelanrechnungen der motorischen Leistungsfähigkeit zu vermeiden.

Die Motorenstatistik der meisten Staaten leidet unter der mangelnden oder ungenauen Unterscheidung zwischen primären und sekundären Motoren, d. h. einerseits zwischen jenen Kraftmaschinen, in denen natürliche Energie in motorische umgewandelt wird und anderseits jenen Motoren, in denen bereits erzeugte motorische Kraft lediglich weitertransformiert wird. Das Problem der richtigen statistisch-methodischen Behandlung von Primär- und Sekundärmotoren ist erst seit der stark fortschreitenden Verbreitung der Elektromotoren von so großer Bedeutung geworden. Die ebenfalls sekundären Druckluft- und Druckwassermotoren kommen viel zu selten vor, als daß bei ihnen eine Mitrechnung der primären motorischen Kraft von großem Belang sein könnte.

Die erste und einfachste Methode, Doppelanrechnungen der verfügbaren motorischen Kraft zu vermeiden, besteht in der ausschließlichen Berücksichtigung von Primärmotoren unter völligem Ausschluß der Sekundärmotoren. Diese Methode kann jedoch nur für die Gewinnung roher Gesamtergebnisse in Betracht kommen. Sobald man zu der Betrachtung einzelner Gewerbezweige übergeht, verliert diese Methode an Genauigkeit, und zwar um so mehr, je mehr in den betreffenden Industrien elektrische Motoren verwendet werden, zu deren Antrieb Strom von auswärts (Elektrizitätswerk) bezogen wird. Saitzew schlägt — unter kritischer Würdigung der Vor- und Nachteile der anderwärts angewendeten Methoden — folgendes Verfahren vor: die Leistungsfähigkeit der primären und sekundären Motoren wird bei der Erhebung getrennt festgestellt. Gleichzeitig wird der Verwendungszweck der in den Primärmotoren erzeugten Betriebskraft ermittelt und die für den unmittelbaren Fabrikbetrieb (den Antrieb von Arbeitsmaschinen, Apparaten usw.) und die für den Antrieb von Dynamomaschinen benutzte primäre motorische Kraft getrennt nachgewiesen. Schließlich wird jener Teil der Leistungsfähigkeit der Primärmotoren festgestellt, der nach Umwandlung in elektrische Energie (in Dynamomaschinen) für Beleuchtungs-, Heiz- und Kochzwecke verwendet wird. Die gesamte tatsächlich verwendete Motorenstärke setzt sich dann zusammen aus der Leistungsfähigkeit der für den unmittelbaren Maschinenantrieb benutzten Primärmotoren, der für den gleichen Zweck verwendeten Elektromotoren und der der Licht- und Wärmeerzeugung dienenden Primärmotoren. Diese Methode beruht also auf der Unterscheidung des Verwendungszweckes sowohl der Primärmotoren als auch des in den Dynamomaschinen erzeugten elektrischen Stromes. Allerdings ist — da in ein und demselben Elektrogenerator meist Strom für alle Zwecke zugleich erzeugt wird — diese Methode nur dann anwendbar, wenn die Elektrizitätswerke für Licht-, Heiz- und Kraftstrom verschiedene Tarife haben, was ja auch tatsächlich in der Regel der Fall ist.

Saitzew macht auch den Versuch, auf Grund der von ihm zusammengestellten Ergebnisse der internationalen Motorenstatistik die Frage nach der gesamten Leistungsfähigkeit aller Motoren der Welt zahlenmäßig zu beantworten. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Leistungsfähigkeit sämtlicher in Urproduktion, Industrie und Handel verwendeten Primärmotoren um das Jahr 1911 im ganzen 75 Millionen PS. betragen hat (davon 80% Dampfmotoren). Dazu kommen die Lokomotiven der Eisenbahnen der Welt mit einer Leistungsfähigkeit von rund 100 Millionen PS. und die der Schiffsmotoren mit rund 25 Millionen PS., so daß die gesamte Leistungsfähigkeit aller Motoren der Welt auf rund 200 Millionen PS. veranschlagt werden kann. (Engel hat die Leistungsfähigkeit der Dampfmotoren der Welt für das Jahr 1874 auf 14,4 Millionen PS., für das Jahr 1879 auf 43 Millionen PS. geschätzt.)

Auffällig erscheint auf den ersten Blick die im Vergleich zu den Transportmotoren verhältnismäßig kleine PS-Zahl der Industriemotoren. Doch ist zu beachten, daß es sich bei obigen Zahlen lediglich um die Leistungsfähigkeit, nicht um die tatsächliche Leistung handelt. Diese letztere hängt sehr wesentlich von der Betriebsdauer ab. Sie betrug 1911 bei den Industriemotoren durchschnittlich täglich etwa 10 Stunden, bei den Verkehrsmotoren nur 2 Stunden. Berücksichtigt man neben der Leistungsfähigkeit auch diese verschiedene Betriebsdauer, also die tatsächliche Leistung, so sind die Industriemotoren an der Gesamtheit der tatsächlichen motorischen Weltleistung mit 59% oder mit rund drei Fünfteln beteiligt, während auf die Transportmotoren nur zwei Fünftel der Gesamtleistung entfallen. *F. Burgdörfer* (München).

XIV. Arbeiterstatistik (einschl. Arbeiterversicherung).

Arbeitslosenzählung in Deutschösterreich. So einfach auch die für 31. Jänner 1920 in Österreich geplante außerordentliche Volkszählung angelegt ist, da sie ja nur zur raschen Erfassung der Bevölkerungsveränderungen durch den Krieg dienen soll, eine kurzgefaßte Berufszählung und Erhebung der Arbeitslosen wird doch damit verbunden, weil es gilt, einer der brennenden Fragen an den Leib zu rücken, die sich aus der unmöglich dauernd haltbaren, in Saint-Germain mühselig geborenen Begrenzung des neuen Staatsgebietes ergeben hat. Abgeschnitten nicht nur von den Quellen der Lebensmittel, sondern auch Rohstoffe, fristet die österreichische Industrie ein kümmerliches Dasein notdürftig vom Raubbau der im Lande vorhandenen Stoffe und muß das Heer der Arbeitslosen noch immer von den staatlichen Unterstützungen zehren lassen, zum Schaden einer ganz darniederliegenden Haushaltsgebarung des Staates.

In Österreich wird sohin die Forderung erfüllt, daß die Volks- und Berufszählung zugleich Arbeitslosenzählung[1]) ist, wie es ja auch im Deutschen Reich die Berufszählung von 1895 und die Volkszählung des gleichen Jahres waren, anderseits auch daß die Arbeitslosenzählung trotz der nicht sehr ermutigenden Erfahrung des Jahres 1900 eben an die Volkszählung angeschlossen wird. Sie wächst aus dieser, besser gesagt der in Österreich hergebrachter Weise damit verbundenenen Berufszählung, organisch hervor. Die Berufstätigen sind im Zählblatte zunächst in Selbständige und Unselbständige geteilt, innerhalb dieser beiden Hauptgruppen hat jeder Gezählte, der einen Beruf besitzt, sich selbst in die Berufsklasse einzureihen. Nur für Personen, die sich dazu außerstande fühlen, ist die wörtliche Angabe des Berufes und daneben der Scheidung in selbständig oder unselbständig vorgesehen. Sonst sind alle Fragen der Zählkarte durch ein Zeichen an Stelle des Wortes „ja" in der zutreffenden Zeile zu beantworten. So ist

[1]) Ergänzungsheft 6 zum D. St. Z., S. 178.

Digitized by Google

dafür gesorgt, daß über die Begrenzung des Personenkreises, an die sich die Frage der Arbeitslosigkeit wendet, kein Zweifel bestehen kann. Die Frage lautet nun (für Unselbständige):

In Arbeit (Stellung) .....
Wegen Krankheit oder sonstiger Arbeitsunfähigkeit nicht in Arbeit oder Stellung .....
Arbeitslos aus sonstigen Gründen .....

Die beiden ersten Zeilen sind aus der Absicht geboren, durch Ausscheidung des unzutreffenden die Fälle wirklicher Arbeitslosigkeit herauszuschälen, so daß Mißverständnisse im Sinne einer Einrechnung nicht wirklich arbeitsloser Personen von vornherein beseitigt werden, ohne die Fragestellung durch Zusätze nach der Dauer und Art der Arbeitslosigkeit zu belasten. Freilich wäre zur Aufklärung auch die Dauer der Arbeitslosigkeit wichtig gewesen, allein die ganze außerordentliche Volkszählung ist so zur raschen Gewinnung von Auskünften über den Bevölkerungsstand nach dem Kriege auf das Notwendigste beschränkt, daß alles Entbehrliche beiseite bleiben mußte, um so wenig als nur möglich zu fragen.

Eine besondere Erhebung der Arbeitslosen auf Grund der bejahenden Antworten bei der Volkszählung ist nicht geplant, weil sie mit der gebotenen Einfachheit und Raschheit der Aufarbeitung nicht vereinbar wäre. Die am 31. Dezember 1920 fällige regelmäßige Volkszählung soll ja durch die außerordentliche nicht entbehrlich gemacht werden; günstige Erfahrungen können dazu führen, sie wieder mit einer Arbeitslosenzählung zu verbinden, anderfalls kann der Versuch auch Verbesserungen der Fragestellung bewirken. Ein Versuch bleibt die außerordentliche Volkszählung unter allen Umständen, schon deswegen, weil die Grenzen des neuen Österreich noch nicht feststehen, sondern nur den Machtbereich der österreichischen Verwaltung zweifellos umschließen.

W. Hecke (Wien).

XVI. Statistik der Verbände, Gesellschaften und Genossenschaften.

Genossenschafts-Verbandsstatistik. Bietet auch die im Deutschen Reiche 1903 eingeführte amtliche Genossenschaftsstatistik alles, was man von ihr bei der Eigenart der Stoffgewinnung (vgl. hierzu D. St. Z. 1918 Sp 114) verlangen kann, so haften ihr doch insofern große Mängel an, als sie die geschäftliche Tätigkeit, die wirtschaftlichen Leistungen der Genossenschaften völlig außer Betracht läßt. Diese Lücke wird größtenteils durch die Privatstatistik: durch Erhebungen der Genossenschaftsverbände ausgefüllt. Die meisten Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften haben sich für die vorgeschriebenen Revisionen und zur Vertretung ihrer gemeinsamen Interessen zu Revisionsverbänden vereinigt, denen i. J. 1916 nach der amtlichen Statistik 87,3 % sämtlicher eingetragener Genossenschaften des Deutschen Reiches mit 90.3 % des gesamten Mitgliederbestandes angehörten. Sie bilden in der Regel Glieder höherer Verbände, großer Gesamtverbände für das ganze Deutsche Reich, die ihrerseits für die Entstehung und Ausbreitung der Genossenschaften und auch für die Aufstellung einer einheitlichen Genossenschaftsstatistik von größter Bedeutung gewesen sind. Solche Gesamtverbände kommen gegenwärtig fünf in Betracht, nämlich der

1. Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (von Schulze-Delitzsch 1859 bzw. 1864 gegründet),
2. Generalverband ländlicher Genossenschaften („Raiffeisenverband", gegr. 1872),
3. Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften (gegr. 1883),
4. Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften (gegr. 1901) und
5. Zentralverband deutscher Konsumvereine (gegr. 1902).

Jeder dieser Verbände veranstaltet regelmäßige Erhebungen vorwiegend wirtschaftsstatistischer Natur, indem die beteiligten Genossenschaften alljährlich einheitliche Fragebogen ausfüllen, die von den Gesamt- oder Unterverbänden aufbereitet und deren Ergebnisse in den von ihnen herausgegebenen Jahrbüchern oder Geschäftsberichten veröffentlicht werden. Durch die Statistik dieser großen Verbände wird uns überhaupt erst die zahlenmäßige Kenntnis von den Anfängen und der ersten Entwicklung des Genossenschaftswesens vermittelt. Das gilt insbesondere von der vorbildlichen Statistik des ältesten, des „Allgemeinen Verbandes", der ursprünglich alle Arten von Genossenschaften Deutschlands in sich schloß. Nach seinem neuesten „Jahrbuch", dem für 1917 (Berlin 1919, J. Guttentag, 206 S.), umfaßte der aus 32 Unterverbänden (Revisionsverbänden) bestehende Allgemeine Verband im ganzen 1589 Genossenschaften, darunter 951 Kreditvereine, 268 Konsumvereine und 231 Baugenossenschaften. Umfangreiche Geschäftsstatisken bringen seit langem auch schon immer die beiden anderen älteren Verbände: der „Generalverband", der sich nach dem „Jahresbericht" für 1918 (Berlin 1919, Verlag des Generalverbandes, 185 S.) aus 15 Landes- und Provinzialverbänden mit 6215 Genossenschaften, darunter 4998 Raiffeisenkassen, zusammensetzte, sowie der „Reichsverband", der in seinem „Jahrbuch" für 1918 (Berlin 1919, Verlag des Reichsverbandes, 92 S.) 31 Landes- und Provinzialverbände mit mehr als 19000 Genossenschaften, darunter 11700 Spar- und Darlehnsvereine, aufweist. Dem Beispiele der älteren Verbände ist in statistischer Hinsicht auch immer mehr der verhältnismäßig noch junge „Hauptverband" gefolgt, der namentlich während des Krieges durch Beitritt zahlreicher Lieferungsgenossenschaften für das Handwerk erstarkt ist. Ihm oder seinen 15 Revisionsverbänden waren nach dem „Jahrbuch" für 1917 (Berlin 1919, Puttkammer & Mühlbrecht XLIII und 21 S.) 1643 Genossenschaften, darunter 504 Kreditvereine, angeschlossen. Außerordentlich reich an Zahlenstoff ist das in zwei Bänden erscheinende „Jahrbuch" des jüngsten Verbandes, des „Zentralverbandes", der sich nach der Statistik für 1918 (Hamburg 1919, Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, 1035 und 1027 S.) aus 9, meist älteren, aus dem Allgemeinen Verband im Jahre 1902 ausgeschiedenen Unterverbänden mit etwa 1100 Genossenschaften, und zwar fast ausschließlich Konsumvereinen, zusammensetzt.

Bringen die Jahrbücher der Genossenschaftsverbände auch nicht allein die Ergebnisse der statistischen Aufnahmen zur Veröffentlichung, so bildet doch ihren Hauptinhalt der statistische Teil. Sein großer Umfang, der während des Krieges bei einigen Verbänden erheblich eingeschränkt worden ist, erklärt sich daraus, daß die Zahleneinträge der Erhebungspapiere meist einzeln für jede Verbandsgenossenschaft wiedergegeben werden, und zwar in der Form eines namentlichen, nach Unterverbänden und Gemeinden geordneten Genossenschaftsverzeichnisses mit Angabe der ermittelten Tatsachen, insbesondere der Geschäfts- oder Bilanzergebnisse, sowie mit den Summenziffern für die einzelnen Unterverbände. Wenn so auch vielfach den Verbandsstatistiken, die in erster Reihe dem praktischen Bedürfnisse der Genossenschaften und ihrer Vertreter selbst zu dienen haben, eine feinere Merkmalskombination, z. B. Gruppenbildungen nach der abgestuften Mitgliederstärke oder Umsatzhöhe der Genossenschaften, fehlen, so enthalten die Jahrbücher, namentlich in ihrem textlichen Teile, doch eine Menge Zusammenstellungen von Durchschnittsziffern, meist auf 1 Genossenschaft oder 1 Genossenschaftsmitglied berechnet, und von Vergleichsziffern für eine Reihe von Jahren.

Die Verbandsstatistiken haben natürlich den Mangel unvollständiger Beobachtungen, indem sie sich nur auf die Verbandsgenossenschaften, die sich zudem nicht ausnahmslos an der Statistik beteiligen, beziehen. Die Unvollständigkeit der verbandsstatistischen Erhebungen hat auch schon früher zu der Erwägung geführt, ob etwa die amtliche Statistik auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Genossenschaftswesens zu erstrecken sei. Von einer solchen Erweiterung, durch die wohl auch kaum

Digitized by Google

völlig lückenloses Material erzielt werden würde, ist aber immer wieder abgesehen worden, weil die schwierige Aufgabe geschäftsstatistischer Erhebungen von den Verbänden, die übrigens ihre eigene Statistik kaum aufgeben würden, vermöge ihrer engen Beziehungen zu den Einzelgenossenschaften und auf Grund der von ihnen ausgeübten Revisionstätigkeit, ferner auch wegen des ihnen entgegengebrachten Vertrauens am besten erfüllt werden kann. Was somit die amtliche Statistik durch erschöpfende Beobachtung quantitativ gewönne, das könnte sie vielleicht auf der anderen Seite qualitativ wieder verlieren. *A. Pfütze* (Dresden).

XVIII. Wahlstatistik.

Die Verteilungssysteme der Verhältniswahl. Die Richtung, die der Kampf um das richtige Verteilungssystem bei Verhältniswahlen genommen hatte, fand nach der deutschen Revolution ihren bestimmten Ausdruck in den Wahlverordnungen des Reichs und seiner Länder zur Errichtung der einzelnen verfassunggebenden und Verwaltungskörperschaften. Das d'Hondtsche System kam durchgängig, wenn auch bald mit diesen, bald mit jenen vom System unabhängigen Veränderungen der einzelnen Ergebnisse zur Anwendung. Neuerdings erheben sich wieder Stimmen zugunsten des Konkurrenzsystems, des Hareschen oder des Systems der größten Reste (auch Bruchzahlverfahren). Zuerst hat sich G. Pólya: Über die Verteilungssysteme der Proportionalwahl (Zeitschr. für Schweiz. Stat. und Volkswirtschaft, 1918, Heft 4, S. 363 flg.) wiederum für dieses System, wenn auch in sehr vorsichtiger, fast tastender Weise eingesetzt. Ihm ist von Bortkiewicz: Ergebnisse verschiedener Verteilungssysteme bei der Verhältniswahl (Ann. für soz. Pol. u. Gesetzgebung, 1919, 5. u. 6. Heft, S. 592 flg.) in bereits etwas entschlossenerer aber immer noch außerordentlich zurückhaltender Form gefolgt. Die Gründe für die geringe Neigung zu fester Stellungnahme sind darin zu suchen, daß im allgemeinen infolge der praktisch notwendigen Begrenztheit der Vertretermenge eine streng proportionelle Vertretung nicht geschaffen werden kann und aus dem Grundsatz einer wenigstens möglichst großen Annäherung an diese keine zwingenden Gründe für ein bestimmtes Verteilungssystem hergeleitet werden können. Es muß vielmehr auf andere Eigenschaften als die der möglichsten Annäherung zur Beurteilung der Brauchbarkeit eines Systems zurückgegriffen werden. Als solche kommen in Betracht: seine Verständlichkeit, sein Berechnungsverfahren, sein Verhalten gegenüber Wahlbündnissen und Wahlkreiseinteilungen, seine Beziehungen zur Gerechtigkeit des gesunden Menschenverstandes und nicht allein des formalen Gesetzes, die Abhängigkeit der Auswirkung des Prinzips in den Ergebnissen vom Zufall und andere mehr.

Aber weder die Ausführungen Pólya's, noch die von Bortkiewicz's können u. E. die Stellung des d'Hondtschen Systems erschüttern. Einzig und allein seine Anwendung bei geschlossenen Wahlkreisen ist als verfehlt anzusehen. Das letztere beweist ja auch das Ergebnis der Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Mit dieser Feststellung ist aber das System nicht erledigt. Es ergibt sich vielmehr daraus lediglich die Aufgabe, die Erhaltung der Wahlkreise mit dem System in Einklang zu bringen. Dem stehen formal keine Schwierigkeiten im Wege.[1]) Der Vorzug des Systems der größten Reste, besondere Maßnahmen nicht erst erforderlich zu machen, um auch bei Wahlkreiseinteilung in seinen Ergebnissen dem Prinzip der möglichsten Annäherung zu genügen, hat lediglich den Wert eines Wahrscheinlichkeitsresultats. Die einzelne Wahl kann ganz anders ausfallen. Dies ist bei Abwägung der Vorzüge der einzelnen Systeme besonders zu beachten. *W. Grävell* (Berlin).

[1]) Die in der Wochenschrift „Deutsche Stimmen" Nr. 24 vom 15. Juni 1919 S. 418 vorgeschlagene Lösung stellt keinen gangbaren Weg dar. Die Zusammenwerfung zweier Systeme, die hier vorgenommen ist, derart, daß eine erste Verteilung nach dem einen, eine zweite nach dem anderen geschieht, läßt sich durch nichts begründen. Übrigens scheint dem Verfasser dieses Vorschlags noch gar nicht bewußt zu sein, daß es „ein" Verhältnisverfahren gar nicht gibt. In diesem Irrtum befindet sich auch noch Thoma (Deutsche Revue, Märzheft 1919), wenn er glaubt, sein daselbst angegebenes Prinzip sei das mathematisch genaueste.

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Statistische Gesundheitsämter. Wer die im Kriege veröffentlichten amtlichen Statistiken unserer Gesundheitsämter heute kritisch betrachtet, der kann nur den Wunsch haben, daß die Vermutungsstatistiken durch möglichst exakte Statistiken ersetzt werden, dies um so mehr, als die Medizin im Vergleich zu anderen Wissenschaften (Physik, Chemie) die unexakteste Wissenschaft ist. Würden auf dem Gebiete der Physik, der Mathematik, des Maschinenbaues usw. derartige Statistiken und Behauptungen veröffentlicht, wie auf dem Gebiete der Medizin während des Krieges, wo namentlich der abgesetzte Ministerialdirektor Kirchner (er wurde von der Regierung abgesetzt mit der Begründung „er sei ein Hindernis in der Entwicklung der freien Wissenschaft") in statistischer Beziehung manche Entgleisung bewirkt hat, dann wären die Verfasser der Statistiken auf Grund der einsetzenden Kritik längst zu der Überzeugung gekommen, daß die nicht exakte Methode möglichst durch eine exakte ersetzt werden soll. Das geht bei der Sexual-Seuchenbekämpfung aber nur auf dem Wege des „diskreten Seuchengesetzes".

Dr. med. Dreuw, Mitglied des Beirats zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten im Preuß. Ministerium für Volkswohlfahrt, hat die Anregung dazu zuerst in einem Buche „Haut- und Geschlechtskrankheiten" (Fischers medizin. Buchhandlung, Berlin W 62, 1915) gegeben, daß nämlich für die Geschlechtskrankheiten, für die Tuberkulose und alle anderen Seuchen diskrete Gesundheitsämter für statistische, aber auch für die Zwecke der diskreten Beaufsichtigung und Kontrolle der Behandlung eingerichtet würden.

Für die Geschlechtskrankheiten hat er in zahlreichen Aufsätzen — da ihm die medizinische Fachpresse für seine Ideen verschlossen ist, und sie über diese Arbeiten auch nicht referiert, in der Tagespresse — einen Gesetzentwurf empfohlen, den er nach der juristischen Bearbeitung am 10. Oktober d. J. der Preußischen Landes- und der Deutschen Nationalversammlung übersandt hat.

Der Entwurf sieht ein „Statistisches Gesundheitsamt" vor, das in jeder Provinz und in jedem Bundesstaat eine Zweigstelle haben soll. Jeder, der an einer Geschlechtskrankheit leidet oder eine solche an sich vermutet, hat sich bei einem attestierfähigen Arzt in Behandlung zu begeben. Dieser teilt Namen und Anschrift des Erkrankten sowie die Diagnose mittels eingeschriebenen Kartenbriefes dem zuständigen Gesundheitsamt vertraulich mit, das auch für die statistische Meldung aller anderen ansteckenden Krankheiten zuständig ist und die Kartenbriefe wöchentlich in Abschrift an das Zentralgesundheitsamt einzusenden hat. Der Erkrankte hat dann bis zum Eintritt der Heilung, gleichgültig wo er sich befindet, an dasjenige statistische Gesundheitsamt, dem der erste Arzt Meldung erstattete, wöchentlich einen von einem attestierfähigen Arzte (die attestierfähigen Ärzte sollen in Zukunft durch rote Firmenschilder kenntlich gemacht werden) ausgefüllten, gestempelten und unterschriebenen formularmäßigen Einschreibebrief einzusenden. Bleibt der Brief aus, so ersucht das Gesundheitsamt den Erkrankten unter Einziehung einer sofort vollstreckbaren Geldstrafe um Einsendung. Bei nochmaliger Nichtabsendung erfolgt zwangsweise ärztliche Behandlung oder Überführung in ein Krankenhaus. — Soweit die statistische Seite des Gesetzentwurfs, der den Grundsatz durchzuführen sucht, daß ebenso wie es bei den anderen Seuchen der Fall ist, auch jeder an einer

Digitized by Google

Geschlechtskrankheit Leidende ärztlicher Beobachtung zu unterwerfen ist. Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die ebenfalls die Dreuwschen Vorschläge 4 Jahre lang in ihren Schriften boykottiert, hat ein Anzeigerecht des Arztes beschlossen, je nachdem er den Patienten als gefährlich oder nicht bezeichnet, was zur völligen Korruption und Abhängigkeit führen muß. Eine wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten kann nur mit Hilfe der Anzeigepflicht durchgeführt werden. Die Einwände, namentlich des Prof. Blaschko, gegen die diskrete Anzeigepflicht, hat Dreuw in der „Dermatologischen Wochenschrift" 1917, S. 253 und in einer Monographie widerlegt, deren Veröffentlichung Geh. Med.-Rat Prof. Schloßmann übernommen hat.

Die Kommission für Bevölkerungspolitik der preußischen Landesversammlung steht trotz aller Machinationen in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkte der allgemeinen gleichen diskreten Anzeigepflicht für Geschlechtskranke, wie sie Dr. Dreuw in seiner Broschüre: „Gesetzesvorschlag zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten auf der Grundlage der allgemeinen gleichen diskreten Anzeigepflicht" (Preis 1,50 M. Fischers medizinische Buchhandlung Berlin W. 62) juristisch in Gestalt von 33 Gesetzesparagraphen formuliert hat.

XX. Polizeistatistik.

Statistik des Fürsorgewesens. (Eine Ergänzung.) Meine Forderung einer fürsorgestatistischen Zentralstelle[1]) bzw. einer Forschungsanstalt für Fürsorgewesen ist unerwartet viel beachtet worden. Ein Zeichen, daß von weiteren Kreisen ein ähnliches Bedürfnis empfunden wird. Die Äußerungen sind denn auch meist zustimmend. Wo Bedenken geltend gemacht wurden, beruhten sie, soviel ich bisher sehe, meist auf Mißverständnissen. Ein solches scheint auch den Bemerkungen Schönes im D.St.Z. Sp. 182 zu Grunde zu liegen. Er bemängelt, daß ich nicht an eine Mitwirkung der städtestatistischen Ämter gedacht habe. Leider gibt er nicht an, wie er sich diese Mitwirkung denkt. M. E. kann ein akademisches Forschungsinstitut überhaupt nicht in eine eigentlich organische Verbindung mit einem statistischen Amte gebracht werden. Dazu sind die Aufgaben der Verwaltungsstatistik viel zu umfangreich und auch viel zu verschieden von denen der statistischen Forschung. Wenn ich vorschlug, das Fürsorgestatistische Institut in eine gewisse Verbindung mit einer in die gleiche Stadt zu legenden Abteilung für Fürsorgestatistik des Statistischen Reichsamtes zu bringen, so meinte ich damit lediglich, daß das Institut die Material- und Büchersammlungen des Reichsamtes benutzen kann und ihm die amtlichen Statistiker mit Rat und Tat zur Seite stehen; sowie daß anderseits das Statistische Amt für seine Arbeiten die methodischen Forschungen des Instituts verwertet, die z. T. sogar sehr wohl eigens mit Rücksicht auf bestimmte Reichserhebungen unternommen werden. Natürlich kann im gleichen Sinne das Institut auch mit dem statistischen Amte der Stadt zusammen arbeiten, in der es seinen Sitz hat. Aber auf dem Gebiete des Fürsorgewesens wird dabei meist nicht viel herauskommen, da die kommunalstatistischen Ämter in der Regel auf diese Sparte sehr wenig eingestellt sein werden. Viel besser eignete sich dazu ein etwaiges statistisches Amt der Provinz, das ja für mehrere sehr wichtige Gebiete der Fürsorge in entscheidender Weise zuständig ist. Indes statistische Ämter der Provinzen dürften wohl sobald nicht errichtet werden; während die Gründung einer Reichsstelle für Fürsorgestatistik nicht mehr lange hinausgeschoben werden kann. Und daß sie zwar eine Abteilung des Statistischen Reichsamtes wird, aber nicht in Berlin ihren Sitz bekommt, sondern in die Provinz gelegt wird, liegt nicht nur im politischen Interesse einer ausgleichenden Föderalisierung der Reichsbehörden, sondern auch im sachlichen Interesse der Statistik selbst. Je selbständiger die einzelnen Abteilungen sind, um so mehr Möglichkeit haben sie, wissenschaftlich gründliche Arbeit zu leisten. Bei dem zentralisierten Riesenbetriebe ist die Gefahr sehr groß, daß ihre Leiter in der Hauptsache nur Verwaltungstechniker sind, die die übergroße Schar der Beamten zusammen halten, und die wissenschaftlichen Belange vernachlässigen.

Zu dieser Frage äußert sich Schöne leider nicht. Ebensowenig erkennt er das Bedürfnis, den vielen öffentlichen und privaten Fürsorgeorganisationen Anregung und Anleitung zu sachgemäßen und tunlichst einheitlichen Statistiken zu geben. Er ist einseitig auf die städtestatistischen Ämter eingestellt und übersieht, daß diese nur in den seltensten Fällen bisher für die Fürsorgestatistik zuständig waren; und er mutet mir zu, daß ich mit den von dem statistischen Institute auszuarbeitenden Erhebungsformularen usw. den statistischen Ämtern der Städte auf dem Gebiete der Fürsorge nur die Aufgabe zubillige „nach vorgeschriebenen Mustern Erhebungen zu veranstalten". Tatsächlich hatte ich aber vorgeschlagen, eine zentrale Stelle solle Vorschläge für Kartenblätter, Fragebogen, Tabellenvordrucke usw. ausarbeiten und darauf dringen, daß die Fürsorgeorganisationen im ganzen Reiche, soweit sie ähnlichen Aufgaben gegenüberstehen, auch ähnliche Vordrucke einführen. Nicht jede Fürsorgestelle kann ihre Aktenformulare und Statistiken durch einen eigenen Fachmann vorbereiten und durchführen lassen. Und selbst wenn sie es könnte, wäre es eine Verschwendung, an einigen hundert Stellen in Deutschland überall die gleichen methodischen Erwägungen anzustellen. Diese werden viel besser an einer zentralen Stelle und einheitlich fürs Reich durchgeführt. Ich verwies ausdrücklich auf die schlechten Erfahrungen, die wir fast allerorts mit den zersplitterten Statistiken über die Kriegswohlfahrtspflege machen müssen. An die Städtestatistik hatte ich in jenem Aufsatze überhaupt nicht gedacht.

Immerhin dürfte auch sie von den Arbeiten eines statistischen Institutes[1]) mancherlei erheblichen Nutzen ziehen. Gewiß soll sie bei einem Ausbau der statistischen Methode „nicht übergangen werden". Es liegt aber ganz allein an ihrer eigenen Initiative, ob sie „übergangen" wird oder nicht. Sie soll nur etwas Ordentliches leisten und sich rühren; dann wird man sie schon beachten. Indes selbst bei größtem Eifer wird ihre Arbeit eben längst nicht immer genügen, nicht nur für die „gesellschaftswissenschaftliche Vertiefung" der Ergebnisse, sondern sogar für den Ausbau der Methodik. Und aus diesem Grunde müssen besondere Stellen geschaffen werden, die sich diesen Aufgaben widmen. Das ist das Entscheidende, was Schöne leider auch diesmal übersieht, obwohl ich bereits vor einem Jahre in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft versucht habe, ihn zum Nachdenken darüber anzuregen. *W. Feld.*

XXIV. Finanzstatistik.

Badische Steuerstatistik. Im Auftrag des Ministeriums der Finanzen wurde von der Zoll- und Steuerdirektion nach längerer Zeit wieder eine Statistik der Einkommen- und Vermögenssteuer für den Freistaat Baden herausgegeben (Karlsruhe, Macklotsche Buchdruckerei. 1919, 167 Seiten), welche die Ergebnisse der Veranlagungen von 1918 für 1919 nebst einer vergleichenden Darstellung früherer Veranlagungen enthält und die gewaltige Wirtschaftskraft des kleinen Landes mit seinen 2,2 Millionen Einwohnern erkennen läßt. Die Einkommensteuer besteht in Baden seit 1886, die Vermögenssteuer erst seit 1908. Die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen hat sich von 317 196 im Jahre 1886 auf 437 943 im Jahre 1911 und 443 008 (37,7 %) im Jahre 1919 vermehrt, das steuerbare Ein-

[1]) Siehe Soz. Monatshefte 1918 Nr. 23/24.

[1]) Das Fürsorgestatistische Institut in seinem vollen Ausbau hätte übrigens noch ganz andere, viel weiter und tiefer gehende Aufgaben. Vgl. darüber Zeitschr. f. Sozialwissenschaft, Januar 1919 und meine Denkschrift über Statistische Laboratorien in den demnächst erscheinenden Mitteilungen der D. Stat. Ges.

Digitized by Google

kommen hat nach Abzug der Schuldzinsen eine Steigerung von 414 442 117 M. auf 976 385 591 und 1 675 193 578 M. (304,2 %) und der Steuerbetrag eine solche von 4 502 841 auf 21 000 083 und 67 588 198 M. (1401 %) erfahren. Die Schuldzinsen betrugen 1886: 33 672 710 M., 1911: 87 549 291 M. und 1919: 89 605 099 M., Vermehrung mithin 166,1 %.

Wenn man die Verteilung der Einkommensteuererträgnisse nach Gemeindegruppen vergleicht, so ergibt sich für das Jahr 1919, daß die 23 Städte mit über 10 000 Einwohnern, die an der Einwohnerzahl nur mit $^1/_3$ beteiligt sind, von dem gesamten Einkommensteuerertrag über $^2/_3$ aufbringen; das umgekehrte Verhältnis ist bei den kleinen Gemeinden festzustellen.

Mehr als drei Viertel aller Pflichtigen (76 %) versteuern ein Einkommen von weniger als 3000 M., 17,8 % ein solches von 3000—6000 M., 3,3 % von 6000—10 000 M., 1,6 % von 10 000—20 000 M. und nur 1,3 % ein solches von mehr als 20 000 M. Wenn man jedoch das Steueraufbringen der einzelnen Gruppen ins Auge faßt, so entfallen auf die Pflichtigen mit einem Einkommen unter 3000 M. 10,8 % und auf die folgenden drei Gruppen zusammen 23 %, wogegen die Einkommen von mehr als 20 000 M. mit zwei Drittel (66,2 %) an dem gesamten Steueraufkommen beteiligt sind. Der Anteil der juristischen Personen beträgt 18,9 % (12,8 Millionen Mark) gegenüber 9,9 % (2,09 Millionen Mark) im Jahr 1911.

In den einzelnen Steuergruppen haben in den letzten Jahren beträchtliche Veränderungen sowohl in der Zahl der Pflichtigen als auch insbesondere bezüglich des Steuerbetrages stattgefunden. Die beiden untersten Gruppen von 900—1200 M. und 1200—2000 M. haben eine erhebliche Verminderung, die übrigen aber eine mit der Größe des Einkommens zunehmende Vermehrung aufzuweisen. Die Steigerung beträgt in der Einkommensgruppe von 2000—3000 M. bei den Pflichtigen 77 % und beim Steuerertrag 89,6 % und erhöht sich in der Gruppe von 200 000 M. und mehr auf 378,9 bzw. 892 %. Die Zahl der Pflichtigen mit einem Einkommen von 30 000 M. bis 75 000 M. hat sich gegenüber 1911 mehr als verdoppelt, von 75 000 M. bis 150 000 M. mehr als verdreifacht und bei den höheren Einkommen vervierfacht bzw. fast verfünffacht. Die hohen Einkommen und großen Vermögen befinden sich zum überwiegenden Teil in den größeren Städten.

Die Ergebnisse der Vermögenssteuerveranlagung gestalten sich folgendermaßen: Die Zahl der Steuerpflichtigen belief sich im Jahre 1919 auf 410 463, (1911 382 305), das steuerbare Vermögen nach Abzug von 2 541 237 346 M. Schulden auf 12 422 643 399 M. (9 460 724 747), der Steuerertrag (bei einem Steuerfuß von 11 Pf. von 100 M. Steueranschlag) auf 13 583 108 M. (10 319 725) und das durchschnittliche Steuerbetreffnis eines Pflichtigen an Vermögenssteuer auf 33,09 M. (26,99 M.). Die Vermehrung beträgt mithin bei den Pflichtigen 7,4 %, beim steuerbaren Vermögen 31,3 %, beim Steuerertrag 31,6 % und beim Steuerbetreffnis 22,6 %. Bezeichnend für die gewaltigen Vermögensverschiebungen, welche infolge des Krieges vor sich gegangen sind, ist die Tatsache, daß das Kapitalvermögen in den kleinen Gemeinden sich um 62,5 % und in den mittleren Gemeinden um 55,6 % vermehrt hat, während die Zunahme in den größeren Städten nur 42,9 % ausmacht. Die entgegengesetzte Entwicklung ist bei den Schulden zu beobachten; die Vermehrung beträgt in den drei Gemeindegruppen 5,1, 16,3 und 20,2 %. In einer Reihe von Zahlentafeln wird sodann eine Übersicht über die Zahl der Steuerpflichtigen, Steuerwerte, Schulden, die Höhe des steuerbaren Vermögens und Steuerertrags nach Gemeindegruppen in absoluten und Verhältniszahlen gegeben.

Nach diesen Zusammenstellungen entfallen auf die größeren Städte, obwohl sie nur etwas mehr als ein Fünftel (22,4 %) aller Steuerpflichtigen umfassen, drei Fünftel (59,5 %) des gesamten Steuerertrags. Für die mittleren Gemeinden lauten die entsprechenden Zahlen 10,2 und 9,8 % und für die kleinen 67,4 und 30,7 %. Bei den nicht landwirtschaftlich genutzten Grundstücken (81,4 %), Gebäuden (58,4 %), dem gewerblichen und Kapitalvermögen (70,4 und 68,9 %) sowie den Schulden (65,9 %) stehen die größeren Städte ebenfalls obenan, während bei den landwirtschaftlichen Grundstücken und den landwirtschaftlichen Betriebsvermögen sowie den Waldungen naturgemäß die kleineren Gemeinden die größten Anteile (86,0, 67,1 und 73,6 %) aufzuweisen haben.

Was die Vermögensgliederung anbetrifft, so bestehen zwischen Stadt und Land sehr erhebliche Unterschiede. In den Gruppen bis 49 500 M. überwiegen die ländlichen Ziffern, dagegen steht in den höheren Gruppen das Land sehr erheblich hinter den Städten zurück.

Die 1694 politischen Gemeinden des Landes besitzen ein Vermögen von 628,3 Millionen Mark. Hiervon entfallen auf landwirtschaftliche und sonstige Grundstücke 260, Waldungen 276, Gebäude 55,6, gewerbliches Betriebsvermögen 31,2 und landwirtschaftliches Betriebsvermögen 5,5 Millionen Mark. Diesem Vermögen stehen aber Schulden im tatsächlichen Betrage von rund 511 und im abzugsfähigen Betrage von 170 Millionen Mark gegenüber. Der Vermögenssteueranschlag von 441,2 Millionen ergab 1919 einen Steuerertrag von 485 336 M.

Die 10 000 sonstigen juristischen Personen waren zur Vermögenssteuer (nach Abzug von 494 Millionen Mark Schulden) mit einem Vermögen von 3478 Millionen Mark und einem Steuerertrag von 3 826 449 M. veranlagt.

Mit einer Übersicht über die Verteilung der Einkommen- und Vermögenssteuer für 1919 auf die drei Gemeindegruppen und einer Entzifferung des Steueraufkommens in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern schließt die lehrreiche Darstellung, der in Zukunft auch kurze textliche Erläuterungen beigegeben werden sollten. Danach sind die größeren Städte beteiligt an der Einwohnerzahl Badens mit 33,6 % und an dem gesamten Einkommen- und Vermögenssteuertrag mit 66,4 %, die mittleren Gemeinden mit 10,8 bzw. 9,8 % und die kleinen Gemeinden mit 55,6 bzw. 23,8 %. Der Anteil der juristischen Personen beziffert sich auf 21,1 %. Die Steuerkraft Badens stützt sich also zum überwiegenden Teil (zwei Drittel) auf die größeren Städte, während die mittleren und kleinen Gemeinden nur ein Drittel derselben umfassen.

Bei der wachsenden Bedeutung, welche den Steuerfragen im Staat und in der Gemeinde zukommt, wäre dringend zu wünschen, daß das Finanzministerium in kürzeren Zwischenräumen als bisher (etwa alle 3 Jahre) eine Statistik über die Veranlagungsergebnisse der Einkommen- und Vermögenssteuer für Baden veröffentlichen würde. Der Wirtschafts- und Steuerstatistik sollte auch hier seitens der Regierung im Interesse des Wiederaufbaus und der Neuordnung des gesamten Wirtschaftslebens eine größere Beachtung geschenkt werden.

J. Ehrler (Freiburg i. B.).

XXV. Statistische Sammelwerke.

Arbeiten des Statistischen Amtes der Stadt Nürnberg. Durch den Krieg hat die Arbeit der städtestatistischen Ämter ohne Zweifel stark gelitten, weil entweder die Leiter der Ämter im militärischen Dienst oder in der kriegswirtschaftlichen Verwaltung tätig waren. Erfreulicherweise beginnen die städtestatistischen Ämter jetzt wieder ihre eigentliche Tätigkeit aufzunehmen. Von den verschiedensten Ämtern erscheinen bereits wertvolle Veröffentlichungen über die verschiedensten Gebiete der gemeindlichen Statistik. Auf die wichtigsten dieser Veröffentlichungen wird das statistische Zentralblatt in nächster Zeit noch zurückkommen. Die Unterbrechung der Arbeiten der städtestatistischen Ämter während des Krieges hat sich leider zum großen Teil auch auf die Jahrbücher der Ämter erstreckt. Aber auch die Jahrbücher beginnen erfreulicherweise wieder zu erscheinen. Sie enthalten aus erklärlichen Gründen vielfach erheblich weitergehende Arbeiten als sie vorher in den regelmäßig erscheinenden Jahrbüchern enthalten

Digitized by Google

waren. Ein Zeichen der wiedererwachenden Tätigkeit der Statistischen Ämter bildet das kürzlich erschienene Statistische Jahrbuch der Stadt Nürnberg; in ihm werden in 599 Tabellen die wichtigsten Geschehnisse des Jahres 1916 vor allem auf dem Gebiete der Bevölkerung der wirtschaftlichen und sozialen Kultur im engeren Sinne und der Verwaltung in übersichtlicher, sehr instruktiver Weise zur Darstellung gebracht. Zum Vergleich ist bei den zusammenfassenden Tabellen das Jahr 1915 herangezogen. Mußten bei dem 7. Jahrgang eine Reihe von Zahlen wegen der Zensur unveröffentlicht bleiben, so erscheint der 8. Jahrgang nicht nur wieder im alten Umfang, sondern alte Gebiete wurden erweitert, neue kamen hinzu. Das herausgebende Amt strebt an, alle Erscheinungen der Stadt Nürnberg, von denen es annehmen kann, daß ein Interessenkreis sich dafür findet, im Jahrbuch festzulegen. Zum ersten Male bringt das Buch ein Straßenverzeichnis mit Angabe der statistischen Bezirke, der Zahl der Gebäude mit Wohnungen, der Haushaltungen und Einwohner nach dem Stande von 1. Dezember 1916.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Theorie und Lehrbücher der Statistik.

50. Kisskalt, Karl, Einführung in die Medizinalstatistik in praktischen Übungen zur Benutzung in Kursen und zum Selbstunterricht. Mit 4 Abbildungen. Leipzig 1919, Georg Thieme. M. 6,60, geb. M. 8,— und 25 v. H. Teuerungszuschlag.

Der Verfasser weist mit Recht darauf hin, daß mit den in der letzten Zeit erreichten großen wissenschaftlichen und praktischen Erfolgen der Medizinalstatistik die Teilnahme, die ihr die Ärzte entgegenbringen, nicht Schritt gehalten hat. Um hierin Besserung zu schaffen, um schon die Studierenden mehr für die Medizinalstatistik zu interessieren, entstand das vorliegende Buch des Kieler (früher Königsberger) Hygienikers. Neben guten Lehrbüchern und zusammenfassenden Darstellungen in Handwörterbüchern fehlte es bisher an einer leicht faßlichen Anleitung zum selbständigen Arbeiten. Diese Lücke soll die „Einführung" schließen, und unter diesen Gesichtspunkten kann die Lösung der Aufgabe als wohlgelungen betrachtet werden.

Das Buch gibt den Lehrgang und den Inhalt der medizinalstatistischen Übungen wieder, die Verfasser an der Kieler Universität hält. Daß dabei von der üblichen Einteilung nach „Geburt, Krankheit und Gebrechen, Tod" abgewichen und mit der Sterblichkeitsstatistik begonnen wird, findet in pädagogischen Erwägungen hinreichende Begründung. Auf den ersten Blick mag zwar den Fach-Statistiker befremden, daß Verfasser bei seinen Hörern bzw. Lesern die Kenntnis einfachster Hilfsmittel, wie Logarithmentafel und Rechenstab, nicht unbedingt voraussetzt und daher eine Anweisung für ihren Gebrauch gibt. Aber die Lehrerfahrung mag den Verfasser zu dieser Gründlichkeit veranlaßt haben. Gerade das Ausgehen von den allereinfachsten Berechnungen läßt das Buch aber über den ihm vom Verfasser zugedachten Leserkreis hinaus auch für Studierende der Staatswissenschaften geeignet erscheinen, allerdings unter der Voraussetzung, daß sie von hieraus den Weg zu weiteren Werken, wie Prinzing und Westergaard, finden. Die Auswahl der Übungsbeispiele, die Anleitung zu ihrer Lösung, die Besprechung der Ergebnisse, die wiederholten Hinweise auf Fehlerquellen zeugen von guter Durcharbeitung des Lehrstoffes und beweisen, daß hier ein Mediziner zu Wort kommt der sich eingehend mit Statistik befaßt und die bisherige Lücke der Literatur erkannt hat. Auch der amtliche Statistiker, dem die Schrift wohl kaum Neues bietet, wird sie nicht ohne Nutzen lesen, da sie ein ausgiebiges Literaturverzeichnis bringt.

Möge das Interesse an der Medizinalstatistik in Ärztekreisen zu regerem Leben erwachen. Möge daraus dem amtlichen Statistiker, der häufig über mangelhafte Unterstützung seiner Bestrebungen zu klagen hat, bereitwilligere Mitarbeit der Ärzteschaft beschieden sein, die heute nur zu oft in der Statistik eine unerwünschte Belastung durch Schreibarbeit erblickt, da ihr, statistisch wenig oder gar nicht geschult, einmal der Blick für die Notwendigkeit des statistischen Arbeitens, dann aber auch die Einsicht in die daraus für die ärztliche Wissenschaft ersprießende Förderung fehlt. Auch die Verwaltungsbeamten sollten das Buch zur Hand nehmen und sich aus ihm über die Wichtigkeit der Medizinalstatistik für das öffentliche Leben belehren. Der Verfasser ist selbst im Nebenamt längere Zeit hindurch praktischer Verwaltungsbeamter gewesen, da er dem Königsberger Magistrat — wie schon seit Jahrzehnten seine Vorgänger auf dem Lehrstuhl für Hygiene — als unbesoldetes Mitglied angehört hat. Öffentliche Verwaltung, Hygiene und Statistik, dreieinig sind sie, nicht zu trennen. *C. Ergang* (Königsberg Pr.).

Vermischte Mitteilungen.

Aus der Schriftleitung. Geh. Regierungsrat Dr Feig hat sich durch anderweite Inanspruchnahme genötigt gesehen, aus der Schriftleitung des DStZ, der er seit dessen Begründung angehört hat, mit dem Jahresschluß 1919 auszuscheiden. An seiner Stelle hat Dr. H. Platzer, Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium in Berlin und früherer Direktor des elsaß-lothringischen Statistischen Landesamtes, die ins Gebiet der Reichsstatistik fallenden redaktionellen Geschäfte übernommen.

Aus den Statistischen Ämtern. Zum Leiter des neu errichteten Statistischen Amts der Stadt Gelsenkirchen (siehe vor. Nr. S. 187) ist Dr. Zurhorst gewählt worden, der sein Amt mit Jahresbeginn angetreten hat. — Der bisherige Leiter des Statist. Amtes der Stadt Sterkrade, Dr. Dembowski, wurde zum Direktor des Statist. Amtes der Stadt Danzig gewählt.

Statistische Lehrstühle. Geh. Regierungsrat Dr. phil. Gustav Seibt, Mitglied des Statistischen Reichsamts in Berlin, ist mit Beginn des Zwischensemesters vom Herbst 1919 als beauftragter Dozent an die Universität Bonn berufen worden, um Vorlesungen über Statistik zu halten. — Professor Dr. v. Auer, früher Assistent am Statistischen Amte der Stadt Neukölln, ist als o. Dozent für Volkswirtschaft, Finanzwissenschaft und Statistik an die Fürst-Leopold-Akademie, Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Detmold, berufen worden und seit Februar 1919 dort tätig.

Die Deutsche Statistische Gesellschaft als Vorbild. Unter Hinweis auf das Beispiel der Deutschen Statist. Ges., die schon bei ihrer Begründung im Jahre 1911 die deutsche Muttersprache und nicht die Reichsangehörigkeit zur satzungsmäßigen Voraussetzung der Aufnahme als ordentliches Mitglied gemacht hat, und auf die bevorstehende neue Unterstellung von Millionen Deutschen unter Fremdherrschaft fordert der „Verein für das Deutschtum im Ausland" in einem Aufruf „An die wissenschaftlichen Vereinigungen" diese auf, auch ihrerseits den Grundsatz der Gleichberechtigung aller Fachgenossen deutscher Zunge durchzuführen, wenn nötig, unter Änderung der Satzungen, und auf diese Weise der kulturellen Zerstückelung des deutschen Volkes entgegenzuwirken.

Spalte oder Zeile. J. Conrad[1]) führt in dem Abschnitt: „Die Verarbeitung des erhobenen Materials" aus: „Zur Aufnahme der Ergebnisse der Auszählung dienen die Tabellenformulare, geteilt in vertikale Spalten und horizontale Zeilen, gegliedert nach Zwischenstreifen (v. Mayr) oder Zeilen, die die Ergebnisse eines Teiles der Tabelle

[1]) Grundriß zum Studium der pol. Ökonomie 4. Teil, Statistik, 1910, S. 40.

Digitized by Google

zusammenfassen, und abgeschlossen durch Endstreifen (v. Mayr), die die Summen der Spalten und Zeilen aufnehmen." v. Mayr[1]) sagt: „Die Tabelle selbst besteht aus rechtwinklig sich kreuzenden Linien, welche vertikale (Spalten) und horizontale (Zeilen) Streifenabteilungen bilden, die zur geordneten Aufnahme der Teilgliederung eines gegebenen Massenganzen dienen." Während also v. Mayr bei einer Tabelle Spalten und Zeilen unterscheidet, unterscheidet Conrad vertikale Spalten und horizontale Zeilen. Das ist nicht das gleiche. Leider sagt jedoch Conrad an keiner anderen Stelle seines Buches, bei welchen Formularen (man könnte vielleicht an die für die Erhebung denken) er horizontale Spalten und vertikale Zeilen angewendet wissen will. Offenbar liegt aber bei ihm nur ein unglücklicher Ausdruck vor; denn er sagt weiter: „Die Spalten erhalten ihre Bezeichnung im Kopf der Tabelle, die Zeilen in der ersten linken, bei großen Tabellen auch noch in der letzten rechten Spalte." Danach wären also auch für Conrad alle vertikalen Streifenabteilungen einer Tabelle Spalten, alle horizontalen Zeilen. „Kopf" wäre gleichbedeutend mit oben. v. Mayr hält sich nun aber in seinen weiteren Ausführungen durchaus nicht an seine oben wiedergegebene Abgrenzung der Begriffe Spalte und Zeile. Noch auf derselben Seite ist zu lesen: „Die vertikalen Einteilungen oder Spalten (Kopfspalten) erhalten durch Wortbezeichnung im Kopf der Tabelle, die horizontalen Einteilungen oder Zeilenstreifen (Seitenspalten auch Vorspalten genannt) durch solche an der Seite der Tabelle die Angabe der Gliederung des Stoffs", und auf der folgenden spricht er von vertikalen und horizontalen Spalten, um dann im weiteren ganz allgemein das Wort Spalte für Streifenabteilung zu setzen. Also Spalten sind Zeilen und Zeilen sind Spalten! Indessen, bei all dieser Verwirrung scheint doch, als ob in der stat. Literatur und auch bei v. Mayr die Ausdrücke Spalte und Zeile nicht beliebig für alle Streifenabteilungen angewandt werden sollen. Auf S. 93 a. a. O. führt v. Mayr aus: „Kollektivpapiere sind jene Erhebungsformulare, bei welchen die Aufzeichnung der Beobachtungsergebnisse auf einem Stück Papier für eine Mehrheit von Beobachtungselementen fortlaufend unter Wahrung gleicher Raumverteilung für die einzelnen Aussagen durch entsprechende Spaltenbildung stattfindet" und präzisiert dies dann auf S. 97 dahin: „Um die Eintragung aller Aussagen, und zwar am richtigen Platz sicherzustellen, ist das Erhebungsformular mit dem sog. Vordruck versehen, welcher den Platz für die Festlegung der Beobachtungen im einzelnen genau angibt" . . . (Es geschieht dies) „bei den Verzeichnissen in Gestalt der Einschiebung der erforderlichen mit der entsprechenden Bezeichnung versehenen Zahl von Spalten im Kopf oder an der Seite des Formulars, sodann weiter mittels Einräumung je einer Linie (nach Maßgabe der gewählten Spaltenteilung horizontal oder vertikal) für den Vortrag der auf je ein Beobachtungsobjekt bezüglichen Angaben." Die Auffassung geht also hier dahin, diejenigen Streifen eines Verzeichnisses als Spalten zu bezeichnen, die gegenüber ihren Nachbarstreifen qualitativ verschiedene Angaben enthalten. Streifen jedoch, die gegenüber ihren Nachbarspalten nur quantitativ verschiedene Angaben enthalten oder sich lediglich — ohne innere qualitative Unterschiedlichkeit — auf andere Erhebungsobjekte oder Erhebungszeiträume beziehen, wären nicht als Spalten zu bezeichnen. Bezeichnen wir letztere Art Streifen mit Zeilen, so kann also ein Verzeichnis nur Spalten und Zeilen enthalten. Enthielte es nur Spalten, so wäre es mit einer Individualkarte identisch. Anders bei den Tabellen. Lassen wir hier die entsprechenden Gesichtspunkte wie für die Verzeichnisse gelten, so sind Tabellen mit nur Spalten, solche mit Spalten und Zeilen und solche mit nur Zeilen zu unterscheiden. Bisher spricht man hierbei wohl bisweilen von kombinierten und einfachen Tabellen. Die letztere Anwendung der v. Mayr'schen Umgrenzung des Begriffs Spalte, die von ihm selbst nicht auf Tabellenformulare angewandt ist, ist in der Literatur vorherrschend, allerdings wohl mehr gefühlsmäßig, entsprechend der Tatsache, daß Spalten als Vertikalstreifen bedeutend häufiger vorkommen als als Horizontalstreifen. So fußt z. B. Block-Scheel[1]) sicherlich auf dieser Auffassung, als er von Spalten in Konzentrationsformularen spricht, wie wohl er dabei lediglich an Längsstreifen denkt, wie aus der Bemerkung „. . . ob ich eine Spalte ziehe und darüber setze . . ." (nämlich den Kopf oder die Überschrift) hervorgeht. Auch Meitzen[2]) schwebt diese Auffassung vor, wenn er die Tabellenanlage so fordert, daß qualitativ gleiche Angaben untereinander stehen, und diese Streifen mit *„columns"*, andere mit *„lines"* bezeichnet. (Mir liegt nur die englische Übersetzung des Buches vor.) Ob sich Seutemann[3]) ganz des Unterschieds von Spalte und Zeile in obigem Sinne bewußt ist („Die Tabelle führt das Zutreffen desselben Merkmals bei verschiedenen Gesamtheiten durch ein System sich kreuzender Spalten und Reihen übersichtlich dem Auge vor"), möchte ich nicht entscheiden. Mischler[4]) spricht nur von Rubriken und macht damit gar keine Unterschiede. Übrigens hat G. v. Mayr[5]) die obige Auffassung in „Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben" auch für Aufbereitungsformulare als maßgeblich geäußert Er sagt dort: „Hierbei" (bei Gruppierung des Materials) „sind die Tatsacheneinheiten mit Rücksicht auf die beobachteten Qualitätsunterschiede auseinanderzuhalten, d. h. die Tabelle ist zu gliedern, wenn auch der tabellarische Hauptabschluß außerdem noch eine allgemeine Zusammenfassung unter Verzicht auf die in den einzelnen Spalten der Tabelle enthaltene Berücksichtigung reiner Qualitätsunterschiede bieten kann."

Das Kriterium des Qualitätsunterschiedes in den Angaben der Tabellenstreifen (Quer- oder Längsstreifen) für die Bezeichnung ob Spalte oder Zeile sollte mehr, als bisher geschehen, Beachtung finden, auch auf die Gefahr hin, dem populären Sprachgebrauch damit nicht ganz gerecht zu werden. *W. Grävell* (Berlin).

[1]) Statistik und Gesellschaftslehre, 1. Band, Theoretische Statistik, 2. Aufl. 1914, S. 109.

[1]) Handbuch der Statistik, 1879, S. 180 u. 186 (deutsche Ausgabe).

[2]) Geschichte, Theorie und Technik der Statistik, 1891, S. 194 (englische Ausgabe).

[3]) In Zahn: Die Statistik in Deutschland, I, S. 179.

[4]) Handbuch der Verwaltung und Statistik, 1. Band, 1892, S. 140.

[5]) Die Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben, 1877, S. 43 u. S. 46.

Bibliographie.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Schriften ist vor dem Titel Jahrgang und Spitze (in Klammer) angegeben.

25. Bibliographie der Kriegsstatistik.[1])

Von Oberbibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Aktienbrauereien, Die rheinisch-westf., im letzten Kriegsjahr (Köln. Ztg. vom 9. Mai 1919, Abendausgabe.)

Angebot u. Nachfrage auf dem bayerischen Arbeitsmarkt während des Krieges 1914—1918. (Ztschr. Bayr. Statist. L.-A. 1919, 1/2.)

Arbeitsfeld, Vom, der Kriegswohlfahrtspflege in Württemberg. 1. u. 2. Bd. (161 u. 199 S.) Stuttgart, Ev. Preßverband.

Aufwendungen, Die bisherigen, für Kriegshinterbliebene (1914—1917 [Drucks Nr. 1281 d. D. Nat.-Vers.] (7 S.) Berlin.

Becker, E., Über die Einwirkung des Kriegsdienstes auf den Verlauf der Tuberkulose. S. Abd. (9 S.) Charlottenburg, Armenverwaltung.

Beckmann, H., Die Schwerbeschädigten-Fürsorge d. Prov. Brandenburg. Aufbau u. Statistik. (50 S. m.

1) Vgl. D. St. Z. 1915, Nr. 7/8 u. 9; 1916, Nr. 8/9 u. 10; 1917, Nr. 1/2, 4 u. 6; 1918, Nr. 1, 5/6 u. 9/10; 1919, Nr. 6/7.

Digitized by Google

1 Taf.) [Sonderschriften des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigten- u. Kriegshinterbliebenenfürsorge. 7—8.] Berlin, Heymann. M. 8.—.

de Beisac, A., Über das Körpergewicht der Kriegsneugeborenen und ihre erste Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Stillverhältnisse. (36 S.) Diss. Berlin.

Bericht, 9., über die Kriegsmaßnahmen des Magistrats der Stadt Cassel [für Juli bis Dezember 1918]. (56 S.)

—, desgl., 10. (37 S.)

—, desgl., der Stadt Frankfurt a. M. im Verwaltungsjahr 1917 [Sonderbeilage z. Verwaltungsbericht] (VIII, 114 u. LXI S.). Frankfurt 1919, Gebr. Knauer.

— über die soziale Fürsorge der Stadt Leipzig in der Kriegszeit 1914—1918. 1 Buch (132 S.). Leipzig, Rat der Stadt.

Berichte über die Tätigkeit des Bezirkswohlfahrtsausschusses in München 1914/15 bis 1916/17. (8 u. 4 u. 4 S.)

— über den rheinisch-westf. Kuxenmarkt während der Kriegsjahre 1914—18. Statistische Mitt. über Kohlen-, Braunkohlen- u. Kaligewerkschaften. Herausgegeben von der Deutschen Bank, Filiale Düsseldorf. M. 5.—.

Beutler, Bericht der Reichsfaßstelle über die Bestandsaufnahme der Fässer 1917. (4 S.) Berlin 1918.

Bevölkerungsbewegung, Die, in Frankreich und Preußen in den Jahren 1914 bis 1918. (Statist. Korr. N. 40 v. 27. 9. 1919.)

Bewegung der Bevölkerung Preußens in den Kriegsjahren. (Ebd. 1919, 26.)

—, desgl. in Württemberg in den Jahren 1914—1917. (Mitt. d. Statist. Landesamts 1919, 2.)

Binnenwanderungen, Die, von Arbeitern während des Krieges nach dem Quittungskartenaustausch der deutschen Landesversicherungsanstalten. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 7.)

Bohnert, H. Außenhandel; Industrie u. Landwirtschaft Spaniens während des Krieges. (Wirtschaftsdienst 1919, 18/19.)

Brandis, W., Die Berufsgenossenschaften im Kriege. (Ztschr. f. Sozialwiss. 1919, 3/4.)

Burgdörfer, F., Bewegung der Bevölkerung in Bayern in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917 mit besonderer Berücksichtigung der Einwirkungen des Krieges auf die Entwicklung der Bevölkerung in Stadt u. Land. (Ztschr. d. Bayerischen Statistischen L.-A. 1919, 1/2.)

Busch, A., Ergänzungsheft zu den tabellarischen Übersichten, betr. den Zivilstand der Stadt Frankfurt a. M., enthaltend die Hauptzahlen aus den Kriegsjahren 1914—1918 (16 S.). Frankfurt a. M., Statistisches Amt.

Döring, C., Die Bevölkerungsbewegung in Deutschland unter dem Einfluß des Weltkrieges. (D. Wirtschafts-Zeitung 1919, 9.)

Darstellung, graphische, der Entwertung der deutschen Valuta 1914—1918. (Drucks. zu Nr. 1067 d. D. Nat.-Vers.) (4 S.) Berlin.

Essenberger, Die k. u. k. Feldpost im Jahre 1917. (Zeitschrift f. Post u. Telegraphie, Wien, 1918, S. 121.)

Einfluß des Krieges auf den natürlichen Bevölkerungswechsel im hamburgischen Staate in den Jahren 1914—1917. [Bearbeiter: v. Tyszka in den „Statist. Mitt. über den hamburgischen Staat, Nr. 5.] (98 S.) Hamburg 1918. ℳ 3.—.

Einfluß des Krieges auf Industrie und Volkswirtschaft in Japan. (Weltwirtsch. Nachrichten 1919, 199.)

Elster, L., Der Einfluß des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung in Deutschland. (Jahrbücher f. Nat.-Ök. u. Stat., III. F., Bd. 58, 2.)

Englands Industriegewinne während des Krieges. (Wirtschaftsdienst 1919, 40.)

Festsetzung, Die, von Höchstpreisen und andere behördliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung während der Kriegszeit. Mit Erläuterungen zu den vergleichenden preisstatistischen Übersichten. (Statistisches Jahrbuch d. Stadt Zürich f. 1917/18, S. 1*—31*.)

Frankreichs Kriegsfinanzen (Wirtschaftsdienst 1919, 20).

Friedensbedingungen, Der aus den — sich ergebende Verlust an landwirtschaftlicher Fläche und deren Erträgen für Preußen. (Statistische Korr. 1919, 20.)

Geldkrisen, Die, in den Kriegsjahren 1914—1918 und die Ausgabe von Notgeld. (Beitr. zu den Statistischen Monatsberichten der Stadt Nürnberg, August und September 1919.)

Genauigkeit, Die, der Kriegsgewerbezählung vom Herbst 1917. (Mitt. d. Württbg. Statist. Landesamts 1919, 11.)

Genossenschaften, Die gewerblichen, im Kriege. (Reichs-Arbeitsblatt 1914, 4.)

Gewerbestatistik, Die, vom August 1917 und die sog. Umstellung der Gewerbe während des Krieges in Württemberg. (Mitt. W. Statist. L.-A. 1919, 7.)

Grünfeld, E., Österreich-Ungarns Blutopfer des Krieges. (Der Österr. Volkswirt 1919, 34.)

Guradze, Die Brotpreise in Berlin im fünften Kriegsjahre 1918. (Jahrbücher f. Nat.-Ök. u. Stat., III. F., Bd. 57, 2.)

—, desgl. in der ersten Hälfte 1919. (Ebd. Bd. 58, 2.)

Hänlein, Die Rüben in der Kriegswirtschaft. (Zeitschr. Bayer. Statist. L.-A. 1919, 1/2.)

Hinterthür, Th., Kriegsstellen und Kriegsgesellschaften für das Deutsche Reich und für Bayern. (134 S.) München 1917, Chr. Kaiser.

Hoffmann, H., Der Einfluß des Krieges auf die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse der Artlande. (90 S.) Diss. Berlin.

Hollmann, A. H., Die dänische Landwirtschaft unter dem Einfluß des Krieges. (Schmollers Jahrbuch, Bd. 42, 1918, S. 1001—1026.)

Jäckel, H., Übergangswirtschaft und Textilarbeiter [mit Lohnstatistiken während der Kriegszeit] (208 S.). Berlin, Karl Hübsch.

Jahresbericht der Reichsmarinestiftung für 1917 (16 S.). Berlin.

Jastrow, J., Deutschlands Volksvermögen im Kriege. Ein Beitrag zur Frage: Vermögensopfer und Kriegsentschädigung. 2. verm. Aufl. (45 S.) Berlin, Springer. ℳ 2.—.

Kleindienst, Die Kriegsfürsorge für erwerbslose Textilarbeiter in Augsburg 1915/18. (17 S.)

Kleinwohnungsmarkt, Der, in der Stadt Hamburg während des Krieges und seine mutmaßliche Gestaltung nach dem Kriege. [Statist. Mitt. über den Hamburgischen Staat, N. 6] (33 S.) Hamburg. M. 2.—.

Kriegsanleihe, Die achte und neunte. (Archiv f. Post u. Telegraphie 1919, 7.)

Kriegsband des „Kommunalen Jahrbuches". (532 S.) Jena, Fischer. M. 25.—.

Kriegsernten, Die, in Preußen. (Statistische Korrespondenz 1919, 14/15.)

Kriegsfürsorge, Die städtische, in Augsburg 1914 u. 1915. (78 S.)

— und Lebensmittelversorgung der Stadt Freiburg i. Br. III. [1. Januar bis 31. Dezember 1917] (99 S.)

Kriegsgefangene, Deutsche, in Feindesland. Amtl. Material. Frankreich. (VII, 312 S.) Berlin, Vereinigung wissenschaftl. Verleger. M. 1.—

Kriegshinterbliebenenfürsorge in Preußen. Ergebnis einer Umfrage bei den amtlichen Fürsorgestellen. [Schriften der Nationalstiftung, 10. Heft.] (147 S.) Berlin, Heymann.

Kriegslöhne im Rahmen der deutschen Arbeiterversicherung. [Sonderbeilage zum Reichs-Arbeitsblatt N. 1, November 1919.] (21 S.) Berlin.

Kriegsstellen u. Kriegsgesellschaften f. Nahrungsmittelversorgung in Bayern. Stand vom 1. 1. 1919. Hrsg. vom bayer. statist. Landesamt. (II, 48 S.) München, Lindauer. M. 1.—

Kriegsverdienste der Arbeiterschaft bis Anfang 1919, nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 11.)

Kriegs-Volkszählungen, Die, vom Jahre 1916 u. 1917 in Bayern. [Heft 89 der Beiträge z. Statist. Bayerns.] (405 S. und graph. Tafel.) München, Lindauer. M. 5.—

Digitized by Google

Kriegszählung, Die, der gewerblichen Betriebe am 15. August 1917 in Bayern. [Heft 90 der Beiträge zur Statistik.] (233 S.) Ebd. M. 5.—.

Krsiza, Die leerstehenden Wohnungen in Kiel während des Krieges. (Anh. zu d. Statistischen Monatsheften 1919, 1.)

Kuhnert, F., Einkommenentwicklung während des Krieges. (Der Rote Tag, N. 253 v. 14. 11. 1919.)

Lage, Zur, der dänischen Landwirtschaft während des Krieges. (Statist. Korr. 1919, 21.)

Lambertz, H., Chinas Baumwollwarenerzeugung im Kriege. (Wirtschaftsdienst 1919, 40 u. 41.)

Lebendgeborenen, Die, Eheschließungen u. Gestorbene in Preußen 1913—1918. (Statist. Korr. 1919, 39 v. 20. 9. 1919.)

Leistungen, Die, d. Vereinigten Staaten. April 1917 bis November 1918. Hrsg. vom Committee on Public Information United States of America. (14 S.) Bern, Müller-Frey. M. —.90.

Lessing, H., Die Bank von Frankreich während des Krieges. (Bank-Archiv 1919, 17.)

v. d. Leyen, R., Die Berliner Jugendgerichtshilfe in den Kriegsjahren. (Die Jugendfürsorge 1919, 416.)

Ludwig, E., Die Unterstützungsabteilung des badischen Landesvereins vom Roten Kreuz und die badische Kriegsarbeitshilfe 1914—1917. (88 S.) Heidelberg 1918. M. 5.—.

Maßmann, Die Kriegsbeschädigten-Fürsorge im Landkreis Gelsenkirchen. (Zeitschr. f. Kommunalwirtschaft u. Kommunalpolitik 1919, 3/4.)

— der städtischen Verwaltung von Frankfurt a. M. anläßlich des Krieges. (61 S.) Frankfurt a. M.

Matari, F., Die Geburten- und die Säuglingssterblichkeit in München während der Kriegsjahre 1915, 1916 u. 1917. (Zeitschr. f. Bevölkerungspolitik u. Säuglingsfürsorge, Bd. 11, 1.)

Meyer, H., Die Todesursachen bei den Versicherten der bürgerlichen Bevölkerung während des Krieges. (Ztschr. f. d. ges. Versicherungswissenschaft 1919, 4.)

Mittermüller, E., Die private deutsche Lebensversicherung im Kriege. (Blätter f. Vertrauensärzte der Lebensversicherung 1918, 2/3.)

Neuhaus, Die Sterblichkeit der Kölner Bevölkerung während des Krieges. (Kölner Statistik 1919, 1 u. im Stat. Jahrbuch der Stadt Köln 7. Bd.)

—, Die leerstehenden Wohnungen in Köln während des Krieges. (Kölner Statistik 1919, 1.)

Noack, V., Bevölkerungspolitische Wirkung des Krieges auf eine großberlinische Gemeinde [Berlin-Friedenau]. (Archiv f. soziale Hygiene u. Demogr., Bd 13, 3.)

Organisation, Die gewerkschaftliche — der Frauen während des Krieges. (Reichs-Arbeitsbl. 1919, 2.)

Philip, O., Appendizitis und Krieg. (14 S.) Diss. Berlin.

Pieper, H., Der Einfluß des Krieges auf den Saatenmarkt. (Sächs. Landw. Ztschr. 1919, 13.)

Ponickau, R., Der Alkohol im Weltkriege. (33 S.) [Vorträge u. Flugschriften N. 60/64.] Hamburg, Janssen. M. —.60.

Preissteigerungen von Lebensmitteln und Rohstoffen während des Krieges. (Ztschr. d. Bayerischen Statist. L.-A. 1919, 3.)

Rauch, H., Die Kaninchenzucht in Bayern vor und während des Krieges. (L.-A. 1919, 1/2.)

Rechenschaftsbericht des Kriegshilfsbureaus des k. k. Min. d. Innern vom August 1914 bis Dezember 1917. (115 S.) Wien, Selbstverlag.

Rentabilität der deutschen Aktienbrauereien 1915—1918. (Mitt. d. D. Brauerbundes 1919, 12.)

Rheinbold, J., Die deutsche Finanzwirtschaft während des Krieges und die Möglichkeiten ihrer Ordnung. (73 S.) Mannheim, Bensheimer. M. 3.—.

Riegler, H., Eisenproduktion auf d. Weltmarkt während d. Krieges unt. bes. Berücks. Deutschlands. (62 S.) Berlin, H. Sack. M. 4.—.

Rückblick auf die Armen- und Wohlfahrtspflege der Stadt Breslau während der Kriegszeit [1915—1917]. (Blätter für das Armenwesen und die Wohlfahrtspflege der Stadt Breslau, N. 255.)

— auf die Kriegsjahre [in Nürnberg] 1914—1918 (7 S.) (Beilage zu den statist. Monatsber., März 1919.)

Samuel, W., Beobachtungen bei einer Grippeepidemie im Felde im Juni und Juli 1918 (34 S.) Diss. Berlin.

Schneider, Sterblichkeit und Geburtenverminderung in den Kriegsjahren. (Der rote Tag N. 156 v. 23. 7. 1919.)

Schneider, S., Die schweizerische Volksernährung vor und während dem Kriege. (Ztschr. f. Schweiz. Statistik 1919, 1.)

Schott, S., Eheschließungen, Geburten u. Sterbefälle in der Kriegszeit. Eine vorläufige Übersicht für Mannheim [Beitr. z. Statistik, 7. Sondernummer. (67 S.) Mannheim 1919.

Schwarz, Die Ernährungslage des Freistaates Sachsen im März 1919. (14 S.) Dresden, Wirtschaftsministerium.

Schweisheimer, W., Der Krieg 1914/18 und die Bevölkerungsbewegung in Bayern. (Ztschr. f. Sozialwiss. 1919, 9/10.)

—, Die Verschiebung des Zahlenverhältnisses der Geschlechter durch den Krieg. (Ebd. 1919, 3/4.)

Schweyer, F., Kriegsfürsorge und Kriegswohlfahrtspflege in Bayern. (Zschr. d. Bayerischen Stat. L.-A. 1919, 1/2.)

Seelmann, Die ostpreußischen Raiffeisen-Genossenschaften in den Kriegsjahren. (123 S.) Berlin, Parey 1918. M. 5.40.

Simons, G., Die Erwerbslosenfürsorge während des Krieges. Erhebung der Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit [Schriften, Heft 5]. (118 S.) Berlin, Heymann. M. 6.—.

Singer, F., Die Porzellanindustrie im Kriege [mit graph. Tabelle] S. A. (16 S.) Leipzig, Kriegswirtschaftsmuseum.

Singer, K., Die Bilanz der deutschen Kriegsfinanzen. (Wirtschaftsdienst 1919, 14—19.)

Sonnenschein, L., Die Wiener Banken im Kriege. (31 S.) Wien, Hölder 1918.

Staedler, E., Organisation u. Wirksamkeit der deutschen Post in Belgien während des Krieges. (Weltwirtsch. Archiv, 15 Bd 1.)

Statistik, Die, des landwirtschaftlichen Anbaues in den Kriegsjahren. (Mitt. d. Württbg. Statist. Landesamts 1919, 3.)

Steigerung der Lebensmittelpreise seit 1914 in den verschiedenen Ländern. (Weltwirtsch. Nachr. 1919, N. 210.)

Sterbefälle von Militärpersonen in den Einzelstaaten des Reichs in den Jahren 1914 bis 1916, mit bis gegen Ende des Jahres 1918 eingegangenen Nachträgen. (Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes 1919, N. 49, S. 764—771.)

(Uhle, P.), Chemnitz im Weltkrieg. Amtlich. (646 S.) Chemnitz 1919.

Verlust, Der, an Holzertrag durch den Frieden. (Statist. Korr. N. 32 v. 16. 8. 1919.)

Verluste, Die, der bayerischen Armee im Weltkrieg. (Ztschr. des Bayer. Stat. L.-A. 1919, 1/2.)

Verurteilungen wegen Kriegswuchers in Sachsen. (Ztschr. S. Statist. L.-A. 1918 u. 1919, S. 359).

Viehbestand, Der, der Schweiz und sein Anteil an der Fleischversorgung Deutschlands während der Kriegszeit. (Statist. Korr. N. 38 v. 18. 9. 19.)

Viehstand, Der, in Preußen am 1. September 1919 und die Viehmengen im abzutretenden Gebiete. (Ebd. 1919, 45.)

—, Der, in den einzelnen Provinzen des preußischen Staates 1918 und im Zeitraum des Krieges bis 1918. (Ebd. 1919, 24.)

—, der, Preußens nach Abbruch und zu Anfang des Weltkrieges. (Ebd. 1919, 10/11.)

Viehwirtschaft, Die, Schwedens während des Weltkrieges. (Statist. Korr. 1919, 44.)

Volkszahl Württembergs 1910, 1916 und 1917. (Mitt. d. Statist. L.-A. 1919, 9.)

Digitized by Google

Waldstätten, Egon v., Weltkriegstafeln 1914—19 . . Synchronistische Darstellung des Weltkrieges. Tafel 8. Wien, Seidel & Sohn. ℳ 1.—.

Weiß, Die Vorratserhebungen in Bayern 1914/15 bis 1918/19. (Zeitschr. des Bayer. Stat. L.-A., 1919, 8).

(XI 180) Wiernik, L, Die Kriegsarbeiter. Eine statistische Studie. (80.) Diss. Berlin.

Winkler, W., Berufsstatistik der Kriegstoten der österreichisch-ungarischen Monarchie. (V, 20 S.) Wien, Seidel & Sohn. ℳ 2.—.

—, Die Totenverluste der österreichisch-ungarischen Monarchie im Kriege nach Nationalitäten. Die Altersgliederung der Toten. Ausblicke in die Zukunft. (VI, 84 S. m. 14 Taf. u. 1 Karte.) Wien. Ebd. ℳ 4.—.

Zahn, F., Einfluß des Krieges auf die Sterblichkeit in Bayern. (Volkskraft 1919, 11.)

(XII, 19) —, Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik nach dem Kriege. S. A. (35 S.) (Mitt. N. 2 der D. Stat. Gesellsch.)

Ziegler, S., Die Weltzuckerproduktion während des Krieges. (Weltwirtsch. Archiv, 15 B. 1, S. 50*ff.)

Zimmer, C., Die gefallenen Ärzte, Zahnärzte, Veterinäre, Apotheker und Feldgeistlichen. Alphabetisches Namensverzeichnis, auf Grund der amtlichen Verlustlisten herausgeg. (IV, 64 S.) München, Lehmann. ℳ 2.50.

Zuckerernte, Die, während des Krieges. (Monatsschrift f. Handel u. Industrie, April/Mai 1919.)

Zusammensetzung und Löhne der Arbeiterschaft sowie die Arbeitszeit während des Krieges. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 8.)

Fragekasten.

L. in D. Die Begleiterscheinungen des Krieges haben in der Tat bewirkt, daß die übliche Messung der Zahl der unehelichen Geburten an der der unverheirateten oder verheiratet gewesenen Frauen im gebärfähigen Alter nicht mehr als richtig gelten kann infolge der wohl nicht ganz geringen Zahl von Geburten im Ehebruch erzeugter, also unehelicher Kinder verheirateter Frauen.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

In 2. Auflage erscheint:

Kapitalismus und Sozialismus

Betrachtungen über die Grundlagen der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sowie die Voraussetzungen und Folgen des Sozialismus

Geheftet M. 6.— **Von Dr. L. Pohle** Gebunden M. 7.—

Geh. Reg.-Rat, ord. Prof. der Nationalökonomie an der Universität Leipzig

Einige Urteile über die 1. Auflage:

„Pohles Ausführungen sind wegen ihrer gemeinverständlichen Darstellungsweise in hohem Maße geeignet auch in weitere Kreise einzudringen und dort Klarheit über die gegenwärtig die deutsche wie außerdeutsche Welt bewegenden Streitfragen zu verbreiten." (Kölnische Zeitung.)

„Weitaus das Beste, was bisher über Kapitalismus und Sozialismus kritisch-wissenschaftlich und zugleich gut verständlich veröffentlicht wurde."

14 (Literarisches Zentralblatt für Deutschland.)

„Sein Urteil über den Sozialismus ist besonnen und tiefgründig." (Stahl und Eisen.)

„Bücher, wie das in Rede stehende, sollten zu Tausenden an unsere heranwachsende Intelligenz verschenkt werden, damit diese wieder auf den Weg der Besonnenheit und Einsicht zurückgeführt werden möge." (Österreichische Bauzeitung.)

„Ein geeignetes Hilfsmittel für die volkswirtschaftliche Belehrung der weiteren Kreise der Gebildeten."

(Wirtschaftliche Lehrerzeitung.)

Der wirtschaftliche Hintergrund des Weltkriegs

Von Staatsminister a. D. Dr. **K. Helfferich**

Geheftet M. 1.20

Zeigt einleitend in großen Zügen die wirtschaftlichen Ursachen des Weltkrieges, sodann die wirtschaftlichen Kampfmittel, die England gegen das deutsche Volk anwandte, die Übernahme der industriellen und finanziellen Führung durch Amerika und die dadurch eingetretene, erneute gewaltige Verschiebung des wirtschaftlichen Weltbildes mit dem Ergebnis der unbestreitbaren Vormachtstellung Amerikas. Im Schlußabschnitt werden die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten Deutschlands erörtert.

14 Auf sämtliche Preise Teuerungszuschläge des Verlages und der Buchhandlungen

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

6 3417

Nr. 3/4 12. Jahrgang März/April 1920

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Anzeigen: 1/2 Seite M. 260.—, 1/4 Seite M. 150.—, zweigespaltene Millimeterzeile M. 1.40. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger

Professor, Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

In Verbindung mit

Dr. Hans Platzer

Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth

Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Inhalt: *Die Organisation des statistischen Quellennachweises*, S. 41. — *„Personen" und „Fälle"*, S. 49. — *Nochmals „Methodisches zum Geburtenrückgangsproblem"*, S. 51. — *Aus der statistischen Literatur:* Familienstatistik, S. 53. — Verhältniswahl der Unehelichen bei der Geburt und später, S. 55. — Korrelation der Heiraten mit den Geburten und den Roggenpreisen, S. 56. — Heiratstafeln, S. 57. — Die Ermittelung der Säuglingssterblichkeit in Kriegszeiten, S. 59. — Bebauungs- und Wohnungsverhältnisse in Frankfurt a. M., S. 59. — Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im 4. Kriegsjahre, S. 61. — Einen Beitrag zur Konjunkturkunde, S. 62. — Die Zähleinheit der gewerblichen Berufsstatistik, S. 62. — Deutsche und ausländische Lehrbücher der Statistik, S. 63. — *Vermischte Mitteilungen*, Statistische Lehrstühle, S. 65. — Berufsausbildung der Statistiker, S. 65 — Heinrich Schwiening †, S. 65. — Die Logarithmenpapiere: S. 66. — Ein Reichsbund der Studierenden der Staats- und Wirtschaftswissenschaften, S. 67. — *Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke*, S. 67. — *Fragekasten*, S. 71.

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Nummern in 6 Heften. Um für die außergewöhnliche Steigerung der Herstellungs- und allgemeinen Unkosten, die aller Voraussicht nach auch weiterhin anhalten wird, wenigstens zum Teil einen Ausgleich zu schaffen, hat sich die Erhöhung des Bezugspreises nicht länger vermeiden lassen. Er beträgt vom 1. Januar 1920 ab halbjährlich M. 10.—.

Die Organisation des statistischen Quellennachweises.[1])

Von Dr. O. Kürten in Neukölln.

Eine bereits viel erörterte, aber immer noch nicht befriedigend gelöste Frage ist die der unzureichenden Ausnutzung der statistischen Quellenveröffentlichungen. Die Ergebnisse eines großen Teils der mit vielen Mühen und Kosten verbundenen statistischen Sammelarbeit ruhen unbenutzt in den Archiven und Bücherständern, anstatt daß sie, in der rechten Hand, zu reichem und fruchtbarem Leben erweckt würden. Da ist es zu begreifen, daß sich unter den praktischen Statistikern immer mehr ein Gefühl der Entmutigung einstellt angesichts der Aussichtslosigkeit ihres Bemühens, ihre Arbeiten einem größeren Verbraucherkreise näherzubringen. Und doch kann man anderseits wieder häufig beobachten, wie allenthalben geradezu ein Heißhunger nach Zahlen herrscht. In allen Kreisen des öffentlichen Lebens, in den städtischen und staatlichen Körperschaften, in der Verwaltung wie in der Wissenschaft wird der Wert der Zahl von Tag zu Tag mehr anerkannt und geschätzt, und bei jeder nur denkbaren Gelegenheit kann man mit Sicherheit alsbald den Ruf nach einer Statistik erwarten. Wie ist dieser scheinbare Widerspruch zu verstehen?

Es wirken mancherlei Umstände zusammen, die zu dem bestehenden Mißverhältnis zwischen statistischer Produktion und Konsumtion geführt haben, nicht zuletzt die den meisten Menschen innewohnende Verständnislosigkeit gegenüber tabellarischen Zusammenstellungen, die nur durch geduldige und rastlose Erziehungsarbeit überwunden werden kann, durch eine Erziehungsarbeit, die möglichst schon in der Schule beginnen sollte, und die sich nicht in der Popularisierung der Statistik durch bildliche Darstellungen erschöpfen darf. Daneben aber dürfte einer der wesentlichsten Gründe wohl auch darin zu suchen sein, daß Angebot und Nachfrage in der Statistik einander zumeist nicht finden. Was hilft es dem Statistiker, daß die Früchte seines Fleißes begehrt werden, wenn sie denjenigen Kreisen, für die sie bestimmt sind, nicht zu Gesicht kommen? Und was hilft es anderseits dem Gelehrten, dem Volkswirt, dem Verwaltungspraktiker, dem Parlamentarier, daß die von ihnen gerade benötigten Zahlennachweisungen vorhanden sind, wenn sie nicht wissen, wo sie dieselben zu suchen haben? Reich, Staat, Provinzen, Gemeinden, Wissenschaft und privater Fleiß wetteifern miteinander, in unabsehbarer Folge Zahlenmassen auf Zahlenmassen zu türmen. Wo aber findet man eine Bibliothek, in der ausnahmslos sämtliche amtlichen Quellenwerke vereinigt und leicht zugänglich sind, ganz abgesehen von den in zahlreichen Einzelveröffentlichungen und Fachzeitschriften verstreuten privaten Bearbeitungen amtlicher Ergebnisse?[1]) Und wer vor allem verfügt über die zeitlose Muße und Gelegenheit, alle diese Quellenwerke auf der Suche nach irgendeiner zahlenmäßigen Nachweisung planmäßig durchzuarbeiten? Wie viele hochbedeutsame Arbeiten bleiben ungeschrieben oder unvollständig, weil die erforderlichen Unterlagen, obwohl vorhanden, nicht bekannt waren! Wie oft kann man erleben, daß auf Zahlennachweisungen, die unter besonderen Umständen zustande gekommen sind, weitgehende Schlüsse aufgebaut werden, obwohl aus anderen vorhandenen, aber dem Verfasser unbekannt gebliebenen Angaben zweifelsfrei hervorgeht, daß

[1]) Aus den „Mitteilungen der Deutschen Statistischen Gesellschaft für die 4. Mitgliederversammlung".

[1]) Vgl. dazu das Gutachten R. Jaeckels über eine „Deutsche Statistische Zentralbibliothek" im Verhandlungsbericht der D. Statist. Gesellschaft vom Jahre 1912 in Berlin (S. 39).

Digitized by Google

jene Unterlagen keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben konnten. Es sei hier nur an die vielfachen Streitigkeiten um die Frage des Geburtenrückgangs vor dem Kriege erinnert. Meist sind es nur einige wenige Übersichten, die, da sie den ersten Bearbeitern zufällig zur Hand waren, sich nun durch die ganze Literatur über die Frage hinziehen, ohne daß das sonst noch vorhandene, zum Teil weit vollkommenere Material gewürdigt wird.

Auch der Fachstatistiker leidet unter diesem Übelstand; denn auch für ihn ist es schlechterdings unmöglich, alle Veröffentlichungen dauernd zu verfolgen und im Gedächtnis zu behalten, wiewohl er jeden Augenblick in die Lage kommen kann, auf die von anderen Stellen unternommenen Arbeiten und gemachten Erfahrungen zurückgreifen zu müssen. Wie viele ungehobene Schätze ruhen noch in den Quellenwerken unserer statistischen Ämter, die, in der Masse versteckt, vielleicht gar von ihrem Erzeuger selbst übersehen oder doch zu flüchtig behandelt wurden, um in weiteren Fachkreisen Aufmerksamkeit zu erregen und nun auf einen glücklichen Zufall warten, um wieder ans Tageslicht gezogen zu werden. Man blättere nur einmal in irgendeinem nicht gerade vertrauten Quellenband eines fremden landes- oder städtestatistischen Amtes, um zu finden, wie manches darin steht, das man bei dieser oder jener früheren Gelegenheit gern benutzt hätte. Darin liegt eben die Eigenart der Ergebnisse aller wissenschaftlichen und so auch der statistischen Forschung, daß jede einzelne Feststellung, mag sie an sich auch anscheinend noch so unbedeutend sein, irgendwo und irgendwann doch einmal einen wichtigen Baustein zum Aufbau einer anderen Erkenntnis bilden kann. Um diesen Zweck zu erfüllen, muß das Wissen von Raum und Zeit befreit, muß es verallgegenwärtigt werden, soweit dies mit den unvollkommenen menschlichen Hilfsmitteln überhaupt möglich ist.

Erschwert wird der Überblick über die statistischen Quellen noch durch die bunte Mannigfaltigkeit der Veröffentlichungsweisen der statistischen Ämter. Das eine Amt veröffentlicht die Ergebnisse einer Aufnahme in einem besonderen Bericht, das zweite in seinem Statistischen Jahrbuch, das dritte im städtischen Verwaltungsbericht, wieder ein anderes in den Monats-, Viertel- oder Halbjahresberichten usw. Unter solchen Umständen darf man sich dann nicht wundern, wenn ein der Veröffentlichungspraxis ferner Stehender oft ohne Kenntnis von einer für ihn wichtigen Untersuchung bleibt[1]).

Hier also werden die Reformbestrebungen einzusetzen haben, die auf eine ausreichendere Benutzung uud Verwertung der statistischen Ergebnisse hinzielen. Es gilt, diese Ergebnisse dem Benutzer näher zu bringen, ihm das Sichzurechtfinden in dem schon jetzt unübersehbaren und von Tag zu Tag noch anschwellenden Wust von Zahlen zu erleichtern, ihm eine hilfreiche Führung durch das Labyrinth von Quellenveröffentlichungen zu bieten. Zwar den gesamteln Zahlenstoff kann nicht jeder in seinem Bücherschrank haben; ihn muß er sich aus einer ihm zugänglichen Bibliothek verschaffen, was wohl selten Schwierigkeiten bereiten dürfte. Wohl aber sollte es möglich zu machen sein, jedem ein Mittel an die Hand zu geben, das ihm sagt, wo er den gewünschten Zahlenstoff zu suchen hat und finden kann, welche Werke er sich für seine Zwecke aus der Bibliothek geben lassen muß. Und kann man auch nicht die oft verwickelten subjektiven Gedankengänge des Verfassers eines Werkes in allen ihren Einzelheiten festhalten und in leicht übersichtlicher Form zum Ausdruck bringen, so sollte dies doch denkbar sein hinsichtlich des von ihm benutzten Tatsachenmaterials, soweit es, und nur darum handelt es sich hier, in statistischen Zahlenreihen in die Erscheinung tritt. Bedeutet es nicht eine ungeheure Verschwendung von Zeit und Geisteskraft, wenn man, um in der Entwicklung einer Gedankenreihe an irgendeiner Stelle eine Tatsache zahlenmäßig zu belegen, oft erst endlose Reihen von Quellenwerken durchstöbern muß, und daß diese geisttötende Arbeit von jedem einzelnen immer und immer wieder vorgenommen werden muß? Und letzten Endes bleibt es trotz noch so sorgfältigen Suchens doch mehr oder weniger dem Zufall überlassen, ob man wirklich das Geeignete findet. Es gilt, diese mechanische Vorarbeit des Suchens nach den Quellen, die, so unerläßlich sie ist, doch die Kräfte des einzelnen verzettelt und vor der Zeit ermüdet, zu organisieren und dadurch die Arbeitskraft für die eigentliche geistige Tätigkeit frisch und rege zu erhalten. Es gilt, die Arbeit, die heute von Tausenden und aber Tausenden immer wieder von neuem getan werden muß, ein für allemal, und zwar erschöpfend vorzunehmen und festzulegen, in einer Weise, die leicht zugänglich und übersichtlich, vor allem auch dem Nichtstatistiker verständlich ist und ihn zum Aufsuchen und zur Benutzung der Quellen anregt.

Dieser Gedanke, das Aufsuchen der Quellen zu erleichtern, ist ja nun an sich keineswegs neu. Die Einsicht in die Notwendigkeit, den Interessenten der Statistik das Bekanntwerden mit den statistischen Veröffentlichungen zu vermitteln, war es ja auch, die die Begründung des Deutschen Statistischen Zentralblatts hauptsächlich veranlaßt hat. Wie damals die Herausgeber in der „Einführung" (Jahrg. 1909, Nr. 1) bemerkten, sollte es eine Sammelstelle bilden, an der die Neuerscheinungen der amtlichen Statistik vollständig und übersicht-

[1]) Es sei bei dieser Gelegenheit noch auf einen anderen Umstand hingewiesen, welcher der Verbreitung und Benutzung der statistischen Quellenwerke zum mindesten nicht förderlich ist, darauf nämlich, daß die Quellenveröffentlichung vielfach in Sammelbänden erfolgt, die oft die Ergebnisse einer ganzen Reihe von statistischen Erhebungen der verschiedensten Art in sich vereinigen. Der medizinische Forscher z. B., für den nur die vielleicht wenige Seiten umfassenden Ergebnisse einer medizinalstatistischen Aufnahme von Interesse sind, muß diese dann erst aus dem betreffenden Heft der „Zeitschrift" oder der „Beiträge" oder „Mitteilungen" heraussuchen, in welchem die fragliche Arbeit zwischen anderen Ergebnissen aus der Bevölkerungs-, Wirtschafts-, Sozialstatistik usw. steht, die ihm völlig gleichgültig sind. Entweder übersieht er dann leicht in der Ankündigung oder im Inhaltsverzeichnis des Heftes die für ihn in Frage kommende Abhandlung, oder aber er lehnt es ab, den ganzen übrigen, für ihn wertlosen Inhalt des Heftes mit zu bezahlen. In beiden Fällen bleibt dann eben die Arbeit ungenutzt. Daher sollte für alle statistischen Quellenveröffentlichungen grundsätzlich die Monographieform gewählt werden, was ihrer Verbreitung sicherlich wesentlich en Vorschub leisten würde.

Digitized by Google

lich und mit kurzer, das Charakteristische betonender Inhaltsangabe verzeichnet werden, und von der aus fortgesetzt auf sie aufmerksam gemacht wird. Dieses Programm bedeutete zweifellos einen wesentlichen Fortschritt in der Organisation des statistischen Quellennachweises, und es ist unbestreitbar, daß das Deutsche Statistische Zentralblatt während seines nunmehr zehnjährigen Bestehens mehr noch gehalten hat, als es versprach, und heute für Wissenschaft und Praxis eine höchst willkommene Brücke zu den Quellenwerken wie zu den statistischen Veröffentlichungen überhaupt darstellt. Aber es kann seiner Natur nach kein vollständiges Inhaltsverzeichnis sämtlicher statistischer Quellenveröffentlichungen bieten, sondern nur das Wesentlichste aus den wichtigeren Neuerscheinungen herausgreifen.

Auch die vorhandenen Bibliographien einschließlich der im übrigen vorbildlichen des Deutschen Statistischen Zentralblatts können der Aufgabe eines ausreichenden statistischen Quellennachweises nicht in vollem Umfang gerecht werden, und zwar vor allem aus dem Grunde nicht, weil sie lediglich den Titel der Schriften, nicht aber deren Inhalt verzeichnen. Und wie wenig wird oft der tatsächliche Inhalt eines Buches oder eines Aufsatzes durch den Titel gekennzeichnet, zumal wenn dieser ungeschickt gewählt, insbesondere zu allgemein gehalten ist. Und im besten Fall kann ein Titel doch nur das Ziel andeuten, das dem Verfasser bei seiner Arbeit vor Augen geschwebt hat, nicht aber den Weg, auf dem er zu diesem Ziele gelangt ist oder zu gelangen versucht hat. Wenn man, um ein Beispiel anzuführen, nach zahlenmäßigen Angaben über die Stärke und Art (Geschlecht, Alter, Familienzugehörigkeit) der Belegung der Wohnungen sucht, wozu die vielfach bestehende oder in Aussicht genommene Regelung dieser Verhältnisse gewiß großen Anreiz bietet, so wird man in einer Bibliographie stets auf Angaben wie: „Die Ergebnisse der Wohnungszählung in X“ oder „Die Wohnungsaufnahme in Y“ oder „Die Wohnungen und ihre Bewohner in Z“ usw. stoßen, niemals aber irgendwelche Hinweise über die Art der Nachweisungen finden, die in diesen Veröffentlichungen jeweils aufgestellt sind. Es bleibt dann also nichts anderes übrig, als sie alle daraufhin durchzusehen, ob sie irgendwelche für diesen Zweck geeignete Zusammenstellungen enthalten. Solche können aber auch unter „Haushaltungsstatistik“, „Zusammensetzung der Haushaltungen“ veröffentlicht sein, da sich ja bekanntlich Wohnung und Haushaltung bis zu einem gewissen Grade für gleich erachten lassen. Somit muß auch noch die unübersehbare Fülle der Volkszählungsergebnisse durchgesehen werden. Ein anderes Beispiel: wer berufsstatistische Feststellungen benötigt, wird solche regelmäßig unter den Ergebnissen der Berufszählungen suchen. Häufig werden aber auch noch bei anderen Gelegenheiten Auszählungen nach dem Beruf vorgenommen, die in ihrer Gruppierung für sozialwissenschaftliche Untersuchungen vielleicht noch brauchbarer sind. Sie werden aber in anderem Zusammenhange nur selten benutzt, da man eben nicht weiß, daß sie da sind, und wo man sie suchen soll.

Nur einzelne Ämter sind bisher zu einer ausführlichen Verzeichnung der von ihnen veröffentlichten statistischen Ergebnisse geschritten, so z. B. das Sächsische Statistische Landesamt, das ein sehr ins einzelne gehendes „Nachschlagebuch für die Veröffentlichungen des usw. in den Jahren 1831 bis Mitte 1907“ herausgegeben hat und dieses in seiner Zeitschrift stets weiter ergänzt (zuletzt Jahrg. 1916/17 S. 193 bis 197). Hier wird der gesamte vorliegende Zahlenstoff nach Stichworten ausgewiesen, mit besonderer Hervorhebung der gegebenen räumlichen Ausgliederung. Solche Zusammenstellungen bilden aber vorerst nur eine Ausnahme, und es fehlt vor allem auch an ihrer einheitlichen und planmäßigen Zusammenfassung. Doch zeigt dieses sächsische „Nachschlagebuch“ bereits den richtigen Weg. Es handelt sich darum, ein möglichst vollständiges Verzeichnis der vorhandenen statistischen Quellen aufzustellen, und zwar nicht nach den Sammel- und Einzeltiteln der verschiedenen Beiträge, sondern nach deren tatsächlichem Inhalt an Zahlenstoff. Je ausführlicher ein solches Nachschlagewerk alle einzelnen Kombinationen berücksichtigt, desto besser erfüllt es seinen Zweck. Wer z. B. bei seinen Arbeiten in die Lage kommt, zahlenmäßige Angaben zu benötigen über die Höhe der Wohnungsmieten in Häusern verschiedenen Alters oder über den zeitlichen Verlauf der Geburtenhäufigkeit in Familien verschiedener Wohlstands- oder Berufsgruppen, dem soll das Quellenverzeichnis rasche Auskunft darüber geben, ob und wo derartige Nachweisungen vorhanden sind.

Für ein wichtiges Teilgebiet der Statistik, nämlich die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung, hat nun dieser Gedanke schon vor Jahren seine Verwirklichung gefunden durch die von E. Würzburger unternommene Darstellung der „Bearbeitung der Statistik der Bevölkerungsbewegung durch die Statistischen Ämter im Deutschen Reich“ (Ergänzungsheft zu Bd. 7 des Allg. Statist. Archivs, Tübingen 1909). Hier werden, außer verschiedenen, die Übersichtlichkeit erleichternden synoptischen Zusammenstellungen, die von den einzelnen statistischen Ämtern aufgestellten Nachweisungen zur natürlichen Bevölkerungsbewegung, soweit sie über die nach Bundesratsbestimmungen für die Reichsstatistik zu liefernden Bearbeitungen hinausgehen, eingehend dargelegt. Der gesamte Stoff ist in sachlich unterschiedene Abschnitte mit örtlicher Untergruppierung eingeteilt. So finden sich beispielsweise bei den Eheschließungen Unterabschnitte wie: „Alter und Altersunterschiede der Eheschließenden“, „Alter und Familienstand“, „Erwerbstätigkeit der Eheschließenden“, „Religionsbekenntnis“ u. a., und bei jedem dieser Unterabschnitte sind dann die vorhandenen Aufbereitungsweisen zuerst der landesstatistischen und sodann der städtestatistischen Ämter angegeben. Zum Teil sind die betreffenden Übersichten durch textliche Bezeichnung der Vorspalte und des Tabellenkopfes verständlich gemacht, zum Teil durch Abdruck der Tabellenköpfe selbst unter Anwendung sinngemäßer Abkürzungen. Auch die Veröffentlichungsstelle ist jeweils angegeben bzw. ob nur handschriftlich vorhanden.

Was hier, man darf sagen, mit bestem Erfolg für ein einzelnes Teilgebiet der Statistik versucht ist, würde nun auf das gesamte Arbeitsgebiet der praktischen Statistik auszudehnen sein. Ob und

Digitized by Google

inwieweit dabei die Würzburgersche Darstellungsmethode unverändert zu übernehmen sein wird, mag späterer Erwägung vorbehalten bleiben. Insbesondere würde vielleicht an Stelle der Einteilung des Stoffs in sachliche Unterabschnitte einer fortlaufenden Verzeichnung nach Stichworten in Buchstabenfolge der Vorzug zu geben sein, weil dadurch mancher statistische Fragenkreis, wie z. B. der des Geburtenrückgangs, der Mischehen usw. besser zusammengefaßt werden könnte. Auch die für den Fachmann überaus anschauliche Wiedergabe von Tabellenköpfen möchte für den Nichtstatistiker die Übersichtlichkeit und Flüssigkeit des textlichen Inhalts stören. Solche und andere Fragen der praktischen Durchführung des statistischen Quellenverzeichnisses mögen jedoch zunächst noch zurückgestellt bleiben.

Die Arbeit, die ein solches Unternehmen erfordert, ist natürlich ungeheuer. Aber, wie schon bemerkt, muß die gleiche geistlose Arbeit in ihren einzelnen Teilabschnitten oft unter ungleich schwierigeren Umständen immer und immer wieder getan werden. Darin liegt aber der unschätzbare Vorteil, daß das Quellenverzeichnis, einmal sorgfältig aufgestellt, seinen Wert für alle Zeit behält und niemals veraltet oder unbrauchbar wird. Wenn auch die Zahlenunterlagen stets durch neue und bessere ersetzt und ergänzt werden (die natürlich in Nachträgen von Zeit zu Zeit ebenfalls zu verzeichnen sein würden), so wird man doch immer wieder auf die früheren Ergebnisse zum Vergleich zurückgreifen. Daher dürfte auch der etwaige Einwand nicht stichhaltig sein, daß ein solches Verzeichnis innerhalb der Zeit, die zu seiner Aufstellung erforderlich ist, bereits wieder veralten würde. Im übrigen wird das ganze Unternehmen durch eine weitgehende Arbeitsteilung viel von seinem erschreckenden Umfang verlieren, und eine solche Arbeitsteilung ergibt sich von selbst in der Weise, daß jedes Amt für sich die Inventarisierung seiner Arbeiten übernimmt, natürlich nach einem genau festgelegten einheitlichen Plan. Es ist anzunehmen, daß die statistischen Ämter sich zu dieser Arbeit bereit finden werden, da sie ja doch auch in deren eigenem Interesse liegt; die Mühe wird allerdings besonders für ältere Ämter nicht gering sein.

Eine solche Zerlegung der Aufstellung des Nachschlagewerkes würde dann auch dazu führen, die Veröffentlichung in Einzelhefte einzuteilen, deren jedes die Arbeiten eines Amtes enthalten würde. Die ideale Lösung eines statistischen Quellenverzeichnisses würde allerdings in einer zusammenfassenden Verzeichnung des gesamten vorhandenen statistischen Stoffs zu sehen sein. Allein hier möchte sich das Bessere als Feind des Guten erweisen, denn bei der ungeheuren Fülle des heute schon vorhandenen Zahlenmaterials würde ein solches allgemeines Nachschlagewerk in hohem Grade unübersichtlich werden müssen. Auch das Interesse der einzelnen Ämter und ihres engeren Konsumentenkreises lassen eine gesonderte Veröffentlichung der Arbeiten jedes Amtes vielleicht erwünscht erscheinen. Die Mehrarbeit, die gegebenenfalls durch das Nachschlagen einer größeren Anzahl solcher Einzelverzeichnisse entsteht, wird durch eine größere Übersichtlichkeit und Handlichkeit reichlich aufgewogen, zumal wenn sie alle nach gleichem Muster eingerichtet sind. Um dies letztere zu erreichen, würde es sich empfehlen, die Veröffentlichung der Einzelhefte von einer gemeinsamen Stelle aus vornehmen zu lassen, um sie auch äußerlich zu einer zusammenhängenden Reihe zu gestalten. Besonderer Wert würde auf Billigkeit der Verzeichnisse zu legen sein, um ihre Verbreitung zu fördern.

Die Nachweisungen würden sich natürlich auf sämtliche Veröffentlichungen erstrecken müssen, nicht nur auf die Quellenwerke im herkömmlichen Sinne. Dies schon aus dem Grunde, weil auch manche Sammelwerke, wie Jahr- und Handbücher, Zahlenstoff enthalten, der anderswo nicht bekanntgegeben ist. Desgleichen ist, wenn ein und dieselbe Nachweisung an mehreren Stellen abgedruckt ist, jede dieser Stellen anzuführen, schon mit Rücksicht auf die Benutzer des Nachschlagewerkes, denen die eine Veröffentlichung vielleicht bequem zur Hand liegt, die andere dagegen nicht. Schließlich fragt es sich noch, ob das Quellenverzeichnis nur auf die eigenen Arbeiten der statistischen Ämter bzw. auf den Inhalt ihrer eigenen Veröffentlichungen ausgedehnt werden oder auch die weiteren Ergebnisse der unausgelösten Statistik der betreffenden Stadt bzw. des Staates umfassen soll. Im Interesse der Vollständigkeit des Nachschlagewerkes würde das letztere ja zu wünschen sein, nur würden sich der Durchführung in manchen Fällen wohl erhebliche praktische Schwierigkeiten in den Weg stellen. Größere, in sich zusammenhängende Gebiete der unausgelösten Statistik würden jedenfalls zweckmäßig selbständig katalogisiert.

Denkt man eine solche Organisation des statistischen Quellennachweises bis zum Ende durch, so gelangt man ferner zu dem Wunsche, auch das noch unveröffentlichte Quellenmaterial in die Zusammenstellung aufgenommen zu sehen, wie es auch bei Würzburger geschehen ist. Gerade die oft bedeutsamsten, weil am tiefsten ins einzelne dringenden Nachweisungen gehen der Öffentlichkeit durch raum- und drucktechnische Schwierigkeiten oder aus Ersparnisgründen verloren. Die Ämter sind in der Regel zwar bereit, die Einsicht in dieses handschriftlich vorliegende Material zu gestatten; doch wird von dieser Gelegenheit nur selten Gebrauch gemacht, weil niemand weiß, welche Zusammenstellungen noch vorhanden sind. Auch hier würde es wieder im eigenen Interesse der Ämter liegen, die Ergebnisse ihres Fleißes einer ausgedehnteren Benutzung zugänglich gemacht zu sehen. Wie mancher Amtsleiter, dem von seiner Verwaltung die Mittel für Veröffentlichungen in allzu kargem Maße zugeschnitten werden, würde gern die Gelegenheit wahrnehmen, auf diese Weise seine Arbeiten einem weiteren Kreise bekannt zu geben. Doch würde nur solches unveröffentlichtes Material in das Verzeichnis aufzunehmen sein, das in sich selbständigen Wert hat, jederzeit zur Verfügung gestellt werden kann und nicht etwa im Interesse der Verwaltung vertraulich zu behandeln ist. Daß endlich ein solcher statistischer Quellennachweis vielleicht später einmal auch auf die außerdeutsche amtliche Literatur ausgedehnt werden könnte, mag vorerst nur sehr bescheiden angedeutet werden, ganz zu schweigen von einer Einbeziehung auch der Ergebnisse privatstatistischer Erhebungen und privatwissenschaftlicher Verarbeitungen des amtlichen Quellenmaterials. In ganz,

Digitized by Google

ganz weiter Ferne mag vor einer besonders gestaltungsliebenden Phantasie sogar das Bild einer statistischen Auskunftsstelle aufsteigen, die in Verbindung mit einer statistischen Zentralbibliothek eine genaue Karthotek über das gesamte vorhandene statistische Zahlenmaterial führt und auf dem laufenden erhält, und von der ein jeder gegen eine geringe Gebühr nach Bedarf die gewünschten Nachweisungen ohne jegliche eigene Mühe erhalten kann. Doch — ein solcher Traum ist wohl zu schön, um jemals Wirklichkeit werden zu können.

Gewiß würde auch ein solches Nachschlagewerk noch nicht unmittelbar eine bessere Ausnutzung der statistischen Quellenwerke zur Folge haben, aber es scheint doch eine der unerläßlichen Voraussetzungen hierfür zu bilden. Es würde sich dann künftig niemand mehr darauf berufen können, daß ihm die oder jene Voruntersuchung nicht bekannt gewesen sei, und auch die Vorwürfe von Nichtstatistikern über vermeintliche Lücken in den statistischen Ergebnissen müßten dann ein für allemal verstummen. Vor allem würde eine solche leichte Übersichtlichkeit über das vorhandene Material auch der statistischen Praxis selbst in hohem Maße zugute kommen und zum weiteren Ausbau unserer statistischen Erkenntnis wesentlich beitragen. Manche unnötige Arbeit würde dadurch erspart werden, und anderseits könnte manche so sichtbar werdende Lücke in den vorhandenen Unterlagen leicht ausgefüllt werden.

„Personen" und „Fälle".

Von Univ.-Prof. Dr. **Franz Zizek** in Frankfurt a. M.

Auf verschiedenen Gebieten der Statistik entstehen Daten, bzw. hat der statistische „Konsument" mit Daten zu tun, die sich nicht auf „Personen" oder allgemeiner gesagt „reale Einheiten" sondern auf „Fälle" beziehen. Stets ist da genau zu beachten, was die Ziffern eigentlich besagen; denn Ziffern über „Fälle" haben eine ganz andere Tragweite als solche über „Personen" und umgekehrt. Manchmal liegen Daten beiderlei Art nebeneinander vor, die dann eventuell stark von einander abweichen. Wir möchten im folgenden einen Überblick — der in der Literatur noch fehlt — darüber geben, wie es zu solchen Ziffern über „Fälle" kommt und welche methodologischen Konsequenzen sich bei solchen Ziffern ergeben.

A. Vor allem sind manchmal die Erhebungseinheiten, die gezählt werden, selbst „Fälle" und nicht „Personen" und zwar ist dies namentlich bei Bewegungserscheinungen häufig der Fall. Die wichtigsten Beispiele liegen im Bereich der sekundären Statistik. Bei irgendeiner Verwaltungstätigkeit werden Handlungen einzelner Personen (oder Amtshandlungen mit einzelnen Personen) verzeichnet, wobei nicht selten im Laufe der Zeit wiederholte Handlungen derselben Person (wiederholte Amtshandlungen mit derselben Person) vorkommen; bei der sekundärstatistischen Verwertung dieser Einzelfeststellungen wird nun oft die Identität der einzelnen Personen nicht beachtet: es werden die „Fälle" von Handlungen (Amtshandlungen) — mit „Doppelzählungen" mehrmals beteiligter Personen — und nicht die „Personen" selbst gezählt. So werden z. B. in der Kriminalstatistik i. w. S. die amtlich festgestellten Verbrechen, Vergehen usf. der einzelnen Jahre zusammengestellt; daß im Laufe eines Jahres und namentlich im Laufe der Jahre dieselben Personen mehrmals Delikte begehen können, wird nicht beachtet; Zähleinheit sind die „Verbrechen" und nicht die „Verbrecher", bezüglich deren es vielmehr zu „Doppelzählungen" kommt. Die Zahl der Verbrecher eines längeren Zeitraumes wäre wegen der rückfälligen und Gewohnheitsverbrecher viel geringer als die Zahl der Verbrechen desselben Zeitraumes; es kann im Laufe der Jahre die Zahl der Verbrechen zunehmen, ohne daß die Zahl der Verbrecher wüchse, die gleiche Zahl von Verbrechern kann vielmehr infolge von häufigen Rückfällen eine steigende Zahl von Verbrechen liefern.

Gelegentlich kann allerdings auch die Zählung der „Personen" angestrebt werden. Da ist dann in der Statistik jedes Individuum nur einmal zu zählen, auch wenn es die betreffende Handlung mehrmals gesetzt, bzw. auch wenn die betreffende Amtshandlung mit ihm mehrmals vorgenommen wurde. So die „Personen" zu zählen, ist nun in der Regel sehr schwierig, weil die „Fälle" in den administrativen Aufzeichnungen meist chronologisch vorkommen; die Aufzeichnungen müssen im einzelnen verglichen und die die gleichen Personen betreffenden Fälle ermittelt und zusammengefaßt werden. Der technische Weg ist in der Regel das „Alfabetisieren" des Materials, z. B. mit Hilfe besonderer Zählkarten; gleiche Namen gewährleisten allerdings nicht in jedem Falle die Identität. Dagegen ist die Zählung der „Personen" natürlich sehr einfach, wenn von vornherein etwa eine namentliche Kartothek zur Aufnahme der Aufzeichnungen diente und jeder neue „Fall" zu den etwaigen früheren „Fällen" derselben Person hinzugeschrieben wurde. Auf einzelnen Gebieten ist schon das Stadium der Auszählung sowohl der „Fälle" als auch der „Personen" öfter erreicht worden; so werden in der Krankheitsstatistik und in der Armenstatistik vor allem die, z. B. im Laufe des Jahres, vorgekommenen Fälle von Erkrankungen, von Armenunterstützungen gezählt; verbesserte Methodik hat aber teilweise auch schon dazu geführt, außerdem auch die Zahl der — eventuell mehrmals — erkrankten, der — eventuell mehrmals — unterstützten Personen zu ermitteln. Würde man die „Verlustlisten" im Hinblick auf eine Statistik der Verwundungen bearbeiten, so ergäbe sich zunächst die Zahl der Verwundungsfälle mit Doppelzählungen; die Zahl der Verwundeten (Personen) ließe sich durch Alfabetisieren der Namen und Zusammenfassung der mehrfachen Verwundungen der gleichen Personen errechnen, was jedoch eine sehr umständliche Arbeit wäre. Ein weiteres Beispiel bietet die Statistik der Kriegsanleihezeichnungen; die Statistik hat nur die „Zeichnungen" erfaßt, nicht die „Zeichner", von denen viele nacheinander bei mehreren Anleihen gezeichnet haben; ein Durchforschen aller Zeichnungen zwecks Ermittlung der identischen Zeichner kann aber nicht in Frage kommen.

Aus dem Bereich der primären Statistik sei die Auswanderungsstatistik, als Statistik einer Bewegungserscheinung, bei der „Personen" und „Fälle" zu unterscheiden sind, angeführt. Da werden die Auswandernden gezählt, dieselbe Person kann jedoch nach Rückwanderung in die Heimat erneut auswandern. In der deutschen Auswanderungsstatistik wird jedoch die persönliche Identität nicht festgehalten, d. h. es werden „Fälle" gezählt, nicht „Personen". Bei starker Rückwanderung und Wiederauswanderung können die für eine Anzahl von Jahren gewonnenen Summen der Auswanderer leicht ein unrichtiges Bild geben.

Aber nicht nur bei Bewegungs- sondern auch bei Bestandsmassen können „Fälle" als Erhebungseinheiten auftreten. Manchmal werden mehrfache Feststellungen mit der gleichen Person nicht nacheinander sondern gleichzeitig nebeneinander, z. B. in verschiedenen Gegenden, vorgenommen und es ergibt sich gleichfalls eine Zählung von „Fällen" und nicht von „Personen". So werden z. B. Grundsteuerkataster ausgezählt, um die Zahl der Grundbesitzer zu ermitteln; hat dieselbe Person in mehreren Steuerbezirken Grundbesitz, so wird sie mehrmals gezählt. Das Ziel bildet allerdings die Einheit „Person", aber der Erhebungsweg führt zunächst

Digitized by Google

zur Erfassung nicht der „Grundbesitzer" sondern der „Grundbesitzfälle"; aus ihnen — durch Vergleich des Urmaterials, z. B. Alfabetisieren desselben — eine Statistik der „Grundbesitzer" abzuleiten, ist sehr schwierig.

B. In den vorstehenden Beispielen hatten wir „Fälle" als Zähleinheiten; zu Ziffern über „Fälle" führen jedoch auch noch andere methodische Voraussetzungen. So gibt es Zähleinheiten, für die ein Merkmal ermittelt wird, das in der Zahl — eventuell auch Gliederung — gewisser „Untereinheiten" (diese Bezeichnung stammt m. W. von Seutemann) besteht. Ein solches „auf Zählung von Untereinheiten" bestehendes Merkmal ist z. B. die Zahl der im Gewerbebetrieb tätigen Personen, die Zahl der streikenden Arbeiter, der Genossenschaftsmitglieder. Es kann nun vorkommen, daß dieselbe Person gleichzeitig zu mehreren Zähleinheiten im Verhältnis einer „Untereinheit" steht. Werden nun die Einheiten in der Weise zusammengefaßt, daß das Merkmal aufsummiert wird, so wird die gleiche Person mehrmals gezählt, die Summenzahlen beziehen sich auf „Fälle" und nicht auf „Personen". Wenn die Statistik z. B. die Mitgliederzahlen der Genossenschaften addiert, so erhält sie die Gesamtzahl der „Fälle von Genossenschaftsmitgliedschaft"; die Zahl der Personen, die Genossenschaftsmitglieder sind, ist zweifellos erheblich geringer, da viele Personen gleichzeitig mehreren Genossenschaften — als „Untereinheiten" — angehören, die persönliche Identität der Mitglieder verschiedener Genossenschaften aber bei der statistischen Zusammenfassung derselben nicht untersucht wird, gar nicht untersucht werden kann, da der Statistik ja nur die Mitgliederzahlen aber nicht die Namen der Mitglieder der einzelnen Genossenschaften vorliegen. Wenn die Zahl der Stellengesuche mehrerer Arbeitsnachweise addiert wird, so kann man — da sich manche Arbeitslose bei mehreren Arbeitsnachweisen melden — eine größere Zahl von Gesuchsfällen erhalten, als es arbeitsuchende Personen gibt. Wenn sich die Reichsstatistik von den privaten Versicherungsunternehmungen die Zahlen ihrer Versicherten mitteilen läßt und diese summiert, so erhält sie die Gesamtzahl der „Versicherungsfälle" (Policen) aber, da manche Personen bei mehreren Unternehmungen gleichzeitig versichert sein können, wird diese Zahl größer sein als die Zahl der versicherten Personen.

In allen diesen Fällen ist eine Feststellung der Zahl der beteiligten Personen ungemein schwierig; dazu wäre erforderlich die Materialien der einzelnen Zähleinheiten (Genossenschaften, Arbeitsnachweise, Versicherungsunternehmungen) zu vereinigen und durch „Alfabetisieren" die mehreren, die gleichen Personen betreffenden Fälle zu ermitteln — was kaum jemals möglich sein dürfte.

C. Eine dritte Gruppe von „Fällen" entsteht, wenn „eine Häufung zulassende Merkmale" nach der „Methode der Doppelzählungen" bearbeitet werden (vgl. meinen Aufsatz: „Die Bearbeitung von eine Häufung zulassenden Merkmalen", D. St. Z. 1919, Nr. 9/10 insbes. Sp. 169). Ein Merkmal, das eine Häufung zuläßt, d. h. in mehreren verschiedenen Erscheinungsformen (Unterarten) gleichzeitig nebeneinander auftreten kann, ist z. B. der Beruf — dasselbe Individuum kann gleichzeitig nebeneinander mehreren Berufen angehören. Ferner kann ein gewerblicher Betrieb mehrere Gewerbe vereinigen, er kann Motoren verschiedener Energieerzeugungsarten (Dampf, Wasser usf.) nebeneinander verwenden, eine Versicherungsunternehmung kann mehrere Versicherungszweige gleichzeitig pflegen, ein Streik kann die Durchsetzung mehrerer gleichzeitiger Forderungen (Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung usf.) bezwecken. Einheiten mit Merkmalen, die „eine Häufung zulassen", kann man zunächst nach der wichtigeren (wichtigsten) Erscheinungsform des Erhebungsmerkmals aufarbeiten oder man kann alle überhaupt vorkommenden Kombinationen auszählen — bei diesen beiden Bearbeitungsmethoden gruppiert man die Personen bzw. die realen Einheiten. Man kann aber auch die „Methode der Doppelzählungen" anwenden; da wird festgestellt, wie oft die einzelnen Erscheinungsformen des Merkmals „überhaupt", „insgesamt" vorgekommen sind; jede Einheit wird so oft gezählt, als sie Erscheinungsformen des Merkmals aufweist. Es werden also nicht Personen bzw. reale Einheiten gruppiert, sondern die „Fälle des Zutreffens einer bestimmten Erscheinungsform eines Merkmals" gezählt. Man errechnet z. B. wieviele Streiks insgesamt Lohnforderungen, wieviele Arbeitszeiteinschränkungen usf. zum Gegenstande hatten, man stellt in der Statistik der privaten Versicherungsunternehmungen fest, wieviele Unternehmungen überhaupt die einzelnen Versicherungszweige (Lebens-, Feuerversicherung usf.) betreiben. Bei der „Methode der Doppelzählungen" ist natürlich die Summe der einzelnen Gruppen — die sich auf „Fälle" beziehen — größer als die Gesamtzahl der realen Einheiten; im Jahre 1907 gab es in Deutschland z. B. 270975 Motorenbetriebe; die Summe der Fälle von Betrieben mit Windmotoren, mit Dampfmotoren, mit Wassermotoren usf. betrug 316254 — manche Betriebe hatten eben mehrere verschiedenartige Motoren und wurden als „Fälle" mehrmals gezählt.

So kommt es unter verschiedenen Voraussetzungen zu Daten über „Fälle", die sich begrifflich und ziffermäßig von den Daten über die beteiligten Personen oder — allgemeiner gesprochen — realen Einheiten unterscheiden. Wünschenswert ist grundsätzlich, daß beiderlei Ziffern gewonnen werden; dies ist jedoch, wie wir gesehen haben, bei den Fällen der Gruppe A selten, bei jenen der Gruppe B fast nie möglich; bei Gruppe C liegt zur Ergänzung in der Regel die Gesamtzahl der realen Einheiten, ihre Aufteilung auf die Unterarten aber nur dann vor, wenn außer der „Methode der Doppelzählungen" auch noch eine der beiden anderen in Frage kommenden Methoden (Gruppierung nach der wichtigsten Erscheinungsform des Merkmals oder Auszählung aller Kombinationen) durchgeführt worden ist. Der produzierende Statistiker trachte möglichst viel zu bieten, der statistische „Konsument" trachte — wie schon eingangs betont — stets genau zu beachten, was die Ziffern begrifflich besagen.

Nochmals „Methodisches zum Geburtenrückgangsproblem".

Von Dr. W. Feld.

Wenn es früher etwa in den Familien einer bestimmten Volksschicht üblich gewesen wäre, im Laufe der ersten 12 Ehejahre durchschnittlich alle anderthalb Jahre ein Kind in die Welt zu setzen und dann aufzuhören, so daß die eheliche Fruchtbarkeit einer Familie acht Kinder betragen hätte; und wenn neuerdings die entsprechenden Familien derselben Volksschicht nur alle zwei Jahre ein Kind kriegten — welche Verschiebungen ergäben sich daraus? Entweder (grob ausgedrückt) bliebe die endgültige Kinderzahl[1]) einer Ehe gleich, dann müßte sich die tatsächliche Fruchtbarkeits(Reproduktions-)dauer der Ehen verlängern auf 8×2 (statt $1^1/_2$) $= 16$ Jahre; oder diese Fruchtbarkeitsdauer bliebe die alte, dann gäben die Ehen offenbar weniger Kinder als früher, nämlich nur $12 : 2$ (statt $1^1/_2$) $= 6$. Im letzteren Fall wird man sagen dürfen: „aufgeschoben" ist zum Teil auch „aufgehoben".[1]) So hatte ich's auch im Archiv für Soziale Hygiene[2]) gemeint. Gegen meine dortige Bemerkung wendet nun Grävell[3]) ein, es sei selbstverständlich, daß eine Verlängerung der Geburtspause ohne weiteres dafür spreche, daß in vielen Fällen aufgeschoben nicht aufgehoben bedeute. Indes ist diese Behauptung dadurch,

[1]) Sterblichkeit nicht berücksichtigt!

[1]) Natürlich kann auch die Verlängerung der Geburtspausen mit Verkürzung statt Gleichbleiben der Fruchtbarkeitsdauer zusammengehen, wobei dann der Geburtenausfall noch stärker wird.

[2]) 13. Bd. 3. Heft S. 319. [3]) DStZ. 1920, Sp. 5.

Digitized by Google

daß sie als „selbstverständlich" hingestellt wird, noch nicht bewiesen. Und gerade dieser Beweis müßte erbracht werden, wenn mein Einwand im Archiv entkräftet werden sollte.

Dort hatte ich darauf hingewiesen, daß mehrere Berechnungen Würzburgers wahrscheinlich machten, daß der Geburtenrückgang ganz allgemein bei den höheren Rangziffern der Geburtenfolge sich deutlich schärfer äußere als bei den niederen Kinderzahlen.[1]) Ich folgerte daraus, daß in vielen Fällen aufgeschoben eben doch auch aufgehoben wäre. Das berücksichtigt Gr. leider gar nicht, sondern er bezeichnet einfach meine Folgerung als den Gipfel meines „ganzen Gegenbeweises" (!), während sie ja doch überhaupt kein Teil, sondern eben eine Folge des Beweises ist. Und seine einzige sachliche Bemerkung wider meinen Beweis[2]) ist die nicht begründete Behauptung, es sei unrichtig, daß ich mich auf die höheren Ordnungsnummern beriefe.

Ich bedaure sehr, daß Grävell nicht näher auf die Sache eingeht. Mir selbst ist sie durchaus noch nicht in allen Teilen klar und ich hätte mich sehr gern belehren lassen. Einstweilen sehe ich aber keinen Anlaß, von meinen bisherigen Ausführungen abzugehen; zumal mein Kritiker selbst zugibt, daß „Geburtenaufschub und Geburtenausfall nebeneinander existieren könnten", was m. E. doch nichts anderes[1]) besagt als meine Behauptung, daß tatsächlich in vielen Fällen aufgeschoben eben doch aufgehoben bedeutet. Grävell stellt zwar seinen Satz als Gegenbeweis dem meinigen gegenüber, versäumt jedoch zu sagen, inwiefern er etwas dagegen beweist. — In meiner Anschauung werde ich weiter bestärkt durch eine briefliche Äußerung Würzburgers selbst: „Die Frage nach der schließlichen Fruchtbarkeit der einzelnen Ehen überhaupt, d. h. welche Geburtsnummer das letzte Kind jeder Ehe trug, muß aber hier ganz ausscheiden, weil die gegebenen Zahlen zu ihrer Lösung nichts beitragen können." Diese Frage war es nun allerdings, auf die ich seinerzeit abzielte und gerade mit Rücksicht auf sie legte ich auch besonderes Gewicht auf das Verhaltender hohen Ordnungsnummern (was Grävell, wie wir sahen, für unrichtig hält).

Die Bemerkungen Würzburgers haben mich aber zugleich darüber belehrt, daß ich mit meiner Bemängelung seines „aufgeschoben nicht aufgehoben" dennoch im Unrecht war, sofern nämlich ich jenen Satz Würzburgers anders aufgefaßt hatte als er von seinem Verfasser gemeint war. Kurz, meine Ausführungen a. a. O. S. 319 halte ich an sich auch jetzt noch für richtig; aber als Einwand gegen Würzburger waren sie nicht berechtigt. Immerhin hoffe ich, daß die Erörterungen doch nicht ganz überflüssig waren, da sie ein Problem angedeutet haben, das eingehenderes Studium wert ist. Sofern die Kritik Grävells Anlaß gab, nochmals auf die Frage zurückzukommen, mag auch sie schließlich einen Zweck gehabt haben.[2])

[1]) In Zeile 7 des mittleren Absatzes fehlt sinnentstellender Weise ein ; hinter „S. 92", dagegen ist hinter „Ehedauer" das Komma zu streichen.

[2]) Der Nachweis Grävells in seiner Anmerkung [1]) Spalte 6: daß sich in den Würzburgerschen Zahlen tatsächlich die Verlängerung der Geburtspausen ausdrückt, hat mit unsrer Streitfrage gar nichts zu tun In der Polemik gegen mich war er um so mehr überflüssig, als ich — wie Grävell übrigens selbst in anderem Zusammenhang, Sp. 5 unten, zugesteht — ausdrücklich hervorgehoben hatte, der wichtige Nachweis der Pausenverlängerung sei Würzburger einwandfrei gelungen.

[1]) Wenigstens wenn damit die Fälle gemeint sind, wo Geburtenausfall und Geburtenaufschub in derselben Ehe eintreten!

[2]) Bei diesem Anlaß sei auf einen inzwischen durch Tektur berichtigten Fehler in der in Rede stehenden Zeitschrift des Sächs. Statistischen Landesamtes 1918/19 hingewiesen. Dort sind in Zusammenstellung B Seite 92 irrtümlich nur die Zahlen mit Ausschluß der Erstgeburten gegeben; die richtigen Zahlen, also mit Einschluß der Erstgeborenen, sind der Übersicht 3 S. 102/3 zu entnehmen.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Familienstatistik. Über die am 1. Juli 1916 aufgenommene Familienstatistik der bayrischen etatmäßigen Beamten wird in Heft 88 der „Beiträge zur Stat. des Kgr. Bayern" und später im „Allgem. Statist. Archiv", II. Bd. 1918/19, Heft 1/2, S. 144 berichtet. In tabellarischen Zusammenstellungen vergleicht der Bearbeiter, Privatdozent Dr. Böhm, die Alters- und Familienstandsverhältnisse der Beamten und ihrer Frauen und Kinder mit den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1910. Hier scheint aber nicht berücksichtigt zu sein, daß gerade bezüglich der Alters- und Familienstandsverhältnisse in der Gesamtbevölkerung Bayerns in der zwischen den Jahren 1910 und 1916 gelegene Zeit durch den Weltkrieg eine so wesentliche Verschiebung herbeigeführt worden ist, daß Vergleichen, wie sie z. B. auf S. 2, 20, 22, 77, 78, 118 und 120 der Veröffentlichung aufgeführt sind, Bedenken entgegenstehen möchten. Zunächst lag es doch näher, statt der Ergebnisse des Jahres 1910 die der Volkszählung vom Jahre 1916 herbeizuziehen, wie sie auch für Bayern[1]) veröffentlicht wurden. Freilich dürften auch sie, wenigstens was die Alters- und Familienstandsverhältnisse der gezählten männlichen Bevölkerung in Bayern betrifft, zu einem Vergleiche mit denen der etatmäßigen Beamten ungeeignet erscheinen. Denn aus der Veröffentlichung der Ergebnisse der Familienstatistik kann man entnehmen, daß hier alle Beamten einbezogen worden sind, auch solche, die zur Zeit der Aufnahme der Familienstatistik nicht unmittelbar im Zivilstaatsdienst beschäftigt waren, sondern als aktive Soldaten ihrer Vaterlandspflicht genügten und demgemäß zunächst nicht als „Ortsanwesende" anzusehen waren. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1916 aber erfaßte naturgemäß nur Ortsanwesende und vorübergehend Abwesende. — Wie sich infolge der ungewöhnlichen Zeitereignisse, die Zusammensetzung der als ortsanwesend gezählten bayrischen männlichen Bevölkerung zwischen den Jahren 1910 und 1916 geändert hat, kann man schon daraus entnehmen, daß z. B. der prozentuale Anteil der Ledigen unter allen im Alter von über 20 bis unter 70 Jahren stehenden Männern im Jahre 1916 insgesamt 18,9 % betrug, während Böhm ihn für 1910 (vgl. S. 2) mit 22,2 % angibt, daß ferner die Verhältnisziffern der Verheirateten unter je 100 der Altersklasse von 30—35 Jahren Angehörigen sich von 71,2 % (1910) auf 58,8 % (1916) vermindert hatte usw. Im Vergleich mit den beiden Zählungsergebnissen, soweit man nach dem hier Gesagten einen solchen überhaupt anstellen darf, kann man aber feststellen, daß der prozentuale Anteil der verheirateten Beamten an der Gesamtzahl einer bestimmten Altersgruppe in den Jahren vom 35. Jahre ab wesentlich höher war als bei der männlichen Gesamtbevölkerung.

Besser schon steht es mit einem Vergleiche bei den Beamtenfrauen (vgl. S. 120) und der weiblichen Gesamtbevölkerung; denn hier darf man annehmen, daß im allgemeinen bei der Zählung vom Jahre 1916 die in Frage kommenden weiblichen Personen erfaßt worden sind. Auch hier zeigt es sich, daß die 1910er Zahlen von denen des Jahres 1916 insofern abweichen, als sie bis zum 35. Lebensjahre höhere waren, dann aber dagegen zurückstehen. Da ein gleiches Verhalten sich auch bei den Beamtenfrauen im Jahre 1916 gegenüber der 1910er Ziffer zeigt, dürfte auch hier im Vergleich mit den Ergebnissen der 1916er Zählung angebrachter

[1]) Vgl. Heft 89 der Beiträge zur Statistik Bayerns. „Die Kriegsvolkszählungen im Jahre 1916 und 1917," S. 254.

Digitized by Google

erscheinen. Es zeigt sich hier wieder, daß unter je 100 Beamtenfrauen im Alter von 15 bis 80 Jahren die Altersgruppen vom 35. bis 60. Lebensjahre prozentual beträchtlich höher vertreten waren als unter den verheirateten Frauen überhaupt, daß aber dennoch die Unterschiede nicht so groß waren wie bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der Zählung von 1910.

Und noch anders steht es mit einem Vergleich zwischen den Altersverhältnissen der Beamtenkinder und den im Alter von 0 bis 20 Jahren stehenden Personen der Gesamtbevölkerung (vgl. S. 77). — Auch hier muß man vermeiden, die bei der Familienstatistik im Jahre 1916 obwaltenden Verhältnisse mit denen im Jahre 1910 zu vergleichen. Denn die anormalen Geburtsverhältnisse der Jahre 1915 und 1916 haben bewirkt, daß in den jüngsten Altersklassen weniger Kinder vorhanden waren und daß deshalb die bisher beobachtete stetige Abnahme des prozentualen Anteils der Angehörigen einer Altersklasse mit der Zunahme des Alters nicht mehr stattfand. Im Jahre 1910 konnte man für Bayern einen regelmäßigen Abfall der Zahl der Altersangehörigen feststellen; unter je 1000 Personen im Alter von 0 bis 20 Jahren fanden sich 60, die das 1. Lebensjahr noch nicht beendet hatten, und diese Promilleziffer fiel ständig mit jedem weiteren Altersjahre nach und nach auf 40 für Personen im Alter von 19 bis 20 Jahren herab. Bei den Beamtenkindern im Jahre 1916 aber stieg der Promilleanteil von 25 im 1. Lebensjahre ständig bis zum 15. Lebensjahre bis auf 65, um dann wieder auf 50 bei denen im 20. Lebensjahre zurückzugehen (bei Kindern unterer Beamter fand sich sogar eine Höchstziffer von 67, bei Kindern höherer Beamter eine solche von 60 und zwar schon im 18. Lebensjahre vor). Und anders war es auch bei den männlichen jugendlichen Personen der Gesamtbevölkerung, wie sie am 1. Dezember 1916 festgestellt wurde. Hier kamen auf je 1000 Personen im Alter von unter 20 Jahren nur 32, die noch im 1., und 40, die noch im 2. Lebensjahre standen; hiernach sprangen für die weiteren Altersjahre bis zum 16. Lebensjahre diese Promilleziffern unvermittelt schwankend bis auf 53 bis 57 (diese Höchstziffer im 9. Lebensjahre) hinauf, um dann wieder stark und beständig bis zum 20. Lebensjahre auf 27 zurückzusinken. — Man sieht, daß doch diese 1916er Ziffern sich ganz anders den für die Beamtenkinder gefundenen nähern, als es mit den 1910er Ziffern der Fall war. — Interessant dürfte nur die regelmäßige Steigerung der Promilleziffern bei den Beamtenkindern bis zum 13. bzw. 15. Lebensjahre sein statt der sprunghaften Erhöhung, welche bei der Gesamtbevölkerung zwischen dem 2. und dem 3. Lebensjahre in Bayern zu beobachten war.

G. Lommatzsch (Dresden).

III. Bewegung der Bevölkerung.

Verhältniszahl der Unehelichen bei der Geburt und später. In der Berliner, später auch der sächsischen und österreichischen Statistik pflegt die Zahl derjenigen unter den unehelich Geborenen, die in den ersten Lebensjahren aus ihnen ausscheiden, sei es durch Legitimation oder Tod, berechnet zu werden. Die benutzten Zahlen können insofern als zuverlässig gelten; schwerer zu bestimmen ist aber der Einfluß der Wanderungen, der insbesondere auf die Zahlen der Stadt Berlin störend wirken muß.[1]) Für die genannten Landesstatistiken dürfte er unbedeutend sein.

Für Sachsen erschien nun im Jahrgang 1920 der Zeitschrift des Stat. Landesamtes (Kleine Mitteil.) eine diese Zahlen ergänzende Übersicht über die entsprechende Entwicklung der ehelich Geborenen, also über ihre Verminderung durch Tod und gleichzeitige Vermehrung durch Legitimationen.

Das Ergebnis ist, daß auf 100 im Jahre 1913 ehelich Geborene nach Ablauf des Jahres 1917 noch 76,6 ehelich Lebende (einschließlich der inzwischen Legitimierten), auf 100 unehelich Geborene nur 32,9 unehelich Lebende (abzüglich der Legitimierten) trafen, und daß dementsprechend der Anteil der Unehelichen am Gesamtbestand des Geburtsjahrganges 1913 von ursprünglich 16,19 % auf 8,35 % gesunken ist.

Die Bedeutung dieser Verschiebungen sollte bei Berechnungen, die den Anteil der Unehelichen an demographischen und sozialen Erscheinungen wie Sterblichkeit, Wehrfähigkeit, Prostitution, Kriminalität zeigen wollen, nicht unbeachtet bleiben. Es wird aber solchen Berechnungen häufig das bei der Geburt bestehende Zahlenverhältnis zugrunde gelegt, das zu schiefen Urteilen führen muß, weil es die Zahl der später noch vorhandenen Unehelichen verhältnismäßig zu groß annimmt und daher den Anteil solcher an jenen Erscheinungen zu klein erscheinen läßt.

Unter den im Jahre 1913 Geborenen (103079 eheliche, 19906 uneheliche) war die Zahl der Todesfälle im Jahre 1917, also im 4. Kalenderjahr nach dem Geburtsjahr, 714 eheliche und 80 uneheliche. Das wären, auf die Zahl der Lebendgeborenen berechnet, 0,69 % bzw. 0,40 %; auf die Lebenden des betreffenden Familienstandes, jedoch ohne Berücksichtigung der Verschiebungen durch Legitimationen, berechnet, 0,85 % bzw. 0,53 %; endlich auf die wirklich als eheliche oder als uneheliche am Leben Befindlichen berechnet, 0,79 % und 0,92 %. Somit zeigt nur die letztgenannte, genaueste Berechnungsweise, daß auch in diesem Alter noch die unehelichen Kinder einer größeren Sterblichkeit unterworfen waren als die ehelichen. *E. Würzburger.*

Korrelation der Heiraten mit den Geburten und den Roggenpreisen. Die vielerörterten Fragen des Zusammenhangs zwischen den Jahresreihen der Eheschließungen und der beiden genannten anderen Erscheinungen, als einer Folge und einer Ursache, werden von J. Rahts in Band 275 der „Statistik des Deutschen Reichs" auf Grund der Zahlen seit 1841 mittels der Korrelationstheorie untersucht. Wenn auf irgend einem statistischen Gebiete, so ist auf dem der Beobachtung des gegenseitigen Verhältnisses derartiger Zahlenreihen die fachmathematische Mitarbeit als dringend erwünscht zu bezeichnen, weil sie es ermöglicht, für die Übereinstimmung des zeitlichen Verlaufs der Zahlen, die sonst nur in allgemeinen Ausdrücken als vorhanden, teilweise oder annähernd vorhanden, nicht vorhanden bezeichnet werden kann, einen exakten Maßstab zu schaffen. Ohne solchen Maßstab würde man zur Beurteilung der Übereinstimmung auf den Eindruck beschränkt sein, den die graphische Darstellung dem Auge vermitteln kann.

Der absolute Wert eines zu berechnenden Korrelationskoëffizienten liegt zwischen 0 und 1. Ist er gleich 0 oder sehr klein, so besteht der Wahrscheinlichkeit nach kein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Reihen; je näher er 1 kommt, um so wahrscheinlicher ist ein solcher Zusammenhang. Ebenso ist eine negative Korrelation mit den Werten bis -1 möglich, wenn einer Zunahme der einen Reihe eine Abnahme der anderen entspricht. Rahts berechnet nun als Korrelationskoëffizienten für die Heiraten der Jahre 1841 bis 1880 und die Geburten des jeweilig nächstfolgenden Jahres $+0{,}7025$; für die Heiraten von 1881 bis 1913 dagegen ergibt sich nur $+0{,}1450$, und da mit einem wahrscheinlichen Fehler von + oder $-0{,}1149$ zu rechnen ist, so muß der Koeffizient in Wirklichkeit zwischen $+0{,}2599$ und 0,0301 liegen; er ist also vielleicht nicht viel höher als 0.

So weit die mathematische Seite der Frage. Sache des Statistikers ist es nun, sich darüber klar zu werden, inwiefern hierdurch die schon vorher bekannten statistischen Ergebnisse in neue Beleuchtung gerückt werden. Denn ebenso wie es der statistischen Methode zukommt, durch Bereitstellung ihrer Forschungsergebnisse der Volkswirtschaftslehre, Sozialwissenschaft usw. Material zum weiteren Gebrauch zu liefern, so soll die „mathematische Statistik" — richtiger die auf statistische Ergebnisse angewandte mathematische Methode — der Bevölkerungsstatistik und den sonstigen auf statistischem Wege erlangten Wissensschätzen Hilfe leisten.

[1]) Siehe Conrads Jahrbücher 1899 S. 94.

Digitized by Google

Wir haben ihr also die Kenntnis zu danken, daß die Beziehung zwischen Heiraten und Geburten von dem einen Zeitraum zum anderen ungefähr im Verhältnis von 0,7025 zu 0,1450, d. i. auf ein Fünftel ihres früheren Grades zurückgegangen ist. Hat nun die an sich schätzenswerte Gewinnung eines solchen präzisen Ausdrucks ein Problem gelöst oder seine Lösung angebahnt?

Das Problem, um das es sich allein handeln kann, ist der Anteil der Erstgeburten an der Gesamt-Geburtenzahl, oder noch deutlicher ausgedrückt der Einfluß dieses Anteils auf die Bewegung der Geburtenzahl. Dieser Anteil kann sich durch zweierlei Ursachen verändern: Durch Ab- oder Zunahme der auf eine Heirat innerhalb Jahresfrist folgenden Geburten, oder durch Zu- oder Abnahme der Geburten von Kindern aus früher geschlossenen Ehen (abgesehen von den unehelichen Geburten). Das Problem ist also, zu wissen, welche von beiden Ursachen wirksamer war, und ich kann nicht finden, daß zu seiner Lösung durch jene zahlenmäßige Präzisierung der — als Tatsache vorher schon bekannten — zeitlichen Schwankung Beziehungen der Heiraten zur Gesamt-Geburtenzahl etwas beigetragen würde. Hierzu bleibt die Statistik vorläufig auf ihre eigenen, nicht der höheren Mathematik angehörenden Methoden angewiesen. Daß der Anteil der Erstgeburten an der Geburtensumme im ersten Zeitraum nicht fünfmal so groß war als im zweiten, steht außer Zweifel.

Die weiter von Rahts berechnete Korrelation zwischen Heiraten und Roggenpreisen für 1841 bis 1880 führt zu dem Werte $-0{,}1086$, der bei dem heiratsvermindernden Einfluß hoher Preise (infolge schlechter Ernte) natürlich negativ ist. Der wahrscheinliche Fehler von $+0{,}1054$ kann aber unter Umständen den wirklichen Wert auf fast 0 bringen. Somit wäre ein Zusammenhang zwischen den beiden Vorgängen nicht nachweisbar. Wie kommt es nun, daß ihn die graphische Darstellung zeitweise in ganz unzweideutiger Weise zeigt? Dieser scheinbare Widerspruch findet seine Erklärung in einem Mangel der Methode. Durch die Zusammenfassung der ganzen Korrelationsverhältnisse zu einer einzigen Zahl verschwinden alle Unterschiede, die die Bewegung der Reihen im Laufe der Jahre kennzeichnen; und die Zeiten deutlicher gegenseitiger Beziehung gelangen, infolge ihrer Zusammenrechnung mit anders gearteten, ungenügend oder gar nicht zum Ausdruck. Das Ergebnis ist vielmehr ein zeitlicher Durchschnitt, der wie alle Durchschnitte, auch die räumlichen, die Wirklichkeit nicht zum richtigen Ausdruck kommen läßt. Da die graphische Darstellung von diesem Mangel frei ist, vermag die Korrelationsberechnung sie nicht zu ersetzen.

Durch die Feststellung dieser Tatsachen soll der Wert, den die mathematische Gewinnung eines einfachen Ausdrucks mittels der Korrelationstheorie unter Umständen haben kann, nicht in Abrede gestellt, und noch weniger der sorgfältige und an sich verdienstvolle Versuch von Rahts kritisiert werden; doch dürften sie — neben Erfahrungen anderer Art — beweisen, mit wie wenig Berechtigung von statistisch unerfahrenen Mathematikern die Benutzung der statistischen Ergebnisse zur praktischen Anwendung der Formeln der höheren Mathematik als allein wissenschaftlicher Endzweck aller Statistik hingestellt wird. *E Würzburger.*

Heiratstafeln. Die Heiratsstatistik ist wohl eines der Gebiete der Bevölkerungsstatistik, das bisher methodisch exakt am wenigsten umfangreich bearbeitet worden ist. Besonders die Aufstellung von Heiratstafeln liegt recht im argen. Die amtliche Statistik zeigt hierbei kaum die bescheidensten Anfänge. Um so dankenswerter muß der Versuch angesehen werden, den E. Moll in einer bereits 1914 gefertigten, jedoch erst jetzt im Druck erschienenen Dissertation „Heiratstafeln für Bayern und Hamburg von 1880—1911" (herausgegeben vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1919) zur Berechnung von Heiratstafeln für ledige Männer und Frauen unternommen hat. Das Material aus Bayern und Hamburg (für andere Staaten lagen Veröffentlichungen über die Heiratenden nach einzelnen Altersjahren und innerhalb dieser nach dem Familienstand für gleichlange Zeiträume nicht vor), das zur Verfügung stand[1]), ist allerdings keineswegs ideal zu nennen. Erst nach umfangreichen Ergänzungsrechnungen ist es gelungen, Unterlagen herzustellen, die einigermaßen mit der Theorie in Verbindung gebracht werden konnten. Elementargesamtheiten fehlten sowohl für die Gestorbenen wie für die Heiratenden fast gänzlich. Die Annahme gleichmäßiger Verteilung der Ereignisse und die Zusammenfassung mehrerer Jahre (Darstellung für Jahrfünfte) mußte an entscheidenden Stellen den Weg zum leidlichen Gelingen bahnen. Die Methode in ihren Grundzügen ist den Ausführungen von Lexis entnommen. Die größte Schwierigkeit bot die Berücksichtigung der Wanderungen. Zum Teil mußte wegen Mangels allen Materials auf eine Einbeziehung verzichtet werden. Der entstandene Fehler wird jedoch als nicht wesentlich für das Gesamtergebnis nachgewiesen. Es sind Heiratstafeln, getrennt nach dem Geschlecht, für Bayern und Hamburg für je 6 Jahrfünfte aufgestellt worden. Dadurch, das Moll exakte Heiratswahrscheinlichkeiten zugrunde legt, war er gezwungen, Tafeln ohne Einbeziehung der Abgänge durch Todesfall zu berechnen. Die neuerdings im Statistischen Reichsamt (Stat. des D. Reichs, Bd. 275) berechnete Heiratstafel für das Deutsche Reich nach den Verhältnissen in den Jahren 1910 und 1911 berücksichtigt die Abgänge durch Todesfall. Sie stellt also eine wirkliche Abgangsordnung lediger Männer und Frauen dar. Konstruiert ist sie mit Hilfe von Heiratlichkeits- und Sterblichkeitsausdrücken, deren Summen (nach Altersjahren getrennt) die Abgangswahrscheinlichkeiten ergeben. Die Ausdrücke selbst stellen aber keine Heirats- oder Sterblichkeitswahrscheinlichkeiten dar, wie a. a. O. S. 38* zu lesen ist. Es ist demgemäß der daselbst aufgeführte Ausdruck für die Sterblichkeit der Ledigen: $q = \frac{s'_1 + s''_2}{L + h'_1 + s'_1}$ auch gar nicht mit dem, der im Bd. 240 der Stat. des D. Reichs für die Berechnung der Sterblichkeitstafeln für Ledige benutzt worden ist, identisch. Eine gleichgerichtete Verwechslung wie die des Ausdruckes q mit der wirklichen Sterbenswahrscheinlichkeit der Ledigen findet sich z. B. schon bei Czuber[2]), wo von dem Ausdruck $J:A$ (A = Anzahl der Aktiven eines bestimmten Alters x, J = Anzahl der aus A hervorgegangenen Invaliden) gesagt ist, er ergebe eine Bestimmung der Invaliditätswahrscheinlichkeit.[3]) Die Mollsche Heiratstafel bildet methodisch ein Analogon zu den Ledigentafeln in Bd. 240 der Stat. des D. Reichs. Eine Ausgleichung hat der Verfasser nicht vorgenommen. Trotzdem zeigen die Zahlen einen recht gleichmäßigen Verlauf. Eine Ausnahme bilden die höheren Altersjahre; hier spielt der Zufall infolge zu kleiner Zahlen offenbar noch eine zu große Rolle. Die Sicherheit der Rechnung darf allerdings nicht überschätzt werden. Die Bemerkung, daß die berechneten Wahrscheinlichkeiten mindestens von der 4. Dezimale ab als ungenau angesehen werden müssen, darf getrost in die abgeändert werden, daß die Wahrscheinlichkeiten sicher schon in der 3. Dezimale sehr zweifelhaft sind. Eine einheitliche Tendenz in der Entwicklung der Heiraten für Bayern und Hamburg ließ sich nicht feststellen; vielleicht, daß in Bayern eine Erhöhung eingetreten ist. Ein sicheres Urteil würde sich hier aber erst nach Berechnung der mittleren Fehler der Heiratswahrscheinlichkeiten fällen lassen. Solche sind nicht ermittelt worden. Das Maximum der Heiratlichkeit liegt sowohl bei den ledigen Männern als auch bei den ledigen Frauen in Bayern in höheren Altersklassen

[1]) Entsprechende Zahlen liegen auch für die Stadt Leipzig vor und zwar seit 1891. *Schriftl.*

[2]) Wahrscheinlichkeitsrechnung II, 2. Auflage 1910, S. 210.

[3]) Siehe aus früherer Zeit z. B. auch E. Blaschke, Vorlesungen über mathematische Statistik, 1906, S. 68 und Zeuner, Abhandlungen aus der mathematischen Statistik, 1869, S. 130. Dagegen Lexis, Abhandlungen, 1903, S. 75/76.

Digitized by Google

als in Hamburg. Eine gewisse Abhängigkeit der Heiraten von dem Auf und Ab des wirtschaftlichen Lebens glaubt der Verfasser in den Zahlen erkennen zu können. Dabei hat Hamburg „mehr unter allen Krisen zu leiden gehabt als Bayern". — Störend wirken eine Reihe Druckfehler. Die Tabellen werden mit ein wenig Vorsicht aufzunehmen sein. In der Figur 2 Seite 7 dürfte die Bezeichnung der Beobachtungsjahre um 1 verschoben sein; wo $\tau+1$ steht, muß τ stehen. Auf Seite 2 rechts unten ist in der Besprechung der kleinen Tabelle über den Anteil der Junggesellen und der Jungfrauen der Ausdruck, Rückgang oder Steigerung um ..... % nicht zutreffend. Die Bezeichnung der Jahrfünfte stimmt daselbst mit der in der Tabelle nicht überein. *W. Grävell* (Berlin).

Die Ermittelung der Säuglingssterblichkeit in Kriegszeiten Im Jahrgang 1917 des D. St. Z., S. 218, habe ich für Zeiten mit stark ab- oder zunehmender Geburtenzahl zur Berechnung der Säuglingssterblichkeit eine Methode vorgeschlagen, die eine Ungenauigkeit enthält und hiermit berichtigt werden soll. Mein Vorschlag geht nunmehr dahin, daß die gestorbenen Säuglinge eines Kalenderjahres, nach ihren beiden Geburtsjahren getrennt, zu den Lebendgeborenen des Kalenderjahres bzw. zu den überlebenden Säuglingen des Vorjahres (nicht zu den Lebendgeborenen des Vorjahres[1]) ins Verhältnis gesetzt werden. Man erhält dann zwei Halbjahres- oder Teilsterblichkeiten, die sich zur Jahressterblichkeit ergänzen und eine Jahresziffer ergeben, die mit der nach der gewöhnlichen Methode berechneten Säuglingssterbeziffer vergleichbar ist. Nähere Ausführungen hierüber habe ich in den „Mitteilungen der Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik" 1919, S. 181 ff. gemacht, insbesondere auch dargelegt, daß die gewöhnliche Methode auf demselben Gedankengang, wie die von mir vorgeschlagene, beruht. *L. Knöpfel* (Darmstadt).

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Bebauungs- und Wohnungsverhältnisse in Frankfurt a. M. Im 11. Heft der „Beitr. zur Stat. der Stadt Frankfurt a. M." betitelt, 201 Seiten, 8 M., „Die Besiedelung des Frankfurter Stadtgebiets und die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses der Bevölkerung" behandelt Direktor Dr. A. Busch zunächst die Ausnutzung der Fläche des Stadtgebiets hinsichtlich der Nutzbarmachung für die Besiedelung, das Verhältnis der Fläche der Wege und Straßen zur bebauten Fläche, welches im Lauf einer längeren Reihe von Jahren sich um eine Zahl von 1 : 2,4 bis 2,5 bewegt, die Anlage von Park- und Grünflächen, sowie die landwirtschaftliche Benutzung der unbebauten Fläche. Hieran anschließend ist ein Überblick über die natürliche und die Wanderbewegung der Bevölkerung gegeben. Die jährliche Bevölkerungszunahme bewegt sich im Durchschnitt eines längeren Zeitraumes um 2,96 %. Bei gleichmäßiger Bevölkerungszunahme wäre ohne Eintritt des Krieges damit zu rechnen gewesen, daß etwa im Jahre 1945 die Einwohnerzahl Frankfurts 1 Million betragen hätte. Der Anteil des Wanderungsgewinns an der Bevölkerungszunahme ist im Sinken begriffen, der Anteil des Geburtenüberschusses im Steigen. Insbesondere ist die Bedeutung der Eheschließungen für den örtlichen Wohnungsbedarf behandelt. Die Zahl der Fälle, in denen beide eheschließenden Teile ortsgebürtig sind, beläuft sich nur auf 10%, die Zahl derjenigen, in denen kein Teil ortsgebürtig war, auf etwa 60 % der Eheschließungen. Hierauf folgt in sachgemäßem Aufbau eine Berechnung der Wohndichtigkeit nach dem Stadtgebiet, nach Stadtbezirken, nach Grundstücken, nach Gebäuden und nach den Wohnungen. Bemerkenswert ist der dauernde Rückgang der durchschnittlichen Wohndichtigkeit in den Wohnungen (von 4,9 Personen in den 1870er Jahren auf 4,3 Personen in der Zeit vor dem Krieg), sowie ein Zusammenhang zwischen der Belegungsdichtigkeit und der Zimmerzahl der Wohnungen. Die Teilwohnungen spielen eine verhältnismäßig geringe Rolle. Über 20 % aller Haushalte haben Zimmermieter oder Schlafgänger in ihren Wohnungen aufgenommen. Eine besondere Auszählung behandelt die kinderreichen Haushalte. Es wird die Frage aufgeworfen, was unter der kinderreichen Familie zu verstehen ist. Die Zahl der Haushalte mit einer sehr großen Kinderzahl ist verhältnismäßig gering; 8 Kinder und mehr haben nur 74 Haushalte, 7 Kinder haben nur 210 Haushalte, mit 6 Kindern sind rund 600 Haushalte vorhanden usf. Von rund 12800 Hausbesitzern wohnen 11200 in einem ihnen gehörigen Haus, rund 1100 besitzen in Frankfurt wohl ein oder mehrere Häuser, wohnen aber nicht darin, rund 500 wohnen auswärts.

Zur Feststellung der Mietpreissteigerungen sind Meßziffern als Durchschnitt aus den Mieten sämtlicher Wohnungen gezogen, demgegenüber sind aber auch Berechnungen für die bezogenen und verlassenen Wohnungen, also die wirklich am Markt befindlich gewesenen Wohnungen angestellt worden. Hieran anschließend ist die Abhängigkeit des Mietpreises von der Bodenfläche der Wohnung behandelt, wobei insbesondere auf Grund der Notierungen der gemeinnützigen Baugesellschaften auch die bebaute Fläche und die Kosten des Hausbaues festgestellt werden konnten. Beispielsweise wurden für ein Einfamilienhaus mit 3 Zimmern rund 300 qm gebraucht, von denen 49 qm bebaut werden, dagegen für ein Haus mit 7 Zimmern rund 600 qm, von denen 112 qm bebaut sind. In einem Fall betrug die Bausumme ohne Boden 7550 M., im zweiten Fall 19900 M. Für die Steigerung der Mietpreise ergibt sich, daß die Hauptmietpreissteigerungen um die Wende des Jahrhunderts vor sich gegangen sind. Während der Kriegszeit ist eine Senkung der Preise zu beobachten gewesen, im Jahr 1917 begannen dieselben wieder anzuziehen. Auf eine bewohnte Wohnung kam 1910 im Durchschnitt ein Mietbetrag von 670 M.; bei 2 % Leerstand würde sich ein Mietausfall von etwa 1¼ Million, bei 3 % von etwa 1¾ Millionen ergeben haben. Auf eine Person kamen jährlich 143 M. Miete.

Bei der Berechnung der Mietwerte im Verhältnis zum Einkommen des Haushalts ist zu beachten, daß zumeist nur das Einkommen des Haushaltungsvorstands für die Berechnung zur Verfügung steht, außerdem müssen die steuerfreien Wohnungsinhaber in Abzug gebracht werden. Es ergibt sich dann, daß von den steuerlich veranlagten Haushaltungsvorständen etwas über die Hälfte mehr als ¼ des Einkommens für Miete ausgibt, 15 % wendet ¼ auf, 12 % etwa ⅕ und 18 % weniger als ⅕. Dabei kommen rund 26 % auf solche, die ¼—⅛ des Einkommens aufwenden, rund 21 % auf solche, die ⅓—½ aufwenden und rund 8 % auf solche, die mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete ausgeben. Der Aufbau der Zahlen wird zum größten Teil durch das Aufnehmen fremder Personen als Zimmermieter in den Haushalt erklärt, die dann sehr erhebliche Anteile an der Wohnungsmiete, welche z. T. mehr als diese betragen, entrichten. Hieraus erklären sich auch die bei der Aufmachung von Haushaltsrechnungen völlig anders gefundenen Zahlen, bei denen als Anteil an den Ausgaben die Wohnungsmiete zumeist zwischen ⅕ und ¼ sämtlicher Aufwendungen beträgt. Für die Dauer der Bewohnung der Wohnungen ergibt sich eine durchschnittliche Benutzungsdauer von 5—6 Jahren, bei den kleinen Wohnungen ist die Bewohnungsdauer etwas kleiner, bei den größeren Wohnungen etwas größer. Besonders interessant ist der häufige Wohnungswechsel der jungen Ehepaare, von denen allerdings ein Teil zunächst eine Aftermieterwohnung nimmt, auch bei den Eltern eines der eheschließenden Teile sich einmietet, ein Verfahren, welches bei der jetzigen Wohnungsknappheit wesentlich ausgedehnter zur Anwendung kommt.

[1]) Auf diese Ungenauigkeit machte mich Herr Dr. Wehrheim aufmerksam. Vergleiche auch dessen Dissertation: „Zur Berechnung von Sterblichkeitsmassen für offene Bevölkerungen", Gießen 1919, Münchowsche Universitätsdruckerei.

Digitized by Google

Die Entwicklung der Bautätigkeit, die Zahl der jährlich benutzbar erklärten Wohngebäude, sowie die Zahl der hierbei dem Wohnungsmarkt zugeführten Wohnungen ist durch eine längere Reihe von Jahren verfolgt, die Abhängigkeit der Zwangsversteigerungen von der Bewegung der Bautätigkeit ist graphisch erläutert.

Zur Erforschung der Ursachen für die Mietpreissteigerungen ist eine größere Zahl von Wohnungen zurückverfolgt worden. Es ergab sich dabei, daß im Lauf einer längeren Reihe von Jahren nur verhältnismäßig wenige Wohnungen in ihrem ursprünglichen Zustand verbleiben, daß also den Mietpreissteigerungen auch gewisse Verbesserungen gegenüberstehen, die Einrichtung von Badezimmern, Anschluß an die Kanalisation, Einrichtung elektrischer Beleuchtung und dgl. mehr.

VI. Preis- und Verbrauchsstatistik.

Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im 4. Kriegsjahre. Die Erhebung wurde vom Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen während des Monats April 1918 veranstaltet und reiht sich den gleichen Veranstaltungen aus den Monaten April und Juli 1916 und April 1917 ergänzend an.[1]) Die Bearbeitung erfolgte im Statistischen Reichsamt durch Dr. Croner (21. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt, Berlin, C. Heymanns Verlag, 1919, 4 M.). Der Bearbeitung des Materials nach Städte-, Einkommens- und Berufsgruppen wurde eine solche nach geographischen Bezirken neu hinzugefügt. In die Erhebung waren einbezogen 249 Familien mit 1099 Personen (643 Erwachsenen, 171 Kindern im Alter von 11—16, 260 Kindern von 1—10 Jahren, 25 Säuglingen), gegenüber 342 bzw. 1594 i. J. 1917. Die Mehrzahl der durchschnittlich 4 Köpfe starken Familien gehörte mit 117 Beamten-, darunter 20 Unterbeamtenfamilien, 14 Rentner- und dgl. Familien und 118 Arbeiterfamilien dem mittleren Bürgerstande an, zumal es sich bei den befragten Arbeitern zumeist um gehobene Arbeiter handelte. Erwerbstätig waren und zwar zumeist zu ein oder zwei Angehörigen derselben Familie 401 Personen in 243 Familien. Infolge Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen hat die Einkommensgruppe von 301—400 M. diesmal (gegenüber 201—300 M. in 1917) die stärkste Besetzung. Das Durchschnittseinkommen lag zwischen 468,49 M. bei den höheren Beamten und 298,44 M. bei den Unterbeamten (Arbeitereinkommen 339,59 M.), das Arbeitseinkommen, das in 234 Fällen der Ehemann allein oder miterwarb, machte 93,06 % des Gesamteinkommens aus. Zur Berechnung der Ausgaben und des Verbrauchs wurden wiederum Verbrauchseinheiten geschaffen (Kinder unter 11 Jahren halb gezählt, Säuglinge außer Ansatz gelassen). Die drei wichtigsten Bedürfnisse der Lebenshaltung (Nahrungsmittel 47,95 %, Kleidung 19,09 %, Miete 8,29 %) belasten die Haushaltung in den einzelnen Gegenden sehr ungleichartig: Lebensmittel erforderten höhere Ausgaben in Ostelbien, Kleidung und Wäsche dagegen in Westelbien, während wiederum in Ostelbien und Mitteldeutschland höhere Mieten gezahlt werden mußten. Auch in den einzelnen Städtegruppen zeigten sich wesentliche Unterschiede, indem infolge der teuren Ernährung in den Großstädten das Leben in diesen bedeutend teurer war als in den Kleinstädten, während das Leben in den Mittelstädten in bezug auf Nahrungsmittel billiger als in den Großstädten, dagegen in bezug auf die Kleidung teurer war. Von den Nahrungs- und Genußmitteln wurde am meisten ausgegeben für Fleisch und Wurst, Brot, Kartoffeln. Die Ausgaben für Fleisch standen in allen Städtegruppen durchgehend an erster Stelle, während der Verbrauch an Brot sich in den Kleinstädten, an Kartoffeln in den Großstädten teurer stellte, wohl infolge der Rationierungspolitik. Eier und Milch erforderten in den Mittel- und Kleinstädten höhere Kosten, Butter und Fett war etwas teurer in den Groß- als in den Kleinstädten, aber etwas billiger als in den Mittelstädten. Bei der Gliederung nach Berufsgruppen hatten die größten Ausgaben pro Kopf die höheren Beamten, die geringsten die Unterbeamten. Am meisten gaben für Ernährung die Arbeiter aus (53,48 %), am wenigsten die mittleren und höheren Beamten (42,22 bzw. 42,40 %). Aufwendungen für Kleider und Schuhe waren am höchsten bei den Privat- und Unterbeamten, am niedrigsten bei den höheren Beamten und freien Berufen. Auch der Erfahrungssatz, daß mit zunehmendem Wohlstand für pflanzliche Nahrung, nämlich Brot, Kartoffeln, Gemüse weniger, für Fleisch und Fett dagegen mehr ausgegeben wird, fand unter gewissen Vorbehalten seine Bestätigung. Der Menge nach verbrauchte man in Kleinstädten mehr Brot, Mehl, Fleisch, Fett, Fisch, Käse, Eier, Milch, in Großstädten mehr Kartoffeln, Gemüse, Marmelade, die Mittelstädte näherten sich der Lebenshaltung der Kleinstädte. Die Untersuchung über Einkommen und Auskommen zeigt, daß allgemein mit Fehlbeträgen gewirtschaftet werden mußte. Verhältnismäßig niedrig waren sie noch bei den Privatbeamten, Arbeitern und Unterbeamten, höher bei den gehobenen Ständen (höheren, mittleren Beamten, freien Berufen). Eine Sonderuntersuchung ist gemacht über die Lebenshaltung von 62 minderbemittelten Familien süddeutscher Kleinstädte, bei denen die in der verschiedensten Hinsicht ziemlich gleichartigen Verhältnisse zu dieser Spezialbetrachtung besonders reizten. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der älteren Erhebungen zeigt, daß — bei einer allgemeinen Aufwärtsbewegung aller Ausgabeposten — die monatliche Gesamtausgabe pro Kopf von 74,87 und 75,58 M. in 1916 und 1917 auf 107,56 M. in 1918 stieg. Im Verhältnis zu den Gesamtausgaben sanken die Ausgaben für Nahrungsmittel, für Kleidung stiegen sie bedeutend, für die Miete gingen sie etwas zurück, für Feuerung blieben sie ziemlich die gleichen. Gegenüber dem sehr ungünstigen Jahr 1917 hob sich der Verbrauch bei vielen Artikeln bis zu dem Stande von 1916 und darüber hinaus; 1917 wurde mehr verzehrt als 1916 Brot, Kartoffeln, Milch, Käse, Gemüse, Marmelade, Kaffee, weniger Mehl, Fleisch, Zucker. Eine Fortsetzung dieser Erhebungen in der Nachkriegszeit wäre zu wünschen. Erhebungen gleicher Art aus England, Frankreich usw., um wertvolle Vergleiche ziehen zu können, fehlen uns leider. Es liegen nur einige Berichte aus neutralen Ländern vor, die noch dazu zumeist aus der Zeit vor dem Kriege stammen; nur Holland ist mit einer Erhebung aus dem Frühjahr 1917 vertreten. *R. Veit* (Berlin).

Einen Beitrag zur Konjunkturkunde bietet das in 2. Auflage erschienene Werk „Eisen- und Kohlenkonjunkturen seit 1870, Preisentwicklung in der Montanindustrie unter Einwirkung von Technik, Wirtschaft und Politik". Zugleich Erläuterung zur Konjunkturtafel gleichen Namens (140 × 70 cm) von Emil Müssig, (Augsburg 1919, 362 S.). Auf wenigen Gebieten besteht zurzeit ein solches Bedürfnis nach Popularisierung statistischer Ergebnisse wie in den Fragen der Wirtschaftskunde. Diesem Bedürfnis kommt Verfasser mit seiner Konjunkturtafel in überraschender Weise entgegen. Auch der statistisch nicht Geschulte wird die eindringliche Sprache der 20 farbigen Linien der Konjunkturtafel verstehen, die die Entwicklung des deutschen Eisen- und Kohlenmarktes von 1870—1920 mit ihrem Einfluß auf den Geldmarkt darstellen. Eine kurze Einführung erklärt Ursache und Bedeutung der Konjunkturwechsel, während der Textband an der Hand reichen statistischen Materials und graphischer Darstellungen ein Bild der deutschen Eisen- und Kohlenwirtschaft in den letzten 50 Jahren mit besonderer Berücksichtigung der Kriegsjahre gibt.

B. Winkler (Dresden).

X. Gewerbestatistik.

Die Zähleinheit der gewerblichen Betriebsstatistik. Die Schwierigkeit der Festlegung der Erhebungseinheit ist am nachdrücklichsten wohl bei den gewerblichen Betriebszählungen zu empfinden; und zwar deshalb, weil hierbei gleich zwei Schwierigkeiten auftreten, nämlich 1. was soll erhoben werden und 2. wie ist dies „was" abzugrenzen. Mit der ersteren Frage, was erhoben werden

[1]) D. St. Z. 1917, Nr. 6, S. 186 ff. und 1918, Nr. 4, S. 88.

Digitized by Google

soll, d. h. hier also in dem Sinne, welche Einheit (ein Mensch, ein Haus, ein Grundstück, ein Betrieb oder anderes) soll als Beobachtungselement gewählt und in seiner Beschaffenheit und Abhängigkeit dargestellt werden, beschäftigt sich eine Dissertation von W. Conradt, München 1919: „Die Zähleinheit der gewerblichen Betriebsstatistik (zur Kritik der gewerblichen Betriebszählung vom 15. August 1917)." Durch eine recht gründliche historische Darstellung der Entwicklung der Zähleinheit vom Beginn des 18. Jahrhunderts bis zur letzten Friedenszählung im Jahre 1907 wird in einem ersten Teil der Boden für die in einem zweiten Teil durchgeführte Kritik der gewerblichen Betriebszählung von 1917 im Deutschen Reich geebnet. Besonders hervorgehoben zu werden verdienen die Ausführungen über den Wandel in den Anforderungen an eine gewerbliche Betriebszählung. Danach stelle der neuerdings immer kräftiger geforderte Übergang zu einer Wirtschaftseinheit als Erhebungseinheit und auch Zähleinheit (bis zu einem gewissen Grade) — als Zähleinheit bezeichne ich unterschiedshalber die Einheit der Aufbereitung, die der Erhebung als Erhebungseinheit — eigentlich eine Rückkehr zu dem Verfahren vor 1875, der Zeit einer ungefähren Identität von technischer und wirtschaftlicher Betriebseinheit, dar. Nach Erscheinen der bekannten Engelschen Denkschrift habe man die Entwicklung in der Trennung von technischer und wirtschaftlicher Einheit zwar nicht übersehen, ja im Gegenteil, man habe sie sogar zum Anlaß einer neuen Methode genommen, indess darüber nahezu ganz außer acht gelassen, daß nicht bloß auf die Beobachtung und Darstellung des technischen Aufbaues des gesamten Wirtschaftslebens Wert zu legen, sondern daß vor allem auch die wirtschaftliche Struktur des gewerblichen Lebens zu ermitteln sei. Aus dem Wunsch nach Umgestaltung der bisherigen Zählungen resultiere jedoch nicht ohne weiteres ein Verlangen nach radikaler Umgestaltung der bisherigen Methode der Gewerbestatistik; es sei vielmehr „die gewissenhafte Prüfung der Frage erforderlich, ob nicht auch eine ruhige Weiterentwicklung auf der bisherigen Basis und ein entsprechend fortschrittlicher Ausbau der Gewerbestatistik den Forderungen, die die Neuzeit an letztere stellen zu müssen glaubt, gerecht werden könnte".

Wie weit dies möglich ist, wird die Ausgestaltung der nächsten gewerblichen Betriebszählung lehren. Der Hang zum Festhalten am Hergebrachten möchte gerade in den jetzigen Zeiten, in denen z. B. mehr denn je die Einhaltung von Vergleichmöglichkeiten außer Betracht gelassen werden kann, nicht allzusehr ausschlaggebend sein.

W. Grävell (Berlin).

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Theorie und Lehrbücher der Statistik.

Deutsche und ausländische Lehrbücher der Statistik. Den handlichen kleinen Lehrbüchern der Statistik ist als neuestes (1919) ein Bändchen der Teubnerschen Sammlung „Aus Natur und Geisteswelt" hinzugetreten, das das Bevölkerungswesen zum Gegenstand hat und von L. v. Bortkiewicz bearbeitet ist. Es behandelt auf nur 47 Oktavseiten die Hauptgebiete der Bevölkerungsstatistik und fügt hieran eine geschichtliche Darstellung der Bevölkerungslehre, die sich nach dem Verfasser „mit den Wechselwirkungen zwischen der Bevölkerungsgröße und der Volkswirtschaft" zu befassen hat. Die Tatsache, daß inzwischen Schott's „Statistik" aus der nämlichen Sammlung bereits in 2. Auflage (1920) erscheinen konnte, liefert einen an sich erfreulichen Beweis für das Bedürfnis nach solchen Wegweisern durch den Ozean der statistischen Produktion und Literatur und für ihre Existenzberechtigung neben den großen, die Gesamtheit oder Teilgebiete unseres statistischen Wissens darstellenden Werken.

Beim Lesen des B.'schen wie auch anderer deutscher Lehrbücher der Statistik fällt ein Unterschied von der gleiche Ziele verfolgenden fremdsprachigen Literatur auf, der tief in der Art begründet ist, wie man die Wissenschaft und ihre Aufgaben aufzufassen gewohnt ist. Die deutschen Werke bringen zu jeder statistischen Erscheinung, für die sich einigermaßen brauchbare Zahlenbelege aus anderen Staaten in den bekannten international-statistischen Veröffentlichungen finden, internationale Vergleiche und widmen ihnen einen großen oder den größten Teil des überhaupt zu Zahlenangaben bestimmten Raumes. Man prüfe nun z. B. die beiden auch in Deutschland gebührend gewürdigten Bücher von Bowley [1]) von diesem Gesichtspunkte aus und man wird sich davon überzeugen, daß international vergleichende Übersichten darin so gut wie gar nicht vorkommen, vielmehr fast alle Beispiele der britischen Statistik allein entnommen sind. Die, soweit ich sehe, einzige Ausnahme bilden einige Zahlen über den auswärtigen Handel und den Schiffsbestand anderer Staaten, an deren Kenntnis England ja ein hervorragendes eigenes Interesse hat.

Man kann über den Wert des einen und des anderen Verfahrens verschiedener Meinung sein. Fest steht aber, daß jenes Bowleysche Verfahren im Interesse der Verbreitung und Ausnützung der Ergebnisse der eigenen Landesstatistik liegt, und daß es, auf das Deutsche Reich angewandt, noch weitergehenden Nutzen stiften könnte, weil die deutsche Statistik, und zwar schon die zentrale und föderierte, dann aber insbesondere die partikulare und kommunale mit ihren feinen Ausgliederungen, eine noch viel ausgiebigere Fundgrube bildet als die britische. Die immer wiederkehrende Heranziehung internationaler Vergleiche in den Lehrbüchern dagegen führt zur Vernachlässigung der eigenen Statistik und trägt einen wesentlichen Teil der Schuld daran, wenn viele lehrreiche statistische Ergebnisse bald der Vergessenheit anheimfallen. Auch würde die Verwertung deutschen Zahlenmaterials, das ja auch alle möglichen Vergleiche zuläßt, den Vorteil mit sich bringen, daß es, auch in der nicht zentralen Statistik, in bezug auf die Grundbegriffe und die Art der Ausführung und Bearbeitung der Zählungen jedenfalls mehr Gewähr für Vergleichbarkeit der Ergebnisse bietet, als die meist ganz ohne Fühlung miteinander aufgestellten Erhebungen fremder Staaten, deren Benützung überhaupt eine gewisse, sagen wir, Weite des statistischen Gewissens voraussetzt. Endlich kann mittels des deutschen, geographisch beschränkteren Materials besser, als die internationalen Ergebnisse es zulassen, die Einschränkung desjenigen Übels angestrebt werden, das allen für bevölkerungswissenschaftliche Studien brauchbaren Zahlen anhaftet: daß die Erhebungen sich räumlich auf die größeren Verwaltungs- und die Staatsgebiete gründen, deren Abgrenzung fast nirgends der wirklich bestehenden Verteilung der verschiedenen Bevölkerungserscheinungen gerecht wird, so daß Gleichmäßiges oft getrennt, Ungleichmäßiges zusammengeworfen wird. Diesem tiefgreifenden Mangel aller statistisch-vergleichenden Zahlenzusammenstellungen kann nur durch „sozialgeographische", von der Verwaltungseinteilung möglichst unabhängige Abgrenzungen abgeholfen werden, die sich in dem meist nur die Staaten berücksichtigenden internationalen Material verbieten, in der deutschen amtlichen und nichtamtlichen Statistik aber wenigstens versucht worden sind.

Ein Hindernis für die ausgiebige Benützung der Ergebnisse der deutschen Statistik in der Literatur einschließlich der Lehrbücher liegt in der Eigenart der vorhandenen vergleichenden Zusammenstellungen (insbesondere Statist. Jahrb. für das D. Reich und Statist. Jahrb. Deutscher Städte). Darin wird in der Regel nur das überall in gleicher Weise Ermittelte berücksichtigt, nicht aber die zahlreichen partikular- und kommunalstatistischen Untersuchungen, die nur vereinzelt unternommen worden sind, und von denen zuerst die Mayr-

[1]) *Elements of Statistics*, 3. Aufl. London 1907 (siehe D. St. Z. 1915 S. 227) und *An elementary Manual of Statistics*, London 1910.

Digitized by Google

Festschrift „Die Statistik in Deutschland" ein allerdings bei weitem nicht nach jeder Richtung vollständiges Bild gab. Auch fehlen Übersichten, die die zeitliche Entwickelung einer Erscheinung in verschiedenen Reichsgebieten darstellen (Vorspalte Gebiete, Kopf Jahre). Statt solche mit Mühe anzufertigen, zieht man begreiflicherweise vor, die zahlreich vorliegenden internationalen Vergleiche zu verwenden. *E. Würzburger.*

Vermischte Mitteilungen.

Statistische Lehrstühle. Der mit der Leitung des Statistischen Amtes der Stadt Magdeburg beauftragte Dr. E. Helbling ist als nebenamtlicher Dozent für Statistik an das Polytechnikum in Köthen berufen worden und dort seit dem Wintersemester 1919/20 tätig.

Berufsausbildung der Statistiker. Die „Zentralstelle für Berufsberatung der Akademiker" in Berlin, die „Merkblätter" für die verschiedenen Berufe herausgibt, wird demnächst auch ein solches für den Statistikerberuf erscheinen lassen. Es ist im Auftrag der Deutschen Statistischen Gesellschaft von Professor Dr. Schott in Mannheim bearbeitet.

Heinrich Schwiening †. Die Militärsanitätsstatistik hat einen schweren Verlust zu beklagen. Am 19. Februar verschied an den Folgen einer Grippe der soeben zum Leiter der Versorgungsabteilung im Reichsarbeitsministerium berufene Oberstabsarzt a. D. Prof. Dr. med. Heinrich Schwiening im kaum vollendeten 49. Lebensjahre.

Sein grundlegendes Werk[1]) über „Militärsanitätsstatistik" ist im D. St. Z. 1913 S. 212 von mir kurz nach seinem Erscheinen gewürdigt worden. Frühere Arbeiten wie „Krieg und Frieden"[2]), „Beiträge zur Rekrutierungsstatistik"[3]), sowie eine auf Grund amtlichen Materials bearbeitete Studie[4]) „über die Körperbeschaffenheit der zum Einjährig-Freiwilligen Dienst berechtigten Wehrpflichtigen Deutschlands" seien nur erwähnt. Damals (1909) war Schwiening Hilfsreferent bei der Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums, in dem er im Laufe des Krieges zum Abteilungs-Chef aufrückte. In dieser äußerst verantwortungsvollen Stellung — ihm unterstanden das ganze Lazarettwesen Preußens und ferner die Personalien des preußischen Sanitätskorps — hat Schwiening, der nicht nur ein feiner Gelehrter, sondern auch ein vorzüglicher Organisator war, Hervorragendes geleistet, so daß er das ganz besondere Vertrauen seiner höchsten Vorgesetzten genoß. — Trotz aufreibendster dienstlicher Tätigkeit fand der Verstorbene nachts noch Ruhe und Muße, seine wissenschaftlichen Arbeiten unentwegt zu fördern, bis ihm, dem fraglos unterernährten und nach den harten Kriegsjahren wenig widerstandsfähigen Manne, der unerbittliche Tod die Feder aus der Hand gerungen hat. — Seiner letzten soeben erschienenen Arbeit: „Sanitätsstatistische Betrachtungen"[5]) sei wenigstens hier noch Erwähnung getan. Es ist eine sehr feine Studie über unsere Menschenverluste in diesem Völkerringen mit internationalen Vergleichen über die Zahl der Gestorbenen in früheren Kriegen des 19. Jahrhunderts. Schwienings allzufrüher Tod wird nicht nur vom deutschen Sanitätskorps beklagt, auch das Reichsarbeitsministerium verliert, wie sein Chef in seinem Nachruf hervorhob, einen ausgezeichneten Mitarbeiter, dessen umfassendes Wissen bei nie ermüdender Arbeitskraft sich kaum ersetzen lassen dürfte. *W. Abelsdorff* (Berlin).

Die Logarithmenpapiere. Die Hauptbedeutung logarithmischer Diagramme liegt wohl weniger in deren oft recht nützlicher Eignung zur bildlichen Darstellung einer Reihe, als vielmehr in derjenigen zur Reihenvergleichung. Soll z. B. die Heiratshäufigkeit in ihrer Abhängigkeit von den Getreidepreisen dargestellt werden, so kommt es auf die absoluten Größen der Zahlen gar nicht an, sondern nur auf ihre Bewegungen. Gerade aber die absoluten Größen werden durch das logarithmische Diagramm ausgeschaltet. „Gleiche vertikale Abstände repräsentieren das gleiche Verhältnis, in welchem Teile der Skala sie auch immer genommen werden."[1]) Der Vergleich der Bewegungen zweier Kurven kann noch eindringlicher dadurch gestaltet werden, daß die beiden logarithmischen Kurven so nahe wie möglich aneinander gelegt werden; jedoch nicht durch einfache Verschiebung einer Kurve auf dem Papier, sondern durch gleichmäßige, in ihrer Größe von der anderen Reihe abhängige Vergrößerung oder Verringerung der den Logarithmen der einen Reihe zugrunde liegenden absoluten Zahlen (a. a. O. S. 193). Dieser Form der logarithmischen Diagramme als Mittel der Veranschaulichung von Abhängigkeiten stehen auch keine gleichen Bedenken (Erzeugung falscher Größenvorstellungen) entgegen, wie der Verwendung zur Veranschaulichung absoluter Vorgänge, z. B. des Wachstums einer Stadt. Besonders durch Fortlassung der Grundlinie wird in dem Betrachter gar keine Vorstellung (falscher) absoluter Größen erweckt und bei geeigneter Überschrift der betreffenden Tafel auch nicht angeregt.

Eine auf ganz anderem Gebiet liegende Bestimmung der logarithmischen Diagramme ist die Aufspürung mathematischer Gesetze in statistischen Reihen.[2])

Zur leichteren Ausführung der Aufzeichnungen werden entsprechend den Millimeter-Papieren Logarithmen-Papiere im Handel geliefert.[3]) Vier Arten sind bisher in den Handel gekommen: Das Einfach-Logarithmen-Papier, das Doppel-Logarithmen-Papier, das Sinus- und das Tangenten-Logarithmen-Papier. Eine eingehende Beschreibung erfahren diese in einem von dem Verlag der Papiere herausgegebenen, von P. Schreiber, Direktor der sächs. Landes-Wetterwarte in Dresden verfaßten Heft „Die Logarithmen-Papiere" (Düren 1918); in einem weiteren Heft „Die Anwendung der Logarithmen-Papiere" werden Beispiele (nicht allgemein verständliche) zur Anwendung des Einfach-Logarithmen-Papiers gegeben. Für die Statistik dürften vorläufig nur die Einfach- und die Doppel-Logarithmen-Papiere in Betracht kommen. Für diese Papiere bedeuten Punkte auf einer geraden Linie Gesetzmäßigkeiten im Sinne von $y = ab^x$ bzw. $y = ax^m$.

Zweifellos werden die fertigen Papiere die Verwendung logarithmischer Darstellungsmethoden, zu welchen Zwecken auch immer, begünstigen; und das Feld, auf dem das logarithmische Diagramm und damit das Logarithmen-Papier erfolgreich Anwendung finden kann, ist, wie angedeutet, groß. Es dürfte dem neuen statisti-

---

[1]) Vgl. Lehrbuch der Militärhygiene V. Band: Militärsanitätsstatistik, bearbeitet von Prof. Dr. Schwiening (bei August Hirschwald, Berlin 1913).

[2]) Vgl. Handbuch der Hygiene 4. Supplementband: Soziale Hygiene (Gustav Fischer, Jena 1904).

[3]) Vgl. Klinisches Jahrbuch 18. Band: Beiträge zur Rekrutierungsstatistik (Gustav Fischer, Jena 1908) nach einem am 26. IX. 1907 auf dem XIV. Internat. Kongreß für Hygiene und Demographie zu Berlin gehaltenen Vortrage.

[4]) Vgl. Veröffentlichungen aus dem Gebiete des Militärsanitätswesens, herausgegeben von der Medizinal-Abteilung des Kgl. Preuß. Kriegsministeriums Heft 40 (August Hirschwald, Berlin 1909).

[5]) Diese Arbeit erschien in dem von Prof. Dr. Hoffmann herausgegebenen Sammelwerk: „Die deutschen Ärzte im Weltkriege, ihre Leistungen und Erfahrungen", (Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Berlin 1920).

[1]) Bowley, *Elements of statistics*, 3. Auflage, London, 1907, S. 189. Um dies dem Auge sofort in Erinnerung zu bringen, legt Bowley Wert darauf, daß bei den logarithmischen Diagrammen die Grundlinie (*the base line*) fortgelassen wird.

[2]) Siehe darüber: Auerbach, Die graphische Darstellung S. 39; v. Poellnitz, Praktische Verwendbarkeit logarithmischer Diagramme im Allgem. Stat. Arch. 1914, S. 25, sowie die Literatur über die Einkommenverteilungsstatistik.

[3]) Firma Carl Schleicher und Schüll, Düren.

Digitized by Google

schen Handwerkszeug eine gewisse Zukunft nicht abzusprechen sein. *W. Grävell* (Berlin).

Ein **Reichsbund der Studierenden der Staats- und Wirtschaftswissenschaften** ist als volkswirtschaftliche Fachgruppe der „Deutschen Studentenschaft", der Gesamtorganisation aller Studierenden, errichtet worden. Den Unterbau bilden an den einzelnen Universitäten staats- und wirtschaftswissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften der Studierenden. Die Führung der Geschäfte des Reichsbundes befindet sich an der Universität Halle.

Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke.[1])

Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 276: Bewegung der Bevölkerung 1914, 1915 u. 1916. — Bd. 284: Kriminalstatistik 1914. — Bd. 286: Verkehr und Wasserstände der deutschen Binnenwasserstraßen 1917.

Statistisches Jahrbuch f. d. Deutsche Reich 1919. (358, 68 u. 32 S.)

Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, 27. Jg. 1918, 4: Hopfenernte 1918. — Konkursstatistik f. 3. Vierteljahr 1918. — Bestands- u. Kapitaländerungen der d. A.-G. im 3. Vierteljahr 1918; desgl. der d. G. m. b. H. im 3. Vierteljahr 1918. — Viehpreise im Ausland im 3. Vierteljahr 1914—1918. — Höchstpreise f. Lebens- u. Verpflegungsmittel im D. Reich im Oktober 1918. — Die Finanzen des Reichs u. der deutschen Bundesstaaten.

— Ergänzungsheft zu 1918, II: Die Geschäftsergebnisse der d. A.-G. im Jahre 1916/17; desgl. zu 1918, IV: Die Ergebnisse der Viehzählungen vom 1. Septbr. 1917 bis 4. Dezbr. 1918 und der Schlachtvieh- u. Fleischbeschau 1915—1918.

— Desgl. 28. Jg. 1919, 1—3: Anordnungen f. die Reichsstatistik aus dem Jahre 1918. — Zur d. Justizstatistik 1917. — Produktion der Kohlen-, Eisen- u. Hüttenindustrie 1915 u. 1916; desgl. der Eisenindustrie Luxemburgs 1915 u. 1916. — Erntestatistik 1917 u. 1918. — Weinmost-Ernte 1918. — Die A.-G. u. die G. m. b. H. im D. Reich. — Bestands- u. Kapitaländerungen der d. A.-G. und der G. m. b. H. 1918 u. 1919, 1. u. 2. Vierteljahr. — Die Krankenversicherung in den Knappschaftskassen u. -Vereinen 1917. — Zur Statistik der Preise. — Bodenseefischerei 1918. — Konkursstatistik vom 4. Viertelj. 1918, f. d. Jahr 1918 u. für 1. u. 2. Viertelj. 1919. — Nachtrag zur Statistik der Reichstagswahlen von 1912. — Kohlenversorgung einiger Städte 1918. — Schlachtvieh- u. Fleischbeschau 1918 u. 1. u. 2. Viertelj. 1919. — Zulassung von Wertpapieren an den d. Börsen 1918. — Besteuerung von Kohlen im d. Zollgebiet vom 1. August 1917 bis 31. März 1918. — Die Finanzen des Reichs u. der deutschen Bundesstaaten — Zur Statistik der Streiks u. Aussperrungen. — Dampfkesselexplosionen 1918. — Zur Kriminalstatistik 1914. — Reichserbschaftssteuerstatistik 1914. — Ergebnisse der Viehzählung am 1. März 1919. — Produktion der Solbäder 1916. — Essigsäurefabriken u. Essigsäurebesteuerung 1914 bis 1918. — Spielkarten-Herstellung u. -Versteuerung 1914 bis 1918. — Herstellung und Besteuerung von Zündwaren 1914—1918; desgl. von Leuchtmitteln 1914 bis 1918.

— 1. Ergänzungsheft zu 1919: Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

Reichs-Arbeitsblatt 1919, 4—12: Arbeitsmarkt, Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung (in allen Heften.) — Lohnklassenstatistik der Ortskrankenkassen von Leipzig, Chemnitz u. Magdeburg (Hefte 4, 7, 10). — Bergarbeiterlöhne 1918 u. bis Mitte 1919 (4, 7, 10). — Kriegsverdienst u. Arbeitszeit der Arbeiterschaft (8, 11 u. 12). — Rückkehr zur Akkordarbeit (11). — Tarifverträge im D. R. (4 u. 12). — Arbeitslöhne im Ausland (5, 9, 10, 11 u. 12). — Tarifverträge in den Niederlanden u. in Schweden (4 u. 5). — Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten im Ausland (7 u. 12). — Krankenversicherung in den Knappschaftskassen 1917 (4). — Die gewerblichen Genossenschaften im Kriege (4). — 1918 vereinnahmte Wochenbeiträge der Invalidenversicherung (7). — Binnenwanderungen von Arbeitern während des Krieges (7). — Statistik der Streiks u. Aussperrungen 1917 u. 1918 (9 u. 11). — Bautätigkeit in deutschen Städten 1919 (9 u. 11). — Entwicklung u. Stand der Erwerbslosenfürsorge (9). — Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise 1918 (12).

Sonderbeilage zum Reichs-Arbeitsblatt 1919, 11: Kriegslöhne im Rahmen der deutschen Arbeiterversicherung.

Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts 1918: Die Steuerkraft der pr. Stadt- u. Landkreise am 1. Jan. 1912, 1914 u. 1915. — Die Einkommens- u. Vermögensverhältnisse der pr. Bevölkerung 1895—1914. — Die pr. Sparkassen 1915, 1916 u. 1917. — Geburten, Eheschließungen u. Sterbefälle 1917. —

Preußische Statistik (Amtliches Quellenwerk), Heft 253: Monats- u. Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel 1916 (11 u. 176 S.). — Heft 254: Die Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle 1915 (14 u. 188 S.). — Heft 255: desgl. für 1916 (14 u. 188 S.) — Heft 256: Monats- u. Jahrespreise wichtiger Lebens- und Verpflegungsmittel 1917 (11 u. 141 S.).

Statistische Korrespondenz 1919, 13—49 (Schluß): Belgiens vermeintlicher Anspruch auf Teile der Rheinprovinz. — Die Kriegsernten in Preußen. — Ergebnisse der Reichswohnungszählung für Groß-Berlin I—III. — Viehstand am 1. März 1919. — Sparkassen 1918. — Saatenstand Anfang Mai 1919. — Vermögensgliederung nach Stadt und Land 1917. — Die tödlichen Verunglückungen 1915. — Der aus den Friedensbedingungen sich ergebende Verlust an landwirtschaftlicher Fläche und deren Erträge für Preußen. — Zur Lage der dänischen Landwirtschaft während des Krieges. — Saatenstand Anfang Juni 1919. — Kopfbeträge der direkten u. der gesamten Gemeindesteuer 1914. — Kopfbeträge der direkten u. der gesamten Gemeindesteuern der preußischen Städte und großen Landgemeinden 1914. — Der Viehstand in den einzelnen Provinzen 1913 und im Zeitraum des Krieges bis 1918. — Saatenstand Anfang Juli 1919. — Bewegung der Bevölkerung in den Kriegsjahren. — Beruf der Sparer bei 176 Sparkassen im Jahre 1918. — Vorläufige Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Juni 1919. — Weinmostertrag 1916. — Hopfenernte 1916, 1917 u. 1918. — Viehstand in den Provinzen Pr. am 2. Juni und am 1. März 1919 und der Viehverlust durch den Friedensvertrag. — Einkommensteuerveranlagung 1918. — Saatenstand Anfang August 1919. — Verlust an Holzertrag durch den Frieden. — Endgültige Ergebnisse der Viehzählung am 1. März 1919. — Vorl. Ergebnisse d. deutschen Genossenschaftsstatistik f. 1919. — Ergebnisse der Schlachtvieh- u. Fleischbeschau sowie der Trichinenschau vom 1. April bis 30. Juni 1919. — Ergebnisse der Fleischbeschau bei dem in das Zollinland eingeführte Fleische für 1918. Gemeindesteuerbedarf der preußischen Städte u. großen Landgemeinden 1911—1914. — Saatenstand Anfang Septbr. 1919. — Viehbestand der Schweiz und sein Anteil an der Fleischversorgung Deutschlands während der Kriegszeit. — Die Lebendgeborenen, Eheschließungen und Gestorbenen in Pr. 1913—1918 — Weinmostertrag in Pr. 1917. — Bevölkerungsbewegung in Frankreich u. Pr. 1914—1917. — Schulden der pr. Provinzialverbände 1913, 1916 u. 1917. — Ergebnisse der Schlachtvieh- u. Fleischbeschau bei Schlachtungen im pr. Staate 1918. — Saatenstand Oktbr. 1919. — Vorl. Ergebnisse der Viehzählung am 1. Septbr. 1919.

[1]) Siehe zuletzt D. St. Z. 1919, 8. — Bei den statistischen Zeitschriften sind nur die Abhandlungen und Haupt-Zusammenstellungen berücksichtigt.

Digitized by Google

– Die Viehwirtschaft Schwedens während des Weltkrieges. — Auftreten der Blinddarmentzündung 1916. — Viehstand in Pr. am 1. Septbr. 1919 und die Viehmengen im abzutretenden Gebiet. — Weinbau 1918. — Endgültige Ergebnisse der Viehzählung vom 2. Juni 1919. — Krankenhausstatistik 1916. — Saatenstand Anfang Novbr. 1919. — Schulden der Städte und großen Landgemeinden Pr. Ende 1915. — Schlachtvieh u. Fleischbeschau sowie der Trichinenschau vom 1. Juli bis 30. Septbr. 1919. — Zwangsversteigerungen ländlicher Grundstücke 1886—1917. — Sterblichkeit an Tuberkulose in Pr. 1877—1917. — Saatenstand Anfang Dezbr. 1919. — Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend in Pr. am 1. Febr. 1919. Beilagen: Preisberichte. — Witterungs- u. Wasserstandsberichte.

Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 1919, Nr. 1—4: Kriegsfürsorge u. Kriegswohlfahrtspflege in B. — Preisabbau. — Gartenmäßiger Gemüsebau in B. 1918. — Ergebnisse der Viehzählungen 1918 u. 1919 (Nr. 1/2 u. 3). — Kaninchenzucht in B. vor und während des Krieges. — Knappschaftsvereine 1917. — Bewegung der Bevölkerung in B. 1914—1918. — B. Arbeitsmarkt 1914 bis 1818. — Landtagswahlen u. Wahlen zur D. Nationalversammlung in B. im Jan. u. Febr. 1919 (1/2 u. 4). — B., Preußen, Sachsen u. Württemberg in der Finanzgemeinschaft des D. R. 1911—1917. — Entwicklung unserer Valuta im Ausland. — Die Rüben in der Kriegswirtschaft. — Die wirtschaftliche Bedeutung der Regelung des Verkehrs mit Ersatzmitteln. — B. Außenhandel 1913. — Bodenkulturunternehmungen in B. 1911—1915. — Bodenverschuldung in B. 1915—1917. — Anbau, Ernte u. Ernteschäden 1917. — Hopfenanbau u. Hopfenernte 1917. — Weinmosternte 1917. — Verwendung von Motoren in der b. Landwirtschaft. — Großgrundbesitz u. Getreideablieferung. — Erzeugung der b. Bergwerks-, Hütten- und Salinenbetriebe 1914—1917. — Krankenversicherung 1917. — Preispolitische Streitfragen. — Vorratserhebungen in B. — Statistik der b. Fleischversorgungsstellen. — Die amtliche Statistik und der Krieg.

Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 88: Die Familienstatistik der b. etatmäßigen Staatsbeamten v. 1. Juli 1916. (146 S. u. Tafeln.) — Heft 89: Die Kriegsvolkszählungen 1916 u. 1917 in B. (405 S. u. Tafel.) — Heft 90: Die Kriegszählung der gewerblichen Betriebe am 15. August 1917 in B. (233 S.) — Heft 91: Die Kriegswohnungszählung 1918 in B. (154 S.)

Mitteilungen des Württembergischen Statistischen Landesamts 1919, 5—16 (Schluß): Bevölkerungsbewegung 1918. — Vermittlungstätigkeit der w. Arbeitsämter 1909—1918. — Gemeindesteuer 1915. — Sterbefälle nach den Todesursachen 1914 bis 1917. — Gewerbestatistik 1917. — Viehzählung vom 2. Juni 1919. — Ernteflächenerhebung 1919. — Fürsorgeerziehung Minderjähriger 1915 u. 1916. — Die Volkszahl W. — Ernteschätzung 1919. — Weinbergflächen 1918. — Reichsvolkszählung am 8. Oktbr. 1919 für W. — Fideikommisse.

Mitteilungen der Hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik 1919. Nr. 993 bis 998: Staatshaushalt 1917. — Meteorologische Beobachtungen 1914 und 1919. — Verkehr mit Web-, Woll- u. Strickwaren 1916—1918. — Staatsschuld u. Staatsvermögen am 1. April 1917. — Staatseisenbahnertrag 1916. — Nationalversammlungs- u. Volkskammerwahlen 1919 u. zum Reichstage 1912. — Direkte Steuern 1916. — Einkommen- und Vermögenssteuer 1917 u. 1918. — Gemeindeeinkommensteuer 1918. — Genossenschaften 1918 u. 1919. — Universitätsbibliothek Gießen 1918/19. — Weinbau u. Weinernte 1918. — Sparkassen 1917. — Viehzählung am 4 Dezbr. 1918. — Anbau u. Ernte 1918. — Wandergewerbe 1918. — Landesmuseum zu Darmstadt 1918/19. — Schlachtvieh- u. Fleischbeschau 1914—1918. — Hagelschäden 1918. — Viehstand 1883 bis 1919. — Finanzämter 1917. — Hunde- u. Hundesteuer 1918. — Pflegekinder 1917. — Versicherungs-Unternehmungen 1916. — Obsternte 1918. — Sitzungen der Provinzial- und Kreisausschüsse 1915—1918. — Güterverkehr 1918. — Immobiliar-Feuerversicherung 1917 u. 1918.

Beiträge zur Statistik Hessens, 65. Bd., 4. Heft: Forst- u. Kameralverwaltung 1915 (16 S.).

Sachsen-Meiningische Landesstatistik, Bd. 13, Nr. 7: Justizstatistik 1914 u. 1915. — Rechnungswesen der Kreiskassen 1915. — Heilanstalts-Statistik 1916. — Gemeindeversorgungswesen 1914. — Waldungen 1914. — Zwangsversteigerungen 1913—1915. — Impfwesen 1915.

Statistische Monatsschrift, N. F., XXII. Jg.: Statistische Streiflichter zur österreichischen Hochschulfrequenz. — Kriminalpolitische Probleme im Lichte der Massenbetrachtung. — Die Berufszählung 1900 in Ungarn. — Kriegsstatistik. — Zur Statistik der Fehlgeburten (Ergebnisse in der Stadt Budapest). — Forst- und Jagdstatistik 1914. — Das Fötalalter der Totgeborenen in Wien. — Tätigkeit des Statistischen Seminars der Wiener Universität im Wintersemester 1916/17. — Die agrarstatistischen Grundlagen einer Inneren Kolonisation und Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität in Österreich nach dem Kriege. — Die Leistungen der amtlichen Statistik in der Kriegszeit.

—; 3. Folge, 1. Jg.: Die Blinden und Taubstummen in Österreich am Ende des Jahres 1910. — Ein Indexnumber für landwirtschaftliche Ertragsziffern. — Die amtliche Statistik und die neuen Erfordernisse der Zeit. — Die Streikbewegung in Österreich während des Krieges im Vergleich zur Friedenszeit. — Zeitungsstatistik u. Deutschland. — Deutschösterreichs Handelsstatistik. — Statistik der Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung Deutschösterreichs. — Die gerichtlich Geschiedenen Deutschösterreichs nach der Volkszählung 1910. — Die statistische Bearbeitung des Erhebungsmaterials durch Gruppenbildung. — Die Erhebung der Stillhäufigkeit bei der Volkszählung 1910. — Das Arbeitsstatistische Amt und der Arbeitsbeirat 1895—1919. — Bevölkerung und Berufsgliederung der Republik Österreich. — Die Gewerkschaften 1918 u. 1919.

Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 55. Jg, 1919, Heft 2 u. 3: Anschauliche und elementare Darstellung der Lexisschen Dispersionstheorie. — Rechnungsabschlüsse von acht größeren schweiz. Handelsbanken. — Die Hausbesitzverhältnisse der Stadt Basel. — Aus den Ergebnissen der Häuserstatistik von 1910. — Die Ertragsfähigkeit des schweiz. Hotelgewerbes. — Unsere Valuta- u. Exportkredite. — Der Besuch der schweiz. Universitäten 1912—1919. — Die wirtschaftspolitischen Normen des ausw. Warenverkehrs der S. während des Krieges. — Schweiz. Konjunkturstatistik. — Die Organisation der S. Alters-, Invaliden- u. Hinterlassenenversicherung. — Beschaffung der für die Sozialversicherung erforderlichen Bundesmittel. — Die Demographie der Ausländer in der S.

Allgemeines Statistisches Archiv, 10. Bd. 1916/17, Heft 3/4: Volksvermögen, Staatsvermögen und Statistik. — Die Wertsteigerung der industriellen Erzeugnisse und die Produktionsstatistik. — Stadt und Land, Bayern und das Reich in der Kriegsernährungswirtschaft. — Kriegsteuerung im In- und Ausland. — Die soziologischen Grundlagen der Geburtenbeschränkung. — Familienstatistik. — Die österreichische Erhebung über Wirtschaftsrechnungen und Lebensverhältnisse in Wiener Arbeiterfamilien, Methode und Ergebnisse. — Der Aufstieg der Begabten und die Statistik. — Fortbildung der Landwirtschaftsstatistik. — Erfahrungen über den akademischen Unterricht in Statistik. — Die Zählung des Berufswechsels in Österreich u.

Digitized by Google

Schweden (Schluß). — Die Bewegung der Bevölkerung in den süd- u. osteuropäischen Staaten (Schluß). — Bemerkungen zu konfessionellen Krankheitsstatistiken. — Literatur.

Aufsätze in Zeitschriften anderer Art:

Gottstein, A., Die Aufgaben der Medizinalstatistik nach dem Kriege (Blätter für Vertrauensärzte der Lebensversicherung 1919, 1/2).

Tönnies, F., Die Statistik als Wissenschaft (Weltwirtschaftliches Archiv, 15. Bd. 1).

Begriff des Spezialhandels in der deutschen Außenhandelsstatistik (Weltwirtschaftliches Archiv, 15 Bd. 1 S. 47*).

Erwiderung auf den Aufsatz „Papiernot u. Statistik" (Städtezeitung 1919, 19/20).

Nicolaus, R., Lokal- u. Bezirksstatistik (Kommunale Praxis 1920, 5).

Fragekasten.

Dr. H. in Lübeck. In Beantwortung Ihrer Frage nach den insbesondere für Beamte in Betracht kommenden Haushaltungsbücher seien nach einer Auskunft des Herrn Regierungsrats Dr. von Valta über die wichtigsten der Abteilung für Arbeiterstatistik bekannt gewordenen Muster folgende genannt:

1. Haushaltungsbücher System Athenstädt, L. Scheermessers Hofbuchhandlung, Seebad Salzungen,

2. Haushaltungsbuch, Druck und Verlag von J. C. König & Ebhardt, Hannover,

3. Sagawes Buchführung im Haushalt, Carl Sagawe, Berlin W, Kurfürstenstr. 37,

4. Haushaltungsbuch, herausgeg. von der Redaktion „Nach Feierabend", Leipzig, Königstr. 5/7.

Ferner haben Haushaltungsbücher herausgegeben:

5. Preußischer Beamten-Verein, Verleger: Berthold Pokrantz, Hannover, Wagnerstr. 17,

6. Verband der deutschen Post- und Telegraphen-Beamtinnen, Berlin N. 58, Schönhauser Allee 129.

Für die Einrichtung und Leitung eines statistischen Amtes der Provinz Ostpreußen wird möglichst sofort ein

Nationalökonom

mit abgeschlossener Hochschulbildung und längerer Praxis in einem größeren statistischen Amte gesucht. Der endgültigen Anstellung müßte eine Probezeit von 6 Monaten vorhergehen. Anrechnung früherer Dienstzeit zulässig.

Gesuche mit Lebenslauf, Zeugnissen und Angabe von Referenzen sowie Gehaltsansprüchen sind an den Unterzeichneten zu richten.

Königsberg i. Pr., den 31. März 1920.

Der Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen.

Zur bevorstehenden Reichstagswahl!

Unentbehrlich für jeden Wähler ist:

Die neuen Parteiprogramme

mit den letzten der alten Parteien zusammengestellt

Von Dr. Felix Salomon

Professor an der Universität zu Leipzig

2. Aufl. Geheftet M. 1.80

Die in zweiter Auflage ergänzte und durch inzwischen neu erschienene Stücke erweiterte Sammlung, die sich in den Dienst der politischen Aufklärung stellt, schafft Einblick in die Bestrebungen der eigenen Partei und in die der anderen. Gruppierung, Inhaltsverzeichnis und Register erleichtern die Übersicht.

„Das Büchlein ist geradezu eine Notwendigkeit in der Zeit der Politisierung des neuen Deutschland." (Neues sächsisches Kirchenblatt.)

Die Nordseehäfen

Ihre Bedeutung in der Weltwirtschaft und Stellung im Deutschen Reiche

Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. **Hermann Schumacher.** Geheftet M. 1.20

Schildert zunächst die Lage der internationalen Gruppe der großen Nordseehäfen in der Weltwirtschaft und legt sodann die Stellung der deutschen Nordseehäfen im Reiche dar unter besonderer Berücksichtigung des Problems Groß-Hamburg und der Frage der Vereinigung von Bremen und Oldenburg.

Auf sämtl. Preise Teuerungszuschläge des Verlags (Mai 1920 100%, Abänderung vorbehalten) und der Buchhandlungen

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Hierzu eine Beilage von Karl Block, Buchhandlung in Berlin, sowie Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

Nr. 5/6 12. Jahrgang Mai bis Juli 1920

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeigen: 1/2 Seite M. 260.—, 1/4 Seite M. 150.—, zweigespaltene Millimeterzeile M. 1.40. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger

Professor, Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

In Verbindung mit

Dr. Hans Platzer

Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth

Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Zur gefälligen Beachtung!

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Nummern in 6 Heften. Der Preis beträgt für das **1. Halbjahr 1920 M. 10.—**. Für das **2. Halbjahr** läßt sich jedoch infolge der durch die weitere Steigerung der Papierpreise, Löhne und Gehälter usw. bedingten abermaligen Erhöhung der Herstellungskosten eine Änderung des Bezugspreises auf **M. 16.—** nicht vermeiden. Die Herstellungskosten betragen jetzt das Zehn- und Zwölffache gegenüber der Zeit vor dem Kriege; so kann auch der jetzt geforderte Bezugspreis entfernt nicht die Herstellungskosten decken, sondern der Verlag muß, um die Zeitschrift fortzuführen, erhebliche Zuschüsse leisten. Das kann er aber naturgemäß nur innerhalb gewisser Grenzen. Er hofft deshalb, daß die Bezieher ein Verständnis für die äußerst schwierige Lage, in der die Zeitschrift sich befindet, nicht versagen und durch Bewilligung der zur zwingenden Notwendigkeit gewordenen Preiserhöhung ihre Fortführung im Interesse der von ihr vertretenen Sache zu ermöglichen, auch an ihrem Teile helfen werden. Der Verlag wird sich demzufolge erlauben, keine Unterbrechung in der Zustellung eintreten zu lassen und die für das **2. Halbjahr 1920** fällig werdenden Bezugsgebühren: bei Bezug durch **Kreuzband** in Höhe von **M. 18.80**, bei Bezug durch **Überweisung** in Höhe von **M. 16.—** ab 25. August durch Postnachnahme zuzüglich Spesen zu erheben, falls ihm dieselben bis dahin nicht direkt zugegangen sein sollten.

Diejenigen Bezieher, welche die Zeitschrift s. Zt. unmittelbar bei ihrem Postamt bestellten und für den ganzen Jahrgang bezahlten, werden ebenfalls dringend gebeten, den Differenzbetrag in Höhe von M. 8.—, für das zweite Halbjahr 1920 an ihr Postamt auf eine diesbezügliche Aufforderung dieses oder an mich zu zahlen. **B. G. Teubner.**

Inhalt: *Mitteilung der Deutschen Statistischen Gesellschaft*, S. 73. — *Amtliche Lohnstatistik*, S. 73. — *An der Wiege der tschechoslowakischen Statistik*, S. 77. — *Aus der statistischen Literatur:* Zur statistischen Erfassung der Frauenarbeit, S. 85. — Vermißte Heeresangehörige, S. 87. — Kindersterblichkeit im Kriege, S. 87. — Zur Berechnung der Säuglingssterblichkeit in und nach Kriegen, S. 88. — Das Geschlecht bei Zwillingsgeburten, S. 89. — Zur einheitlichen Gestaltung der Lohnstatistik der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden, S. 91. — Bemerkungen zur Reform der deutschen Bevölkerungs- und Gesundheitsstatistik, S. 93. — Theorie und Lehrbücher der Statistik (Rudolf Meerwarth), S. 94. — Ein Amtsjubiläum, S. 95. — *Vermischte Mitteilungen:* Veränderungen bei den Statistischen Ämtern, S. 95. — Statistische Lehrstühle, S. 100. — Ausgelöste Versicherungsstatistik, S. 101. — Die Unterscheidung nach der Religion in der Statistik der Bevölkerungsbewegung, S. 101. — Veröffentlichungs-Ersatz, S. 102. — Schweizerische Fachliteratur, S. 102. — *Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke*, S. 101.

Mitteilung der Deutschen Statistischen Gesellschaft.

Von verschiedenen Seiten ist die baldige Abhaltung der vierten Mitgliederversammlung gewünscht worden, für die zugleich, außer geschäftlichen Angelegenheiten, Beratungsgegenstände in Vorschlag gebracht werden, die Fragen der Vorbildung der Statistiker, der Einrichtung und Zuständigkeit der Statistischen Ämter und der Fruchtbarmachung der statistischen Ergebnisse berühren.

Die nämlichen Gründe, die zur zeitlichen Verbindung früherer Versammlungen mit den Tagungen der reichsdeutschen Städtestatistiker führten, lassen auch jetzt eine solche Verbindung zweckmäßig scheinen. Als Ort der Versammlung empfiehlt sich eine mitteldeutsche Stadt. Der Vorstand beabsichtigt auf Anregung des Städtestatistiker-Verbands, sich mit ihm deswegen ins Einvernehmen zu setzen. Um beurteilen zu können, auf wieviele Teilnehmer eine im Oktober 1920 etwa in Weimar oder Erfurt stattfindende Versammlung zu rechnen hätte, werden die Mitglieder gebeten, ihre Wünsche in bezug auf Zeit und Ort (unter Umständen auch auf die Tagesordnung) dem Vorstand bis Anfang September unter der Adresse des Herrn Dr. Bruno Winkler in Dresden, Ritterstraße 14, mitteilen zu wollen.

Für den Vorstand:

G. v. Mayr, 1. Vorsitzender. **E. Würzburger,** Schriftführer.

Amtliche Lohnstatistik.

Von Regierungsrat Dr. **A. Agthe,** Mitglied des Statistischen Reichsamts in Berlin.

Die einen wollen den Lohnabbau, die anderen Lohnerhöhungen. Wie hoch die Löhne aber wirklich sind, wissen selbst die Beteiligten nicht in allgemein verbindlicher Weise zu sagen. Wohl hat die weite Ausbreitung des Tarifwesens, insbesondere der Abschluß von Reichstarifen, die Kenntnis der Mindestlohnsätze wesentlich gefördert. Mindestlohnsätze lassen aber, besonders beim Stücklohn, noch keine sicheren Schlüsse auf die tatsächlichen Arbeitsverdienste zu, deren Kenntnis am besten durch wiederkehrende amtliche Lohnerhebungen (etwa im Frühjahr und Herbst eines jeden Jahres) vermittelt werden kann. Der erste Versuch einer solchen Erhebung darf als gesichert gelten.

Um die tatsächliche Höhe der Arbeitsverdienste in einer möglichst vollkommenen und allseitig anerkannten Weise festzustellen, hat das Statistische Reichsamt im Einvernehmen mit den landesstatistischen Zentralstellen auf Grund des gemeinsamen Erlasses des Herrn Reichs-Wirtschaftsministers und Reichs-Arbeitsministers vom 30. Januar 1920 eine umfangreiche Erhebung der Löhne und Gehälter für Februar 1920 durchgeführt. Die Erhebung erstreckt sich auf das ganze Reich ein-

Digitized by Google

schließlich der besetzten Gebiete. Nur Oberschlesien und das Saargebiet mußten wegen besonders schwieriger Verhältnisse ausscheiden. Die Erhebung umfaßt sämtliche Gewerbegruppen mit Ausnahme der Landwirtschaft und des Bergbaues, auf deren Einbeziehung wegen stark abweichender Lohnverhältnisse (Landnutzung, Deputat, freie Wohnung, Sonderzuteilungen billiger Nahrungsmittel, Brotkornzulagen, Auslagen für Arbeitsgezähe, Sprengmaterialien und Geleucht) diesmal verzichtet werden mußte. In allen übrigen Gewerbegruppen ist die Erhebung grundsätzlich unter weitgehender Beteiligung und völliger Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchgeführt worden.

Die Auswahl der in die Erhebung einzubeziehenden Betriebe haben die zuständigen Zentral- oder Reichsarbeitsgemeinschaften vorgenommen. Insgesamt haben sie rund 15 000 Betriebe namhaft gemacht. Davon entfallen auf die Eisen- und Metallindustrie 4344, auf die Nahrungs- und Genußmittelindustrie 1283, das Baugewerbe 1568, die Textilindustrie 1581, das Holzgewerbe 2265 und das Transportgewerbe 1192 Betriebe. Bei den sonstigen Reichsarbeitsgemeinschaften (Steine und Erden, Papierfach, Leder, Glas und Keramik, Chemie, Öle und Fette, Bekleidung und Handel) hielt sich die Zahl der ausgewählten Betriebe durchweg unter 1000.

Innerhalb jedes Betriebes hat eine Einzelerhebung der Löhne und Gehälter stattgefunden, da nur auf diesem Wege zuverlässige Angaben über die tatsächlichen Arbeitsverdienste während der vier Erhebungswochen (2. bis 29. Februar 1920) unter Berücksichtigung des Geschlechts, des Alters, des Familienstandes, des Berufs oder der Beschäftigungsart, der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden einschließlich der Überstunden und der Lohnform (Zeit- oder Stücklohn) gewonnen werden konnten. Stichtag der Erhebung war der 28. Februar dieses Jahres. Für jeden Arbeiter und jeden Angestellten männlichen und weiblichen Geschlechts, der (die) am 28. Februar 1920 einem erfaßten Betriebe angehörte, war eine besondere Fragekarte vom Arbeitgeber auszufüllen und vom Arbeiter bzw. Angestellten zu unterschreiben. Der Grundsatz völliger Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde somit nicht nur bei der Auswahl der Betriebe, sondern auch bei der Ausfüllung der Erhebungspapiere streng befolgt. Die Ergebnisse dieser Erhebung dürften daher weder von Arbeitgeber- noch von Arbeitnehmerseite mit dem sonst üblichen Einwand einer einseitigen oder falschen Aufmachung abgelehnt werden, zumal die Grundsätze der Erhebung unter weitgehender Beteiligung der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands sowie der größeren Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände festgesetzt wurden.

Die Fragekarten für Arbeiter verlangen neben den schon genannten Personalangaben besonders eingehende Nachweisungen über den Beruf oder die Beschäftigungsart und den tatsächlich gezahlten Arbeitslohn ohne Abzug der Versicherungspflichtbeiträge und einschließlich aller laufenden Teuerungszulagen für jede der vier Erhebungswochen, getrennt nach Zeit- und Stücklohn. Für jede dieser beiden Lohnformen ist die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden einschließlich Überstunden, der damit verdiente Gesamtlohn (ohne die Aufschläge für Überstunden) und demnach der Lohn für die normale Arbeitsstunde anzugeben. Die Aufschläge für Überstunden, die in die Berechnung des normalen Stundenverdienstes nicht einbezogen werden dürfen, sind gesondert nachzuweisen. Da die Erhebung jeden Arbeiter als Einheit bewertet und seinen vollen Arbeitsverdienst in Rechnung stellt, so bedeutet auch der ermittelte Stundenlohnsatz nicht das, was die Unternehmer gemeinhin unter diesem Begriff verstehen. Er stellt nicht den Mindestsatz der Produktionskosten dar, den der Unternehmer unter allen Umständen für Löhne aufwenden muß, auch wenn er von den persönlichen Verhältnissen und besonderen Arbeitsleistungen des Arbeiters absieht, sondern vielmehr den auf eine Arbeitsstunde umgerechneten tatsächlichen Arbeitsverdienst unter voller Berücksichtigung aller persönlichen und sachlichen Umstände. Um Mißverständnissen vorzubeugen und die Betriebe möglichst zu entlasten, wird es sich vielleicht empfehlen, bei Wiederholungen der Erhebung von der Errechnung des Stundenlohnsatzes seitens der Unternehmer abzusehen. Der durchschnittliche Stundenlohn der typischen Berufsart ließe sich dann durch Summierung der von ihren Vertretern während der Erhebungszeit geleisteten Arbeitsstunden und verdienten Gesamtbeträge sowie Teilung dieser durch jene ermitteln. Daß er schon zu Vergleichszwecken an sich wichtig ist und etwas ganz anderes darstellt als der Mindeststundenlohnsatz der Tarifverträge, darüber sollte eigentlich kein Zweifel herrschen.

Die Fragekarten für Angestellte verlangen neben den gleichen Personalangaben, wie bei den Arbeitern, ebenfalls möglichst genaue Angaben über den Beruf oder die Beschäftigungsart sowie das im Februar 1920 ohne Abzug der Versicherungspflichtbeiträge einschließlich etwaiger Verkaufsprämien und aller laufenden Teuerungszulagen, jedoch ausschließlich Gratifikationen, Tantiemen und Gewinnbeteiligung tatsächlich gezahlte Monatsgehalt.

Neben den einzelnen Fragekarten wurden für jeden Betrieb summarische Angaben über Firma, Art und Sitz des Betriebes, zuständige Reichsarbeitsgemeinschaft oder Untergruppe, Zahl der am 28. Februar 1920 beschäftigten Arbeiter und Angestellten, übliche Arbeitszeit, Gesamtsumme der während des Erhebungszeitraumes tatsächlich gezahlten Löhne und Gehälter einschließlich aller laufenden Teuerungszulagen, Versicherungspflichtbeiträge sowie Aufschläge für Überstunden, etwaige Sonderleistungen und schließlich Zahl der ausgefüllt zurückgesandten Fragekarten für Arbeiter und Angestellte in je einem Fragebogen zur Lohnstatistik für Arbeiter oder Gehaltsstatistik für Angestellte verlangt. Diese Angaben waren vom Arbeitgeber auszufüllen und zu unterschreiben und vom Obmann der Arbeiter bzw. Angestelltenvertretung gegenzuzeichnen. Sie ermöglichten vielfach eine Nachprüfung der Einzelangaben, vor allem auch nach der Richtung, daß keine Arbeiter oder Angestellten bei der Ausfüllung der Fragekarten übersehen wurden.

Außer den Fragebogen und Fragekarten erhielt jeder Betrieb eine ausführliche Anleitung zur Ausfüllung der Erhebungspapiere. Obgleich Zweck und Bedeutung der Erhebung darin eindringlich hervorgehoben wurden, erwies es sich doch bald, daß diese auf der Grundlage einer freiwilligen Berichterstattung nur in unzureichendem Maße durchgeführt werden konnte. Auf Antrag des Statistischen Reichsamts erließ der Herr Reichsarbeitsminister daher die Verordnung vom 9. März 1920 zur Sicherung der Durchführung der Lohnstatistik für den Monat Februar 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 309). Darin wurden die Arbeitgeber unter Androhung von Geldstrafen bis zu 20 000 Mark für den Weigerungsfall oder wissentlich wahrheitswidrige Angaben verpflichtet, die Erhebungspapiere vorschriftsmäßig auszufüllen und bis zum 15. April 1920 an das auf den Fragebogen bezeichnete Statistische Amt einzusenden. Die landesstatistischen Zentralstellen wurden ermächtigt, auf begründeten Antrag diese Frist für einzelne Betriebe ausnahmsweise zu verlängern.

Infolge der politischen Wirren und Streiks verzögerte sich jedoch die Durchführung der Erhebung. Die Verordnung vom 9. März konnte erst Ende März erscheinen. In zahlreichen Fällen mußten die statistischen Landesämter Fristverlängerungen für die Rücksendung der Erhebungspapiere gewähren. Trotzdem hat die Verordnung ihren Zweck erfüllt. Dem Statistischen Reichsamt und den statistischen Landesämtern sind von rund 12 500 Betrieben — gleich $^5/_6$ der Gesamtzahl — vorschriftsmäßig ausgefüllte Erhebungspapiere zugegangen. Die Ausfälle betrafen zum Teil das besetzte Gebiet (Oberschlesien, Saargebiet), teils Betriebe, die wegen Still-

Digitized by Google

legung, Streik, Nichtbeschäftigung von Arbeitskräften und ähnlichen Ursachen gestrichen werden mußten.

Die Bearbeitung des umfangreichen Erhebungsmaterials geht erfolgreich vonstatten. Den statistischen Landesämtern (für Thüringen unmittelbar dem Statistischen Reichsamt) ist die Aufarbeitung sämtlicher Fragekarten nach Betrieben übertragen worden. Bei den Fragekarten für Arbeiter beschränkt sich die Aufarbeitung auf die von den Reichsarbeitsgemeinschaften namhaft gemachten typischen Berufsarten. Für jede typische Arbeiterberufsart, die im Betriebe vorkommt, werden durchschnittliche Stundenlöhne und Vierwochenverdienste getrennt nach Zeit- und Stücklohn sowie Alter und Geschlecht (männliche Erwachsene, weibliche Erwachsene, männliche Jugendliche, weibliche Jugendliche) berechnet und in besondere Aufbereitungskarten eingetragen, die den Landesämtern mit dem Verzeichnis der typischen Berufsarten in der erforderlichen Anzahl vom Statistischen Reichsamt übermittelt wurden. Dabei ist grundsätzlich von jeder Aufrechnung des tatsächlichen Vierwochenverdienstes auf den voraussichtlichen Vierwochenverdienst sogenannter „Vollarbeiter" abgesehen worden, wenn im einzelnen eine Leistung von mindestens 150 Gesamtarbeitsstunden während des Erhebungszeitraums vorlag. Bei den Angestellten werden sämtliche Fragekarten getrennt nach den vier Hauptgruppen der Angestellten (kaufmännische Angestellte, technische Angestellte, Betriebsbeamte, Werkmeister und ähnliche Angestellte, Bureauangestellte) zu einer Gehaltsklassenstatistik verarbeitet. Innerhalb jeder der vier Hauptgruppen der Angestellten werden je drei Altersstufen (bis 20 Jahre, über 20 bis 30 Jahre, über 30 Jahre) der männlichen und weiblichen Angestellten unterschieden. Die Gehaltsstufen laufen von unter 100 bis über 1000 Mark, und steigen meist um je 100 Mark.

Die Aufarbeitung nach Betrieben sollte bis Ende Juni 1920 abgeschlossen sein. Die ausgefüllten Aufbereitungskarten, von denen Abschriften im Archiv der Landesämter verbleiben, werden im Statistischen Reichsamt zu einer das ganze Reich umfassenden Kartei vereinigt. Die einzelnen Karten sind so angelegt, daß sie für vier Erhebungen benutzt werden können, das Karteimaterial somit trotz des großen Umfangs der Erhebung auch bei Wiederholungen übersichtlich bleibt. Der Besitz einer solchen amtlichen Kartei über Lohn- und Gehaltsstatistik, auf Grund deren zuverlässige Auskünfte über die tatsächlichen Arbeitsverdienste zunächst im Februar 1920 und nach der in Aussicht genommenen ersten Wiederholung auch für einen noch näher zu bestimmenden Herbstmonat, sowie die Lohnsteigerungen zunächst vom Frühjahr bis zum Herbst 1920, erteilt werden können, ist von dauerndem Wert. Das Statistische Reichsamt wird das gesamte Karteimaterial weiter verarbeiten und zunächst aus den Durchschnitten der einzelnen Betriebe für jede Reichsarbeitsgemeinschaft die durchschnittlichen Stundenlöhne und Vierwochenverdienste jeder typischen Berufsart in jedem Orte berechnen. Für die vier Hauptgruppen der Angestellten wird je eine Gehaltsklassenstatistik innerhalb jedes Ortes aufgemacht werden. Ob eine Zusammenfassung der einzelnen Orte nach bestimmten Gesichtspunkten (etwa Teuerungsklassen) möglich sein wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Jedenfalls dürften die jetzt gewonnenen reichen Erfahrungen künftig eine wesentliche Beschleunigung der amtlichen Lohnerhebung und ihrer Bearbeitung ermöglichen.

An der Wiege der tschechoslowakischen Statistik.

Von Dr. **Wilhelm Winkler** in Wien.

Unter dem Titel *„Československý Statistický Vestník"* versendet das Tschechoslowakische Staatsamt für Statistik das erste Heft einer Zeitschrift, die bis zur endgültigen Regelung der Publikationsfrage einen Notbehelf bieten soll. Die Zeitschrift erscheint nur in tschechischer Sprache und soll in Hinkunft teilweise französische Auszüge aus Aufsätzen und französische Übersetzungen von Tabellenköpfen beigefügt erhalten.

Dem Inhalte ihres ersten Heftes entnehmen wir zunächst, daß die tschechoslowakische staatliche Statistik durch das Gesetz vom 28. Jänner 1919, Zl. 49 der Gesetzessammlung, in die Hände einer statistischen Kommission mit beratendem und beschließendem Charakter und eines statistischen Amtes als Vollzugsorganes gelegt ist, ohne daß der Umkreis der staatlichen Statistik im Gesetze näher festgelegt worden wäre. Ferner ist dort die allgemeine statistische Auskunftspflicht bestimmt und ihre Verletzung mit empfindlichen Geld- und Gefängnisstrafen bedroht. An dieses Gesetz knüpft Dr. B. Hanosek unter dem obigen Titel einige kritische Betrachtungen. Er erwähnt einleitenderweise, daß im alten Österreich die statistische Auskunftspflicht niemals gesetzlich festgelegt werden konnte, denn „ein statistisches Gesetz mit durchgreifender Auskunftspflicht erweckte Befürchtungen bei Personen, die die Kehrseite der Wiener Zentralisationsbestrebungen kannten". — Liegen die Dinge in der heutigen Tschechoslowakei nicht ganz ähnlich? Das Völkerbabel des alten Österreich ist in ihr wieder erstanden. Ein neuer Zentralismus, der widerstrebende Millionenvölker unter seinen Willen zwingen will, hat seinen Sitz in Prag aufgeschlagen. Das statistische Gesetz ist gleich vielen anderen vom Prager Rumpfparlamente ohne Beteiligung der Sudetendeutschen und anderer Völker beschlossen worden. Es gehört also diesmal nicht zu den „guten Gesetzen", von denen Hanosek im Einleitungssatze richtig bemerkt, daß sie „die Blüte des Staates begründen, wenn sie in der Rechtsüberzeugung der Staatsbürger verankert sind". Wird das staatliche statistische Amt der Tschechoslowakei die Macht haben, über die Selbstbestimmungsbestrebungen der eigenen stammesverwandten und vielmehr noch der volksfremden Teile des Staates hinweg den Zwang dieses Gesetzesparagraphen zur Geltung zu bringen? Das ist eine grundlegende Frage, deren Beantwortung B. Hanosek schuldig geblieben ist. Sie zeigt die enge Verknüpfung des beginnenden statistischen Betriebes der Tschechoslowakei mit den Kernfragen der tschechoslowakischen Staatspolitik. Ahnte Hanosek die Tragweite seines Gedankens, als er niederschrieb: „Die Bevölkerung muß gewonnen, ihr Vertrauen zur Statistik und ihren Organen muß begründet und gepflegt werden"? — Die folgenden Ausführungen werden gelegentliche Einblicke gewähren, inwiefern bereits in diesem ersten Hefte an der Gewinnung des Vertrauens der andersprachigen Völker der Tschechoslowakei gearbeitet wird.

Im weiteren Inhalte des Heftes finden wir eine Untersuchung von A. Boháč über die Aussichten der Tschechoslowakei im Teschener Volksabstimmungsgebiete. Nach der Volkszählung vom Jahre 1910 wurden in dem Gebiete gezählt:

Personen polnischer	Umgangssprache	233.850	od. 54.81%
„ tschechischer	„	115.604	„ 27,09 „
„ deutscher	„	76.916	„ 18,03 „
„ anderer	„	297	„ 0,07 „

Nach diesen Zahlen hätten die Polen, wenn die Deutschen mit den Tschechen stimmen, worauf diese sicher rechnen, ein leichtes Übergewicht. Da aber infolge der starken natürlichen Volksvermehrung der Polen bei ihnen die abstimmungsberechtigte (über 20 jährige) Bevölkerung verhältnismäßig schwächer vertreten ist als bei den Tschechen und mehr noch bei den Deutschen, da ferner der heimatfremde Teil der Bevölkerung bei den Polen zahlreicher ist als auf der Gegenseite — was dann Bedeutung erlangen müßte, wenn die tschechische Auslegung des Staatsvertragstextes *„domicile ou l'indigénat"* als „Wohnsitz gleich Heimatberechtigung" statt der polnischen „Wohnsitz oder Heimatberechtigung" zur

Digitized by Google

Geltung gelangen sollte, — da Boháč weiter annimmt, daß die Tschechen wie die Deutschen durch die Umgangssprachenerhebung gegenüber den Polen geschädigt worden sind (wo bleibt die Germanisierung?), so glaubt er, der Tschechoslowakei einen günstigen Abstimmungserfolg in Aussicht stellen zu können.

Zu bestimmteren Ergebnissen gelangt Dr. J. Mráz bezüglich der kleinen Abstimmungsteile der Komitate Árva (Orava) und Zips (Szepes, Spiš). Bezüglich des ersteren Gebietes errechnet er ein Übergewicht der Tschechoslowakei von 64%, bezüglich des letzteren gar von 93,8% Stimmen, darunter 12% ruthenischen und 5,1% deutschen.

Bemerkenswert ist ferner neben einem geschichtlichen Artikel von Dr. Dobroslav Krejcí über die Entwicklung der Verwaltungsstatistik in Böhmen eine Berechnung von Dr. Jan Auerhan über die Zahl der Tschechoslowaken (i. e. S.) in der ganzen Welt. Auerhan glaubt, die nach den verschiedenen amtlichen Quellen sich ergebende Summe von 9,483,922 auf nahezu 11,000.000 hinaufschätzen zu müssen.

Noch mehr Interesse als diese Zahlen wird beim deutschen Leser die vorläufige Berechnung der sprachlichen Gliederung der Bevölkerung der Tschechoslowakei (einschließlich der Abstimmungsgebiete) auf Grund der Umgangs- und in Ungarn der Muttersprachenzählung vom Jahre 1910 finden, die wir in der charakteristischen Reihenfolge der amtlichen Quelle wiederholen:

Tschechoslowaken	8,054.036[1])	oder	58,94%[2])
Ruthenen	432.929	„	3,17 „
Polen	277.792	„	2,03 „
Deutsche	3,828.924	„	28,02 „
Magyaren	1,071.578	„	7,84 „
Summe	13,665.309	oder	100,00%[3])

Diese Zahlen werden vom Tschechoslowakischen Staatsamte für Statistik dahin abgeschwächt, daß infolge der Unterdrückung bei der Volkszählung die Zahl der Tschechen vermutlich um 300.000, die der Slowaken um 200.000 zu erhöhen sei.

Es ist bemerkenswert: Dr. Boháč beklagt sich über die Unterdrückung der Tschechen in Schlesien zugunsten der Polen, Dr. J. Mráz über die der Slowaken in Ungarn zugunsten der Polen, Dr. Auerhan über die der Tschechen und Slowaken in der ganzen Welt. — Liegt hier nicht eine Parallele vor zu dem geschichtlichen Irrtum, die Sonne drehe sich um die Erde? Liegt der Fehler am Ende gar nicht bei all den garstigen Völkern dort draußen, sondern in der Denkweise der Tschechen, welche sich von keinem ihrer ehemaligen Volksgenossen trennen können, die in der andersprachigen Umgebung des fremden Landes, in Familienbanden, Sitte und Kultur ihrer neueren Umgebung aufgegangen sind, und deren Kinder und Kindeskinder sich wahrscheinlich längst mit Stolz dem neuen Volkstume beizählen? Was würden die Tschechen etwa dazu sagen, wenn die Deutschen sich noch immer die zahllosen Auswanderer früherer Jahrzente zuzählen wollten, die an das Amerikanertum verloren gegangen sind? Eine solche Anhänglichkeit ist menschlich achtenswert, ist politisch klug und nützlich, — aber sie ist keine genügende Unterlage für die Wirklichkeit der Statistik.

Von gleicher Gefühlsbetonung spricht es, wenn wir in dem oben erwähnten Aufsatze von Boháč unter anderem auf S. 9 den Satz finden: „2.) Die Stadt Friedek, in der sich bei der letzten Volkszählung zwar zum erstenmal eine deutsche Mehrheit gezeigt hat (52,7% Deutsche, 41,1% Tschechen), die aber früher immer überwiegend tschechisch war, so ist und auch in Zukunft bleiben wird."[1]) Oder wenn Dr. J. Mráz von den Teilen der Slowakei spricht, „die uns nicht gehören werden"? Togo und Kamerun haben früher Deutschland „gehört" — jetzt „gehört" die Slowakei und Deutschböhmen den Tschechen.

Könnte man geneigt sein, solche nationalistische Gefühlsäußerungen als verzeihliche Entgleisungen in einem amtlichen Erstling zu werten, so wird man eines anderen belehrt, wenn man mit wachsendem Erstaunen zwei Besprechungen liest, in denen auf 6½ Seiten Dr. A. Boháč meinen beiden Schriften „Die Totenverluste der österr.-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten"[2]) und die „Tschechen in Wien"[3]) die Ehre gibt. Vor allem einige Stilproben zur Kennzeichnung des Geistes, der diese kritischen Erzeugnisse beseelt: „Die Statistik . . . . in den Dienst der Politik gestellt und so verdreht, daß sie aufhört, Wissenschaft zu sein" . . . „Statistische Machenschaften" (*„eskamotáže"*) . . . „Willkürlich vorgefaßte Meinungen" . . . . „Ein anständiger Mensch würde daraus schließen . . ." . . . „Fälschung des Textes" u. s. f. mit Anmut.

B. stellt der Besprechung der ersteren Schrift die Behauptung voran, ich hätte die ganze, im Jahre 1918 begonnene Untersuchung in den Dienst der Absicht gestellt, die Totenverluste der Deutschen und Magyaren als überwiegend groß erscheinen zu lassen, um diesen beiden Völkern im Siegesfalle eine Grundlage für Ansprüche auf politische Bevorzugung in der Monarchie zu geben. Er trägt hierbei dem bekannten Verhalten der Tschechen an der Front, das zur strafweisen Auflösung von ganzen Regimentern führte, und unter dem auch reichsdeutsche Truppen schwer zu leiden hatten, keine Rechnung. Er übersieht ferner, daß die Schrift erst im Februar 1919 vom deutschösterreichischen Staatsamte für Heereswesen herausgegeben worden ist, also zu einer Zeit, da die Niederlage Altösterreichs längst entschieden war und die Tschechen im Hinblicke auf die bevorstehenden Friedensverhandlungen sich nicht genug darin tun konnten, dem Vierverbande zu beweisen, wie schlecht sie die Sache des alten Österreich geführt und wie sehr sie damit den Interessen des Vierverbandes gedient hatten. Man sieht schon daraus, wie sinn- und haltlos auch vom tschechischen Standpunkte diese B.'sche Unterstellung ist, die das Leitmotiv seiner ganzen Kritik bildet.

Wir werden uns von der Art und Stichhaltigkeit der im einzelnen vorgebrachten Einwände B.'s am besten ein Bild machen, wenn wir unsererseits fragen, mit welchen kritischen Mitteln er arbeitet. Da finden wir, daß ein Teil der Einwände darauf beruht, daß B. die beiden Schriften — milde geurteilt — gar nicht richtig gelesen hat. Eine zweite Gruppe läßt diese milde Beurteilung nicht zu. Sie beruht ganz offenbar und ausgesprochen darauf, daß B. den betreffenden Teil meiner Arbeit entstellt oder wesentliche Gedanken verschweigt und dann Kritik übt. Bleibt endlich noch ein unbedeutender Rest übrig, der, zwar mit bewußten Verdächtigungen reichlich durchsetzt, doch einen sachlichen Kern hat und Grundlage für eine wissenschaftliche Erörterung hätte bieten können.

---

[1]) Darunter 1,702.878 Slowaken in der Slowakei.

[2]) Von mir hinzuberechnet.

[3]) An die obige Verteilung, die ich trotz Unkenntnis der genauen Abgrenzung im wesentlichen übereinstimmend, nur noch etwas zugunsten der Tschechen und Slowaken in St. Germain für die deutschösterreichische Friedensdelegation berechnet habe, haben die Vertreter der deutschen Sudetengebiete in ihrer Antwort auf die Friedensbedingungen folgende Bemerkungen geknüpft: „Mußte das alte Österreich an dem Mangel des Staatswillens seiner Nationalitäten zugrunde gehen, so spricht nicht nur diese Erfahrung, sondern auch die werbende Kraft der demokratischen und der nationalen Idee dafür, daß der tschechische Staat, wie ihn die vorliegenden Friedensbedingungen abgrenzen wollen, das Streben seiner Teile nach Selbstbestimmung auf die Dauer nicht ertragen wird". (Siehe Flugblätter für Deutschösterreichs Recht, Nr. 34 „Unser Friede II", Wien, Hölder, 1919.)

[1]) Gesperrt vom Verfasser.

[2]) Wien, Seidel & Sohn, 1919. Vergleiche hierzu auch die Besprechung von W. Hecke im D. St. Z., Jahrgang 11 (1919) Nr 6/7 auf S. 112.

[3]) Flugblätter für Deutschösterreichs Recht Nr. 39, Wien, Alfred Hölder, 1919.

Digitized by Google

Wenden wir uns zunächst der ersten Gruppe von Einwänden zu, die man mit einem allzu flüchtigen Lesen der besprochenen Schriften erklären könnte. Hierher gehören vor allem B.'s Zweifel an dem Zureichen der angewandten repräsentativen Methode. In dem Umfange der betrachteten Zeit (sie umfaßt in 8 zeitlich abgesetzten, gleich starken Gruppen etwa die Hälfte der in Frage stehenden 3½ Jahre) sei keine Gewähr gegeben, daß die wechselnde Verwendung der Truppenkörper genügend zum Ausdruck komme. Dieser Einwand könnte im Zusammenhange damit, daß infolge Unzulänglichkeit der Quelle der so gewonnene Zählumfang nur 120.000 Fälle oder ein Zehntel der für die ganze Zeit geschätzten Totenverluste betrug, dann Anspruch auf Beachtung erheben, wenn der Verfasser nicht an drei Stellen der Schrift in bemerkenswerten Tatsachen Beweise für das Ausreichen der Repräsentation vorgebracht hätte: Auf S. 4 in der vollständigen Übereinstimmung der Gliederung der repräsentativen und Gesamtmasse nach Staatsgebieten — eine weitere Gliederung war für die Gesamtmasse nicht vorhanden —, auf S. 9 und 10 in dem beobachteten Zusammenklang der Zahlen für die reinsprachigen und die zugehörigen Mischgebiete und auf S. 10 und im beigefügten Kartogramm in der geographisch deutlich und eindeutig ausgeprägten Lagerung der Verlustgebiete.

Mit diesen drei mir und anderen Statistikern (O. Spann, W. Hecke) ausreichend scheinenden Beweisen hätte sich der Rezensent auseinander setzen müssen, statt sich in allgemeinen Zweifeln und Verdächtigungen zu ergehen. Er erwähnt diese Beweise mit keinem Worte, er kennt sie vielleicht gar nicht — — ?

Ein anderes Beispiel! B. schreibt: „Wollte W. feststellen, in welchem Grade ein Volk sein Blut für das damalige Österreich vergossen hat, durfte er nicht das Volk in der Gänze nehmen, sondern nur . . . . . das dienende Militär". Auf S. 5 meiner Schrift steht aber: „Ein sicherer Schluß auf die bessere oder schlechtere Haltung der verschiedenen Truppen kann aus diesen Zahlen allein noch nicht gezogen werden. Dazu müßten die Toten zu den Kämpfern des betreffenden Gebietes in Beziehung gebracht werden, was mangels statistischer Unterlagen derzeit nicht möglich ist".[1])

Zahlreiche weitere Beispiele solcher ungerechtfertigter, möglicherweise nur auf allzu flüchtiges Lesen der zu besprechenden Schrift zurückgehender Einwände bietet auch die B sche Besprechung der Schrift: „Die Tschechen in Wien"[2]).

Könnten also die vorausgehenden Entgleisungen des Rezensenten noch mit der heute so viel verbreiteten Leichtfertigkeit im Rezensieren erklärt werden, so ist dies nicht mehr möglich bei folgender kritischen Leistung:

In der Textdarstellung der Totenpromillezahlen nach Nationalitäten ist in der Schrift so vorgegangen worden, daß die reinsprachigen Gebiete (über 80% Sprachzugehörige) herausgearbeitet und nur dort, wo solche bei einem Volksstamme fehlten, die Zahl für die gemischtsprachigen Gebiete (mit 50—80 % Sprachzugehörigen) als Notbehelf herangezogen wurden. Dieses einfache und ehrliche Prinzip dürfte bei einem unvoreingenommenen Rezensenten kaum Widerspruch gefunden haben. B. dagegen versucht, es in der Weise ad absurdum zu führen, daß er für einzelne zum größeren Teile stark gemischt wohnende Volksstämme Ungarns die Ergebnisse der reinsprachigen Bezirke denen der betreffenden Sprachmehrheit überhaupt (über 50 % überhaupt) gegenüberstellt. Die Art der Mischung, die sehr bezeichnende Aufklärungen gibt, und die in Tabelle III der Schrift eingehend herausgearbeitet ist, wird außer acht gelassen und aus den selbstverständlichen Widersprüchen, die sich bei einem solchen rohen Vorgange in beiden Reihen ergeben müssen, der wissenschaftlich bemerkenswerte Schluß gezogen: „Ein anständiger Mensch hätte . . .". Selbst angenommen — nicht zugestanden —, der in der Schrift eingeschlagene Weg würde für gewisse begrenzte Gebiete Ungarns bei vereinzelten dort stark gemischt wohnenden Volksstämmen die tatsächlichen Verhältnisse nicht richtig ausdrücken — alle Einzelheiten sind übrigens beigefügt, um jede andere Gruppierung leicht vorzunehmen — was gäbe B. das Recht, eine solche Einzelerkenntnis auf die übrigen Teile der Monarchie mit ihren klaren nationalen Abgrenzungen auszudehnen? Er, der auf Schritt und Tritt das Wort „logisch" im Munde führt, macht sich hier selbst einer schweren logischen Sünde schuldig: Des Trugschlusses vom einzelnen aufs allgemeine — er, der fortwährend das Wort „wissenschaftlich" im Munde führt, macht sich hier der noch schwereren Sünde gegen den Geist der Wissenschaft schuldig: er entstellt wissentlich die Wahrheit.

Zu B.s Methode gehört es ferner, auch die einwandfreiesten Stoffgliederungen, wie die Unterteilung nach Tschechen und Mährern, politischer Tendenzen zu verdächtigen. Daß die Tschechen in Böhmen und Mähren zwei ganz verschiedene Kulturkreise vorstellen, die sich in vielen wichtigen Belangen voneinander unterscheiden, ficht den Rezensenten wenig an.

Es entfielen z. B.

	in Böhmen	in Mähren
Geburten auf 1000 der Bewohner des rein tschechischen Gebietes (1910) .	27,9	33,4
Taugliche auf je 100 Abgefertigte im rein tschechischen Gebiete (Durchschnitt 1908—1912)[1])	48,8	54,4
Kriegstote auf je 1000 Bewohner (1914 bis 1917).	22,5	26,7

Das sind Unterschiede, die die vorgenommene Gebietsgliederung ohne jedes weitere Wort als begründet erscheinen lassen, für deren Herausarbeitung die Tschechen im Gegenteil dem Verfasser Dank wissen müßten.

Daß bei solch einer Verdächtigungsmethode des Rezensenten ein stehengebliebener Prozentfehler, der auf Reihenfolge und Sinn weiter gar keinen Einfluß übt,[2]) auf mehr als einer Viertelseite breitgetreten und zu unwürdigen Schlußfolgerungen ausgewertet wird, kann nicht überraschen.

Der einzige Punkt der Kritik, dem man — nicht in der vorgebrachten Form, aber seinem Inhalte nach — sachliche Bedeutung beimessen könnte, ist die Ansicht B.s, die Blutopfer der einzelnen Völker wären richtiger

[1]) Hier gesperrt von mir.

[2]) Z. B. wenn B. rügt, die Berechnung der tschechischen Bevölkerung aus den tschechischen Schulkindern sei nicht unter Berücksichtigung des tschechischen Altersaufbaues in Wien erfolgt; vergleiche dagegen S. 12 der Schrift: „Berechnen wir unter Rücksichtnahme auf die später darzustellende Besonderheit des Wiener tschechischen Altersaufbaues . . . die jener Schülerzahl zugehörige Bevölkerungszahl", — oder wenn er in der Annahme eines Rückganges der Tschechen in Wien seit 1910 und dem Zurückschnellen ihrer Zahl auf die frühere Höhe bei den Wahlen in die Nationalversammlung im Jahre 1919 einen Widerspruch findet; vergleiche dagegen S. 14 unten. „Es mag eine Zwischenschicht geben, die sich offenbar aus den in jüngerer Zeit Zugewanderten zusammensetzt: die Schichte der national gleichgültig Gewordenen. Aus dieser offenbar hat das Tschechentum bei den erwähnten Wahlen die festgestellten Verstärkungen geholt." Und andere ähnliche Fälle mehr.

[1]) Nach einer im Erscheinen begriffenen Arbeit des Verfassers.

[2]) B. berichtigt die für Ungarn geltende Reihe

rein magyarisch und gemischt deutsch	28,0‰	der Bevölkerung
rein slowakisch	23,7 „	„ „
rein rumänisch	23,0 „	„ „

usw.

auf 26,9 — 23,7 — 23,0; die entsprechenden absoluten Zahlen sind in der Schrift beigefügt.

Digitized by Google

in der Beziehung der Toten nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern auf die wehrfähigen Männer zum Ausdrucke gekommen.

Dagegen ist zu erwidern: Gewiß ist auch die Beziehungsweise auf die wehrfähigen Männer denkbar und naheliegend; sie wird von Bedeutung sein, wenn z. B. ein Reichswehrminister berechnen will, in welchem Maße die Wehrbestände des Reiches geschwächt worden sind, ebenso wie derjenige, der den Einfluß der Kriegsverluste auf das Geschlechterverhältnis betrachten will, die Beziehung auf die Gesamtheit der Männer im fortpflanzungsfähigen Alter, und derjenige, der den Einfluß auf die Arbeitskraft berechnen will, die Beziehung auf die männliche Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter herstellen wird. Solche Sonderberechnungen werden je nach den Sonderzwecken notwendig erscheinen, und es ist hiefür in der Arbeit das Material gegeben. Will man aber feststellen, was ein Volk, das doch auch aus Frauen, Kindern und Greisen besteht, an Gatten, Vätern und Söhnen eingebüßt hat, welche Blutopfer es also getragen hat, dann wird man nur die Beziehung auf die ganze Bevölkerungsmasse wählen können. Es ist das m. E. die allgemeinste, umfassendste und für die Gesamtwürdigung der Blutopfer eines Volkes gerechteste Beziehungsweise von allen.

Eine Beziehung der Toten auf die wehrfähigen Männer würde im Gegenteil in diesem Zusammenhange die Versuchung enthalten, daraus Schlüsse auf die Haltung der betreffenden Bevölkerungsteile vor dem Feinde zu ziehen. Solche Schlüsse wären aber unzuverlässig, da hiezu nicht die wehrfähigen Männer, sondern die ausgehobenen, und nicht die ausgehobenen, sondern die wirklich eingezogenen, und nicht die eingezogenen, sondern die tatsächlich vor den Feind gebrachten, nach dem Gewichte ihrer Zahl und der Dauer ihrer Frontverwendung hätten zu den Toten in Beziehung gebracht werden müssen — eine Berechnung, die auch in einem anderen kriegführenden Staate als der zerfallenen österreichisch-ungarischen Monarchie kaum durchführbar sein dürfte und an deren Stelle kriegsgeschichtliche Daten, wie z. B. Belobungs- oder Bestrafungsakte der Armeekommanden eine viel leichtere Auskunft gewähren. Was die Beziehung der Kriegstoten auf die Gesamtbevölkerung jedenfalls gibt, nicht mehr und nicht weniger, hat der Verfasser klar und unzweideutig mit folgenden Worten auf S. 6 der Schrift ausgedrückt: „Alles in allem können aber diese Zahlen als Maß des Wertes genommen werden, den die einzelnen Bevölkerungsteile der Monarchie als Teile der Wehrmacht besaßen, ganz abgesehen von der Bedeutung der rein tatsächlichen Feststellung, in welchem Maße diese Bevölkerungsteile durch den Krieg vermindert worden sind."

Übrigens läßt B. auch in diesem Zusammenhang das für einen Rezensenten unerläßliche Mindestmaß an Sorgfalt vermissen: Er sucht meinen Hinweis auf S. 7 meiner Schrift, daß die Alpenländer (darunter dort ausdrücklich verstanden Kärnten, Vorarlberg, Salzburg, Steiermark, Oberösterreich und Tirol) in den Totenverlusten vor den Sudetenländern gehen, damit zu entkräften, daß er seine Beziehungsweise (auf die wehrfähigen Männer) aber unter Einbeziehung der weniger günstigen Länder Niederösterreich und Krain der meinigen gegenüberstellt —, wobei er übrigens den groben Fehler begeht, die Totenzahlen auf die anwesende und nicht auf die heimatberechtigte Bevölkerung zu beziehen, wodurch seine Promillezahlen für die Sudetenländer zu hoch, für die Alpenländer zu niedrig geraten. Wenn er so zu einem Überwiegen der Sudetenländer (natürlich inbegriffen Sudetendeutsche) gelangt, so hätte er sich leicht überzeugen können, daß die Sudetenländer den Alpenländern (nach seiner Fassung des Begriffes) auch nach meiner Beziehungsweise und trotz richtiger Beziehung auf die Heimatbevölkerung noch immer vorangehen (27,15 gegenüber 26,88‰ der Bevölkerung). Hätte er sich dann auch noch die Mühe genommen, seine Berechnungsweise nach Nationalitäten weiter zu verfolgen, so hätte er z. B. für Böhmen feststellen können:

Tote der rein deutschen Gebiete auf je 1000 der männlichen Bevölkerung von 21 — 50 Jahren . . . . . 181,5 ‰

Tote der rein tschechischen Gebiete auf je 1000 der männlichen Bevölkerung von 21 — 50 Jahren . . . . . 119,5 ‰

also im wesentlichen das gleiche Verhältnis wie nach meiner Berechnungsweise (34,5 und 22,5‰ der Bevölkerung).[1])

Finden wir demnach, daß der tatsächliche Inhalt der B.schen Polemik gegen meine „Totenverluste" überaus dürftig ist, so erscheint sie noch als ein Prunkstück gegenüber seiner Besprechung meiner Schrift „Die Tschechen in Wien". In dieser habe ich aus drei verschiedenen Quellen: Volkszählungsstatistik, Schulstatistik und Wahlstatistik, den Nachweis erbracht, daß die Zahl der Personen, die in Wien tschechisch sprechen und sich als Tschechen fühlen, nur um 100.000 betragen dürfte, nicht eine halbe Million oder gar eine Million, wie sich die tschechischen Behauptungen versteigen. Die Volkszählung ergibt (zuzüglich der von den Tschechen geschätzten 30.000 Slowaken) 128.430 Personen tschechischer Umgangssprache und slowakischer Nationalität — die Berechnung nach der Muttersprachenstatistik der Wiener Schulkinder 127.100 Personen tschechischer und slowakischer Muttersprache, die nach der Statistik der Wahlen in die deutschösterreichische Nationalversammlung im Februar 1919 128.000 Personen ebensolcher Nationalität.

Die große Übereinstimmung dieser Zahlen ist gewiß kein Zufall. Wir entnehmen ihr, daß das die Anzahl der in Wien tschechisch und slowakisch Sprechenden, tschechisch und slowakisch Fühlenden und sich zum Tschechen- und Slowakentum bekennenden Personen ist. Die Übereinstimmung erbringt ferner den Nachweis, daß die Klagen der Tschechen über eine — nach der Gemütsart des Wieners recht unwahrscheinliche — Unterdrückung ihrer Stammesgenossen in Wien bei der Volkszählung unbegründet gewesen sind, daß im Gegenteil der Begriff „Umgangssprache" im Sinne von „nationalem Bekenntnis" ausgelegt worden ist.

Neben der Schichte der nach ihrem nationalen Bekenntnis dem Tschechoslowakentum zuzurechnenden Personen gibt es gewiß eine Schichte national gleichgültig gewordener tschechischer Zuwanderer, die sich in ihrem Bekenntnis von anderen als nationalen Beweggründen (wirtschaftlichen, gesellschaftlichen u. dgl.) leiten lassen. Eine dritte Schichte bieten dann diejenigen, die, obgleich tschechischer Abstammung, in der Wiener Umgebung vollständig aufgegangen sind und sich stolz zum Wienertum bekennen. In ihren zum Teil aus Ehen mit Einheimischen hervorgegangenen Kindern, in deren weiteren Kindern usw. setzen sich die Abstufungen — hier auch des Blutes — fort, und es wird die Angleichung an die Umgebung so groß, daß alle Grenzen verschwimmen.

Aus diesem Tatbestande ist ersichtlich, daß eine Polemik über die Zahl der Wiener Tschechen ganz unfruchtbar sein muß, wenn man sich nicht vorher über die Grundbegriffe geeinigt hat. Wie soll aber diese Einigung zustande kommen, wenn die Tschechen ihre Ansprüche auf die äußersten, ganz verschwimmenden Schichten ausdehnen und die Zahlen der verschiedenen übereinstimmenden Statistiken, die offenbar die scharf begrenzte Schicht der sich zum Tschechentum Bekennenden ausdrücken, nicht anerkennen, sondern durch mehr oder weniger „gefühlvolle" Schätzungen ersetzen, indem sie ein Viertel bis eine Hälfte der Bewohner der Stadt Wien für sich in Anspruch nehmen! Sie berufen sich dabei gern auf eine

[1]) Die obigen Zahlen sind in der Weise berechnet worden, daß der deutsche und tschechische Anteil der betreffenden männlichen Altersjahrgänge von der anwesenden Bevölkerung (Österr. Statistik, N. F., 1. Bd. 3. H. S. 90) auf die jeweils zugehörige Heimatbevölkerung (Totenverluste S. 38 u. 39) angewendet und von diesem Ausschnitt die Promillezahlen berechnet wurden.

Digitized by Google

von Hecke[1]) berechnete Zahl von 341.734 im Jahre 1910 in Wien gezählten im überwiegend (das ist über 50 %) tschechischen Gebiete Geborenen. Es war ein Hauptzweck meiner Schrift, zu zeigen, daß diese Zahl wegen der näheren Lage der deutschen Teile jener, „überwiegend tschechische" Bezirke (Deutschsüdmähren, Deutschsüdböhmen) wie auch wegen der ganz natürlichen stärkeren Anziehungskraft Wiens auf das deutsche Element nicht als gleichbedeutend mit Personen tschechischer Abstammung (und natürlich schon gar nicht tschechischen Bekenntnisses) genommen werden darf und daß die Schätzungen der Tschechen, die von diesem schwankenden Boden ausgehen, offenbar ins Uferlose geraten.[2])

Ich will mich wegen dieser Unersprießlichkeit einer Polemik hier nur auf einen Einwand B.s beschränken, weil er nicht weniger beinhaltet als den Vorwurf der Fälschung: die Beanstandung der synonymen Verwendung der Bezeichnungen „tschechoslawisch" und „tschechoslowakisch". Es ist gerade von tschechischer Seite, von jeher auf diese Synonymität Gewicht gelegt worden, indem das Slowakische als stammesverwandter Dialekt des Tschechischen hingestellt und unter dem Begriffe „tschechoslawisch" mitverstanden wurde. Ich beschränke mich hier darauf, aus den zahllosen Belegen dafür zwei anzuführen: der erste ist ein Satz aus einer amtlichen böhmischen Quelle, den seinerzeitigen Mitteilungen des Statistischen Landesamtes des Königreichs Böhmen. Es schreibt dort Dr. J. Auerhan in seiner Besprechung der böhmischen Museenstatistik:[3]) „Während die Wirksamkeit des Landesmuseums auf das ganze Königreich, aber in der Regel nur auf dieses sich erstreckt, ist das Čechoslawische Ethnographische Museum dazu bestimmt, auf sämtliche vom Čechoslavischen Volksstamme in Böhmen, Mähren, Schlesien, Ungarn, Niederösterreich, sowie auch außerhalb der Reichsgrenzen, bewohnten Gebiete sein Augenmerk zu richten." Ebenso, vielleicht noch deutlicher, schreibt der Tscheche Jaroslav Vlach in seinem Buche: „Die Čechoslaven"[1]): „So sehen wir, daß das čechoslavische Volk in drei Stämme geschieden ist, und zwar den böhmischen, mährischen und slowakischen." — Diese Proben sagen wohl genug. Übrigens hat auch die (alt-) österreichische Volkszählungsstatistik diesem Sprachgebrauche Rechnung getragen, indem sie die Umgangssprachenbezeichnung „böhmisch — mährisch — slowakisch" einführte, somit die Slowaken, soweit sie nicht Ausländer und damit von der Umgangssprachenerhebung befreit waren, den Tschechen zuzählte. Es ist nun erstaunlich und für B.s Kampfweise bezeichnend, daß er den gleichen Sprachgebrauch dort, wo er daraus für mich unangenehme Folgerungen ziehen zu können glaubt, in einer so unerhört scharfen Weise bekämpft, indem er darüber Fälschung und Betrug schreit.

Doch genug von B.s kritischen Künsten. Ich habe hier dem Leser nur ein schwaches Bild davon vermitteln können, womit er unter wissenschaftlicher Flagge 6½ Seiten füllt. Es ist eine unerquickliche, unwürdige Häufung von Unterstellungen und Verdächtigungen, die noch ebensowenig eine wissenschaftliche Kritik ausmachen, als etwa ein noch so großes Aufgebot von Bajonetten einen Rechtsstaat ergibt.

Ich hätte auf beide Besprechungen ihrem inneren Gehalte nach kaum Bezug genommen, wenn sie nicht in der ersten Kundgebung der amtlichen tschechoslowakischen Statistik Raum gefunden hätten. Durch ihre Aufnahme hat sich das Tschechoslowakische Statistische Amt mit ihnen und dem sie beherrschenden Geiste einverstanden und wesenseins erklärt, eine Tatsache, die nun auch die verschiedenen tschechischnationalen Entgleisungen dieser ersten amtlichen Nummer in anderem Lichte erscheinen läßt. Die Bemühung um das Vertrauen der Bevölkerung ist im besten Gange. Was werden die 3,8 Millionen Deutschen und die übrigen Millionen Anderssprachiger im tschechoslowakischen Staate dazu sagen, wenn die von ihren Steuergeldern mitbezahlte amtliche Statistik in den Dienst tschechischnationaler Zwecke tritt und die von ihr herausgegebene Zeitschrift auf das Niveau eines Parteiblattes des tschechischen Chauvinismus herabsinkt?

[1]) „Volksvermehrung, Binnenwanderung und Umgangssprache in Österreich", Brünn 1914 S. 28 bis 30.

[2]) Das gleiche gilt in erhöhtem Maße von einer Berechnung, die B. auf Grund der Herkunftszahlen der Schulkinder nach Kronländern in der behandelten Besprechung versucht.

[3]) Band XIV, Heft 1 der erwähnten Mitteilungen, S. XV.

[1]) Wien und Teschen, 1883, S. 2.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

II. Berufsstatistik.

Zur statistischen Erfassung der Frauenarbeit. Nach Durchführung der Berufszählung von 1895 wandten sich einige Führerinnen der Frauenbewegung an das Kaiserlich Statistische Amt mit der Bitte, bei der nächsten Zählung die Hausfrauentätigkeit zu berücksichtigen. Als Erwiderung erhielten sie die Aufforderung, die erforderlichen Fragen selbst aufzustellen. Es ist ihnen dies anscheinend damals nicht geglückt; denn sie kamen nicht mehr auf ihr Verlangen zurück. Erst jetzt teilt, nachdem bereits im Jahre 1915 Elisabeth Gnauck-Kühne zu dieser Frage Stellung genommen hatte,[1]) Dr. Margarete Bernhard in einem im „Archiv für Frauenarbeit" 1920, Heft 1 und 2, veröffentlichten Aufsatz „Die Erfassung der Frauenarbeit in der künftigen Berufszählung" einen Plan zur Lösung des Problems mit. Nach eingehender Kritik der bei den bisherigen Berufszählungen befolgten Grundsätze hinsichtlich der Einreihung der Frauenarbeit in das Berufsschema und ausführlicher Begründung ihrer Forderung schlägt Verfasserin an Stelle der Berufsabteilung D eine die „Häusliche Arbeit" und die „Angehörigen" umfassende Abteilung mit folgenden Untergruppen vor:

a) 1. Leiter des Konsums, der häuslichen Produktion und der Kindererziehung (Hausfrauen);
   2. leitende Angestellte (Hausdamen, Wirtschafterinnen u. s. w.);
b) 1. Erziehungspersonal (Erzieherinnen, Kindergärtnerinnen);
   2. technisch gebildetes Erziehungs- und Verwaltungspersonal (Kinderpflegerinnen, Stützen u. s. w.);
c) sonstige Gehilfen:
   1. mithelfende Familienangehörige (als Unselbständige);
   2. das im Hause des Arbeitgebers wohnende Hauspersonal;
   3. das außerhalb des Hauses wohnende Hauspersonal (Putzfrauen, Wäscherinnen, Büglerinnen u. s. w.).

Die „Angehörigen", deren Unterbringung an dieser Stelle zweckmäßiger sei als ihre bisherige Zuteilung zu den berufslosen Selbständigen, sollen sich gliedern in: vorschulpflichtige, schulpflichtige, in der Berufsvorbereitung befindliche, berufslose über 14 Jahre, wobei die schulpflichtigen und die in der Berufsvorbereitung befindlichen nach ihrer Wohnung (ob im Hause der Angehörigen oder in fremdem Hause lebend) unterschieden werden sollen. Die ländlichen Hausfrauen sollen in der Berufsabteilung A gelassen werden, innerhalb deren zu der Gruppe der a Personen noch als a4 Personen die „landwirtschaftlich tätigen Hausfrauen" hinzuzukommen hätten; auch das Schema der Selbständigen in der Berufsabteilung B müsse zur Einordnung der Mehrzahl der weiblichen Selbständigen durch

[1]) Siehe D. St. Z. 1915, Sp. 65.

Digitized by Google

eine Gruppe der „auf eigene Rechnung Arbeitenden" erweitert werden.

Die Verfasserin verhehlt sich die Schwierigkeiten nicht, die der Durchführung ihres Planes möglicherweise noch entgegenstehen; doch scheint es, als hätte sie mit ihm kaum zu günstigerer Stunde hervortreten können, wird doch dem Vernehmen nach zurzeit im Statistischen Reichsamt eine gänzliche Umgestaltung des Berufsverzeichnisses erwogen Bisher gingen die Berufszählungen von der Erfassung der Erwerbstätigen aus. Werden diesen in Zukunft auch die Hausfrauen, die mithelfenden Familienangehörigen u. s. w zugezählt, so hört jede Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Erhebungen auf. Da indessen unter den jetzigen Verhältnissen die sich oft als Hemmnis erweisende Rücksicht auf diese Vergleichbarkeit keine ausschlaggebende Rolle mehr spielt, dürften die Wünsche der Frauen heute mehr Aussicht auf Verwirklichung haben als vor der Zählung von 1907. *B. Winkler* (Dresden).

III. Bewegung der Bevölkerung.

Vermißte Heeresangehörige. Über die Zahl der zurzeit noch vermißten Angehörigen des deutschen Heeres und der vermutlich Toten unter ihnen sind recht widerspruchsvolle Angaben verbreitet. Die seinerzeit in der „Statist. Korresp." angegebene Zahl von 600 000 Vermißten allein im preußischen Heere und von demnach, da man die Zahl der Verstorbenen unter ihnen auf ¾ schätzt, 450000 Toten für Preußen und wohl 600000 für das Reich, die den bereits standesamtlich als tot gemeldeten hinzuzuzählen wären, ist schlechterdings nicht in Einklang zu bringen mit der für Ende August 1919 festgestellten Zahl von 278700 Vermißten aller Kontingente. Auch die laut Bayr. Statist. Zeitschrift 1919 S. 157 vom dortigen Ministerium für militärische Angelegenheiten für 31. Januar 1919 ermittelte Zahl von 43037 Vermißten scheint auffallend hoch, da sie 15,4 % der Reichssumme ausmacht, während die Bevölkerung Bayerns nur 10,6 % von der des Reichs vom August 1919 betrug; namentlich wenn man bedenkt, daß auf Sachsen mit 17899 jetzt noch Vermißten der dem Bevölkerungsverhältnis (7,4 %) nahekommende Anteil von 6,4 % entfällt.

Durch die fragwürdige Angabe der „Statist. Korresp." ist auch der Verfasser der von der Kopenhagener „Studiengesellschaft" herausgegebenen „Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg", C. Döring, veranlaßt worden, von der von ihm in Heft 4 dieser Veröffentlichungsreihe S. 62 auf Grund von Preßmitteilungen benützten, wohl annähernd zutreffenden Zahl von 260000 Vermißten nachträglich in seinem Aufsatz im „Archiv f. soz. Hygiene und Demographie" (13. Bd., 4. H., S. 360) abzugehen und eine viel zu hohe Zahl einzusetzen. *E.W.*

Kindersterblichkeit im Kriege. Die von der „Deutschen Vereinigung für Säuglingsschutz" anläßlich ihres 10jährigen Bestehens herausgegebenen „Beiträge zur sozialen Hygiene des Säuglings- und Kleinkinderalters" enthalten u. a. 5 Beiträge, die sich hauptsächlich mit der Statistik der Kindersterblichkeit im Kriege befassen. Sie behandeln Preußen (Behla), Baden (Noeggerath), Mecklenburg (Brüning), Reg.-Bez. Gumbinnen (Berger), Würzburg (Szyszka) in Monographien, die sich auf die amtliche Statistik gründen, hier und da auch außerhalb ihres Bereichs liegendes Material über die Sterblichkeitsverhältnisse der Fürsorgezöglinge und anderer besonderer Gruppen bringen. So erwünscht die Verwertung und Ausmünzung der amtlich gesammelten statistischen Angaben durch medizinische Fachmänner mit statistischen Neigungen vom Standpunkte des Berufsstatistikers ist, so pflegt die derartige Literatur doch in ihm meist das Gefühl des Bedauerns zu erwecken, daß nicht auch die Fachstatistiker zu Rate gezogen wurden und dadurch Gelegenheit erhielten, auf methodische und sachliche Mängel aufmerksam zu machen, die Nichtstatistiker kaum vermeiden können. In den in Rede stehenden Aufsätzen z. B. ist allenthalben auch für die Zeit nach Beginn und Ende des Krieges die Säuglingssterblichkeit mit Hilfe der üblichen, aber in diesem Fall ganz ungeeigneten Messung an der Zahl der Lebendgeborenen des gleichen Jahres berechnet worden, obwohl die Reichsstatistik[1]) eine wesentlich verbesserte Methode bereits zur Anwendung gebracht hat, dem Umstand Rechnung tragend, daß die sonst übliche Berechnungsweise bei stark sinkender Geburtenzahl Prozentziffern ergeben muß, die über, bei steigender solche, die unter der Wirklichkeit stehen. Zwei Mitarbeiter der „Beiträge", Noeggerath und Berger, haben, wie aus beiläufigen Bemerkungen derselben zu ersehen ist, die Unverwendbarkeit der gewöhnlichen Berechnungsart herausgefühlt, ohne aber die bereits von anderer Seite beschrittenen Wege zur Abhilfe zu beschreiten. Für den im letzten, wie in jedem früheren großen Kriege durch die zeitweilige Trennung vieler Ehepaare bewirkten Geburtenausfall wird durchgängig noch die Bezeichnung Geburtenrückgang gebraucht, obwohl so oft schon auf ihre Mißverständlichkeit und den mangelnden Zusammenhang mit dem vorausgegangenen wirklichen Rückgang hingewiesen worden ist. Wo die Sterblichkeit der ehelichen und unehelichen Kinder verglichen wird, werden die Zahlen der entsprechenden Lebendgeburten als Maß benützt, ohne Berücksichtigung ihrer alsbald nach den Geburten einsetzenden Verschiebungen durch Legitimationen, die die so berechneten Verhältnisziffern bei den Sterbefällen ehelicher Kinder zu hoch, unehelicher zu niedrig erscheinen lassen. Anfechtbar ist in noch höherem Grade die Berechnung der Sterbehäufigkeit im 1. Lebensjahr nach Kalendermonaten, die (S. 29/30) auf Grund der Zahl der Geburten im ganzen Kalenderjahr erfolgt, so daß z. B. die Sterblichkeit im Januar 1915 an der Zahl der in diesem und den darauffolgenden 11 Monaten Lebendgeborenen gemessen wird!

Abgesehen von diesen und anderen dem Statistiker sich aufdrängenden Bedenken bringen die Aufsätze vieles zur Bereicherung unserer Kenntnis von dem Gang der Gesundheitsverhältnisse im Kriege Dienende, namentlich in bezug auf die Todesursachen. *E. Würzburger.*

Zur Berechnung der Säuglingssterblichkeit in und nach Kriegen. Daß die gewöhnliche Methode zur Berechnung der Säuglingssterblichkeit, nämlich die Zurückführung der im 1. Lebensjahre Gestorbenen eines Zeitabschnittes auf die Geborenen desselben Zeitabschnittes, in Kriegszeiten wegen des völlig veränderten Geburtenverlaufes versagt, hat besonders eindringlich Rahts[2]) nachgewiesen. Seitdem haben sich andere Fachmänner mit dem wichtigen Problem beschäftigt, vor allem Knöpfel[3]) und Würzburger[4]). Das Wesentlichste dürfte eben wegen der zeitlichen Geburtenschwankungen in der monatlichen Berechnung der Säuglingssterblichkeit liegen, die auch Rahts[2]) eingehend behandelt. In diesem Zusammenhange sei an eine besonders einfache und klare Methode erinnert, die bereits aus früheren Friedenszeiten von Silbergleit[5]) herrührt und offenbar etwas in Vergessenheit geraten ist. Sie besteht kurz darin, daß man die in einem Kalendermonat gestorbenen Säuglinge, nachdem man sie auf das Jahr erweitert, d. h. mit der Zahl der Tage des betreffenden Monats dividiert und mit der der Tage des betreffenden Jahres multipliziert hat, auf Hundert der Geborenen des gleichen Monats vermehrt um die in den 11 jeweils vorhergehenden Monaten Geborenen bezieht. So bleibt man beide Male innerhalb desselben Zeitraumes von einem Jahre und ist in der angenehmen Lage, die monatlichen Schwankungen der

[1]) Statistisches Jahrb. f. d. Deutsche Reich 1919, S. 47; siehe auch die hierzum folg. Artikel angeführte Literatur.

[2]) D. St. Z. 1916 S. 185.

[3]) D. St. Z. 1917, S. 218, Mitteilungen der hessischen Zentralstelle für die Landesstatistik Dezember 1919 S. 181 sowie D. St. Z. 1920 S. 59

[4]) Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamts 1920 „Die Bewegung der Bevölkerung 1919".

[5]) Statistische Monatsberichte der Stadt Schöneberg April 1906 S. 18.

Digitized by Google

Geburtenzahlen sofort berücksichtigen zu können. Berechnet man auf dem angegebenen Wege beispielsweise die Berliner Säuglingssterblichkeit für 1919 und dividiert die Summe der so für Januar bis Dezember erhaltenen Monatskoeffizienten durch 12, so erhält man 16,50; dividiert man hingegen die mit 100 multiplizierte Zahl aller gestorbenen Säuglinge des Jahres 1919 durch die Geborenen des gleichen Jahres, so ergibt sich nur 13,20. Hierbei sind stets die Totgeborenen fortgelassen. Der Grund der Abweichung liegt einfach darin, daß man bei der gewöhnlichen Methode eben wegen der Steigerung der Geburten von August 1919 ab eine zu große Geburtenzahl in den Nenner setzt. Zudem wäre es für die gewöhnliche Berechnungsart gleichgültig, ob die Geburtenmehrung im Laufe des Jahres 1919 erfolgt ist oder einzig und allein im Dezember, ja sogar am letzten Tage des Dezembers. Schon aus diesem Grunde ist sie für außergewöhnliche Verhältnisse nicht gut anwendbar.

Erwähnt sei noch, daß sich für Berlin und 1918 nach der angegebenen verfeinerten Methode eine Sterblichkeitsziffer der Säuglinge von 15,09 % ergibt, nach der üblichen von nur 14,18 %, für 1917 nach der verbesserten Rechnung 14,29 %, nach der gewöhnlichen 15,72 %. Im Jahre 1917 führt also die übliche Methode gemäß dem Geburtenrückgang, der erst 1918 abflaut, noch immer zu einer größeren Zahl, als die verfeinerte.

Angesichts der gerade jetzt vielfach in Arbeit befindlichen Sterblichkeitsberechnungen der einzelnen Städte für die Kriegszeit dürfte es wohl am Platze sein, auf die beschränkte Anwendungsmöglichkeit der gewöhnlichen Methode zur Säuglingssterblichkeitsermittlung nachdrücklich hinzuweisen. *H. Guradze* (Berlin).

Das Geschlecht bei Zwillingsgeburten. Die Zeitschr. d. Sächs. Statist. Landesamtes 1920 enthält Angaben über die Zusammensetzung der Zwillingsgeburten aus den Jahren 1901—1910 nach dem Geschlecht, mit Unterscheidung der Zahl der vorausgegangenen Geburten derselben Mutter und des Alters beider Eltern. Es kommen bei im ganzen 18 517 Fällen auf 100 etwa 32 mit 2 Knaben, 28 mit 2 Mädchen und 40 Pärchen, wie es ähnlich auch anderwärts beobachtet worden ist. Eine etwas größere Häufigkeit von Zwillingen gleichen gegenüber denen verschiedenen Geschlechts, als im allgemeinen, zeigen die ersten Geburten aus einer Ehe, die zugleich die von jüngeren Eltern sind. Es wird in dem begleitenden Text darauf hingewiesen, daß, wenn die eigentlich zu erwartende Zahl von 50 Pärchengeburten unter 100 Zwillingsgeburten niemals auch nur annähernd erreicht wird, dies seine zulängliche Erklärung in dem Einfluß der darunter befindlichen eineiigen Geburten findet, die stets gleichgeschlechtig sind, während von den zweieiigen in der Tat ungefähr die Hälfte auf Pärchen entfällt. Es ist vielleicht angebracht, hier auf die Geschichte dieses nunmehr als gelöst zu erachtenden Problems kurz einzugehen. Der erste, der sich mit demselben beschäftigt hat, ist wohl der Königsberger Professor der Physik Ludwig Moser in seinem Buch „Die Gesetze der Lebensdauer" (1839). Er geht aus von dem Sexualverhältnis bei der Geburt 106 : 100 und berechnet daraus die Wahrscheinlichkeit der drei bei Zwillingsgeburten möglichen Fälle nach den Regeln für zusammengesetzte Ereignisse, wobei er findet, daß unter 1000 Zwillingen 264,8 männliche, 499,6 gemischte und 235,6 weibliche sein müßten. In Preußen aber war 1826—1831 die Zahl der Zwillingspaare 33 556, darunter 11 262 männliche, 11 150 gemischte und 10 144 weibliche; d. h. 335,6 männliche, 362,1 gemischte und 302,3 weibliche auf 1000. Moser fährt fort: „Man bemerkt nur, daß die gemischten die häufigsten sind, dann die männlichen häufiger als die weiblichen. Sonst aber ist die Zahl der einzelnen Zwillingspaare viel weniger verschieden, als sie nach der Rechnung sein sollte."

Weiter hat sich Harald Westergaard [1]) mit dem Problem beschäftigt. Er untersucht das ihm von einer englischen Lebensversicherungsgesellschaft zur Verfügung gestellte Material und findet unter 312 Fällen von Mehrgeburten (darunter 3 Drillingsgeburten) 111 Fälle oder 35 % mit Knaben, 100 Fälle oder 32 % mit gemischtem Geschlecht und 101 Fälle oder 33 % mit Mädchen. Westergaard weist nun zunächst darauf hin, daß statt 50 % nur 32 % gemischtes Geschlecht haben und bei 35 % statt 26 % beide Kinder Knaben sind. Er folgert aus den ihm vorliegenden Zahlen: „Wenn das erstgeborene Kind ein Knabe ist, ist die Wahrscheinlichkeit, daß das zweitgeborene Kind ein Knabe werde, doppelt so groß wie die Wahrscheinlichkeit eines Mädchens, und ist das erstgeborene Kind ein Mädchen, so wird umgekehrt die Wahrscheinlichkeit eines Mädchens als zweites Kind doppelt so groß wie die eines Knaben. Hierzu ist zu sagen, daß die den Folgerungen zugrunde liegenden Zahlen keine allgemeine Gültigkeit besitzen; denn es ist fast durchweg beobachtet worden, daß der Anteil der gemischten Paare größer ist als jeder der beiden anderen Anteile."

Einen wichtigen Schritt zur Lösung unseres Problems hat A. Geißler [1]) getan, indem er darauf hinweist, daß für diese Frage die allgemein feststehende Tatsache, daß die eineiigen Zwillinge im Gegensatz zu den zweieiigen stets gleichen Geschlechtes sind, von Wichtigkeit ist. Allerdings ist es ihm nicht möglich, exakte Schlüsse zu ziehen, da die Verhältniszahl zwischen den eineiigen und zweieiigen Zwillingen noch nicht festgestellt war. Geißler sagt: „Sind wir erst im Besitze größerer Zahlenreihen, so werden sich die drei Gruppen der Zwillingsgeburten auch genauer analysieren und dem Gebiete der regelmäßigen Einzelgeburten angliedern lassen."

Die Lösung unsers Problems ist zuerst von W. Weinberg [2]) gegeben worden. Er geht ebenso wie Geißler von der Tatsache aus, daß eineiige Zwillinge stets gleichgeschlechtig sind, und findet durch Zusammenstellung der Ergebnisse von 12 Veröffentlichungen, daß unter 839 Zwillingsgeburten 178 eineiige Fälle und 658 zweieiige, darunter 334 gleichgeschlechtige und 324 gemischtgeschlechtige, vorkommen. Weinberg berechnet aus diesen Zahlen, daß die gemischten Paare 49,2 % der gesamten zweieiigen Zwillinge ausmachen, also ziemlich 50 %. Da nun bei den eineiigen Zwillingen gemischte Paare gar nicht vorkommen, so ist damit das Rätsel gelöst, daß die gemischten Paare in bezug auf die Gesamtzahl der Zwillinge niemals den Hälftenanteil erreichen.

Als Verhältnis der eineiigen zu den zweieiigen Fällen erhält Weinberg 21,2 : 78,8. Er sagt aber selbst, daß das aus klinischen Beobachtungen sich ergebende Verhältnis nicht genau dem wirklichen entspricht. Denn nach den statistischen Erhebungen sind etwa 37 % gemischte Paare unter der Gesamtzahl der Zwillinge; ist nun das Verhältnis der eineiigen zu den zweieiigen 21,2 : 78,8, so würden auf 78,8 zweieiige Zwillinge 37 gemischte Paare kommen. Das sind aber nur 46,8 %, während es doch nach der Wahrscheinlichkeitsrechnung ziemlich 50 % sein müssen.

Dem wahren Wert des Verhältnisses zwischen eineiigen und zweieiigen Zwillingen kommen wir sehr nahe, wenn wir aus der Weinbergschen Zahl 21,2 % und aus der nach der Zusammenstellung von Prinzing [3]) sich ergebenden Verhältniszahl von 26,8 das Mittel zu 24 % ziehen. Wendet man diese Verhältnisziffer auf das eingangs genannte statistische Material an, so ergeben sich bei 18 517 Zwillingsgeburten 4 444 eineiige und 14 073 zweieiige Fälle; und unter den 14 073 zweieiigen Zwillingspaaren befinden sich 6 972 gemischte Paare oder 49,6 %, also fast genau die Hälfte. Die Kombinationen der zweieiigen Zwillinge genügen damit den Gesetzen der Wahrscheinlichkeit. *E. Würzburger.*

[1]) Allgemeines Statistisches Archiv, 2. Band, S. 510.

[1]) Zur Kenntnis der Geschlechtsverhältnisse bei Mehrlingsgeburten. Allgem. Statist. Archiv, 4. Band, S. 537.

[2]) W. Weinberg, „Beiträge zur Physiologie und Pathologie der Mehrlingsgeburten beim Menschen", im Archiv f. d. ges. Physiologie, Bd. 88. Bonn 1901.

[3]) Zeitschrift für Geburtshülfe und Gynäkologie. Bd. 61, 1908.

Digitized by Google

XIV. Arbeiterstatistik (einschl. Arbeiterversicherung).

Zur einheitlichen Gestaltung der Lohnstatistik der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden. Im D. St. Z. 1919 Nr. 1/2 hatte ich eine Untersuchung der Kriegslöhne des Deutschen Metallarbeiterverbandes besprochen, die schon durch die Art der Erhebung auffiel und unsere Kenntnisse von den Löhnen in der Kriegsindustrie nicht wesentlich bereicherte. Jetzt liegen die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten aus den Jahren 1914—1918 vor, die eine Fülle sehr wertvoller Angaben über die Löhne während des Krieges in den verschiedenen Gewerbezweigen enthalten, aber — Einzeldarstellungen sind, die sich leider nur schwer miteinander vergleichen und kaum zu einem Gesamtbilde über die Lohnsteigerungen in den Kriegsjahren vereinigen lassen.

Es fand sich bereits Gelegenheit, auf die Ergebnisse einzelner dieser Lohnuntersuchungen [1]) einzugehen. Heute liegt mir daran, den Sozialstatistiker anzuregen, neue Richtlinien für die einheitliche Gestaltung dieser alljährlich erscheinenden Lohnerhebung der Gewerbeaufsichtsbeamten zu finden. Denn in jedem Jahre ist über die Lohnhöhe von diesen Beamten zu berichten [2]) und in jedem Jahre geben einzelne Berichte die durchschnittlichen Stundenlöhne, andere die Tageslöhne, wieder andere die Wochen- und Jahresverdienste in den einzelnen Berufen vergleichsweise an. Der Wert dieser Lohnstatistik wird durch diese verschiedenen Erhebungsarten stark vermindert. Das ist um so bedauerlicher, als sich z. B. auch diesmal schon beim Anblättern der Berichte zeigt, wieviel Mühe und Arbeit auf diese seit langem erwarteten Dokumente des Wirtschaftslebens der Deutschen Gewerbeaufsichtsbeamten in den meisten Staaten verwandt worden ist.

Im Gegensatz zu den Veröffentlichungen der Gewerbeinspektionen scheinen für die Berichte der Bergbehörden zuweilen ganz bestimmte einheitliche Lohntafeln vorgeschrieben zu sein. So findet sich z. B. in den Jahresberichten der Bayerischen Bergbehörden für das Jahr 1918 eine Lohnübersicht für die verschiedenen Berginspektionen mit 21 Spalten (den Durchschnittslöhnen der einzelnen Arbeiterklassen auf eine Schicht, sowie den Durchschnittsverdienst sämtlicher Arbeiter auf einen Arbeiter im Jahr und für die Schicht bezogen), welche bereits in dieser Gestalt in dem Bericht für 1911, 1912 und 1913 zu finden ist [3]) und für alle Berginspektionsberichte eingeführt werden könnte.

Es wird nicht bestritten werden, daß solche nach bestimmten Gesichtspunkten aufgebaute einheitliche Lohnübersichten von außerordentlichem Wert zur Verfolgung der Lohnveränderungen während einer Reihe von Jahren sind. Selbst wenn man sich auch auf weniger als 21 Spalten einigen würde, dürfte ein einheitliches Erhebungsmuster den eingehendsten Lohnstatistiken, welche sich aber nur auf ein Jahr und auf einen einzelnen Aufsichtsbezirk beziehen, bei weitem der Vorzug zu geben sein; denn der Forscher findet in einer seit einer Reihe von Jahren stets wiederkehrenden Tafel viel leichter das für ihn Wesentliche, als wenn er sich alljährlich stets von neuem in vielleicht an sich sehr wertvolle Zusammenstellungen einarbeiten muß, die aber jede für sich nur für das Berichtsjahr und für ein verhältnismäßig kleines Gebiet Geltung haben.

Wesentlich ungünstiger liegen die Verhältnisse in Preußen. Die Jahresberichte der preußischen Oberbergämter und der Gewerbeaufsichtsbeamten über die Löhne der Bergleute sind der auf Grund des Erlasses des preußischen Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Januar 1913 — I, 353 — aufgestellten amtlichen Lohnstatistik entnommen. Diese Lohntabellen fußen also nicht auf besonderen Erhebungen, sondern sind den von den einzelnen Bergrevieren vierteljährlich aufzustellenden „Nachweisungen der verfahrenen Arbeitsschichten und verdienten Löhne" entnommen. „Form und Umfang dieser Tabellen bleibt dabei jedem einzelnen Bergrevierbeamten überlassen", wie mir auf Anfrage besonders vom Oberbergamt Breslau mitgeteilt wurde. Das ist m. E. ein schwerer Nachteil. Der einheitlichen Erhebung sollte doch auch eine einheitliche Darstellung, die Vergleiche sofort zuläßt, gegenüberstehen. Darauf ist aber leider bisher anscheinend kein Wert gelegt worden.

Es würde zu weit führen, hier den Inhalt der einzelnen Tafeln zu beschreiben. Schon äußerlich weichen diese Lohntafeln aus den Oberbergamtsbezirken Breslau, Halle, Dortmund usw. wesentlich voneinander ab. [1]) Jeder Revierbeamte entwirft fraglos mit großem Fleiße und Verständnis seine Tafeln unabhängig von seinem Nachbar. So wird der Wert dieser einheitlichen Erhebung — wenigstens in der Gestalt, wie sie uns in den Jahresberichten vor Augen tritt — trotz aller darauf verwandten Mühe und Arbeit außerordentlich herabgedrückt, denn Vergleiche mit anderen Bezirken sind fast unmöglich. Ein Weniger wäre hier mehr gewesen! — Die eingangs erwähnte bayerische Lohntafel der Bergbehörden glaube ich um so mehr als brauchbar empfehlen zu können, als sie sich dort anscheinend seit einer Reihe von Jahren bewährt hat.

Wie bereits eingangs erwähnt, habe ich im Reichs-Arbeitsblatt versucht, die Kriegsverdienste der männlichen und weiblichen industriellen Arbeiterschaft einschließlich der Hausindustrie in Zahl, Wort und Bild nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1914—1918 zur Darstellung zu bringen. Aber ich muß J. Feig schon beistimmen, wenn er in seiner Abhandlung der „Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung" [2]) hervorhebt, daß die wissenschaftliche und praktische Verwertbarkeit dieses Materials keineswegs „zu seinem Umfange und der auf seine Gewinnung verwandten Mühe auch nur einigermaßen im Verhältnis" steht. — In fast allen Ländern nämlich zeigt sich eine außerordentliche Zersplitterung und große Verschiedenheit der Erhebungsmethoden, die zumeist nicht einmal angedeutet sind.

Die zu zahlreich vorhandenen Einzeldarstellungen zeigen zur Genüge, daß neben den durchschnittlichen Stunden- oder Tagelöhnen sehr oft auch die durchschnittlichen Stunden- und Tagesverdienste, die Wochenlöhne und -verdienste, bisweilen sogar die Jahresverdienste zum Vergleich in den einzelnen Berufszweigen herangezogen worden sind. Augenscheinlich war jeder Beamte auch hier nur eifrig bemüht, Vergleiche in seinem verhältnismäßig kleinen Bezirke zu ermöglichen.

Fraglos aber hätten — um ein Beispiel herauszugreifen — die Erhebungen, welche der Gewerbeaufsichtsbeamte für Mainz veröffentlichte, nämlich über

---

[1]) Reichsarbeitsblatt Jahrg. 1919 Nr. 11 und 12, sowie Jahrg. 1920 Nr. 1—3.

[2]) Vgl. z. B. die „Anleitung für die Erstattung der Jahresberichte der preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten" unter III; Wirtschaftliche und sittliche Zustände der Arbeiterbevölkerung; Wohlfahrtseinrichtungen; Verschiedenes in Beilage zu Nr. 18 des Ministerialblatts, der Handels- und Gewerbeverwaltung vom 4. August 1910 (Carl Heymanns Verlag, Berlin W. 8).

[3]) Vgl. z. B. für München „Jahresberichte der Bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für 1918 S. 388/89, dann der Bayerischen Bergbehörden für das Jahr 1911" (Sonderausgabe) S. 294/95, für 1912 (Reichsausgabe Band II) S. 318/19 und für 1913 (Sonderausgabe) S. 328/29.

[1]) Vgl. z. B. „Jahresberichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten und Bergbehörden für die Jahre 1914/1918" (Reichsausgabe) Band I. S. 1197/98 (Oberbergamtsbezirk Breslau) S. 1249, (Oberbergamtsbezirk Halle) S. 1376, (Oberbergamtsbezirk Dortmund) S. 1458/59 und (Oberbergamtsbezirk Bonn) S. 1539.

[2]) Vgl. Joh. Feig: Statistik des Arbeitslohnes und der Lebenshaltung in der G. v. Mayr Ehrengabe. Bd. II. S. 805ff. München 1911.

Digitized by Google

die Entwicklung der während des Krieges in den wichtigsten Industriegruppen bezahlten Durchschnittstundenlöhne, eine Stichprobenerhebung (abgedruckt im Reichs-Arbeitsblatt, Januarheft 1920, S. 61)[1]), wenn sie für alle Länder und deren Bezirke vorgeschrieben worden wäre, außerordentlich wertvolle Einblicke in die Lohnsteigerungen der verschiedenen Berufsgruppen für die gelernten und ungelernten Arbeiter und erwachsenen Arbeiterinnen gewährt, wobei selbst zahlreiche Fehlanzeigen bei der Fülle der Berichte und Bezirke in den einzelnen Ländern nicht eben schwer ins Gewicht gefallen wären.

Die Tabelle gibt für jede Industriegruppe die Durchschnittslöhne der gelernten Arbeiter, der ungelernten Arbeiter und der erwachsenen Arbeiterinnen für 1. 7. 14, für 1. 2. 16 und 1. 10. 18 und die prozentuale Steigerung 14/18 an.

Da die Gewerbeaufsichtsbeamten alljährlich berichten und auch alljährlich zu derselben Zeit ihre Unterlagen aus den Bezirken einfordern, wären hier schon nach 2 Jahren wertvolle Vergleiche möglich, wenn man sich rasch im Reichsarbeitsministerium zunächst auf eine knappe Tafel für die durchschnittlichen Stundenlöhne einigen würde.

Als Ergänzung der amtlichen Lohnstatistik wäre ein sofortiger Ausbau der Lohnerhebungen in den stets zur gleichen Zeit zu erstattenden Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten sehr zu begrüßen und auch ohne wesentliche Mehrkosten erreichbar.

Für die einheitliche Gestaltung einer Lohnstatistik der Gewerbeaufsichtsbeamten sei ferner nachstehender Entwurf eines Schemas für die Verzeichnung der durchschnittlichen Stundenlöhne jedes Aufsichtsbezirks nur eine Anregung:

Gewerbeart	Arbeitergruppe[2])	1920	1921	usw.

Fraglos werden von seiten der Gewerbeaufsichtsämter bessere Vorschläge gemacht werden, die vom Reichsarbeitsministerium mit Dank begrüßt werden dürften. Ist doch das Statistische Reichsamt soeben mit der Aufstellung einer Preis- und Lohnstatistik beschäftigt[3]), die durch alljährlich wiederkehrende Erhebungen der Gewerbeaufsichtsbeamten und Bergbehörden wertvolle Ergänzungen erfahren könnte.[4]) Mir lag vorerst daran, das Problem zur Diskussion zu stellen und unter möglichst geringer Mehrbelastung der Beamten ein einfaches Formular vorzuschlagen, welches später auch für die Heimarbeit Verwendung finden könnte. Praktisch erprobt — allerdings für Tagesverdienste — ist das Schema in der Kreishauptmannschaft Zwickau.[5])

W. Abelsdorff (Charlottenburg).

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Bemerkungen zur Reform der deutschen Bevölkerungs- und Gesundheitsstatistik. In einem so betitelten Aufsatz in der Zeitschr. f. öff. Gesundheitspflege 1919 S. 420 weist W. Weinberg, ohne auf eine erschöpfende Behandlung des Gegenstandes Anspruch zu machen, auf einige Mängel des bisherigen Betriebes und neue Aufgaben der deutschen Statistik auf den genannten Gebieten hin. Vor allem wünscht er eine eingehende Bearbeitung der Heeressanitätsstatistik des Krieges, des Materials, der Versicherungsanstalten, eine weitere Ausgestaltung der Geburten- und Berufsstatistik, der schulärztlichen Erhebungen, Kataster der Defekten, Familienregister, Buchführung über Wanderungen. Organisatorisch wünscht er eine zentrale Aufsichtsbehörde über staatliche und städtische Statistik unter Leitung von Fachmännern und nach Direktiven eines Beirats von Sachverständigen und auch Besetzung der statistischen Ämter mit erprobten Sachverständigen, ein Grundsatz, der speziell bei Heranziehung von Ärzten nicht immer Berücksichtigung fand.

[1]) Vgl. Jahresberichte der Gev. Bd. 3. 6. S. 123 und 174 (Hessen).

[2]) Je auf einer Zeile.

[3]) Vgl. darüber z. B. auch Adolf Günther: Eine amtliche Lebenshaltungs- und Lohnstatistik in Soziale Praxis, XXIX. Jahrg., Nr. 7, S. 150, vom 13. November 1919.

[4]) Vgl. ferner Erkelenz: Löhne und Preise im Berliner Tageblatt Nr. 538 vom 12. XI. 1919, Morgenausgabe.

[5]) Vgl. Jahresberichte der Sächsischen Gewerbeaufsichtsbeamten für die Jahre 1914—1918. Reichsausgabe Bd. 3. S. 415/416. Berlin 1919.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Theorie und Lehrbücher der Statistik.

51. Meerwarth, Rudolf, Einleitung in die Wirtschaftsstatistik. Jena 1920. Gustav Fischer. 329 S.

Vorarbeiten zu diesen Untersuchungen über einige der wichtigsten Zweige der Wirtschaftsstatistik hat der Verf. bereits früher in verschiedenen Zeitschriften, darunter auch im D. St. Z.[1]), veröffentlicht. In neun Abschnitten, deren ein jeder ein abgeschlossenes Ganzes bildet, werden nacheinander die Statistiken der gewerblichen Betriebe, der gewerblichen Berufe, der landwirtschaftlichen Betriebe, der gewerblichen Produktion, der landwirtschaftlichen Produktion, des Außenhandels, der Preise, der Löhne und des Arbeitsmarktes behandelt. Also Gebiete, die gerade gegenwärtig ein besonderes Interesse beanspruchen, und zwar nicht nur nach ihrem sachlichen Gegenstande, sondern namentlich auch nach der methodologischen Seite. Denn alle diese Statistiken, deren Veranstaltung zum Teil durch den Krieg unterbrochen oder verschoben worden ist, verlangen eine gründliche Umgestaltung oder einen Neuaufbau, mit dem ja teilweise schon begonnen worden ist.

Da eine solche Neuordnung der Wirtschaftsstatistik nach dem Verf. nur in gemeinsamer Arbeit mit den Sachverständigen aus dem praktischen Wirtschaftsleben erfolgen kann, so sind die Untersuchungen auch nicht allein für den Fachstatistiker oder den Berufsvolkswirt bestimmt; sie wollen vielmehr auch den Kreisen der „Interessenten", die an der künftigen Ausgestaltung der Wirtschaftsstatistik mitzuwirken berufen sind, eine Handhabe bieten, sich mit den wichtigsten wirtschaftsstatistischen Problemen vertraut zu machen. Eine Hauptaufgabe des Buches wird überhaupt darin erblickt, Wirtschaftsstatistik und politische Ökonomie, Verwaltungsstatistik und Wirtschaftspraxis einander näher zu bringen. „Nur derjenige Statistiker wird eine gewerbliche Betriebsstatistik aufbauen können, der die unternehmungsweise Organisation des modernen Wirtschaftslebens und die Entwicklungstendenzen der modernen Unternehmungen kennt. Nur derjenige Statistiker wird eine Berufsstatistik bearbeiten können, der die berufliche Gliederung der modernen Arbeiterschaft versteht." Auf der anderen Seite verfolgen die Abhandlungen den Zweck, die Würdigung der Bedeutung der statistischen Zahlen durch eine Darlegung ihres Gewinnungsverfahrens zu ermöglichen. Die Zahl der Volkswirte, die das statistische Quellenmaterial sachkundig zu verwerten wissen, sei erstaunlich gering, weshalb die Wirtschaftsstatistik auch bisher durch die politische Ökonomie nur wenig Förderung erfahren habe.

Auf den reichen Inhalt des Buches kann hier nicht näher eingegangen werden. Auf einzelne Abschnitte wird vielleicht später in dieser Zeitschrift zurückgekommen werden. Nicht um eine Wiedergabe statistischer Zahlen und deren Paraphrasierung, wie sie wohl sonst in den Büchern über Wirtschaftsstatistik zu finden ist, handelt es sich, sondern um eine Darstellung der statistischen Forschungsmethode, um ihre Vertiefung und Anpassung an die Eigenart des Untersuchungsgegenstandes und die Bedürfnisse der Erkenntnis. Durch eine eingehende Kritik der bisherigen wirtschaftsstatistischen Erhebungen legt der Verf. überzeugend die Notwendigkeit der Reform der Wirtschaftsstatistik für die einzelnen Anwendungsgebiete

[1]) D. St. Z. 1919, Nr. 5, 6 und 7.

Digitized by Google

dar. Aber der Kritik am Bestehenden oder Gewesenen folgen auch genaue Vorschläge für die künftige Gestaltung. Ob diese Vorschläge im einzelnen immer das „Richtige" treffen, ist weniger wichtig. Ihr grundsätzlicher Wert liegt darin, daß sie zu einer Schärfung der methodologischen Betrachtung der wirtschaftstatistischen Probleme führen werden. *A. Pfütze* (Dresden).

Ein Amtsjubiläum. Am 1. April 1920 konnte das Statistische Amt der Stadt Mannheim auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Sigmund Schott hat in einem (leider nur als Manuskriptdruck unter Ausschluß der Öffentlichkeit erschienenen) Schriftchen lediglich einem engeren Kreis teilnehmender Freunde und Berufsgenossen von diesem Gedenktage Mitteilung gemacht und dabei vertrauliche und beschauliche Betrachtungen und Rückblicke über Statistik und Statistiker im allgemeinen, sowie die Mannheimer Statistik im besonderen angestellt Das Mannheimer Amt und insbesondere sein Leiter Professor Dr. Schott haben sich um die deutsche Statistik so große Verdienste erworben, daß man ohne Gewissensbisse eine kleine Indiskretion begehen und in der Öffentlichkeit dieser Fachzeitschrift des geheimgehaltenen Jubiläums der Mannheimer Statistik gedenken darf.

Die Gründung des Mannheimer Amtes fiel in eine Zeit raschen Aufblühens der deutschen Städte und eines außerordentlichen Wachstums von Volkszahl und Wohlstand. Das brachte den Stadtverwaltungen immer neue und größere Aufgaben, zu deren Lösung die Statistik in steigendem Maße mit herangezogen werden mußte. Gerade die Städtestatistik, die sich früher vielfach in etwas übertriebener Einseitigkeit der wissenschaftlichen Seite der Statistik zugewendet hatte, wurde so durch den Zwang der Tatsachen und die praktischen Bedürfnisse der Zeit nachdrücklich zur tätig n Mitarbeit an der Verwaltung hingelenkt. Und das war sicherlich kein Schaden für die Statistik, auch nicht für die Statistik als Wissenschaft. Diese Seite der Statistik wurde von den deutschen Städtestatistikern in keiner Weise vernachlässigt.

Das Mannheimer Statistische Amt ist ein typisches Beispiel für die glückliche Verbindung zwischen praktischer Mitarbeit an der Verwaltung und wissenschaftlicher Forschungstätigkeit. Was dieses Amt in dem Vierteljahrhundert seines Bestehens geworden ist und was es, sowohl nach der praktischen wie nach der wissenschaftlichen Seite hin geleistet hat, ist das Verdienst und Lebenswerk seines Leiters. Dessen originelle Art, praktische und wissenschaftliche Probleme zu behandeln, kommt in allen Arbeiten des Mannheimer Amts zum Ausdruck, verleiht der Mannheimer Statistik ihre besondere Note und ihren eigenen Stil! Durch ursprünglichste Lebendigkeit, plastische Bildhaftigkeit und packende Art der Darstellung versteht es Schott, wie kaum ein zweiter, dem spröden Zahlenstoff Leben einzuhauchen und auch für den Fernerstehenden die statistische Lektüre schmackhaft, ja zu einem Genuß zu machen. Dabei wird aber über der ästhetischen Form die wissenschaftliche Gründlichkeit des Inhalts nicht vernachlässigt. Es sei, um nur einige Beispiele zu nennen, erinnert an die Mannheimer Familienstatistik, an die Arbeiten über Wesen und Reichweite der repräsentativen Methode, über die beharrenden Fälle. Auch in diesen Arbeiten kommt immer wieder, mögen die zu behandelnden Probleme noch so trocken und spröde erscheinen, die meisterhafte Gestaltungs- und Darstellungsgabe zum Durchbruch, so daß es eine Freude ist, solche Arbeiten zu studieren.

Schott und sein Amt sind unzertrennlich miteinander verwachsen, und so gelten denn die Wünsche zum Jubiläum beiden zugleich. Mögen auch in dem zweiten Vierteljahrhundert seines Bestehens dem Mannheimer Amt und seinem Leiter die besten Erfolge beschieden sein. *W. M.*

Vermischte Mitteilungen.

Veränderungen bei den Statistischen Ämtern. Über die Veränderungen bezüglich der Leiter und des wissenschaftlichen Personals bei den Statist. Ämtern ist zuletzt im Jahrgang 1915 Nr. 2 Spalte 59 bis 62 und Nr. 3 Spalte 91/92 berichtet worden. Ueber die seit dieser Zeit eingetretenen Änderungen sind der Schriftleitung auf ihr Ersuchen in dankenswerter Weise die nachstehenden Mitteilungen zugegangen. Nebenamtlich Beschäftigte oder nur auf kurze Zeit einem Amte zugeteilte Personen sollten nach dem Rundschreiben der Schriftleitung nur dann genannt werden, wenn es sich um den Amtsvorstand handelt.

Daß Veränderungen der in Frage stehenden Art seit der letzten Veröffentlichung im D. St. Z. nicht vorgekommen sind, teilten mit die Statist. Landesstellen von Württemberg, Hessen, Gotha u. Lübeck, sowie die städt. statist. Ämter in Barmen, Berlin-Wilmersdorf, Chemnitz, Dortmund, Elberfeld, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Görlitz, Karlsruhe, Königsberg, Mainz.

In früheren Heften des DStZ. finden sich einige Nachrichten über Personalveränderungen bei Ämtern, von denen Angaben auf die neuerliche Anfrage der Schriftleitung nicht eingegangen sind. Es sind dies die neubegründeten städtischen Stat. Ämter in Insterburg (DStZ. 1917, S. 132), Ludwigshafen (ebd.), Sterkrade (DStZ. 1918, S. 69 und 1920, S. 31), Zerbst (DStZ. 1918, S. 69) und das Stat. Amt des Kreises Teltow (DStZ. 1917, S. 121 und 1918, S. 155).

Die seit der genannten letzten Veröffentlichung errichteten Ämter sind im folgenden durch * bezeichnet.[1])

I. Deutsches Reich.

a) Reichs- und Landesämter.

Statist. Reichsamt Berlin. — Geh. Regierungsrat Geib † 2. Dez. 1917. — Geh. Regierungsrat Dr. Poensgen † 20. Nov. 1918. — Ständ. Mitarbeiter Dr. Schweninger † 24. Okt. 1918. — Eing. Regierungsrat u. Mitglied des Patentamts Dr. Rathenau, ern. z. Regierungsrat u. Mitglied 1. April 1918. — Bürgermeister a. D. Blankenstein, ern. z. Regierungsrat u. Mitglied 1. Juni 1918. — Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts Dr. Clauß, ern. z. Regierungsrat u. Mitglied 1. Okt. 1918. — Regierungsrat u. Direktor des Statist. Landesamts für Elsaß-Lothringen Dr. Platzer, ern. z. Regierungsrat u. Mitglied 1. April 1919. — Sächsischer Finanzamtmann Dr. Felcht, ern. z. Regierungsrat u. Mitglied 16. April 1919. — Dr. Agthe eing. als wissenschaftl. Hilfsarbeiter 2. Dez. 1918, ern. z. Regierungsrat u. Mitglied 1. Jan. 1920. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Bramstedt, ern. z. ständ. Mitarbeiter 1. Jan. 1920. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Krause, ern. z. ständ. Mitarbeiter 1. Jan. 1920. — Rechtspraktikant Dr. Müller, kommiss. beschäftigt seit 16. Sept. 1919. — Prof. a. d. Handelshochschule Dr. Tiessen, nebenamtlich beschäftigt seit 1. Okt. 1919. — Dr. Grävell, eing. als wissenschaftl. Hilfsarbeiter 1. Febr. 1920, ern. z. Regierungsrat 1. Juli 1920. — Ausg. Geh. Regierungsrat Dr. Feig, als vortrag. Rat im Reichsarbeitsministerium 5. Sept. 1918. — Regierungsrat Dr. Moll, als ständ. Hilfsarbeiter im Reichsschatzamt, jetzt Geh. Finanzrat u. Mitglied der Reichsschuldenverwaltung, 20. März 1916. — Hilfsreferent Dr. Willecke, übergetr. z. Reichswirtschaftsministerium 28. Jan. 1919. — Hilfsreferent Dr. Rusch, zurückgetr. z. Sächs. Ministerium des Innern 30. April 1917. — Ständ. Mitarbeiter Dr. Warnack, ern. z. Mitglied des Preuß. Statist. Landesamts 1. März 1919. — Geh. Regierungsrat Dr. Seibt, ern. z. a. o. Prof. a. d. Universität Bonn 1. April 1920. — Regierungsrat Dr. Bodenstein, als ständ. Hilfsarbeiter im Reichsarbeitsministerium 1. Jan. 1920. — Regierungsrat Dr. Rathenau, als Ministerialrat im Preuß. Ministerium des Innern 1. Juni 1920.

[1]) Abkürzungen: ausg. = ausgeschieden; eing. = eingetreten; ern. z. = ernannt zum; *TV* = Titelverleihung oder Verleihung einer Dienstbezeichnung.

Digitized by Google

Preuß. Statist. Landesamt, Berlin. — Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Petersilie, Mitglied † 6. Sept. 1916. — Dr. Erich Petersilie, Mitglied † 14. Jan. 1918. — Ständ. Mitarb. im Statist. Reichsamt Dr. Clauß, ern. z Mitglied des Statist. Landesamts 1. April 1917; z. Statist. Reichsamt als Mitglied übergetr. 1. Okt. 1918. — Ständ. Mitarb. im Statist. Reichsamt Dr. Warnack, kommiss. Mitglied 2. Jan. 1919; endgültig als Regierungsrat u. Volkswirtschaftsrat 1. März 1919. — Ständ. Mitarbeiter im Statist. Reichsamt Dr. Keller, kommiss. Mitglied 1. März 1919; endgültig als Regierungs- und Volkswirtschaftsrat 1. Sept. 1919. — Oberstabsarzt u. Sanitätsrat Dr. Bludau, kommiss. Mitglied 1. Okt. 1919; endgültig als Regierungs- und Volkswirtschaftsrat 1. Dez 1919. — Gerichtsassessor Dr. Fröhlich, kommiss. Mitglied 17. Nov. 1919. — Dr. Lehmann, Hilfsreferent 17. Juli 1916, ausg. 31. März 1919. — Dr. Kupperberg, Hilfsreferent 1. Aug. 1917.

Bayr. Statist. Landesamt, München. — Ministerialrat Dr. Friedrich Zahn, Direktor des Landesamts, ern. z. Präsidenten mit dem Range eines Ministerialdirektors 25. August 1917. — Regierungsassessor Friedrich Merz, in das Ministerium d. Innern als Bezirksamtmann einberufen 16. Nov. 1919. — Regierungsassessor Dr. Josef Haselberger, a. d. Statist. Landesamt versetzt 1. Okt. 1915, ins Direktorium der Bayerischen Zentral-Darlehnskasse übergetr. 1. Okt. 1919. — Bezirksamtmann Albert Heintz a. d. Statist. Landesamt versetzt 1. Mai 1916. — Eing. Bezirksamtsassessor Emil Schick, 17. Juni 1918. — Bezirksamtsassessor Jos. Schubert 1. Okt. 1919. — Gepr. Rechtspraktikant Hugo Greul 9. Febr. 1920. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter: Max Giebeler 24. Juli 1916. — Dr. Friedrich Kästner 26. März 1917. — Dr. Wolfgang Konrad 1. Okt. 1919. — Dr. Karl Kreiner 3. Nov. 1919. — Max Zwickel 1. Febr. 1920. — Dr. Josef Nothaas 2. Febr. 1920. — Dr. Philipp Schwartz 8. März 1920.

Sächs. Statist. Landesamt, Dresden. — Ern. z. Mitgliedern: Hilfsreferent Dr. Kurt Bormann 1. Apr. 1915, *TV* Regierungsassessor Mai 1915; wissenschaftl. Hilfsarbeiter Ökonomierat R. Georgi 1. Okt. 1918, *TV* Regierungsrat Juli 1920; Gerichtsassessor Georg Hoffmann, eing. 1 Jan. 1919, *TV* Regierungsassessor 1. Apr. 1919, Regierungsrat Juli 1920. — Eing. als Hilfsreferenten: Referendar Dr. Bruno Winkler 1. Februar 1917, ern. z. wissenschaftl. Hilfsarbeiter 1. Jan. 1919; Dr. Walter Grävell 1. Mai 1919; Dr. Hans Richter 10. Nov. 1919; Dr. Felix Burkhardt 1. Jan. 1920. — Ausg.: Mitglied Regierungsamtmann K. Brückler zum Oberversicherungsamt Chemnitz Juli 1918; Mitglied Regierungsassessor Dr. Bormann 1. Okt. 1918 Direktor der Landwirtschaftskammer von Mecklenburg in Rostock. — Hilfsreferent Dr. Oskar Kürten 1. Okt. 1918 Dir.-Ass. am Statist. Amt der Stadt Neukölln; Hilfsreferent Dr. W. Grävell 1. Febr. ins Statist. Reichsamt in Berlin. — *TV*: Mitglieder Regierungsamtmann Dr. A. Pfütze Regierungsrat Mai 1915; Regierungsrat Dr. G. Lommatzsch Oberregierungsrat Mai 1920; Ökonomierat R. Georgi und Regierungsassessor H. Hoffmann Regierungsräte Juli 1920.

Badisches Statist. Landesamt, Karlsruhe. — *TV* Ökonomierat an d. II. oberen Beamten Dr. Ph. Bauer Ende 1917. — Gerichtsassessor Alfred Kremp eing. als npl. wiss. Hilfsarb. 1916, abkommandiert z. Nährmittelversorg. 1916.

Mecklenburg-Schwerinsches Statist. Amt, Schwerin i. M. — Bürovorsteher, Rechnungsrat Metterhausen, ern. z Regierungsrat u. Direktor 1. Oktober 1919.

Oldenburgisches Statist. Landesamt, Oldenburg. — Vorstand Prof. Dr. Hugo Ephraim, *TV* Regierungsrat 17. Jan. 1916.

Braunschweigisches Statist. Landesamt, Braunschweig. — Geh. Finanzrat v. Rauschenplat, Vorstand, pens. 1. April 1920. — Erster Bureaubeamter Rechnungsrat Otte, ern. z. Vorstand mit der Amtsbezeichnung Regierungsrat 1. April 1920.

Statist. Amt für S.-Meiningen, Meiningen. — Rat Richard Hermann, Vorstand, pens. 1. Juni 1917.

Thüringisches Statist. Amt, Weimar. — Ministerialdirektor Willibald Kromayer, ern. z. Vorstand i. Nebenamt 1. Okt. 1919.

Anhaltisches Statist. Amt, Dessau. — Geh. Regierungsrat u. vortr. Rat im Staatsministerium Kurt Müller, Vorstand, ern. z. Ministerialdirektor (unter Beibehaltung der Leitung des Amtes) 1920.

Bremisches Statist. Amt, Bremen. — Wissenschaftl. Assistent Dr. Martin Funk, ern. z. Rat Nov. 1918; für Senator Dr. Böhmert mit der Leitung des Amtes beauftragt 1920.

Hamburgisches Statist. Landesamt, Hamburg. — Direktor Dr. Sköllin, *TV*. Professor. — Dr. v. Tyszka, ern. z. wissenschaftl. Assistenten, *TV*. Professor. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Pertsch † 11. Dez. 1917. — Dr. v. Leesen, eing. als wissenschaftl. Hilfsarbeiter 2. Jan. 1917. — Studienassessor Dreessen, eing. als wissenschaftl. Hilfsarbeiter 2. Mai 1919.

b) Stadtämter.

Aachen. — Dr. Elfert, stellv. Leiter des Amtes.

Altona. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. phil. Egbert Baumann, seit August 1914 Direktor des Städtischen Wohlfahrtsamtes Altona. — Eing. Dr. phil. Johannes Matthiessen, wissenschaftl. Hilfsarbeiter 1. Jan. 1920.

Augsburg. — Dr. jur. Kleindinst, Vorstand, seit 1. Juni 1919 Rechtsrat, Leitung des Amtes im Nebenamt.

Berlin. — Wissenschaftl. Assistent Dr. Henningsen, gefallen 14. Okt. 1915. — Ausg. Dr. Lange, inf. Übertritts in den Reichsdienst 1. Apr. 1920.

Berlin-Schöneberg. — Hilfsarbeiter Stegemann, ern. z. wissenschaftl. Hilfsarbeiter 1. Okt. 1919.

Breslau. — Referendar a. D. Felix Reimann, ern. z. wissenschaftl. Hilfsarbeiter 18. Febr. 1918.

Cassel. — Direktor Dr. H. Riekes, pens. 31. Mai 1919. — Dr. Erich Schumann, wissenschaftl. Hilfsarbeiter b. Statist. Amt in Leipzig, ern. z. Direktor d. Statist Amtes in Cassel 1. Juni 1919.

Charlottenburg. — Dr. Zander, 2. wissenschaftl. Hilfsarbeiter, ausg. inf. Wahl z. Direktor des Statist. Amtes d. Stadt Spandau 31. Juli 1917. — Volontär Dr. Barfels, ern. z. 2. wissenschaftl. Hilfsarbeiter 2. Dez. 1918.

Danzig. — Direktor Dr. Grünspan, ausg. inf. Ernennung z. besoldeten Stadtrat. — Dr. Wilhelm Dembrowski, bisher Leiter des Statist. Amtes Sterkrade, ern. z. Direktor 1. Febr. 1920. — Dr. Bernhard Lembke, ern. z. wissenschaftl. Assistenten 1. Mai 1920, ausg. Sommer 1920 inf. Übertr. zur Techn. Hochschule.

Düsseldorf. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Erler, ausg. inf. Ernennung z. Direktor des Statist. Amtes d. Stadt Stettin 1. März 1915. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Überhorst, eing. 1. März 1915, ausg. inf. Ernennung z. Stadtrat in Eschwege 1. Juli 1918. — Th. Simonetti, eing. als wissenschaftl. Hilfsarbeiter 1. März 1919.

*Erfurt. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter beim Stat. Amt in Halle Dr. Richard Herbst, ern. z. Direktor 15. Aug. 1919.

Essen. — Direktor Dr. Otto Meyer, ausg. inf. Ernennung z. Beigeordneten in Bonn 1. März 1920. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. J. Frings, stellv. Direktor, gewählt z. Direktor des neu zu errichtenden Statist. Amtes d. Stadt Trier.

*Gelsenkirchen. — Dr. Zurhorst, ern. z. Direktor d. Amtes ab 1. Jan. 1920.

*Gera (Reuß). — Dr. Erwin Moll, ern. z. Direktor d. Amtes 25. Juli 1919.

Halle. — Volontär Dr. Franke, ausg. 19. Okt. 1916. — Wissenschaftl. Assistent Dr. Tägtmeyer, im Felde gefallen. — Volontär Dr. Thieme, gefallen 4. Juli 1916. — Volontär Zehrfeld, ausg. 31. Jan. 1916. — Volontär Dr. Beßler, in den Justizdienst zurückgetr. 22. Sept. 1914. — Gerichtsassessor Dr. Köhler, wissenschaftl. Hilfsarbeiter, ausg. inf. Wahl als Magistratsassessor in Greiz 1. Juni 1919. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Herbst, ausg. inf. Wahl z. Direktor d. Statist. Amtes Erfurt 15. August 1919.

Hannover. — Dr. Jordan, bisheriger Leiter des Statist. Amtes der eingemeindeten Stadt Linden, wurde eine be-

Digitized by Google

sondere Abteilung im Statist. Amt der Stadt Hannover übertragen.

Kiel. — Dr. rer. pol. Alfons Krziza, wissenschaftl. Assistent seit 19. April 1915, ern. z. Direktor 1. Aug. 1917. — Emil Rosenberg, Direktor, pens. Jan. 1917, † 28. Jan. 1918. — Dr. Robert Kirchhof, ern. z. wissenschaftl. Assistenten 1. April 1919. — Wissenschaftl. Assistent Dr. phil. Ernst Rolcke, ausg. inf. Ernennung z. wissenschaftl. Assistenten am Statist. Amt Danzig 18. April 1915.

Köln. — Wissenschaftl. Assistent Dr. Schoelkens, ern. z. Geschäftsführer der Städtevereinigung der besetzten Gebiete 1. Juli 1919. — Wissenschaftl. Assistent Dr. Zurhorst, ern. z. Direktor des Statist. Amtes in Gelsenkirchen 1. Jan. 1920. — Dr. Huber, ern. z. wissenschaftl. Assistenten 1. Jan. 1920.

Leipzig. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Walter Schöne, ern. z. Direktorialassistent 1. März 1915. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Erich Schumann, ausg. 2. Sept. 1916. — Dr. Friedrich Lübstorff, eing. als wissenschaftl. Hilfsarbeiter 20. Nov. 1916. — Dr. Adolf Schurig, desgl. 1. Sept 1919.

Magdeburg. — Direktor Prof. Dr. Otto Landsberg, gewählt z. besoldeten Stadtrat 31. Mai 1917, ausg. aus der Leitung des Amtes 1. Juni 1919. — Direktorialassistent Dr. Ernst Helbling mit der Leitung des Amtes beauftragt 1. Juni 1919, ern. z. Direktor 11. Mai 1920.

Mannheim. — Amtsvorstand Dr. Schott, Stadtbeirat, *TV* Oberverwaltungsrat Okt. 1917. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Hoffmann, ern. z. Vorstand des Städt. Preisprüfungsamtes unter Verleihung des Titels Amtsrat 1916. — Wissenschaftl. Hilfsarbeiter Dr. Meltzer, ausg. inf. Wahl z. Direktor der Girozentrale des Badischen Sparkassenverbandes 1918.

München. — Wissenschaftl. Sekretär Dr. Benno Merkle, ausg. 31. März 1920 inf. Berufung zum 1. Bürgermeister in Schweinfurt.

Neukölln. — Wissenschaftl. Assistent Dr. H. v. Auer ausg. 1. Juni 1917. — Dr. O. Kürten, bisher Hilfsreferent am Sächsischen Statist. Landesamt, eing. als Direktorialassistent 1. Dez. 1918.

Plauen. — Polizeidirektor Mette ern. z. nebenamtlichen Leiter Anfang 1917.

*Spandau. — Dr. Zander, bisher wissenschaftl. Hilfsarbeiter b. Statist. Amt Charlottenburg, ern. z. Direktor 20. Mai 1920.

Stuttgart. — Dr. Erich Simon, bisher wissenschaftl. Assistent im Statist. Amt Frankfurt a. M., ern. z. Vorstand des Amtes 1. April 1915.

Stettin. — Dr. Erler, ern. z. Direktor 1. April 1917.

*Ulm a. D. — Wilhelm Höfling angestellt als Ratsassessor u. Vorstand des Amtes 1. Okt. 1919.

II. Deutsch-Österreich.

Statistische Zentralkommission, Wien. — Präsident Dr. Viktor Mataja, betraut mit der Leitung des Handelsministeriums 23. Juni 1917. — Hofrat Dr. Karl Eisler, mit den Funktionen des Präsidenten unter gleichzeitiger Verleihung des Titels eines Vizepräsidenten betraut 1. Okt. 1917, z. Vizepräsidenten ern. 14. Febr. 1919, in den dauernden Ruhestand versetzt 1. Mai 1920. — Minister a. D. Dr. Mataja, unter Führung des Titels eines Präsidenten wieder mit der Leitung betraut 14. Febr. 1919. — Ministerialrat Dr. Walter Schiff[1]), z. Vizepräsidenten ern. 14. Febr. 1919[1]). — Regierungsrat Richard Boleslawski[1]), in den dauernden Ruhestand versetzt 10. Nov. 1919. — Regierungsrat Dr. Robert Bellarmin Tomaschek, in den dauernden Ruhestand versetzt 10. Nov. 1919. — Hofsekretär Dr. Wilhelm Hecke, z. Regierungsrat ern. 19. Dez. 1915. — Hofsekretär Dr. Hugo Forcher, *TV* Regierungsrat 2. März 1917. — Vizesekretär Dr. Rudolf Riemer, *TV* Regierungsrat 31. März 1919. — Vizesekretär Dr. Alfred Lorenz, z. Hofsekretär ern. 11. Juni 1919. — Vizesekretär Maximilian Fizia, ins Ministerium f. Volksgesundheit einberufen 14. Aug. 1918. — Hofkonzipist Dr. Heinrich Montlong, z. Vizesekretär ern. 15. Dez. 1914, in den dauernden Ruhestand vers. 1. März 1915. — Vizesekretär, Univ.-Prof. Dr. Karl Přibram, z. Ministerialsekretär ern. und zur Dienstleistung in das Handelsministerium einberufen 9. März 1917. — Hofkonzipist Dr. Felix Klezl, z. Vizesekretär ern. 31. Aug. 1915, z. Hofsekretär ern. 5. Nov. 1919. — Hofkonzipist Karl Oberndorff, z. Vizesekretär ern. 20. März 1918. — Hofkonzipist Dr. Johann Krafft-Ebing, z. Vizesekretär ern. 20. März 1918, in das Staatsamt für soziale Verwaltung einberufen 1. Febr. 1920. — Hofkonzipist Dr. Alfred Korompay, z. Vizesekretär ern. 31. Dez. 1916, dem Bureau des Herrn Ministers zugeteilt 3. Okt. 1917. — Hofkonzipist Hugo Haan, in das Ministerium für Kultus und Unterricht zur Dienstleistung einberufen 23. Okt. 1916. — Hofkonzipist Dr. Theodor Eberstaller, zur Dienstleistung in das Amt für Volksernährung einberufen 30. April 1918. — Hofkonzipist Dr. Egon Köhler † 29. Okt. 1916. — Hofkonzipist Dr. Ernst Richter, z. Vizesekretär ern. 30. Okt. 1919. — Hofkonzipist Dr. Edmund Palla, in das Ministerium für soziale Fürsorge zur Dienstleistung einberufen 4. April 1918. — Hofkonzipist Dr. Johann Kuttelwascher, in das Handelsministerium zur Dienstleistung einberufen 12. Sept. 1918. — Dr. Franz Kammerlander, z. definitiven Hofkonzipisten ern. 31. Aug. 1915. — Hofkonzipist Dr. Viktor Gehrmann, in das Staatsamt für soziale Verwaltung einberufen 12. Juli 1919. — Prov. Konzipist Dr. Richard Sorer, gefallen 9. Sept. 1914. — Finanzkonzeptspraktikant Dr. Erich Korningen, z. Hofkonzipisten ern. 20. März 1918. — Dr. Ewald Pribram, z. Hofkonzipist bei der Statist. Zentralk. ern. 10. Okt. 1918. — Hofkonzipist Dr. Hermann Zeißl, ins Unterrichtsamt zur Dienstleistung einberufen 1. Febr. 1920. — Konzeptspraktikant Dr. Arnold Madlé, z. Hofkonzipisten ern. 30. Sept. 1919. — Finanzkonzeptspraktikant Franz Staudinger, z. Konzipisten bei der Statist. Zentralk. ern. 30. Juni 1918. — Universitätssekretär der Universität Czernowitz, Regierungsrat Dr. Anton Norst, zugewiesen zur Dienstleistung der Statist. Zentralk. 1. März 1920. — Finanzprokuratursadjunkt Dr. Karl Forchheimer, z. Ministerialvizesekretär im Ministerium des Innern ern. 30. Mai 1917. — Statthaltereikonzipist Dr. Gottfried Hanosek, z. Bezirkskommissar ern. 20. Okt. 1916, in den tschecho-slowakischen Staatsdienst übergetr. 31. Dez. 1918. — Statthaltereikonzipist Dr. Johann Zeßner, z. Bezirkskommissär ern. 17. März 1917, ins Ackerbauministerium zur Dienstleistung einberufen 27. März 1918. — Statthaltereikonzipist Dr. Erwin Fischel, zur zeitw. Dienstleistung einberufen 2. März 1914. — Richter Dr. Friedrich Schnierer, zur zeitw. Dienstleistung einberufen 18. Nov. 1919. — Bibliothekar Dr. Moritz Grünebaum, ern. z. Bibliothekar I. Klasse 11. Juni 1919. — Bibliotheksassistent Dr. Gustav Reif, in den jugoslawischen Staatsdienst überg. 31. Dez. 1918. — Dr. Richard Engelmann, z. Bibliotheksassistenten ern. 30. März 1918.

[1]) Mit Genehmigung des Staatsratsdirektoriums vom 14. Febr. 1919 wurde mit 1. April 1920 die arbeitsstatistische Abteilung des Handelsministeriums der statistischen Zentralkommission angegliedert und die Beamten in den Status der genannten Kommission aufgenommen.

Statistische Lehrstühle. Durch die Tagespresse ging die irrige Mitteilung, G. v. Mayr habe mit Beginn des Sommersemesters 1920 seine Lehrtätigkeit an der Universität München aufgegeben. Tatsächlich hält der deutsche Altmeister der Statistik im Sommersemester außer nationalökonomischen und finanzwissenschaftlichen Vorlesungen solche über theoretische und über Moralstatistik sowie statistische Übungen. Auch im kommenden Wintersemester 1920/21 gedenkt er, wie die Schriftleitung erfährt, u. a. über Bevölkerungsstatistik zu lesen, obwohl er alsdann einem von ihm gestellten Antrag entsprechend von der Verpflichtung zu Vorlesungen befreit sein wird.

Digitized by Google

Ausgelöste Versicherungsstatistik. Eine besondere Statistische Stelle ist bei der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz in Düsseldorf errichtet und ihre Leitung Herrn Dr. phil. Kurt Senger übertragen worden.

Die Unterscheidung nach der Religion in der Statistik der Bevölkerungsbewegung. Um trotz der Bestimmung in dem neuen, am 1. Juli 1920 in Kraft tretenden Personenstandsgesetz für das Deutsche Reich, wonach in den Urkunden über Geburten, Heiraten und Sterbefälle die Angaben über die Religion der Eltern, der Verlobten und der Verstorbenen wegzufallen haben, die bisherige Statistik weiterführen zu können, sind durch einen nachträglich eingefügten § 82a „statistische Erhebungen" durch die Standesbeamten vorgesehen worden, worunter die Stellung von solchen Fragen gemeint ist, die statistischen Zwecken dienen. Welche Fragen das sein sollen, ist durch die Ausführungsbestimmungen der Länder zu regeln. Damit ist das bisher schon in umfangreicher, aber in den einzelnen Ländern nach dem Sachbetreff verschiedener Weise geübte Verfahren der Beschaffung statistischen Materials, das über den im Personenstandsgesetz festgestellten Rahmen hinausgeht, auch für die Zukunft gesichert. Die Einschränkung, daß „Auskunft aus religions-statistischen Erhebungen nur den betreffenden Religionsgesellschaften zu gewähren ist", bezieht sich selbstverständlich nur auf Angaben über die Religion des Einzelnen, keinesfalls auf die Statistik, die somit wie bisher auch weiter veröffentlicht werden kann. *E. W.*

Veröffentlichungs-Ersatz. Die Papiernot und die hohen Druckkosten haben eine Einschränkung auch der statistischen Veröffentlichungen notwendig gemacht und werden sich in dieser Richtung in Bälde wohl in noch größerem Maße fühlbar machen. Um den daraus entspringenden Mißständen wenigstens einigermaßen abzuhelfen, ist innerhalb des deutschen Städtestatistikerverbandes, für den das Fehlen neuer Ausgaben seines „Jahrbuchs" besonders empfindlich ist, von Schott angeregt worden, daß jedes Amt vierteljährlich einen kurzen Bericht über seine Tätigkeit, soweit sie nicht bloß von rein örtlicher Bedeutung sei, abfasse und ihn hektographiert den Schwesterämtern übersende.

Schweizerische Fachliteratur. Auf ein an die Universität Basel gerichtetes Ersuchen um Überlassung einer staatswiss.-statistischen Universitätsschrift, das einen Hinweis auf die Unmöglichkeit der käuflichen Erwerbung solcher Literatur bei dem jetzigen Markkurs enthielt, erwiderte der Dekan der philos. Fakultät, Prof. Hans Hecht, bei Zusendung des Gewünschten durch die Univ.-Bibliothek: „Es ist mir Bedürfnis, Ihnen und allen Kollegen im Reich zu sagen, wie gern wir Ihnen beistehen, wie sehr uns der Gedanke stets gegenwärtig ist, Ihnen die bedrohlichen Schwierigkeiten nach Kräften überwinden zu helfen. Bitte sich nur an uns zu wenden. Was geschehen kann, geschieht!"

Aus dem Inhalt statistischer Zeitschriften und Quellenwerke.[1])

Jahrbücher für Nationalökonomie u. Statistik[2]), III. F., 54. B., 5. Heft, November 1917: Die Grundfrage der belgischen Volkswirtschaft (Heinrich Waentig). — Ausblick auf unsere künftige Bevölkerungsentwicklung (Eugen Würzburger). — Das französische Kolonialreich und der Handel Deutschlands und Österreich-Ungarns mit den französischen Kolonien (Ferd. Moos). — Die Entwicklung der Vieh- und Fleischpreise und die Regelung der Fleischversorgung in Deutschland während der ersten beiden Kriegsjahre (Edgar Meyer).

— Desgl., III. F., 54. Bd., 6. Heft, Dezember 1917: Die Grundfrage der belgischen Volkswirtschaft. Schluß (Heinrich Waentig). — Die Brotpreise in Berlin in der ersten Hälfte des vierten Kriegsjahres 1917 (Hans Guradze). — Die Einwanderung in die Vereinigten Staaten unter dem Einfluß des Krieges (Ernst Schultze). — Frankreichs Bodenproduktion 1911 bis 1916 (Dora Breves).

— Desgl., III. F., 55. Bd., 1918 Erstes Halbjahr: Die Jute in England (Ernst Schultze). — Besprechung der Abhandlung von Ferd. Schmid: „Von der Statistik zur Gesellschaftslehre" (Wilh. Feld). — Die Kriegsanleihen Deutschlands und Österreich-Ungarns (H. Köppe). — Teuerungspreise in den Vereinigten Staaten in dem jetzigen und in früheren Kriegen (Ernst Schultze). — Die bisherige Entwicklung des Panamakanals (R. Hennig). — Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1915 (H. Köppe). — Arbeiterinnenkinder und ihre Beaufsichtigung (Wilh. Feld). — Die private deutsche Lebensversicherung im Kriege (E. Mittermüller). — Volkswirtschaftliche Wandlungen in den Balkanländern als Dauerwirkungen des Krieges (Arthur Dix). — Ägyptens Baumwollgewinnung seit 1900 (Ernst Schultze). — Die Hausindustrie in Schweden (W. Ritscher). — Handel und Verkehr Finnlands (G. Buetz). — Deutsche Reformen der belgischen direkten Staatssteuern (Hans Gehrig). — Die Brotpreise in Berlin im Kriegsjahr 1917 (Hans Guradze). — Die Indexzahlen des „Economist". — Wirtschaftsrechnungen Elberfelder Arbeiterfamilien (Johs. Schellwien). — Die deutsche Zigarettensteuer (Franz Graf).

— Desgl., III. F., 56. Bd., 1918 Zweites Halbjahr: Die Kriegsanleihen der Ententemächte II. (H. Köppe). — Die Gehaltserhöhungen der bayerischen Beamten im Kriege und die Lebensmittelteuerung (Erich Keilpflug). — Die Einkommensteuer in den Vereinigten Staaten (Ernst Schultze). — Die wirtschaftliche Bedeutung Rigas (Richard Hauser). — Die Schweinefleischpreise in Mannheim (Emil Hofmann). — Die Statistik als Grundlage der empirischen Soziologie (Schöne). — Deutsche Schiffsbauanstalten während des Krieges (Fab. Landau). — Die derzeitige Besteuerung des nicht-erarbeiteten Einkommens in England (Inhülsen). — Die Salzpreise in Mannheim vom Beginn des 19. Jahrhunderts an (Emil Hofmann). — Der Arbeitsmarkt nach dem Kriege (Carl v. Tyszka). — Die Arbeiterverschiebungen in der Industrie (Fr. Syrup).

— Desgl., III. F., 57. Bd., 1919 Erstes Halbjahr: Unsere Rohstoffversorgung und der Wirtschaftskrieg (Crohn-Wolfgang). — Landwirtschaftliches Neuland, Waldwirtschaft u. Sozialisierung (Georg Jahn). — Beiträge zur Entwicklung Elsaß-Lothringens (Ernst Regensburger). — Englische Finanzfragen (Inhülsen). — Das bevölkerungsstatistische Grundproblem (E. Haemig). — Das Volksvermögen in Frankreich (F. Moos). — Die Brotpreise in Berlin im fünften Kriegsjahre 1918 (Hans Guradze). — Die Geburten und Säuglingssterblichkeit in München während des letzten Friedensjahrfünfts (Franz Mataré). — Entwicklung des deutschen Genossenschaftswesens seit 1. Mai 1889 (Willy Krebs). — Ausfuhr und Binnenabsatz der amerikanischen Kraftwagenindustrie (Ernst Schultze). — Einflüsse auf Bevölkerungsvermehrung und Bevölkerungsdichtigkeit in Britisch-Indien (H. Fehlinger). — F. Tönnies' „neue Methode zur Vergleichung statistischer Reihen" und ihre Weiterführung (L. Stoltenberg). — Englische Urteile über die deutsche Finanzlage (Inhülsen). — Die Kautschuk-Ausfuhr Niederländisch-Indiens (Ernst Schultze). — Neue familienstatistische Literatur (Wilh. Feld).

— Desgl., III. F., 58. Bd., 1919 Zweites Halbjahr: Die Umbildung im Kohlenbergbau (Georg Jahn). — Die wirtschaftliche Bedeutung Deutsch-Österreichs (N. Post). — Die Schädigung der europäischen Seegeltung durch den Weltkrieg (Richard Hennig). — Kriegsmäßige Volkszählungen im Generalgouvernement Warschau und die Bevölkerungszahl in Kongreß-

[1]) Siehe zuletzt Jg. 1920 3/4; [2]) zuletzt Jg. 1918, 2.

Digitized by Google

Polen (Hans Praesent). — Der Einfluß des Krieges auf die Bevölkerungsbewegung in Deutschland (Ludwig Elster). — Die Brotpreise in Berlin in der ersten Hälfte des ersten Friedensjahres 1919 (Hans Guradze). — Die städtische Bevölkerung im Indischen Reich (H. Fehlinger). — Statistik der Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 (Franz Mataré). — Die Kriegsanleihen der europäischen Großmächte III [Schluß] (H. Köppe). — Entwicklungstendenzen in der Getreidemüllerei (Arno Pfütze-Grottwitz). — Goldbestände und Notendeckung (Inhülsen). — Die Entwicklung der Einkommensteuerzuschläge in den preußischen Stadtkreisen seit Kriegsbeginn (Wilh. Dombowski).

Archiv für Soziale Hygiene und Demographie. 12. Bd. 1917/18: Der Geburtenrückgang in den Niederlanden (Methorst). — Die Entwicklung der Bevölkerung in den Kulturstaaten in dem ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts (E. Roesle). — Kinderzahl und Sterblichkeit (Hans Guradze). — Österreichs Demographie im Lichte der Statistik (Siegfr. Rosenfeld).

— Degl., 13. Bd. 1919/20: Die physischen Erfolge von Ferienkolonien und verwandten Einrichtungen (Haeberlein). — Die Sterblichkeit nach dem Beruf in den Niederlanden 1908—1911 (Prinzing). — Die Ernährungsverhältnisse der Wiener Arbeiterbevölkerung 1912—1914 (Sigismund Peller). — Der Abortus in Wien und das Bevölkerungsproblem (Sigismund Peller). — Bevölkerungspolitische Wirkung des Krieges auf eine große berlinische Gemeinde [Friedenau] (Victor Noack). — Kritische Bemerkungen zur Statistik der Geschlechtskranken (E. Roesle). — Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg (C. Döring).

Statistiker und **Mathematiker**
mit abgeschlossenem Universitätsstudium und langjährigen praktischen Erfahrungen, vertraut mit den modernsten technischen Hilfsmitteln der Statistik, erfahren in versicherungstechnischen Arbeiten, sucht selbständige Stellung.
Angebote unter G. K. an d. Exp. d. Blattes erbeten.

Graphisches Rechnen
Von Oberlehrer Professor O. Pröll
Mit 163 Fig. im Text. (Aus Bd. 708). Kart. M. 2.80, geb. M. 3.50
Hierzu Teuerungszuschläge (Aug. 1920 100%, Abänderung vorbehalten.)
Behandelt an Hand zahlreicher Beispiele, ohne größere Vorkenntnisse vorauszusetzen, die Prinzipien des graphischen Rechnens.
Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen
Von Prof. Dr. phil. et jur. R. Passow
2. Auflage. 2 Bände
Band I. Allgemeiner Teil. Geh. M. 11.40, geb. . . . . M. 13.—
Band II. Die Besonderheiten in den Bilanzen der Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften der bergbaulichen, Bank-, Versicherungs- und Eisenbahnunternehmungen, der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke sowie der staatlichen und der kommunalen Erwerbsbetriebe. Geh. M. 11.—, geb. . . M. 12.60
„Das Werk füllt nicht nur eine Lücke in der umfangreichen meist juristisch oder rein buchhalterisch orientierten Bilanzliteratur aus, sondern liefert auch einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur Beurteilung der ganzen Orientierung und Zielsetzung unserer wirtschaftlichen Unternehmungen. Die interessanten, von großer Sachkunde zeugenden Untersuchungen Passows sind der Beachtung des Volkswirtschaftlers wie des Privatwirtschaftlers ohne weiteres sicher. Sie verdienen aber darüber hinaus auch sorgfältige Berücksichtigung durch unsere Juristen in weitesten Kreisen der Praxis." (Kölnische Zeitung.)

Lehrbuch der Rechenvorteile
Schnellrechnen und Rechenkunst mit zahlreichen Übungsbeispielen
Von Ingenieur Dr. phil. J. Bosko
(Aus Natur und Geisteswelt Bd. 739.) Kartoniert M. 2.80, gebunden M. 3.50
Das Bändchen will besonders denen, die im beruflichen Leben viel Rechenarbeit zu leisten haben, eine Anleitung zum Schnellrechnen geben. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Grundrechnungsarten, sondern auch auf das Potenzieren und Wurzelziehen, erleichtert die Aneignung durch zahlreiche Übungsbeispiele unter besonderer Berücksichtigung der praktischen Anwendungen.
Auf sämtl. Preise Teuerungszuschläge des Verlags (Aug. 1920 100%, Abänderung vorbehalten) u. der Buchhandlungen
Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Hierzu eine Beilage der C. F. Müllerschen Hofbuchhandlung, Karlsruhe i. Baden, die der Beachtung der Leser empfohlen wird.

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

Nr. 7 12. Jahrgang August/September 1920

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Anzeigen: 1/1 Seite M. 260.—, 1/2 Seite M. 150.—, zweigespaltene Millimeterzeile M. 1.40. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger
Professor, Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

in Verbindung mit

Dr. Hans Platzer
Regierungsrat im Reichswirtschaftsministerium in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth
Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Von dem Deutschen Statistischen Zentralblatt erscheinen jährlich 10 Nummern in 5 Heften. Der Preis beträgt für das 1. Halbjahr 1920 M. 10.— für das 2. Halbjahr M. 16.—.

Inhalt: *Zu P. E. Fahlbecks 70. Geburtstag*, S. 105. — *Über Teuerungsstatistik und Indexziffern*, S. 107. — *Aus der statistischen Literatur:* Nachholung von Eheschließungen, S. 111. — Landwirtschaftliche Gesamtstatistik für Preußen, S. 112. — Zur Gesundheitsstatistik, S. 113. — Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien, S. 113. — *Vermischte Mitteilungen:* Deutsche Statistische Gesellschaft, S. 115. — Veränderungen bei den Statistischen Ämtern, S. 115. — Ein neues Organ für Statistik, S. 115. — Die Steinach'sche Verjüngungsmethode und die Statistik, S. 116. — *Eingelaufene Schriften*, S. 117. — *Fragekasten*, S. 119.

Zu P. E. Fahlbecks 70. Geburtstag.

Von Professor Dr. **Georg v. Mayr**, Unterstaatssekretär z. D.

Die Deutsche Statistische Gesellschaft darf und will den 15. Oktober 1920 nicht vorübergehen lassen, ohne eines ihrer hervorragendsten Mitglieder, eines um die wissenschaftliche Anerkennung und Wertung der Statistik hochverdienten Mannes, des Schweden Pontus Erland Fahlbeck, der an diesem Tage das 70. Lebensjahr vollendet, mit den herzlichsten Wünschen für seinen weiteren Lebensgang zu gedenken. Zur vollen Begründung dieser Wünsche sei es mir gestattet, einen Rückblick auf Fahlbecks wissenschaftliche Leistungen zu werfen.

Nach einem fünfjährigen Hochschulstudium an der Universität in Lund wurde er im Jahre 1880 dort zum Dr. phil. promoviert und in demselben Jahre als Dozent der Geschichte in den Lehrkörper aufgenommen, weiterhin im Jahre 1889 ebendaselbst zum a. o. Professor der Geschichte und der Staatswissenschaften, im Jahre 1902 zum a. o. Professor der Staatswissenschaften und Statistik und schließlich 1909 zum Ordinarius der beiden letzterwähnten Fächer ernannt, in welcher Stellung er bis zum Jahre 1915 aktiv in Lund wirksam war.

Fahlbecks reiche literarische Tätigkeit ist ein getreues Gebilde seines wissenschaftlichen, auch in der Reihenfolge seiner Nominalfächer als Lehrer und Forscher zum Ausdruck kommenden Werdegangs, der außerdem auch durch rege Teilnahme an den aktiven politischen Strömungen seines Vaterlandes gekennzeichnet ist. Als Mitglied der konservativen Partei ist er „konservativ" auf dem politischen Gebiete im engeren Sinne, dagegen ausgesprochen „liberal" auf dem staatswissenschaftlichen Gebiet, und „Protektionist" im Sinne der Wahrung der Grundsätze des Solidarschutzes in wirtschaftspolitischen und damit zusammenhängenden sozialpolitischen Fragen. Auch als praktischer Politiker war Fahlbeck von 1902—1912 tätig als Mitglied der ersten Kammer des schwedischen Reichstags. Schon vorher hatten seine erfolgreichen staatswissenschaftlichen Schriften, die auch in das Gebiet des öffentlichen Rechtes einschlugen, der Universität Kopenhagen Anlaß gegeben, ihn zum Ehrendoktor der Rechte zu ernennen. In den Fragen der großen Politik hat er allezeit seiner festen Überzeugung von der hervorragenden Bedeutung des Deutschen Reiches für die politische Gesamtgestaltung von Europa Ausdruck gegeben.

Als Mann der Wissenschaft finden wir Fahlbeck seit vier Jahrzehnten in reichem Maße erfolgreich literarisch tätig sowohl auf dem Gebiete der Staatswissenschaften im wörtlichen Sinn, d. i. jener, die mit dem Wissen vom Staat in irgendwelcher Weise sich beschäftigen, als auch weiter auf dem Gebiet der Staatswissenschaften im übertragenen Sinne, unter denen als die ältere Wissensgruppe der Wirtschaftswissenschaften, weiter aber die Soziallehre mit der Sozialpolitik und die Statistik gelagert sind. Die folgende knappe Überschau soll den Lesern dieser Zeilen einen Eindruck vom literarischen Werdegang Fahlbecks gewähren; mögen sie daraus ersehen, wie, ausgehend von der Geschichte, die staatswissenschaftlichen Schriften im engeren Sinne, sodann seine wirtschaftswissenschaftlichen und sozialpolitischen Schriften sich entwickelt haben, um dann schließlich das Wissensgebiet der Statistik zu behandeln und noch in neuester Zeit mit einer entscheidenden wissenschaftlichen Klärung zu einer grundlegenden Frage über Wesen und Wertung der Statistik als Wissenschaft Stellung zu nehmen.

1. Historisch war Fahlbecks Erstlingswerk: Kritische Studien über des fränkischen Reiches älteste Gesellschaftsschichtung (1880, schwedisch, übersetzt ins Französische 1883).

2. Von den staatswissenschaftlichen Schriften im engeren Sinn seien hervorgehoben: Regierungsformen 1809—1909, ein Verfassungsjubiläum (1909, schwedisch). — Die Grundzüge der schwedischen Verfassung (Jahrbuch der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft usw. VIa, VIIb, — Regierungsformen in historischer Beleuchtung, Stockholm (1910, schwedisch, übersetzt ins Deutsche 1910). — Außerdem zahlreiche Aufsätze in der *Statsvetenskaplig Tidskrift*, zuletzt Klassen- und bürgerliche Gesellschaft (1920, schwedisch). — (Diese staatswissenschaftliche Zeitschrift hatte Fahlbeck im Jahre 1897 in Verbindung mit den Professoren C. A. Reutersköld, O. Halin und H. Blomberg gegründet; seit 1909 war er Alleinherausgeber dieser Zeitschrift, die im Jahre 1919 an eine Stiftung Fahlbecks an die Universität Lund übergegangen ist und seitdem gemäß der Stiftungsurkunde von einem Kollegium der Professoren der Staatswissenschaften an dieser Universität herausgegeben wird.)

3. Als wirtschaftswissenschaftliche Schriften sind insbesondere zu verzeichnen: Schwedens Nationalvermögen, dessen Größe und Zunahme; Stockholm 1890, (schwedisch, ins Französische übersetzt 1892) — Das Finanzwesen Schwedens (1894) im „Finanzarchiv" von Schanz, Jahrg. 11. — Die volkswirtschaftliche Literatur Skandinaviens im 19. Jahrhundert 1908 (in der Festschrift für G. Schmoller I.) — *La richesse nationale de la Suède (Com-*

Digitized by Google

munication à la XIII. Session de l'Inst. Intern. de Statistique, Wien 1913).

4. In das Gebiet der Sozialpolitik schlagen ein: Der Neomalthusianismus 1903 (Zeitschrift für Sozialwissenschaft Bd. 6) — Die sozialen Klassen *(Bulletin de l'Institut international de Statistique T. 18).* — Der Neomalthusianismus in seinen Beziehungen zu Rassenbiologie und Rassenhygiene (1912, Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie. Jahrgang 9.) Stände und Klassen, ein sozialpolitischer Überblick, Lund 1892 (schwedisch).

5. Statistik: Die statistischen Typen oder Regelmäßigkeiten in den menschlichen Erscheinungen; ein Beitrag zur Theorie der Statistik, Lund 1897 (schwedisch) abgekürzt, französisch im *Journal de la Société de statistique de Paris* 41. Année Nr. 6. — Schwedens Adel, Statistische Untersuchung I. 1898, II. 1902 (schwedisch) in deutscher Übersetzung 1903. (Eine einzigartige hervorragende wissenschaftliche Leistung auf dem Gebiete der leider sehr vernachlässigten Ständestatistik, die geradezu von klassischer Bedeutung ist.) Einige Ergebnisse der Statistik der Zivilrechtspflege in Schweden (1903, französisch) im *Circulaire Nr. 43 de l'Institut internat. de statistique.* — Niedergang und Untergang der Völker (französisch) im *Bulletin de l'Institut intern. de Statistique* T. 15. 1906. — Der Geburtenrückgang (1913 in der Zeitschrift für Politik Bd. 6). — Statistik und die numerischen Erkenntnismethoden (schwedisch, 1918).

Ganz besonders aber ist hier zu erwähnen der in diesem Deutschen Statistischen Zentralblatt im Jahrgang 1916 Nr. 4/5 erschienene Aufsatz Fahlbecks über die Statistik als selbständige Wissenschaft. Mit dieser Darlegung hat Fahlbeck in der Erörterung einer neuzeitlich wieder aufgetauchten alten Streitfrage geradezu den Nagel auf den Kopf getroffen und gegenüber erkenntnistheoretischen und hypermathematischen Spitzfindigkeiten das dem gesunden Menschenverstand wohltuende erlösende Wort gefunden. Zutreffend stellt er als Schlußergebnis fest, daß die Statistik keine Methode ist, weder eine allgemeine Forschungsmethode noch eine besondere mathematische, daß sie vielmehr eine selbständige Wissenschaft ist sowohl auf Grund ihres besonderen Wissensgebietes als auch auf Grund ihrer besonderen Methode im engeren und weiteren Sinne. Zutreffend analysiert Fahlbeck dabei die irreführende Übertragung des Namens der Wissenschaft auf die von ihr angewendete Methode; auch bringt er gelegentlich eine vortreffliche Charakterisierung der „Kinderkrankheiten" der Soziologie.

Daß Fahlbeck nicht nur theoretisch sondern auch praktisch für die Wissenschaft der Statistik sich ins Zeug legt, ist auch daraus zu entnehmen, daß er im verflossenen Jahre der Universität Åbo 500000 finn. Mark zur Gründung eines statistischen Lehrstuhles gestiftet hat.[1]) Nach allem, was hier nur in kurzer Andeutung über Fahlbecks bisherigen Lebensgang mitgeteilt werden konnte, ist es wohl begreiflich, daß die Vereinigungen statistischer und staatswissenschaftlicher Forscher und Praktiker Gewicht darauf legen, ihn zu ihren Mitgliedern zu zählen; so ist er seit 1901 Mitglied der Pariser Statistischen Gesellschaft, seit 1902 des Internationalen Statistischen Instituts, seit 1912 der Amerikanischen Akademie der politischen und sozialen Wissenschaft in Philadelphia und seit 1916 der Deutschen Statistischen Gesellschaft; auch ist er Mitglied der schwedischen Literaturgeschichtlichen und Archäolog. Akademie.

Bei diesem Ausblick auf Fahlbecks bisherigen Lebensgang ist es sachlich wohl begründet, daß in diesem Deutschen Statistischen Zentralblatt, das ein Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft ist, des Mitglieds Pontus Fahlbeck mit besonderer Innigkeit gedacht wird und ihm für sein weiteres Lebenswerk gleiche erfolgreiche wissenschaftliche Betätigung wie bisher gewünscht wird an der Seite seiner lieben Frau und im Verein mit seinen beiden Söhnen und seiner Tochter, die alle drei dem Vater nachfolgend wissenschaftlichen Studien sich gewidmet haben.

[1]) Siehe D.St.Z. 1919, S. 190. *Schriftl.*

Über Teuerungsstatistik und Indexziffern.

Von Privatdozent Dr. **Rudolf Meerwarth** in Berlin.

Auf den Wunsch eines der Herausgeber des Deutschen Statistischen Zentralblatts begleite ich die im Auftrag des Reichsarbeitsministeriums berechneten und jüngst in den Vierteljahrsheften zur Statistik des Deutschen Reichs (1920, Heft I) veröffentlichten Teuerungszahlen mit einigen Randbemerkungen.

Um den Sinn der Teuerungszahlen richtig deuten zu können, ist ein kurzer Rückblick auf die Art der Berechnung dieser Ziffern angebracht. Zunächst werden für alle Gemeinden mit 10000 und mehr Einwohnern die Preise einer Reihe von Lebensnotwendigkeiten ermittelt; es werden 34 verschiedene Lebensmittel, 6 verschiedene Brennstoffe, 2 Beleuchtungsstoffe und eine Wohnung von 2 Zimmern und Küche herangezogen. Da, bereits in der zweiten Hälfte des Krieges und noch mehr in der Übergangswirtschaft neben den amtlich festgesetzten Preisen die im Schleichhandel gezahlten Preise eine immer größere Wichtigkeit erlangt haben, ging man von vornherein darauf aus, neben den amtlichen Preisen auch für eine Reihe von Waren, in denen der Schleichhandel blühte, die Schleichhandelspreise mit zu erfassen. Die Erhebung wird vom Statistischen Reichsamt in Verbindung mit den Statistischen Landesämtern durchgeführt; die Landesämter können für ihre Zwecke auch kleinere Gemeinden in die Erhebung einbeziehen. Die Erfassung der amtlichen Höchstpreise bereitet keine Schwierigkeiten; hingegen war es zunächst recht schwer, die tatsächlich gezahlten Schleichhandelspreise zu ermitteln. Mit der Zeit hat sich jedoch jede Gemeinde ein besonderes Verfahren der Erfragung zurechtgelegt, das eine leidlich gute Erfassung gewährleistet. Überblickt man die Preise von Waren, die der Schleichhandel besonders begünstigt, wie Butter oder Fleisch, so hat man den Eindruck, als ob die Ergebnisse in großem Umfang wenigstens plausibel seien. Fast noch schwieriger als die Ermittlung der Schleichhandelspreise erscheint die Ermittlung des durchschnittlichen Mietspreises der vorgesehenen Wohnung.

Man könnte nun nach englischem Vorbild (*Economist*) versuchen, aus diesen Preisangaben für jede einzelne Stadt Preisindexziffern zu bilden. Man addiert allmonatlich sämtliche Preise einer Stadt, setzt die auf diese Weise im Anfangsmonat gewonnene Summe gleich 100 und rechnet die späteren Summen darnach um. Man könnte dann aus der Berechnung der Indexziffern von Monat zu Monat nach der üblichen Ausdrucksweise die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes, die Entwicklung des Geldwertes ablesen. Die oft gehörte Wendung von der Entwertung des Geldes ist nur ein anderer Ausdruck für Steigen des Preisniveaus: der Geldwert ist das Spiegelbild des Preisniveaus. Die Entwicklung des Preisniveaus wurde während des Krieges und nach dem Krieg von einer Richtung aus entscheidend bestimmt: durch die Geld- oder, wenn man will, Kreditinflation. Es wurde auf künstlichem Weg neue Kaufkraft geschaffen: durch die Ausgabe neuer Zahlungsmittel wurde die Kaufkraft aufgebläht, also nicht vermehrt durch eine Steigerung der Produktion oder Verbesserung der Produktionsmethoden. Die Ursache für das Steigen des allgemeinen Preisniveaus liegt fast ausschließlich „auf der Geldseite". Da also eine einzige Kraft letzten Endes alle Preise nach einer Richtung, also in die Höhe treibt, ist man berechtigt, das Ausmaß dieser Bewegung, den Umfang der Geldentwertung an der Bewegung der Indexziffern, welche das jeweilige Preisniveau in einer Zahl wiedergeben, abzulesen. So wird in der Tat beispielsweise in England der Gang der Geldentwertung auf Grund der Bewegung der Indexziffern in kurzen

Digitized by Google

Zwischenräumen mitgeteilt. Es ist bei freier Preisentwicklung, wie sie in England tatsächlich vor sich geht, gar nicht notwendig, die Preise zu „wiegen"; man muß nur dafür sorgen, daß möglichst viel Preise in die Indexziffer einbezogen werden.

In Deutschland findet aber für entscheidend wichtige Waren (viele Lebensmittel, Wohnungspreise usw.) keine „freie" Preisentwicklung statt. Die Preise dieser Waren werden durch gesetzgeberische Maßnahmen hintangehalten. Man kann mit anderen Worten für Deutschland die tatsächlich vor sich gehende Entwertung des Geldes mit Hilfe der aus amtlichen Höchst- oder Mindestpreisen gebildeten Indexziffern in ihrem Ausmaß nicht darlegen. Man könnte allerdings den Versuch machen, die Geldentwertung mit Indexziffern, die aus den freien Preisen einschließlich der Schleichhandelspreise berechnet sind, in ihrer Bewegung aufzuzeigen. Für diesen Zweck wäre eine Veröffentlichung der von den statistischen Zentralstellen ermittelten freien und Schleichhandelspreise angebracht.

Wie kann nun Deutschland die ermittelten Preise weiter verwerten, wenn sie in ihrer Mehrzahl nicht dazu geeignet sind, den wirklichen Gang der Geldentwertung anzugeben? Man ging derart vor, daß man für eine fünfköpfige Familie (2 Erwachsene und 3 Kinder im Alter von 12, 7 und $1^1/_2$ Jahren) einen vierwöchentlichen Normalverbrauch aufstellte. Also Verbrauch an Brot 47 000 g, an Mehl, Nährmittel usw. 15 000 g, an Kartoffeln 70 000 g usw. Diese Mengen (47 000 g usw., nannte man Wertigkeitszahlen. Man verzichtete vorerst darauf, für die an sich recht wichtigen Bekleidungsgegenstände Wertigkeitszahlen aufzustellen, vor allem deshalb, weil es unmöglich war, Qualitäten zu ermitteln, die in gleicher Art in jeder Gemeinde wiederkehren. Es war unmöglich, eine Anzugsqualität oder Hemdenqualität aufzustellen, die in jeder der einbezogenen Gemeinden wirklich verkauft und verbraucht wurde. Frage: Was stellen diese Mengenzahlen, diese Wertigkeitszahlen dar? Man hat erwidert: Das Existenzminimum der fünfköpfigen Familie, allerdings ohne die wichtigen Kleider, Schuhe, Hemden, Strümpfe, Fahrkosten usw. Dagegen ist einzuwenden, daß es sich hier nur um ein „theoretisches" Existenzminimum handeln kann. Tatsächlich ist das wirkliche Existenzminimum in den einzelnen Gemeinden und Gegenden des Deutschen Reiches nicht gleich, nicht einheitlich. Die Familie an der Wasserkante hat ein nach Quantität und Qualität anders geartetes Existenzminimum wie die Familie in Süddeutschland; die Familie in der Großstadt ein anderes wie die Familie auf dem Land. Die Bergarbeiterfamilie ein anderes wie die Schneiderfamilie, diese wieder ein anderes wie die Familie eines Textilarbeiters oder eines Beamten. Es liegt also kein Existenzminimum vor, nach dem irgendwo tatsächlich gelebt wird; es liegt auch kein ideales Existenzminimum in dem Sinne vor, daß nach ihm eigentlich überall und von allen Bevölkerungsschichten gelebt werden sollte. Es liegt ein einem Durchschnittsexistenzminimum angenäherter konstruierter Normalbedarf einer fünfköpfigen Familie an bestimmten Lebensunterhaltsmitteln vor, der von vornherein für alle einbezogenen Gemeinden als gleich angenommen ist. In dieses Reichsnormalbudget werden nun in jeder Gemeinde die dort ermittelten Preise eingesetzt; aus den einzelnen Produkten (Wertigkeitszahl mal Preis des Gegenstandes) wird für jede Gemeinde allmonatlich eine Summe, die Teuerungszahl, berechnet. Darnach kann man die Teuerungszahl einer Gemeinde im ersten Monat gleich 100 setzen und die Teuerungszahlen der folgenden Monate darnach umrechnen. Man kann das Verfahren, das zur Teuerungszahl eines Ortes führt, auch so kennzeichnen: Die für den Ort ermittelten Preise der vorgesehenen Bedarfsgegenstände werden mit den für jeden Bedarfsgegenstand vorgesehenen Mengen des Reichsnormalbudgets gewogen oder gewichtet. Der Beschreibung des Verfahrens zur Gewinnung der Teuerungszahlen läßt sich bereits entnehmen, welche Verwendungsmöglichkeit für die Teuerungszahlen gegeben ist. Sie lassen sich dazu verwenden, die Gemeinden in sogenannte Teuerungsklassen oder Ortsklassen einzureihen, wie sie für Tarifverträge, für die Beamtenbesoldungsordnung usw. gebraucht werden. Man kann sich zum besseren Verständnis an folgende Konstruktion halten: Eine fünfköpfige Normalfamilie mit dem Bedarf des Reichsnormalbudgets wird von einer Gemeinde zur andern versetzt; die für jede Gemeinde berechnete Teuerungszahl gibt an, welche Geldmittel sie in einer jeden Gemeinde aufwenden müßte, um ihren immer gleichbleibenden Bedarf an den vorgesehenen Bedarfsgegenständen zu befriedigen.

Leider geht die Errechnung der Teuerungszahl einer jeden Gemeinde nicht so einfach vor sich wie sie eben geschildert worden ist. Tatsächlich wird zurzeit in Deutschland nur ein Teil der Bedarfsmenge eines jeden Gegenstandes, welche die Wertigkeitszahl zum Ausdruck bringt, durch die amtlich zugeteilte Ration zu dem amtlichen Höchstpreis gedeckt; der zweite Teil muß theoretisch und praktisch im Schleichhandel zum Schleichhandelspreis oder im freien Handel zum Handelspreis hinzuerworben werden. Diesem Vorgang der Wirklichkeit trägt die Statistik dadurch Rechnung, daß sie von den einzelnen Gemeinden auch die amtlich verteilten Rationen verlangt und die amtlichen Preise mit diesen Rationen gewichtet, daß sie ferner die Restmenge (Wertigkeitszahl weniger amtliche Ration) mit dem Schleichhandelspreis gewichtet. Entscheidend ist nun aber, daß die Verteilung der rationierten Lebensmittel zurzeit in Deutschland ganz uneinheitlich ist. Die Rationen sind aus den verschiedensten Gründen von Gemeinde zu Gemeinde (auch zur Nachbargemeinde) außerordentlich verschieden; sie schwanken ferner in der gleichen Gemeinde selbst von Woche zu Woche. Diese Tatsache hat für die Berechnung der Teuerungszahlen eine Reihe tiefgreifender Wirkungen: Es kann vorkommen, daß je nach der Höhe der amtlich zugeteilten Ration Gemeinden, die nahe beieinander liegen, verschiedenen Teuerungsklassen zugewiesen werden müssen; es kann ferner vorkommen, daß ein und dieselbe Gemeinde je nach der Höhe der amtlichen Ration von Monat zu Monat verschiedenen Teuerungsklassen zugewiesen werden muß. Ist die amtlich zugeteilte Ration, die mit dem verhältnismäßig niedrigen Höchstpreis gewichtet wird, verhältnismäßig groß, so ist die Restmenge (Wertigkeitszahl weniger amtliche Ration), die mit dem hohen Schleichhandelspreis gewichtet wird, gering: die Teuerungszahl ist verhältnismäßig niedrig. Ist die amtliche Ration verhältnismäßig niedrig, so ist die Restmenge groß: die Teuerungszahl ist verhältnismäßig hoch. So finden die recht niedrigen Teuerungsziffern einer Reihe oberschlesischer Städte vor allem darin ihre Erklärung, daß dort in der letzten Zeit verhältnismäßig hohe amtliche Rationen verteilt worden sind. Die errechneten Teuerungsziffern sind also an sich nicht falsch; sie finden in der Eigenart der amtlichen Verteilung ihre Begründung. Nur wechseln sie von Monat zu Monat so stark, daß die Bildung von Ortsklassen nur für ganz kurze Zeiträume einwandfrei möglich ist. Mit dem allmählich vor sich gehenden Abbau der Zwangswirtschaft werden jedoch die durch die wachsende ungleichmäßige Verteilung bedingten Schwierigkeiten wegfallen.

Hervorzuheben ist schließlich noch ein Umstand, welcher zur Folge hat, daß die Errechnung der Teuerungsziffer stark vom subjektiven Ermessen des Bearbeiters abhängig ist. Bei einer Reihe von Bedarfsgegenständen (man denke an Kartoffeln, Gemüse usw.) kann es vorkommen, daß am Ort neben der amtlich verteilten Menge überhaupt keine andere Menge zu beschaffen ist; neben der amtlich verteilten Kartoffelration sind zur Deckung der Restmenge auch Kartoffeln nicht im Schleichhandel zu haben. Die Fehlmengen müssen aber durch andere Bedarfsgegenstände ersetzt werden,

Digitized by Google

etwa durch bestimmte Mengen Nährmittel, Gemüse usw. Je nach dem Ersatzgegenstand und der Ersatzmenge, welche der Bearbeiter zur Deckung der Fehlmenge auswählt, kann die Stadt in die eine oder in die andere Ortsklasse fallen. Gerade die „Ersatzfrage" wird in Zukunft noch starke Schwierigkeiten bereiten.

Es ergibt sich als Folgerung, daß die durch die amtliche Statistik gewonnenen Teuerungszahlen bei Verhandlungen über die Aufstellung von Ortsklassen eine wertvolle Unterlage bilden, die jedoch nicht kritiklos benutzt werden darf. Insbesondere muß den Bearbeitern der Teuerungszahlen, welche die Entstehung der Zahl genau verfolgt haben und deren Bedeutung und Wesen kennen, ein gewichtiges Wort bei den Beratungen eingeräumt werden.

In jüngster Zeit hat man endlich versucht, die Teuerungszahlen noch einem anderen Zweck dienstbar zu machen; sie sollen die Unterlagen zum Ausbau des Systems der gleitenden Lohnskalen liefern. Den Arbeitern wird ein bestimmter Lohn bezahlt; daneben wird ihnen aber noch ein von Zeit zu Zeit wechselnder Zuschlag gewährt, der den „gestiegenen Preisen" Rechnung tragen soll. Man kann wie folgt argumentieren: Die Arbeiter eines bestimmten Industriezweiges sollen einen bestimmten Lohn erhalten; da jedoch der Geldwert in kurzen Fristen sinkt, muß ein der jeweiligen Geldentwertung entsprechender Aufschlag gezahlt werden. Es wurde bereits früher darauf hingewiesen, daß es bei den vielfach gebundenen, in ihrer Auswirkung gehemmten Preisen, die Deutschland zurzeit hat, nicht möglich ist, die Geldentwertung einwandfrei zu berechnen. Man könnte aber so vorgehen, daß man für den Ort und den in Frage stehenden Industriezweig die Teuerung von Zeitpunkt zu Zeitpunkt möglichst eingehend und den tatsächlichen Verhältnissen des Ortes und der Arbeiterschaft des Industriezweigs angepaßt berechnet. Man stellt also für den Ort und Industriezweig besondere Budgets auf, welche den individuellen Verhältnissen Rechnung tragen; läßt durch eine Kommission von Arbeitgebern und Arbeitern möglichst genau die Preisentwicklung und qualitative Veränderung der Bedarfsgegenstände verfolgen, zieht vor allem auch die für die Arbeiterschaft besonders wichtigen Bekleidungsgegenstände ein. Nur durch eine solche, den individuellen Verhältnissen angepaßte Beobachtung der Preisbewegung und Teuerung läßt sich für den gegebenen Zweck ein beweiskräftiges Ergebnis gewinnen. Eine unter Zugrundelegung des Reichsnormalbudgets von einer fernen Zentralstelle berechnete Teuerungszahl ist meines Erachtens für die Zwecke des Ausbaus der gleitenden Lohnskala vorerst nicht brauchbar. Mit diesen statistischen Betrachtungen ist selbstverständlich zum System der gleitenden Lohnskala überhaupt keine Stellung genommen.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Nachholung von Eheschließungen. Unter den Störungen, die die Bevölkerungsentwicklung der kriegführenden Länder erfahren hat, ist diejenige durch den Ausfall an Heiraten während des Krieges wenigstens zu einem Teil nur als zeitliche Verschiebung zu betrachten, da nach Kriegen regelmäßig die meisten aus dem Felde Heimkehrenden die aufgeschobene Eheschließung nachzuholen pflegen. In der Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes 1920 werden die Heiratszahlen aus der Nachkriegszeit daraufhin untersucht, zu welchem Teile sie als Nachholungen des Kriegsausfalls aufzufassen sind. Insgesamt ergab sich für Sachsen, wo in der letzten Friedenszeit jährlich etwa 40000 Ehen geschlossen wurden, während der gesamten Kriegszeit ein Ausfall von rund 60000; um so viel Ehen wären bis Ende 1918 im Falle der Fortdauer jener Friedensnorm mehr eingegangen worden. Die fehlenden zerfallen nun in solche, deren Nachholung durch den Kriegstod unmöglich gemacht ist, und die übrigen. Wieviel von dem Ausfall von 60000 auf Kriegsgefallene trifft, läßt sich auf Grund der Heiratstafel in der „Statistik des Deutschen Reiches" Bd. 275 und mittels der für Sachsen gegebenen Gliederung der Gefallenen nach Alter und Zivilstand schätzen. Von den 75400 gefallenen ledigen Männern, die meist erheblich unter dem durchschnittlichen Heiratsalter von 27 Jahren standen, würden demnach 10500 bis Ende 1918 geheiratet haben. Weiter ergibt sich für das Jahr 1919 eine Zahl von 6000 Heiraten, die Kriegstote eingegangen haben würden, als unwiederbringlicher Verlust; die für 1919 zu erwartende Normalheiratszahl beträgt somit statt 40000 nur 34000. Nun sind in diesem Jahre 59000 Ehen, d. i. 25000 mehr als die Norm, geschlossen worden; so hoch also dürfte sich die Zahl der bis dahin tatsächlich nachgeholten unter den überhaupt nachholbaren Ehen belaufen, sofern nicht etwa auch eine Vermehrung solcher Ehen im Spiele ist, die in jüngeren als dem Durchschnittsalter eingegangen wurden. Die für 1920 berechnete Normalzahl der Eheschließungen ist 33600. Das 1. Halbjahr brachte deren bereits 37000, so daß, abgesehen von dem genannten Vorbehalt, nur noch etwa 4300 nachholbare Ehen fehlen und ein baldiges Abebben der Heiratshochflut zu erwarten ist.

Um die Ursachen des derzeitigen Wohnungsmangels, der durch das bisherige Brachliegen der Bautätigkeit und die große Zahl neuer Eheschließungen entstanden ist, statistisch näher untersuchen zu können, bedürfte es der Kenntnis nicht nur der Zahl der neu zuwachsenden Haushaltungen, wie sie durch die Eheschließungen annähernd richtig gekennzeichnet sein dürfte, sondern auch der aufgelösten. Letztere festzustellen und damit den Zu- und Abgang an Haushaltungen zu erfassen, ist allerdings schwierig und bis jetzt meines Wissens noch nicht versucht worden. Die Auflösung einer Ehe durch Tod oder Scheidung bedeutet ja für sich allein keineswegs das Verschwinden eines Haushalts, ebensowenig wie der Tod eines Witwers oder einer Witwe. *E. W.*

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Landwirtschaftliche Gesamtstatistik für Preußen. Von den im (früheren) Preuß. Ministerium f. Landwirtschaft, Domänen und Forsten bearbeiteten Nachweisungen aus dem Gebiete der landwirtschaftlichen Verwaltung von Preußen ist der Jahrgang 1918 erschienen. In den Übersichten, aus denen das Buch besteht, sind die staatlichen Mittel angegeben, die Preußen im Rechnungsjahr 1918 zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft und zur Hebung der Fischerei bereitgestellt hatte. Außerdem geben die Übersichten noch über den Stand und die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Lehranstalten, über die Landwirtschaftskammern, über die Ertragsverhältnisse der wichtigsten Feldfrüchte im Jahre 1918 und über verschiedene mit der Land- und Forstwirtschaft in Zusammenhang stehende Fragen zahlenmäßige Auskunft. Es sind schon verschiedene Jahrgänge von diesen Nachweisungen erschienen, so daß Vergleiche einen gewissen Einblick in die Entwicklung der Landwirtschaft in Preußen gewähren. *R. Georgi* (Dresden).

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Zur Gesundheitsstatistik. Den von A. Fischer (Karlsruhe) herausgegebenen „Sozialhygienischen Mitteilungen" werden Ergänzungsschriften als „Sozialhygienische Abhandlungen" beigegeben. Das erste Heft bringt eine Abhandlung über „Die zukünftigen Aufgaben der Gesundheitsstatistik" von Sanitätsrat Dr. Prinzing (Karlsruhe, C. F. Müller, 1920), wobei diese Bezeichnung als Verdeutschung für medizinische Statistik gebraucht ist. Da die soziale Hygiene es ihrem Wesen nach mit Massen zu tun hat, so ist ihre natürliche Grundlage die

Digitized by Google

Statistik. Daher sollte wenigstens an den größeren Hochschulen Gelegenheit gegeben sein, sich mit den Grundzügen der Gesundheitsstatistik vertraut zu machen. Vorerst ist dies nur an wenigen Hochschulen möglich; höhere Mathematik ist hierzu nicht nötig. Zu den einzelnen Aufgaben der Gesundheitsstatistik gehört eine baldige Aufarbeitung der reichen Erfahrungen auf therapeutischem und hygienischem Gebiet während des Krieges. Die Vorschläge zur Verbesserung der Geburtenstatistik decken sich mit den oft in der Bevölkerungsstatistik aufgestellten Forderungen. Ein Ausbau der Statistik der Fehl- und Totgeburten ist nötig; Zählungen der Fehlgeburten können nur von einzelnen Städten vorgenommen werden, allgemeine Zählungen sind als ganz unvollständig zu verwerfen. Eine Konstitutionsstatistik gibt es noch nicht, da die Beurteilung der Konstitution sehr schwierig ist und dem subjektiven Ermessen ein großer Spielraum bleibt. Genaue Erhebungen über alle vom Schulbesuch befreiten Kinder und über die Ursachen dieser Befreiung würden eine wertvolle Erweiterung der schulärztlichen Untersuchungen sein. Eine Erkrankungsstatistik mit Einschluß des Berufs könnte von größeren Krankenkassen unternommen werden. Die Kosten sind allerdings erheblich, da eine richtige Durchschnittszahl der Mitglieder erhoben werden muß (Personalkarte, oder wenigstens Zählungen am 1. Januar und 1 Juli); namentlich fehlt eine Statistik der Erkrankungen der weiblichen Erwerbstätigen, vor allem der Verheirateten unter ihnen. Eine der ersten Forderungen ist eine bessere Ausgestaltung der Todesursachenstatistik in Deutschland; sie muß einheitlich geregelt werden. Dazu gehört die gesetzliche Einführung der Leichenschau, wo irgend angängig durch Ärzte, und eine gesetzliche Verpflichtung des behandelnden Arztes, die Todesursache so genau als möglich den Behörden mitzuteilen. Die Ungleichheit der Auszählung der Todesursachen an verschiedenen amtlichen Stellen muß beseitigt werden. Ein wichtiges Kapitel ist die Ernährung in der Gesundheitsstatistik geworden; für eine wissenschaftlich brauchbare Erhebung von Haushaltrechnungen sind neue Grundlagen aufzustellen. Für die Frage der Vererbung sind in den letzten zwei Jahrzehnten andere Methoden entstanden. Dabei ist noch vieles unsicher; mit der höheren Mathematik vertraute Privatstatistiker finden hier ein weites Feld der Betätigung. Ein statistischer Maßstab der Häufigkeit der Entartungserscheinungen fehlt noch; dies ist um so mehr zu bedauern, als durch den Krieg der Prozentsatz der Minderwertigen in der ganzen Bevölkerung infolge des Verlustes so vieler kräftiger, körperlich und geistig gesunder Männer zweifellos gewachsen ist.

XXVII. Organisation, Geschichte, Theorie, Technik der Statistik.

Theorie und Lehrbücher der Statistik.

Die Reform der staatswissenschaftlichen Studien, schon vor dem Krieg dringlich, unaufschiebbar dank seinem Ausgang, behandelt der von J. Jastrow herausgegebene, fünfzig Gutachten von Fachmännern enthaltende Band 160 der Schriften des Vereins für Sozialpolitik. Dem Lehrfach Statistik, das ungeachtet allen Streits der Begriffsbestimmungen durchweg als Bestandteil der Staats- und Gesellschaftswissenschaften gilt, sind drei eigene Gutachten von Vertretern des Fachs, außerdem zahlreiche Äußerungen anderer Gutachter gewidmet. Von den hauptamtlichen Vertretern der Nationalökonomie haben Wilbrandt und Ad. Weber sich eingehender mit der Stellung der Statistik im Studiengang der künftigen Volkswirte beschäftigt. Wilbrandt will diesen Studiengang durch ein praktisches Jahr in zwei Hälften zerlegt wissen; in der ersten Studienhälfte sei die Fülle statistischer Tatsachenmassen aufzunehmen und das Lesen der Statistik zu erlernen, während der zweiten habe die Vertiefung in Theorie und Praxis der Statistik einzusetzen mit dem Ziel, selber Statistiken anlegen zu können. Bei solcher Ausbildung würden dann freilich wohl Klagen, wie die von Syndikus Dr. Hübener, verstummen müssen, daß „die jungen Doktoren der Staatswissenschaften häufig noch nicht einmal in den Publikationen des Statistischen Reichsamts Bescheid wissen und sich vollends nicht darüber klar sind, wie statistische Arbeiten zustande kommen". Bemerkenswert sind auch die Ausführungen von Prof. Binz über die Bedeutung der Statistik für das technologische Studium der Nationalökonomen. „Wollte man" — so meint er — „ein Buch über Wirtschaftschemie schreiben, so könnte man ihm auch den Untertitel geben: Chemischer Kommentar zur Produktions- und Handelsstatistik".

Von den drei selbständigen Gutachten über die Statistik als Lehrfach berücksichtigt das von L. v. Bortkiewicz beigesteuerte vorwiegend die Allgemeine Theorie und die Bevölkerungsstatistik, jenes von Günther die praktische Statistik, während Zahn sich hauptsächlich über deren staatspolitische Bedeutung vernehmen läßt. Bortkiewicz untersucht zunächst an Hand einer auf die Jahre 1874/77 bezüglichen Studie von Adolph Wagner und auf Grund der bekannten Enquete der Deutschen Statistischen Gesellschaft aus dem Jahre 1911/12 die tatsächliche Gestaltung und Entwicklung des statistischen Unterrichts an den reichsdeutschen Universitäten, soweit dies eben bei der Dürftigkeit der Unterlagen möglich ist, und setzt sich dann mit den Einwendungen gegen die Verselbständigung der Statistik im Unterrichtsbetrieb auseinander. Vom didaktischen Standpukt aus und im Hinblick auf den tatsächlichen Zustand des Unterrichtsbetriebs kommt er zu dem Ergebnis, daß mindestens die allgemeine Theorie der Statistik, die Bevölkerungs-, die Moral-, und bis zu gewissem Grade auch trotz aller Kollisionen mit der praktischen Nationalökonomie die Wirtschaftsstatistik [1]), und zwar diese drei nach Methode und Stoff, als Sondervorlesungen erwünscht seien. Zur Durchführung dieses Programms empfiehlt Bortkiewicz eine weitergehende Spezialisierung der Lehraufträge für Statistik in Personalunion mit irgendeinem anderen Fach; drei bis vier Stunden Statistik im Semester, von den Übungen abgesehen, hält er für genügend. In die Losung „Selbständige Professuren für Statistik" vermag B. nicht einzustimmen, weil er von einer solchen eine Überflutung der Hochschule durch reine Verwaltungsstatistiker befürchtet. Diese aber würden stets geneigt sein, den Nachdruck auf die Erhebung als solche zu legen, die rechnerische Verarbeitung und wissenschaftliche Verwertung dagegen für minder wichtig anzusehen; als Dozenten würden sie daher der statistischen Technik einen beherrschenden Platz statt eines dienenden einräumen und die Statistische Metrologie und Analytik vernachlässigen. Ob dieses Urteil aus einer Verallgemeinerung einzelner Erfahrungen entsprungen ist oder ob B. sich einen verwaltungsstatistischen *homme moyen* konstruiert hat, aus dessen Begriff er seine Folgerungen deduktiv entwickelt, ist nicht ersichtlich; die Behauptung einer notwendigen Bevorzugung der Technik durch die Verwaltungsstatistiker im Unterrichtsbetrieb schießt aber, wie dem Berichterstatter bekannt ist, über das Ziel hinaus. Übrigens hat trotz seiner Bedenken B. gegen die Verwendung von Verwaltungsstatistikern im Hochschulbetrieb in besonderen Fällen nichts einzuwenden, wie denn auch Ad. Weber in ihr und dem mit ihr seiner Ansicht nach verknüpften Zurücktreten der eigentlichen Theorie das kleinere Übel gegenüber dem sonst drohenden Verlust der Fühlung mit der statistischen Praxis erblickt.

Zu dem gleichen Ergebnis kommt A. Günther, der, wenigstens soweit die Ausbildung von Verwaltungsstatistikern in Betracht kommt, eine enge Berührung zwischen Theorie und Praxis fordert. Freilich habe es

[1]) Ähnlich Feld, Die Statistik als akademischer Lehrgegenstand, in der Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 52. Jahrg., 2. Heft 1916, S. 182/83, der nur der „Auslösung" der Wirtschaftsstatistik skeptischer gegenübersteht.

Digitized by Google

der Unterricht nicht nur mit der Ausbildung eigentlicher Statistiker zu tun, sondern müsse auch dem Nationalökonomen schlechthin, dem Juristen und gegebenenfalls den Angehörigen anderer Fakultäten statistische Kenntnisse vermitteln. Es liege aber im Zug der Zeit, daß die Volkswirtschaftslehre und mit ihr die Statistik einen Teil der propädeutischen Zwecke der Geschichte und Philosophie übernehmen, auf alle Fälle im Hochschulbetrieb stärker berücksichtigt werden müsse; dies insbesondere dann, wenn eine allgemeine staatswissenschaftliche Abschlußprüfung zustande komme. Die Einbeziehung eines statistischen Minimums in den juridischen Lehrgang lasse sich unbedingt rechtfertigen; bei der staatswissenschaftlichen Promotion vollends müsse Statistik grundsätzlich Prüfungsfach werden. Die Einrichtung eines ausschließlich oder auch nur vorwiegend statistisch ausgerichteten Lehrgangs für künftige Statistiker lehnt G. wohl mit Recht ab; doch könnten vielleicht noch mehr als bisher bestimmte Universitäten sich zu besonders geeigneten Bildungsstätten für solche Fachleute entwickeln, auch an eine Zusatzprüfung in Statistik beim künftigen staatswissenschaftlichen Schlußexamen als Gelegenheit zum Ausweis eines intensiven Fachstudiums könne gedacht werden. Die Bedeutung der sehr ausbaufähigen Seminare wird von G. stark betont; in der Frage der Auslösung oder Einfügung der Statistik in die Nationalökonomie weist er auf die Möglichkeit einer Arbeitsteilung zwischen dem Nationalökonomen i. e. S. und dem Statistiker hin. Statt der angestrebten Zerlegung der Grundvorlesungen der theoretischen und praktischen Nationalökonomie in ihre Teile würde man so zu einer Trennung zwischen mehr theoretisch-politischer und andererseits mehr tatsächlicher, vorwiegend statistischer Darstellung gelangen.

Das Gutachten von Zahn geht von der dem staatswissenschaftlichen Unterricht aus den Zeitumständen erwachsenden doppelten Verpflichtung aus, durch Verbreitung und Vertiefung wirtschaftlicher Einsicht den Wiederaufbau des Reichs zu fördern und der staatsbürgerlichen Erziehung des Volks zu dienen. Nach beiden Richtungen komme der Statistik eine hervorragende Bedeutung zu, da sie den realpolitischen Sinn schärfe und einen genauen Einblick in Struktur, Leistungsmöglichkeiten und Notwendigkeiten unserer Wirtschaft verschaffen könne. Grund genug, das Studium der Statistik und damit die Aufklärung weiter Kreise über deren Wert und Inhalt nachdrücklich zu fördern. Die von Z. danach befürwortete Gestaltung des statistischen Hochschulunterrichts berührt sich in mehreren Punkten mit der von Günther vorgeschlagenen. Den Kreis der Hörer will auch er weit ausgedehnt wissen, die Züchtung eines *homo statisticus* durch die Universität lehnt er dagegen gleichfalls ab. Als Lehrer schwebt ihm der in der Statistik theoretisch und praktisch bewanderte Nationalökonom vor, eine Verbindung von Verwaltungs- und akademischem Statistiker hält er danach für wünschenswert, u. a. auch deshalb, weil einem solchen Dozenten die für den statistischen Unterricht empfehlenswerten äußeren Hilfsmittel im allgemeinen besser zu Gebot stehen als dem reinen Theoretiker. Indessen vermöge auch der beste Unterricht nur den Grund zu legen für statistische Praxis, und so wendet sich Z., über das eigentliche Thema hinausgreifend, der Besprechung der Mittel zu, durch die der Lehrerfolg zu sichern und zu mehren sei. Er bespricht die zu diesem Zweck im bayerischen Staatsdienst getroffenen Vorkehrungen, Fragen der Geltung und Bewegungsfreiheit des Statistikers in der Beamtenhierarchie, der Verwilderung der halbamtlichen Statistik in und nach dem Krieg, der Zuteilung der statistischen Aufgaben an Reich und Länder, und weist schließlich darauf hin, wie die Statistischen Ämter durch zusammenfassende Darstellungen der Ergebnisse ihrer Arbeiten die Dienste heimzahlen können, die ein auf der Höhe stehender Unterrichtsbetrieb der amtlichen Statistik durch Heranbildung eines geschulten Nachwuchses zu leisten vermag. —

Die Frage der zweckmäßigsten Gestaltung des statistischen Hochschulunterrichts dürfte durch die hier skizzierten Gutachten und das früher schon beigebrachte Material soweit geklärt sein, daß nunmehr die Unterrichtsverwaltungen und akademischen Behörden sich ihrer ohne weiteren Verzug annehmen könnten und sollten. *S. Schott* (Mannheim).

Vermischte Mitteilungen.

Deutsche Statistische Gesellschaft. Die laut Mitteilung im DStZ. Nr. 5/6 geplante 4. Mitgliederversammlung wird voraussichtlich am 23. Oktober in Erfurt stattfinden.

Veränderungen bei den Statistischen Ämtern. Zu den in der vorigen Nr. 5/6 S. 95 ff. gebrachten Mitteilungen ist bei Ib folgendes nachzutragen:

Gera. — Dr. Erich Krassau, eing. als wiss. Assistent. Sommer 1920.

Hagen i. W. — Neuerrichtet 15. April 1919. Leiter Dr. Nörtemann.

Trier. — Zum Leiter des neuerrichteten Amtes ernannt Dr. Frings ab 1. Juli 1920.

Ein neues Organ für Statistik beabsichtigt Professor Corrado Gini in Padua (ein früherer Mitarbeiter des D. St. Z.) unter dem Namen „Metron" im Verlag der *„Industrie grafiche italiane"* in Rovigo herauszugeben. Als Mitglieder des „Direktionskomitees" dieser internationalen statistischen Rundschau, die jährlich 4 Heften von 180—200 Seiten erscheinen soll, werden die Professoren der Statistik Andreades (Athen), Furlan (Basel), Greenwood (London), Pearl (Baltimore), die Direktoren statistischer Ämter Bunge (Argentinien), Knibbs (Australien), March (Frankreich), Julin (Belgien) sowie der Versicherungsverständige vom italienischen Schatzministerium Cantelli genannt. Die Versendung eines Programms in deutscher Sprache und die darin betonte Absicht, auch deutsche Aufsätze zu bringen, läßt vermuten, daß das Fehlen von Vertretern der bisherigen „Mittelmächte" im Direktorium durch praktische Verhältnisse und nicht durch eine grundsätzliche Stellungnahme zu erklären ist; vielleicht spielte die Erwägung eine Rolle, daß bereits zwei deutsche Organe, das Allgemeine Statistische Archiv und das D. St. Z., bestehen, die sich in der Hauptsache die Aufgabe gestellt haben, der zu dienen auch das neue Organ bestimmt ist, nämlich einen Mittelpunkt für die unter ihrer Zerstreuung leidenden statistisch-wissenschaftlichen Arbeiten zu bilden. „Metron" legt anscheinend auch Gewicht auf die Sammlung statistischer Ergebnisse aus Gebieten, die, wiewohl außerhalb der Grenzen der Staats- und Sozialwissenschaften sowie der amtlichen statistischen Erhebungen liegend, doch für den Bevölkerungsstatistiker Bedeutung besitzen können, z. B. die aus dem Bereich der Naturwissenschaften. Auch betont das Programm — nach dem u. a. den Verfassern über die Schwierigkeiten der Drucklegung hinweggeholfen werden soll, die der vollständigen Veröffentlichung der von ihnen erzielten Ergebnisse entgegenstehen, — mehr die private statistische Arbeit als die amtliche Statistik. Das liegt in der ganzen Richtung begründet, die die wissenschaftliche Statistik in Italien (wie auch in England) in neuerer Zeit genommen hat; im Unterschied von Deutschland und den meisten übrigen Ländern, wo die amtliche Statistik mit der akademischen in regerer Wechselbeziehung steht, und die Fälle, daß die Lehrer der Statistik aus der amtlichen Praxis hervorgegangen sind, sich mehren, die Besetzung von statistischen Lehrstühlen mit nur theoretisch in der Statistik vorgebildeten Nationalökonomen, Mathematikern usw. aber kaum mehr vorkommt.

Der Jahresbezugspreis soll 50 Lire betragen, bei dem jetzigen Valutastande also etwa 115 M. oder 500 Kr. ö. W. Das 1. Heft für Juli 1920 ist bereits erschienen. *E. W.*

Die Steinach'sche Verjüngungsmethode und die Statistik. Fast alle deutschen Erfindungen auf wissenschaftlichem

Digitized by Google

Gebiete, für die es ja keinen Patentschutz gibt, sind uns im feindlich gesinnten Ausland dadurch gewissermaßen wegeskamotiert worden, daß sie dort nicht unter dem Namen des wirklichen Erfinders bekannt wurden, sondern unter dem eines Ausländers, der irgendwelche Verbesserungen daran vorgenommen hat. Mit Recht macht darum W. Roux in der „Deutschen Mediz. Wochenschr." Nr. 32 auf die Gefahr aufmerksam, daß wir auf solche Weise auch um den Ruhm der Steinachschen Methode, die R. für sehr entwicklungsfähig hält, gebracht werden, zumal, wenn wir selbst durch ungeeignete Statistiken die Methode diskreditieren. Da nämlich nur gesunde Greise, und auch diese nur, wenn sie am Anfang der Senilität stehen, der Behandlung mit Aussicht auf Erfolg unterzogen werden, zweifellos aber viele, die diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllen, sich behandeln lassen werden, so ist eine Fälschung der Statistik der Erfolge im ungünstigen Sinne kaum vermeidlich; sind später unter Mitwirkung des Auslands die richtigen Indikationen sicher festgestellt, so wird es leicht wieder so kommen, daß die ganze Methode nicht mehr als von deutscher Abkunft anerkannt wird. Dieser Gefahr wird die Bekanntgabe sachgemäß angelegter Statistiken entgegenwirken, während oberflächlich zusammengestellte Zahlen sie erhöhen. *E. W.*

Eingesandte Schriften, (siehe zuletzt D. St. Z. 1919, Nr. 9/10).

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Schriften ist vor dem Titel Jahrgang und Spalte der Besprechung in Klammer angegeben.

Årsbok, Statistisk, för Sverige 1919. (316 S.) Stockholm 1919.

— desgl. — 1920. (314 S.) Stockholm 1920.

Befolkningsstatistik, Finlands. 50 : 2. Bostadsräkningen i Åbo, den 7. December 1910. Tabellbilagor. (96 S.) Helsingfors 1918.

— desgl. 50 : 3. Bostadsräkningen i Viborg, den 7. December 1910. Tabellbilagor. (81 S.) Helsingfors 1919.

— desgl. 50 : 4. Bostadsräkningen i Tammerfors, den 7. December 1910. Tabellbilagor. (81 S.) Helsingfors 1919.

— desgl. 52. Befolkningsrörelsen i Finland. Åren 1915 och 1916. (169 S.) Helsingfors 1919.

Bericht des Kaiserin-Auguste-Viktoria-Hauses zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche und des Organisationsamtes für Säuglingsschutz f. 1918/19. (26 S.) Charlottenburg 5.

Berichten, statistische, Gemeente Utrecht, 3. Jg., Jan.-Sept. 1919. (85 S.)

— desgl., 4. Jg., Jan.-Maart 1920. (88 S.)

Bojko, J., Lehrbuch der Rechenvorteile. Schnellrechnen und Rechenkunst. [Aus Natur u. Geisteswelt, Nr. 739.] (115 S.) Leipzig u. Berlin. M. 2.80.

v. Dietze, C., Stolypinsche Agrarreform und Feldgemeinschaft [Quellen u. Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, I. Abt., Heft 3] (89 S.) Leipzig u. Berlin. M. 7.—.

Ergebnisse der Volkszählung vom 31. Dezember 1910 in Österreich. 3. Heft des zweiten Bandes: Die Österreicher im Auslande. [Österreichische Statistik, N F., II. 3.] (61 S.) Wien 1919. K. 4.—.

—, vorläufige, der außerordentlichen Volkszählung vom 31. Januar 1920 nebst Gemeindeverzeichnis. Bearbeitet und herausgegeben von der Statistischen Zentralkommission [Beiträge zur Statistik der Republik Österreich, 5. Heft] (136 S.) Wien. 20 Kr.

Flegel, 2., Die wirtschaftliche Bedeutung der Montanindustrie Rußlands und Polens [Quellen u. Studien des Osteuropa-Instituts in Breslau, III. Abt., 1. Heft] (101 S.) Leipzig u. Berlin. M. 10.—.

Frankenstein, L., Die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge während des Krieges im Stadtkreise Aachen. (112 S. u. 12 Anlagen.) Aachen 1920. M. 10.—.

Füllkrug, G., Der Selbstmord. Eine moralstatistische und volkspsychologische Untersuchung. (228 S.) Schwerin in Meckl., Friedrich Bahn.

Gesell, S., Internationale Valuta-Assoziation. (43 S.) Sontra in Hessen. M. 4.—.

Gruber, G. B., Der Alkoholismus. [Aus Natur u. Geisteswelt, Nr. 103.] 2. Aufl. (120 S.) Leipzig u. Berlin.

Heinrichsbauer, A., Die Kohlennot der Ruin Deutschlands. (47 S.) Berlin-Zehlendorf-West.

Helfferich, Der wirtschaftliche Hintergrund des Weltkrieges [Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, Bd. X, 3.] (34 S.) Leipzig u. Dresden. M. 1.20.

Herbst, R., Bevölkerung, Vermittlung, Wirtschaft der Stadt Erfurt. S.-A. (4 S.)

Hofmann, E., Preisprüfungsstellen, Preisprüfungsämter und Kriegswucherämter. (150 S.) Mannheim, Selbstverlag. M. 10.—.

—, Die Sozialisierung der Preisbildung mit besonderer Berücksichtigung des Preisaushangs. (67 S.) Ebd. M. 3.60.

Jahrbuch, Statistisches, der Stadt Stuttgart für die Jahre 1914—1918. Herausgegeben vom Städt. Statistischen Amt. (80 S.) Stuttgart 1919.

Jahresbericht des Hafenbetriebsvereins in Hamburg 1914—1919. (15 S.)

Katzenelson, H., Was ist in Rußland sozialistisch? (12 S.) Berlin W 9, Schellingstr. 2.

Koenig, P., Der Baumwollweltmarkt in seiner Entwicklung während des Krieges bis zum Friedensschluß. [Tagesfragen der Auslandswirtschaft, H. 3.] (160 S.) Berlin, Auswärtiges Amt. M. 6.—.

Kuczynski, R., Unsere Finanzen. H. 1. (106 S.) Berlin 1919. M. 3.50.

Kürten, O., Volkszählungsergebnisse. S.-A. aus den Verw.-Ber. d. Stadt Neukölln für 1912 u. 1913. (24 S.)

Loewy, A., Mathematik des Geld- und Zahlungsverkehrs. (374 S.) Leipzig u. Berlin. M. 22.—.

Lotz, W., Verkehrsentwicklung in Deutschland seit 1800 bis zur Gegenwart. [Aus Natur u. Geisteswelt, Nr. 15.] Vierte Aufl. (152 S.) Leipzig u. Berlin.

Meerwarth, R., Einleitung in die Wirtschaftsstatistik. (329 S.) Jena, Fischer. M. 20.—.

Mitteilungen des Kantonalen statistischen Bureaus. Jg. 1918/19, Lfg. III: Landwirtschaftliche Statistik des Kanton Bern f. 1916 u. 1917. (78 S.) Bern 1919.

— desgl., Jg. 1920, Lfg. 1: Politische Statistik. 1. Die Volksabstimmungen in den letzten 10 Jahren von 1910—1919; 2. Die Nationalratswahlen vom 26. October 1919 im Kanton Bern. (74 S.)

—, statistische, betreffend den Kanton Zürich. Heft 131: Die Ergebnisse der eidg. Berufszählung vom 1. Dzbr. 1910 in den politischen Gemeinden des Kantons Zürich. (59 S. u. 3 Karten.) Winterthur 1919.

—, desgl., Heft 132: Gemeindefinanz-Statistik für d. Jahr 1917. Nebst Anhang: Staatsbeiträge an die Armenausgaben der Gemeinden 1917. (221 u. 15 S.) Ebd.

—, desgl., Heft 133: Statistik der Wahlen in den Kantonsrat vom 8. Juli 1917. (42 S.) Ebd.

(XII 18) zur Nedden, Indexziffern, — eine demokratische Forderung. S.-A. (11 S.) Charlottenburg.

Passow, R., Die Bilanzen der privaten und öffentlichen Unternehmungen II. (298 S.) Leipzig u. Berlin. M. 11.—.

Pohle, L., Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert. [Aus Natur u. Geisteswelt Nr. 57.] Vierte Aufl. (143 S.) Leipzig u. Berlin. M. 2.80.

Rott, F., Das Problem der Erfassung der fürsorgebedürftigen ehelichen Säuglinge. S.-A. (38 S.) Berlin 1919.

—, Die Bedeutung der von der Entente geforderten Milchviehablieferung für die Frischmilchversorgung der Bevölkerung, insbesondere der Säuglinge u. Kinder. S.-A. (1 S.) Berlin 1919.

Savorgnan, F., La mortalità infantile alle varie età durante il primo anno di vita. S.-A. (36 S.) Cagliari 1918.

Santaella, I., La Industria Petrolera en Mexico (28 S.) Mexico 1919.

Schippel, M., Die Sozialisierungsbewegung in Sachsen.

Digitized by Google

[Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden, 10. Bd. 4.] (36 S.) Leipzig u. Berlin.

Schlitter, H., Aus Österreichs Vormärz: I. Galizien u. Krakau; II. Böhmen; III. Ungarn; IV. Niederösterreich [Amalthea-Bücherei, 10—13. Bd.] (132, 118, 160 u. 128 S.) Zürich, Leipzig, Wien.

Schott, S., Statistik. [Aus Natur u Geisteswelt, Nr. 442.] 2. Aufl. (128 S.) Leipzig u. Berlin. M. 2.80.

Simon, Die Entwicklung der Kleinhandelspreise in Stuttgart von 1913—1919 und ihr Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung. [Mitt. d. Stat. Amts der Stadt Stuttgart, 1920, 7.] (24 S.)

Statistiek betr. de Sterfte aan Tuberculose te Utrecht in de Jaren 1912—1918. [Gemeente Utrecht, Afd. voor Statistiek, Nr. 4.] (116 S. u. Karte.) fl. 3.—.

Zeitschriften: Archiv für Frauenarbeit 1920, 1/2 (Berlin). — Boletin de la Sociedad Mexicana de Geografia y Estadistica, Tomo VIII. 1 u. 2 (Mexico). — Bulletin statistique de la République Tchéco-Slovaque 1920, 1 u. f. (Prag). — Freie Wirtschaft 1919, 11/12 (Berlin-Friedenau). — Maandbericht van het Bureau van Statistiek der Gemeente Amsterdam, 26. Jg. — Mitteilungen des Statistischen Amtes der Stadt Erfurt, Nr. 1 u. f. — Städte-Zeitung 1919, 22—24, 1920, 1—18 (Berlin). — Statistical Bulletin Metropolitan Life Insurance Co, Vol I, Einzelnummern (New York). — Statistische Monatsberichte der Stadt Stuttgart 1919, 5—12, 1920, 1 u. 2. — Weltwirtschafts-Zeitung 1919, 31—52, 1920, 1—11 (Berlin). — Wirtschaftsdienst 1919, 30—52, 1920, 1—25 (Hamburg). — Zeitschrift f. Schweizerische Statistik u. Volkswirtschaft 1920, 1 (Bern).

Fragekasten.

M. S. in L. Wegen der Stellenvermittelung für Statistiker, die die Deutsche Statistische Gesellschaft übernommen hat, wird auf die Mitteilung an der Spitze von Nr. 8 des DStZ. Jahrg. 1919 verwiesen.

Hierzu Beilagen von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin, die der Beachtung der Leser empfohlen werden.

Aargauische Statistische Mitteilungen. Neue Folge. Heft 3

Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom Dez. 1910 in d. Gemeinden Aarau, Baden, Ennetbaden u. Brugg

Herausgegeben vom bautechnischen Statistischen Bureau. Geheftet M. 6.—

Liegen über die Wohnungen einer Anzahl von Groß- und Mittelstädten genaue Untersuchungen bereits vor, so waren die Kenntnisse über die analogen Verhältnisse in Kleinstädten sehr dürftig. Vorliegende Wohnungszählung will nun über die Wohnverhältnisse einiger Schweizer Kleinstädte von wenig mehr als 20000 Einwohner Aufschluß geben: über Zahl und Größe der Wohnungen, deren Zubehöre, sanitäre Einrichtungen, über Wohndichtigkeit u. über die Mietpreise.

Die deutschen Parteiprogramme

Von der Revolution bis zum neuen Reichstag 1918—20

Von Dr. Felix Salomon

Professor an der Universität zu Leipzig

3. Aufl. 1920. Geh. M. 4.80

Die vorliegende Zusammenstellung bezeugt völlige Unparteilichkeit. Sie bietet ein ergreifendes Stück Zeitgeschichte und bezweckt Erweckung geschichtlichen Sinnes und Förderung politischer Bildung.

„Das Büchlein ist geradezu eine Notwendigkeit in der Zeit der Politisierung des neuen Deutschland." (Neues Sächsisches Kirchenblatt.)

Die Neuen Reichssteuern

In knapper, übersichtlicher Darstellung mit Beispielen und Tabellen für den Gemeingebrauch erläutert

Von Rechtsanwalt Dr. **Ernst Decke**

(Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 767.) Kart. M. 2.80, geb. M. 3.50

Ein praktischer Ratgeber in allen Steuerangelegenheiten, in Gestalt einer zusammenfassenden Darstellung der neuen Reichssteuergesetze nebst Erläuterungen in zahlreichen Beispielen. Dabei werden insbesondere auch die Grundsätze, nach denen die verschiedenen Steuerobjekte zu bewerten sind, berücksichtigt und die nötigen Hinweise und Tabellen für die Berechnung der Steuern gegeben, die nicht nur für die Abgabe der Steuererklärung, sondern auch für die Nachprüfung des Steuerbescheides erforderlich sind.

Auf sämtliche Preise Teuerungszuschlag des Verlags: ab April 1920 100%, Abänderung vorbehalten.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

Nr. 8/10 12. Jahrgang Oktober/Dezember 1920

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und alle Postämter sowie der Verlag B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3, entgegen.

Anzeigen: 1/2 Seite M. 260.—, 1/4 Seite M. 150.— zweigespaltene Millimeterzeile M. 1.40. Annahme nur bei B. G. Teubner, Leipzig, Poststraße 3/5.

Deutsches Statistisches Zentralblatt

Organ der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Verbands Deutscher Städtestatistiker

Herausgegeben von

Dr. Eugen Würzburger

Professor, Geh. Regierungsrat, Direktor des Sächs. Statistischen Landesamtes in Dresden

in Verbindung mit

Dr. Hans Platzer

Regierungsrat, Mitglied des Statistischen Reichsamtes in Berlin

Dr. Wilhelm Morgenroth

Professor, Direktor des städtischen Statistischen Amtes in München

Um Störungen in der Zustellung der Zeitschrift zu vermeiden, bittet der Verlag, die für das 1. Halbjahr 1921 fällig werdenden Bezugsgebühren, und zwar M. 16,45 bei Bezug durch Kreuzband, M 16,— bei Bezug durch Postüberweisung baldgefälligst, und zwar spätestens bis zum 15. Januar 1921, mit dem Vermerk: Abonnementsbeitrag für D. St. Z. auf sein Postscheckkonto No. 51272 Leipzig zu überweisen. Soweit dies nicht geschieht, nimmt der Verlag an, daß Einziehung des Betrages durch Postnachnahme zuzüglich Spesen erwünscht ist.

Leipzig, den 1. Januar 1921. B. G. Teubner.

Inhalt: *Geldentwertung und Wirtschaftsstatistik*, S. 121. — *Die Behandlung der Nebenberufe in den Berufszählungen*, S. 123. — *Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung*, S. 129. — *Die Personalausgaben im Bayerischen Staatshaushalt*, S. 133. — *Aus der statistischen Literatur:* Die Zunahme der Körpergröße, S. 137. — Zur statistischen Erfassung der Frauenarbeit, S. 139. — Änderungen im Geschlechts-Verhältnis der Geborenen, S. 140. — Die Reichswohnungszählung im Mai 1918, 1.) Reichsstatistische Veröffentlichungen, S. 141. — 2.) Landesstatistische Veröffentlichungen, S. 141. — Zur schweizerischen Grundbesitz- und Wohnungsstatistik, S. 144. — Einkommensentwicklung in Breslau in den letzten 30 Friedensjahren, S. 145. — Die Besoldungsverhältnisse der österreichischen Beamten 1914—1920, S. 146. — Die kriegswirtschaftlichen Erhebungen über Ernteflächen und Ernteertrag, S. 147. — Die Entwicklung des Buchdruckgewerbes, S. 148. — Statistik der Geschlechtskranken, S. 149. — Erwiderung, S. 150. — Über den wirtschaftlichen Aufstieg Elsaß-Lothringens in den letzten 40 Jahren, S. 151. — *Vermischte Mitteilungen:* Deutsche Statistische Gesellschaft, S. 151. — Veränderungen bei den Statistischen Ämtern, S. 153. — Ein Statistisches Bezirksamt, S. 153. — Ausländische Statistische Ämter, S. 153. — Die Organisation der Reichsstatistik in Sowjet-Rußland, S. 153. — Luigi Bodio, S. 153. — Zuverlässigkeit der Alters-Selbstangaben? S. 153. — Weitere Vorschläge zur Druckersparnis, S. 154. — *Bibliographie:* 25. Bibliographie der Kriegsstatistik, S. 155. — *Fragekasten*, S. 159.

Geldentwertung und Wirtschaftsstatistik.

Von Dr. **Ph. Schwartz** in München.

Die allgemeine Geldentwertung, welche besonders schwer auf den besiegten Ländern, dem Deutschen Reiche, den österreichisch-ungarischen Sukzessionsstaaten und noch schwerer auf Rußland und den von ihm abgetrennten Randstaaten lastet, stellt die Wirtschaftsstatistik vor neue bedeutsame Aufgaben. Sie muß sich mit der eigentümlichen Tatsache auseinandersetzen, daß das Volksvermögen in den meisten dieser Staaten nominell reicher, in seinem Ertragswerte aber ärmer geworden ist. Während der gesamte Vermögensbestand an Produktionsmitteln und Konsumtionsgütern, das sog. Realkapital, eine gewaltige Einbuße erfahren hat, ist sein in Geld ausgedrückter Wert, noch mehr aber das reine Nominalkapital, d. h. die Gesamtheit der durch Kredit geschaffenen Vermögenstitel allgemein gestiegen. Dieses Mißverhältnis zwischen dem realen Wert des Vermögens und seinem Geldwert erfordert, daß die Wirtschaftsstatistik in weit höherem Maße als früher eine Abwägung, ja eine Neufestsetzung der von ihr gesammelten volkswirtschaftlichen Wertangaben vornehmen muß. Ihr Bestreben muß streng darauf gerichtet sein, das hinter der trügerischen Hülle des Nominalkapitals befindliche Realkapital zu erfassen. Daher wird in Zukunft bei allen wirtschaftsstatistischen Nachweisen der Hauptnachdruck auf die Menge und Qualität der volkswirtschaftlichen Güter zu legen sein, weil die früher für summarische Überblicke ausreichenden Geldwertangaben mehr und mehr belanglos geworden sind. Die Wirtschaftsstatistik muß sich, kurz gesagt, naturalwirtschaftlich orientieren.

Beginnen wir mit den Liegenschaften. Der Wert des landwirtschaftlichen Grundbesitzes kann gegenwärtig nur durch Angabe der Flächenausdehnung, der Bonität und der Ertragsmengen ausgedrückt werden. Für die Bewertung des städtischen Grundbesitzes, besonders des Hausbesitzes, dürften einstweilen, solange noch der Mieterschutz aufrechterhalten wird, die Mietertragsnachweise genügen. Wenn indessen die Mietpreise der allgemeinen Preissteigerung folgen werden, wird man auch da vorwiegend nur mit Angaben über die Zahl und Größe der Räume für Wohn-, Amts- und Geschäftszwecke, das Baumaterial und die technische Hausausstattung (Vorhandensein von Anschlüssen an die Gas-, Wasser- und elektrische Leitung usw.) operieren können.

Die Betriebsstatistik wird, wenn sie Anlagewerte zum Ausdruck bringen will, zu Umrechnungen gezwungen sein, denn Betriebsmittel, die in der Zeit der Goldmarkwährung erworben wurden, und gegenwärtige Anschaffungen stellen durchaus verschiedene Wertgrößen dar. Am einfachsten dürfte es sein, alle Anlagenwerte auf Papiermark umzurechnen. Diese Operationen besitzen übrigens für die geschäftliche Kalkulation eine hervorragende, bisher noch wenig erkannte, Bedeutung.

Die Handelsstatistik wird sich in erster Linie an Gewichts- und Qualitätsmengen halten müssen, da bei fast allen Umsätzen vermehrte Geldmengen verminderten Gewichtsmengen, vielfach von geringerer Qualität, gegenüberstehen.

Zu der Lohn- und Einkommensstatistik wird dem Reallohn ein weit größeres Augenmerk zuzuwenden sein als bisher, da die anscheinend so hohen Löhne und Gehälter, abgesehen vielleicht von gewissen Kategorien jugendlicher Arbeiter, zu den hohen Kosten der Lebenshaltung in einem weit ungünstigeren Verhältnis stehen als die niedrigen Löhne der Friedenszeit und der ersten Kriegsjahre zu den damaligen Lebenskosten. Man denke vor allem an Rußland, wo noch gleichzeitig mehrere verschieden bewertete Währungen (Zaren-, Kerenski-, Duma- und Leninrubel, deutsches Ostgeld und die Währungen der Randstaaten) nebeneinander bestehen.

Dasselbe gilt für die Steuerstatistik. Den wachsenden Einnahmen der öffentlichen Körperschaften muß der diese weit übersteigende Bedarf entgegengestellt werden.

Die Preisstatistik, ausgedrückt in den für die Waren gezahlten Geldmengen, hat natürlich innerhalb eines gegebenen Wirtschaftsgebietes selbständigen Wert. Für internationale Vergleiche aber müssen die Währungsverhältnisse, die Produktionskosten und die Kaufkraft der Bevölkerung eingehend berücksichtigt werden.

Digitized by Google

Die schwierigsten Probleme aber eröffnen sich dort, wo die realen Werte nicht ohne weiteres erkennbar sind: nämlich in den Geschäftsergebnissen von Kreditinstitutionen aller Art. Die Bedeutung der Umsätze, deren Höhe früher mit Recht als das wichtigste Merkmal einer gedeihlichen Geschäftsführung galt, ist gegenwärtig nur gering, da die Umsätze ganz unter dem Einflusse der Geldentwertung und ungesunden Geldflüssigkeit stehen. Ebenso sind die zu entsprechender Größe angeschwollenen Bestände an leicht flüssigen Mitteln und an fremden Geldern zu bewerten. Bedeutsamer dagegen ist der Vermögensbesitz (Aktienkapital, Geschäftsanteile, Haftsummen, Reserve- und andere Fonds). Es ist bemerkenswert, daß i. a. das Vermögen der Kreditinstitute, das in seinen wesentlichen Teilen noch den Zeiten der Goldmarkwährung entstammt, keineswegs dieselbe übergroße Steigerung erfahren hat wie die übrigen Bestände. So ergaben sich bei einem der größten bayerischen Kreditinstitute im Jahre 1919 gegen 1914 für die „leicht flüssigen Mittel", die „fremden Gelder" und den „Umsatz" Indexziffern in der Höhe von 2251,8, 1244,4, 1954,0, für das „Vermögen" aber eine Indexziffer von nur 136,1.

Damit tritt auch die Bedeutung des Vermögens für die Liquidität mehr und mehr zurück und die „leicht flüssigen Mittel" werden immer ausschlaggebender für die Sicherheit der „fremden Gelder". Bei demselben Kreditinstitute waren z. B. im Jahre 1914 die „leicht flüssigen Mittel" mit 38,3 % und das Vermögen mit 28,9 % an der Deckung der „fremden Gelder" beteiligt, im Jahre 1919 aber die „leicht flüssigen Mittel" mit 69,3 % und das Vermögen mit nur 3,2 %.

Demnach ist vielleicht die Annahme gerechtfertigt, daß bei den Kreditinstituten die Geldentwertung in erster Linie in den Umsätzen, den leicht flüssigen und den fremden Geldern zum Ausdruck kommt, deren Vermögenswachstum aber eine größere Stabilität innewohnt. Trotzdem kann in diesem Falle eine Höherbewertung der Vermögensbestände im Sinne der anläßlich der Betriebsstatistik erwähnten Umrechnungen nicht vorgenommen werden, da es sich ja, trotz noch so guter ursprünglicher Fundierung, nur um Kreditmittel handelt, welche durch die Inflation ebenso entwertet sind, wie alle anderen Geldmengen. Immerhin sollte aber bei der Geschäftsstatistik die Vermögensentwicklung weit aufmerksamer verfolgt werden als bisher, da sie offenbar bessere Schlüsse auf das Gedeihen des Unternehmens gestattet als die ins Uferlose anschwellenden Umsatzzahlen.

Die Behandlung der Nebenberufe in den Berufszählungen.

Von Regierungsrat Dr. **W. Grävell** in Berlin.

Eine erschöpfende und wirklichkeitsgetreue Darstellung der Nebenberufsverhältnisse eines Volkes ist im wesentlichen durch zwei Schwierigkeiten stark behindert. Die erste liegt begründet in der Unmöglichkeit exakter Bestimmung und Abgrenzung der Berufskategorie „Nebenberuf" und damit der Unzulänglichkeit seiner Erfassung. Die zweite Schwierigkeit ist eine rein technische. Bei der großen Zahl von Berufsarten, bei der Möglichkeit einer Vereinigung mehrerer Nebenberufe in einer Person und bei dem Erfordernis, wichtige Personengruppen (Erwerbstätige, Angehörige usw.) gesondert zu behandeln, ist die zu restloser Darstellung der Nebenberufe benötigte Zahl von Kombinationsfällen eine derartig große, daß bei einer wirklichen Darstellung eine weite Beschränkung geübt werden muß. Diese wird aber um so schwerer bewerkstelligt, je größer die Zahl der als wichtig erkannten Kombinationen ist, und sie muß um so unbefriedigender ausfallen, je weiter die Meinungen über wesentliche und unwesentliche Kombinationen auseinander gehen.

Die bisherigen Berufszählungen im Deutschen Reich spiegeln den jeweils zur Bewältigung des Stoffes geführten Kampf deutlich wieder. Die gewählten Fragestellungen erweisen sich zumeist als ein schließlich gewaltsam erpreßtes Kompromißprodukt; die Ausbeutungsvorschläge schwanken zwischen einem durch gute Gründe unterstützten Wollen und einem durch gewichtige Verhältnisse begrenzten Können bedenklich hin und her, um schließlich eine Form zu erhalten, bei der deutlich der starke Einfluß äußerer Bestimmungsgründe wahrgenommen werden kann.

Vor diesen Schwierigkeiten steht in erhöhtem Maße eine neue Berufszählung. Durch die neuere Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere durch die Festlegung des achtstündigen und noch kürzeren Arbeitstages und der damit auf vielen Wirtschaftsgebieten eingetretenen Verringerung der Arbeitszeit, hat zweifellos die Nebenerwerbstätigkeit gegenüber früher einen größeren Umfang angenommen. Vor allem der landwirtschaftliche Nebenerwerb wird eine beträchtliche Steigerung erfahren haben. Dazu kommt, daß zu erwägen ist, ob durch die gesetzliche oder wenigstens tarifliche Festlegung der Arbeitszeit nicht schon jede Überarbeit, also z. B. das Verfahren von Überschichten im Bergbau, als Nebenerwerb anzusehen ist und damit bei der Gleichsetzung von Erwerb und Beruf (wenigstens in dem Sinne, daß jeder Erwerb auch Beruf ist, jedoch nicht umgekehrt, jeder Beruf auch Erwerb und ferner, daß nicht jede mit einer Entschädigung — in Geld oder Naturalien — verbundene Leistung, z. B. aushilfsweise erfolgende Hilfeleistung, als Erwerb anzusehen ist) als Nebenberuf zu bezeichnen wäre. Daß die Art des Hauptberufs mit der des Nebenberufs in diesem Fall identisch ist, wäre schon im Sinne der Bestimmungen der bisherigen Berufszählung kein Hindernisgrund zur Charakterisierung einer Tätigkeit als Nebenberuf. Auf der anderen Seite wird bei dem heutigen Streben nach Beseitigung jeder unentgeltlichen Tätigkeit und nach Abwälzung aller mit einem Zählgeschäft verbundenen Kosten auf das Reich und demgegenüber bei der mißlichen Finanzlage des Reichs, die voraussichtlich auch noch längere Zeit nicht viel günstiger aussehen wird, die Ausbeutung selbst gegenüber früheren Zählungen noch wesentlich eingeschränkt werden müssen. Der Streit der Meinungen über das unbedingt Wichtige und das Mindestmaß dessen, was gegeben werden muß, wird mit einer Heftigkeit geführt werden, aus der heraus es nur äußersten Bemühungen gelingen wird, die Möglichkeit zu finden, die einesteils äußere Widerstände berücksicht und andernteils nicht Anlaß zu völliger Resignation gibt.

Als ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht kann festgehalten werden, daß, soll eine Berufszählung überhaupt Wert haben, die Erfassung und Darstellung der Nebenberuflichkeit beizubehalten ist. Dem Deutschen dünkt dies beinahe eine Selbstverständlichkeit. Dem ist aber durchaus nicht so. Die amerikanische Berufsstatistik von 1910 z. B. kennt den Nebenberuf überhaupt nicht. Für sie gibt es nur eine *„occupation"*. Die englische Statistik von 1911 kennt wohl den Nebenberuf, erhebt ihn aber nicht. In den Erläuterungen auf der „schedule" heißt es: *„If more than one occupation is followed, state that by which living is mainly earned."* Andere Länder wieder, die den Nebenberuf erheben, messen offenbar der Schwierigkeit seiner Erfassung sehr wenig Wert bei. Belgien z. B. begnügte sich 1910 damit, im *bulletin de ménage* unter B die Aufforderung zu geben: *„Indiquer les autres professions ou fonctions."* Eine erschöpfende Erläuterung dazu ist an keiner Stelle zu finden und auch gar nicht zu erwarten, nachdem schon für den Begriff des Hauptberufs keine klare Abgrenzung gegeben war. In ähnlicher Weise verfährt Frankreich (1906), nur daß es den Hauptberuf fest abgegrenzt hat als die Tätigkeit, die die meiste Zeit in Anspruch nimmt *(profession principale, c'est-à-dire celle qui leur prend la majeure partie de leur temps")*. Ziemlich ausführlich beschäftigen sich dagegen die Berufs-

Digitized by Google

zählungen von Österreich, Ungarn und der Schweiz mit der Frage der Behandlung des Nebenberufs. Die österreichische Statistik erkennt mehrere Nebenberufe an, erhebt aber nur den wichtigsten. Die Frage lautete: „Nebenerwerb, das ist die außer dem Hauptberuf oder von Personen ohne Hauptberuf ausgeübte Erwerbstätigkeit." In Untergliederung wird als Angabe die genaue Bezeichnung desselben, die Stellung in ihm und dazu noch verlangt, ob dieser „gleichzeitig mit dem Hauptberuf ausgeübt wird oder abwechselnd mit demselben etwa zu einer anderen Jahreszeit und zu welcher?" In den zugehörigen „Belehrungen" heißt es dann in noch weitergehender Bestimmung, daß eine solche Tätigkeit „als anzugebende Nebenerwerbstätigkeit zu verzeichnen ist, auf welcher ein nennenswerter Teil des Gesamteinkommens beruht". Ungarn hat 1900 (von 1910 liegen mir die Zählpapiere nicht vor) die Frage wie folgt formuliert: „Haben Sie außer Ihrer Hauptbeschäftigung noch irgend eine andere Beschäftigung, ein Amt, eine Wirtschaft, eine Unternehmung oder einen Erwerb und welche (welchen)?" Nähere Erläuterungen waren nicht gegeben. Zur Bewertung der Angaben sind die Ausführungen in Bd. 27 der Statistischen Mitteilungen bemerkenswert (siehe daselbst S. 225*). Die Schweiz hatte 1910 nach dem Nebenberuf oder der Nebenbeschäftigung gefragt und in der „Weisung an den Haushaltungsvorstand" dazu besonders eingehende Erläuterungen gegeben. Die deutsche Berufsstatistik hat der Erfassung der Nebenberufe wohl die sorgfältigste Pflege angedeihen lassen, ist aber, wie schon oben angedeutet, weder zu festen noch zu befriedigenden Ergebnissen gekommen. 1907 lautete die Frage: „Nebenberufe (Nebenerwerb): Üben Sie einen oder mehrere Nebenberufe aus, oder eine nebensächliche Erwerbstätigkeit? Wenn ja, welchen oder welche?" In den Erläuterungen dazu war gesagt: „Als Nebenberuf (Nebenbeschäftigung, Nebenerwerb) gilt jede Erwerbstätigkeit, welche, ohne Hauptberuf zu sein, sei es zur Zeit der Zählung oder zu einer anderen Jahreszeit, zum Zwecke des eigenen Erwerbs ausgeübt wird. Auch die nebensächliche Erwerbstätigkeit von solchen, die in der Hauptsache nicht erwerbend tätig sind, sondern aus anderen Quellen leben (wie Hausfrauen oder andere Berufsangehörige, Leibgedinger, Rentner, Pensionäre), ist anzugeben", und an anderer Stelle hierzu ergänzend: „Einzelne Handleistungen und nur aushilfsweise erfolgende Hilfeleistungen kommen nicht in Betracht." Diese Abgrenzung unterscheidet sich von der von 1895 besonders dadurch, daß 1895 die einschränkende Bemerkung beigegeben war, daß eine Tätigkeit, soll sie als Nebenberuf angeführt werden, „einen wesentlichen Teil des Gesamteinkommens" bringen muß. Auch der Fragebogen von 1882 enthielt gegenüber 1907 eine Einschränkung, indem nur eine solche „nebensächliche, aber regelmäßig ausgeübte Erwerbstätigkeit" als Nebenberuf anzusehen war, auf der „der Verdienst oder der Unterhalt des Einzelnen oder der Familie wesentlich mitberuhte".

Es entsteht nun erstens die Frage, wie soll bei der nächsten Berufszählung die Erfassung gehandhabt werden, also welche Form ist der Fragestellung und der dazu gehörigen Erläuterung zu geben? Und zweitens, wie sollen die Antworten auf den Erhebungspapieren für die Darstellung verwertet werden? Im folgenden soll auf die erste Frage etwas näher eingegangen werden.[1])

Die Beantwortung der genannten Frage hat auf zweierlei Abhängigkeiten Rücksicht zu nehmen. Für die Form der Fragestellung und der zugehörigen Erläuterung ist die Abgrenzung des Berufsbegriffs von höchster Entscheidung. Von gleicher Wichtigkeit sind die Realitäten, die sich in bunter Mannigfaltigkeit einer Erfassung darbieten. Was die Abgrenzung des Berufsbegriffs anlangt, so ist ins Auge zu fassen, daß eine künftige Berufsstatistik einer Erweiterung des bisherigen Berufsbegriffs sich nicht wird entziehen können. Das — wohl auch berechtigte — Drängen seitens der Frauen nach Einreihung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit in die Reihe der Berufe im volkswirtschaftlichen Sinne wird von einer künftigen Berufsstatistik nicht unbeachtet gelassen werden dürfen.[1]) Ein Eingehen darauf bedeutet aber ein Aufgeben der bisherigen Abgrenzung der Berufstätigkeit. Es erfordert die Erweiterung des Berufsbegriffs über die Begrenzung: Beruf gleich Erwerb, hinaus. Diese Erweiterung gilt für den Nebenberuf natürlich in gleicher Weise wie für den Hauptberuf. Der Hauptberuf wird bei Erweiterung des alten Begriffs in genannter Richtung ungefähr so zu bestimmen sein: „Haupterwerb oder für Personen, die nur eine Erwerbsquelle haben, alleiniger Erwerb ist derjenige, auf dem hauptsächlich die Lebensstellung beruht und von dem im allgemeinen der gesamte Erwerb oder dessen größter Teil herrührt. Jeder Haupterwerb ist zugleich auch Hauptberuf. Hauptberuf ist außerdem auch die unentgeltliche hauswirtschaftliche Tätigkeit, sofern sie nur eine Person wesentlich beansprucht und diese keinen Haupterwerb hat." Dementsprechend würde der Nebenberuf wie folgt abzugrenzen sein: „Als Nebenberuf (Nebenerwerb, Nebenbeschäftigung) gilt jede Berufstätigkeit, welche, ohne Hauptberuf zu sein, sei es zur Zeit der Zählung oder zu einer anderen Jahreszeit, zum Zwecke des eigenen Erwerbs oder zur Besorgung des Hauswesens ausgeübt wird." Damit wäre in Anlehnung an die bisherige Definition eine Abgrenzung gefunden, die der hauswirtschaftlichen Tätigkeit als Beruf Rechnung trägt. In letzter Zeit ist von der Seite der Frauenorganisationen ein Versuch gemacht worden, eine allgemeine Definition des Haupt- und Nebenberufs zu geben, die in gleicher Weise die Erwerbstätigkeit im Sinne der bisherigen Berufszählungen und die hauswirtschaftliche Tätigkeit umspannen soll. Dr. Marg. Bernhard[2]) führt aus: „Unter Hauptberuf versteht man den Kreis von Arbeitsaufgaben, die der Einzelne mit der Absicht oder unter dem Zwange zu dauernder Ausübung innerhalb der Gesellschaft erfüllt, die die meiste Zeit seiner gesamten Betätigung in Anspruch nehmen, oder von denen sein Einkommen oder ein großer Teil herrührt." Und dementsprechend: „Als Nebenberuf ist jede Tätigkeit zu bezeichnen, die mit einer gewissen Regelmäßigkeit ausgeübt wird, aber nur einen verhältnismäßig kleinen Teil der sonstigen Betätigung in Anspruch nimmt, oder von der nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Einkommens herrührt." Die Nebeneinanderstellung allein genügt schon, um den Widerspruch, der in den beiden Sätzen liegt, zu erkennen. Außerdem reicht die Definition nicht einmal aus, um unzweifelhafte Hauptberufe als solche anerkennen zu müssen.[3]) Der Versuch muß als nicht gelungen bezeichnet werden Eine solche allgemeine Fassung wie die von Dr. Marg. Bernhard wäre sehr zu begrüßen, dürfte aber kaum zu erreichen sein. Bisher ist sie jedenfalls noch nicht gelungen. Andere Länder bieten ebenfalls keine Richtpunkte für einen einzuschlagenden Weg. Man wird sich also wohl oder übel mit einer etwas umständlicheren Fassung begnügen müssen. Es fragt sich nun aber weiter, ist die oben gegebene Form neben ihrer Brauchbarkeit als eine das Gewollte umfassende Abgrenzung auch geeignet, die sich der Erfassung darbietenden Realitäten möglichst wahrheitsgetreu abzeichnen zu lassen. Wir haben es hier mit der 2. der oben angeführten Abhängigkeiten zu tun. Es soll an dieser Stelle nicht die Aufgabe sein, auf die verschiedenen Erscheinungsformen der Nebenberufe (das Fürsichbestehen, das Verbundensein mit dem Hauptberuf oder einem oder mehreren Nebenberufen oder Kombinationen davon, und zwar dies im Nebeneinander oder Nacheinander, jeweils mit besonderer Beachtung des Umfangs und der Bedeutung des Erwerbs oder der Berufstätig-

[1]) Zur 2. Frage siehe u. a. bes. G. v. Mayr, Allgemeines Stat. Archiv, V. Bd., S. 707. Bezüglich der ungenügenden Fragestellung bei früheren Zählungen siehe auch E. Würzburger in der „Soz. Praxis" 1901 S. 933.

[1]) Siehe DStZ. 1920, Nr. 5/6, Sp. 85.

[2]) Archiv für Frauenarbeit Bd. 7, 1920, Heft 1/2.

[3]) Siehe dazu die Ausführungen des Verfassers in der Sozialen Kultur, 1920, Heft 9/10, S. 329 flgde.

Digitized by Google

keit und seiner örtlichen Verschiedenheiten) einzugehen. Sie sind genug bekannt und auch schon hinreichend dargestellt worden, um ihre Kenntnis hier als Gemeingut voraussetzen zu können. Es genügt vielmehr festzustellen, daß nach dem Urteil wohl aller Sachverständigen eine zufriedenstellende statistische Abbildung der Nebenberufsverhältnisse bisher nicht gelungen ist. Das bedeutet also, daß entweder die Formulierung des Berufsbegriffs so war, daß sie eine getreue Abbildung nicht erlaubte oder wenigstens nicht gerade förderte, oder aber, daß lediglich die Fragestellung (Frage und Erläuterung) eine zu restloser Erfassung nicht ausreichende Form erhalten hatte. Zur Beurteilung dieser Möglichkeiten muß auf die Unzulänglichkeiten der bisherigen Zählungen in dieser Hinsicht eingegangen werden. Die in amtlicher Sammlung vorliegenden Erfahrungen zu der Berufsstatistik von 1907 bieten nur leider sehr wenig Auskunft. Es heißt darin, die Unterscheidung von Haupt- und Nebenberuf habe der Bevölkerung Schwierigkeiten bereitet, die Häufigkeit des Unterbleibens von Angaben über den Nebenberuf sei unzweifelhaft. Ferner soll sich die neue Fassung in den Erläuterungen nicht bewährt haben. Die Einschränkung, daß der Nebenberuf einen erheblichen Teil des Gesamteinkommens liefern müsse, habe nicht wegzubleiben. Schließlich, es sei nach der Jahreszeit, wann ein Nebenberuf ausgeübt wird, zu fragen.[1]) Die Bearbeitung der Reichsstatistik 1907[2]) geht auf die Frage nicht ein. Nur ganz allgemein wird der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Erhebung der nichtlandwirtschaftlichen Nebenberufe größeren Mängeln unterliege, als die der landwirtschaftlichen Nebenberufe. Preußen betont in einer Verarbeitung[3]), daß besonders Frauen, die nebenberuflich Heimarbeit treiben, diese als Hauptberuf angegeben hätten. Sachsen[4]) glaubt, daß die Erhebung der Nebenerwerbs- oder Nebenberufsverhältnisse bei weitem nicht in gleicher Ausführlichkeit erfolgt sei wie die der Hauptberufsverhältnisse. Mit diesen kurzen Bemerkungen sind wir schon am Ende der Wiedergabe dessen, was an amtlichen Äußerungen auf diesem Gebiete vorliegt. Es ist daraus ersichtlich, daß die Würdigung in krassem Mißverhältnis zu der allgemein vorhanden gewesenen Erkenntnis von dem Wert der Erfassung der Nebenberuflichkeit durch die Zählung von 1907 steht. In diesem Mißverhältnis kennzeichnet sich die Scheu, mit der man allenthalben die Frage behandelt hat. Sie ist zugleich ein treffender Beweis für den Abstand, der zwischen dem Müssen oder Wollen und dem Können gelegen hat. Die Einsicht in die Mängel verbot ein näheres Eingehen Immerhin bieten die wenigen Mitteilungen genügend Anhaltspunkte, um im Verein mit den theoretischen Möglichkeiten, somit erschöpfend, die bisherige Fassung (der Definition und der Fragestellung) beurteilen und gegebenenfalls verbessern zu können. Zunächst muß die Beschwerde über die 1907 vorgenommene Streichung der Einschränkung, daß eine Tätigkeit nur dann als Nebenberuf aufzufassen sei, wenn sie einen erheblichen Teil des Gesamteinkommens liefere, zurückgewiesen werden. Unter der Voraussetzung — und diese besteht —, daß jeder Beruf im volkswirtschaftlichen Sinne zu erfassen ist, muß als Nebenberuf jeder Beruf erfaßt werden, der, ohne Hauptberuf zu sein, entsprechend obigen Bemerkungen entweder in Erwerbstätigkeit oder in hauswirtschaftlicher Tätigkeit besteht. Damit wird nicht jede Tätigkeit einbezogen, auch nicht jede erwerbende Tätigkeit, sondern nur die, die als Beruf im volkswirtschaftlichen Sinne angesehen werden muß. Des weiteren ist zu bemerken. Gemäß den obengenannten Möglichkeiten des Vorkommens von Nebenberufen, insbesondere der Fälle des gleichwertigen Nebeneinander und des evtl. auch gleichwertigen zeitlichen Nacheinander, muß die Fassung der Definition so beschaffen sein, daß sie diese Fälle nicht ausschließt. Das ist der Fall. Und es muß ferner die Fassung der Fragestellung so gestaltet sein, daß von ihr auf diese an sich durchaus nicht allgemein in ihrer Natur verständlichen Fälle ausdrücklich Bezug genommen wird. Das war bisher nicht der Fall. Es fehlt eine Anmerkung auf dem Fragebogen, in der darauf hingewiesen wird, daß es in Zweifelsfällen, also z. B. der Gleichwertigkeit mehrerer Berufe, dem Ermessen des Befragten anheimzustellen ist, welchen Beruf er als Hauptberuf eintragen will, und zwar auf Grund von Verhältnissen, die der Zählung entgehen und entgehen müssen, da es nicht möglich und vor allem nicht zweckmäßig ist, alle einen Hauptberuf möglicherweise bestimmenden Stücke nach Zahl und Art als Bestimmungsstücke anzuführen. Es fehlt zum anderen eine Frage, die nachdrücklichst betont, daß auch das Nacheinander, z. B. der regelmäßige Berufswechsel, zu verzeichnen ist. Ja, die Überschrift im Fragebogen: „Gegenwärtiger Hauptberuf" ist sogar ganz dazu angetan, einer klaren Sachlage gegenüber verhängnisvoll zu werden und Einträge zu bewirken, die von der Wirklichkeit weit entfernt sind. Nur Sachsen hatte bisher diesen Erwägungen Rechnung getragen. Es war allerdings bei Aufnahme der Frage nach der Zeit des evtl. Nebenberufs nicht so weit gegangen, in den Spalten für den Hauptberuf das „Gegenwärtig" zu streichen. Erst dann und evtl. unter Zusatz der gleichen Frage nach der Zeit bei dem Hauptberuf wäre allen Möglichkeiten des Berufswechsels Rechnung getragen und vor allem verhindert worden, daß das Zugeständnis, das mit dem Wort „gegenwärtig" an die Auffassung, die am Zähltage tatsächlich ausgeübte Beschäftigung als Hauptberuf zu erheben, schon gemacht worden war, noch verstärkt wurde. Sämtlichen anderen Möglichkeiten wird in der Definition und in der Fragestellung Rechnung getragen. Sie brauchen nicht einzeln durchgegangen zu werden. Nur auf zweierlei muß hingewiesen werden. Erstens, die genaue Erfassung des Nebenberufs ist naturgemäß an die gleiche Voraussetzung geknüpft wie die des Hauptberufs. D. h., es ist entsprechend der Eigentümlichkeit eines Berufs, im allgemeinen erst von zwei Seiten her bestimmt zu sein, nicht nur die Frage nach der Beschäftigungsart, sondern auch die nach dem Betrieb oder auch nur dem Arbeitsvorgang, bei dem der Beruf ausgeübt wird, zu stellen. Und zweitens, wir hatten oben gesagt, daß es zweifelhaft sein kann, ob eine Überarbeit in dem gleichen Betrieb (Überstunden, Überschichten usw.) als Nebenberuf — hier im Sinne von Nebenerwerb — zu betrachten ist. Für die Einzelperson bedeutet eine solche Beschäftigung zweifellos eine Erwerbsquelle, die zu der früheren, der Haupterwerbsquelle, hinzutritt. Es ist nun aber zwischen solchen Tätigkeiten zu unterscheiden, die eine Person auf Grund ihres Hauptarbeitsvertrages durch allgemein gültige Zusätze noch auszuüben verpflichtet wird und solchen, denen sie sich einzeln und freiwillig, aus eigener persönlicher Initiative und ohne äußeren Zwang unterzieht. Solange eine Berufszählung nicht imstande ist, die volkswirtschaftliche Tätigkeit zu messen, zahlenmäßig zu bewerten, solange es also nicht möglich ist, die hauptberufliche Tätigkeit scharf abzugrenzen, wird in der Überarbeit lediglich eine Verlängerung der Arbeitszeit, jedoch keine Nebenarbeit gesehen werden müssen. Bisher besteht wohl auch noch nirgends die Auffassung, daß in solchen Fällen ein Nebenerwerb vorliegt. Es dürfte aber zweckmäßig sein, eine kurze entsprechende Bemerkung auf der Haushaltungsliste zu geben. Natürlich werden auch hier wieder Grenzschwierigkeiten auftreten. Die Grenzen sind auch hier verschwommen, die Übergänge zahlreich. Es ist nicht möglich, auf Grund einiger weniger Merkmale überall Entscheidungen zu treffen. Auf dem ganzen Gebiet der Erfassung der Nebenberufe muß es genügen, wenn dem Befragten klar gemacht werden kann, welche Anhaltspunkte er zur

[1]) Sachsen hat dies bereits 1907 getan.
[2]) Band 211 der Statistik des Deutschen Reichs.
[3]) Zeitschrift des Preußischen Statistischen Landesamts Bd. 49, 1909.
[4]) Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamts, 56. Jahrg., 1910, 2. Heft.

Digitized by Google

Entscheidung, ob Haupt- oder Nebenberuf vorliegt, heranziehen muß. Im übrigen muß es in vielen Fällen ganz seinem Ermessen anheimgestellt werden, wie er sich entscheidet. Über diese Mängel der Erhebungstechnik muß die Überzeugung, daß nur so ein einigermaßen wahrheitsgetreues und unter keinen Zwangsvorstellungen leidendes Bild geliefert werden wird, hinweghelfen. Es läßt sich nicht umgehen, daß bei der Erhebung der Nebenberuflichkeit lediglich ein mehr oder minder stark von Schätzungen, also persönlichem Ermessen auf Grund von Anhaltspunkten beeinflußtes Material zusammengebracht werden kann. Bei richtigem Vorgehen wird aber darin kein besonderer Mangel gesehen werden dürfen.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Neben der oben wiedergegebenen Definition ist auf dem Fragebogen noch mindestens erläuternd zu bemerken: „In Zweifelsfällen hat sich bei Vorhandensein mehrerer Berufe der Befragte unter möglichster Anlehnung an die gegebenen Richtlinien für einen Beruf als Hauptberuf zu entscheiden." „Einfache Überarbeit (Überschichten, Überstunden usw.) ist nicht als Nebenberuf (Nebenerwerb) anzugeben." Die Fragestellung hat zu umfassen: „Nebenberuf — Nebenerwerb:

a) Art der einzelnen Nebenberufe; Jahreszeit (sofern der Nebenberuf nicht jetzt ausgeübt wird); Betrieb, in dem der einzelne Nebenberuf ausgeübt wird.

b) Stellung im Nebenberuf."

Statistik und Wahrscheinlichkeitsrechnung.

Von Dr. **P. Riebesell**, Privatdozent an der Universität Hamburg.

Die mathematische Statistik hat sich bisher bei ihren Untersuchungen stets der Wahrscheinlichkeitsrechnung bedient, ohne die Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu prüfen. Sie nahm diese als fertige Disziplin entgegen und versuchte, mit den bekannten Formeln statistische Gesetze abzuleiten. Doch schon d'Alembert stellte die Behauptung auf, daß manche Ergebnisse der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Er behauptete z. B., daß, wenn beim Roulettespiel zehnmal rot geworfen ist, die Wahrscheinlichkeit, beim nächsten Wurf schwarz zu werfen, viel größer ist als diejenige, rot zu werfen. Und seit dieser Zeit sind die Erfinder von Spielsystemen nicht zur Ruhe gekommen. Sie glauben an den „statistischen Ausgleich", der in der Natur eine Aufeinanderfolge einer großen Zahl von gleichartigen Ereignissen zugunsten einer Mischung mit den entgegengesetzten verhindern soll.

Überlegen wir uns zunächst einmal das Problem ohne mathematische Formeln. Wenn für rot und schwarz die Wahrscheinlichkeit $\frac{1}{2}$ ist, so bedeutet das, daß in einer großen Zahl von Würfen die roten und die schwarzen etwa gleich häufig vorkommen. Habe ich zehnmal rot geworfen, so ist, wenn ich jetzt weiter werfe, scheinbar die Wahrscheinlichkeit, schwarz zu werfen, größer als vorher, da ja nach einer oberflächlichen Überlegung sich $\frac{11}{2}$ schwarze Würfe ergeben sollten. Doch diese Überlegung ist eben oberflächlich. Die Wahrscheinlichkeit, nach dem zehnten Wurf schwarz zu werfen, ist ebensogut $\frac{1}{2}$ wie sie es beim ersten Wurf war, und die Wahrscheinlichkeitsrechnung fordert gar nicht, daß unter elf Würfen $\frac{11}{2}$ schwarze sein müssen. Vielmehr ist die Wahrscheinlichkeit für jede bestimmte Kombination von elf Würfen immer $(\frac{1}{2})^{11}$, so daß beispielsweise die Aufeinanderfolge von elf schwarzen genau so wahrscheinlich ist wie etwa die abwechselnde Folge von rot und schwarz. Erst bei einer Serie von Würfen, die jede aus einer großen Zahl von Würfen bestehen, wird bei den meisten Serien rot und schwarz gleich häufig vorkommen, kleine Abweichungen werden häufig, große selten vorkommen. Ganz fehlen werden aber auch diese großen Abweichungen nicht, und ihre Häufigkeit kann aus der Gaußschen Zufallskurve berechnet werden. Der Schluß von den zehn Würfen auf den elften ist daher von vornherein unmöglich.

Auch in der Praxis weiß man dies. Betritt ein Spieler erst nach dem zehnten Wurf den Saal, so wird er sich nicht darum kümmern, was vorher geworfen ist. Manche werden zwar sagen: „nach zehn roten Würfen setze ich unbedingt auf schwarz", wohl ebenso viele werden aber sagen: „nun setze ich gerade rot". Die Theorie von der „Duplizität der Ereignisse" widerspricht ja auch der Theorie des statistischen Ausgleichs. Daß sie beide existieren und beide zahlreiche Anhänger haben, könnte schon ein Zeichen dafür sein, daß beide falsch sind.

Wie ist es nun aber, wenn tatsächlich in der Praxis bei einer Ereignisreihe sich der statistische Ausgleich zeigt? Dann sind die Ereignisse nicht mehr unabhängig voneinander, dann wird ein Ereignis durch die vorhergehenden beeinflußt. Wir können dann die Wahrscheinlichkeitsrechnung, die die Unabhängigkeit der Ereignisse voraussetzt, überhaupt nicht mehr anwenden. Wäre also eine derartige Abhängigkeit bewiesen, so ergäbe dieses Resultat noch nichts gegen die Wahrscheinlichkeitsrechnung, sondern es zeigte nur, daß die vorgelegte Ereignisreihe nicht mit den gewöhnlichen statistischen Hilfsmitteln zu behandeln ist.

Diese Betrachtungen sind in der Regel von denjenigen nicht beachtet, die Beweise für die Allgemeingültigkeit des statistischen Ausgleichs in der Natur erbracht zu haben glauben. Mit besonderer Konsequenz ist auf diese Theorie der Würzburger Philosoph Marbe zurückgekommen. Zahlreiche Schriften hat er dem Problem gewidmet.[1]) Er hat 196 608 Geburten in den Geburtenregistern verschiedener Städte ausgezählt, und für jede weibliche Geburt ein *f*, für jede männliche ein *m* hingeschrieben. Also z. B.

f m f f f f m m m f m f f . . . . .

Um nun zu prüfen, ob das Material den Regeln der Wahrscheinlichkeitsrechnung folgt, oder ob der statistische Ausgleich wirkt, wurden zunächst alle Fälle gezählt, in denen auf *n* gleiche Elemente ein entgegengesetztes folgt, und ferner alle Fälle, in denen auf *n* gleiche Elemente ein gleiches folgt. Es wurden also z. B. alle Fälle gezählt, in denen nach einem *m* dreimal *f* folgt, und nun unterschieden, ob dann wieder *f* oder ob jetzt *m* folgt. Sind die Ereignisse unabhängig voneinander, so muß das Verhältnis, in dem die *m* und *f*, die auf diese Weise durch das Vorhergehen der drei *f* ausgewählt sind, jetzt auftreten, genau das sein, in dem *m* und *f* überhaupt in dem Material vorkommen. Der Einfachheit halber wollen wir für beide $\frac{1}{2}$ annehmen, denn der allgemeine Fall ist von unserem nicht wesentlich verschieden. Dann wurden für *n* andere Zahlen genommen, es wurde also z. B. gezählt, in wieviel Fällen auf vier *f* wieder *f* folgt und in wieviel Fällen *m* auf vier *f* folgt. Dasselbe wurde für vier *m* gemacht usw.

Die von Marbe ausgeführten Zählungen lassen nun geringe Überschüsse für das entgegengesetzte Ereignis nach *n* gleichen erkennen, wenn *n* größere Werte annimmt. Ist aber dieses Resultat ein Beweis für den statistischen Ausgleich? Marbe glaubte, weil er eine so große Zahl von Geburten betrachtet hat, daß sein Material beliebig kleine Abweichungen zeigen müßte. Was hat er aber in Wirklichkeit gemacht? Nehmen wir den Fall, wo $n = 3$ ist. Es sind dann alle Fälle *m f f f m*, *m f f f f*, *f m m m f*, *f m m m m* ausgesucht, und aus ihnen ist eine Serie gebildet. Das

[1]) Die Gleichförmigkeit in der Welt, München 1916. Mathematische Bemerkungen zu dem ebengenannten Buch, München 1916. Die Gleichförmigkeit in der Welt. Zweiter Band. München 1919 (siehe D. St. Z. 1916, S. 215).

Digitized by Google

wahrscheinlichste Ergebnis ist natürlich, daß alle Fälle gleich häufig vorkommen, es sind aber Abweichungen möglich, die sich nach der Gaußschen Fehlerkurve berechnen lassen. Sind die Wahrscheinlichkeiten für m und f in Prozenten als p_1 und p_2 gegeben und besteht die Serie aus N Einzelkomplexen, so ist die mittlere Abweichung in Prozenten gegeben durch: $M = \sqrt{\frac{p_1 \cdot p_2}{N}}$.

Je kleiner der Umfang des Materials N ist, desto größer ist die Abweichung. So ist z. B. bei Marbe für $n = 11$ der Umfang N ungefähr 100. Die mittlere Abweichung würde also sein: $M = \sqrt{\frac{50 \cdot 50}{100}} = \frac{50}{10} = 5$ Prozent.

Die tatsächlichen Abweichungen sind kleiner und halten sich auch bei den übrigen n innerhalb der mittleren Abweichung. Selbst wenn sie aber größer wären, so wäre damit gar nichts bewiesen. Denn tatsächlich hat Marbe trotz des umfangreichen Materials nur eine einzige Serie benutzt, und selbst eine große Abweichung, d. h. etwa lauter f, stände mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht in Widerspruch. Wenn also Marbe glaubt, daß „ein kleines Fünkchen Wahrheit" in der Behauptung steckt, daß ein Ehemann, der gern einen Knaben haben möchte, mit Recht auf das Standesamt geht und sich die vorher eingetragenen Geburten ansieht, um daraus auf die Wahrscheinlichkeit einer Knabengeburt schließen zu können, so ist er den Beweis auch für dieses „Körnchen" schuldig geblieben.

Nun hat aber Marbe noch ein anderes Verfahren angewandt, um seine Behauptung zu beweisen. Er hat in seinem Material die reinen Gruppen zu n gezählt, d. h. die Gruppen von n unmittelbar aufeinander folgenden gleichen Elementen, die durch zwei von ihnen verschiedene Elemente eingerahmt sind. In dem obigen Beispiel würden danach sein: drei reine Gruppen zu 1, gar keine reine Gruppe zu 2, eine reine Gruppe zu 3, eine reine Gruppe zu 4. Dann hat er für das Gesamtmaterial die „wahrscheinlichsten Zahlen" der reinen Gruppen zu 1, 2, 3, . . . berechnet und sie mit den Zählungen verglichen. Als Ergebnis findet er, daß Gruppen von großer Länge weniger häufig auftreten, als die Theorie es verlangt, und daß Gruppen von sehr großer Länge (bei dem Marbeschen Material von $n = 17$ ab) überhaupt nicht mehr vorkommen. Damit glaubt er den Beweis für den statistischen Ausgleich erbracht zu haben.

Leider ist das aber nicht der Fall. Die Formeln, mit denen Marbe die „wahrscheinlichsten Zahlen" berechnet, sind nämlich fehlerhaft, wie v. Bortkiewicz[1]) und v. Mises[2]) bewiesen haben. Man kann aber bei großem N mit ihnen rechnen. Wichtiger ist, daß Marbes „wahrscheinlichste Zahlen" die durchschnittlichen Zahlen für die reinen Gruppen sind und daß diese durchschnittlichen Zahlen nicht diejenigen sind, die mit größter Wahrscheinlichkeit in einer Versuchsserie auftreten.

Um uns das klar zu machen, müssen wir wieder auf das oben gegebene Beispiel für die Aufeinanderfolge der m und f zurückgehen. Es sind dort 13 aufeinanderfolgende Geburten verzeichnet. Nehmen wir an, das Material umfasse bloß diese 13 Ereignisse, N sei also gleich 13. Die verschiedenen Möglichkeiten, die überhaupt auftreten können, erhalten wir, wenn wir die 13! verschiedenen Permutationen der Elementenfolge bilden. In jedem Komplex läßt sich dann die Zahl der reinen Gruppen, etwa zu 2, zählen. Die Gesamtsumme dieser reinen Gruppen zu 2 dividiert durch die Anzahl der Komplexe, gibt die durchschnittliche Zahl. Diese fällt aber nicht mit der Zahl zusammen, die in der Mehrzahl der Fälle vorkommt, d. h. die größte Wahrscheinlichkeit besitzt. Denn würden beispielsweise in über der Hälfte der Komplexe gar keine reinen Gruppen zu 2 auftreten, die übrigen aber sehr viele solcher Gruppen enthalten, so würde etwa 2 die Durchschnittszahl sein, während am wahrscheinlichsten der Fall eintritt, daß überhaupt keine reine Gruppe zu 2 in einem beliebig gewählten Komplex vorkommt. Und da auch hier wieder Marbes Material, so groß auch N ist, nur einen einzigen Komplex darstellt, so ist mit den festgestellten Abweichungen rein gar nichts bewiesen.

Wie könnte man nun überhaupt die Marbesche Behauptung beweisen, wenn man nicht das Material noch weiter vermehren und dadurch sich zahlreiche Serien verschaffen würde? Man kann ähnlich verfahren, wie bei den Untersuchungen, die angestellt werden, um zu entscheiden, ob eine Zahlenreihe, die aufgestellt ist, lediglich vom Zufall diktiert ist, oder ob die eine Zahl die folgende beeinflußt. So sind beispielsweise nach der preußischen Statistik die Zahlen der Mädchengeburten auf je 1000 Neugeborene von Monat zu Monat festgestellt. Es ergeben sich etwa folgende Zahlen:[1])

488 474 488 491 482 490 495 497 481 483 490 495 . . .

Das Mittel aus allen ist 487.

Wollen wir nun untersuchen, ob die Zahlen voneinander unabhängig sind, so können wir folgendermaßen verfahren. Wir nehmen aus der großen Reihe von Beobachtungen alle diejenigen heraus, die etwa auf 480 folgen. Ergibt sich dann für diese derselbe Mittelwert wie vorher, nämlich 487, so besteht keine „Wahrscheinlichkeitsnachwirkung", wird dagegen das arithmetische Mittel aus diesen zweiten Gliedern der Paare gedrückt, so würde eine Beeinflussung bestehen, ebenso wenn es größer würde. Die ausgeführten Untersuchungen haben ergeben, daß keinerlei Nachwirkung stattfindet, daß also die Anzahl der Mädchengeburten in den aufeinanderfolgenden Monaten ganz unabhängig voneinander ist. Wenn damit auch direkt die Marbesche Behauptung nicht widerlegt ist, so läßt sich doch das Verfahren auch auf die Marbesche Frage anwenden. Im Grunde ist der Gedanke natürlich derselbe wie der vorher bei den reinen Gruppen besprochene. Es werden aus der Gesamtfolge nach einem gewissen Modus einzelne Elemente ausgewählt, und nun wird festgestellt, ob die Wahrscheinlichkeiten sich geändert haben oder nicht. Wird bei einer solchen Auswahl eine Änderung der zugrunde liegenden Wahrscheinlichkeiten erzielt, so ist die ursprüngliche Elementenfolge keine zufällige gewesen. Dann ist aber auf sie auch die Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht anzuwenden.

Man kommt auf diese Weise dazu, der Wahrscheinlichkeitsrechnung eine neue Bedeutung für die Statistik zuzuschreiben. Während früher die Statistik aus der Wahrscheinlichkeitsrechnung folgte, ist jetzt die mathematische Wahrscheinlichkeit der Grenzwert für die relative Häufigkeit des Auftretens eines Elements in einer statistischen Masse, sofern die Masse einen unendlich großen Umfang hat.[2]) Ferner sollen von dieser Masse lediglich die Grenzwerte der relativen Häufigkeiten der einzelnen Elemente gegeben sein, während die Anordnung der Elemente selbst keinerlei Vorschrift unterworfen ist. Die unendlich vielen verschiedenen Anordnungen der unendlich vielen Elemente bei denselben gegebenen Wahrscheinlichkeiten bilden dann eine und dieselbe statistische Masse. Alle praktischen Anwendungen, die sich mit endlichen Massen beschäftigen, sind lediglich annäherungsweise mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung zu analysieren. Die Wahrscheinlichkeitsrechnung in dieser Form setzt also geradezu die Forderung der Unmöglichkeit eines Spielsystems voraus. Lediglich die Wahrscheinlichkeiten sollen gegeben sein, die unendlich vielen Anordnungen aber, die durch Vertauschen der Elemente entstehen, sollen nicht voneinander unterschieden werden.

[1]) Vgl. v. Bortkiewicz, Die Iterationen. Berlin 1917 (siehe D. St. Z. 1918, S. 61).

[2]) Vgl. Die Naturwissenschaften, 7. Jahrgang, 1919, Heft 11—13.

[1]) Vgl. A. Podjed, Diffusion und Statistik. Physikal. Ztschr., 19. Jahrg. 1918, S. 39.

[2]) Vgl. v. Mises, Grundlagen der Wahrscheinlichkeitsrechnung, Math. Ztschr. 5. Band, Heft 1—2, 1919.

Digitized by Google

Die Personalausgaben im Bayerischen Staatshaushalt.

Ein finanzstatistische r Beitrag zur Frage der Besoldungs- und Verwaltungsreform.

Von Dr. **Fritz Burgdörfer** in München.

Es ist eine von Tausenden und aber Tausenden bitter empfundene und durch zahlenmäßige Untersuchungen (z. B. von O. Most) einwandfrei nachgewiesene Tatsache, daß die Beamtenschaft im Vergleich zu anderen ihr ehemals gleichstehenden Bevölkerungsschichten und im Vergleich zum gesamten Volksdurchschnitt wirtschaftlich zurückgeblieben und damit auch in ihrer sozialen Bedeutung und gesellschaftlichen Wertung gesunken ist. Diese für die Beamtenschaft, wie nicht minder auch vom Standpunkt des Staatswohles aus bedenkliche Erscheinung ist wesentlich begründet in dem bisherigen „starren" Besoldungssystem.

Dieses System der langfristigen, unveränderlichen Gehaltsfestsetzungen ließ jede Anpassungsfähigkeit an die tatsächlichen Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse, an die ständig im Fluß befindliche Entwicklung der Preise und der Lebenshaltung vermissen. Waren die Gehaltssätze einmal gesetzlich festgelegt, so blieben sie in der Regel ein Jahrzehnt hindurch oder noch länger vollkommen unverändert, wenn auch die Wirtschaftsverhältnisse in der Zwischenzeit sich noch so sehr verändert hatten. Eine Revision und Neufestsetzung der Gehaltssätze konnte bei diesem Verfahren naturgemäß nur außerordentlich schwer und meist erst nach langem, für die Beamtenschaft oft recht demütigendem Debattieren in Presse und Parlament erreicht werden. Und wenn dann eine solche Neuregelung endlich nach 10 oder 12 Jahren beschlossen wurde, hatte die Entwicklung der Preise und der Lebenshaltung meist schon einen so großen Vorsprung vor den vor einem Jahrzehnt festgesetzten Gehaltssätzen, daß fast regelmäßig — mit Rücksicht auf die schier chronisch gewordene schlechte finanzielle Lage — der Vorsprung nicht völlig eingeholt werden konnte. Aber selbst wenn auch der Vorsprung bei einer solchen Neuregelung jeweils vollständig eingeholt worden wäre, so wären die neuen Sätze doch im nächsten Jahre bereits wieder veraltet gewesen. Es liegt eben schon in dem starren System an sich begründet, daß die Zeit seiner Herrschaft mit der Zeit der dauernd veralteten und unzulänglichen Gehaltssätze gleichbedeutend war.

Nachdem man während des Krieges und in der Nachkriegszeit — veranlaßt durch die geradezu groteske Entwicklung der Teuerungsverhältnisse — die unerträglich gewordenen Mängel des starren Besoldungssystems durch Teuerungszulagen auszugleichen versuchte, hat man mit dem neuen Reichsbesoldungsgesetz und den sich an dieses anlehnenden Landesbesoldungsordnungen das starre System aufgegeben und an seine Stelle ein „halbstarres" System gesetzt. Die Gesamtbezüge der Beamten setzen sich hiernach künftig einerseits aus festen Gehaltsteilen (Grundgehalt, Ortszuschlag, Kinderzulagen) und anderseits einem beweglichen Gehaltsteil, den von Fall zu Fall festzusetzenden Teuerungszuschlägen, zusammen.

Das ist ohne Zweifel gegenüber der bisherigen Regelung ein bedeutsamer Fortschritt. Doch kann das halbstarre System noch keineswegs als völlig befriedigende Lösung der Besoldungsfrage betrachtet werden. Dadurch, daß nämlich der bewegliche Gehaltsteil immer von Fall zu Fall erst durch einen besonderen Akt der Gesetzgebung festgesetzt werden muß, ist er — was den Zeitpunkt der jeweiligen Neufestsetzung, wie das Ausmaß der Teuerungszuschläge anlangt — ähnlich wie bisher der Gesamtkomplex der Besoldungsfragen zu sehr der Gefahr ausgesetzt, Gegenstand eines im allgemeinen Interesse besser zu vermeidenden Kampfes zu werden. Begreiflicherweise wird sich auf diesen Punkt — neben dem Kampf einzelner Gruppen um höhere Einstufung — das gemeinsame Interesse der ganzen Beamtenschaft konzentrieren; denn alles übrige steht nach dem Besoldungsgesetz unabänderlich fest, hier allein ist eine Änderung möglich. Anderseits besteht bei einer Regelung von Fall zu Fall aber auch die Gefahr, daß sowohl Regierung wie Parlament berechtigte Wünsche der Beamtenschaft nach einer angemessenen Neufestsetzung der Teuerungszulagen durch den üblichen Hinweis auf die schwierige Finanzlage zeitlich hinausschieben oder das Ausmaß ihrer Erfüllung über Gebühr herabdrücken werden.

Beide Gefahren müssen durch ein System der Ordnung und Stetigkeit überwunden werden, das unbeeinflußt von der Agitation der interessierten Kreise oder der Willkür der zufälligen parlamentarischen Mehrheiten eine objektive Anpassung der Besoldungserhöhungen an die wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht.

Es ist ein Verdienst von Reichsgerichtsrat A. Zeiler, einen klaren Weg gezeigt zu haben[1]), auf dem dieses Ziel wohl erreicht werden kann, nämlich durch die selbsttätige Anpassung der Beamtenbesoldung an die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens. Zeiler geht von der einzig richtigen Erwägung aus, daß die Entwicklung des Beamtengehalts sowohl an die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes (d. i., mit andern Worten, die Preisentwicklung), wie auch an die Entwicklung der Lebenshaltung des Volksdurchschnitts angepaßt werden müsse, wenn anders ein wirtschaftliches und soziales Sinken der Beamtenschaft gegenüber dem Volksdurchschnitt verhindert werden soll. Die Entwicklung der Kaufkraft des Geldes aber und die Entwicklung der volksdurchschnittlichen Lebenshaltung sind zwei Variablen, die, je für sich betrachtet, statistisch außerordentlich schwer erfaßbar sind. Dagegen finden beide in einer dritten Größe, nämlich in dem Durchschnittseinkommen der Gesamtheit der natürlichen Personen, dessen Entwicklung als Gradmesser für die Entwicklung des Volkswohlstandes betrachtet werden kann, gemeinsam einen statistisch verhältnismäßig leicht feststellbaren Gesamtausdruck. Die Anpassung der Beamtenbesoldung an die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens ist deshalb ein Verfahren, das den Vorzug der Einfachheit mit dem der sachlichen Gerechtigkeit verbindet. Und es hat vor allem noch den weiteren Vorzug, daß es eine selbsttätige, d. h. eine dauernde Anpassung der Beamtenbesoldung an die allgemeine Wirtschaftsentwicklung ermöglicht, daß es — zum Unterschied von dem starren System und auch vom halbstarren System der Reichsbesoldungsordnung — leicht beweglich ist. Gerade diese automatische, sich gewissermaßen selbst regulierende Beweglichkeit ist — im Hinblick auf die Kämpfe, die bisher jedesmal um eine Neuregelung der Besoldungsverhältnisse geführt werden mußten und künftig wohl um die Neuregelung der Teuerungszulagen geführt werden müßten — von unschätzbarer Bedeutung. Ohne sie ist eine ruhige und geordnete Entwicklung der staatlichen Besoldungsverhältnisse, die doch in vieler Hinsicht auch das Vorbild für die privaten Gehalts- und Lohnregelungen, wie auch für die Renten der Kriegsopfer sein sollte, kaum denkbar.

Allerdings stehen der Durchführung dieses Zeilerschen Anpassungssystems gewisse Bedenken und Schwierigkeiten entgegen (z. B. Unzuverlässigkeit der Steuerbekenntnisse als Grundlage einer Statistik der wirk-

[1]) Zeiler hat über diesen Gegenstand zahlreiche Aufsätze und Schriften veröffentlicht. Eine kurze Zusammenfassung seiner Ideen gibt seine Schrift „Der Beamtenschaft Not und Rettung". München 1918. Vgl. auch A. Zeiler, „Der bewegliche Gehaltsteil und andere grundsätzliche Fragen zur Neuordnung der Gehälter". Berlin 1920.

Digitized by Google

lichen Einkommensentwicklung, Schwierigkeiten einer raschen Feststellung der Einkommensentwicklung mit Hilfe der Steuerstatistik usw.). Ich kann jedoch hier davon absehen, auf diese Bedenken und Schwierigkeiten näher einzugehen, um so mehr, als Zeiler nicht nur selbst im einzelnen darauf hingewiesen hat, sondern auch Mittel und Wege angegeben hat, wie man diesen Schwierigkeiten in der Anpassung Herr werden könnte.

Im ganzen genommen kann jedoch der von Zeiler vorgeschlagene Weg als eine glückliche Lösung der Besoldungsfrage bezeichnet werden. Denn dieses System ist denkbar anpassungsfähig und beweglich und trägt darum auch die Bürgschaft für geordnete und dauerhafte Regelung der Besoldungsverhältnisse in sich.

So zwingend auch die ganze Logik des Zeilerschen Anpassungsgedankens ist, so erhebt sich aber doch von selbst die Frage, ob dieses rein theoretisch konstruierte System auch in der Praxis durchführbar ist, ob das Reich, die Staaten, die Gemeinden in der Lage sind, ohne Gefährdung ihrer Finanzen die selbsttätige Anpassung der Besoldung an die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens durchzuführen.

Diese Zukunftsfrage kann selbstverständlich nur auf Grund der finanzstatistischen Tatsachen der Vergangenheit beantwortet werden, und zwar braucht man vor allem neben den Daten über die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens eine Statistik über die Entwicklung des staatlichen und gemeindlichen Besoldungsaufwandes.

Da eine solche Statistik bis jetzt nicht zur Verfügung stand, die Prüfung der Frage, ob der Zeilersche Anpassungsgedanke in bezug auf die Beamtenbesoldung praktisch durchführbar ist, mir aber von großer Wichtigkeit zu sein schien, habe ich wenigstens für Bayern eine solche Statistik der Staatsausgaben für Beamtenbesoldungen seit dem Jahre 1894 zusammengestellt, um an Hand derselben den Versuch zur Prüfung der Frage zu machen, ob Bayern in der Vergangenheit in der Lage gewesen wäre, die selbsttätige Anpassung der Beamtenbesoldung im Sinne Zeilers finanziell durchzuführen.

Das war der unmittelbare Anlaß zu einer umfangreichen Arbeit, deren Ergebnisse an anderem Ort ausführlich mitgeteilt werden. Daneben verfolgte ich noch einen rein statistischen Zweck, nämlich eine zusammenfassende Darstellung zu geben von der Entwicklung der gesamten Personalausgaben im bayerischen Staatshaushalt während der beiden letzten Friedensjahrzehnte, also ein Stück Finanzstatistik an sich. Allerdings dürfte gerade dieser Teil nicht nur von rein statistischem Interesse sein, sondern auch, so hoffe ich, manches brauchbare Material für den praktischen Politiker, der sich mit staatlicher Finanz- und Besoldungspolitik zu befassen hat, bieten. Die Kenntnis von der tatsächlichen Entwicklung der gesamten staatlichen Personalausgaben — der Besoldungen der etatsmäßigen und nichtetatsmäßigen Beamten und Beamtenanwärter, wie auch der Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge — ist für jede Art von Verwaltungs- und Besoldungsreform, nicht nur für die Spezialfrage der selbsttätigen Anpassung, von so grundlegender Bedeutung, daß es mir der Mühe wert schien, den Versuch zu machen, die in diesem Punkt bestehende Lücke der Finanzstatistik wenigstens für Bayern auszufüllen.

Hier kann natürlich nicht auf die einzelnen Ergebnisse der Arbeit eingegangen werden. Es soll versucht werden, die Entwicklung der staatlichen Personalausgaben, insbesondere des Besoldungsaufwandes, mit einigen Hauptdaten zu skizzieren und an Hand derselben die Schlußfolgerungen, die aus diesen Daten für unsere Spezialfrage der selbsttätigen Gehaltsanpassung, wie auch für die Besoldungsfrage überhaupt zu ziehen sind, kurz klarzulegen.

An Personalausgaben für die Beamtenschaft und deren Hinterbliebene waren im bayerischen Staatshaushalt im Anfangs- und Schlußjahr des Beobachtungszeitraumes folgende Summen vorgesehen (in 1000 M.):

	1894/95	1914/15	mithin Mehrung um ..... %
Besoldungen der Beamten	75 772,2	189 827,3	150,5
Stellvertretung, Geschäftsaushilfe usw.	12 359,7	32 480,3	162,8
Pensionen- und Hinterbliebenenbezüge . .	12 335,3	39 282,3	218,5
Unterstützungen und Beihilfen	694,8	1 206,0	73,6
Staatszuschüsse zu den Besoldungen und Pensionen der Lehrer und Geistlichen	13 246,3	29 961,0	126,2
Insgesamt	114 408,3	292 756,9	155,9

Die gesamten Personalausgaben, welche der bayerische Staat für seine Beamten, Beamtenanwärter und Beamtenhinterbliebenen zu machen hatte, sind also in den letzten 20 Friedensjahren um 156 % oder um mehr als das Anderthalbfache des Anfangsstandes von 1894/95 gestiegen. Im besonderen hat sich auch der wichtigste Posten dieser Ausgaben, der Besoldungsaufwand, um 150 % erhöht, ist also ebenfalls um das Anderthalbfache gestiegen. Demgegenüber sind im gleichen Zeitraum die gesamten Staatseinnahmen von 327 auf 727 Millionen oder um nur 122,8 %, die gesamten Staatsausgaben von 331 auf 727 Millionen oder um 119,5 % angewachsen.

Es wäre selbstverständlich verkehrt, aus dieser außerordentlich großen Steigerung der Personalausgaben ohne weiteres zu folgern, daß sie lediglich, oder auch nur in der Hauptsache, auf die sogenannten Gehaltsaufbesserungen, welche in den letzten zwei Friedens-Jahrzehnten gewährt wurden, zurückgeführt werden müssen. Reichsgerichtsrat Zeiler hat festgestellt, daß sich die bayerischen Beamtengehälter, wenn man den Stand vom Jahre 1876 gleich 1000 setzt, im Durchschnitt folgendermaßen entwickelt haben:

1876	1000	1888	1055	1894	1143
1886	1020	1892	1089	1904	1203
				1909	1343

Berechnet man aus diesen Kennziffern Zeilers die für unsern Untersuchungszeitraum entsprechenden Kennziffern mit der Basis vom Jahre 1894 gleich 1000, so ergibt sich auf Grund der 1904 erfolgten Gehaltserhöhung für die Jahre 1904—1908 eine Kennziffer von 1052, auf Grund der Besoldungsregelung vom Jahre 1908 für die Jahre 1909 fg. eine Kennziffer von 1175. Es haben sich mithin die Gehaltssätze vom Jahre 1894 bis zum letzten Friedensjahr lediglich um 17,5 % erhöht, während die gesamten Besoldungsausgaben im gleichen Zeitraum, wie erwähnt, um 150,5 % gestiegen sind.

Hieraus folgt, daß der weitaus größte Teil der gewaltigen Steigerung der Besoldungsausgaben nicht auf die Erhöhung der Gehaltssätze, sondern auf die außerordentlich starke Mehrung der Beamtenzahl zurückgeführt werden muß.

Die Frage der Personalmehrungen und des hiefür nötigen Besoldungsaufwandes muß verschieden beurteilt werden, je nachdem diese Personalmehrungen auf die staatlichen Betriebe (Eisenbahn, Post, Schiffahrt, Forsten usw.) oder auf die allgemeine Staatsverwaltung entfallen.

Bei den erwerbswirtschaftlichen Staatsbetrieben muß sich die Zahl des hiefür notwendigen Personals in erster Linie nach der Ausdehnung des Geschäftsbereichs und Betriebsumfangs richten. Jedenfalls müssen die erwerbswirtschaftlichen Betriebe, sofern sie nach gesunden finanzwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden, in der Lage sein, die Kosten einer ausreichenden Besoldung für das von ihnen benötigte Personal — unbeschadet des erstrebten Wirtschaftszweckes — aufzubringen. Den zahlenmäßigen Nachweis hierfür konnte ich auch in meiner erwähnten Arbeit erbringen. Es erübrigt sich, hier weiter auf diese Frage einzugehen.

Digitized by Google

Bei der allgemeinen Staatsverwaltung dagegen ist die Frage der Personalmehrung und der Personalausgaben von andern Gesichtspunkten aus zu beurteilen. Die allgemeinen Staatsverwaltungs-Etats verfügen nicht über eigene Einnahmen, sondern sind zur Deckung ihres Bedarfs auf die Renten der erwerbswirtschaftlichen Betriebe und vor allem auf die Steuereinnahmen angewiesen. Sie müssen sich nach der Steuerdecke strecken. Wie haben sich nun die Personalausgaben der bayerischen Staatsverwaltungs-Etats während der zwei letzten Friedensjahrzehnte entwickelt?

Die gesamten Personalausgaben der allgemeinen Staatsverwaltungs-Etats sind von 1894/95 bis 1914/15 von 31,9 auf 77,6 Millionen Mark oder um 143 % gestiegen, speziell die Besoldungsausgaben haben sich von 25,0 auf 61,2 Millionen d. i. um 145 % erhöht, oder anders ausgedrückt: die Kennziffer des gesamten Besoldungsaufwandes für die allgemeine Staatsverwaltung ist von 1000 auf 2450 gestiegen. Da, wie oben ausgeführt, die Kennziffer der Gehaltssätze sich im gleichen Zeitraum lediglich von 1000 auf 1175 erhöht hat, läßt sich mit ziemlicher Sicherheit folgern, daß die Zahl der Beamten in den letzten beiden Friedensjahrzehnten ungefähr im Verhältnis von 1000 zu 2085 gestiegen sein muß, daß sie sich also in 20 Jahren rund verdoppelt hat. Es hat demnach in der bayerischen Staatsverwaltung — was ja an sich schon längst bekannt war, aber bisher noch nirgends zahlenmäßig nachgewiesen werden konnte — eine ungeheuere Personalmehrung stattgefunden. Die außerordentlich gestiegene Beamtenzahl ging im wesentlichen auf Kosten der Beamtenbezahlung.

Nach der Forderung Zeilers sollte sich die Beamtenbesoldung in gleicher Weise entwickeln wie das volksdurchschnittliche Einkommen. Zeiler hat auf Grund der Einkommensteuerstatistiken von Sachsen, Preußen, Württemberg und Baden gefunden, daß in der Gesamtheit dieser Staaten sich das Einkommen der natürlichen Personen im Durchschnitt der letzten Friedensjahre um 3,6 % jährlich erhöht hat. Für Bayern läßt sich leider, da das Einkommensteuersystem hier erst seit 1912 eingeführt ist, eine solche Berechnung über die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens nicht durchführen. Es geben aber auch die Einnahmen aus den direkten Ertrags-Steuern einigermaßen zuverlässigen Aufschluß über die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens in Bayern. Auf Grund dieser Zahlen habe ich berechnet, daß im Durchschnitt des Zeitraumes 1900—1911 der Pro-Kopfertrag der bayerischen direkten Steuern — unter Ausschaltung des Einflusses von gesetzgeberischen Maßnahmen — sich von selbst, d. h. lediglich infolge der allgemeinen Einkommenssteigerung (die überdies durch das Ertragssteuersystem nur unvollständig zu erfassen ist), jährlich um 2,6 % erhöht hat. Diese Steigerung ist das Mindestmaß der jährlichen Gehaltserhöhungen, die in den letzten Friedensjahrzehnten hätten erfolgen müssen, wenn anders das Diensteinkommen der Beamten mit der Entwicklung des gesamten volksdurchschnittlichen Einkommens hätte Schritt halten sollen. Statt dessen aber ergibt sich aus den Berechnungen Zeilers für den Zeitraum 1894—1911 in Wirklichkeit lediglich eine durchschnittliche jährliche Gehaltserhöhung um 0,95 %.

Tatsächlich wäre der bayerische Staat imstande gewesen, die Gehälter seiner Beamten in angemessener Weise, d. i. um durchschnittlich jährlich 2,6 % zu erhöhen. Das ergibt sich ohne weiteres aus folgender Überlegung: Im Zeitraum 1894 bis 1911 ist, wie erwähnt, der Besoldungsaufwand für die Beamtenschaft der bayerischen Staatsverwaltung von 25 auf 53 Millionen gestiegen. Mit dieser tatsächlich eingetretenen Erhöhung des gesamten Besoldungsaufwandes wäre es möglich gewesen, einesteils die Gehaltssätze in der geforderten Weise (um durchschnittlich jährlich 2,6 %, statt bloß um 0,95 %) zu steigern und anderseits dabei auch die Zahl der Beamtenstellen um 38 % oder rund zwei Fünftel zu erhöhen. Man sollte glauben, daß eine Personalmehrung von 38 % in einem Zeitraum von 18 Jahren vollständig ausreichen müßte, um allen berechtigten Ansprüchen an den Ausbau der Staatsverwaltung zu genügen, um so mehr als sich die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum lediglich um 20,5 % erhöht hat.

Der bayerische Staat hat jedoch, wie sich aus diesen Zahlen ergibt, in den beiden letzten Friedensjahrzehnten seinen Beamten nicht die ihnen nach Maßgabe der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung zustehende Gehaltserhöhung von jährlich 2,6 %, sondern nur eine solche von 0,95 % gewährt. Dagegen hat er die hieraus gemachten Einsparungen dazu verwendet, um die Zahl der Beamtenstellen rund zu verdoppeln. Durch Verzicht auf angemessene Besoldung mußten die Beamten dem Staat die Möglichkeit geben, immer neue Aufgaben übernehmen und immer neue Beamtenstellen schaffen zu können, ohne hiefür neue Einnahmequellen erschließen zu müssen.

Was hier für Bayern zahlenmäßig festgestellt werden konnte und was aus diesen Feststellungen folgt, gilt ohne Zweifel mehr oder weniger auch für die übrigen deutschen Gliedstaaten, insbesondere auch von der Beamtenpolitik des Reichs und der Stadtverwaltungen.

Die Folgerungen, die aus diesen zahlenmäßig belegten Tatsachen zu ziehen sind, ergeben sich von selbst. Zunächst darf aus ihnen der Schluß gezogen werden, daß in der Vergangenheit eine selbsttätige Anpassung der Beamtengehälter an die Entwicklung des volksdurchschnittlichen Einkommens im Rahmen der sich normal entwickelnden finanziellen Leistungsfähigkeit durchaus möglich gewesen wäre. Allerdings nur, wenn in der Anstellungspolitik mehr Maß gehalten worden wäre, als es tatsächlich der Fall war.

Des weiteren aber geht aus diesen Daten mit Deutlichkeit hervor, daß eine dauernde Gesundung der Besoldungspolitik nur dann zu erwarten ist, wenn das bisherige starke Anwachsen der Beamtenzahl künftig mit allen Mitteln in angemessenen Grenzen gehalten wird. Dies ist aber nur möglich, wenn die Geschäftslast der einzelnen Behörden durchgreifend herabgemindert wird und eine systematische Vereinfachung der Staatsverwaltung Platz greift. Die Frage der Besoldungsreform und der Vereinfachung der Staatsverwaltung hängen hiernach aufs engste miteinander zusammen. Jedenfalls ist im Rahmen der finanziellen Kräfte des Staates und der Gemeinden eine angemessene Entwicklung der Beamtenbezahlung nur dann zu erzielen und aufrechtzuerhalten, wenn die Beamtenzahl so niedrig wie möglich gehalten wird, getreu dem Grundsatz: Erledigung der Verwaltungsaufgaben durch eine Mindestzahl von gutbezahlten, tüchtigen und leistungsfähigen Beamten.

Aus der statistischen Literatur.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. — Nicht unterzeichnete Artikel sind Selbstreferate der darin genannten Verfasser oder Bearbeiter der besprochenen Schriften.

I. Bevölkerungsstand.

Die Zunahme der Körpergröße. In einer Anzahl europäischer Kulturländer ist in den letzten Jahrzehnten eine Zunahme der Körpergröße beobachtet worden. Nach einer Veröffentlichung Schwiening's „Über die Zunahme der Körpergröße der militärpflichtigen Jugend in einigen europäischen Staaten" (Deutsche mil.-ärztl. Ztschr. 1908, S. 409) ist dies in Deutschland, Österreich, Schweiz, Holland, Frankreich, Belgien (in diesen beiden Ländern nur in geringem Maße), in Norwegen und Rußland nachzuweisen. In Holland ist das weit zurückreichende Material von Bruinsma und Bolk bearbeitet worden; die Größenzunahme beginnt seit 1860. Benders (*Nederl. Tijdschr. voor Geneeskunde*, 22. IV. 1916) hat diese Untersuchungen bis 1912 weitergeführt und meint, daß die vor 1860 beobachtete Abnahme der Körpergröße

Digitized by Google

von dem Verlust größerer Leute in den napoleonischen Kriegen herrühre, der später wieder ausgeglichen wurde. Eine ins Einzelne gehende Abhandlung von Meinshausen „Die Zunahme der Körpergröße des deutschen Volkes vor dem Kriege, ihre Ursachen und Bedeutung für die Wiederherstellung der deutschen Volkskraft" (Arch. f. soz. Hyg. u. Demogr. Bd. 14, 1920, S. 28) zeigt, daß äußere Verhältnisse die Zunahme der Körpergröße bedingen. Er hat an der Hand der Aushebungslisten des Regierungsbezirks Frankfurt a./O. die Geburtsjahrgänge 1872 und 1892, also die Musterungsjahre 1892 und 1912 verglichen. Die Durchschnittsgröße betrug 1892 165,3 und 1912 166,5, zu den kleineren Leuten bis 165 cm gehörten in jenem Jahrgang 50,2 %, in letzterem 42,4 %. Die Größenzunahme ist bei den Stadtgeborenen größer als bei der Landbevölkerung; sie betrug im Durchschnitt in den Mittelstädten 1,7 cm, in den Kleinstädten 1,2 cm und bei den Landwirten 0,9 cm; in Berlin waren 1892 7,1 % und 1912 10,2 %, im Regierungsbezirk Frankfurt 1892 5,1 %, 1912 7,4 % über 175 cm groß. Auch der Brustumfang hat zugenommen, im Mittel um 1 cm. Er ist, gerade entgegengesetzt den Verhältnissen bei der Körpergröße, um so geringer, je größer die Geburtsgemeinde ist; dem großen schmächtigen Großstädter steht der kleinere aber kräftigere Landbewohner gegenüber. Meinshausen gibt auch die Ziffern für die einzelnen Kreise. Die Industriekreise hatten die erheblichere Größenzunahme, während sie in den landwirtschaftlichen zum Teil gering ist; dies wird von ihm neben dem Einfluß des Berufs darauf zurückgeführt, daß vom Lande die kräftigsten Leute in die Städte und zur Industrie abwandern. Die Zunahme der Körpergröße und des Brustumfanges wird allgemein als Folge der günstigeren Lebensbedingungen weiter Kreise der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege angesehen; die Ursache des größeren Längenwachstums der Städter sieht Meinshausen in einem Überschuß des Längenwachstums infolge mangelhafter Breitenentwicklung bei kräftiger ererbter Körperanlage und in der geringeren Belastung des Körpers bei körperlich weniger anstrengender Arbeit. *F. Prinzing* (Ulm).

II. Berufsstatistik.

Zur statistischen Erfassung der Frauenarbeit. Mit den in den letzten Jahren wiederholt veröffentlichten Vorschlägen[1]) zur statistischen Erfassung der Hausfrauentätigkeit durch die Berufszählungen beschäftigt sich ein in der „Sozialen Kultur" 1920, Heft 9/10 erschienener Aufsatz „Die Behandlung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit in der künftigen Berufsstatistik" von Regierungsrat Dr. Grävell, in dem Verf. versucht, den bisherigen oft recht unklaren Formulierungen einmal Form zu geben und zu zeigen, wie sich die Erfassung der hauswirtschaftlichen Tätigkeit, insbesondere des Hausfrauenberufes, praktisch durchführen läßt. Er geht dabei von der Frage aus, ob denn der bisherige Berufsbegriff ein Hindernis hierfür bildet, und kommt im Gegensatz zu der von Dr. Marg. Bernhard[2]) vertretenen Ansicht und unter Ablehnung der von ihr für den Begriff des Haupt- und Nebenberufs gegebenen Definition zum Ergebnis, daß dies nicht der Fall ist. Der den Berufszählungen zugrunde liegende Berufsbegriff scheidet die Gesamtmasse der Personen in die beiden Gruppen der im Haupt- oder Nebenberuf Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen. Das hindert nicht, aus der Gesamtmasse auch eine dritte Gruppe herauszuheben, nämlich diejenigen Personen, die in der Hauswirtschaft tätig sind. Zur Vornahme dieser Aussonderung hält Verf. eine bedeutende Einengung des Begriffs „häusliche Berufsarbeit" für zweckmäßig, und zwar will er darunter lediglich die unentgeltliche Leitung und Führung eines Familienhaushalts, also in der Hauptsache die Tätigkeit der Hausfrauen und Haustöchter im Haushalt des Familienvorstandes verstehen. Die Erfassung selbst soll sich in der Weise gestalten, daß alle hauswirtschaftlich tätigen Personen anzugeben haben, ob sie die hauswirtschaftliche Tätigkeit als einzige oder neben einer Erwerbstätigkeit ausüben, sowie, in welchem Grade, ob wesentlich oder unwesentlich, sie von ihr in Anspruch genommen werden. Bei der Darstellung wären dann die Frauen, soweit sie nicht selbst erwerbstätig sind, neben den Haushaltungsvorständen als Angehörige aufzuführen, und zwar mit Unterscheidung der im Haupt- und im Nebenberuf hauswirtschaftlich Tätigen. Soweit sie selber erwerbstätig sind, soll ihre nebenberufliche hauswirtschaftliche Tätigkeit in einer besonderen Spalte zum Ausdruck kommen.

Der von Grävell vorgezeichnete Weg erscheint gangbar, wenn auch die Unterscheidung der Hausfrauentätigkeit nach dem Grad der Inanspruchnahme der im Haushalt tätigen Personen Schwierigkeiten bereiten dürfte. Die Gefahr uneinheitlicher Entscheidung wird die Zuverlässigkeit der Erhebung mindern. Richtige Ergebnisse werden sich, wie überhaupt durch jeden Versuch, die Hausfrauentätigkeit zu erfassen, auf dem vorgeschlagenen Wege wohl nicht gewinnen lassen. Eine annähernde Berechnung der Zahl der den Hausfrauenberuf ausübenden Personen läßt sich aber auch, worauf auch neuerdings wieder hingewiesen wurde, auf Grund der Berufszählung alter Art ausführen. Man wird mit der Annahme nicht fehlgehen, daß alle Hausfrauen und zu Hause lebenden Töchter, soweit sie nicht erwerbstätig sind, in der Hauptsache einer hauswirtschaftlichen Tätigkeit obliegen. Außerdem wird wohl auch jede andere Frau mehr oder weniger hauswirtschaftlich tätig sein. Ob eine von diesen Voraussetzungen ausgehende Berechnung auf Grund der Berufszählung alter Art zu ebenso zuverlässigen Ergebnissen führen kann wie die von Grävell vorgeschlagene Erhebung, wäre noch zu untersuchen. Aber selbst wenn diese wesentlich genauere Resultate versprechen sollte, werden die zu erwartenden neuen Erkenntnisse wohl kaum so bedeutsam sein, daß sie ein Abgehen von der bisher bewährten Form der Berufszählung rechtfertigen.

B. Winkler (Dresden).

[1]) Vgl. D. St. Z. 1915, Sp. 65 u. 1920, Sp. 85.
[2]) Archiv für Frauenarbeit 1920, Heft 1/2.

III. Bewegung der Bevölkerung.

Änderungen im Geschlechtsverhältnis der Geborenen? Zusammenstellungen über das Geschlechtsverhältnis in Sachsen für die Jahre 1912—1918 in der „Zeitschrift des Sächsischen Statistischen Landesamtes" Jahrgang 1920 zeigen, daß der Anteil der Knaben während des Krieges gestiegen ist. Das erreichte Maximum beträgt bei den Lebendgeborenen 107,57 auf 100 Mädchen im Jahre 1918, bei den Totgeborenen 138,45 im Jahre 1917; die entsprechenden Ziffern von 1913 sind 106,41 und 133,13. Auch eine Trennung nach ehelichen und unehelichen Geburten zeigt eine dementsprechende Entwicklung für diese beiden Gruppen. Nach den beigegebenen Ausführungen dürfte die höhere Knabengeburtenzahl auf eine Minderung der vorgeburtlichen Sterblichkeit zurückzuführen sein, die auf denselben Ursachen wie die statistisch festgestellte Verringerung der Todesfälle in der ersten Lebenszeit beruht, nämlich auf dem angesichts der niedrigen Gesamtgeburtenzahl erklärlichen größeren Grad von Sorgfalt in der Pflege wie der Neugeborenen, so auch der werdenden Leben; vielleicht hat zur Vermeidung von Fehlgeburten auch die Abwesenheit der Ehemänner beigetragen. Jedenfalls ist diese Erklärung überzeugender als die durch eine angebliche „Fürsorge der Natur" oder wie man es sonst genannt hat, die den Männerverlust im Kriege auf diese Weise zweckbewußt wieder auszugleichen bestrebt sei. Die Natur würde durch ein derartiges Abweichen von ihrer sonstigen Regel dem deutschen Volke einen Dienst von höchst zweifelhaftem Wert erweisen. Denn es kann gar nichts zur Ausfüllung der in den Kriegsjahren 1914—1918 in die erwerbsfähigen Altersklassen des männlichen Geschlechts gerissenen Lücken beitragen, wenn durch ein Mehr von Knabengeburten in der darauffolgenden Zeit ein Männerüberschuß über die Frauen der nächsten G[illegible]

Digitized by Google

burtsjahrklassen — also nicht etwa eine absolute Erhöhung der Männerzahl — geschaffen wird, der sich von etwa 1933 ab unter den Erwerbstätigen fühlbar machen würde. *E. W.*

V. Bau- und Wohnungsstatistik.

Die Reichswohnungszählung im Mai 1918. 1) Reichsstatistische Veröffentlichungen. Auf Grund der B.R.V. vom 25. April 1918 hatten die Landeszentralbehörden die Ergebnisse der Reichswohnungszählung in 6 Nachweisungen dem Kaiserl. Statist. Amt einzusenden. Diese liegen nunmehr — 2½ Jahre nach der Zählung — nach der von den Zentralbehörden gegebenen örtlichen Gliederung, also zumeist nach einzelnen Gemeinden, als Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts in Bd. 287, Heft 1 und 2 der Statistik des Deutschen Reichs vor. Das erste, schon etwas früher erschienene Heft bringt die Übersicht über die bewohnten und leerstehenden Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume und über den voraussichtlichen Wohnungsbedarf (Tafel 1 und 2); das zweite Heft enthält die Übersichten über die jährlichen Mietpreise der bewohnten Mietwohnungen, die Verteilung der Bewohner auf die verschiedenen Wohnungsgrößenklassen, die stark besetzten Kleinwohnungen nach der Zahl der Wohnräume und Bewohner und die Wohnhäuser nach der Zahl der Wohnungen (Tafel 3/6). Den ersten beiden Übersichten in Heft 1 ist eine kurze Darstellung der Wohnungsaufnahme und an Hand einiger zusammenfassender Tabellen einige wenige Bemerkungen über die in den ersten beiden Übersichten mitgeteilten Ergebnisse vorangeschickt. Dem zweiten Heft, d. h. also den Tafeln 3/6 ist keine Besprechung beigegeben. Den Ergebnissen kommt z. T. nur noch historische Bedeutung zu. Als erster Versuch einer einheitlichen Reichswohnungszählung bietet die Erhebung reichlichen Erfahrungsstoff für künftig einzuschlagende Wege. Dem Bd. 287 ist in dieser Hinsicht allerdings nur wenig zu entnehmen. Es muß dazu auf die zum Teil sehr eingehenden Landesveröffentlichungen zurückgegriffen werden. Die Erhebung erstreckte sich über 3782 Gemeinden mit einer Zivilbevölkerung von 32 330 668 Seelen oder 55,5 % der gesamten Bevölkerung (einschließlich der Insassen von Anstalten, Kasernen, Gasthäusern usw.). Die Verteilung auf die einzelnen Länder war außerordentlich verschieden. Im Verhältnis zu ihrem Gesamtbestand waren Reuß ä. L., Fürstentum Lübeck, der Neckarkreis und Sachsen am stärksten beteiligt. Für 85 Städte ist hinsichtlich der leerstehenden Wohnungen ein Vergleich mit früheren Zählungen (1913 und 1915) angestellt, aus der die stattgehabten Verschiebungen ersichtlich sind.

Hoffentlich braucht diese in mancher Hinsicht nicht besonders geglückte Wohnungszählung nicht allzulange (!) die einzige Reichswohnungszählung zu bleiben. Bei der wahrscheinlich noch längere Zeit anhaltenden, zum Teil geradezu katastrophalen Wohnungsnot dürfte auch eine neue Reichswohnungszählung in jeder Hinsicht zweifellos auf ein stärkeres Interesse stoßen, als dies bei der ersten Reichswohnungszählung der Fall gewesen ist.

W. Grävell (Berlin).

2) Landesstatistische Veröffentlichungen der Ergebnisse dieser ersten Reichs-Wohnungszählung liegen für die vier größten Bundesstaaten vor. Der Bericht für Preußen, enthalten im 59. Jahrg. (1919) der „Zeitschrift des Preuß. Statist. Landesamts" S. 1 bis 294, bringt außer einer von Dr. Warnack äußerst sorgsam durchgearbeiteten Zusammenfassung der Ergebnisse nach Regierungsbezirken und Ortsgrößenklassen noch für die Gemeinden mit über 10 000 Einw. zwei über die reichsstatistische Aufbereitung hinausgehende Übersichten, nämlich eine Gliederung der Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume (und Küche) einmal in Verbindung mit dem Jahresmietpreis nach Mietpreisstufen und sodann in Verbindung mit den Einzelzahlen der Bewohner. Beide Übersichten bilden wertvolle Ergänzungen der reichsstatistischen Zahlentafeln. Vier Kartenbilder mit Angaben über die Häufigkeit der Kleinwohnungen und die Wohndichtigkeit in den einzelnen Regierungsbezirken nach Durchschnitten aller Erhebungsgemeinden veranschaulichen treffend die vielfach vorhandenen Gegensätze, namentlich zwischen Ost und West. Trotz dichterer Besiedlung der industriereichen westlichen Landesteile ist doch hier das Wohngefüge weit lockerer, die Zahl der Häuser mit wenigen Wohnungen größer, der Anteil der Kleinwohnungen geringer und die durchschnittliche Belegung der Wohnungen ebenfalls vergleichsweise schwächer als im Osten. Allerdings sind bei solchen Vergleichen zwischen verschiedenen Verwaltungsbezirken nicht die Unterschiede in der Anzahl und Größe der beteiligten Gemeinden außer acht zu lassen. So erstreckte sich die Reichswohnungszählung im Reg.-Bezirk Düsseldorf auf 93,2 v. H. der Bevölkerung, dagegen im Reg.-Bezirk Allenstein auf nur 14,1 v. H. Insgesamt nahmen in Preußen 2069 Gemeinden an der Aufnahme teil, darunter 1302 mit weniger als 5000 Einw. Auf Einzelheiten der anregenden Darstellung W.'s kann bei der Fülle und Mannigfaltigkeit der Ergebnisse nicht eingegangen werden. Seinem Bestreben, die Nichteinbeziehung der Küche in die Zahl der Wohnräume bei der Reichswohnungszählung zu rechtfertigen, wird man sich kaum anschließen können, um so weniger, da ja auch die Reichswohnungszählung nicht umhin kann, wenigstens bei den kleineren Wohnungen der Bedeutung der Küche Rechnung zu tragen und sie besonders festzustellen, mithin der einzige Erfolg dieser methodischen Neuerung darin besteht, daß durch diese besondere Behandlung der Küche in mancher Hinsicht die Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Zählungen gestört ist. Mit Recht weist Verf. darauf hin, daß bei einer künftigen allgemeinen Wohnungszählung, die er übrigens mit zutreffender Begründung für die allernächste Zeit ablehnt, den Vorarbeiten, vor allem der Aufstellung klarer Richtlinien und Ausführungsanweisungen, mehr Aufmerksamkeit zu widmen sei, als es bei der Reichswohnungszählung der Fall war.

Nicht minder eingehend als der Bericht für Preußen ist derjenige über „Die Kriegswohnungszählung vom 16. Mai 1918 in Bayern" aus der Feder von Hans Linsmeier, veröffentlicht als Heft 91 der Beiträge zur Statistik Bayerns (1919, 154. S.). Auch hier beschränkt sich die textliche Darstellung im wesentlichen auf die größeren Verwaltungsbezirke, während das Tabellenwerk sämtliche Ergebnisse für die einzelnen Gemeinden wiedergibt, einschl. der Reichstabellen. Besonders willkommen erscheint ein die Einleitung bildender, gedrängter Überblick über die bisherigen wohnungsstatistischen Erhebungen in bayerischen Gemeinden, die leider anscheinend wenig planmäßig vorgenommen worden sind und daher zu allgemein vergleichbaren Ergebnissen nur in geringem Umfang geführt haben. An die Reichswohnungszählung wurden in Bayern 148 Gemeinden angeschlossen, darunter 83 kleinere Industrie- und Vorortsgemeinden mit unter 5000 Einw. Auch hier machen sich bezeichnende Unterschiede in der Siedlungsweise der einzelnen Landesteile bemerkbar. In Südbayern und in der Pfalz herrscht das Kleinhaus durchaus vor, während in Nordbayern das mittlere und große Wohnhaus stärker hervortritt. Doch ist die Bevorzugung des Kleinhauses in ganz Bayern unverkennbar: 29,1 v. H. aller Wohnhäuser enthalten nur eine Wohnung und 18,5 v. H. deren zwei. Durchschnittlich entfallen auf ein Haus 4,0 Wohnungen und auf eine Wohnung 3,6 Bewohner. Der Anteil der Kleinwohnungen im Sinne der Reichswohnungszählung beläuft sich auf nur 68,0 v. H. Als vorübergehend anderweit benutzt wurden 883 Wohnungen oder 0,1 v. H. der Gesamtzahl ermittelt. Ihre Behandlung ist nicht recht klar, da es mit Bezug auf sie S. 37 heißt, daß sie für die späteren Darlegungen außer Betracht blieben, während sie zwei Seiten weiter bei der Feststellung der Zahl der Wohnungen im Hause doch berücksichtigt sind. Eine beachtenswerte Erweiterung erfuhr die Reichswohnungszählung in Bayern insofern, als aus Anlaß der Frage

Digitized by Google

der Besetzung der Mieteinigungsämter die Zahl der Hauseigentümer und ihrer innerhalb der Zählgemeinde gelegenen Wohngebäude ermittelt wurde. Es ergab sich dabei, daß im Landesdurchschnitt auf einen Besitzer 1,3, in den 3 Großstädten 1,4 Häuser entfielen. 72,4 v. H. der Eigentümer (in den 3 Großstädten 86,9 v. H) vermieteten, während die übrigen ihr Haus allein bewohnten. Auf einen Vermieter trafen im Landesdurchschnitt 5,4, in den Großstädten 9,8 Mietparteien.

Württemberg hat sich bisher nur auf einige Angaben in den „Mitteilungen des Württ. Statist. Landesamts" (Jahrg. 1918 SS. 49, 85 und 114, Jahrg. 1919 SS. 17 und 71, Jahrg. 1920 S. 48) beschränkt. Die Zählung erstreckte sich hier auf 310 Gemeinden. In 17 Oberamtsbezirken war keine Gemeinde beteiligt, in 13 je eine, in 28 mehrere und in 6 (im Neckarkreis um den Landesmittelpunkt) sämtliche Gemeinden. Ein angestellter Vergleich mit den Ergebnissen der Reichswohnungszählung in anderen Reichsgebieten zeigt, daß die Verhältnisse in Württemberg durchweg sehr günstig liegen. So wurden im Landesdurchschnitt nur 2 Wohnungen auf 1 Gebäude gezählt, in Stuttgart 3,88. Von der Bevölkerung des gesamten Erhebungsgebiets leben 84,5 v. H. in Häusern mit nicht mehr als 5 Wohnungen.

Die Ergebnisse der Reichswohnungszählung in Sachsen, bearbeitet von Dr. W. Grävell, finden sich in der „Zeitschrift des Sächs. Statist. Landesamts", Jahrg. 1920 S. 64. An ihr nahmen hier 593 Gemeinden teil, darunter 483 mit unter 5000 Einw. und 87 mit unter 500 Einw. Die Hausliste wich von dem Reichsvordruck nur insofern ab, als die heizbaren und nicht heizbaren Zimmer je für sich erfragt wurden. Ebenso wurden auch die wichtigsten Übersichten zwecks Wahrung der Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen früherer Aufnahmen außer nach Wohnräumen auch mit Unterscheidung der heizbaren und nicht heizbaren Zimmer aufgestellt. Die der Veröffentlichung beigefügten Zahlennachweisungen sind durchweg nach Verwaltungsbezirken und Ortsgrößenklassen gegliedert. Außerdem ist für diejenigen Gemeinden, die an den Aufnahmen von 1904, 1905 und 1910 beteiligt waren, die Mietpreisentwicklung seit dieser Zeit dargestellt. Wesentlich neue Ergebnisse waren von der Reichswohnungszählung für Sachsen nicht zu erwarten, da hier noch im Jahre 1916 umfangreiche, sachlich z. T. weit über die Zählung von 1918 hinausgehende Erhebungen stattgefunden hatten.[1]) Bemerkenswert ist die vielfach mangelnde Übereinstimmung der Ergebnisse von 1916 und 1918; sowohl die Gesamtzahl der Wohnungen als auch ihre Verteilung nach Größenklassen zeigt namhafte Abweichungen. Es wäre ein großer Gewinn für die methodische Durchbildung der Wohnungsstatistik, wenn es gelänge, den Ursachen solcher Abweichungen etwas näher zu kommen, was allerdings nur an der Hand des Urmaterials möglich wäre. Das vom Verf. entwickelte Programm einer Mietpreisstatistik geht wohl über den Rahmen einer allgemeinen Wohnungszählung, noch dazu einer staatlichen, hinaus und ließe sich bestenfalls nur auf dem Wege der Enquete verwirklichen. Mit Recht weist er auf die Folgen einer ungenügenden Begriffsbestimmung der „vermieteten Wohnungen" hin; wenn beispielsweise in einem Fall der Preis für die gleiche Wohnungsgröße zwischen 30 und 600 M. schwankt, so läßt sich dies nur durch die Annahme erklären, daß es sich im letzteren Fall um eine möblierte Wohnung handelt. Die Untersuchung der Mietpreisentwicklung seit den früheren Erhebungen hat zu keinem greifbaren Ergebnis geführt. Zwar ist eine allgemeine Steigerung der Durchschnittsmieten unverkennbar; doch gestaltet sich das Bild für die einzelnen Wohnungsgrößenarten so mannigfaltig, daß irgendwelche bestimmten Grundzüge nicht hervortreten.

So wertvoll die in diesen einzelstaatlichen Berichten gebotenen Nachweisungen im einzelnen auch sind, so vermißt man doch mit Bedauern ein engeres Zusammengehen der Ämter. Einzelnachweisungen und Verhältnisberechnungen für das eine Land sucht man für das andere vergebens. Wenn auch die Landesämter aus begreiflichen Gründen nicht auf eine eigene eingehende Bearbeitung der Ergebnisse werden verzichten wollen, so sollte doch bei derartigen, sich auf das ganze Reichsgebiet erstreckenden Erhebungen versucht werden, auch die weitere textliche Aufschließung des Zahlenstoffs wenigstens in der Hauptsache nach einheitlichen Richtlinien vorzunehmen. Als mißlich macht es sich auch bemerkbar, daß außer Bayern die Landesämter die für das Reich gelieferten Übersichten nicht mit abdrucken. Auch hier ließe sich bei einigem guten Willen wohl ein Weg finden, unter Vermeidung eines doppelten Drucks eine ungetrennte Veröffentlichung des gesamten Zahlenstoffs zu erzielen. *O. Kürten* (Neukölln).

1) Siehe auch D. St. Z. 1914, S. 281.

Zur schweizerischen Grundbesitz- und Wohnungsstatistik liegen einige neuere Beiträge vor. Das Statist. Amt der Stadt Zürich veröffentlicht in Heft 22 seiner Schriften eine Untersuchung über den „Grundstücksverkehr in der Stadt Zürich und ihren Vororten 1914 bis 1917, z. T. 1918." (Zürich 1918, 62 S.) In der Stadt Zürich folgte auf die Hochkonjunktur in den Jahren 1910/11 ein starker Rückschlag auf dem Grundstücksmarkt; der Wert der umgesetzten Grundstücke sank von 133 Mill. Frcs. im Jahre 1911 auf 51 Mill. Frcs. im Jahre 1915. Vom Jahre 1916 ab trat jedoch eine überraschend schnelle Erholung ein; der Gesamtumsatz des Jahres 1917 überstieg mit 99 Mill. Frcs. bereits wieder denjenigen des Jahres 1912 und in den ersten 7 Monaten des Jahres 1918 war der Wert des freihändigen Umsatzes schon höher als im ganzen Jahre 1917. Diese außergewöhnlich starke Zunahme vor allem der Freihandverkäufe vom Jahre 1917 ab ist um so bemerkenswerter, als er mit einer vollständigen Bauruhe und einer erheblichen Verteuerung der Hypothekargelder zusammenfällt. Die wesentlichste Ursache für diese Belebung des Liegenschaftsverkehrs glaubt das Züricher Amt in der durch die steigenden Mietpreise bedingten größeren Ertragsfähigkeit der Grundstücke sehen zu dürfen; vorübergehend, namentlich gegen Ende 1917 kam hinzu die Angst vor einer Erhöhung der Liegenschafts- und Handänderungssteuer. Desgleichen hat die Annahme der eidgenössischen Kriegssteuer allem Anschein nach Ende 1917 die Vornahme von Erbregulierungen beschleunigt. — Der Grundstücksmarkt in den der Beobachtung unterworfenen 16 Gemeinden der Umgebung Zürichs hat zwar zu Beginn des Krieges nicht die gleich starke Erschütterung erfahren wie derjenige in der Stadt selbst; wohl aber macht sich auch hier vom Jahre 1916 ab ein stark vermehrter Grundbesitzwechsel namentlich für größere und billigere Liegenschaften bemerkbar. Besonders betont wird in dem Bericht die vielfach in die Erscheinung tretende Güterschlächterei. So wurden allein durch freiwillige Versteigerungen in den Jahren 1916 und 1917 23 Güter in nicht weniger als 203 Grundstücke parzelliert, zumeist binnen kürzester Zeit. Das Land wurde dadurch im Durchschnitt um ein Viertel teurer.

Daß in der Tat die Entwicklung des Grundstücksverkehrs in der Stadt Zürich ziemlich gleichlaufend mit derjenigen der Mietpreishöhe ist, geht aus der Heft 25 der Schriften des genannten Amtes bildenden Veröffentlichung über „Die Mietpreise in der Stadt Zürich im Jahre 1919 mit vergleichenden Rückblicken" (Zürich 1920, 35 S.) hervor. Von 1910 bis Mitte 1914 zeigten die Mietpreise der auf den Markt gelangenden Wohnungen eine leicht sinkende Tendenz, die sich nach Kriegsausbruch merklich verschärfte und bis Mitte 1916 anhielt. Von da ab begannen sie erst langsam, von 1919 ab aber in steiler Kurve zu steigen. Den mittleren Preisstand für 1910 gleich 100 gesetzt, ergibt für das erste Halbjahr 1916 etwa 88, für 1918: 116 und für 1919: 140. Die Verteuerung der Mieten steigt progressiv mit der Wohnungsgröße; sie ist bei der Ein-

Digitized by Google

zimmerwohnung etwa doppelt so hoch als bei der Zweizimmerwohnung. Die Ursachen liegen auf der Hand: Wohnungsnot, Mehrbelastung des Grundbesitzes und vor allem erhebliche Bauverteuerung; ihnen gegenüber hat der gesetzliche Mieterschutz bisher anscheinend noch wenig auszurichten vermocht. Die Feststellung, daß seit 1917 die Mietpreise der älteren Wohnungen z. T. prozentual stärker gestiegen sind als diejenigen der neueren Wohnungen, bedarf erst noch einer genaueren Nachprüfung. Überhaupt muß vor zu weit gehenden Schlüssen gewarnt werden. Umfassen doch die Beobachtungen nur das Material des städt. Wohnungsnachweises, d. h. im Jahre 1917 etwa die Hälfte und 1919 etwa ein Viertel aller tatsächlich umgesetzten Wohnungen.

Weniger stark als in Zürich war in der Stadt Basel die Einwirkung des Krieges auf die Entwicklung der Mietpreise, wie aus Heft 36 der Mitteilungen des Statist. Amtes der Stadt Basel über „Bautätigkeit und Wohnungsmarkt im Kanton Basel-Stadt 1919" (Basel 1920, 36 S.) zu ersehen ist. Hier waren schon vor dem Kriege die Wohnungen erheblich billiger als in Zürich. Der Preisrückgang in den ersten Kriegsjahren ist zwar auch in Basel vorhanden, aber doch in gemildertem Ausmaß. Und auch die 1918 einsetzende Mietpreiserhöhung hat sich bisher innerhalb mäßiger Grenzen gehalten. Im Jahre 1919 waren gleichgroße Wohnungen in Zürich durchschnittlich um etwa 25 v. H. teurer als in Basel.

Über die jüngst erschienenen, vom Kantonalen Statist. Bureau als Heft III der Neuen Folge der Aargauischen Statist. Mitteilungen herausgegebenen „Ergebnisse der Wohnungszählung vom 1. Dezember 1910 in den Gemeinden Aarau, Baden, Ennetbaden und Brugg" (Erg.-Heft 7 zum D. St. Z., Leipzig und Berlin 1920, 108 S.) ist nicht viel zu sagen. Die Erhebung bringt in methodisch-technischer Hinsicht nichts Neues und den deutschen Leser werden die zumeist sehr kleinen Zahlen des ausführlichen Tabellenwerks nur wenig interessieren. Der Verfasser des Begleittextes befleißigt sich einer anerkennenswerten Kürze und Sachlichkeit, die jedoch bisweilen zu weit geht, indem wichtige, für das Verständnis der Zahlen notwendige Umstände unerwähnt bleiben. *O. Kürten* (Neukölln).

VII. Vermögen und Einkommen.

Einkommensentwicklung in Breslau in den letzten 30 Friedensjahren. In der Breslauer Statistik, Bd. 36, Heft 2, wird die Entwickelung der Stadtarbeiterlöhne und der Einkommen mit Hilfe von Zentilen und aus diesen berechneten Indexzahlen dargestellt. Die Methode wird manchmal nach Kiaer genannt, weil dieser sie 1909 in einem Bericht an das Internationale Statistische Institut (siehe dessen Bulletin, Bd. 18, Heft 1, S. 72 und Heft 2, S. 127) zuerst vor die europäische Öffentlichkeit brachte. Sie ist aber schon von W. C. Mitchell in den *Quarterly Publications of the American Statistical Association* (Dezemberheft 1905) angegeben und in ihrer grundsätzlichen Bedeutung dargestellt worden. Daß Mitchell Lohnempfänger und nicht Einkommenbezieher behandelt, ist natürlich nicht wesentlich. Von diesem letzteren Aufsatz hat sich auch das Breslauer Statistische Amt seinerzeit anregen lassen, als es 1909 ziemlich gleichzeitig mit Kiaer die Zahlen der Einkommenstatistik entsprechend verarbeitete (Bresl. Stat. Bd. 28, S. 110). Ein großer Vorzug dieser Darstellungsweise besteht darin, daß dabei die Einkommenszahlen so gestaltet werden, daß man an ihnen den Gang der Preise, der Gehälter usw. messen kann. Solche Maßzahlen zu schaffen, ist auch der Hauptzweck der Breslauer Veröffentlichung, die darum vor allen Dingen darauf Gewicht legt, ununterbrochene Reihen für eine lange Periode (1884—1914) bereitzustellen. Das Ergebnis ist im allgemeinen, daß der Einnahmewert des Geldes (nicht zu verwechseln mit seiner Kaufkraft) für Arbeiter sehr stark, für den Mittelstand aber viel weniger gesunken ist.

Indem wir hier nur kurz darauf hinweisen, möchten wir betonen, daß auch diese Arbeit dartut, wie wenig unsere heutige Einkommensstatistik der Gegenwart gerecht wird. Alle Methoden, die darstellen wollen, wie sich die Einkommen und die Einkommensverteilung entwickeln, gehen davon aus, daß im allgemeinen der Gang nur in einer Richtung geht, genauer, daß er im Aufstieg ist, und daß alles Zurückfallen in niedrigere Einkommensstufen demgegenüber vernachlässigt werden kann. Am deutlichsten tritt dies bei der von Julius Wolff angegebenen Berechnungsweise zutage. Aber auch die für Breslau angewandte Methode macht es nicht viel besser. In Friedenszeiten konnte man sich das gefallen lassen. Doch heute, wo neben gewaltigen Lohn- und Gehaltsteigerungen, neben ungemessenen Schiebergewinnen ein Zurücksinken oder wenigstens Stehenbleiben vieler Einkommen sich findet, ist das nicht mehr möglich. All der Schmerz, der in der heutigen Geldwertverschiebung liegt, wird durch die Einkommensstatistik auch nicht angedeutet. Selbst wenn man den Aufstieg, den sie zeigt, nur als eine Vermehrung von Papierwerten ansieht, bleibt das schönfärberisch. Es ist eine dringende Aufgabe der Statistik, Zahlen über die in den Einkommensklassen stark oder schwach aufgestiegenen, stehengebliebenen und zurückgesunkenen Zensiten zu ermitteln. Wie aber die Sache heute liegt, hat das Breslauer Amt nicht gewagt, seine Methode auch für die Zeit nach 1914 durchzuführen.

E. Kieseritzky (Breslau)..

Die Besoldungsverhältnisse der österreichischen Beamten 1914—1920.[1]) Die empfindliche Geldentwertung, unter der das Deutsche Reich seit dem Friedensschlusse zu leiden hat, tritt in Österreich in noch viel schärferer Form auf, weil Österreich durch den Staatsvertrag von Saint Germain von allen Ländern der Lebensmittelversorgung und des notwendigsten Wirtschaftsverkehrs abgeschnitten worden ist. Die naturgemäß steigenden Löhne folgen der Geldentwertung immer nur allmählich nach, noch später dann die Bezüge der Staatsbeamten, so daß diese verhältnismäßig in ihrer Lebenshaltung herabgedrückt werden. Die Tatsache selbst ist längst bekannt und hat auch schon im Auslande zu verschiedenen Hilfsvorkehrungen für den österreichischen Mittelstand, darunter insbesondere die Beamten, geführt, einerseits Lebensmittel- und Kleiderspenden, andererseits Übernahme von Kindern teils über die Sommerferien, teils für längere Zeit in Verpflegung. Bisher fehlte aber eine genaue Kenntnis sowohl der Zahl der Staatsbeamten als auch des Maßes der Preissteigerungen. Die erstere Frage sucht nun die Schrift von M. zu klären, über die zweite gibt es zwar viele kleinere Schriften, eine übersichtliche Zusammenfassung fehlt aber bisher.

Die Gesamtzahl der Zivilstaatsbediensteten Österreichs gibt M. auf Grund einer Zusammenstellung des Staatsamtes für Finanzen mit 89 000 an, wovon auf den Verwaltungsdienst 33 000, auf den Schuldienst 3000 und auf staatliche Betriebe, hauptsächlich die Post, 53 000 entfallen. Dazu kommen noch 87 000 Staatsbahnbedienstete, 2000 Angestellte der ehemaligen Hofverwaltung und 28 000 aktive Militärpersonen, so daß im ganzen 206 000 Angestellte den Staatssäckel belasten. Wenn man das Verhältnis der Familienangehörigen von der Volkszählung 1910 zugrunde legt (auf einen Berufstätigen im Durchschnitte 1,2 zugehörige Personen der beteiligten Berufsgruppen), sind ihnen noch 247 000 Familienangehörige zuzurechnen, so daß zusammen 453 000 Menschen vom Staate auf Grund ihrer Dienstleistung erhalten werden, dazu noch 79 000 Personen im Ruhestand, deren zugehörige Familienmitglieder auf 87 000 geschätzt werden können, somit vermehrt sich obige Zahl auf rund 619 000 Personen. Das ist mehr als ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Österreichs.

Dabei sind die Landes- und Gemeindeangestellten

1) Von Dr. Arnold Madlé. Wien und Leipzig 1920, Kommissionsverlag von Wilhelm Frick, G. m. b. H. Auch als Beilage zur Statistischen Monatsschrift 1920.

Digitized by Google

nicht eingerechnet. Infolge der neuen Bundesverfassung wird die Stellung der ersteren mit den Staatsangestellten, künftig Bundesangestellten, teilweise vereinigt, so daß man bei Vergleichen beide wird zusammenzählen müssen. Die Gesamtzahl der öffentlichen Angestellten kann mit Einschluß der öffentlichen Betriebsunternehmungen nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1910 im Gebiete des heutigen Österreich auf ungefähr 330 000 geschätzt werden, mit 390 000 Familienangehörigen zusammen 720 000 Personen.

Da die außerordentliche Volkszählung vom 31. Januar 1920 an öffentlichen Angestellten im weitesten Sinne 271 803 ergeben hat, kann die Zahl ihrer Familienangehörigen auf über 326 000 geschätzt werden. Das sind zusammen nahe an 600 000 Personen, dazu kommen die bei der Zählung nicht ermittelten Pensionisten aus öffentlichen Mitteln (mindestens 166 000) und die etwa 52 000 Personen in öffentlicher Armenpflege, zusammen jedenfalls mehr als 200 000, so daß die Zahl der insgesamt aus öffentlichen Mitteln erhaltenen Personen auf rund 800 000 zu schätzen ist. Die Zählungsergebnisse stützen also die von M. gebrachten Zahlen so weit, daß sie nicht als zu hoch gegriffen erscheinen.

Der größte Teil der Schrift ist den Zahlen gewidmet, in denen das stete Schwanken der Besoldungsgrundsätze zum Ausdruck kommt. Von dem alten Verwendungsprinzip hat man sich während der Kriegszeit und nachher immer weiter entfernt und die Besoldung immer mehr der Bedürftigkeit mit bevölkerungspolitischen Rücksichten angepaßt. Die Teuerungszulagen und dann die gleitenden Zulagen richten sich nach der Zahl der Familienangehörigen, allmählich mit Ausgleichung der Verschiedenheiten in den Rangklassen, so daß schließlich im Frühjahr 1920 die Bezüge eines verheirateten Beamten der IV. Rangklasse (Gruppenvorstände der Ministerien) mit 3 Kindern um 24 vom Hundert höher waren als diejenigen eines ledigen, in der XI. (untersten) Rangklasse dagegen um 80 vom Hundert höher als die Bezüge eines ledigen Beamten derselben Rangklasse. Auch für die kinderlosen ledigen Beamten haben sich die Rangunterschiede allmählich immer mehr ausgeglichen. Noch 1915 hatte der Beamte der IV. Rangklasse mehr als die achtfachen Bezüge des Beamten der XI. Rangsklasse, im Frühjahr 1920 nur noch die dreifachen. Die Einkommenszahlen selbst anführen wäre zwecklos, weil sie nicht nur seit dem Frühjahr 1920, sondern seit dem Erscheinen der Schrift schon längst überholt worden sind und nahezu monatlich steigen. *W. Hecke* (Wien).

IX. Land- und Forstwirtschaftsstatistik.

Die kriegswirtschaftlichen Erhebungen über Ernteflächen und Ernteertrag. Das 4. Vierteljahrsheft zur Stat. des D. Reichs 1919 bringt eine Zusammenstellung (mit Gliederung in einzelne Staaten usw.) der während der Jahre 1915 bis 1919 durchgeführten Erhebungen zur Ermittlung der Anbau- bzw. Ernteflächen und der Erträge. Den statistischen Übersichten vorangeschickt sind Bemerkungen über die während der einzelnen Jahre eingeschlagenen Wege zur Erlangung einigermaßen richtiger, für die in Frage stehenden Zwecke, insbesondere für die Aufstellung und praktische Durchführung von Wirtschaftsplänen verwertbarer Unterlagen, sowie kritische Betrachtungen über den Wert und die Zuverlässigkeit der Kriegserhebungen. Diese bilden die Fortsetzung von Friedensaufnahmen, und zwar der Bodenbenutzungsstatistik, der jährlichen Anbaustatistik und den Berichten der Saatenstands- und Ernteberichterstatter. Die Änderungen in der Vornahme der Erhebungen während des Krieges beruhen auf durch Kriegsverhältnisse bedingten Erfordernissen. Diese bestehen einmal als Bedürfnisse nach neugearteten Unterlagen — demzufolge er außer einigen sachlichen Erweiterungen vor allem Umwandlung der auf die Gemarkungen der Gemeinden sich erstreckenden jährlichen Anbaustatistik in eine die einzelnen Betriebe als Einheit heranziehende Ernteflächenerhebung in Form einer Individualerhebung — und zum anderen liegen sie in den Mängeln begründet, denen die Erhebungen während des Krieges ausgesetzt waren. Als solche Mängel kommen 2 Arten in Betracht. Die erste bezieht sich darauf, daß die statistischen Feststellungen entgegen dem Brauch und der ausdrücklichen Zusicherung in Friedenszeiten eine unmittelbare Verwendung zu Verwaltungszwecken fanden. Dadurch hörten die Erhebungen auf, reine Statistik zu sein. Dieser Vorgang spiegelt sich in den Mitteln wieder, die angewandt werden mußten, um überhaupt noch zu erträglichen Ergebnissen zu gelangen (Strafandrohungen, Kontrollmaßnahmen). Die 2. Art von Mängeln ist in den Schwierigkeiten zu suchen, die sich der Durchführung der Erhebungen im Kriege entgegenstellten (infolge der Einziehungen zum Heeresdienst allein mögliche Befragung zu Auskünften nicht geeigneter Personen, Mangel an tauglichen Zählern, ungenügende Vorbereitung und Nachprüfung der Erhebungen seitens der Erhebungsorgane). Beide Arten verschärften sich, je länger der Krieg dauerte. Die Reichsstatistik muß bemerken, daß „leider die erzielte und erzielbare Richtigkeit der Ergebnisse im umgekehrten Verhältnis zur zunehmenden Wichtigkeit der Erhebungen stand".

Eine besonders wichtige Frage ist die, welche der vorgenommenen Parallelerhebungen die zuverlässigeren sind. Für die Feststellung der Ernteflächen fand 1915 eine Parallelerhebung dadurch statt, daß neben der neu eingeführten Ernteflächenerhebung die bisher übliche jährliche Anbaustatistik ebenfalls noch durchgeführt wurde. Für die Ermittlung des Ernteertrags liegen Parallelerhebungen in den an verschiedenen Stellen (Ernteberichterstatter, Gemeinden, Ausschüsse der Kommunalverbände) vorgenommenen Schätzungen vor.

Die einzelnen Erhebungen weichen in ihren Ergebnissen recht beträchtlich voneinander ab; 1915 ergab die Ernteflächenerhebung gegenüber der Anbauerhebung für Getreide ein Weniger von 2079744 ha, für Kartoffeln von 785490 ha oder 15,5 %. Für die Höhe der Ernteerträge ergab sich die gleiche Tatsache, nämlich daß die für die unmittelbare Feststellung der Ablieferungsschuldigkeit der Landwirte und Kommunalverbände erfolgten Schätzungen kleinere Zahlen als die anderen Schätzungen lieferten. Die Reichsstatistik spricht sich dahin aus, daß „nach allen Erfahrungen und Beobachtungen während des Krieges die größeren Fehler bei der Ernteflächenerhebung zu suchen sind" und daß „zweifellos die Schätzungen der Ernteberichterstatter der Wirklichkeit näher kommen als die Ergebnisse, welche von anderen Organen bei den Schätzungen für die Zwecke der öffentlichen Bewirtschaftung erzielt worden sind".

Welche Wege bei künftigen Erhebungen und Schätzungen einzuschlagen sind, wird nicht erörtert. Für die Ertragsstatistik wird entscheidend sein, welchen Zwecken sie in Zukunft dienen wird. Ähnliches gilt für die Ernteflächenstatistik. Als wichtigste Voraussetzung für letztere, sei es nun als Individual- oder Bezirkserhebung, wird das Vorhandensein richtiger katastermäßiger Unterlagen bezeichnet. Nur dann werden die Ergebnisse den Anforderungen der Friedenswirtschaft genügen.

W. Grävell (Berlin).

X. Gewerbestatistik.

Die Entwicklung des Buchdruckgewerbes während der letzten Jahrzehnte ist der Gegenstand einer Würzburger Dissertation „Das Buchdruckgewerbe in der Statistik. Die Entwicklung beobachtet an stattgefundenen zahlenmäßigen Erhebungen von 1882—1914", von Hans Schöningh (1919, 72 S.). Auf Grund der Berufs- und Betriebszählungen von 1882, 1895 und 1907 sowie der Statistik der Buchdruckergenossenschaft gibt Verfasser ein Bild von der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung des Buchdruckgewerbes. Während die Zunahme der Bevölkerung des Deutschen Reiches von 1882 bis *1895* 14,5 % und von 1895 bis *1907* 19,2 %, die der Gewerbetätigen überhaupt in den gleichen Zeiträumen 36,4 % und 41,9 % betrug, vermehrte sich die Zahl der im Buchdruckgewerbe tätigen Personen in der ersten Periode

Digitized by Google

um 90,2 %, in der zweiten um 89,7 %. Im Jahre 1907 waren im Buchdruckgewerbe 134 208 Personen beschäftigt, das waren 0,9 % aller Gewerbetätigen gegen 0,8 % im Jahre 1895 und 0,6 % im Jahre 1882. In noch stärkerem Maße haben sich die Betriebe vermehrt. Im Jahre 1882 entfielen auf sämtliche Gewerbebetriebe an Buchdruckbetrieben 0,11 %, 1895 waren es 0,18 % und *1907* 0,24 %. Die absolute Zahl an Buchdruckbetrieben überhaupt betrug im Jahre *1907* 8948, darunter befanden sich 8511 Haupt- und 437 Nebenbetriebe. Bemerkenswert ist, daß, im Gegensatz zu der im allgemeinen in der Industrie beobachteten Zurückdrängung der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe, sich im Buchdruckgewerbe die Kleinbetriebe ständig vermehrt haben. Im Jahre 1907 machte im Buchdruckgewerbe der Anteil der Kleinbetriebe (1—5 Personen) 45,9 %, der der Mittelbetriebe (6—50 Personen) 48,4 % und der der Großbetriebe (51 und mehr Personen) 5,7% aus. Der große Anteil der kleinen Druckereien ist vielfach auf übermäßige Neugründungen durch schwache Existenzen zurückzuführen. Ebenso wie durch diese, die sich nur durch Preisschleuderei und Lehrlingszucht aufrecht erhalten können, werden die tariftreuen Unternehmungen auch durch die wachsende Zahl der behördlichen Druckereien, insbesondere durch die in Straf-, Erziehungs- und sonstigen staatlichen Anstalten eingerichteten Druckereibetriebe geschädigt.

B. Winkler (Dresden).

XIX. Statistik der Gesundheitsverhältnisse und der Krankenpflege.

Statistik der Geschlechtskranken. Herr Regierungsrat Dr. med. Roesle gibt im „Archiv für soziale Hygiene und Demographie" kritische Bemerkungen zur Statistik der Geschlechtskranken. Er bespricht hierbei auch die auf meine Anregung von dem Verband Deutscher Städtestatistiker veranstaltete Erhebung aus dem Jahr 1912.[1]) In diesen Bemerkungen ist von „kläglichen Ergebnissen", die sich an die früheren Erhebungen würdig anschließen dürfen und weder praktisch noch wissenschaftlich verwertbar sind, die Rede. Als Ursache des „Fiaskos" werden methodische Fehler der Erhebung und der „zielbewußte Ausschluß berufener Sachverständiger", als welche sog. „Medizinalstatistiker" bezeichnet werden, angegeben. Mit Rücksicht auf die etwas eigentümliche kritische Art der Bemerkungen habe ich als Bearbeiter der Erhebung der deutschen Städtestatistiker von einer Erwiderung abgesehen, zumal der fragliche Aufsatz in dem von Dr. Roesle selbst herausgegebenen „Archiv" erschienen ist. Zufolge einer an mich ergangenen Anregung möchte ich an dieser Stelle kurz darauf hinweisen, daß die Erhebung der von Dr. Roesle als fehlend bezeichneten Daten gar nicht in der Absicht des mit den Arbeiten beauftragten Ausschusses der Deutschen Städtestatistiker gelegen hat. Vielmehr ist ausdrücklich die Beschränkung auf gewisse Ziffern nach vorheriger Fühlungnahme mit Dermatologen von Ruf beschlossen worden. Diese Beschränkung geschah, weil dem statistischen Fachmann bekannt ist, daß mit der Größe der Belastung einer Erhebung die Zuverlässigkeit des Ergebnisses heruntergeht, und weil sich die Städtestatistiker darüber klar waren, daß ihre Erhebung lediglich als Vorarbeit und Anregung für andere Erhebungen anzusehen sei. Die einzige Frage der Methodik, über welche sich streiten läßt, ist die Entscheidung zwischen Stichtag und Anschreibung während eines gewissen Zeitraums, und diese Frage glaube ich in dem Heft 6 der Schriften des Verbands Deutscher Städtestatistiker genügend behandelt zu haben. Nur auf eines sei hingewiesen, daß die Wahl der Anschreibung während eines Monats nicht, wie es Dr. Roesle so ohne weiteres annimmt, als die Zusammenfassung einer Bestands- und Zugangsaufnahme angesehen werden darf. Wenn Dr. Roesle für den sog. Medizinalstatistiker gewisse Ansprüche erhebt, so muß sich der Fachstatistiker die Entscheidung über rein methodische Fragen vorbehalten. In dieser Beziehung scheint Dr. Roesle ein Mißverständnis unterlaufen zu sein, indem er eine errechnete Skala der Erkrankungshäufigkeit im Verhältnis zur Größe der Stadt beanstandet, weil die verschiedene Beteiligung der Ärzte an der Erhebung nicht berücksichtigt sei. Dr. Roesle vergißt, daß nicht, wie er sagt, „einige Großstädte" gruppiert worden sind, sondern die Gesamtzahl der Großstädte, daß die Berechnung auch nicht auf einzelne Städte, sondern auf ganz große Gruppen, in denen sich Unebenheiten, wie er sie befürchtet, wenigstens einigermaßen ausgleichen, erfolgt ist, und daß es bei der Berechnung weniger auf die absolute Zahl der auf 1000 Einwohner treffenden Kranken ankam, als vielmehr auf die nicht von der Hand zu weisende Relativität der Ziffern, welche ein Steigen der Zahl der Geschlechtskranken mit der Größe der Stadt, wenn auch nicht im einzelnen, so doch wie gesagt in größeren Gruppen unzweideutig erkennen läßt. Während der Kriegszeit ist nun vom Reichsgesundheitsamt eine neue Erhebung über die vorhandenen Geschlechtskranken erfolgt, auf welche Dr. Roesle sicherlich einen genügenden Einfluß hatte, und es wird auch dem Fachstatistiker von Interesse sein, das Ergebnis dieser auf völlig anderer Grundlage beruhenden Erhebung kennen zu lernen. *A. Busch* (Frankfurt a. M.).

Erwiderung. Ich glaube nicht, daß die obigen Ausführungen dazu geeignet sind, meine Einwendungen sowohl gegen die angewandte Methodik bei der Erhebung der Zahl der Geschlechtskranken in den deutschen Großstädten im Jahre 1913, als auch gegen die Bearbeitung ihrer Ergebnisse in irgendeiner Weise zu entkräften, da sie die Kernpunkte meiner eingehenden Kritik viel zu wenig berühren. Wenn auch die Feststellung der Zahl der beteiligten Ärzte nicht in der Absicht des mit den Arbeiten betrauten Ausschusses der deutschen Städtestatistiker gelegen hat, so darf wohl trotzdem angenommen werden, daß er angesichts der sehr verschieden großen Beteiligung der befragten Ärzte keine Bedenken gegen deren nachträgliche Bekanntgabe erhoben hätte; denn es dürfte wohl kaum zu bestreiten sein, daß der statistische Wert der Ergebnisse einer nur auf freiwilliger Mitarbeit der Ärzte beruhenden Erhebung in erster Linie von dem Anteil der daran beteiligten Ärzte abhängt. Aus diesem Grunde wurde auch bei ähnlichen Erhebungen — ich erinnere nur an die Zählung der Geschlechtskranken in Preußen am 30. April 1900 und an die der Krebskranken im Deutschen Reich am 15. Oktober 1900 — dieser Anteil festgestellt, aus welchem sich ihre mehr oder minder große Unvollständigkeit ermessen läßt. Gerade der Umstand, daß die Erhebung vom Jahre 1913 „lediglich als Vorarbeit und Anregung für andere Erhebungen anzusehen sei", hätte dazu führen sollen, auch Angaben über die Beteiligung der Ärzte an dieser Erhebung zu machen, da andernfalls die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit denen späterer Erhebungen im vornherein sehr in Frage gestellt werden muß.

Wie jede Morbiditätsstatistik, so verlangt auch eine Erhebung über die Zahl der Geschlechtskranken eine Trennung nach Bestand und Zugang; denn mit der alleinigen Zahl der während eines bestimmten Zeitraumes behandelten Kranken läßt sich, wie jeder medizinische Statistiker bestätigen wird, und worauf ich in meiner Kritik ausführlich hingewiesen habe, statistisch nur wenig anfangen. Diesen Mangel hat auch Blaschko bei seiner Bearbeitung der Ergebnisse der Berliner und Hamburger Erhebung empfunden und deshalb nachträglich eine solche Trennung noch herbeizuführen versucht. Eine solche Trennung wäre jedoch schon aus dem Grunde angezeigt gewesen, um dadurch eine Vergleichsmöglichkeit mit den Ergebnissen der preußischen Erhebung vom Jahre 1900, die nur eine Bestandesaufnahme war, zu erzielen, vorausgesetzt, daß die Beteiligung der Ärzte an beiden Erhebungen eine annähernd gleichmäßige war.

Nach wie vor muß ich bestreiten, daß die von Herrn Dr. Busch vorgenommene Gruppierung der deutschen

[1]) Siehe DStZ. 1914 S. 197.

Digitized by Google

Großstädte nach der Größe ihrer Geschlechtskrankenziffer dazu ausreicht, um daraus folgern zu können, daß die „Relativität der Ziffern" ein Steigen der Zahl der Geschlechtskranken mit der Größe der Stadt erkennen läßt; denn die Ziffer der Geschlechtskranken in einer Stadt wird nicht durch die Größe ihrer Bevölkerungszahl, sondern durch deren Zusammensetzung nach Alter, Familienstand, die sich wiederum nach dem vorherrschenden Charakter der Stadt (Hafen-, Universitäts-, Industrie-, Garnisonstadt) richtet, sowie durch den Anteil der beteiligten Ärzte bei solchen Erhebungen bestimmt.

Ebenso dürfte nach wie vor der von Weinberg und mir ausgesprochene Vorwurf berechtigt sein, daß es bedauerlicherweise versäumt wurde, zu dieser Erhebung medizinalstatistische Sachverständige heranzuziehen; denn die medizinische Statistik wird von allen statistischen Sachverständigen, die sich hierüber geäußert haben, als ein Spezialgebiet angesehen, dessen fruchtbare Bearbeitung besondere Fachkenntnisse und Erfahrungen erfordert. *E. Roesle* (Berlin).

XXV. Statistische Sammelwerke.

Über den wirtschaftlichen Aufstieg Elsaß-Lothringens in den letzten 40 Jahren berichtet H. Platzer als letzter Direktor des dortigen Statistischen Landesamts in einem im Allg. Statist. Archiv 12. Bd. 1920 erschienenen Aufsatz „Die wirtschaftlichen Veränderungen Elsaß-Lothringens während seiner Zugehörigkeit zum Deutschen Reich". Mit dem Wiederanschluß Elsaß-Lothringens an das alte Mutterland im Jahre 1871 brach für seine Entwicklung eine Zeit tiefgreifender Änderungen an. Seine Bevölkerung begann sich nach Zahl und Wohlstand in überraschender Weise zu heben. Sie hat sich in den Jahren von 1871 bis 1910 von 1549700 auf 1874000 Einwohner, d. i um 21 %, vermehrt. In den größeren Städten des Landes, in Straßburg, Mülhausen und Colmar, betrug die Zunahme 109 %, 85 % und 88 %, während sie in den französischen Städten Le Havre, Roubaix und Reims, die im Jahre 1871 ungefähr die gleiche Größe wie Straßburg (85654 Einwohner) hatten, nur 57 %, 62 % und 60 % ausmachte. Hand in Hand mit dem Wachsen der Bevölkerung ging eine außerordentliche Steigerung des Gewerbfleißes. Nach der Berufszählung von 1907 waren in Elsaß-Lothringen 421000 Personen beschäftigt gegen 246000 im Jahre 1875. Der Aufschwung der Industrie kommt in den Zahlen für die Produktionsergebnisse deutlich zum Ausdruck. Die Eisenerzförderung ist von 684600 Tonnen im Jahre 1872 auf über 21 Millionen Tonnen im Jahre 1913 gestiegen, die Produktion der Hochofenerzeugnisse hat sich von 220000 Tonnen im Wert von 23 Millionen Mark auf 3863000 Tonnen im Wert von 205 Millionen Mark erhöht. An Steinkohlen wurden im Jahre 1913 3,8 Millionen Tonnen gegen 290000 Tonnen im Jahre 1872 zutage gebracht, an Salzen und Erdöl 76700 Tonnen und 49600 Tonnen gegen 28000 und 4000 Tonnen, und die Kalilager wurden überhaupt erst unter deutscher Verwaltung erschlossen. Die emporstrebende Entwicklung der elsaß-lothringischen Volkswirtschaft brachte notwendig eine bessere Ausgestaltung des Verkehrswesens mit sich. An neuen Straßen wurden in den letzten 40 Jahren 1100 km gebaut und die Länge des Eisenbahnnetzes wuchs von 768 km im Jahre 1871 auf 2100 km im Jahre 1913. Dementsprechend vermehrte sich die Zahl der durch die Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen beförderten Personen von 8,8 Millionen im Jahr 1875 auf über 55 Millionen im Jahre 1912 und der Umfang des Güterverkehrs in der gleichen Zeit von 5,8 Millionen Tonnen auf 45 Millionen Tonnen. Das allgemeine Aufblühen des Landes hatte auch eine Besserung der sozialen Lage der Bevölkerung zur Folge. Während die Zahl der Todesfälle in den siebziger Jahren noch durchschnittlich 28 auf 1000 Einwohner Elsaß-Lothringens betragen hatte, kamen in den letzten Friedensjahren nur durchschnittlich 16 auf je 1000 Einwohner; insbesondere ist die Zahl der Typhustodesfälle in der genannten Zeit von rund 60 auf 100000 Einwohner auf 4—5 auf 100000 Einwohner jährlich gesunken. Auch die unter den Textilarbeitern des Oberelsaß früher sehr zahlreichen Todesfälle an Lungentuberkulose sind auffallend zurückgegangen. Einen Maßstab für das Wachsen des Wohlstandes der Bevölkerung bietet die ständige Zunahme der Sparkassenseinlagen in Elsaß-Lothringen, die von insgesamt 7,4 Millionen Mark im Jahre 1872 auf 177,8 Millionen Mark im Jahre 1912 gestiegen sind, sowie die Steigerung der Steuererträge. In der Zeit von 1898 bis 1913 hat sich die Zahl der Gewerbebetriebe mit einer Ertragsfähigkeit von über 2000 M. von 16959 auf 25908 erhöht und die Zahl der Lohn- und Gehaltsbezüge über 2000 M. stieg in den letzten 10 Jahren, in denen Veranlagungen zur Lohn- und Besoldungssteuer erfolgt sind, von 19075 auf 40557.

Frankreich hat also durch den Versailler Vertrag ein viel wertvolleres Land wiedererhalten, als es 1871 abtreten mußte. Es hat sich eine Provinz angegliedert, deren wirtschaftliche und kulturelle Verhältnisse die Zustände seines eigenen Landes eingestandenermaßen in vielem in den Schatten stellen. Die Zukunft wird lehren, ob es das unter der deutschen Verwaltung Erreichte zu bewahren und fortzubilden vermag.

B. Winkler (Dresden).

Vermischte Mitteilungen.

Deutsche Statistische Gesellschaft. Die 4. Mitgliederversammlung hat am 23. Oktober 1920 in Erfurt stattgefunden. Der Verhandlungsbericht soll alsbald nach Fertigstellung an die Mitglieder versandt werden. Inzwischen ist ohne Kenntnis des Vorstandes der D. St. G. in der in Erfurt erscheinenden „Thüringer Allgemeinen Zeitung" vom 28. Oktober ein Bericht über die Tagung veröffentlicht worden, aus dem einige Sätze, welche die Mitteilungen des Schriftführers Geh. Regierungsrat Professor Dr. Würzburger über die vom Völkerbund errichtete „Internationale Statistische Kommission" in Paris betreffen, in eine Anzahl großer deutscher Tageszeitungen übergingen mit der Spitzmarke „Eine Gewalttat gegen die deutschen Statistiker" und unter Anfügung von Angaben über das Internationale Statistische Institut. Danach soll die Internationale Statistische Kommission das Vermögen des Internationalen Statistischen Instituts, „dem auch die Deutschen Statistischen Ämter angehörten", mit Beschlag belegt haben; es handele sich dabei um bare Gelder und um das Kongreßhaus im Haag. Die Erfurter Versammlung habe beschlossen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf diplomatischem Wege die Rechte der deutschen Statistiker wahrzunehmen. In der „Thüringer Allgemeinen Zeitung" lautete letzterer Satz, die Versammlung habe beschlossen, „durch eine die deutsche Würde wahrende Anfrage bei der Reichsregierung eine Klärung der Angelegenheit herbeizuführen und gegebenenfalls durch rechtzeitigen Austritt dem Ausschluß zuvorzukommen".

Die an sich irrige Berichterstattung ist also bei der Weitermeldung noch unzutreffender geworden, als sie es schon war. Zur Berichtigung hat der Schriftführer der Deutschen Statistischen Gesellschaft, nachdem er Kenntnis von dem Zeitungsartikel erhalten, an alle Zeitungen, die ihn seines Wissens gebracht hatten, folgende Berichtigung versandt, die auch in mehreren Zeitungen erschienen ist:

> „Es war in der Versammlung der Deutschen Statistischen Gesellschaft in Erfurt weder von der Beschlagnahme eines Vermögens des Internationalen Statistischen Instituts noch seines Kongreßhauses die Rede; das Institut besitzt kein Kongreßhaus und hat es nie besessen. Ebensowenig ist ein Beschluß, sich an die Reichsregierung zu wenden, gefaßt oder

Digitized by Google

auch nur angeregt worden. Es hat vielmehr lediglich eine Aussprache über die bereits aus französischen Zeitungen bekannte Einsetzung einer internationalen statistischen Kommission durch den Völkerbund stattgefunden."

Gleichfalls in Erfurt wurde unmittelbar vor dieser Versammlung eine solche des Städtestatistiker-Verbands, unmittelbar nachher eine Beratung der Reichs- und Landesstatistiker abgehalten.

Veränderungen bei den Statistischen Ämtern. Zur Zusammenstellung in Nr. 5/6 S. 95 ist weiter (siehe Nr. 7 S. 115) nachzutragen:

Pforzheim. Neuerrichtet am 22. März 1920. Vorstand F. Mayer.

Ein Statistisches Bezirksamt für den Regierungsbezirk Aachen ist Anfang September 1920 auf Wunsch der Arbeitsgemeinschaft der Erzeuger und Verbraucher begründet worden; Leiter ist Regierungsassessor Dr. Scheuer. Das Amt hat die Aufgabe, der Regierung und den Wirtschaftsausschüssen jederzeit einen Überblick über die Preisgestaltung zu verschaffen.

Ausländische Statistische Ämter. Die Leitung des Statistischen Zentralbureaus von Norwegen ist Herrn Gunnar Jahn, der den Lesern des Deutschen Statistischen Zentralblattes aus Jahrgang 1913 S. 84 bekannt ist, ab 1. November übertragen worden; sein Vorgänger N. Rygg hat den Vorsitz im Direktorium der Staatsbank übernommen.

Zur Leitung des Ungarischen Statistischen Zentralamtes wurde Ministerialrat Alois v. Szabóky berufen, nachdem Vize-Staatssekretär Ladislaus v. Buday zum Professor der Statistik an der Technischen Hochschule in Budapest ernannt worden ist.

Die Organisation der Reichsstatistik in Sowjet-Rußland. Nach einer mir aus Moskau zugegangenen Mitteilung wurde die Statistik des gesamten Russischen Reiches in der Weise organisiert, daß für ihre einheitliche Erhebung und Bearbeitung ein Statistisches Zentralamt (*Zentralnoje statistitscheskoe uprawlenie*) in Moskau gegründet worden ist. Dieses Amt besteht aus mehreren Abteilungen, unter denen sich auch eine besondere Abteilung für die Statistik der Volksgesundheit befindet. Damit dürfte der von allen interessierten Kreisen unliebsam empfundene frühere Zustand, daß eine und dieselbe Materie, wie die Statistik der Geburten und Sterbefälle, von zwei verschiedenen Behörden, dem früheren Statistischen Zentralkomitee und der Verwaltung des Ärztlichen Hauptinspektorats, die beide dem Ministerium des Innern in St. Petersburg unterstellt waren, in nicht übereinstimmender Weise bearbeitet wurde, beseitigt worden sein — ein Zustand, der sich jetzt nur noch in der deutschen Reichsstatistik, die ebenfalls zwei nicht miteinander übereinstimmende Quellenwerke über die Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich herausgibt, aufrecht erhalten hat und für die jetzige Zeit als viel zu kostspielig bezeichnet werden muß.[1])

E. Roesle (Berlin).

Luigi Bodio, der Präsident des Internationalen Statistischen Instituts und frühere Generaldirektor der italienischen Statistik, ist am 2. November kurz nach Vollendung seines 80. Lebensjahres in Rom gestorben.

Zuverlässigkeit der Alters-Selbstangaben? Zu dieser in DStZ 1915 S. 199 behandelten Frage liefert nachstehender Fall einen Beitrag. Bei den Volkszählungen von 1917 einerseits und 1919 andrerseits wurden von einer im Deutschen Reich ansässigen vierköpfigen Familie fremder Staatsangehörigkeit, von deren Mitgliedern 2 hier erwerbstätig sind, folgende Geburtstage in die Listen eingetragen: Haushaltungsvorstand (verh. Frau) im Jahre 1917 der 2. 1. 60, im Jahre 1919 der 28. 3. 56; Tochter 15. 1. 95 und 15. 4. 94; Enkelin 28. 1. 13 und 27. 1. 14; Mutter 6. 4. 1810 und 16. 1. 1811. Die Angaben stimmten also für keine der 4 Personen bei beiden Zählungen überein. Bezüglich der Mutter blieben die Angehörigen bei der späteren Nachfrage dabei, daß sie 109 Jahre alt sei; doch konnten sie keinen Nachweis dafür erbringen. *E. W.*

Weitere Vorschläge zur Druckersparnis. Die immer größer werdenden Aufwendungen für Druck und Papier lassen es, abgesehen von den bereits erfolgten Einstellungen statistischer Berichte und sonstiger sozialpolitischer Veröffentlichungen, angezeigt erscheinen, bei den noch nicht aufgehobenen Veröffentlichungen auf Mittel und Wege zu sinnen, Ersparungen zu erreichen[1]), namentlich beim kostspieligen Tabellensatz. Im folgenden sollen dazu praktische Anregungen gegeben werden, wie dies unter Umständen mehr oder weniger durchgreifend zu bewerkstelligen ist.

1. Man bezeichne durchgehend die 12 Kalendermonate Januar bis Dezember mit römischen Ziffern, also Januar mit I usw. bis Dezember mit XII. Diese, auch international mögliche Abkürzung dürfte erheblich raumsparend wirken und ist zweifellos dem bisher öfter angewendeten Wege vorzuziehen, die Namen der Kalendermonate senkrecht im Tabellenkopf zu drucken. Ebenso gut, wie man vielfach bereits die Schulklassen durch Ziffern anstatt mit Namen bezeichnet, sollte man es mit den Kalendermonaten auch tun. Einer etwaigen Verwechslung mit den ersten 12 Lebensmonaten wird ja durch die römischen — anstatt arabischen — Ziffern von vornherein entgegengewirkt. Auch im Text sowie im Handelsteil von Zeitungen usw. dürfte dieser Weg mit der Zeit zu erheblicher Raumersparnis führen.

2. Angenommen, man hätte für ein Lehrbuch oder eine sonstige Veröffentlichung, auch ein Gutachten, die Sterblichkeitskoëffizienten der Bevölkerung eines Reiches, Landes oder Ortes nach einzelnen Altersjahren für einen gewissen Zeitraum darzustellen. Nach der gewöhnlichen Art hätte man dazu im ganzen 100 Altersjahre und 100 Koëffizienten, also 200 Zahlen oder Ziffern nötig. Diese lassen sich nun bequem und übersichtlich auf 110 reduzieren. Zu diesem Zwecke setzt man links als Spalte 1 nur die ersten 10 Altersjahre ein, also 0, 1, 2 ..... 9, rechts daneben als Spalte 2 die betreffenden Koëffizienten, sagen wir $a_0, a_1, a_2 \ldots\ldots a_9$. Nun folgen als Spalte 3 die $a_{10}, a_{11}, a_{12}, \ldots\ldots a_{19}$, dann als Spalte 4 die $a_{20}, a_{21}, a_{22}, \ldots\ldots a_{29}$ usw. Hierbei schreibt man am besten über Spalte 3: „Alter 10 bis 19" oder: „Spalte 1 je + 10", über Spalte 4: „Alter 20 bis 29" oder: „Spalte 1 je + 20" usw. So erhält man 10 Zahlen in der Vorspalte (Spalte 1) und $10 \times 10 = 100$ Koëffizienten in den 10 weiteren Spalten, im ganzen also 110 Zahlen oder Ziffern, anstatt der gewöhnlichen 200, eine offenbar bedeutende Ersparnis.

Ähnliche Abkürzungen wären: bei Tabellen über den Luftdruck setze man im Kopfe „700+", dann braucht man nur zweistellige Zahlen zu schreiben und zu drucken; beim Verhältnis der auf 100 Mädchen geborenen Knaben lautet der Kopf „100+"; dann ergeben sich in der Regel nur einstellige Zahlen. Entsprechendes gilt von auf 100 bezogene Indexziffern usw.

3. Tabellen, die mehr Striche (Nullen) als Zahlen enthalten, bringe man in Textform.[2]) Vielleicht empfiehlt es sich weiter, bei häufig vorkommenden Tabellen Stadtteile nur mit Nummern zu bezeichnen, ebenso Städte und Länder, wobei natürlich eine allgemeine Übereinkunft zu treffen wäre. Weitere Vorschläge zum „Kurzdruck" sind erwünscht. *H. Guradze* (Berlin).

1) In den Einzelstaaten Preußen, Sachsen usw. besteht eine solche Trennung bekanntlich nicht. *Schriftl.*

[1]) Vgl. „Veröffentlichungsersatz" (Schott) D. St. Z. 1920 Heft 5/6, Sp. 102.

[2]) Vgl. meine Ausführungen zum Gegenstande „Papiernot und Statistik" in Nr. 21 der Städte-Zeitung von 1919.

Digitized by Google

Bibliographie.

Bei den im D. St. Z. bereits besprochenen Schriften ist vor dem Titel Jahrgang und Spitze (in Klammer) angegeben.

25. Bibliographie der Kriegsstatistik.[1])

Von Oberbibliothekar **Peter Schmidt** in Dresden.

Arbeitsgebiete und Kriegsverdienste der Industriearbeiterinnen nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten f. 1919. (Reichs-Arbeitsbl. 1919, 1 u. 1920, 1—3.)

Bachoeffer s. Beninde.

(XII, 27) Behla, Die Säuglingssterblichkeit in Preußen in den Kriegsjahren 1914 bis 1918. (Zeitschr. f. Säuglings- u. Kleinkinderschutz 1919, 11/12)

(XII, 61) Beiträge zur Kenntnis der Lebenshaltung im vierten Kriegsjahre. [21. Sonderheft z. Reichs-Arbeitsblatt.] (76 S.) Berlin, Heymann 1919. M. 14.—.

Beninde u. Rubner, Hungerblockade u. Volksgesundheit. Berichte im Auftrage d. preußischen Min. f. Volkswohlfahrt, Medizinalabteilung. [Veröff. aus d. Gebiete der Medizinalverwaltung, 104. Heft.] (117 S.) Berlin, Schoetz. M. 8—.

Beninde, Bachoeffer u. Partsch, Welchen Einfluß hat der während des Krieges innerhalb der bürgerlichen Bevölkerung verminderte Alkoholgenuß auf die geistige und körperliche Gesundheit des Volkes gehabt? (Vierteljahrsschrift f. gerichtliche Medizin 1920, 1. u. Alkoholfrage 1920, 1.)

Bericht über die Kriegstätigkeit des Albertvereins 1914 bis 1919 (123 S.) Dresden.

— über die Soziale Fürsorge der Stadt Leipzig in der Kriegszeit 1914—1918. 2. Buch. (139 S.) Leipzig.

Bogard, Die Gesamtkosten des Weltkrieges. [Eine Schrift des Carnegischen Friedensinstituts in New-York. Nähere Angaben fehlen.]

Boleslawski, R., Die Streikbewegung in Österreich während des Krieges im Vergleich zur Friedenszeit. (Statist. Monatsschrift 1919, 5—8.)

Dembowski, W., Die Entwicklung der Einkommensteuerzuschläge in den preußischen Stadtkreisen seit Kriegsbeginn. (Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Stat., III F., Bd. 58, 6.)

Döring, C., Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. III. 35 Millionen Menschenverlust in Europa. [Bulletin d. Studiengesellschaft f. soziale Folgen d. Krieges, Nr. 6.] (63 S.) Kopenhagen, Oesterbrogade 56 C. Kr. 3.—.

—, Die Bevölkerungsbewegung im Weltkrieg. (Archiv f. soziale Hygiene u. Demogr., 13 Bd. 4.)

Dörr s. Reiter.

Einfluß, der, des Weltkrieges auf den Bestand des Gastwirtschafts- u. Schankwesens in Preußen. (Die Alkoholfrage 1919, 4.)

Entwicklung, die, der deutschen Brauindustrie während des Krieges. (Mitt. d. D. Brauerbundes 1920, 4.)

Ergebnisse, die, der Todesursachenstatistik für den preußischen Staat in den Kriegsjahren 1916—1918. (Statist. Korr. 1920, 44.)

Eulenburg, F., Die Preisrevolution seit dem Kriege [1913 bis April 1920] (Jahrb. f. Nat.-Ök. u. Statistik, III F., 60. Bd., 4.)

Fehlmann, H., Der schweizerische Bergbau währ. d. Weltkrieges. [Hrsg. vom schweiz. Volkswirtschaftsdepartement.] Mit 170 Abb. u. 24 Taf. (VII, 316 S.) Bern, Geograph. Kartenverlag. Fr. 28.—.

Frankenstein, L., Die soziale Kriegsbeschädigtenfürsorge während d. Krieges. Eine Sonderuntersuchung auf Grund d. Akten d. Geschäftsstelle f. Kriegsbeschädigtenfürsorge d. Stadtkreises Aachen. (112 S. m. 12 Tab.) Aachen, Wissenschaftl. Antiquariat u. Verlh. Creutzer. M. 10.—.

[1]) Mit dieser Zusammenstellung schließen wir die „Bibliographie der Kriegsstatistik", die von 1915 bis Mitte 1920 alle der Schriftleitung bekannt gewordenen einschlägigen Schriften und Abhandlungen berücksichtigt hat. Vgl. D. St. Z. 1915, Nr. 7/8 u. 9; 1916, Nr. 8, 9 u. 10; 1917, Nr. 1/2, 4 u. 6; 1918, Nr. 1, 5/6 u. 9/10; 1919, Nr. 6/7 u. 1920, Nr. 1/2.

Frau, die, in der bayerischen Kriegsindustrie nach einer amtlichen Erhebung aus dem Jahre 1917. [Beiträge zur Statistik Bayerns, Heft 92.] (87 S.) München, Lindauer. M. 3.—.

Fuchs, R., Die Kriegsgewinne der verschiedenen Wirtschaftszweige in den einzelnen Staaten an Hand statistischer Daten dargestellt. (162 S.) Diss. Zürich 1918.

Gaebel, K., Die Entwicklung der Löhne während der Kriegszeit nach den Berichten der preußischen Gewerbeaufsicht. (Soziale Praxis 1920, 27.)

Geitel, M., Deutschlands technische Entwicklung seit Beginn des Weltkrieges. (Weltwirtschafts-Ztg. 1920, 11.)

Geldmarkt, Wechsel- u. Effektenkurse im Weltkriege. International-vergleichende Statistik. (Beil. z. Weltwirtsch. Archiv, 15. Bd. 3.)

Geschäftsbericht der Kriegskreditbank für Ostpreußen zu Königsberg i. P. über d. Geschäftsjahr 1918/19. (8 S.)

Gewerbegerichte, die, und die Kaufmannsgerichte in Bayern in den Kriegsjahren 1914 bis mit 1918. (Ztschr. Bayerischen Stat. L.-A. 1920, 3.)

Goetjes, H. H., Die Einwirkung des Krieges auf die Entwickelung der Tarifgemeinschaft im deutschen Buchdruckergewerbe. (122 S.) Diss. Münster.

(Haacke, H.), Statistischer Überblick über die Bevölkerungsbewegung und wichtige wirtschaftliche Verhältnisse in Barmen in den Jahren 1913 bis 1919. [Beiträge z. Statistik, Heft 7.] (15 S.)

Hanauer, W., Die sozial-hygienischen Leistungen der deutschen Arbeiter- und Angestelltenversicherung im Kriege und ihre Zukunftsaufgaben. Habilitationsschrift. [Veröff. aus d. Gebiete der Medizinalverwaltung, 108. Heft.] (93 S.) Berlin, Schoetz. M. 7.50.

Hauffe, Geburt und Tod in Chemnitz während der Kriegsjahre. (Öffentliche Gesundheitspflege 1920, 10.)

Heinze, O., Der Weltkrieg in tabellar. Übersicht. Für d. Schulgebrauch zusammengestellt. (35 S.) Hannover, Helwing. M. 1.—.

Hennig, R., Die Rückwirkung des Krieges auf das britische Reedereiwesen. (Jahrb. f. Nat.-Ök., III F., Bd. 60, 2.)

Hoffa, Über die Entwicklung der Kinderfürsorge in Barmen während des Krieges. (Ztschr. f. Säuglings- u. Kleinkinderschutz 1920, 2.)

Hoffmann, W., Die Berliner Depositenbanken während des Weltkrieges. (Jahrbücher f. Nat.-Ök., III F., Bd. 60, 1.)

—, Die deutschen Ärzte im Weltkriege. Ihre Leistungen und Erfahrungen. Unter Mitwirkung einer Reihe von Fachmännern herausgegeben. (VII, 414 S.) Berlin, Mittler & Sohn. M. 16.—.

Jacobsen, Eigentumsdelikte und Beruflichkeit in der Münchner Jugendkriminalität während des Krieges. (Ztschr. f. Sozialwiss. 1920, 3/4.)

Janovsky, K., Die österreichische Wollindustrie in d. Kriegswirtschaft. (X, 148 S.) Wien, Hölder. M. 10.—.

Jorns, Gesundheitsstatistik in Nordhausen während d. Kriegsjahre. (28 S. m. Fig.) Nordhausen, G. Wimmer. M. 1.50.

—, Die Sterblichkeitsverhältnisse in einer Mittelstadt [Nordhausen] während der Kriegsjahre. (Öff. Gesundheitspflege 1920, 6.)

Junk, E., Das Verbrechertum im Kriege. Kriminalpsycholog. u. kriminalstatist. Denkwürdigkeiten aus d. Weltkriege. (114 S.) Wien, K. Harbauer.

Klier, G., Die Lohnverhältnisse der Landwirtschaft in Bayern während des Krieges. (Ztschr. Bay. Statist. L.-A. 1920, 4.)

(XI, 180) Koenig, P., Der Baumwollweltmarkt in seiner Entwicklung während des Krieges bis zum Friedensschluß. [Tagesfragen der Auslandswirtschaft, Heft 3.] (160 S.) Berlin, Auswärtiges Amt, Wilhelmstraße 67a. M. 6.—.

Digitized by Google

Krankenkassen, die bayerischen, in den Jahren 1914 bis 1918. (Ztschr. d. Bay. Statist. L.-A. 1920, 4.)

Krause, O. A, Argentiniens Wirtschaft während des Weltkrieges. (134 S.) Diss. Greifswald 1919.

Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt, die. Ihr Aufbau u. ihr Wirken. Ein Bericht. [Abh. aus d. Gebiete der Kriegswirtschaft, Heft 2.] (VII, 169 S. mit Tab.) Wien, Deuticke. M. 9.60.

Kriegsstatistik, die, der freien Gewerkschaften. Berlin, Verbandsverlag.

Kriegsverdienste der Arbeiterschaft bis Anfang 1919 nach den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten. (Reichs-Arbeitsblatt 1919, 12)

(XII, 135) Kriegs-Wohnungszählung, die, vom 16. Mai 1918 in Bayern. [Heft 91 der Beitr. z. Statistik Bayerns.] (154 S.) München, Lindauer. M. 4.—.

Kronenberger, F., Die Preisbewegung d. Effekten in Deutschland während d. Krieges. (47 S m. 4 Tab. u 1 Taf.) Berlin, E. Ebering. M. 10.—.

Lederer, E., Die Gewerkschaftsbewegung 1916—1918 (Archiv für Sozialwiss. u. Sozialpol., 46. Bd., 3.)

Lemmermann, Geschäftsbericht des deutschen Herbergsvereins über die Kriegsjahre 1915—1918. (Der Wanderer 1920, 3/4.)

Lenz, R., Die Landwirtschaftsstatistik im Kr. Teltow während des Krieges. [Veröff. des Statist. Amts des Kr. Teltow, H. 1.] (71 S. mit Anh.) Berlin 1919.

v. Liszt, E., Der Einfluß d. Krieges auf d. soziale Schichtung d. Wiener Bevölkerung. (V, 72 S.) Wien, Braumüller. M. 4.—.

Lüders, M. E., Die Entwicklung der gewerblichen Frauenarbeit im Kriege. (54 S.) München, Dunker & Humblot, M. 3.—.

Meier, F., Die Kriegssterblichkeit an der Provinzial-Heil- u. Pflegeanstalt N. bis zum Jahre 1917. (31 S.) Diss. Kiel 1919.

Mühlpfordt, L., Über die Einwirkung der Kriegskost auf die Magensaftsekrete [mit Tabellen u. graph. Darstellungen]. (27 S.) Diss. Königsberg i. Pr. 1919.

Müller s. Rubner.

Müller, Ad., Die Tätigkeit der Gewerbe- u. Kaufmannsgerichte im Kriegsjahrfünft 1914—1918. (Concordia 1920, 8.)

(XII, 62) Müssig, Besondere Einflüsse und Wirkungen des Weltkrieges auf die Eisen- und Kohlenkonjunktur. [Graphische Darstellung.] Augsburg, J. Lampart.

Nanke, B., Kriegskinder. (35 S.) Diss. Greifswald.

Neumann, G., Die deutschen Luftstreitkräfte im Weltkriege. Unt. Mitw. v. 29 Offizieren u. Beamten d. Heeres- u. Marine-Luftfahrt nach amtl. Quellen hrsg. Mit 296 Abb. im Text (X, 600 S.) Berlin, Mittler & Sohn, M. 38.—.

Opfer, die, des Krieges unter den Nürnberger Militärpersonen. (Beil. zu den Statist. Monatsber. d. Stadt Nürnberg, Juli 1920.)

Partsch s. Beninde.

Propst, H., Sachsen voran auf dem Wege der Kriegerheimstätten. Zusammenstellung dessen, was in Sachsen während der Dauer des Weltkrieges für die Verwirklichung des Gedankens der Kriegerheimstätten geleistet worden ist. (256 S.) Leipzig, Lippold.

Rech, Die Kapitalentwickelung der Maschinenbau-Aktiengesellschaften seit Kriegsausbruch (Drucks. des Vereins d. Maschinenbau-Anstalten 1920/21). M. —.70.

Regensburger, E. H., Die Bevölkerungsbewegung in Frankreich während des Krieges. (Jahrbücher f. Nat.-Ök. u. Statistik, III F., 59. Bd., 4.)

Reinhard, R., Die Welt nach d. Friedensschluß. Ein geographisch-wirtschaftspolit. Überblick. Mit 19 Karten, Diagrammen u. graph. Darstellungen. (44 S.) Breslau, Hirt. M. 1.50.

Reiter, H. u. W. Dörr, Beitrag zur Bevölkerungsbewegung während der Kriegsjahre 1914—1918 unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Rostock. (Öff. Gesundheitspflege 1920, 9.)

Riegler, H., Eisenproduktion auf dem Weltmarkt während des Krieges unter besonderer Berücksichtigung Deutschlands. (61 S.) Diss. Erlangen 1919.

Riensberg, W., Die preußischen Sparkassen in den Kriegsjahren 1915, 1916 u. 1917. (Ztschr. Preuß. Stat. L.-A. 1918.)

Rosenfeld, S., Die Wirkungen des Krieges auf die Sterblichkeit in Wien. [Veröff. des Volksgesundheitsamtes VIII.] (35 S.) Wien, Selbstverlag.

—, Die Änderungen der Tuberkulosehäufigkeit Österreichs durch den Krieg. [Veröff. des Volksgesundheitsamtes XI.] (112 S. u. 10 Tafeln.) Wien, Deuticke.

Rubner s. Beninde.

Rubner und Müller, Einfluß der Kriegsverhältnisse auf den Gesundheitszustand im Deutschen Reich. (Beilage zur Münchner Medizinischen Wochenschrift 1920, 8.)

Schickenberg, W., s. Thiele.

Schmidt, R., Die Kriegsteuerungszulagen usw. bei der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung. (Archiv f. Post- und Tel. 1920, 5.)

Schmidt-Ballod, G., Die schweizerische Brauereiindustrie seit Kriegsausbruch (VI, 188 S.) Diss. Zürich 1919.

Schneider, R., Jahresübersichten der Inneren Mission für die Kriegsjahre 1916 bis 1918. (S.-Abdr. aus „Kirchlichem Jahrbuch" 1919.) Gütersloh, Bertelsmann. M. 4.—.

Schwanecke, H., Die Entwicklung der Preise der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte seit Kriegsausbruch. (Mitt. d. D. Ldw.-Gesellschaft, 1920, Stück 37—39.)

Silbergleit, H., Die Säuglingssterblichkeit in Berlin im Kriege und später (Groß-Berlin, 5. Jg. H. XII.)

Singer, J., Der amerikanische Stahltrust in den Kriegsjahren 1914—1919. (Weltwirtschaftliches Archiv, 16 Bd., 1.)

Szyska, W., Die Säuglingssterblichkeit der Stadt Würzburg in den Kriegsjahren und der Einfluß der Säuglingsfürsorge. (33 S.) Diss., Würzburg 1919.

Thiele, M. u. W. Schickenberg, Die Verhältnisse v. 534 stadthannoverschen kinderreichen Kriegerfamilien. (68 S.) Hannover, Th. Schulze. M. 1.—.

Ulrich, L, Der Außenhandel Britisch-Indiens während des Krieges. (Weltwirtsch. Archiv, Bd. 15, 4.)

Verzeichnis d. während d. Krieges gefallenen u. vermißten Offiziere, Unteroffiziere u. Mannschaften d. Infant.-Regiments Nr. 113. (78 S.) Freiburg i. B., Thomass. M. 3.60.

Viehzählungen, die Breslauer, während des Krieges. (Breslauer Statistik, 36. Bd., 1 H.)

v. Waldstätten, E., Weltkriegstafeln 1914—19 ... Synchronist. Darstellung d. Weltkrieges. Taf. 9 u. 10. Wien, Siedel & Sohn. M 2.—.

Weinauer, R., Die Tätigkeit des Münchener Gewerbegerichtes während des Krieges. (Ztschr. d. Bayerischen Stat. L.-A. 1920, 3.)

Wirth, A, Die Gesamtkosten des Weltkrieges. (Der rote Tag, Nr. 236 v. 20. Oktober 1920.)

Woerner, O., Die bayerische Ernährungswirtschaft im Kriege. [Beiträge zur Kriegswirtschaft, 66.—68. Heft.] (112 S.) Berlin, Hobbing. M. 2.10.

Wolff, Beruf und Einkommen der gefallenen Hallenser. (Beilage z. d. Statist. Monatsberichten der Stadt Halle, 1920, 1.)

—, Der Einfluß des Krieges auf die Heimarbeit in Halle Ebd. 1920, 3.)

Digitized by Google

Wolff, Die Sterbefälle in Halle im Kriege 1914—1918. (Ebd. 1920, 6.)

—, Die Dividenden der Brauerei- u. Mälzerei-A.-Gesellschaften in den Jahren 1918—1919. (Mitt. d. D. Brauer-Bundes 1920, 6/7.)

Würfel, G., Die deutsche Kohle im Weltkriege 1914—1919. (40 S.) Berlin, Kameradschaft.

Zins, E., Die Geschäfte der deutschen Privatnotenbanken in den Kriegsjahren 1914—1918. (D. Wirtschaftsztg. 1920, 12.)

Zweigenhaft, M., Die Kriegsfinanzen Englands (1914—1918). — (IX, 106 S.) Weinfelden, Neuenschwandersche Buchdr. M. 6.—.

Fragekasten.

K. B. in D. Der Schriftleitung wird von einer Berechnung des Fehlers Kenntnis gegeben, den man bei Ermittelung von Durchschnittslöhnen dann begeht, wenn man für zwei verschiedene Arbeitergruppen mit gleicher Zahl und gleichem Wochenverdienst, aber verschiedener Stundenzahl in der Woche und verschiedenem Stundenverdienst, den mittleren Wochenverdienst als Produkt aus der mittleren Stundenzahl und dem mittleren Stundenverdienst errechnet. Ist a die Stundenzahl der Woche und b der Stundenverdienst der ersten Arbeitergruppe und sind a' und b' die entsprechenden Zahlen der zweiten Gruppe, so ergibt sich bei der Berechnung des mittleren Wochenverdienstes mit Hilfe der beiden Mittelwerte der Fehler $\frac{1}{4}(a'b + ab') - \frac{1}{2}ab$. Ist der Wochenverdienst der beiden Arbeitergruppen nicht gleich, also $ab \neq a'b'$, so stellt sich der Fehler bei der Berechnung des Wochenverdienstes mit Hilfe der beiden Mittelwerte auf $\frac{1}{4}(a'b + ab') - \frac{1}{4}(ab + a'b')$.

Deutsch. Statist. Zentralblatt Jahrg. X, H. 1, gut erhalten, sofort zu kaufen gesucht. Angebote an Direktor L. Frankenstein, Eisenach, Nahrungsmittelamt.

= 7. Ergänzungsheft zum Deutschen Statistischen Zentralblatt =
Die Ergebnisse der Wohnungszählung vom Dezember 1910 in den Gemeinden Aarau, Baden, Ennetbaden und Brugg. Geh. M. 6.—
Hierzu 100% Teuerungszuschlag des Verlages; Abänderung vorbehalten
Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Grundzüge der deutschen Wirtschaftsgeschichte
bis zum 17. Jahrhundert
Von Prof. Dr. **R. Kötzschke**

(Grundriß der Geschichtswissenschaft. Reihe II, Abt. 1.) 2., umgearbeitete Aufl. Kart. M. 12.—
Hierzu 100% Teuerungszuschlag des Verlages; Abänderung vorbehalten

Der Ablauf der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis ins 17. Jahrhundert wird in Verbindung beschreibender und entwicklungsgeschichtlicher Behandlungsweise knapp zusammenfassend dargestellt, auf die wirtschaftliche Entwicklung der übrigen Völker Europas vergleichsweise eingegangen. Die 2. Auflage ist wesentlich erweitert, sowohl in der Darstellung, wie namentlich in den Literaturangaben und ist in sorgsamer Nachprüfung der einzelnen Fragen auf den neuesten Stand der Forschung gebracht.

Grundzüge der neueren Wirtschaftsgeschichte
vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart
Von Prof. Dr. **H. Sieveking**

(Grundriß der Geschichtswissenschaft. Reihe II, Abt. 2.) 3., verbesserte Aufl. Kart. M. 7.—
Hierzu 100% Teuerungszuschlag des Verlages; Abänderung vorbehalten

Erläutert an Hand der jeweils herrschenden wichtigsten national-ökonomischen Theorien die Zusammenhänge der Wirtschaft mit der geistigen und rechtlichen Entwicklung.

Grundzüge der Volkswirtschaftslehre
Von Prof. Dr. **G. Jahn**

(AnuG. Bd. 593.) Kart. M. 2.80, geb. M. 3.50
Hierzu 100% Teuerungszuschlag des Verlages; Abänderung vorbehalten

Eine gemeinverständliche und unparteiische mit ausführlichem Literaturverzeichnis versehene Einführung in das Verständnis der Volkswirtschaft, die nach ihren Voraussetzungen, Bedingungen und wesentlichsten Bestandteilen der Gütererzeugung, des Güterumlaufs und der Güterverwendung behandelt wird.

Verlag von B. G. Teubner in Leipzig und Berlin

Druck und Verlag von B. G. Teubner in Leipzig.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google